

Vorwort



Generationen: Alt und Jung, Berlin 2000.
Foto: Dominik Butzmann



Wir schreiben das Jahr 1950: Anna Müller aus Dortmund ist 40 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Ihr Mann ist vor vier Jahren aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt und arbeitet als Bergbauingenieur, sie selbst ist Hausfrau und Mutter. Von Politik will sie nichts mehr wissen, seit der Volksverführer Hitler, an den sie ursprünglich einmal geglaubt hatte, 1945 die „deutsche Katastrophe“, den „Zusammenbruch“, verursachte. Aber sie hat im vergangenen Jahr gemeinsam mit ihrem Mann die Partei des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, damals bereits 73 Jahre alt, gewählt.

Die gleichaltrige Berta Scholz lebt in Halle. Sie hat Sohn und Tochter, ihr Mann ist im Krieg gefallen. Sie hatte als Hausgehilfin gearbeitet, bevor sie kurz vor dem Ende der Weimarer Republik jung heiratete. Nach Kriegsende arbeitete sie als Hilfsarbeiterin in der „volkseigenen Industrie“, in Lehrgängen konnte sie sich qualifizieren und leitet nun eine Frauenbrigade in einem Textilgroßbetrieb. Sie ist Mitglied der Einheitsgewerkschaft und seit 1947 auch Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei, deren Generalsekretär Walter Ulbricht heißt. Als sie vor wenigen Wochen an der Wahl zur Volkammer teilnahm, konnte sie nur einer Einheitsliste des „Demokratischen Blocks“ zustimmen.

„Fräulein Günther, bitte zum Diktat!“, ruft ihr Chef die 30jährige Sekretärin Eva in Hannover in sein Arbeitszimmer. Die „Heimatvertriebene“ ist vor den heranrückenden sowjetischen Truppen aus der schlesischen Kleinstadt Liegnitz geflohen,

ihr Verlobter fiel im Krieg. Sie ist froh, in der neuen fremden Heimat ein Auskommen gefunden zu haben und wartet nun auf ein Wunder, sehnt sich nach einem fürsorglichen Ehemann und einem glücklichen Familienleben.

Auch Sieglinde Meier aus Dresden ist eine alleinstehende Frau. Ihre Eltern sind dem Bombenangriff im Februar 1945 auf die Elbmetropole zum Opfer gefallen, den sie als Krankenschwester in einem Kriegslazarett überlebt hat. Nach Kriegsende wurde sie Junglehrerin, schon früh engagierte sie sich, vom Nationalsozialismus gründlich desillusioniert, in der FDJ, trat in die SED ein und wurde als „Mitarbeiter“ für Volksbildung in der Dresdner Stadtverwaltung eingesetzt.

Fünzig Jahre später, zum Zeitpunkt der Jahrtausendwende: Anna Müller lebt inzwischen in einem Pflegeheim in Köln. Sie hat vier Enkelkinder, darunter die beiden Enkeltochter Silvia und Beate. Silvia, 35 Jahre alt, ist Ärztin und lebt in einer lesbischen Beziehung ohne Kinder. Die zwei Jahre ältere Beate ist Chemielaborantin, geschieden, seit drei Jahren alleinerziehende Mutter von zwei Söhnen.

Berta Scholz ist drei Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung verstorben. Sie hat das Ende der DDR mit zwiespältigen Gefühlen aufgenommen. Ihre Tochter Greta hat als „Diplomingenieurökonom“ in einem Hallenser Großbetrieb ihren Arbeitsplatz verloren und nach einer Umschulung als Bankangestellte schließlich eine neue Beschäftigung gefunden. Anders als ihre Mutter hatte sie den Niedergang der DDR mit kritischem Engagement

in der christlichen Friedensbewegung begleitet. Ihre Tochter Laura, Enkelkind von Berta Scholz, war nach dem Abitur zum Studium nach Berlin gezogen und lebt nun als Gymnasiallehrerin in Freiburg, wo sie für die „Grünen“ im Stadtrat sitzt.

„Ob sich der Wunsch von „Fräulein“ Günther erfüllt hat, wissen wir nicht. Sieglinde Meier hat es in der DDR bis zur Parteisekretärin in der Kreisleitung der SED gebracht. Sie blieb unverheiratet, hat alleinerziehend eine Tochter großgezogen, die Chefärztin in einem Bezirkskrankenhaus geworden ist, und lebt als Rentnerin in Dresden. Sie ist noch immer überzeugt, dass der Aufbau des Sozialismus das richtige Ziel gewesen und lediglich am Versagen der alten Männer gescheitert ist.

Es sind erfundene biografische Episoden, die gleichwohl exemplarisch sein können für die Lebensgeschichten von Frauen in Deutschland nach dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Lebensgeschichten werden nicht nur durch private Ereignisse, sondern auch durch die gesellschaftlichen Wertvorstellungen und die politischen Rahmenbedingungen beeinflusst, die in der deutschen Geschichte seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts grundlegenden Wandlungen unterworfen waren. Davon berichtet die Einleitung.

Doch dieses Buch richtet den Fokus auf die letzten 80 Jahre deutscher Zeitgeschichte. Es reflektiert die grundlegenden Veränderungen in politischer, rechtlicher, ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht, die sich seit dem Beginn der NS-Diktatur in Deutschland ereignet haben. Es wählt einen historisch-konkreten Zugang, indem es die Geschichte der Frauen in Deutschland in einer lebensgeschichtlichen Perspektive veranschaulicht. Es rückt dabei Bilder von Frauen in den Mittelpunkt der Darstellung, die durch Zeitzeugnisse, Dokumente und Interviews sowie einen historiografischen Kommentar ergänzt werden.

In dem angegebenen Zeithorizont wurde die deutsche Geschichte durch drei gegensätzliche politische Systeme be-

stimmt. Eine solche Abfolge hat es in keinem anderen Land gegeben. Die NS-Diktatur war strikt gegen jeden Emanzipationsanspruch von Frauen gerichtet. Das Frauenbild des Nationalsozialismus legte diese vornehmlich auf die Rolle einer „Hüterin des Hauses“ fest. Sie sollten in erster Linie „arische“ Kinder gebären. Der nationalsozialistische Antisemitismus, der auch gegen andere „Fremdrassige“ gerichtet war, endete in einem „Weltanschauungskrieg“ gegen den „Bolschewismus“.

Auf die bedingungslose Kapitulation folgte die Teilung Deutschlands, die sich schon nach kurzer Zeit in konträren politischen Systemen manifestierte. In der DDR wurde der „Aufbau des Sozialismus“ proklamiert, die Bundesrepublik folgte dem Modell der westlichen Demokratie. So war der Systemgegensatz zwischen den beiden Staaten, die 1949 auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches entstanden, prägend für die Lebenschancen der Deutschen in einem geteilten Land. Obwohl die politischen und ökonomischen Strukturen grundlegend differierten und sich auch erhebliche Unterschiede im Hinblick auf die Berufstätigkeit von Frauen sowie im Bildungswesen manifestierten, zeigten die Rollenbilder von Frauen und Männern vor allem in den beiden ersten Jahrzehnten nach Kriegsende eine größere Nähe, als der politische Antagonismus erwarten ließ. In beiden deutschen Gesellschaften war kein grundlegender Mentalitätswandel zu erkennen, weitreichend standen traditionelle Werte weiter im Vordergrund.

Ende der 1960er Jahre begann sich in der Bundesrepublik eine Frauenbewegung zu formieren, die zwar erste Erfolge in einem langdauernden Emanzipationsprozess erreichen konnte, aber gegen die Beharrungskraft männlicher Vorherrschaftsansprüche einen langen Atem benötigte. Der Wertewandel in der bundesdeutschen Gesellschaft seit den ausgehenden 1960er Jahren war vor allem von der jungen Generation geprägt und ebenso mit „postmaterialistischen“ Selbstentfaltungswerten wie mit gesellschaft-

lichem Verantwortungsbewusstsein verbunden. Das traditionelle Rollenverständnis von Frauen und Männern ist in beiden deutschen Gesellschaften deutlich generationenabhängig und schichtenspezifisch geprägt worden.

Die deutsch-deutsche Annäherung seit Beginn der 1970er Jahre begleitete Bundeskanzler Willy Brandt mit den Worten: „Nation ist, wenn man sich trifft.“ Und die erweiterten Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Menschen in Deutschland haben ebenso wie die westdeutschen Medien ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich knapp zwei Jahrzehnte später entgegen der überwiegenden Erwartung der westdeutschen Bevölkerung ein Weg zur Einheit öffnete. Die Ostdeutschen hatten für kurze Zeit auf eine Lockerung ihres Systems gehofft, aber seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre haben sich vor allem viele jüngere Menschen zunehmend von der DDR entfremdet oder distanziert und viele Ältere in privaten Nischen eingerichtet.

In der DDR hat es einen expliziten Feminismus nicht gegeben, doch waren es überwiegend Frauen, die sich in der Friedensbewegung vor allem seit Beginn der 1980er Jahre engagierten. Als die realsozialistische Gerontokratie vor ihrem Ende stand und sich die Menschen in der DDR in einer friedlichen Revolution selbst befreit und für den Weg in die deutsche Einheit entschieden haben, begann eine neue Periode der aktuellen Zeitgeschichte. Bedeutsame Erfolge im Prozess einer fortschreitenden Gleichstellungspolitik sind erst seit Beginn der 1990er Jahre erreicht worden und daran haben die ostdeutschen Frauen einen wichtigen Anteil.

Seit Ende der 1990er Jahre rückt eine neue Frauengeneration in den Vordergrund, deren Selbstbewusstsein gleichermaßen durch das Streben nach Unabhängigkeit, beruflichen Erfolg und partnerschaftlicher Gleichberechtigung bestimmt wird und die sich postfeministisch als „Power-Frauen“ zu erkennen geben, wobei sich die Unterschiede zwischen Ost und

West zunehmend verwischen. Die aktuellen frauen- und familienpolitischen Bemühungen richten sich auf eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um auf diese Weise die Gleichstellung der Frauen weiter voranzubringen.

Eine Geschichte der Frauen kann die Männer nicht ausblenden. Das gilt für die lange Dauer einer Konfliktgeschichte ebenso wie für Impulse, die menschliche Emanzipation als kooperatives Projekt wahrzunehmen. „Es gibt keine Freiheit der Männer, wenn es nicht eine Freiheit der Frauen gibt.“ (Hedwig Dohm) Dieses Buch ist das Gemeinschaftswerk einer in Ostdeutschland geborenen Kunst- und Fotohistorikerin und eines auf die deutsche Gesellschaftsgeschichte fokussierten männlichen Autors, der seit 1958 in der Bundesrepublik lebt. Wir haben uns für diese zweifache Doppelperspektive entschieden, wobei wir alle Teile und Komponenten der Darstellung gemeinsam verantworten, auch wenn die Bildauswahl in erster Linie Gabriele Muschter vorgenommen hat und die Texte überwiegend von Rüdiger Thomas stammen.

Für anhaltende Ermutigung und anregende Unterstützung bei diesem „work in progress“ sind wir Hildegard Bremer und Hans-Georg Golz besonders dankbar. Andrea Tacke und Anika Takagi gilt unser Dank, dass sie für dieses Buch ein anschauliches Profil in einer synchronen Verbindung von Text und Bild gestalteten. Wir bedanken uns bei allen, die uns Fotos und Wortbeiträge überließen, um diese facettenreiche Bilderzählung zu realisieren, ebenso bei denen, die uns in der Recherche und bei technischen Herausforderungen unterstützt haben.

Berlin und Bergisch Gladbach,
8. März 2015

Einleitung



1

Eine kurze Frühgeschichte der Frauenemanzipation

Als das Deutsche Reich 1871 gegründet wurde, waren Frauen in politischer, sozialer und privater Hinsicht Personen minderen Rechts. Sie durften weder eine höhere Bildung erwerben noch eine Männern vorbehaltene Berufstätigkeit ausüben, sie durften nicht studieren und hatten kein Wahlrecht. Selbst im Familienleben unterstanden sie der Vormundschaft ihrer Ehemänner.

Eine frühe Vorkämpferin für Frauenrechte in Deutschland war die Schriftstellerin und 1848er-Revolutionärin Louise Otto, als Tochter eines Gerichtsdirektors im sächsischen Meißen geboren. Schon 1843 hatte sie gefordert, die „Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates“ sei „nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht“. Während der März-Revolution gründete sie die erste „Frauen-Zeitung“, die unter dem Motto: „Dem Recht der Freiheit werb ich Bürgerinnen“ erschien. Sie wurde bereits nach einem Jahr durch ein Gesetz attackiert, das Frauen in Sachsen die Herausgabe von Zeitungen prinzipiell untersagte. Nachdem sie mit der Redaktion zunächst in das thüringische Gera ausgewichen war, musste die Zeitung 1852 ihr Erscheinen nach einem ähnlichen Verbot endgültig einstellen. 1858 heiratete Louise Otto den Schriftsteller August Peters, der, als Führer der badischen Aufständischen verurteilt, eine Gefängnisstrafe von sieben Jahren verbüßen musste.

In der von Peters in Leipzig herausgegebenen „Mitteldeutschen Volkszeitung“ leitet Louise Otto-Peters fortan das Feuilleton. Ihrer Initiative ist 1865 vor allem die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins zu verdanken, die während der Jahrestage der Leipziger Völkerschlacht am 18. Oktober – übrigens in Anwesenheit des späteren Begründers der deutschen Sozialdemokratie August Bebel – vollzogen und von erschrockenen Kritikern als „Leipziger Frauenschlacht“ kommentiert wird.

Es war die erste organisierte bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland, die sich vorrangig für gleiche Frauenrechte in Bildung und Beruf als Voraussetzung ihrer Selbstbestimmung und einer ökonomischen Unabhängigkeit sowie für das Frauenwahlrecht und eine Revision der Frauen diskriminierenden Bestimmungen des bürgerlichen Rechts einsetzte.



2

1/ Kaffeekränzchen im Strandwasser des Wannsee, um 1925.

2/ Louise Otto-Peters (1819–1995): Zeitgenössisches Porträt.

3



1890 entsteht auf Initiative von Helene Lange und Auguste Schmidt, beide Lehrerinnen an privaten Mädchenschulen, der erste Frauenberufsverband, der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein, der die Bildungsbarrieren, die für Mädchen bestehen, allmählich zu unterminieren beginnt. 1896 durften sechs Mädchen in Berlin erstmals die staatliche Reifeprüfung ablegen und seit 1900 wurde in den deutschen Ländern sukzessive das Immatrikulationsrecht für Frauen durchgesetzt, das ihnen die Perspektive für ein reguläres Studium und eine qualifizierte Berufswahl eröffnete.

Diesem Emanzipationsziel gegenüber blieb der Kampf um das Frauenwahlrecht zunächst nachrangig, wohl auch deshalb, weil statt eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts vornehmlich in Preußen und Sachsen ein noch nach der Steuerleis-

4



tung klassifiziertes „Dreiklassenwahlrecht“ mit unterschiedlichem Stimmgewicht bestand. Anfang des 20. Jahrhunderts schloss sich ein Deutscher Verein für Frauenstimmrecht dem 1904 gegründeten Weltbund für Frauenstimmrecht an. Erst während des Ersten Weltkriegs wurden verschiedenen Aktivitäten im Reichsverband für das Frauenstimmrecht zusammengefasst, bis das Ziel eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen nach der Novemberrevolution schließlich 1918 am Beginn der Weimarer Republik im Januar 1919 erreicht war.

Blicken wir noch einmal zurück auf eine singuläre Persönlichkeit in der Anfangsperiode der deutschen Frauenemanzipation, auf Hedwig Dohm. Die hochbegabte Tochter eines deutschen Tabakfabrikanten jüdischen Glaubens und seiner aus armen Verhältnissen stammenden Ehefrau wurde 1831 als viertes von 17 Kindern der Familie geboren. Weil sich der Vater einer Eheschließung des Sohnes widersetzte, konnte dieser erst nach dessen Tod die Mutter seiner Kinder 1838 heiraten. Hedwig Schlesinger durfte im Unterschied zu ihren Brüdern bis zum Alter von 15 Jahren nur eine Mädchenschule besuchen, drei Jahre später wurde ihr erst nach heftigem Drängen die Aufnahme in ein Lehrerinnenseminar gestattet, bevor sie mit 22 Jahren Ernst Dohm heiratet. Ihr Mann ist Chefredakteur des politisch-satirischen Magazins „Kladderadatsch“, das seit 1848 erscheint. Hedwig Dohm führt nun einen Salon, in dem beispielsweise Theodor Fontane, Franz Liszt, Alexander von Humboldt, Ferdinand Lassalle und die „rote“ Gräfin Sophie von Hatzfeld sowie Fanny Lewald, ebenfalls eine frühe Vorkämpferin der Frauenemanzipation, verkehren. Eine ihrer vier Töchter ist die Mutter Katia Manns. In den 1870er Jahren publiziert sie vier feministische Essaybände, darunter „Die wissenschaftliche Emanzipation der Frau“ (1874) sowie „Der Frauen Natur und Recht“ (1876). Zwischen 1890 und 1910 erscheinen zahlreiche Romane und Erzählungen.

Lange geriet sie weitgehend in Vergessenheit. Erst seit zwei Jahrzehnten ist ihre Bedeutung für die Frauenbewegung wieder nachhaltig bewusst geworden. Als öffentlichkeitsscheue Person ist sie seinerzeit keinen politischen Verbänden beigetreten, allerdings war sie 1888 Mitgründerin des Vereins „Reform“, der in erster Linie für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an allen Stufen der Bildung eintrat. Hedwig Dohm hat sich jedoch vor allem durch die Macht des Wortes ihren Namen gemacht. Bereits 1878 bekennt sie: „Ich bin des Glaubens, dass zukünftige Gesellschaften auf unsere Sitten wie auf die von Urvölkern blicken werden; ich bin des Glaubens, dass die eigentliche Geschichte der Menschheit erst beginnt, wenn der letzte Sklave befreit ist, wenn das Privilegium der Männer auf Bildung und Erwerb abgeschafft, wenn die Frauen aufhören, eine unterworfenen Menschenklasse zu sein“ (Dohm 2006, S. 32). Für Hedwig Dohm sind Männer und Frauen kein „natürliches Produkt der Schöpfung“, sondern ein soziales Konstrukt, ein jeweils „durch bestimmte soziale Bedingungen historisch Gewordenes“ (ebd., S.98). Sie ist eine frühe Vorläuferin von Simone de Beauvoir. Für die Verwirklichung der Gleichberechtigung im Beruf glaubt sie, dass Hausarbeit und Kindererziehung auf öffentliche Einrichtungen übertragen werden könnten.

Erst im hohen Alter engagiert sich Hedwig Dohm zunehmend auch politisch. Sie nimmt 1905 an der Gründungsversammlung von Helene Stöckers Bund für Mutterschutz und Sexualreform teil, der sich insbesondere für ledige Mütter einsetzt und die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen sowie das Recht auf Abtreibung fordert und damit innerhalb der Frauenbewegung als radikale Gruppierung wahrgenommen wird. Sie publiziert in ihren beiden letzten Lebensjahrzehnten mehr als 80 Beiträge, die sie ebenso als radikale Feministin wie als Pazifistin charakterisieren. „Es gibt keine Vaterlandsliebe, die den Feindeshass heiligt“, schreibt sie 1915 in ihrem Artikel „Der Missbrauch des Todes“. Wenige Monate nach der um 40 Jahre jüngeren Rosa Luxemburg stirbt die frühe Theoretikerin des Feminismus am 1. Juni 1919.

Es war vor allem die deutsche Sozialdemokratie, die vor dem Ersten Weltkrieg mit Clara Zetkin und Rosa Luxemburg prominente Kämpferinnen für die Durchsetzung von gleichen Rechten für Frauen und Männer hervorgebracht hat. Weil beide Frauen sich schließlich für die Kommunistische Partei entschieden haben, sind sie im Westen Deutschlands lange Zeit vornehmlich mit Argwohn oder Ablehnung betrachtet worden. Dabei wird leicht übersehen, dass ihre klassenkämpferische revolutionäre Gesinnung mit dem Mut zum eigenständigen Urteil verbunden blieb, das sie vor allem im Hinblick auf die russische Revolution und Stalins Sowjetkommunismus gezeigt haben.



5



6

3/ Auguste Schmidt (1833–1902),
Lehrerin, Frauenrechtlerin und
Autorin.

4/ Helene Lange (1848–1930),
Lehrerin, Politikerin und
Frauenrechtlerin, 1848.

5/ Hedwig Dohm (1831–1919)

6/ Helene Stöcker (1869–1943)
Frauenrechtlerin und Schrift-
stellerin, 7. November 1929

7



Kurz nach der Jahrhundertmitte als Tochter eines Dorfschullehrers im sächsischen Erzgebirge geboren, kommt die junge Clara Eißner Mitte der 1870er Jahre in Verbindung zu der Mitgründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins Auguste Schmidt, als sie sich in deren Leipziger Privatseminar zur Volksschullehrerin ausbilden lässt. Bald danach lernt sie den nach Leipzig geflohenen russischen Revolutionär Ossip Zetkin kennen, dessen Namen sie 1882, nun gemeinsam in Paris lebend, annimmt, ohne dass dort wegen fehlender Papiere eine Heirat möglich ist. Sie war bereits 1878 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei geworden und avanciert in Frankreich zur prominenten Exponentin der internationalen sozialistischen Frauenbewegung. Wenige Monate nach dem Tod ihres russischen Lebensgefährten hält sie auf dem Gründungskongress der Zweiten Inter-

8



7/ Clara Zetkin (1857–1933)

8/ Die Politikerin Clara Zetkin in Stuttgart mit württembergischen Sozialdemokraten, 1910.

9/ Rosa Luxemburg (1871–1919), 1915.

nationale in Paris eine Aufsehen erregende Rede, in der sie sich im Geist des Marxismus prinzipiell von der bürgerlichen Frauenbewegung abgrenzt. „Wir erwarten unsere volle Emanzipation weder von der Zulassung der Frau zu dem, was man freie Gewerbe nennt, und von einem dem männlichen gleichen Unterricht – obgleich die Forderung dieser beiden Rechte nur natürlich und gerecht ist – noch von der Gewährung politischer Rechte. [...] Wenn die soziale Emanzipation von den politischen Rechten abhinge, würde in den Ländern mit allgemeinem Stimmrecht keine soziale Frage existieren. Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.“ (Zetkin 1957, S. 10)

Nach dem Ende des Bismarck-Reiches und dem Fall des Sozialistengesetzes kehrt Clara Zetkin nach Deutschland zurück und gründet 1891 die Frauenzeitschrift „Gleichheit“ in Stuttgart. Sie hat auch entscheidenden Anteil an der Einführung eines Internationalen Frauentages, den sie auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen anregte, nachdem bereits im Jahr zuvor ein sozialistisches Komitee in den USA einen Frauentag zur Durchsetzung des Frauenstimmrechts organisiert hatte.

Um dem Vorwurf des Vaterlandsverrats zu entgehen, hatte die SPD im Reichstag mit Ausnahme von Karl Liebknecht am 4. August 1914 den Kriegskrediten zugestimmt. Damit entstand in der deutschen Sozialdemokratie ein unversöhnlicher Bruch. Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, die nicht der Reichstagsfraktion angehörten, schlossen sich der parteioppositionellen „Spartakusgruppe“ an, aus der sich 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) formierte, deren revolutionärer Flügel schließlich am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründete. Clara Zetkin war von 1920

bis 1933 Mitglied der KPD-Fraktion im Reichstag, 1932 auch seine Alterspräsidentin. Seit 1921 gehörte sie bis zu ihrem Tod, der sie im Juli 1933 nahe Moskau ereilte, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an. Dort hatte sie die von Stalin seit 1924 vertretene „Sozialfaschismusthese“ kritisiert, wonach der Faschismus und die Sozialdemokratie als „Zwillingsbrüder“ betrachtet werden sollten. Diesen Anspruch auf das eigene Urteil teilt Clara Zetkin mit Rosa Luxemburg.

Im Herbst 1918 hatte Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Die russische Revolution“ vor der Gefahr einer diktatorischen Deformation mit dem Satz gewarnt: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit der anders Denkenden.“ (›Zit. n. Thomas 1978, S. 62) Sie lehnte nicht die revolutionäre Gewalt ab, forderte aber zugleich eine sozialistische Demokratie ein. Dieser Satz, den die SED erst Anfang der 1980er Jahre zu publizieren gestattete, sollte 1987 zu einem Motto der ostdeutschen Oppositionsbewegung werden.

Als fünftes Kind eines begüterten polnischen Juden geboren, erhielt das sprachbegabte Mädchen eine umfassende humanistische Bildung, nachdem die Familie zwei Jahre nach ihrer Geburt aus einer polnischen Kleinstadt nach Warschau übersiedelt war. Die polnische Hauptstadt stand nach den polnischen Teilungen unter der Hegemonie des russischen Zarenreiches. Mit 16 Jahren trat die Schülerin eines renommierten Frauengymnasiums einer illegalen marxistischen Gruppe bei und floh im folgenden Jahr aus Angst vor Entdeckung in die Schweiz. Im Februar 1889 nahm sie ein breit gefächertes Studium an der Universität Zürich auf, wo Frauen sich schon seinerzeit gleichberechtigt immatrikulieren konnten. Zürich war ein Zufluchtsort für in ihrer Heimat verfolgte Emigranten geworden, dort lebte sie im Haus eines deutschen Sozialdemokraten, der nach einem Hochverratsprozess schon in den 1870er Jah-



ren emigriert war und lernte zwanzig-jährig ihren Lebenspartner, den polnischen Marxisten Leo Jogiches, kennen und lieben.

Bereits 1893 war sie an einer internationalistisch ausgerichteten Pariser Exilzeitung beteiligt und ihr Engagement als wortmächtige sozialistische Publizistin sollte die beiden folgenden Jahrzehnte prägen. 1897 wurde Rosa Luxemburg mit einer Dissertation über „Polens industrielle Entwicklung“ promoviert. Im gleichen Jahr fasste sie den Entschluss, nach Deutschland zu ziehen, wo sie ein Jahr später durch die Heirat mit dem Sohn ihrer Zürcher Gastfamilie die deutsche Staatsbürgerschaft erwarb. In zahlreichen Artikeln wendete sie sich gegen den Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen auf dem Weg von Reformen erreichen wollte, und forderte revo-

10



10/ Nach Einführung des Frauenwahlrechts sieht eine Dame die Wahlliste zur Nationalversammlung ein, 1919.

11/ Straßenbahnführerin mit Weichenstange vor Ihrem Fahrzeug, 1916.

12/ Eine Telefonistin. Februar 1930.

lutionäre Veränderungen mit dem Kampfmittel des Massenstreiks ein. Sie befürwortete den „proletarischen Internationalismus“ und kämpfte mit großer Energie und Leidenschaft gegen einen drohenden Krieg. 1912 reiste sie als Vertreterin der SPD zu einem europäischen Sozialistenkongress nach Paris. Gemeinsam mit dem französischen Sozialistenführer Jean Jaurès gab sie die feierliche Verpflichtung ab, bei einem Kriegeausbruch zum Generalstreik aufzurufen. Unter dem Eindruck zweier Balkankriege organisierte sie Ende September in Frankfurt und dem nahe gelegenen Fechenheim zwei Massendemonstrationen, in denen sie vor Zehntausenden zur Kriegsdienst- und Befehlsverweigerung aufrief. Aus diesem Grund wurde sie wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze“ angeklagt und im Februar des folgenden Jahres zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt, sodass sie den Beginn des Ersten Weltkriegs in Haft erleben musste. Als die deutschen Sozialdemokraten die von ihr geforderte konsequente Antikriegshaltung missachteten, führte sie ihr Weg schließlich in die KPD. Am gleichen Tag wie Karl Liebknecht wurde sie bereits zwei Wochen nach der Parteigründung

von einer militaristischen Kamarilla am 15. Januar 1919 ermordet.

Während der Weimarer Republik veränderten sich die Lebensbedingungen von Frauen in vielen Hinsichten. Einschneidend war zunächst die Einführung des Frauenwahlrechts. Im Januar 1919 beteiligten sich fast 90 Prozent der wahlberechtigten Frauen ab 21 Jahren an den Wahlen. Auf Anhieb erreichten sie ein Zehntel der Abgeordnetenmandate. Dies war ein Ergebnis, dass im Deutschen Bundestag erst 1983 übertroffen wurde.

Während um die Jahrhundertwende Frauenarbeit noch weitgehend auf den (primären) Landwirtschaftssektor und das Handwerk sowie auf die städtischen und ländlichen Unterklassen beschränkt war, nahm sie mit dem Einschnitt des Ersten Weltkriegs zu. Frauen mussten in diesen Jahren die Arbeit von Männern übernehmen, wurden nach Kriegsende aber teilweise wieder in ihre alten Rollen zurückgedrängt. Für gleiche Arbeit erhielten Frauen im Herbst 1918 wesentlich niedrigere Löhne als Männer. In der Metallindustrie war es nur etwa die Hälfte, in der chemischen Industrie 56 Prozent, in der Textilindustrie zwei Drittel (Wehler 2003, S. 82).

Auszug aus der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919

Artikel 22

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Artikel 109

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. [...]

Artikel 119

Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter [...]

Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.

Artikel 121

Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 128

Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.

Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Reichsgesetzblatt 1919, S. 1383

1914 war erst ein knappes Drittel der Frauen berufstätig gewesen, bis 1925 stieg die weibliche Erwerbsquote auf 36 Prozent, das entsprach der Hälfte aller Frauen im erwerbsfähigen Alter. Zwischen 1907 und 1925 hat sich der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen, die als Beamtinnen oder Angestellte tätig waren, von 3,9 auf 12,6 Prozent mehr als verdreifacht, im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Arbeiterinnen um mehr als neun Prozentpunkte (Löhr/Meyhöfer, in Niethammer 1990, S. 579). Die markante Zunahme weiblicher Angestelltenberufe ergab sich nicht nur in der Privatwirtschaft bei Sekretärinnen, Stenotypistinnen und Verkäuferinnen, sondern vor allem im öffentlichen Sektor, bei Lehrerinnen, im Gesundheitswesen, bei Fürsorgerinnen und zunehmend auch bei den akademischen Berufen. Immerhin gab es 1932 bereits 12 000 Akademikerinnen, außerdem rund 20 000 Studentinnen, nahezu ein Sechstel aller Studierenden. „Das Vordringen von weiblichen Erwerbstätigen in die neuen Berufsfelder nährte allerdings auch das männliche Ressentiment gegen die ‚Doppelverdiener‘: gegen verheiratete und berufstätige Frauen, die seit 1929 verschärft



11



12

13



ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten.“ (Wehler 2003, S. 238) Allerdings blieb in der Weimarer Republik das „Beamten-Zölibat“ bestehen, das Frauen nach ihrer Eheschließung oder bei Geburt eines unehelichen Kindes den Verbleib im Beruf untersagte. Dagegen erhielten Frauen 1922 per Reichsgesetz die Zulassung als Rechtsanwältinnen und Richterinnen.

In den 1920er Jahren wurden verschiedene „Frauengesetze“ verabschiedet, darunter ein Gesetz über Mindestlohn und Sozialversicherung für Heimarbeiterinnen (1924) sowie über erweiterten Mutterschutz (1927). Dieses garantierte den werdenden Müttern eine reduziert bezahlte Freistellung in den letzten sechs Wochen vor der Geburt und den ersten sechs Wochen danach. 1878 hatte der Mutterschutz gerade einmal drei Wochen nach der Niederkunft betragen. Es erscheint uns heute unfassbar, dass 1891 die Höchst-arbeitszeit für Frauen auf 65 Stunden festgesetzt war. Die Regelarbeitszeit wurde nicht vom Staat bestimmt, sondern durch Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften herbeigeführt. Vorreiter für die Einführung einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden waren das Zeiß-Werk (1900), Bosch und Bayer (1904/05). Erst 1919 wurde in Deutschland in Übereinstimmung mit dem „Washingtoner Abkommen“ generell der Achtstundentag per Gesetz bestimmt. Im Juli 1927 wurde schließlich ein Gesetz zur Arbeitslosenversicherung erlassen, welches eine Versicherungspflicht gegen Arbeitslosigkeit vorsieht und den gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld enthält, dessen Kosten je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden.

Kameradschaftsehe 1929

Die neue Frau war es, die als selbstständige Persönlichkeit in wirtschaftlicher und geistiger Unabhängigkeit vom Manne die alten Moralbegriffe zersprengte. Das erzwungene Zölibat des jungen Mädchens, die Unlösbarkeit der Ehe sind durch die aufrichtige Wirklichkeit des Lebens nichtig geworden. Die selbständige Frau von heute nimmt sich ebenso wie der Mann das Recht zu einem Liebesleben auch vor der Ehe, um so mehr, als die eheliche Gemeinschaft bei dem zahlenmäßigen Überschuß der Frauen nur eine schwache Zukunftsmöglichkeit für sie bedeuten kann. Auf diese Weise hat sich die psychologische Einstellung der Frau zur Ehe völlig gewandelt. Sie wartet nicht mehr auf die Ehe, oft sogar wünscht sie heute eine solche Bindung selber nicht mehr, von der sie eine Hemmung ihrer freien Entwicklung befürchtet. [...]

Diese berufliche Unabhängigkeit bedeutet auch seelisch eine losere Bindung an den Mann. Das Heim ist nicht mehr der ummauerte Garten tiefer glücklicher Kraft. Auch das Leben der Familie ist der Wandlung unterworfen; es wird teilweise schon abgelöst durch Selbsterziehung der Jugend, durch ein Gruppenleben, das die Kinder dem elterlichen Hause entführt.

Lola Landau, „Kameradschaftsehe“, Die Tat 20, II (1929), S. 831-35. Zit. n. http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/docpage.cfm?docpage_id=4781



14



15

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erfolgte im Hinblick auf die Sexualität in den Großstädten ein Liberalisierungsschub. Viele Frauen hatten ihre Männer verloren, es begann ein „Tanz auf dem Vulkan“, der vornehmlich die jüngere Generation erfasste. Bereits 1919 gründete Magnus Hirschfeld das weltweit erste Institut für Sexualwissenschaft. Im gleichen Jahr wurde mit seiner Beratung der erste Schwulenfilm „Anders als die Anderen“ gedreht, in dem er auch selbst mitwirkte. In Berlin entstand auch das erste Transvestitenlokal. Schon während der Weimarer Republik wurde Hirschfeld wiederholt von Nazis attackiert und kehrte 1931 von einem USA-Aufenthalt nicht mehr nach Deutschland zurück. Er verstarb 1935 in Nizza.

Seit 1927 war die Prostitution gestattet, wenn sie nicht gewerbsmäßig betrieben wurde. Der § 175 des Strafgesetzbuches, der Geschlechtsbeziehungen zwischen Männern unter Strafe stellte, blieb allerdings in Kraft. Auch der § 218 des StGB, der Abtreibungen verbot, wurde beibehalten, obwohl vor allem die KPD gegen seine Geltung heftig protestierte, weil dieses Verbot die unteren sozialen Schichten besonders belastete.

Es waren in erster Linie Frauen in den Großstädten, die einen völlig neuen Lebensstil für sich in Anspruch nahmen. Das galt vor allem für jüngere Journalistinnen, Künstlerinnen und Akademikerinnen. Die „Neue Frau“ aus elitären Zirkeln konnte sich moderne Modekreationen ebenso leisten wie sie an der Kultur

13/ Transvestitenlokal „Eldorado“ in Berlin, 1926

14/ Protestdemonstration der KPD

15/ Foto: Yva © Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz/ Kunstbibliothek, SMB/ Yva
Else Ernestine Neuländer eröffnet, damals 25 Jahre alt, ihr erstes Fotoatelier in Berlin, wenig später erscheinen ihre Bilder unter dem Namen Yva u. a. in der Zeitschrift „Die schöne Frau“ und seit 1929 in zahlreichen Blättern des Ullstein-Verlages. Sie beteiligt sich 1932/33 an verschiedenen internationalen Fotoausstellungen, 1933 erhält sie Berufsverbot als Pressefotografin aufgrund ihrer jüdischen Herkunft, 1938 ein vollständiges Berufsverbot, im Juni 1942 wird sie in das KZ Majdanek deportiert, dort vermutlich ermordet.

16



16/ Marlene Dietrich, 1930.

17/ Die Neue Frau trug den Rock und das Haar kurz und fand – allerdings erst in Ausnahmefällen – durch neue Berufe eine zunehmende finanzielle Unabhängigkeit

18/ Nachmittag auf dem Seesteg in Kolberg, 1930. Foto: Georg Pahl

17



der „Goldenen Zwanziger“ partizipierte. Sie war sportlich und körperbewusst und hatte auch Einfluss auf das Verhalten und den Lebensstil der jüngeren weiblichen Angestellten, der „Tippmamsells“. Sie stilisierten sich mit Bubikopf, rauchten mit Zigarettenspitze, hatten kurze Röcke, mitunter sogar Hosen an und berauschten sich an den neuen amerikanischen Tänzen wie Charleston. Ein spezieller Typus war die „Garçonne“, die das autonome Männlichkeitsideal verkörperte. Sie trug Manschettenknöpfe, Schlips oder Fliege und häufig auch ein Sakko. Nicht selten schmückte ihren Kopf außerdem eine schwarze Melone. Die Unterhaltungsfilm, von denen „Der blaue Engel“ (1930) einer der ersten Tonfilme war, ebenso wie die Frauenromane einer Vicki Baum, aber auch verschiedene Frauenzeitschriften trugen zu einem neuen Selbstbewusstsein bei, das schließlich auch in dem neu aufkommenden Begriff des „Sex Appeal“ zum Ausdruck kam.

Mit der Frauenrechtsbewegung der vorausgegangenen Generationen hatten diese Frauen keine Verbindung. Sie besaßen nicht nur das Wahlrecht erhalten, sondern

ihnen standen auch im Hinblick auf Studium und Beruf die Türen offen. Während die Frauen weitgehend die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie die Männer erhalten hatten, bestanden die diskriminierenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches in den privaten Lebensbeziehungen für die Ehefrauen fort. Zahlreiche Frauen fielen nach der Eheschließung wieder in alte Rollenmuster zurück. Die Kultur der Weimarer Republik, aber auch der neue Lebensstil von Frauen, beschränkte sich in erster Linie auf die Metropole Berlin, auf München und wenige andere Großstädte. Sie war außerdem durch die Belastungen der Hyperinflation 1923 und die Folgen der Weltwirtschaftskrise 1929 auf ein relativ kleines Kulturmilieu und die jungen weiblichen Angestellten begrenzt. In weiten Kreisen der Bevölkerung, bei Männern wie Frauen, blieben traditionelle Wertvorstellungen auch in den 1920er Jahren vorherrschend. Andernfalls hätte das antimoderne Frauenbild des Nationalsozialismus nicht nur bei Männern, sondern auch bei den meisten Frauen so einfach durchgesetzt werden können.



1

Unterwerfung 1933 bis 1945

Hitlers „Volksgemeinschaft“

___ Seite 26



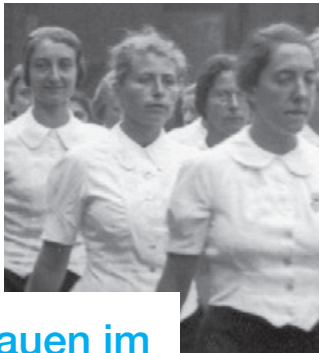
Mütterkult

___ Seite 34



Der schöne Schein: Frauen und Mode

___ Seite 41



Frauen im „Dritten Reich“

___ Seite 30



Verführte Jugend

___ Seite 31



Frauen im Beruf

___ Seite 39



Sportidole

___ Seite 44

Frauen im Krieg

Seite 50

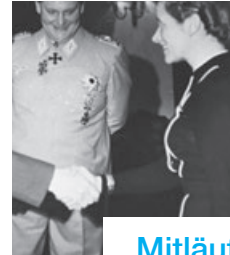
Beruf:
Kernphysikerin

Seite 45



Täterinnen

Seite 65



„Mitläuferinnen“

Seite 62

Rassenpolitik

Seite 47



Frauen im Widerstand

Seite 52

Opfer

Seite 56



Judenverfolgung und Holocaust

Seite 57



1/ Unter dem Jubel der Bevölkerung fährt Adolf Hitler durch Bad Godesberg zu einem Treffen mit dem britischen Premierminister Neville Chamberlain, 22. September 1938



Ein irritierendes Bild: Das Foto zeigt Adolf Hitler am 22. September 1938 auf dem Höhepunkt seiner Macht. Wenige Monate zuvor waren Wehrmachtstruppen in Österreich einmarschiert, das am 13. März mit der überwältigenden Zustimmung der Bevölkerung in das Deutsche Reich eingegliedert wurde. Das Sudetenland holte der Diktator am 1. Oktober aus der Tschechoslowakei „heim ins Reich“, nachdem ihm Großbritannien und Frankreich, um einem drohenden Krieg zu entgehen, unter Mithilfe des italienischen Duce Benito Mussolini im „Münchener Abkommen“, ein entsprechendes Zugeständnis gemacht hatten. Daran hatte der britische Premier Neville Chamberlain maßgeblichen Anteil, der Hitler vor diesem „Appeasement“ zweimal in Berchtesgaden und im Bad Godesberger Rheinhof Dreesen aufsuchte. Hitler fand seinerzeit begeisterte Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung, darunter auch bei vielen Frauen und Kindern, die nicht ahnen konnten, dass nur ein Jahr später mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg begann.

Rückblende: Der „unbekannte Soldat“ Adolf Hitler hatte sich schon 1919 in deutschnationalen und antisemitischen Vereinigungen engagiert, trat in der Anfang 1920 gegründeten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei als rhetorisch begabter Propagandist hervor und wurde im Juli 1921 zum Vorsitzenden der NSDAP gewählt. Mit seiner zunächst

kleinen Gefolgschaft scheitert Hitler im November 1923 bei einem dilettantischen Putschversuch, dem „Marsch auf die Feldherrenhalle“, in München. Während der anschließenden Verurteilung zu fünf Jahren Festungshaft, von denen er nur etwa ein Jahr verbüßen muss, verfasst er sein programmatisches Buch „Mein Kampf“, das am Ende der NS-Diktatur eine Gesamtauflage von mehr als 11 Millionen Exemplaren erreicht haben wird. Im Februar 1925 gründet er die zeitweilig verbotene NSDAP neu, nachdem er verkündet hat, seine Ziele künftig legal erreichen zu wollen. Nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 (Zusammenbruch der New Yorker Börse am „Schwarzen Freitag“) kann die NSDAP im September 1930 bei der Reichstagswahl erstmals knapp ein Fünftel der Wählerstimmen verbuchen. Am 30. Januar 1933 wird Hitler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Wenige Wochen später brennt der Reichstag, und dieses Ereignis dient Hitler als Vorwand zur Errichtung der NS-Diktatur, die er durch ein „Ermächtigungsgesetz“, gegen das nur noch die deutschen Sozialdemokraten stimmen (die Abgeordneten der KPD waren bereits inhaftiert), im März 1933 scheinlegal absichert. Damit hat er Deutschland seinem Führerwillen nahezu schrankenlos unterworfen. Woher lässt sich dann die Begeisterung erklären, die das Foto fünf Jahre nach der „Machtergreifung“ erkennen lässt?

Hitlers „Volksgemeinschaft“

Mit der Ernennung zum Reichskanzler hat Hitler sein schon lange verfolgtes Ziel erreicht. Damals ahnten viele noch nicht, dass damit die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, schon innerhalb weniger Monate durch die Etablierung der NS-Diktatur zu Grabe getragen werden sollte. Die Demokratie wurde durch das „Führerprinzip“ abgelöst, die pluralistische Gesellschaft durch das Postulat der „Volksgemeinschaft“ beseitigt. Wer sich darin nicht einfügen wollte, wurde zum Feind erklärt oder als Folge rassenideologischer Wahns fortschreitend ausgegrenzt und verfolgt. Wer es wissen wollte und Hitlers „Mein Kampf“ gelesen hatte, konnte ahnen, was nun kommen würde. Doch viele Deutsche hatten nach dem

Ersten Weltkrieg durch die unerfüllbaren Reparationslasten des Versailler Vertrages, nach Inflation und Arbeitslosigkeit, den Folgen der Weltwirtschaftskrise und aufgrund der Unfähigkeit der Parteien, wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität zu gewährleisten, das Vertrauen in die Demokratie verloren. Auch wenn die NSDAP bei der nicht mehr freien Reichstagswahl am 5. März 1933 mit einem Stimmenanteil von 43,9 Prozent die Mehrheit der Wähler noch nicht für sich gewinnen konnte, setzten große Teile der Bevölkerung starke Hoffnungen auf eine Partei, die mit demagogischem Pathos eine Rückkehr zu „Deutschlands Größe“ versprach, wobei sie schon in den Jahren der Weimarer Republik zu

erkennen gegeben hatte, dass ihr dafür jedes Mittel recht war.

Für viele Deutsche, die nach dem Ersten Weltkrieg Verunsicherung und Angst vor sozialer Not erlebt hatten, bot die NS-Ideologie eine scheinbare Alternative zur von Inflation und steigender Arbeitslosigkeit gekennzeichneten bedrückenden Realität der Weimarer Republik. Das verlockende Angebot der National-

sozialisten an die Dazugehörigen war das einer prosperierenden „Volksgemeinschaft“ mit geordneten und sicheren Verhältnissen im nationalen Maßstab – ohne „Klassenkampf“, Arbeitslosigkeit, Verelendung und, nicht zuletzt, ohne die belastenden Verpflichtungen gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. Hitler versprach dies alles unter dem Verdikt der „rassischen Überlegenheit“ des deutschen Volkes und einer behaupteten Bedrohung durch fremde, feindlich gesinnte „Rassen“, in allererster Linie dem so genannten „Weltjudentum“. Er machte kein Hehl daraus, dass er dies mit rabiatischen Methoden „rücksichtslos“ durchzusetzen gedachte, und viele – Männer wie Frauen – waren damals durchaus damit einverstanden. Von der politischen Gleichschaltung versuchten die Nationalsozialisten durch symbolische Solidaritätsaktionen abzulenken, die ihren vorgeblichen „Sozialismus der Tat“ manifestieren sollten.

Das „Winterhilfswerk“ wurde durch eine „Erste Winterhilfsaktion gegen Hunger und Kälte“ als Sammlung von Sach- und Geldspenden im September 1933 durch Adolf Hitler initiiert, die der Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im Sommer vorbereitet hatte. Die Aktion sollte – wie Hitler sich ausdrückte – die „lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes“ manifestieren. Dabei gab sich der NS-Staat besorgt um ein gutes und abgesichertes Leben der deutschen Bevölkerung. Die Aktion diente jedoch nicht nur einem sozialen Zweck, sondern sollte zugleich die rassenideologisch unterlegte Idee der „Volksgemeinschaft“ popularisieren. Das Plakat zeigt eine dem Leitbild der NS-Familienpolitik entsprechende Musterfamilie mit vier Kindern. Es ging um die „erbgesunde“ Familie als Keimzelle der Nation, wie nicht nur die vielen Dokumente, Plakate und Fotografien jener Jahre bekunden, sondern auch die gesamte, ab Mitte der 1930er Jahre „gleichgeschaltete“ mediale Öffentlichkeit.





3



4

Auch der „Eintopfsonntag“, der am 1. Oktober 1933 zum ersten Mal stattfand, war eine geschickte Propagandaaktion des NS-Regimes, um eine Solidarisierung und ein Gemeinschaftsgefühl in der Bevölkerung zu indoktrinieren. Von Oktober bis März sollten alle Haushalte einmal im Monat auf den „Sonntagsbraten“ verzichten und stattdessen Eintopf essen. Das Geld, das sie dadurch sparten, sollte dem „Winterhilfswerk“ gespendet werden. Die „Blockwarte“ – niedrigste Funktionärebene der NSDAP in Mietshäusern und Wohngegenden, zuständig für 40 bis 60 Haushalte – sammelten es von Tür zu Tür gehend und lieferten die Einnahmen in zentralen Dienststellen der NSDAP ab.

Natürlich ließen es sich die Politprominenz und der „Führer“ selbst nicht nehmen, an öffentlichen Eintopfessen teilzunehmen. Auch wenn die symbolpolitische Bedeutung dieser Aktivitäten im Vordergrund stand, erreichten die erzielten Einnahmen eine beachtliche Größenordnung. In Hamburg beteiligten sich beispielsweise am 4. Februar 1934 etwa 65 Prozent aller Haushalte. Die gespendete Summe betrug 104 200 Reichsmark. (>Zolling 1986, S. 180) Durch „Eintopfsonntage“ wurden im Winter 1935/36 über 31 Millionen Reichsmark zusammengetragen. Diese Summe entsprach etwa auch dem Ertrag, der durch die Straßensammlungen des „Winterhilfswerks“ erzielt wurde.

Die Gleichschaltung in der Volksgemeinschaft kam schon wenige Monate nach der Machtübernahme Hitlers in der Formierung einer einheitlichen Organisation für Arbeitnehmer

2/Plakat Winterhilfswerk, um 1933

3/ „In jedem Betrieb eine Werk-Frauengruppe“ Plakat, 1937

4/Eintopfessen für die Volksgemeinschaft, 1937

5



5/ Ausstellung des Reichsnährstandes in München: Kindergruppe auf der Theresienwiese im Mai 1937

6/ Eine Marschkolonie der NS-Frauenschaft in Nürnberg 1937
Foto: Liselotte Purper

und Arbeitgeber zum Ausdruck, in der die Mitgliedschaft als „freiwillig, aber erwünscht“ galt. Der 1. Mai wurde zum gesetzlichen Feiertag erklärt, eine alte Forderung der Arbeiterbewegung. Am 10. Mai 1933 wurden alle freien Gewerkschaften verboten und das Streikrecht abgeschafft. An der Spitze der Deutschen Arbeitsfront (DAF), die seit Oktober 1934 als ein rechtlich der NSDAP angegliederter Verband fungierte und 1942 rund 25 Millionen Mitglieder zählte, stand der Reichsorganisationsleiter der NSDAP Robert Ley. „Um die zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten“ (§1), legte ein Gesetz am 26. Februar 1935 die Einführung eines „Arbeitsbuches“ fest. Mit diesem verpflichtenden Dokument wurde nicht nur eine staatliche Kontrolle über die Beschäftigten wirksam, es konnte auch als Grundlage von Arbeitslenkungsmaßnahmen dienen. Seit 1938/39 wurden diverse Verordnungen zur Dienstverpflichtung erlassen, welche die freie Arbeitsplatzwahl einschränkten. „Trotz des Verlustes fundamentaler sozialer Mitbestimmungsrechte und Freiheiten trug die nach Jahren äußerster wirtschaftlicher Not und Massenarbeitslosigkeit wiederhergestellte soziale Sicherheit zwei-

fellos dazu bei, daß bei zahlreichen, in ihrer Mehrheit in sozialistisch-gewerkschaftlicher Tradition aufgewachsenen Arbeitern die anfängliche Animosität und Reserve gegenüber dem NS-Regime abgebaut wurde.“ (▷Wolfgang Benz, in: Broszat/Frei1999, S. 50)

Als Freizeitorganisation, die insbesondere auch kostengünstige Urlaubsreisen organisierte, war „Kraft durch Freude“ (KdF) beliebt geworden. Schon 1933 gegründet, gehörten die Mitglieder der DAF zu diesem „Freizeitwerk“, dessen Selbstwahrnehmung so beschrieben wurde: „Das Ziel der Organisation ist die Schaffung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und die Vervollkommnung und Veredelung des deutschen Menschen.“ (▷zit. n. Frommann 1992, S. 106)

Analog zur Einheitsgewerkschaft wurde für den Agrarbereich der „Reichsnährstand“ (RNS) begründet, der aus dem Zusammenschluss der verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen im September 1933 per Gesetz formell eingeführt wurde und dem Reichslandwirtschaftsministerium zugeordnet war. Der RNS erstreckte sich allerdings „nicht nur auf die Bauernhöfe selbst, sondern auch auf alle verbundenen Wirtschaftszweige“ bis hin zur Nahrungsmittelindustrie. Finanziert wurde er durch Abgaben (2 Reichsmark pro 1 000 Reichsmark Einheitswert), die alle Höfe entrichten mussten. „Der RNS kontrollierte nicht nur 6 Millionen unabhängige Erzeuger, er kontrollierte auch 40 Prozent der gesamten deutschen Arbeitskraft.“ (▷Tooze, S. 225–227) Seine auf Plakaten vielfach verbreitete Parole lautete „Blut und Boden“. Das Hauptziel war die landwirtschaftliche Autarkie, weitestgehend unabhängig vom Weltmarkt. Mit der propagierten „Erzeugungsschlacht“ konnte der Selbstversorgungsanteil von 68 Prozent (1928) bis 1938 auf 83 Prozent gesteigert werden, obwohl in diesem Zeitraum die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte gleichzeitig um ein Viertel zurückgegangen war.



6

Das Frauenbild Hitlers

Das Wort von der Frauen-Emanzipation ist ein nur vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt.

[...] Wenn man sagt, die Welt des Mannes ist der Staat, die Welt des Mannes ist sein Ringen, die Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft, so könnte man vielleicht sagen, daß die Welt der Frau eine kleinere sei. Denn ihre Welt ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder, ihr Haus.

[...] Was der Mann an Opfern bringt im Ringen seines Volkes, bringt die Frau an Opfern im Ringen um die Erhaltung dieses Volkes in den einzelnen Zellen. Was der Mann einsetzt an Heldenmut auf dem Schlachtfeld, setzt die Frau ein in ewig geduldiger Hingabe, in ewig geduldigem Leiden und Ertragen. Jedes Kind, das sie zur Welt bringt, ist eine Schlacht, die sie besteht für Sein oder Nichtsein ihres Volkes.

[...] Mir sagte einmal eine Frau: Sie müssen dafür sorgen, daß Frauen ins Parlament kommen, denn nur sie allein können es veredeln. Ich glaube nicht, antwortete ich ihr, daß der Mensch das veredeln soll, was an sich schlecht ist, und die Frau, die in dieses parlamentarische Getriebe gerät, wird nicht das Parlament veredeln, sondern dieses Getriebe wird die Frau schänden.“

Adolf Hitler am 8. September 1934 in einer Rede vor der NS-Frauenschaft auf dem Reichsparteitag der NSDAP.
Zit. n. Ute Benz (Hrsg.) 1993, S. 42–44.

Frauen im Dritten Reich

Anders als die plakative Symbolik gemeinsamer Verantwortung vermuten lässt, waren in Hitlers „Volksgemeinschaft“ Männern und Frauen entgegengesetzte Rollen zugewiesen. Männer sollten im nationalsozialistischen Geist das öffentliche Leben bestimmen, Frauen wurden in erster Linie als Mütter idealisiert, ihnen wurde als vorrangiger Wirkungsbereich die Privatsphäre zugeordnet.

Mit der so genannten „Machtergreifung“ endete die emanzipatorische, von linken und liberalen Vorstellungen ausgehende Frauenbewegung in Deutschland. Die vor allem in der Weimarer Republik erkämpften Rechte wurden wieder abgeschafft. Bereits 1933 verboten die Nationalsozialisten beispielsweise den „Internationalen Frauentag“, welcher bis dahin am 8. März von vielen fortschrittlich gesinnten Menschen gefeiert wurde. Frauen verloren das „passive Wahlrecht“, konnten also nicht mehr zu Abgeordneten gewählt werden. Andererseits versuchte man möglichst viele Frauen aller Altersgruppen in Organisationen zu erfassen, um sie so unter ideologische Kontrolle zu bringen und ihre Mobilisierung für die Ziele der NS-Politik zu erreichen.

Dabei bildete die NS-Frauenschaft den harten Kern der politischen Gefolgschaft, diese wurde insbesondere durch das Deutsche Frauenwerk (DFW) ergänzt. Als Hitler zur Macht gelangte, gab es etwa 1,2 Millionen NSDAP-Mitglieder. Diese Zahl verdreifachte sich bis Ende 1933 und erreichte – nach einem zeitweiligen Aufnahmestopp – am Kriegsende rund 7,5 Millionen Mitglieder. Die NS-Frauenschaft war im Oktober 1931 aus der Zusammenführung von der NSDAP nahestehenden Frauenverbänden entstanden und umfasste Ende 1932 nach eigenen Angaben etwa 110 000 Personen. Diese Zahl wuchs rasch an und erreichte im Verlauf des NS-Regimes im März 1939 im „Altreich“ 2,3 Millionen

(Broszat/Frei 1999, S. 234). Die NS-Frauenschaft wurde 1935 formalrechtlich eine Gliederung der NSDAP und übernahm damit auch deren organisatorischen Aufbau.

Das Deutsche Frauenwerk, aus dem Zusammenschluss und als Nachfolgeorganisation aller zuvor aufgelösten Frauenvereine hervorgegangen, war mit der NS-Frauenschaft durch eine gemeinsame Aufgabe und die gleiche personelle Führung verbunden. Es umfasste etwa sechs Millionen Mitglieder. Beide Organisationen waren vor allem für die „Reichsmütterkurse“ zuständig und wurden seit Februar 1934 bis Kriegsende von Gertrud Scholtz-Klink geleitet.

Die 1902 geborene Lehrerin und Journalistin, Mutter von sechs Kindern, war schon 1929 der NSDAP beigetreten und begann im folgenden Jahr eine Parteikarriere in diversen NS-Frauenorganisationen, bevor sie im November 1934 von Adolf Hitler zur „Reichsfrauenführerin“ ernannt wurde. Sie repräsentierte an vorderster Front das NS-Frauenbild, sowohl in ihrer Rolle als Mutter als auch im Hinblick auf die vorherrschende Stellung des Mannes im politischen Leben. 1936 wird sie mit dem „Goldenen Ehrenzeichen“ der NSDAP dekoriert, bei einem Besuch in Großbritannien ironisiert man sie als „The Perfect Nazi Woman“. „S. besaß innerhalb der Männerherrschaft des Dritten Reiches zwar einen nominell hohen Status, verfügte aber, der NS-Ideologie entsprechend, als Frauenführerin nur über eine sehr begrenzte Entscheidungsgewalt. Da sie diese Unterordnung von Anfang an anerkannt hatte, konnte sie sich schon zu Beginn ihrer Karriere gegen weniger anpassungsfähige Konkurrentinnen durchsetzen und die scheinbar ansehnliche Machtfülle der politisch nahezu bedeutungslosen obersten Repräsentantin der NS-Frauen bis Kriegsende behaupten.“ (Weiß 1998, S. 414f.)

Nach dem Krieg gab es verschiedene Versuche, Scholtz-Klink zur Rechenschaft zu ziehen, sie flüchtete aus einem sowjetischen Internierungslager und lebte drei

7/ Gertrud Scholtz-Klink, 1934.

Foto: Rob. Röhr

8/ BDM-Mädchen

9/ Wochenschrift „Koralle“, Heft 40/1940. Titelseite: Sportgestählt, körpergewandt und frohgemut. Foto: Dietmar Katz

10/ „Arbeitsmädchen“ beim gemeinsamen Stiefelputzen, 1938
Foto: Liselotte Purper



Jahre unter falschem Namen, bevor sie schließlich 1948–1950, von einem französischen Militärgericht und einer Tübinger Spruchkammer zur Rechenschaft gezogen, mit einer milden Strafe von 18 Monaten davonkam. Noch 1978 erweist sie sich in ihrem autobiografischen Buch „Die Frau im Dritten Reich“ als unbelehrt und stirbt erst 1999.

Verführte Jugend

Für die Jugend hatte die NSDAP schon vor Hitlers Machtübernahme eigene Organisationen geschaffen. Der Bund Deutscher Mädel (BDM) war im Juni 1930 entstanden, vier Jahre nach der Gründung der männlichen Hitler-Jugend (HJ). 1932 wurde der BDM als Teil der HJ zur Mädchenorganisation der NSDAP erklärt. Für die Mädchen im Alter von 10 bis 18 Jahren bestand seit 1936 eine Pflichtmitgliedschaft im BDM (von 10 bis 14 Jahren im Jungmädelsbund), sofern sie nicht aus „rassischen Gründen“ ausgeschlossen waren. Eine spezielle Organisation war das BDM-Werk „Glaube und Schönheit“, in dem sich 17- bis 21-jährige Frauen formal freiwillig betätigen konnten, um – dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach zufolge – eine Entwicklung im Sinne der NS-Ideologie zur „körperlich vollendet durchgebildeten Trägerin nationalsozialistischen Glaubens“ zu erreichen.

Im Juni 1935 wurde für die Jugend der „Reichsarbeitsdienst“ (RAD) eingeführt. In dem entsprechenden Gesetz heißt es in §1: „Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke. Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienst zu dienen. Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen. Der Reichsarbeitsdienst ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt.“ Für männliche Jugendliche war der halbjährliche RAD verpflichtend, für junge Frauen zunächst

freiwillig, erst 1939 wurde er auch für diese obligatorisch. Außerdem war die Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht Voraussetzung für die Zulassung zum Studium.

Jüngere Frauen wurden im Rahmen des „Reichsarbeitsdienstes“ als „Arbeitsmädchen“ verpflichtet, die in der Hauptsache Dienstleistungen – vor allem als Haushaltshilfe in Familien mit größerer Kinderzahl – zu erbringen hatten, und zur Teilnahme an Kursen mit speziellen „Frauenthemen“ wie „Mutterschaft“, Haushalt, Kultur aufgefordert wurden.

Mit viereinhalb Millionen Mitgliedern war der BDM Anfang der 1940er Jahre zur zahlenmäßig größten weiblichen Jugendorganisation der Welt angewachsen. Er hatte – wie im Prinzip alle NS-Organisationen – paramilitärischen Charakter, das hieß, es wurden Uniformen getragen und es gab Dienstgrade. Der „Dienst“ war nach dem Prinzip „Befehl und Gehorsam“ geregelt und es wurde mit Gesang marschiert, wie überhaupt die gezielte körperliche Ertüchtigung und der Kräftevergleich durch Sport auch für Mädchen einen hohen Stellenwert erhielten.

Das war für fast alle Mädchen und junge Frauen neu, doch entsprach es ganz



8



9



10

den nationalsozialistischen Vorstellungen von der „Volksgemeinschaft“. Obwohl diese NS-Jugendpolitik eine massive Einschränkung individueller Freiheiten bis in die Freizeitgestaltung hinein bedeutete, empfanden viele Jungen wie Mädchen diese Art von Gemeinschaft als sinnstiftende Erfahrung. „Du bist nichts – dein Volk ist alles“ war eine verbreitete Losung, die den

Einzelnen auch moralisch aufforderte, sich unterzuordnen, individuelle Wünsche zurückzustellen und im Dienste der Gemeinschaft zu wirken. Kompensiert wurde dieser Verzicht mit dem Erlebnis gemeinschaftlicher Unternehmungen: „Fahnenappelle“, „Heimabende“, an denen gesungen und rezitiert wurde, Geländespiele, Fahrten, Wettkämpfe, Aufführungen (häufig Stücke aus der germanischen Mythologie, so genannte „Thingspiele“).

Wer auf die Geschichte der NS-Diktatur zurückblickt, kann die Begeisterung vieler junger Menschen schwer verstehen, die sich in vielen Bildern widerzuspiegeln scheint. Nicht wenige Frauen haben später über ihre Kindheit und Jugend im BDM berichtet, wie begeistert sie mitgemacht haben und wie stolz es sie damals machte, wenn sie beispielsweise „Führerinnenwärterin“ wurden. Solche Aufstiegsmöglichkeiten in einer streng formalisierten Hierarchie von Dienstgraden begründeten für viele eine Motivation, sich im Gruppenleben zu engagieren, ohne die politischen Folgen zu reflektieren. Das Dynamische und Tatkräftige, was in diesen Organisationen geboten und praktiziert wurde, überdeckte häufig die bedingungslose Ein- und Unterordnung, die den Jugendlichen abgefordert wurde. Der Kern dieser Begeisterung war also bei den jungen Frauen oft nicht politisch motiviert, sondern durch eine Aufbruchsstimmung bedingt, welche Hitler und seine Gehilfen zu erzeugen wussten. So wurden viele Frauen – erst im BDM und dann als „Volksgenossinnen“ – zum wichtigen Teil einer „führertreuen Gefolgschaft“.

Nach und nach wurden politische Gegner und „Artfremde“ – vor allem die jüdischen Deutschen – aus dem öffentlichen Leben verdrängt und ausgegrenzt, enteignet sowie an Leib und zunehmend auch an Leben bedroht. Bereits nach dem Reichstagsbrand begann die Verfolgung politisch Andersdenkender mit der Einrichtung der ersten Konzentrationslager. Im Straßenbild war ab Mitte der 1930er Jahre fast nur noch ein „gleichgeschalteter“ nationalsozialistischer Habitus präsent.

Seit 1935 bestimmten ausschließlich die Hakenkreuzfahnen als die neue Nationalflagge des Deutschen Reiches das öffentliche Erscheinungsbild. Uniformen der verschiedensten Art, von der HJ und dem BDM bis zur SA und SS wurden zum äußeren Symbol der Gleichschaltung.



11



12



13

11 / Eine „RAD-Arbeitsmaid“ bei der Arbeit im Krankenhaus, 1938. Foto: Liselotte Purper

12 / Arbeitsdienstführerinnen mit dem RAD-Führer Konstantin Hierl bei einer Festveranstaltung, Berlin 1938. Foto: Liselotte Purper

13 / BDM-Angehörige bei einer Gymnastikübung mit Keulen, 1938. Foto: Arthur Grimm

14



- 14/ Nach dem Anschluß Österreichs kehrt Hitler aus Wien zurück: und fährt im Triumph vom Flughafen Berlin-Tempelhof zur Reichskanzlei. 16.März 1938. Foto: Arthur Grimm
- 15/ Mutterkreuzträgerin mit ihrer Familie, um 1940. Foto: Liselotte Purper

Die NS-Propaganda nutzte den „Volksempfänger“, ein einfaches Rundfunkgerät, dessen kostengünstige Verbreitung Joseph Goebbels forciert hatte. Weil der Volksempfänger, der mit der Typenbezeichnung „VE 301“ auf den Tag der Machtübernahme Hitlers anspielte, für viele Haushalte schwer finanzierbar war, wurden dafür niedrige Ratenzahlungen angeboten. Hatte 1933 nur etwa ein Viertel der Familien Radioempfang, besaßen 1938 nahezu drei Viertel der Stadtbevölkerung einen Volksempfänger, während die Verbreitung auf dem Land deutlich geringer war (Tooze 2007, S. 181f.) Der „Reichsrundfunk“ sendete nicht nur die Hitler- und Goebbels-Reden, sondern versorgte die Bevölkerung mit „Wunschkonzerten“ und Sportreportagen. In den „Wochenschauen“, die in den Kinos obligatorisch vor den Hauptfilmen liefen, wurde die NS-Propaganda suggestiv in Szene gesetzt. Das alles war in erster Linie die Aufgabe des von Joseph Goebbels geschaffenen und geleiteten „Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“. Hinzu kamen zahlreiche Kampagnen, Angebote, Zuteilungen und sozialpolitische Maßnahmen, die viele Frauen im Sinne des „Nationalsozialismus“ beeinflussten und manipulierten. Nach den

Unruhen der „Weimarer Republik“ – der „Systemzeit“, wie sie im NS-Jargon genannt wurde – empfanden auch viele Frauen die neue Ordnung als wohltuend, weil sie spezifisch weibliche Bedürfnisse nach Frieden, Ruhe, Sicherheit des Lebensunterhalts zu befriedigen und dem Wunsch nach einem harmonischen Familienleben – „sauber und gemütlich“ – Rechnung zu tragen schien, wobei sich die NSDAP als „Partei der Tat“ gebärdete.

Mütterkult

Viele Frauen jubelten vor allem Hitler zu und folgten dem restriktiven Frauenbild der Nationalsozialisten. Die Klischees blond, blauäugig, hoch gewachsen, reinlich, ordentlich, fleißig, gehorsam, diszipliniert, formierten ein ideales Leitbild, um die Rolle als Mutter und Hausfrau wahrzunehmen. Hitler hatte es in „Mein Kampf“ schon 1926 so umschrieben: „Mädchen gedenke, dass du eine deutsche Mutter werden sollst“! (S. 10). Diese Forderung wurde als Pflicht der Frau gegenüber der „Volksgemeinschaft“ verstanden. Als Mutter geradezu mythisiert, sollte die Frau dem deutschen Volk – dem „Führer“ und dem „Vaterland“ – möglichst viele Kinder schenken und wurde deshalb als „Trägerin und Wahrerin der deutschen Volksseele“ verehrt. Die Verbreitung der „arischen Rasse“ wurde zur nationalen Aufgabe erklärt.

Während die ledige und berufstätige Frau im Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung blieb, rückte das Bild der Frau im Heim und am Herd in den Mittelpunkt. Sie sollte den familiären Bereich bestimmen und die Kinder im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung erziehen. Dazu wurden ein ganzes „Haushalts-Mütter Schulungs-Kurssystem“ und ein komplettes Beratungsnetz eingerichtet. 1938 wurde für ledige Frauen bis 25 Jahre das so genannte „Haushaltsjahr“ zur Pflicht gemacht, um die Mädchen mit der Welt des Mutterseins vertraut zu machen.

Mit finanziellen Anreizen verfolgte man das Ziel, die Geburtenrate deutlich zu



steigern. Zugleich gab es auch Beschränkungen für die Berufstätigkeit von Frauen im gebärfähigen Alter, die im Staatsdienst tätig waren. Propagiert wurde eine große Kinderzahl pro Familie, und besonders Jungen wurden als künftige „Soldaten des Führers“ sehr geschätzt. Insgesamt hatten diese Maßnahmen aber nur einen beschränkten Erfolg. Das wird bei einem Blick auf die langfristige demografische Entwicklung in Deutschland deutlich.

Von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Jahrhundertwende hatte die Geburtenrate in Deutschland ein hohes Niveau. Die Geburtenziffer pro 1000 Einwohner bewegte sich in diesem Zeitraum zumeist zwischen 30 und 40. Danach fiel die Geburtenrate vor allem während des Ersten Weltkrieges bis auf nur noch 14 Geburten pro 1000 Einwohner. In den frühen 1920er Jahren stieg die Rate wieder stark auf 25 an, bevor sie im Verlauf der Wirtschaftskrise bis Anfang der 1930er Jahre erneut einen Tiefstand von 14 erreichte. Der Höchstwert, der während der NS-Diktatur registriert werden konnte, belief sich auf 20,4 Geburten pro 1000 Einwoh-

ner, hielt sich also in bescheidenen Grenzen, die mit der massiven NS-Geburtenpropaganda kaum in Einklang standen. Nach offiziellen Angaben hatte 1939 knapp ein Viertel der Familien die gewünschte Zahl von vier Kindern.

Symbolisch unterstützt wurde der erwünschte Kinderreichtum durch die im Dezember 1938 beschlossene Einführung einer Auszeichnung für Frauen mit „überdurchschnittlicher Gebärleistung“, das so genannte „Mutterkreuz“. In drei Stufen (Bronze, Silber, Gold) für Mütter ab vier, sechs oder acht Kindern verliehen, erhielten bereits 1939 drei Millionen Frauen diese Auszeichnung.

Dem Mütterkult wurde nur eine von den Frauen, die mit den Spitzen der NS-Diktatur verbunden waren, gerecht, Magda Goebbels. Ihr turbulentes Vorleben, in dem sie seit 1921 mit dem Industriellen und Hitler-Sympathisanten Herbert Quandt verheiratet war, mündete Ende 1931 in die Eheschließung mit dem damaligen Berliner NSDAP-Gauleiter Joseph Goebbels, nachdem sie ein Jahr zuvor Parteimitglied und Leiterin

Das Mutterkreuz

„Die deutsche kinderreiche Mutter soll den gleichen *Ehrenplatz* in der deutschen Volksgemeinschaft erhalten wie der Frontsoldat, denn ihr Einsatz von Leib und Leben für Volk und Vaterland war der gleiche wie der des Frontsoldaten im Donner der Schlachten.“ Mit diesen Worten hat der Hauptdienstleiter für Volksgesundheit in der Reichsleitung der Partei, Reichsärztführer *Dr. Wagner*, bereits auf dem Parteitag der Arbeit im Auftrage des Führers die Schaffung eines Ehrenzeichens für die kinderreiche deutsche Mutter angekündigt.

Mit der Weihnachtsbotschaft des Stellvertreters des Führers ist diese Ehrung Wirklichkeit geworden. In einem schlichten, würdigen Ehrenkreuz, der stillen Erhabenheit der Mutter entsprechend, hat der *Dank des Führers* und damit der Dank eines ganzen Volkes an die Besten seiner Mütter sichtbaren Ausdruck gefunden.

Drei Millionen deutscher Mütter werden nunmehr am Tage der deutschen Mutter 1939 erstmalig in feierlicher Weise die neuen Ehrenzeichen durch die Hoheitsträger der Partei verliehen bekommen.

[...] So werden die Feiern am Muttertage aufs neue künden von jener Wandlung in der inneren Haltung des deutschen Menschen vom *wiedererwachten Willen zum Kind*, den der Nationalsozialismus mit Recht als den größten seiner Erfolge bezeichnen darf. Bisher in diesem Umfange noch keinem Staate beschieden, ist die wiedererstandene Lebenskraft das Glaubensbekenntnis des deutschen Volkes zum nationalsozialistischen Staat, ist jedes neugeborene Kind der *lebendige Vertrauensbeweis zu Führer und Volk*.

Völkischer Beobachter, 25./26. Dezember 1938. Zit. n. Ute Benz (Hrsg.) 1993, S. 108–109.

16



der örtlichen NS-Frauensschaft geworden war. In der Ehe wurden zwischen 1932 und 1940 sechs Kinder geboren, obwohl der Reichspropagandaminister als hemmungsloser Frauenjäger kaum als beispielhafter Ehemann gelten konnte. Die NS-Propaganda setzte Magda Goebbels als „Übermutter“ der Vorzeigefamilie mit maßloser Intensität in Szene. Diese Glorifizierung erreichte 1942 ihren Höhepunkt, als die Kinder der Familie insgesamt in mehr als 30 Ausgaben der „Wochenschau“ präsentiert wurden.

Emmy Sonnemann, eine ehemalige Schauspielerin, war bereits 43 Jahre alt, als sie den damaligen Reichsminister der Luftfahrt Hermann Göring heiratete. Mit ihrem Ehemann teilte sie dessen Sucht nach einem aufwändigen, glanzvollen Lebensstil, den der „Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches“, diesen Titel hatte ihm Hitler 1940 verliehen, vor allem in seinem Jagdschloss Carinhall (benannt nach seiner 1931 verstorbenen ersten Frau) mit allem Pomp zelebrierte. Die „Hohe Frau“, die Hitler gelegentlich protokollarisch zur Seite stand, hatte lediglich eine Tochter geboren.

Adolf Hitler weckte zwar mit seiner Beziehung zu Eva Braun, mit der er seit

1932 verbunden war, die Neugier und Fantasie der „Volksgemeinschaft“, doch hielt der „Führer“ die bei seinem Leibfotografen Heinrich Hoffmann ausgebildete Fotolaborantin, die 23 Jahre jünger als er selbst war, von öffentlichen Auftritten konsequent fern. Das entsprach politischem Kalkül. In seiner besonderen, mythisch überhöhten Position als „Führer des Großdeutschen Reiches“ wollte Hitler zeigen, dass seine Kraft uneingeschränkt dem deutschen Volk und seiner welthistorischen Mission zugewendet sein sollte. Durch dieses Image als „Junggeselle“ glaubte er zudem, seine zahlreichen Verehrerinnen enger an sich binden zu können. Viele Briefe von Frauen an Hitler, die sich anboten, ihm Kinder zu gebären oder auch nur den Haushalt zu führen, belegen die fanatische Zuneigung zu einem Diktator ohne moralisches Empfinden. Die Eheschließung mit Eva Braun am 30. April 1945, dem Tag des gemeinsamen Selbstmordes in aussichtsloser Lage, erweist sich so als letzter Akt einer selbstinszenierten „Götterdämmerung“, in der Hitler sogar noch Kinder skrupellos im Endkampf um Berlin geopfert hatte.

17



16/ Mütterschulungskurs des Deutschen Frauenwerks, 1940. Foto: Liselotte Purper

17/ Die Familie Goebbels: Joseph Goebbels mit seiner Frau Magda und den Kindern Helga, Hildegard, Helmut, Hedwig, Holdine und Heidrun 1942. Hinten in der Mitte steht Luftwaffenfeldwebel Harald Quandt, der Sohn von Magda Goebbels aus erster Ehe Foto: Heinrich Hoffmann



18/Wollkämmerei Leipzig. Männer
bleiben Aufsichtsperson, 1938.
Foto: Walter Tröller



Frauen im Beruf

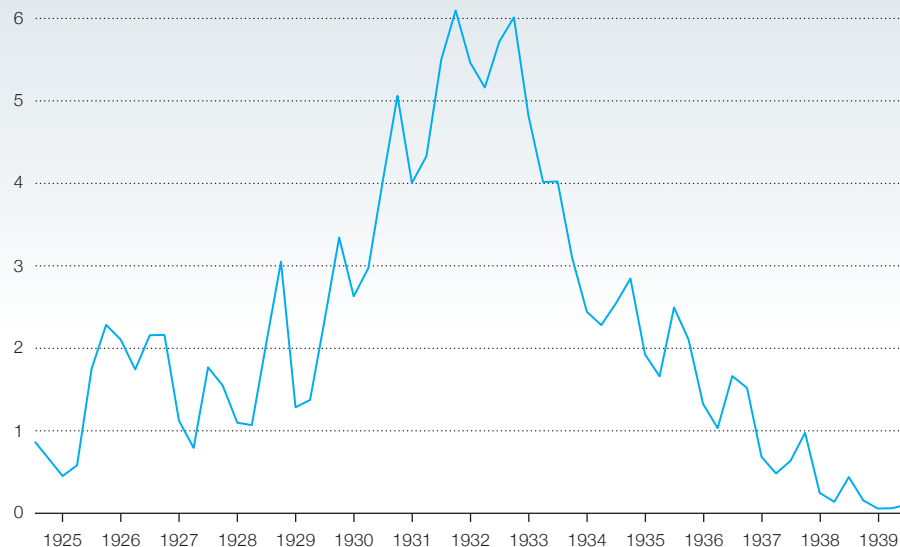
Frauen wurden in der NS-Ideologie zwar vorrangig durch die Mutterrolle definiert, doch damit wird die gesellschaftliche Realität nur verzerrt erfasst, wenn man die Gesamtentwicklung bis 1939 betrachtet. Zunächst wurden 1933 familienpolitische Maßnahmen gegen das „Doppelverdienertum“ wirksam, die einer Verdrängung berufstätiger Frauen aus dem Arbeitsleben Vorschub leisteten. So wurden nun Ehestandsdarlehen gewährt, wenn zuvor berufstätige Frauen nach der Eheschließung ihren Beruf aufgaben. Die Abzahlung des Kredits verringerte sich um je ein Viertel pro Kind, was auf eine Steigerung der Geburtenrate abzielte.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatten vor allem Akademikerinnen und Beamtinnen gravierende Nachteile zu erleiden. So mussten verheiratete Lehrerinnen und Beamtinnen ihre Anstellung aufgeben, 1936 wurden Frauen vom Richter- und Anwaltberuf ausgeschlossen und konnten seitdem nur noch Funktionen als „Rechtswahrerinnen“, etwa als Rechtsreferentinnen in Frauenorgani-

sationen oder als Schlichterinnen im Familienrecht, ausüben. „Bereits wenige Monate nach der Machtübernahme waren fast alle Frauen aus der Schulbürokratie entlassen und die Zahl der Lehrerinnen im Reich um 15 Prozent reduziert. Professorinnen, Schulleiterinnen (selbst an Mädchenschulen) und Schulrätinnen wurden ihres Amtes enthoben. Keine Frau konnte mehr vor ihrem 35. Lebensjahr einen Lehrstuhl oder eine Dozentur erhalten, was damit begründet wurde, daß sie, solange sie jünger war, Kinder bekommen konnte und dann zuerst ihrer Familie verpflichtet wäre. Ab 1934 kehrten nach und nach wieder ‚zuverlässige‘ Frauen in die akademische Lehrtätigkeit zurück. [...]. Die ehrgeizigen jungen Frauen, die eine Karriere innerhalb des staatlichen Frauenbereichs anstrebten, zogen vermutlich, ebenso wie die jungen Männer, eine Partei-Schule der Universität vor.“ (Koonz 1994, S. 250)

Diese restriktive Politik wirkte sich im Bildungswesen massiv aus. Ein 1933 erlassenes „Gesetz zur Überfüllung von Schulen und Hochschulen“ führte zu

Arbeitslosigkeit in Deutschland vor 1938 (in Millionen)



nach Tooze 2007, S 72



19/Berliner Fahnenfabrik.
Näherinnen bei der Arbeit, 1933

20/Emmy und Herrmann Göring,
Opernball 11. Januar 1936
in der Staatsoper Berlin
Unter den Linden.
Foto: Heinz Hoffmann

21/Abendkleid, 1936 Foto: Paul Wolff

einer drastischen Benachteiligung von Mädchen auf weiterführenden Schulen und von jungen Abiturientinnen. Das bedeutete: Jeder zweite Abiturient, aber nur noch jede siebte Abiturientin konnte ein Studium beginnen. „Insgesamt fiel die Zahl der Studentinnen an den Universitäten von knapp 20 000 im Jahr 1933 auf 5 500 im Jahr 1939.“ (› Koonz 1994, S. 250) Ihr Anteil war damit auf 10 Prozent aller Studierenden beschränkt.

Eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik sah Hitler in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die 1932 mit mehr als sechs Millionen einen Höchststand erreicht hatte. Bis 1936 war es durch verschiedene Programme zur Arbeitsbeschaffung und staatliche Investitionen gelungen, den Beschäftigungsgrad von 1928 vor Beginn der Weltwirtschaftskrise, wieder zu erreichen. Die Zahl der Erwerbslosen sank dementsprechend auf 1,5 Millionen. Dabei spielte der Autobahnbau, für den schon Mitte der 1920er Jahre Pläne entwickelt worden waren, ebenso eine wichtige Rolle wie die beschleunigte Förderung der Rüstungsindustrie. „1933

wurden 11,6, 1939 aber 14,6 Millionen erwerbstätiger Frauen gezählt“, das bedeutet, es „gingen immerhin 52 Prozent aller Frauen zwischen dem 15. und 60. Lebensjahr einem regelmäßigen Lohn- oder Gehaltserwerb nach (in Großbritannien 45 %, in den USA nur 36 %). Das waren 36 Prozent aller verheirateten, sogar 88 Prozent aller unverheirateten Frauen.“ (› Wehler 2003, S. 755)

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass die Zunahme der Frauenbeschäftigung vorwiegend durch den vermehrten Einsatz von unqualifizierten weiblichen Arbeitskräften erfolgte. Frauen waren nicht nur, wie es die NS-Frauenpolitik nahelegte, in privaten Haushalten und – hauptsächlich als Stenotypistinnen oder Sekretärinnen – in Verwaltungen tätig, sondern rund ein Fünftel der weiblichen Erwerbstätigen waren 1939 als Industriearbeiterinnen überwiegend in der Leichtindustrie als Billiglohnkräfte ohne Berufsausbildung beschäftigt. Dagegen war in den akademischen Berufen ebenso ein Rückgang zu verzeichnen wie bei den Beamtinnen, die erst nach dem 35. Lebensjahr übernommen werden konnten.

Aufschlussreich ist ein Blick auf die Lohn- und Einkommensstatistik. „1936, als Vollbeschäftigung in der deutschen Volkswirtschaft herrschte, gaben 14,5 Millionen Menschen – 62 Prozent der deutschen Steuerzahler – ein Jahreseinkommen von weniger als 1 500 Reichsmark an. Das entsprach einem Wochenlohn von knapp über 30 Mark und einem Stundenlohn von 60 Pfennigen. Weitere 21 Prozent [...] gaben Jahreseinkommen zwischen 1 500 und 2 400 Reichsmark an [...] Nur 17 Prozent aller Steuerzahler verzeichneten Einkommen von über 2 400 RM jährlich [...] Diese Pyramide war scharf nach Klasse und Geschlecht aufgebaut. Ein männlicher Arbeiter brachte 1936 durchschnittlich 1 761 RM Jahreslohn nach Hause, eine Arbeiterin verdiente nur 952 RM. Ein durchschnittlicher männlicher Angestellter verdiente 3 000 RM jährlich, und auch das war fast doppelt so viel wie der Lohn seiner Kollegin.“ (› Tooze 2007, S. 174)

Der schöne Schein: Frauen und Mode

Die NS-Diktatur ist in der historischen Erinnerung nicht zuletzt durch das Beklemmung auslösende Bild von Marschkolonnen geprägt. Aber diese Wahrnehmung einer im Wortsinn uniformierten Gesellschaft ist nicht die ganze Realität. Es gab auch den „schönen Schein der Diktatur“ (Peter Reichel). Er hat sich vielfältig manifestiert, in der Unterhaltungsindustrie, in der Inszenierung der Olympischen Spiele, in den Wohlstandsverheißungen der KdF-Reisen und vor allem im Traum vom eigenen „Volkswagen“.

Aufschlussreich ist es, in diesem Zusammenhang, Funktion und Bedeutung der Mode im „Dritten Reich“ näher zu beleuchten. Wer seinen Blick allein auf die NS-Propaganda richtet, erwartet auch eine Gleichschaltung der Mode, die – wie es die Zeitschrift „NS-Frauenwarte“ 1933 postuliert – „deutscher Frauenart und deutschem Lebensstil entspricht“, gemäß der Maxime: „Die deutsche Frau raucht nicht, schminkt sich nicht, trägt ein Dirndlkleid und als Frisur einen Haarkranz oder Knoten“ (Junker, (Hrsg.) 1999, S. 11).

Doch diese Einschätzung täuscht. Denn in der Mode gibt es trotz der Distanzierung vom androgynen Frauentyp aus den 1920er Jahren Anknüpfungspunkte an die Weimarer Zeit ebenso wie eine Bezugnahme auf den internationalen Stil, auch wenn in der NS-Diktatur der Begriff „Haute Couture“ verpönt war und durch den germanisierenden Ausdruck „Hochmode“ ersetzt wurde.

Diese „Hochmode“ signalisiert allerdings auch überdeutlich, in welchem Ausmaß die Gesellschaft im „Dritten Reich“ vom propagierten Ideal einer „Volksgemeinschaft“ entfernt war und tatsächlich nach Einfluss, Status und Einkommen eine Ständegesellschaft ausgebildet hatte, die sich aus den höheren Partei- und Staatsfunktionären, dem Offizierskorps sowie den Wirtschafts- und Kultureliten formiert hatte und weit entfernt war von den übrigen Sozialmilieus. Die große Mehrheit der Frauen konnte eher durch die Modefotografie in den zahlreichen Illustrierten Anteil an einem Erscheinungsbild nehmen, das dem Regime neben der konventionellen Alltagsmode den Anschein extravaganten Stils und moderner Weltläufigkeit verleihen sollte.

Drei Einrichtungen setzten dabei neue Akzente in der Mode und öffneten einen unerwarteten Handlungsspielraum. Neben der Deutschen Modeschule in München wurde 1933 ein Deutsches Modeamt in Berlin als Zentralinstitut zur Modegestaltung gegründet, dessen Patronat Magda Goebbels innehatte. Ihre Aufforderung lautete: „Die deutsche Frau soll schick sein, schön und klug. Der Gretchentyp ist überwunden.“ (Zit. n. Junker (Hrsg.) 1999, S. 13) Das musste überraschen, wenn man das

20



21



22



23



24



- 22/Strandmantel 1936. Foto: Max Göllner
 23/Abendkleid Entwurf für den BDM, 1938.
 Foto: Emy Limpert
 24/Nachmittagskleid, 1940 Foto: Emy Limpert
 25/Luftschutz- und Arbeitsanzug, 1940
 Foto: Emy Limpert
 26/Arbeitsanzug für die Rüstungsindustrie,
 1939. Foto: Max Göllner

deutschtümelnde Frauenbild der NS-Propaganda vor Augen hatte. Dem Reichspropagandaminister mochte dieses Statement seiner Ehefrau auch gar zu forsch erscheinen, denn Magda Goebbels zog sich vom Ehrenvorsitz wieder zurück. Doch die Zielsetzung, die sie akzentuiert hatte, hinterlässt in der Mode des „Dritten Reiches“ deutliche Spuren. Ehrgeizige Modeentwürfe konturieren ein anderes Frauenbild, in dem sich das Bedürfnis nach Glamour, aber auch ein selbstbewusster Persönlichkeitsanspruch ebenso ausdrückt wie der Appeal erotischer Attraktivität.

In Frankfurt war Ende 1933 in kommunaler Regie ein zweites Modeamt etabliert worden, das unmittelbar an die Weimarer Jahre anknüpfte und der von Hitler 1935 zur „Stadt des Handwerks“ erhobenen Mainmetropole zu eigenem Glanz verhelfen sollte. Die bereits 1927 mit der Einrichtung einer Modeklasse an der Städelschule – einer traditionsreichen Kunstakademie – beauftragte Margarethe Klimt übernahm die Leitung der nun im NS-Jargon als „Amt“ benannten Einrichtung. Wenn man die Entwürfe betrachtet, die 1999 in einer Ausstellung unter dem Titel „Frankfurt Macht Mode“ aus dem Archiv ans Licht geholt worden sind, dann wird deutlich wie sich der „schöne Schein“ vom Habitus deutschbiederer Konformität deutlich abhebt.

Die frühe Phase, in der die „Hochmode“ Konjunktur hatte, war freilich mit einer bitteren Erfahrung verbunden. Die Rassenpolitik der NS-Diktatur wirkte sich hier bereits seit April 1933 aus, als der von der NSDAP propagierte Aufruf zum Boykott der jüdischen Geschäfte ergangen war. Juden hatten beispielsweise an der Frankfurter Textilbranche einen Anteil von vier Fünftel und am Bekleidungs-gewerbe etwa drei Fünftel. Die Geschäfte wurden schon früh boykottiert, aufgelöst oder schließlich „arisiert“. (Eva Stille, in: Junker (Hrsg.) 1999, S. 83)

Versuche des Frankfurter Modeamtes, mit eigenen Entwürfen auf das Erscheinungsbild junger Frauen im Arbeitsdienst oder BDM Einfluss zu nehmen, sind früh gescheitert. Das „Dienstkleid“ aus schwarz-weiß-kariertem Kattun wurde für „eine allgemeine Einführung“ so angepriesen: „Die Kleider zeigen neben hervorragender Zweckmäßigkeit anmutige Form. Sie bringen das Grundmotiv des Arbeitsdienstes zum Ausdruck, welches sich in der jugendlichen Freude an der auf Gemeinsamkeit abgestellten, sinnvollen Arbeit am unmittelbarsten erlebt.“ So stießen die im Mai 1934 vorgestellten Entwürfe für Arbeitsdienstkleider auf strikte Ablehnung der Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink. Ebenso scheiterte eine grotesk anmutende Initiative, für den BDM 1938 ein offizielles

Abendkleid zu lancieren. 250 BDM-Mädchen präsentierten bei einer Veranstaltung für „Alte Kämpfer“ in Bad Kreuznach ein weißes Organdykleid, mit unterschiedlichem farbigem Blütendekordrapiert, doch blieb es bei diesem einzigen Werbeauftritt. (⋮ vgl. Junker (Hrsg.) 1999, S. 31f.)

Inzwischen war das NS-Regime allerdings bereits völlig auf andere Ziele fixiert. Im Rahmen des 1936 verkündeten Vierjahresplanes wurde die Rüstungsproduktion massiv forciert. Zwischen 1934 und 1938 hatten sich Rüstungsausgaben auf 18,4 Mrd. Mark nahezu verzehnfacht, das war mehr als die Hälfte der gesamten Staatshaushalts (⋮ Wolfgang Benz, in: Broszat/Frei, S. 49). Das Ziel, eine weitgehende Autarkie zu erreichen, schlug sich auch darin nieder, teure Importprodukte wie Seide und Baumwolle durch Kunstseide und Zellwolle zu ersetzen. Kurz nach Kriegsbeginn, im November 1939, wurden Kleiderkarten eingeführt und das „Reichsarbeitsblatt“ verlautbarte wenig später: „Ob General, Direktor oder ungelerner Arbeiter, solange Krieg ist kann keiner sich mehr als der andere in Wäsche und Kleidung erlauben“ (⋮ zit. n. Junker 1999, S. 35). Dieser Entscheidung folgten Appelle, „Gebrauchskleidung“ zu gestalten, die möglichst vielfältig verwendet werden konnte. Das Modeamt entwarf in dieser Zeit „Dienstkleidung“, die unmittelbar mit der Kriegssituation verbunden war, Arbeitsanzüge für Luftschutzhelferinnen und für die Industrie.

Um die eigene Unentbehrlichkeit zu begründen, nahm das Modeamt zunehmend NS-ideologische Deutungsmuster auf, indem „Grundsätzliches“ 1941 bedeuten sollte: „Deutschland wird für seinen Lebensraum den ihm arteigenen Bekleidungsstil entwickeln und schaffen müssen, und dies umso mehr, als ohne geistige Untermauerung – und eine solche stellt die Mode [...] dar – der Sieg der Waffen einen großen Teil seiner Bedeutung verlieren würde.“ (⋮ Zit. n. Junker, S. 17)

Während der Kriegsjahre war die Mode – wie viele andere Bereiche – einem

Kompetenzwirrwarr ausgesetzt. Neben dem Propaganda- und Erziehungsministerium sowie dem Wirtschaftsministerium, das wegen der zunehmenden Ressourcenknappheit an Einfluss gewann, hatte die Deutsche Arbeitsfront schon frühzeitig Kompetenzansprüche für dieses frauenspezifische Wirkungsfeld erhoben, indem deren Leiter Robert Ley lange Zeit auch als „Reichsbeauftragter für die Mode“ fungierte.

Auch in diesem Sektor der Alltagskultur zeigt sich das Doppelgesicht der NS-Diktatur: „auf der einen Seite aggressive Artikulationsformen gegen ‚Volksfeinde‘ und ‚Gemeinschaftsfremde‘, auf der anderen symbolische, ritualisierte und inszenierte Ausdrucksformen, in denen die Wünsche und Sehnsüchte zunächst der kleinbürgerlichen Massen und später dann weiter Teile der Gesamtbevölkerung ihre zumindest ästhetisch-imaginäre und emotionale Ersatzbefriedigung fanden.“ (⋮ Reichel 1993, S. 44)

25



26



27



27 / Christl Cranz gewinnt die Goldmedaille bei den Olympischen Winterspielen 1936 in Garmisch Partenkirchen

28 / Olympische Spiele 1936: Helene Mayer bei der Siegerehrung im Florettfechten

29 / Helene Mayer, drei Monate vor ihrem Olympiasieg in Amsterdam, 1928

Sportidole

Adolf Hitler, der sich im Oktober 1933 mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund einen Affront gegenüber der Weltstaatengemeinschaft geleistet hatte und damit international isoliert war, verstand es geschickt und mit allen Mitteln theatralischer Inszenierung die Olympischen Spiele 1936 – die bereits im Mai 1931 an Deutschland vergeben worden waren – zu nutzen, um ein irreführendes positives Bild von den politischen Zuständen in Deutschland zu vermitteln und damit das Image des „Dritten Reiches“ zeitweilig aufzuwerten. Dazu leisteten auch zwei Sportlerinnen einen Beitrag, deren Karrieren durch einzigartige Erfolge bestimmt waren.

Im alpinen Skisport ist die Erfolgsbilanz von Christl Cranz mit 12 Goldmedaillen, die sie bei fünf Weltmeisterschaften zwischen 1934 und 1939 gewann, bis heute nicht übertroffen worden. Spektakulär war ihr Sieg bei den Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen 1936, wo sie – scheinbar aussichtslos zurückliegend – die Goldmedaille in der Alpinen Kombination gewann. Ähnlich wie

das männliche Sportidol Max Schmeling vermochte sie es nicht, sich den Elogen der NS-Diktatur zu entziehen. Obwohl sie sich politisch nicht exponiert hatte, wurde sie, vom NS-Regime propagandistisch benutzt, nach Kriegsende einige Monate inhaftiert und anschließend ein knappes Jahr zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft verpflichtet, bevor sie 1947 eine Skischule gründete. 1991 wurde sie von der Women's Sports Foundation mit der Aufnahme in die „Hall of Fame“ des internationalen Frauensports geehrt.

Ein exponierter Sportstar, der zum Politikum werden sollte, war die Florettfechterin Helene Mayer. Die Tochter eines jüdischen Arztes war bereits als achtzehnjährige Schülerin 1928 in Amsterdam unter großer Anteilnahme der deutschen Öffentlichkeit Olympiasiegerin geworden, durch Reichspräsident von Hindenburg mit einer hohen Auszeichnung geehrt. Im folgenden Jahre begann sie, mit dem Ziel, Diplomatin zu werden, ein Studium des internationalen Rechts in Frankfurt. Mayer wechselte 1930 an die renommierte Sorbonne in Paris. Nachdem ihr Vater 1932 gestorben war, setzte

sie mit einem deutschen Auslandsstipendium ihr Studium in den USA fort. Nach der Machtübernahme Hitlers wurde ihr das Stipendium aus „rassischen Gründen“ entzogen, außerdem musste die „Halbjüdin“ ihren heimatlichen Fechtverein verlassen. Im Vorfeld der Berliner Olympischen Spiele regte sich Protest gegen diese Diskriminierung, schließlich übte auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) Druck auf die deutschen Veranstalter aus, so dass Hitler ihre Teilnahme in der deutschen Mannschaft als „Alibijüdin“ zuließ, obwohl sie seinerzeit weiter in den USA lebte, wo sie 1934 ihr Studium abgeschlossen hatte und später u.a. als Deutsch-Dozentin an der University of California in Berkeley tätig war. In Berlin musste sie sich unerwartet mit der Silbermedaille begnügen, bei der Siegerehrung salutierte sie mit dem Hitlergruß.

Diese Entwicklung zeigt, wie schwer es Menschen jüdischer Herkunft mitunter gefallen ist, trotz massiver Diskriminierung ihre angestammte Heimat aufgeben zu müssen. Im Stadtarchiv ihrer Geburtsstadt Offenbach findet sich ein Brief an eine deutsche Freundin vom November 1936, in dem sie feststellt: „Ich weiß nur, daß ich wieder nach Deutschland kommen möchte, aber dort ist sicher kein Platz für mich [...] ... ich bin eben eins von den Menschenkindern, die von einem harten Schicksal betroffen wurden. Ich liebe Deutschland genauso sehr wie Ihr“. Erst 1940 entschloss sich Mayer, amerikanische Staatsbürgerin zu werden, und ein Jahr vor ihrem frühen Tod 1953 kehrte sie wieder nach Deutschland zurück.

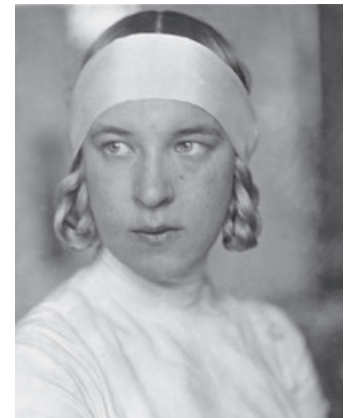


28

Beruf: Kernphysikerin

Eine frühe Migrationsgeschichte

In der Lebensgeschichte von Lise Meitner sind Erfahrungen aus vier grundlegend verschiedenen politischen Systemen vereint, die neunzig Jahre europäischer Geschichte umspannen, wobei sich ein entscheidender Bestandteil ihrer Biografie auf Deutschland fokussiert. Ihr Leben kann ebenso als Teil der Wissenschaftsgeschichte und die damit verbundene Benachteiligung von Frauen wie auch als eine frühe Migrationsgeschichte verstanden werden. Lise Meitner wurde 1878 in der Hauptstadt der Habsburger Monarchie Wien als Tochter einer jüdischen Rechtsanwaltsfamilie, aber protestantisch getauft, geboren. Trotz ihrer außerordentlichen Begabung erfuhr sie die Diskriminierung von Mädchen beim Zugang zu einer höheren Bildung. Sie kann am Beginn des neuen Jahrhunderts nur ein externes Abitur ablegen und studiert von 1901 bis 1906 in Wien Mathematik, Physik und Philosophie, wo sie ihr Studium als zweite Frau an der Universität mit einer Promotion abschließt.



29

30



32

30/Lise Meitner, Wien 1906

31/Lise Meitner 1913 mit Otto Hahn, Berlin 1913

32/Lise Meitner, Berlin 1928

Foto: Lotte Meitner-Graf

33/Lise Meitner, Washington 1946

Foto: C. A. Briggs/Smithsonian Institute

31



33

Ihr Schwerpunktinteresse liegt in der Strahlenphysik. Das führt sie 1907 nach Berlin, wo sie mit den renommierten Forschern Max Planck und Otto Hahn in Verbindung kommt. Auch in Berlin muss sie erleben, wie Frauen immer noch von der Wissenschaft ferngehalten werden sollen. In Preußen dürfen sich Frauen offiziell erst seit 1909 immatrikulieren, sie waren zuvor selbst noch von Vorlesungen ausgeschlossen. Ihre wissenschaftliche Arbeit als Mitarbeiterin von Otto Hahn beginnt zunächst ohne offizielle Erlaubnis und unter Ausschluss von den Experimentallräumen, doch hat sie bereits seit 1909 gemeinsam mit ihrem Mentor Hahn einen wichtigen Anteil an grundlegenden Entdeckungen zur Radioaktivität. 1912 findet sie erste berufliche Anerkennung, zunächst als Assistentin an der Berliner Universität bei Max Planck, im folgenden Jahr als wissenschaftliches

Mitglied im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, den sie als Röntgenschwester in einem Frontlazarett miterlebte, wird sie zur Leiterin der radiophysikalischen Abteilung des weltweit renommierten Forschungsinstituts ernannt und kann 1922 auch ihre Habilitation abschließen. 1926 wird Meitner schließlich aufgrund ihrer spektakulären Forschungsleistungen zur außerplanmäßigen Professorin berufen. In diesem Zusammenhang gibt es eine bezeichnende Anekdote: Ihre Antrittsvorlesung über "Die Bedeutung der Radioaktivität für kosmische Prozesse" wurde in einer Zeitungsnotiz durch 'kosmetische Prozesse' ersetzt (→ vgl. Die Zeit, 22. September 1955) – dass eine Frau den Kosmos erforschte, schien dem Journalisten wohl so abwegig, dass er sich am Nächstliegenden orientierte und damit seine eigene Beschränktheit offenbarte, die er umstandslos dem ganzen weiblichen Geschlecht zugedacht hatte.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wird Lise Meitner bereits 1933 die Lehrerlaubnis entzogen, obwohl sie österreichische Staatsbürgerin geblieben war. In den folgenden Jahren beschäftigt sie sich gemeinsam mit Otto Hahn und Fritz Straßmann mit der Erforschung radioaktiver Atomkerne. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ im Juli 1938 ist sie unmittelbar von den NS-Rassegesetzen bedroht und flieht über Holland nach Schweden. Sie setzt von dort ihren Ideenaustausch mit Otto Hahn brieflich fort und hat entscheidenden Anteil an der theoretischen Deutung der Hahnschen Experimente, die zum Verständnis der Kernspaltung von Uran und damit zur Entdeckung der radioaktiven Atomenergie führen. 1945 wird Otto Hahn für diese Entdeckung allein der Nobelpreis für Chemie verliehen. Die Schriftstellerin Renate Feyl kommentiert dieses Ereignis mit der ironischen Feststellung: „Ihre Arbeit ist gekrönt worden mit dem Nobelpreis für Otto Hahn.“ (→ Feyl 1981, S. 178) Die ungerechte Benachteiligung einer herausragenden Atomforscherin wird dadurch sichtbar, dass die amerikanische

Presse Lise Meitner im folgenden Jahr zur „Frau des Jahres“ wählt. Bereits 69 Jahre alt, erhält sie 1947 eine Forschungsprofessur an der Technischen Hochschule ihrer Wahlheimat Schweden in Stockholm. Mitte der 1950er Jahren mit dem Otto-Hahn-Preis und 1959 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, übersiedelt Meitner im folgenden Jahr nach Cambridge, wo sie acht Jahre später stirbt.

Rassenpolitik

Die Ausbreitung der „arischen Rasse“ wurde als Hauptaufgabe der nationalsozialistischen Familienpolitik betrachtet. Das „Reichsbürgergesetz“ vom 15. September 1935 entzog den deutschen Juden die politischen Rechte und schränkte ihre Berufsausübung gravierend ein. Diese diskriminierenden Maßnahmen wurden in der Verordnung zum Reichsbürgergesetz konkretisiert.

Dieses Hetzplakat wurde in der 1923 gegründeten Zeitschrift „Der Stürmer“ abgedruckt. Bereits seit 1927 stand auf der Titelseite jeder Ausgabe der Satz: „Die Juden sind unser Unglück“, ein Zitat des Historikers Heinrich von Treitschke (1834–1896), der als einer der Wegbereiter des ideologischen Antisemitismus in Deutschland gilt. Das Plakat gehorcht vollständig primitivsten Klischees. Der bedrohlich wirkende dunkle, betont hässliche Kopf eines Mannes mit Hakennase (als Stereotyp „des Juden“) steht dem schönen, träumerischen, hellen Gesicht einer „arischen“ Frau gegenüber, umgeben von gefährlich flammenden Linien.

Für „Rassenschänder“, für die bislang Zuchthausstrafen vorgesehen waren, wird nun laut „Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 5. September 1939 – also unmittelbar nach Beginn des Krieges – die Todesstrafe gefordert. Die Rassenpolitik äußerte sich in erster Linie als Antisemitismus, aber auch Sinti und Roma wurden als „rassisch minderwertig“ ebenso diskriminiert. Die Mutterschaft sollte ausschließlich bei „deutschblütigen“, „erbgesunden“ Frauen gefördert werden. Jedes kleinste Vergehen in dieser Hinsicht wurde sofort streng geahndet, wie diese Bilder dokumentieren. Das „nationalsozialistische Recht“ war damit – in einem wirklich juristischen Sinne – menschenverachtendes Unrecht.

Das Kernstück der Nürnberger Gesetze bildete das so genannte „Blutschutzgesetz“, in dem der Judenhass des Nationalsozialismus seinen extremen Ausdruck gefunden hat.

Die Judenverfolgung hatte schon 1933 begonnen. Eines der ersten Opfer war Oskar Dankner, der von einem Rollkommando der Marine-SS am 27. Juli 1933 mit seiner nichtjüdischen Partnerin durch die Stadt getrieben, mit einem Seil geschlagen und an den Pranger gestellt wurde.

34/Plakat für die Zeitschrift „Der Stürmer“
Hg.: Julius Streicher, „Rassenschande
Todesstrafe für Rassenschänder“,
Entwurf: Philipp Rupprecht („FIPS“),
Nürnberg um 1936





35

35/ Judenverfolgung: „Ich bin am Ort das größte Schwein und laß mich nur mit Juden ein!“ steht auf dem Schild von Adele Edelman 1. April 1933

36/37/ Einem deutschen Mädchen wird der Kopf rasiert, weil sie sich mit einem Polen eingelassen habe, 1939



36



37

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

- §1 1. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Auslande geschlossen sind.
2. Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.
- §2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.
- §3 Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.
- §4 1. Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.
2. Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.
- §5 1. Wer dem Verbot des §1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.
2. Der Mann, der dem Verbot des §2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.
3. Wer den Bestimmungen der §3 oder §4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.
- §6 Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.
- §7 Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, §3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

Reichsgesetzblatt I 1935, S. 1.146 f

Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Auszug)

Auf Grund des §3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 wird folgendes verordnet:

- §4 1. Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.
2. Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. [...]
- §5 1. Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt. [...]
2. Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling,
- a) der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird,
 - b) der beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet,
 - c) der aus einer Ehe mit einem Juden im Sinne des Abs. 1 stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September geschlossen ist,
 - d) der aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden im Sinne des Abs. 1 stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wird.

Reichsgesetzblatt I 1935, S. 1.333 f.

38



38/ „Wir Frauen kennen unsere Pflicht!“
Plakat, Wien 1942.
Entwurf: Morocutti-Bernhard

39/ „Hilf siegen“, 1943

40/ „Hilf auch Du mit!“.
Frauen vereint für den
Entscheidungskampf
Gestalter/ Grafiker: Theo Matejko

41/ Besuch Hitlers an der Ostfront
10. September 1941.
Foto: Heinrich Hoffmann

39



Frauen im Krieg

Im Bezug auf die Berufstätigkeit von Frauen lassen sich seit Kriegsbeginn vielfältige Veränderungen registrieren. „Während des Krieges wurde sogar das strittige Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ punktuell verwirklicht. Schaffnerinnen, Strom- und Gasableserinnen, in traditionellen Männerberufen tätig, erhielten seit dem Herbst 1939 daselbe Entgelt wie ihre Vorgänger; es wurde auch Rüstungsarbeiterinnen für ihre Akkordarbeit eingeräumt. [...] Wegen des eklatanten Ärztemangels wurde der frauenfeindliche Numerus clausus aufgehoben und statt dessen zum Medizinstudium ermuntert. Stellten 1935 Frauen erst 6,5 Prozent der Ärzteschaft, waren es 1944 nach einem enormen Zuwachs [...] bereits 17 Prozent.“ (Wehler 2003, S. 756f.) Die Einschränkungen für Beamtinnen und Juristinnen werden aufgehoben und der Anteil weiblicher Studierender erhöht sich im Verlauf des Krieges von 19 Prozent im Wintersemester 1939/40 auf 47 Prozent im Wintersemester 1943/44.

Unmittelbar mit den Kriegshandlungen verbunden waren 400 000 Frauen beim

Roten Kreuz, rund eine halbe Million dienten als Wehrmachtshelferinnen, 50 000 „Maiden“ des Reichsarbeitsdienstes waren als Flakhelferinnen eingesetzt. Doch eine massive Mobilisierung von Frauen in der Rüstungsproduktion blieb entgegen verbreiteter Mutmaßungen bis 1942 aus, vorwiegend wurden Millionen von Zwangsarbeitern für diesen Zweck eingesetzt. Erst nach der Kriegswende Anfang 1943 lässt sich eine deutliche Zunahme der Frauenbeschäftigung um etwa 800 000 Personen feststellen, wobei nur ledige Frauen dienstverpflichtet wurden.

Drei Plakate zeigen, wie Frauen für die Beteiligung am „Zweifrontenkrieg“ instrumentalisiert wurden. An der „Heimatfront“ wurden sie in der Waffenproduktion eingesetzt, wo sie dem mit der Panzerfaust vorwärts stürmenden Soldaten Hilfe leisten sollten. Junge Frauen wurden als Luftnachrichtenhelferin direkt in das Kriegsgeschehen einbezogen. Gemeinsam sollten die Bäuerin, die Industriearbeiterin und die Krankenschwester, die vor einer düsteren Kulisse mit einem soldatischen Überich in Szene gesetzt werden, dabei mithelfen, im „Entscheidungskampf“ standzuhalten.

Die Front der Frauen

Als Frau hat die Parteigenossin auch teil an dem Schwersten, was der Krieg mit sich bringt, an der Sorge um Draußenstehende und an dem Schmerz um Gefallene. *Sie fühlt einen Verlust ebenso tief wie jede andere, aber sie trägt ihn mit Fassung und in nationalsozialistischer Haltung.* So kann sie anderen eine Stütze und ein Halt sein und, weil sie selbst um den Sinn dieses Krieges und der damit verbundenen Opfer weiß, dazu helfen, *daß über dem persönlichen Schicksal nicht das große Ziel unseres Kampfes aus den Augen verloren wird.* Eine ausgesprochene Erscheinung des totalen Krieges ist der verstärkte Einsatz der Frauen in der Kriegswirtschaft. [...] Wir können nicht gegen die drei industriell fast stärksten und rohstoffreichsten Großmächte Krieg führen und dabei die eigene Wirtschaft auf halben Touren laufen lassen. In dieser Erkenntnis haben sich bereits vor Jahren viele Parteigenossinnen freiwillig auf den Ruf des Führers hin zur Arbeit gemeldet. Der Einsatz muß nun erweitert werden. Es ist Ehrensache für jede Parteigenossin, dass sie unter keinen Umständen versucht, sich zu drücken, sondern daß sie widerspruchslos der an sie ergehenden Aufforderung Folge leistet und dort, wo sie von den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr erfaßt wird, von sich aus im Dienste der gemeinsamen Sache nützlich zu sein sich bemüht. [...]

Eine wichtige Aufgabe fällt der Parteigenossin im Krieg auf dem Gebiet der Meinungs- und Willensbildung zu. *Durch die Hand der Frau geht nicht nur das Kleingeld des Volksvermögens, sondern auch das Kleingeld der Volksmoral.* Der gegenwärtige Krieg hat uns vor eine ganz neue Lage gestellt, er hat eine Front der Frauen geschaffen. Das war nicht unser Wille, sondern der des Feindes. [...]

Die physische und moralische Beanspruchung geht oft bis an die Grenze der Tragfähigkeit. Die einen werden verwundet, andere verlieren Angehörige, wieder andere stehen vor dem Verlust ihrer gesamten Habe. An die Schrecken der Bombardierung schließen sich dann die Schwierigkeiten der Evakuierung an; man muß die Heimat, oft auch den Gatten verlassen und als Gast in einer fremden Umgebung leben. Das sind Schicksale, die ganze Herzen und festen Willen erfordern. In dieser durch den Zwang der Tatsachen geschaffenen Front der Frauen hat die Parteigenossin ihre Aufgabe: sie ist die gegebene Führerin. [...]

Sie wird auch gegenüber menschlich berechtigten Anwandlungen die nötige Ruhe und Festigkeit zeigen. Sie versteht das Bedürfnis und die Sehnsucht der Frauen nach Frieden, aber sie weiß, *daß für uns nicht der Friede, sondern der Sieg das Entscheidende ist.* Diesen Standpunkt vertritt sie mit aller Klarheit und Entschiedenheit auch gegenüber den weltanschaulichen Gruppen in unserem Volk, die in ihren Äußerungen immer nur den Frieden in den Vordergrund stellen, nicht den Sieg. Wer stets bloß vom Frieden spricht und ihn herbeiflehrt, der unterhöhlt damit, ohne daß er ein Wort gegen den Krieg sagt, den Kriegswillen des Volkes, fördert den Defaitismus und sabotiert den heldenhaften Kampf um Recht und Freiheit.

Die Front der Frauen und die Parteigenossin, Hrsg. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Nr. 14 [1943], S. 5ff. Zit. n. Ute Benz (Hrsg.) 1993, S. 102–104.



Frauen im Widerstand

Spätestens nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 und den auf ihn folgenden restriktiven Gesetzen im März und April gab es im „Dritten Reich“ Hitlers keine nennenswerte und vor allem öffentlich und legal agierende politische Opposition mehr. Alle Parteien auf der Gegenseite des parlamentarischen Spektrums waren verboten und damit in die Illegalität gedrängt. Der politische Widerstand konnte nur noch aus dem Untergrund heraus unter Androhung drakonischer Strafen durch den Staat aktiv werden. Dennoch gab es bis zum Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ 1945 zahlreiche Einzelkämpfer und Wider-

standsgruppen verschiedenster Couleur, die entweder auf die Bevölkerung aufklärend-agitatorisch einzuwirken, die beginnende Kriegsproduktion zu behindern versuchten oder mit Anschlägen und Attentaten Systemvertreter und Protagonisten unmittelbar treffen wollten. Öffentliche Kritik oder rechtliche Schritte gegen Willkürmaßnahmen der NS-Diktatur waren schon kurz nach der „Machtergreifung“ nicht mehr möglich. Am Widerstand gegen das Hitler-Regime beteiligten sich auch zahlreiche Frauen, die aus einem Gewissensnotstand und einer humanistischen Gesinnung heraus aktiv geworden sind. Zumeist waren sie Ehefrauen oder Freundinnen von prominenten Widerständlern, in oppositionelle Freundeskreise Eingebundene oder Angehörige studentischer Verbände und kirchlicher Organisationen. Oft war es ein konkretes Erlebnis, das besonders Frauen zu einer oppositionellen Haltung motivierte. Dazu gehörte vor allem die unmittelbare Erfahrung von Ungerechtigkeit und Gewalt, weniger eine politisch-ideologisch begründete Einstellung. Ein zentrales Motiv für viele Frauen, die Widerstand leisteten, war die Verhinderung eines künftigen, immer deutlicher sich abzeichnenden Krieges.

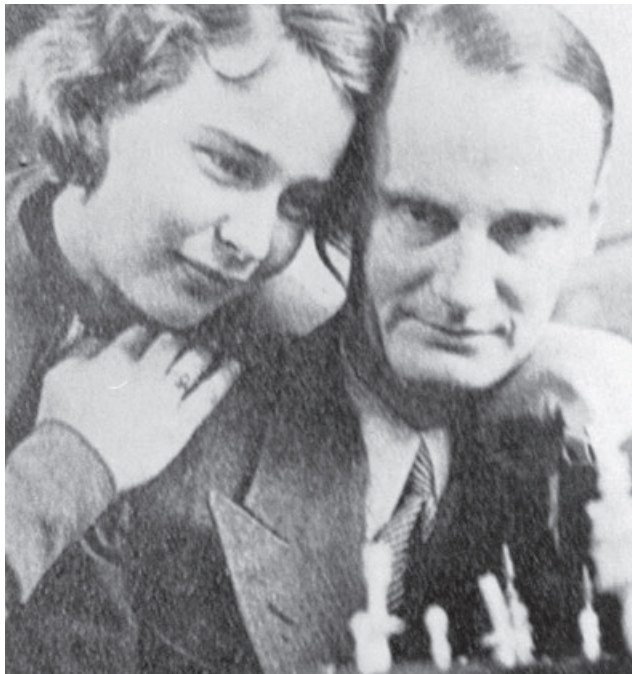
Stellvertretend für diese Haltung kann die kommunistische Widerstandskämpferin Liselotte Herrmann stehen. 1934 sandte sie Informationen über die geheime Herstellung von Rüstungsgütern in den Dornier-Werken in Friedrichshafen (Württemberg) und den Bau einer Munitionsfabrik in Celle an einen Vertreter des Zentralkomitees der KPD in der Schweiz. Sie wurde Ende 1935 von der Gestapo verhaftet. Nachdem sie im Juni 1937 vom „Volksgerichtshof“ wegen „Landesverrats und Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt worden war, wurde sie ein Jahr später in Berlin-Plötzensee durch das Fallbeil hingerichtet. Ihr Fall erregte besonderes Aufsehen, da sie trotz zahlreicher Proteste und Gnadengesuche aus dem In- und Ausland als eine der ersten Frauen und dazu noch als junge Mutter auf Weisung Hitlers (sogar gegen Vorbehalte von Joseph Goebbels) enthauptet wurde.

Während des Krieges erlebten weibliche Angehörige der von den Nationalsozialisten so bezeichneten Widerstandsgruppe

42



43



„Rote Kapelle“ die Gnadenlosigkeit der NS-Justiz und die besondere Rücksichtslosigkeit gegenüber den darin beteiligten Frauen. Die Gruppe versuchte nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 militärisch wichtige Informationen per Funk nach Moskau zu übermitteln (was wegen technischer Schwierigkeiten misslang) und verteilte zum Winter 1941/42 Flugblätter über Verbrechen in den eroberten Gebieten sowie über militärische Probleme der Wehrmacht an der Ostfront. Im Sommer 1942 wurde dieses Widerstandsnetzwerk, das über 100 Menschen unterschiedlichster Herkunft umfasste, von der Gestapo enttarnt und die meisten Mitglieder verhaftet. Das „Reichskriegsgericht“ fällte ab Dezember 1942 fast 50 Todesurteile, die bis zum August 1943 in Plötzensee vollstreckt wurden. Darunter befanden sich auch zahlreiche Frauen, so Mildred Fish-Harnack (Ehefrau des ebenfalls hingerichteten Oberregierungsrates Arvid Harnack), die Tänzerin Oda Schottmüller, Libertas Schulze-Boysen (Frau des auch zum Tode verurteilten Oberleutnants im „Reichsluftfahrtministerium“ Harro Schulze-Boysen) und Hilde Coppi, Frau von Hans Coppi, einem der Köpfe der Gruppe.

Besonders entsetzlich wirkte das Schicksal zweier junger Frauen, der 22jährigen Keramikerin Cato Bontjes van Beek und der 19jährigen Abiturientin Liane Berkowitz. Beide wurden – mit siebzehn anderen Delinquenten – in den Abendstunden des 5. August 1943 im Hinrichtungsschuppen der Haftanstalt Plötzensee enthauptet.

Liane Berkowitz hatte sich noch als Schülerin der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack gemeinsam mit ihrem Verlobten Friedrich Rehmer angeschlossen. Nach Protestaktionen gegen die NS-Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ am 26. September 1942 verhaftet und zum Tode verurteilt, brachte sie im April 1943 eine Tochter zur Welt. Reh-

44



45



46



42/ Liselotte Herrmann mit ihrem Sohn, um 1935

43/ Harro Schulze-Boysen und seine Frau Libertas, 1941

44/ Hilde Coppi, um 1939

45/ Cato Bontjes van Beek

46/ Liane Berkowitz

47



47 / Sophie Scholl mit ihrem Bruder Hans (l.) und Christoph Probst (r.) an der Sammelstelle der Münchner Militärkompanie, die an die Ostfront abkommandiert wurde. Ostbahnhof München, 23. Juli 1942. Im November 1942 kehrt Hans Scholl nach München zurück. Seine Kriegseindrücke haben die Widerstandsaktivität der „Weißen Rose“ nachhaltig beeinflusst. Foto: George Wittenstein / [akp](#).

mer durfte seine Tochter nicht einmal sehen, bevor er im Mai durch das Fallbeil sterben musste. Kurz vor ihrem 20. Geburtstag wurde Berkowitz am 5. August 1943 hingerichtet, obwohl sogar das Reichsgericht ihre Begnadigung empfohlen hatte. Ihre kleine Tochter starb zwei Monate später unter ungeklärten Umständen, die eine bewusste Tötung nicht ausschließen lassen.

Nachhaltig ist bis heute die Studentin Sophie Scholl im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankert. Sie wurde zum Inbegriff höchster jugendlicher Zivilcourage und des weiblichen Widerstandes gegen das NS-Regime. Als Kindergärtnerin ausgebildet, nimmt sie 1942 ein Biologie- und Philosophiestudium in München auf, engagiert sich gemeinsam mit ihrem älteren Bruder Hans in der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ und beginnt ab Januar 1943 mit der Verteilung von Flugblättern, die gegen die unmenschliche NS-Politik und verhängnisvolle Kriegsführung gerichtet sind. Bis Mitte Februar hat die Gruppe bereits sechs Flugblätter formuliert und verteilt. Das letzte (sechste) Flugblatt enthält den Aufruf, das NS-Regime zu stürzen und ein „neues geistiges Europa“ zu errichten. Es hat auch internationale Wirkung. In England nachgedruckt, wird es von briti-

schen Flugzeugen über Deutschland abgeworfen und durch die BBC in den für die deutsche Bevölkerung bestimmten Sendungen verbreitet. Beim Verteilen von Flugblättern in der Münchner Universität beobachtet und denunziert, wird Sophie Scholl gemeinsam mit ihrem Bruder und Christoph Probst am 18. Februar von der Gestapo verhaftet. Nach einem Prozess vor dem Volksgerichtshof unter Vorsitz von Roland Freisler werden sie vier Tage später zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung wird unmittelbar nach der Urteilsverkündung vollzogen.

Eine Episode, die das mutige Widerstehen einfacher Menschen bezeugt, betrifft die „Frauen aus der Rosenstraße“, denen Margarethe von Trotta 2003 einen eindrucksvollen Film gewidmet hat. Es ist eine der seltenen öffentlichen Protestbekundungen, die aus der Zeit der NS-Diktatur überliefert sind. Am 27. Februar 1943 hatte die Gestapo in einer „Fabrikaktion“ begonnen, die damals noch in Berlin lebenden arbeitsverpflichteten Juden zu verhaften. Von diesem Tag an protestierten zahlreiche nichtjüdische Ehefrauen für ihre Männer, umgeben von einer wachsenden Zahl Schaulustiger, anhaltend vor dem ehemaligen Sozialamt der Jüdischen Gemeinde in der Berliner Rosenstraße gegen die Verhaftung ihrer „jüdisch versippten“ Ehemänner. Die NS-Behörden unter dem Gauleiter Goebbels reagierten verunsichert, weil der Protest auch international Beachtung fand. Anfang März kamen viele Verhaftete wieder frei, außerdem wurden 25 Personen, die zuvor bereits in das KZ Auschwitz deportiert worden waren, nach Berlin zurückgeführt, um als Zwangsverpflichtete in die kriegswichtige Produktion eingegliedert zu werden. Auch wenn Umstände und Ergebnis des Protestes dieser mutigen Frauen von der Rosenstraße nicht völlig aufgeklärt sind, belegt ihre Haltung eindrucksvoll, dass sich nicht alle Deutschen widerstandslos der Willkür des NS-Regimes unterworfen haben. Heute erinnert eine Skulpturengruppe an der Stelle des Protestes an diese mutige Tat.

Aus dem Flugblatt 1 der „Weißen Rose“

Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique „regieren“ zu lassen. Ist es nicht so, dass sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmass der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauensvollsten und jegliches Mass unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten?

Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, dass es, ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmässigkeit der Geschichte, das Höchste, das ein Mensch besitzt und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen, wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang. Goethe spricht von den Deutschen als einem tragischen Volke, gleich dem der Juden und Griechen, aber heute hat es eher den Anschein, als sei es eine seichte, willenlose Herde von Mitläufern, denen das Mark aus dem Innersten gesogen und nun ihres Kerns beraubt, bereit sind, sich in den Untergang hetzen zu lassen. Es scheint so – aber es ist nicht so; vielmehr hat man in langsamer, trügerischer, systematischer Vergewaltigung jeden einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst, als er darin gefesselt lag, wurde er sich des Verhängnisses bewusst. Wenige nur erkannten das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Mahnen war der Tod. Über das Schicksal dieser Menschen wird noch zu reden sein.

Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemesis unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein. Daher muss jeder einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewusst in dieser letzten Stunde sich wehren, soviel er kann, arbeiten wider die Geissel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand – WIDERSTAND –, wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser atheistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist, ehe die letzten Städte ein Trümmerhaufen sind, gleich Köln, und ehe die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Untermenschen verblutet ist. Vergesst nicht, dass ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!

www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/weisse-rose/61009/flugblatt-i



Opfer

Neben den ermordeten Widerstandskämpferinnen wurden vor allem solche Frauen, die zu politisch oder rassistisch nicht erwünschten Gruppen gehörten, Opfer des NS-Regimes. Für die so genannten nicht „Reinrassigen“, nicht „Arischen“: für Juden, Sinti und Roma, die Menschen slawischer Völker, für Dunkelhäutige, aber auch für politisch „Andersdenkende“, die unter den Bedingungen des Parteienverbots heimlich für ihre Überzeugungen eintraten und teilweise im Untergrund aktiv blieben sowie auch für Homosexuelle (als „Andersfühlende“) begann mit dem Nationalsozialismus eine schlimme Zeit. Sie alle wurden in ihrem vertrauten Geburtsland und von den eigenen Landsleuten zu Recht- und Heimatlosen gemacht, von Mitbürgern und Nachbarn gemieden, abgelehnt ausgegrenzt, denunziert und nicht zuletzt beraubt. Es reichte ein kleiner Un-

terschied, eine aus pseudowissenschaftlichen Behauptungen abgeleitete Besonderheit um aus Mitmenschen „Minderwertige“ und „Untermenschen“ werden zu lassen.

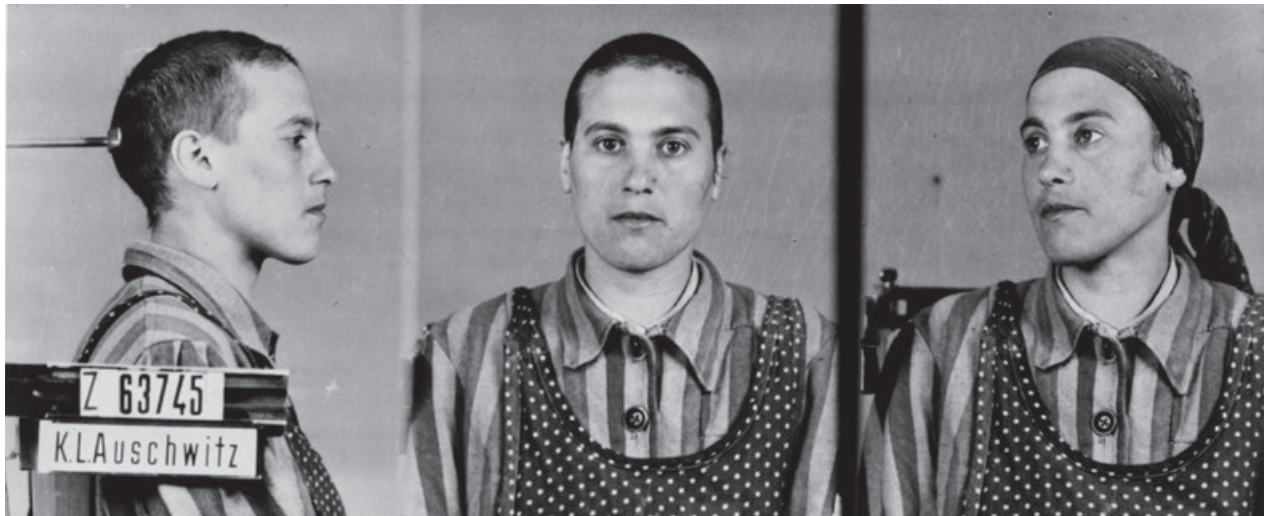
Sofort nach ihrer Machtübernahme ging die NS-Diktatur mit schnell erlassenen Gesetzen massiv gegen gleichgeschlechtliche Liebe vor. Härter als die Frauen traf es die Männer, denn diese standen unter einem expliziten „Ehrenkodex“, und „schwul“ galt als unehrenhaft und unmännlich. Zwar fielen Frauen nicht unter den §175, der die „Unzucht“ von Männern unter Strafe stellte, aber für sie begann eine Zeit des Verbergens. Wer kurze Haare hatte, ließ sie nun wachsen, wer lieber Hosen trug, zog Röcke an, um nicht in den Verdacht zu geraten, keine „richtige Frau“ zu sein. Möglichkeiten des Verrats gab es viele – vor allem im näheren Umfeld der Nachbarschaft, vom

Drohung – Gewalt – Grausamkeit – Untertanengeist

Am Ostersonntag peitscht er eigenhändig drei Frauen aus. Die Genossin Steffi ist dabei. Sie hat ihrem Freund, einem Juden, zur Flucht in das Ausland verholfen. Sie ist schön, intelligent und ein guter Kamerad. Bald darauf stirbt sie. Sie hält das nicht aus. So feiert der Kommandant des Konzentrationslagers Lichtenburg Ostern. Mit drei nackten, auf den Holzpflöck geschnallten Frauen, die er auspeitscht, bis er nicht mehr kann. Würde das draußen ein Mensch glauben? Angenommen, es würde einer glauben, vielleicht sogar weitererzählen – ein Gestapodaumennagel auf die Knöchelsehne gedrückt genügt, um ihn augenblicklich alles so vollständig vergessen zu lassen, als hätte er nie davon gehört. Was sage ich, ein Gestapodaumennagel, nein, die leiseste Drohung genügt, und das Volk schweigt. Schweigt nicht nur, jubelt, marschiert, denunziert, steht geschlossen hinter dem Führer, wie es der Führer will. Die Drohung ist seine Staatskunst, seine Außenpolitik und seine Innenpolitik, Drohung und Angst, Grausamkeit und Feigheit sind die Fundamente seines Staates. [...] Hinter jeder Drohung steht das KZ, ein Abgrund von Verworfenheit, Verbrechen und tiefster Schuld. Die Bürger ahnen es. Das genügt. Mehr darüber zu wissen, ist schädlich. Es soll nicht Empörung, sondern Angst erzeugt werden. Sie wird erzeugt.

Wir können es zur Not verstehen, dass die Menschen draußen eingeschüchtert sind. Unbegreiflich ist uns nur, dass es so viel Sadisten gibt. Sind es wirklich Sadisten, Verbrecher von Grund auf, Mörder? Ich glaube es nicht. [...] Es sind Spießbürger. Nur sind sie zufällig nicht beim Finanzamt, sondern bei der Polizei, zufällig keine Magistratsschreiber oder Metzgermeister oder Kanzleihilfen oder Bauarbeiter oder Standesbeamte, sondern Gestapoangestellte und SS-Männer. Sie unterscheiden nicht zwischen Gut und Böse, sie tun ganz einfach das, was ihnen befohlen ist. Es ist ihnen nicht befohlen, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden oder zwischen Recht und Unrecht, sondern die Staatsfeinde auszurotten und zu vertilgen. Sie tun dies mit derselben sturen Pedanterie, mit demselben deutschen Fleiß und mit derselben deutschen Gründlichkeit, mit der sie sonst Steuererklärungen geprüft oder Protokolle geschrieben oder Schweine geschlachtet hätten. Sie peitschen eine wehrlos an einen Pflöck gebundene Frau mit sachlichem Eifer und gewissenhaftem Ernst aus, in der vollen Überzeugung, damit dem Staat zu dienen oder ihrem Führer, was für sie das gleiche ist.

Haag 1977, S. 136f. Zit. nach: Ute Benz (Hrsg.) 1993, S. 99f.



48

„Blockwart“ bis zur eigenen Familie. Aus dieser Not heraus wurden Scheinehen geschlossen – lesbische Frauen heirateten schwule Männer und umgekehrt. Gelang die Geheimhaltung der von den Nazis geächteten sexuellen Neigungen nicht, landeten Männer in Konzentrationslagern.

Wie brutal die Nationalsozialisten ihre Opfer in den Konzentrationslagern schon in den 1930er Jahren behandelten, zeigt der Bericht einer aus politischen Gründen inhaftierten Frau.

Sinti und Roma zählen zu den Opfern der NS-Diktatur, wobei keine Unterschiede zwischen Männern, Frauen und Kindern gemacht wurden. Sie waren in Deutschland schon stets eine diskriminierte Personengruppe gewesen, doch wurden sie in besonderer Weise zu Opfern des Verfolgungswahns, nachdem 1936 eine „Rassenhygienische Forschungsstelle“ unter der Leitung von Robert Ritter gegründet worden war, die sich auf die etwa 30 000 in Deutschland lebenden „Zigeuner“, auf ihre menschliche Herabwürdigung und Ausgrenzung konzentrierte. In den ersten Jahren „wurden die Sinti und Roma nach den Bestimmungen für andere unerwünschte Randgruppen, wie Asoziale und Arbeitsscheue, behandelt. [...] Explizit aufgeführt waren sie in den Nürnberger Rassegesetzen von 1935, die die Ehe und sexuellen Kontakte zwischen ‚Fremdrassigen‘ und Deutschen ver-

bot. Nachdem Himmler die Leitung der Polizei übernommen hatte, wurde 1936 die Reichszentrale für die Bekämpfung des Zigeunerunwesens gegründet. Bereits 1936 wurden die ersten Sinti und Roma aus Bayern auf Grund ihrer ‚Asozialität‘ in Dachau inhaftiert. In (dem Frauenkonzentrationslager) Ravensbrück traf der erste größere Transport von 440 Sinti und Roma 1939 aus dem Burgenland ein. Die meisten von ihnen waren zuvor in Sammellagern inhaftiert gewesen. Für viele war Ravensbrück nur Durchgangslager nach Auschwitz, wo sie im sogenannten Zigeunerlager mit ihren Familien, aber isoliert von den anderen Häftlingen, untergebracht wurden. [...] Das Zigeunerlager wurde 1944 ‚liquidiert‘. Dabei wurden 3 500 Roma und Sinti in den Gaskammern umgebracht“ (› Schlenker 1998, S. 54 f.).

Judenverfolgung und Holocaust

Dem Völkermord an den europäischen Juden fielen zwischen 1941 und 1945 etwa sechs Millionen Menschen zum Opfer. Nachdem die Juden in Deutschland bereits vor Beginn des Krieges eine fortschreitende Diskriminierung erlitten hatten, die in der Pogromnacht vom 9. November 1938 einen schockierenden Höhepunkt erreicht hatte, begann der Massenmord an den Juden durch Einsatzkommandos der SS bereits unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, wobei auch Frauen und

48/ Erkennungsdienstliches Foto eines weiblichen Häftlings („Zigeunerin“), aus dem KZ-Auschwitz, um 1943.



Kinder nicht verschont wurden. Bis zum Jahresende 1941 war schon ein Fünftel von den auf dem Territorium der Sowjetunion lebenden rund 2,5 Millionen Juden ermordet worden. Die SS-Einsatzgruppen haben während des Krieges insgesamt etwa 2,2 Millionen Juden „liquidiert“. Nachdem in Warschau im Oktober 1940 das jüdische Ghetto eingerichtet worden war, in dem zeitweise eine halbe Million Menschen leben mussten, wurden seit Juli 1942 im Zuge der Auflösung die dort unter unmenschlichen Bedingungen eingeschlossenen Personen schrittweise in die Vernichtungslager deportiert. Der industrielle Massermord mit dem Gift Zyklon B begann im März 1942 im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, wenige Monate, nachdem auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 die Vernichtung der Juden in ganz Europa geplant worden war. In den Konzentrations- und Vernichtungslagern verloren bis zu vier Millionen Menschen ihr Leben. Sie wurden in den Gaskammern ermordet, auf andere Weise qualvoll getötet, starben als Opfer von Menschenversuchen oder durch Zwangsarbeit erschöpft und ausgehungert. Zwar lässt sich keine exakte Opferzahl feststellen, doch sind es neben der Gedenkstätte von Yad Vashem in Jerusalem, die jedes bekannt gewordene Opfer beim Namen nennt, vor allem Einzelschicksale, die uns in Form von Lebensgeschichten überliefert sind.

Für die Verfolgung jüdischer Frauen und Mädchen aus Deutschland hat sich Anne Frank in unser kollektives Gedächtnis nachdrücklich eingeschrieben. „Das Tagebuch der Anne Frank“ wurde 2009 sogar in das Weltdokumentenerbe der UNESCO aufgenommen. Es macht bewusst, dass auch deutsche Juden, denen zunächst die Flucht aus dem Machtbereich der Nationalsozialisten gelungen war, nicht immer dem Verfolgungswahn der NS-Diktatur entgehen konnten und Opfer des Holocaust geworden sind.

Bereits 1934 emigrierte die Frankfurter Familie des jüdischen Kaufmanns Otto

Frank nach Amsterdam, um sich dem zunehmenden Antisemitismus der NS-Diktatur zu entziehen. In den Niederlanden erlebt das 1929 geborene Mädchen mit seiner Schwester eine unbeschwertere Kindheit bis zur deutschen Okkupation 1940, die zu wachsenden Einschränkungen durch die Übernahme repressiver antijüdischer Maßnahmen führt. Um den im Juli 1942 beginnenden Deportationen zu entgehen, versteckt sich die Familie in einem Hinterhaus mit Hilfe von Angestellten der väterlichen Firma. Schon im Monat zuvor hatte Anne Frank begonnen, in ein zum Geburtstag geschenktes Tagebuch zu schreiben, in dem sie ihre bedrängte Situation und ihre Sehnsüchte nach einem befreiten Leben eindrucksvoll reflektiert.

Bereits 1943 werden 1250 jüdische Kinder aus den Niederlanden deportiert, worüber Anne Frank auch in ihrem Tagebuch berichtet. Ein Jahr später, am 4. August 1944, wird das Versteck in der Prinsengracht verraten, in dem die Familie Frank mit vier weiteren Personen auf engstem Raum zwei Jahre lang unter ständiger Angst vor Entdeckung verbracht hatte. Nach der Verhaftung durch die Gestapo wird Anne Frank zunächst mit ihrer Schwester Margot in das Durchgangslager Westerbork, einen Monat später mit ihrer Familie in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Vor dem Hintergrund näher rückender alliierter Truppen werden Ende Oktober 1308 Frauen in das KZ Bergen-Belsen für einen geplanten Einsatz in der Rüstungsproduktion verbracht. Nach Ausbruch einer Fleckfieber-Epidemie, der etwa 17000 Häftlinge zum Opfer fielen, starben die beiden Schwestern im März 1945 wenige Wochen vor der Befreiung des Lagers durch britische Truppen. Der Vater Otto Frank war der Einzige aus der Familie, der mit der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar



49/Ankunft ungarischer Juden in Auschwitz, Juni 1944

50/Anne Frank, um 1940

1945 die NS-Diktatur überlebte. Zwei Jahre später hat er das in holländischer Sprache verfasste Tagebuch seiner Tochter Anne veröffentlicht, das eines der erschütterndsten Zeitzeugnisse über die Verfolgung und Vernichtung der Juden geworden ist.

Über die Schicksale verfolgter jüdischer Frauen aus Deutschland sind weitere wichtige Berichte überliefert, die den menschenverachtenden Zynismus der Judenvernichtung bezeugen. In ihrem Buch „Ihr sollt die Wahrheit erben“ schildert Anita Lasker-Wallfisch ihren verzweifelten demütigenden Überlebenskampf als eine der wenigen Überlebenden des „Mädchenorchesters“ im KZ Auschwitz.

Als jüngste Tochter eines Breslauer Rechtsanwalts, der mit seiner Ehefrau bereits 1942 deportiert und ermordet worden war, wurde sie, 18 Jahre alt, im Dezember 1943 nach Auschwitz deportiert und konnte dort unter unmenschlichen Umständen überleben, bis sie, im No-

vember 1944 nach Bergen-Belsen verlegt, dort im April 1945 befreit wurde.

In ihrer Autobiografie „Weiter leben. Eine Jugend“ (1992) schildert die als Tochter eines Wien Frauenarztes 1931 geborene Ruth Klüger ihr Schicksal in der NS-Diktatur. Mit elf Jahren wird sie gemeinsam mit ihrer Mutter nach Theresienstadt deportiert, später in das KZ Auschwitz-Birkenau und zuletzt in ein Außenlager des KZ Groß-Rosen verbracht, von wo aus ihr mit ihrer Mutter die Flucht gelang. Nachdem sie das deutsche Notabitur gemacht hatte, emigrierte sie 1947 in die USA und wurde dort eine prominente Literaturwissenschaftlerin, die 1988 auch wieder eine Gastprofessur in Göttingen übernahm. Ihr autobiografischer Bericht „Weiter leben“ wurde 2008 auf eine spektakuläre Weise gewürdigt. Im Rahmen der Aktion „Eine Stadt. Ein Buch“ wurden in Wien 100 000 Exemplare dieser Lebensgeschichte während der NS-Diktatur verschenkt.



Dass es möglich war, den Häschern der Gestapo zu entgehen, wenn deutsche Mitbürger dabei geholfen haben, wird in dem Buch von Inge Deutschkron „Ich trug den Gelben Stern“ deutlich.

Im Jahr der „Machtergreifung“ Hitlers war die Tochter eines Berliner sozialdemokratischen Gymnasiallehrers, Inge Deutschkron, 10 Jahre alt. Bereits im April 1933 wurde der Vater als ein frühes Opfer des antisemitischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Schuldienst entlassen und konnte danach nur noch an einer jüdischen Schule unterrichten, bis er sich 1939 als einziges Familienmitglied der wachsenden Bedrohung zu entziehen vermochte. Deutschkron schildert eindringlich, wie die Juden in Deutschland zunehmend ihrer Rechte beraubt wurden. Joseph Goebbels hatte schon im August 1941 in seinem Tagebuch notiert: „Berlin muß eine judenfreie Stadt werden. [...] Sie verderben nicht nur das Straßenbild, sondern auch die Stimmung. [...] Wir müssen an dies Problem ohne jede Sentimentalität herangehen.“ (Fröhlich 1996, S. 278) Inge Deutschkron konnte sich seit 1941 zwei Jahre lang in der Blindenwerkstatt von Otto Weidt, eines anarchistischen Pazifisten und NS-Gegners, der Juden bei sich beschäftigt hatte, dem Zugriff der NS-Schergen entziehen. Von Januar 1943 an musste sie sich mit ihrer Mutter bei Freunden versteckt halten, um so der ständig drohenden Verfolgung zu entgehen. Seit 1946 lebte sie in London, wurde später Sekretärin der Sozialistischen Internationale, kehrte Mitte der 1950er Jahre zeitweilig nach Deutschland zurück, wo sie als Korrespondentin israelischer Zeitungen arbeitete, u.a. auch während des Frankfurter Auschwitz-Prozesses. 1966 wurde sie israelische Staatsbürgerin und blieb eine wichtige Zeitzeugin für die Verbrechen der NS-Diktatur. Sie hat 2001 ein Buch über Otto Weidt veröffentlicht, der postum in Israel als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde, und – 91 Jahre alt – zuletzt an dem Dokudrama „Ein blinder Held – Die Liebe des Otto Weidt“ mitgewirkt.



52

Die schlimmsten Verbrechen in Form des Völkermords und eines „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ fanden nach Beginn des Krieges in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten Osteuropas statt: in Polen, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, vor allem der Ukraine, Weißrusslands, den baltischen Sowjetrepubliken und den Ländern des Balkans. Dort wurden viele Tausende namenlose Frauen ermordet: Jüdinnen, Russinnen, Ukrainerinnen, Polinnen und noch viele anderer Nationalitäten. Das alles geschah im Zuge der Kriegshandlungen, in Vernichtungsaktionen der „Einsatzgruppen“ der SS und als geplanter Mord in den Konzentrations- und Vernichtungslagern wie Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Sobibor, Belzec, Chelmno – alle auf dem Territorium des vom Deutschen Reich besetzten Polen, dem damaligen „Generalgouvernement“ – oder in den speziellen Frauenkonzentrationslagern auf „Reichsgebiet“ wie Ravensbrück und Bergen-Belsen. In den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau wurden mitunter über 2000 Frauen an einem Tag (fast immer mit ihren Kindern) durch das Giftgas Zyklon B ermordet. Das geschah „planmäßig“, vorbereitet und koordiniert von der Zentrale des so genannten „Reichssicherheitshauptamtes“ (RSHA) in Berlin.



53

51/ Ankunft ungarischer Juden in Auschwitz, Juni 1944: Kahlgeschorene jüdische Frauen sind zum Appell angetreten

52/ Inge Deutschkron, 1937

53/ Anita Lasker-Wallfisch, 1942. Foto: David Levene



„Mitläuferinnen“

Die Rolle der Frauen als Mitläuferinnen, Helferinnen und auch als Täterinnen ist in der Darstellung der NS-Diktatur lange Zeit eher ein Seitenaspekt der Forschung gewesen. Manche Frauen haben wie die KZ-Aufseherinnen aktiv an dem Jahrhundertverbrechen der Shoah teil genommen. Viele andere haben als „Spitzelinnen“ und Denunziantinnen persönliche Schuld auf sich geladen. Indirekt waren auch all jene an den Untaten des Regimes beteiligt, die beispielsweise als Sekretärinnen Deportationslisten geschrieben haben, als Flak- und Wehrmachtshelferinnen eingesetzt wurden oder zur Waffenproduktion in den Rüstungsbetrieben beitragen mussten. Kürzlich hat die amerikanische Historikerin Wendy Lower dargestellt, dass etwa eine halbe Million Sekretärinnen, Krankenschwestern, Lehrerinnen und Erzieherinnen Wehrmacht, SS und den Besatzungsbehörden in die östlichen Okkupationsgebiete gefolgt sind, um die Kriegführung zu unterstützen und die Kolonisierung des großdeutschen „Lebensraumes“ vorzubereiten.

Oft unterschätzt und unerwähnt bleibt die Rolle vieler deutscher Mütter, Lehrerinnen, anderweitiger Erzieherinnen, „Amtsträgerinnen“, „Führerinnen“ der „NS-Frauenschaft“, die ihre Kinder, Schüler und Schutzbefohlenen im Sinne der durchgängig menschenverachtenden, rassistischen und überheblichen nationalsozialistischen Ideologie erzogen, beeinflussten und unter Druck setzten. Sie trugen naiv gläubig oder auch sehr bewusst als echte „Nazissen“ dazu bei, dass das System funktionieren konnte, bis sein Untergang besiegelt war.

Eine prominente Funktion in der Sympathiewerbung für das NS-System hatten zahlreiche Schauspielerinnen und Unterhaltungskünstlerinnen. Ihre vom Reichspropagandaministerium bestimmten Aufgaben lagen im Bereich der Beeinflussung und Ablenkung, der Tröstung, Entlastung und Verharmlosung. Nachdem der Tonfilm seit Anfang der 1930er Jahre seine Erfolgsgeschichte begann, kam diesem Medium für Joseph Goebbels eine besondere Bedeutung bei der Massenbeeinflussung zu. Herausragend wirkte dabei besonders Zarah Leander, eine aus Schweden stammende Schauspielerin und Sängerin, die zum Inbegriff des weiblichen Nazi-Stars avancierte. Vergeblich hatte sich Joseph Goebbels mehrfach um die damals viel berühmtere und bedeutendere Marlene Dietrich bemüht, die aber aus Ablehnung und Verachtung des „Dritten Reiches“ in die USA emigriert war. Leanders Berühmtheit gründete sich auf zahlreiche sentimentale filmische Melodramen, die gerade in den Kriegsjahren ein großes Publikum fanden. Vor allem nutzte die Propaganda einige in den Filmen dargebotene Lieder, die während der späten

Kriegsjahre – nach der Niederlage in Stalingrad – gezielt als mit dunkler Stimme gesungene Durchhalteparolen wirken sollten: „Ich weiß es wird einmal ein Wunder geschehn“!

Ufa-Schauspielerinnen wie Marika Rökk, Lil Dagover, Lilian Harvey, Ilse Werner, Grete Weiser oder Olga Tschechowa wurden vor allem durch Unterhaltungsfilme bekannt und beliebt, die der Ablenkung der Bevölkerung von den zunehmenden Belastungen in den Kriegsjahren dienten. Zu den bestbezahlten Filmstars zählte auch Paula Wessely, eine seinerzeit prominente Bühnenschauspielerin, die neben Unterhaltungsfilmen in den ersten Kriegsjahren auch zwei Hauptrollen in nationalsozialistischen Propagandafilmen übernahm. 1941 verkörperte sie in dem Film „Heimkehr“ eine vorbildliche Deutsche, die von Polen drangsaliert worden war. Vor der Premiere hatte sie im „Wiener Tageblatt“ dazu erklärt: „Es ist eine hohe und verantwortungsvolle Aufgabe, die mir hier gestellt wurde und die ich doch mit Freude übernommen habe.“

Kristina Söderbaum, Tochter eines schwedischen Chemieprofessors, kam mit 21 Jahren 1934 nach Deutschland, wo sie 1937 eine Filmkarriere besonderer Art startete. Ihr Aussehen und ihre Filme prädestinieren sie als das von Goebbels stilisierte Ideal der „nordischen arischen“ Frau. Sie hat ausschließlich Filme mit ihrem Ehemann Veit Harlan gedreht. Da einige von Söderbaums melodramatischen Filmen mit ihrem Tod im Wasser enden, wurde sie von der Bevölkerung auch als „Reichswasserleiche“ bezeichnet. Trauriger Höhepunkt ihrer Filmkarriere war die Mitwirkung in dem 1940 von Veit Harlan gedrehten antisemitischen Film „Jud Süß“. Kurz vor Kriegsende übernahm sie neben Heinrich George die weibliche Hauptrolle in dem von Goebbels fanatisch betriebenen pathetischen Durchhaltefilm „Kolberg“.

Leni Riefenstahl ist ein singuläres Beispiel für die Erkenntnis, dass auch ein großes künstlerisches Vermögen nicht

vor den Verführungen der Macht zu schützen weiß. Am Anfang des Jahrhunderts 1902 geboren, begann sie ihre Karriere als Tänzerin und Filmschauspielerin, bevor sie 1932 für ihren avantgardistischen Film „Das blaue Licht“ auf der Biennale in Venedig mit einer Silbermedaille ausgezeichnet wurde. Im August des folgenden Jahres nahm sie den Auftrag von Joseph Goebbels an, einen Film über den 5. Reichsparteitag der NSDAP zu drehen, der bereits im Dezember 1933 unter dem Titel „Sieg des Glaubens“ in die Kinos kam. Als ein Höhepunkt der NS-Propaganda muss ihr Film „Triumph des Willens“ gelten, der im März 1935 erstmals gezeigt wurde und auf dem 6. Reichsparteitag entstanden war. Der Film ist durch einen hoch emotionalen Spannungsbogen bestimmt, der Hitler als „Führer“ überlebensgroß präsentiert und mit dem Enthusiasmus begeisterter Formationen von Arbeitsfront, SA und SS in Beziehung setzt. Der Film wurde nicht nur in Deutschland begeistert aufgenommen, sondern erhielt auch internationale Auszeichnungen in Venedig und Paris. Ihre „Reichsparteitagstrilogie“ hat die Regisseurin Ende 1935 durch eine Kurzfilm abgeschlossen, der die erst wenige Monate zuvor aus der Reichswehr hervorgegangene Wehrmacht auf dem nationalen Parteiforum der NSDAP in den Mittelpunkt rückte und damit auch die fortschreitende Militarisierung des „Dritten Reiches“ unterstrich.

Internationale Resonanz fand Leni Riefenstahl vor allem mit ihrem Film über die Olympischen Spiele in Berlin, der aus den beiden Teilen „Fest der Völker“ und „Fest der Schönheit“ besteht. Mit großem personellen und technischen Aufwand produziert, hatte der Film am Geburtstag des „Führers“, am 20. April 1938, Premiere. Der Film feiert nicht nur subtil die Ästhetik des NS-Körperfikts, sondern setzt die Wettkämpfe



55



56

54/ Zarah Leander mit Willy Birgel in dem Film „Zu neuen Ufern“, 1937

55/ Paula Wessely, 1941

56/ Kristina Söderbaum, 1940



spannungsvoll und dramaturgisch perfekt mit modernsten kinematographischen Mitteln in Szene, wobei auch der erfolgreichste Athlet der Spiele, der schwarze US-Amerikaner Jesse Owens, wirkungsvoll in Aktion tritt. Ihren vielfach ausgezeichneten Film zeigte Riefenstahl in ganz Europa, lediglich in den USA und Großbritannien stieß sie – vor allem in Reaktion auf die Pogromnacht – auf Ablehnung.

Leni Riefenstahl war als moderne, sportlich-elegante, attraktive Frau nicht nur erfolgreich. Sie verhalf mit ihren Filmen und ihren Auftritten dem NS-Regime zu internationalem Ansehen. Mit ihrem „Glamour“ wirkte sie zudem als Vorbild für zahlreiche junge Frauen im „Dritten Reich“. Sie war sozusagen das nationalsozialistische Gegenbild zu Marlene Dietrich, die sich dem Werben der NS-Propaganda in den USA dezidiert entzogen hatte. Leni Riefenstahl wurde von Adolf Hitler bewundert und verstand es geschickt, diesen Umstand für ihre Projekte zu nutzen. Dass sie sich der NS-Propaganda zur Verfügung gestellt habe, hat sie nach dem Ende der NS-Diktatur – weiterhin als Regisseurin und Fotografin noch mehr als ein halbes Jahrhundert

aktiv – stets mit der Feststellung bestritten, lediglich Dokumentarfilme gedreht zu haben. Wie sehr sie mit ihrer Arbeit einem unmenschlichen System dienstbar war, ist deutlich geworden, als sie wenige Tage nach dem Überfall Deutschlands auf Polen plante, ein entsprechendes Filmprojekt zu beginnen.

Ähnlich wie Leni Riefenstahl wurde auch die Pilotin Hanna Reitsch zum Symbol für eine unabhängige, erfolgreiche Frau, die allen verbreiteten Rollenklischees entgegenstand. Faszinierend wirkte vor allem, dass sie sich als Frau in einem hoch spezialisierten, fast ausschließlich Männern vorbehaltenen technikdominierten Berufsfeld behauptete, das in besonderem Maß Mut und Energie erforderte. 1912 als Arzttochter geboren, erwarb sie neben ihrem Medizinstudium, das sie nach vier Semestern abbrach, eine Fluglizenz, arbeitete danach als Fluglehrerin und stellte zahlreiche Weltrekorde im Segelflug und mit Hubschraubern auf. Ab 1937 war die nur 1,50 Meter kleine Person als Versuchspilotin der Luftwaffe tätig, wobei sie verschiedene Typen neuer Kriegsflugzeuge testete. Während des Krieges wurde sie bei einem riskanten Flugtest 1943 schwer verletzt. Im letzten Kriegsjahr versuchte sie trotzdem, Hitler vom Projekt „bemannter

Bomben“ zu überzeugen, bei denen sich die Piloten bewusst opfern sollten. In einer waghalsigen Flugaktion verfolgte sie schließlich noch in den letzten Apriltagen 1945 das Ziel, Hitler und die bereits im Führerbunker mit sechs Kindern befindliche Familie Goebbels aus der Reichshauptstadt auszufliegen. Nicht nur Hitler lehnte dieses Angebot ab, auch Magda Goebbels entschied sich, mit einer aus Fanatismus und Grausamkeit erwachsenen Mischung, ihre sechs Kinder heimtückisch zu töten und sich selbst mit ihrem Mann durch Selbstmord jeder Verantwortung zu entziehen. „Hanna Reitsch, schon vom Vater zu ‚deutscher Gesinnung‘ erzogen, verkörperte aufs äußerste zugespitzt die deutsch-nationale Schizophrenie zwischen äußerer Modernität und innerem Mittelalter, zwischen technisch-wissenschaftlicher Intelligenz und verblendeter ‚Gläubigkeit‘, zwischen persönlichem Anstand und kollektiver Barbarei.“ (›Der Spiegel 36/ 1979, S. 268). Von der NS-Propaganda gefeiert, als einzige Frau sogar mit der Kriegsauszeichnung „Eisernes Kreuz“ exponiert, hatte Hanna Reitsch vorsichtig Distanz zu den NS-Verbrechen gewahrt. Sie war nicht

Mitglied der NSDAP und lehnte auch eine Ehrenmitgliedschaft im BDM ab. Nach dem Krieg vermied sie indes jede Kritik an der NS-Diktatur. In ihrem Erinnerungsbuch „Höhen und Tiefen“ schreibt sie noch 1977: „Es mag eine Führung richtig oder falsch gewesen sein – das zu beurteilen ist nicht an mir. Wenn man aber zu dieser Führung hauptverantwortlich gehört, muss man bereit sein, mit ihr unterzugehen.“ (›Reitsch 1977, S. 75)

Täterinnen

Täterinnen im unmittelbaren Sinne waren in besonderem Maße die KZ-„Aufseherinnen“. Neben 37 000 Männern sind etwa 3 500 Frauen in den Konzentrationslagern eingesetzt worden. Sie gehörten zum so genannten „SS-Gefolge“. Oft handelte es sich dabei um noch sehr junge Frauen mit niedrigem Bildungsstand und mangelnder Ausbildung. Sie wurden für diese Tätigkeit vor allem durch die vergleichsweise hohe Entlohnung angezogen, die nahezu das Dreifache einer Hilfsarbeiterin ausmachte. Im Dezember 1937 wurde das KZ Lichtenburg als erstes zentrales Frauenlager

57/ Leni Riefenstahl, ihr Chefkamarad Walter Frentz und ein Helfer bei den Dreharbeiten zum Olympia-Film, Berlin 1936.

58/ Truppenbesuch von Leni Riefenstahl im besetzten Polen, September 1939.
Foto: Oswald Burmeister

59/ Adolf Hitler verleiht Flugkapitän Hanna Reitsch das Eisernes Kreuz zweiter Klasse in der Mitte der „Reichsluftfahrtminister“ und Reichsmarschall“ Hermann Göring, März 1941



59

eingerrichtet, seitdem wurden zunehmend auch Frauen für die innere Bewachung und Kontrolle der Häftlinge im Lager geworben. Diese waren ganz überwiegend in Frauenlagern tätig, in den KZ Ravensbrück (1939), Auschwitz-Birkenau (1942), Mauthausen (1943) und Bergen-Belsen (1944). Sie bewachten nicht nur die Opfer im KZ, sie schikanierten sie auch, schlugen, quälten sie bis zum äußersten und oft bis zum Tod. Sie waren das besonders hässliche, eben auch weibliche Gesicht des „Dritten Reiches“.

Schon im Oktober 1938 hatte die aus Österreich stammende Maria Mandl im ersten Frauenkonzentrationslager Lichtenburg als Aufseherin begonnen, bevor sie im folgenden Jahr in Ravensbrück ihre Tod und Schrecken verbreitende „Karriere“ fortsetzte, von den Häftlingen als „Bestie“ bezeichnet. Sie trat 1941 der NSDAP bei und war seit 1942 gemeinsam mit dem Schutzhaftlagerführer Hößler die weibliche Leiterin im Frauenlager von Auschwitz-Birkenau. Sie suchte Frauen für Menschenversuche aus und „selektierte“ sie für den Tod in den Gaskammern. Außerdem gründete sie das „Mädchenorchester“ von Auschwitz, in dem die Musikerinnen bei den demütigenden stundenlangen Appellen und öffentlichen

Bestrafungen, sogar beim Gang in den Tod aufspielen mussten. Als die Rote Armee auf Auschwitz vorrückte, wurde Mandl in ein Außenlager des KZ Dachau versetzt, von dort konnte sie vor der Befreiung flüchten. Nachdem sie entdeckt worden war, lieferten sie die Amerikaner an Polen aus. Im Krakauer Auschwitz-Prozess wurde sie zum Tode verurteilt und im Januar 1948 hingerichtet.

Irma Grese, als Tochter eines Landwirts in Mecklenburg geboren, entschloss sich bereits nach Reichsarbeitsdienst und gescheiterten Berufsplänen als Krankenschwester mit 19 Jahren, 1942 Aufseherin im KZ Ravensbrück zu werden, im März 1943 kam sie nach Auschwitz-Birkenau und Ende 1944 nach Bergen-Belsen. Wegen ihrer großen Brutalität wurde sie von den Häftlingen als „Hyäne von Auschwitz“ besonders gefürchtet. Nachdem britische Truppen das KZ Bergen-Belsen am 15. April 1945 befreit hatten, wo sie 10 000 Leichen vorgefunden hatten und 60 000 Überlebende retten konnten, wurde Grese verhaftet und im Herbst im ersten Bergen-Belsen-Prozess als eine von insgesamt 44 angeklagten Personen, darunter 10 Frauen, durch die britische Militärgerichtsbarkeit mit zwei weiteren Frauen zum Tod durch den Strang verurteilt. Als sie hingerichtet wurde, war sie 22 Jahre alt.

Wie tief die seelische Wunde war, die das Überleben im Konzentrationslager geschlagen hatte, zeigt ein offener Brief, den Batsheva Dagan, während des Prozesses am 29. Oktober 1945 in „The Palestine Post“ veröffentlicht hat.

Die Gedenkstätte Ravensbrück ruft die Geschichte von Bathseva Dagan, eines der Opfer von Irma Grese, eindrucksvoll in Erinnerung. Als Isabella Rubinstein in Lodz geboren, konnte sich die polnische Jüdin mit gefälschten Papieren zunächst den Gestapo-Häschern entziehen, bevor sie verraten und im Mai 1943 nach Auschwitz deportiert wurde. Erst 18 Jahre alt, durchlebte sie die Torturen der KZ-Zwangsarbeit, wurde im Januar nach Ravensbrück verlegt und schließlich von

60





61

60/ Weibliches und männliches Wachpersonal des KZ Auschwitz bei einem „Betriebsausflug“

61/ KZ-Aufseherinnen im KZ Bergen-Belsen nach der Befreiung am 15. April 1945. Das Foto zeigt unter anderen die KZ-Aufseherin Irma Grese (ganz hinten links) bei ihrer Festnahme durch britische Truppen. In der ersten Reihe sind Irene Haschke (links) und Herta Bothe (rechts) zu sehen. Beide wurden im Bergen-Belsen-Prozess zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt.

Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie!

Frau Aufseherin Grese,

Sie haben einen Gerichtsprozess und Major Winwood ist Ihr Verteidiger. Ich bin eines Ihrer Opfer und durch ein bisschen Glück eine der wenigen Überlebenden und ich kann einfach nicht verstehen, warum Ihnen, dem „Terror von Auschwitz“, der Schutz des Gesetzes in einem solchen Maße garantiert werden sollte. Sie waren verantwortlich für die Zerstörung der Leben unzähliger Menschen, sodass es kaum möglich ist, irgendeine Rechtfertigung für Ihre Taten zu finden, welche Trauer und Folter für Tausende brachten.

Man wird nicht bezweifeln, dass Sie an Befehle gebunden waren, gebunden an die Befehlsgewalt der SS, deren Mitglied sie waren. Aber es kann nie eine Entschuldigung geben für die neuen Foltermethoden und die Formen der Verfolgung, die Sie einführten, keine Rechtfertigung für die Art, wie Sie ihrem bestialischen Sadismus freien Lauf gelassen haben.

Gerechtigkeit muss geschehen. Wir warten noch auf das Urteil. Sie werden vielleicht einem Erschießungskommando entgegentreten müssen oder am Genick erhängt werden, bis Sie tot sind. Trotzdem werden Ihre Opfer nicht sehen, dass Gerechtigkeit geschehen ist. Nur wenn Sie gezwungen werden, so zu leiden, wie Sie uns dazu gezwungen haben, kann gesagt werden, dass Gerechtigkeit geschehen sein wird.

Wir, Ihre Opfer, wollen Sie nicht sterben sehen, wir wollen vielmehr, dass Sie leben wie wir es auch mussten, mit Schwaden aus schmutzigem, schwarzen Rauch aus den Schornsteinen des Krematoriums ständig vor unseren Augen. Wir wollen, dass sie schwere Steine schleppen, barfuß in Lumpen. Wir wollen sehen, wie sie geschlagen werden, grausam und gnadenlos, wie sie grausam und gnadenlos geschlagen haben. Wir wollen sehen, wie Sie verhöhnt werden, wie Sie uns verhöhnten und erniedrigten in unserer Verzweiflung. Wir wollen, dass Sie hungrig dahinvegetieren, dass Sie nachts nicht schlafen können, so wie wir es nicht konnten. Wir wollen sehen, wie Ihr blondes Haar geschoren wird, so wie man uns die Köpfe geschoren hat. [...]

Man soll auch Sie lebendig in den Hochofen des Krematoriums schieben, wie Sie es mit so vielen von uns getan haben.

All diese Dinge sind Tausenden von uns angetan worden, Ihren Opfern. Nur wenn sie auch Ihnen direkt angetan werden, wird Gerechtigkeit geschehen sein. Sie ließen uns unter den Qualen der Hölle leiden. Nun sind wir an der Reihe, Sie zu hassen und nach Rache zu verlangen.

„Achtung, Frau Aufseher Grese kommt!“ Ich werde niemals den Terror vergessen, mit dem dieser Ruf unsere Herzen erschütterte. Ich werde mich immer erinnern, wie Sie in Ihrer SS-Uniform durch das Lager stolzierten, diesen riesigen Hund an Ihrer Seite, den Sie „nur so zum Spaß“ auf uns zu hetzen liebten. Ich werde mich immer an Ihre glänzenden und eleganten Schaffstiefel erinnern und an die Art, in der Sie uns damit traten.

Ich war eine von Tausenden. Die Nummer, die sie mir gaben, Nr. 45554, wurde mir in meinen Arm eingebrannt und wird mit mir ins Grab gehen. Dort war ich, einen schmutzigen grauen Fetzen um meinen geschorenen Kopf gewickelt: ich trug die Hosen eines Soldaten der Roten Armee, der zu Tode gefoltert worden war, und ein zerrissenes Hemd, auf dem ich meine Nummer trug und den Davidstern. Wenn Sie vorbeikamen stand ich starr und aufmerksam, obwohl meine Füße kaum noch meinen Körper tragen konnten, weil ich schon völlig abgemagert war. Ich trug Holz pantinen, beide für den linken Fuß und viel zu groß. Ich hatte Lumpen um meine Füße gewickelt – und die Lumpen waren zerrissene „Talessim“, die Gebetstücher meiner Religion. Die Pantinen zerrissen meine Füße, das zerrissene „Talessim“ aber zerriss mein Herz [...]

Batsheva Dagan, Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie! Erinnerungen von „Dort“, Berlin 2005, S. 100ff.

britischen Soldaten befreit. Noch im gleichen Jahr ging sie nach Palästina, wo sie zunächst als Erzieherin arbeitete und später als Kinderpsychologin und Zeitzeugin der Shoa hohes Ansehen erwarb.

Durch die Geschichte hindurch wird die Frau zumeist als sanftes, schönes Wesen dargestellt, ausgleichend, friedfertig und fernab von jeder Brutalität. Dieses Bild hat wohl nie gestimmt, ist aber in der Jahrhundertkatastrophe nachdrücklich in Frage gestellt worden. In der feministischen Frauenforschung ist darüber eine Kontroverse entstanden, wobei Margarete Mitscherlich die Rolle der Frauen als Mittäterinnen vor allem in ihrem Buch „Die friedfertige Frau“ durch den bestimmenden Einfluss der Männer zu erklären versucht hat: „ergeben fügen sie sich den widersprüchlichen Forderungen, die ihnen im Laufe des Dritten Reiches zugemutet werden; vom Weibchen am Herd, das dem Führer Söhne gebären sollte, bis zur BDM-Führerin, Munitionsarbeiterin oder gar KZ-Wächterin“ (Mitscherlich 1989, S. 157). Diese Deutung hat Widerspruch hervorgerufen, nicht nur in der feministischen Frauenforschung. Männer haben zwar die NS-Diktatur bestimmt, aber am Führerkult haben sich viele Frauen hingebungsvoll beteiligt. Und sie waren, vom Enthusiasmus verblendet, und teils bis in den Fanatismus getrieben, nicht vor Antisemitismus und Amoral, dem Aggressionstrieb und in der letzten Konsequenz auch nicht vor den Vernichtungsfantasien gefeit, die das NS-Regime geprägt haben. Es bleibt die unabweisbare Erkenntnis: „Die Tat der KZ-Wächterin gegenüber ihren Opfern bleibt eine Machtausübung und Vergewaltigung. Die Frage nach der Mitäterschaft, der „Verstrickung mit dem Täter“, steht im Zusammenhang mit ihrem eigenen Untergeordnetsein, ihrer eigenen Bedrohung durch die Mächtigen. Sie trägt Verantwortung für ihre Tat in dem Maße, wie sie Macht ausübt, wenngleich sie nicht verantwortlich ist für ein System, in dem sie selber, untergeordnet ist.“ (Kappeler 1989, S. 207)

Was bleibt

Der Rückblick auf die Situation von Frauen in der NS-Diktatur vermittelt ein Bild mit vielen überwiegend erschreckenden und irritierenden Facetten. Frauen sollten vor allem Mütter sein, ihre Mitwirkung in der Politik wurde marginalisiert. Bedingungslose Gefolgschaft hieß die Parole, Disziplin und Unterordnung galten als Tugenden, „Emanzipation“ galt als Irrweg. Und Frauen, die der NS-Rassenwahn aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen hatte, wurden Opfer von Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung. „Für jüdische, eugenisch stigmatisierte, wegen der politischen Einstellung ihrer Männer drangsalierte Frauen bedeutete diese Zeit einen Absturz in tiefe Finsternis. Für jene Millionen von Frauen, die ihre Männer, Väter, Söhne im Krieg verloren haben oder verstümmelt wieder sahen, tat sich ein Abgrund von Trauer auf. Und Millionen waren es schließlich, die Vertreibung und Vergewaltigung als Rache für jene Vernichtungspolitik an sich selber erleben mussten, die deutsche Männer in fremden Ländern ausgeführt hatten.“ (Wehler 2003, S. 759)

Bei dieser Schreckensbilanz darf aber nicht übersehen werden, dass die Frauen nicht nur Objekte einer Politik rigoroser Verfügungsgewalt gewesen sind, sondern dass auch „Verselbständigungschübe“ ausgelöst wurden, die das Selbstbewusstsein und die autonome Handlungskompetenz vieler Frauen gestärkt haben, worauf Hans-Ulrich Wehler nachdrücklich hingewiesen hat. Der steigende Anteil berufstätiger Frauen seit Mitte der 1930er Jahre hat dazu beigetragen, daß „ein schleichender Wechsel im Weiblichkeitsideal“ der NS-Diktatur angestoßen wurde. Inwieweit die Übernahme von Verantwortung in den Frauenorganisationen oder der verordnete Arbeitsdienst junger Frauen ihre Selbständigkeit gefördert haben, mag bezweifelt werden. Doch vor allem in den Kriegsjahren wurden die Frauen einem Zwang zur Selbstbehauptung ausgesetzt, der sie befähigt hat, nach dem Ende des Krieges eindrucksvoll „ihren Mann zu stehen“.

2

Trauma und Neubeginn 1945 bis 1949

Hunger und Not

___ Seite 90



Ruinenlandschaften

___ Seite 80



Die Stunde Nichts

___ Seite 73



Das Leid der Vertriebenen

___ Seite 97



Die Trümmer- frauen

___ Seite 85



Politische Neuordnung

___ Seite 79



Politische Beteiligung

___ Seite 102

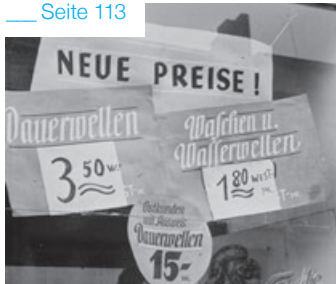
Entnazifizierung und Re-education

___ Seite 122



Schwarzer Markt und Währungsreform

___ Seite 113



Kultur und Bildung

___ Seite 129



Medien und Frauenzeitschriften

___ Seite 124



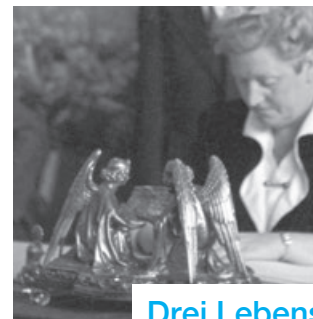
Neues Leben aus Ruinen

___ Seite 135



Frauen im Beruf

___ Seite 117



Drei Lebenswege

___ Seite 140



1/ So endet Hitlers Wahn
von der Weltherrschaft:
Berlin Mai 1945



1

Die Stunde Nichts

Als die Deutsche Wehrmacht am 7./9. Mai 1945 in Reims und Berlin-Karlshorst bedingungslos kapituliert hatte, war das Ende der NS-Diktatur endgültig besiegelt. Wie viele andere Städte hinterließ das „Tausendjährige Reich“ Berlin als Trümmerwüste, in der die projektierte Welthauptstadt „Germania“ Adolf Hitlers und seines willigen Baumeisters und Rüstungsorganisations Alfred Speer in Nichts zerronnen war. Wie ein makabres Memento klingt jetzt das Marschlied der SS, das einst Hitlers Machtübernahme gefeiert hatte: „Wir werden weiter marschieren, wenn alles in Scherben fällt, denn heute (ge)hört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.“

Das Kriegsende wird häufig als „Stunde Null“ charakterisiert, als ob damit die Zeit für einen voraussetzungslosen Neuanfang angebrochen wäre. Heinrich Böll hat stattdessen von einer „Stunde Nichts“ gesprochen. „Die Existenzunsicherheit, die körperliche Verelendung, die Unterernährung, die Trennung der Familien, der Zusammenbruch überkommener Gemeinschaften“ bedeuteten ein „Kriegsende auf Raten“ (Echternkamp 2013, S. 18). Tatsächlich vollzog sich das Kriegsende für die Menschen in Deutschland auch nicht zum gleichen Zeitpunkt, denn die einzelnen Regionen Deutschlands wurden im Verlauf eines halben Jahres, Aachen bereits am 21. Oktober 1944, von alliierten Truppen besetzt und Teile der späteren sowjetischen Besatzungszone in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden ursprünglich von amerikanischen Soldaten eingenommen, die sich in Übereinstimmung mit den alliierten Abmachungen erst Ende Juni zurückzogen.

Viele Menschen erlebten die Situation in einem mentalen Vakuum, einer inneren Bewusstlosigkeit, einer psychischen Ohnmacht. Sie wussten nicht, was ihnen bevorstand, als Besiegte, die zugleich Befreite waren. Die meisten von ihnen waren

besiegt in ihrem unterschiedlich ausgeprägten Mittun für den Führerstaat des Nationalsozialismus und die Gräueltaten eines verantwortungslosen Diktators, von dem sie die Alliierten zugleich befreit hatten. Nur eine Minderheit konnte als Opfer Hitlers das Ende seiner Diktatur ausschließlich als Befreiung wahrnehmen. Und so wurde es zur historischen Lektion, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker vier Jahrzehnte später lapidar formulierte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“, womit er Erleichterung, aber immer noch auch Kritik auslöste.

1945 war eine Zäsur in der deutschen Geschichte wie keine zweite: Nichts war so unsicher wie die persönliche Situation der Menschen und die politische Zukunft eines Landes, das in jeder Hinsicht zur Trümmerlandschaft geworden war. Doch die Ruinen waren nur die äußere Erscheinungsform, in der die „Zusammenbruchsgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) nach Neuorientierung suchte. Angst vor der Vergeltung der Siegermächte, von denen allein die Sowjetunion mehr als 25 Millionen Kriegsofer zu beklagen hatte, und Ratlosigkeit im Hinblick auf eine ungewisse politische Zukunft beherrschten die Empfindungen der Menschen, die überlebt hatten.

Die Poetin Nelly Sachs hat die Zeitstimmung, die damals herrschte, besonders eindringlich wiedergegeben. Sie wurde 1891 in einem assimilierten jüdisch-großbürgerlichen Elternhaus geboren. 1921 erschien ihr erster Gedichtband. Nach dem Tode des Vaters 1930 lebte sie zurückgezogen mit ihrer Mutter im Berliner Hansaviertel und war nach der NS-Machtübernahme wiederholten Drangsalierungen ausgesetzt, bevor sie im Mai 1940 im letzten Moment – die Anordnung zur Deportation in ein Lager war bereits eingetroffen – mit einem Visum nach Schweden emigrieren kann. Dort lebt sie unter bescheidenen Umständen, ist zeitweilig als Wäscherin tätig, um für

den Lebensunterhalt zu sorgen. Ihr bedeutendes lyrisches Werk der 1940er Jahre bleibt im westlichen Deutschland lange Zeit weitgehend unbeachtet. Dagegen werden in Ost-Berlin die beiden Bände „In den Wohnungen des Todes“ und „Sternverdunkelung“ auf Initiative Johannes R. Bechers bereits 1949 publiziert. Nelly Sachs, die Deutschland nach ihrer Emigration 20 Jahre lang nicht wieder betreten hat, erwirbt 1953 die schwedi-

der von Frauen und Kindern auf der Flucht vor der vorrückenden Roten Armee aus dem deutschen Osten. Noch im letzten kalten Kriegswinter hatten sie sich seit Anfang 1945 auf einen verzweifelten Überlebensweg gemacht, bevor ihnen nach Kriegsende Millionen folgen mussten, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Und auch die oft verschwiegenen Traumata vergewaltigter Frauen durch den von Rachsucht bestimmten Machtmissbrauch hemmungsloser Soldaten haben ihre Spur in die kollektive Erinnerung eingezeichnet. „Massenhafte Vergewaltigungen von Frauen, willkürliche Tötung vieler Deutscher, Raub und Mißhandlung während des Einzugs der Roten Armee sind in einem Maße und in solcher Gleichförmigkeit in allen Gebieten jenseits der Oder und Neiße verübt worden, daß keine Darstellung der Vertreibung daran vorübergehen kann“ (›Dokumentation der Vertreibung, Bd. I 1, S. 60 E, zit. n. Kleßmann 1991, S. 40).

Nelly Sachs: Chor der Geretteten

Wir Geretteten,
Aus deren hohlem Gebein der Tod schon seine Flöten schnitt,
An deren Sehnen der Tod schon seinen Bogen strich –
Unsere Leiber klagen noch nach
Mit ihrer verstümmelten Musik.
Wir Geretteten,
Immer noch hängen die Schlingen für unsere Hälse gedreht
Vor uns in der blauen Luft –
Immer noch füllen sich die Stundenuhren mit unserem tropfenden Blut.
Wir Geretteten,
Immer noch essen an uns die Würmer der Angst.
Unser Gestirn ist vergraben im Staub.
Wir Geretteten
Bitten euch:
Zeigt uns langsam eure Sonne.
Führt uns von Stern zu Stern im Schritt.
Laßt uns das Leben leise wieder lernen.
[...]

Niemann/Rathgeb (Hrsg.) 2003, S.27f. © Suhrkamp Verlag

sche Staatsbürgerschaft. Nachdem sie 1965 in der Bundesrepublik mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels geehrt wurde, erhält Nelly Sachs im folgenden Jahr den Literaturnobelpreis.

Wo die Suche nach einem Obdach und der Kampf gegen den Hunger den Alltag bestimmten, rückte die Frage nach Mitschuld oder Mitverantwortung in den Hintergrund. Allenfalls machte sich Entsetzen breit, wenn die Bevölkerung von den alliierten Befreiern mit den Opfern der Konzentrationslager konfrontiert wurde. Wie eine Kehrseite im historischen Geschehen stehen daneben die Bil-

Bilanz des Schreckens

Es darf nicht vergessen werden, dass die Verheerungen, von denen nun auch die Deutschen betroffen waren, ihre Ursache in den Welteroberungsplänen Hitlers und seinem Willen zum „totalen Krieg“ hatten.

Der Zweite Weltkrieg hinterließ in Europa eine Bilanz des Schreckens. Insgesamt verloren mindestens 55 Millionen Menschen ihr Leben, darunter etwa 25 Millionen Ziviltote. Die Sowjetunion hatte bei weitem die höchsten Verluste zu beklagen. Fast sechs Millionen Menschen aus Polen erlitten den Tod, davon fielen drei Millionen polnische Juden dem Holocaust zum Opfer. Von 18,2 Millionen deutschen Soldaten starben während der Kriegshandlungen mehr als ein Viertel (›Overmans 1999, S. 316). Am Kriegsende befanden sich über acht Millionen deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft, von denen fünf Millionen bereits innerhalb eines Jahres in die Heimat zurückkehren konnten. Etwa eineinhalb Millionen Deutsche galten als vermisst, neben Soldaten auch viele Kinder. (›Echternkamp 2013, S. 17)



2

2/ Flüchtlingsfrauen und Kinder ziehen durch Berlin, 1945. Foto: Abraham Pisarek

3/ Flüchtlingsfrau, 1945

4/ Flüchtlinge, 1945. Foto: RIA Nowosti



4



3

Das Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen

„Man muß die Flüchtlinge gesehen haben, um beurteilen zu können, was über sie hereingebrochen ist. Es gibt keine Worte, um ihr Elend beschreiben zu können. Sie haben noch das, was sie am Körper tragen, und besitzen weder physische noch geistige Kraft. Sieben oder acht Millionen Menschen werden in dem schmalen Landstreifen zwischen Oder und Elbe von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf gejagt, weil niemand sie aufnehmen und ernähren kann.“

Ernest Bevin, in: Archiv der Gegenwart, Jg. 1945, S. 379. Zit. n. Harbecke 1988, S. 16.

Karl Deutmann: Zerstörtes Berlin 1945

Auszüge aus einem Tagebuch

24. Juni 1945

Wir sind heute nach Berlin gefahren, meine Frau und ich. Die Straßen sind, soweit es möglich ist, aufgeräumt, um den Verkehr notdürftig wiederherzustellen. Man hat die umherliegenden Steine vom Mörtel befreit und vor den Häusertrümmern aufgebaut. Zeitweise geht man über einen Teppich von Staub. Am Alexanderplatz lag ein gewaltiger russischer Panzer zerschossen auf der Straße. Nicht weit davon ein deutscher, der hier seinen letzten Kampf gekämpft. Die Stadt ist ein öder, unheimlich wirkender Trümmerhaufen mit gespenstischen Formen ehemaliger Häuser, Straßen, Plätze und Stadtviertel. Wie von der Hand eines Riesen zerschmettert liegt das Trümmerfeld der 4 ½ Millionenstadt in der Sonne, umsäumt von dem grünen Kranz der nicht so schwer mitgenommenen Vororte.

In Berlin herrscht die Ruhr. Große Anschläge fordern die Bevölkerung auf, kein ungekochtes Wasser zu trinken, das Fleisch lange zu kochen oder zu braten. Alle Küchen- oder andere Abfälle tief zu vergraben. Aber was nützt das alles? Die Toten liegen unter den Trümmern, die Ratten vermehren sich erschreckend und es fehlt an Medikamenten und Alkohol. [...]

Russische Soldaten durchziehen die Trümmerstadt, Autos hupen, Trupps von Nazifrauen beseitigen Trümmer und säubern die Straßen, Kinder buddeln in dem Steingeröll nach Holz und dazwischen malt ein ergrauter Mann an seinem notdürftig zusammengezimmerten Kellerladen. „Damen- und Herrenkonfektion“. [...] In anderen Läden hingen Schilder wie: „Kartoffeln noch nicht eingetroffen“ oder „Brot ausverkauft“ oder „Heute kein Fleisch mehr“ usw.

Man sieht wieder deutsche Polizei, die Frauen tragen wieder bunte Kleider und in so vielen müden Augen glimmt ein Funke der Hoffnung.

26. Juni 1945

Ein Freudentag! Nach acht Wochen erhielten wir heute 150 Gramm Margarine. Es gab abends Bratkartoffeln, Pudding aus Weizengrütze und Rhabarberkompott. Daneben lief heute die Zuteilung an Bohnenkaffee und Zucker. Schön war das! Wunderschön!

9. Juli 1945

Wir sind wieder mal nach Berlin gefahren, meine Frau und ich. Wir landeten infolge einer Straßensperre auf einem kleinen Kirchplatz der vollkommen zerstörten Kirche in der Weberstraße.

Wir standen vor Einzel- und Massengräbern von deutschen Soldaten, vor Gräbern von unbekannten Toten und toten Kindern. An der ausgebrannten Kirche, umgeben von Geröll und Trümmern, begrenzt von zerstörten Häusern, hatten sie alle neben Bombentrichtern auf dem verwüsteten Platz ihre letzte Ruhestätte gefunden. [...]

11. Juli 1945

Reste von Autos mit Geschoßgarben im Kühler, den Scheiben, den Außenrändern der Karosserie und zertrümmerte Motorräder, Bombentrichter, militärische Ausrüstungsgegenstände, Schutt und Steinhaufen – das war der Pariser Platz. Vom stark beschädigten Brandenburger Tor hingen die traurigen Fetzen des ehemaligen Siegeswagens. [...]

Das war das Ende aller Herrlichkeit. Hohn und Spott für einen gemeingefährlichen, anormalen, albernem Narren, der umgeben von größenwahnsinnigen, herzlosen Verbrechern ohne Seele und Gemüt Rassen ausrotten, eine Welt erobern und ausplündern, alles Vernünftige und Gerechte vernichten wollte und namenloses Elend über die Welt brachte. [...]

Die Trümmerwüste Berlin, die größte Totenstadt Europas, ist in seiner grauenvollen Einmaligkeit nicht zu beschreiben. Das alles muß ein Mensch mit guten Nerven gesehen haben, um überhaupt zu begreifen, was sich hier abgespielt haben muß. [...] Trümmer, Hunger, Scherben und Armut – das ist Berlin. Wir möchten es für lange Zeit nicht mehr sehen.

LeMo Kollektives Gedächtnis;
www.hdg.de/lemo/forum/kollektives_gedaechtnis/011/index.html



5



5/ Ankunft eines Vertriebenen-
transports in Berlin. Ein
vergewaltigtes Mädchen wird
gestützt, 1. Januar 1946

Eine stille Heldin

Als die Russen kamen, saß sie [meine Mutter] neben mir. Sie hatte mich als meine Großmutter verkleidet und mir eins der vergrätzten Kinder auf den Schoß gegeben und wartete auf das, was sie für völlig ausgeschlossen hielt, weil nicht sein konnte, was nicht sein sollte. [...]

Die Sieger kamen und gingen. Einer sah mich an und sagte Frau komm. Er ruckte mit dem Kopf in Richtung Tür. Er wartete eine Weile. Dann legte er seine rechte Hand bedauernd auf die Trommel seiner Maschinenpistole. – Die Situation war unmißverständlich. Da gab es nichts zu begreifen. Ich muß aufgestanden und zur Tür gegangen sein. Nach fünfundzwanzig Jahren hat man manches vergessen. Nur daß ich mich zum Sterben anschickte, weiß ich noch genau, zum Erschossenwerden, nicht zu dem, was man in diesem Fall Vergewaltigung nennt.

Der Soldat zog mir von hinten das Kopftuch vom Kopf. Ich wurde wieder jung.[...] Während ich zur Tür ging, sah ich mich um nach der Frau, die seit einigen Tagen mein Zimmer teilte. Ich mußte ihr das Kind zurückgeben. Aber die Frau fing an zu lachen und spielte mir ihr Kind wieder wie einen Ball zu. Sie griff nach dem Arm des Soldaten. Sie redete wie ein Maschinengewehr auf ihn ein. Sie sprach fließend Russisch. [...] Warf die Arme hoch und wies voll Abscheu abwechselnd auf das Kind und mich. Gleichzeitig schäkerte sie mit dem Soldaten. [...] Sie knöpfte sich die Flanellbluse auf. Ich brauchte eine Weile, bis ich kapierte, daß ich mich nun bitte sehr wenigstens vor Schmerzen zu krümmen hätte. Weiter verlangte sie nichts von mir.

Die Mutter des Kindes, das ich an mich drückte, übertölpelte den Mann mit gutturalen Lauten. [...] Sieh mich an. Was willst du mit dem dünnen kranken Ding? Und der Mann schob sie an meiner Stelle durch die Tür. Es kam ihm nicht darauf an. Ich konnte noch hören, ehe ich das Kind meiner Mutter gab und mit anderen Mädchen und jungen Frauen aus dem Fenster in den Garten sprang, wie auf dem Flur das Lachen erstarb.

Eva Zeller: Zerfallen sehen wir in diesen Tagen ... (Görzke an Fläming), in: Drewitz 1970, S. 27f.

Thomas Mann im Mai 1945

„Der dickwandige Folterkeller, zu dem der Hitlerismus Deutschland gemacht hat, ist aufgebrochen, und offen liegt unsere Schmach vor den Augen der Welt, den fremden Kommissionen, denen diese unglaublichen Bilder nun vorgeführt werden, und die zu Hause melden, dies treffe an Scheußlichkeit alles, was Menschen sich vorstellen können.“

[...] Es war nicht eine kleine Zahl von Verbrechern, es waren Hunderttausende einer sogenannten deutschen Elite, Männer, Jungen und entmenschte Weiber, die unter dem Einfluß verrückter Lehren in kranker Lust diese Untaten begangen haben. [...] Die Menschheit schaudert sich: Vor Deutschland? Ja, vor Deutschland: Denn dieses hat das fürchterliche Beispiel gegeben, und auch der Deutsche, der sich beizeiten aus dem Bereich nationalsozialistischer Menschenführung davongemacht hatte, der nicht, wie ihr, in der Nachbarschaft dieser Greuelstätten lebte, wie ihr in scheinbaren Ehren seinen Geschäften nachging und nichts zu wissen versuchte, obgleich der Wind ihm den Gestank verbrannten Menschenfleisches von dorthin in die Nase blies, auch ein solcher fühlt sich in tiefster Seele beschämt vor dem, was im Lande seiner Väter und Meister möglich geworden war. Erschüttert von einer menschlichen Gesunkenheit, die nur durch die eine, die Naziherrschaft, in einem von Hause aus guten, Recht und Gesittung liebenden Volk angerichtet werden konnte.“

Ruhr-Zeitung, Bochum, 12. Mai 1945 © S. Fischer Verlag
Zit. n. Bergmann/Schneider (Hrsg.) 1985, S. 99.

Ingrid Kaufmann berichtet von ihren Erfahrungen in Jena: Mai 1945

Wie also der Krieg zu Ende war, waren bei uns ja die Amerikaner. Und wir konnten uns überhaupt gar nicht vorstellen, dass die Russen dort hinkommen würden.

Ich war als Fürsorgerin bei Zeiss in Jena und sollte Geld von der Bank abholen, um die Löhne auszuzahlen und auch Sachen zu kaufen. Und als ich wieder ins Werk kam, da sagte mein Chef: „Hach, Frau Kaufmann, Sie kommen gerade richtig. Wir fahren mit den Amerikanern nach Buchenwald. Haben Sie ihre Lebensmittelkarten mit?“ Ich sag: Natürlich.“ – „Wir müssen die Villa Mutschmann besichtigen.“ Das war der Gauleiter von dem Gau Thüringen. Und der hatte für zwölf Personen für fünf Jahre Lebensmittel gehortet in einer tollen Villa: Und das musste sich jeder ansehen, damit man sieht: Eure Bonzen hatten zu fressen, und ihr habt einen Klimmzug an der Brotkruste gemacht. Von da aus mussten wir nach Buchenwald. Buchenwald war gerade befreit. Es war schrecklich. Die Leichen lagen noch da. Ich hab das bis heute nicht verkraftet, nachts träume ich davon noch. Ich muß immer Tote befördern und sortieren. Also, das war schlimm. Dann kriegten wir am Eingang den Stempel „Buchenwald“, Und wer den hatte, kriegte das nächste Mal Lebensmittelkarten.

Zit. n. von Plato/Leh 2011, S. 205.



6/ Buchenwald, 12. Mai 1945. Die Zivilbevölkerung wird nach der Befreiung des Lagers mit den Leichenbergen konfrontiert

7/ Männer machen (allein?) Geschichte: Die „Großen Drei“ auf der Potsdamer Konferenz, Juli 1945 (v. l. n. r.: Winston Churchill, Harry S. Truman, Josef W. Stalin)

Politische Neuordnung

Zwar hatten sich die Alliierten schon Anfang Februar 1945 auf die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und die gemeinsame Präsenz in Berlin geeinigt. Doch wie groß die Probleme sein würden, die bei einer Verständigung zwischen Kriegsverbündeten mit zwei völlig verschiedenen politischen Systemen zu erwarten waren, hat der britische Premier Winston Churchill bereits wenige Tage nach Kriegsende festgehalten.

Die Potsdamer Konferenz der „Großen Drei“ Truman, Churchill und Stalin, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 stattfand, sollte die Konsequenzen bestimmen, die sich aus der Besetzung Deutschlands für die Alliierten ergaben. Die als „Potsdamer Abkommen“ in die Geschichte eingegangene Übereinkunft geht von einer gemeinsamen Verantwortung der Siegermächte für „Deutschland als Ganzes“ aus. Die Grundsätze für eine politische Neuordnung lassen sich in den vier D-Stichworten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demokratisierung zusammenfassen. Während darüber eine prinzipielle Verständigung rasch erreicht werden konnte, wurde die Frage nach den künftigen Grenzen Deutschlands erst am Ende der Konferenz und durch die Macht des Faktischen entschieden. Mit der Einnahme Ostpolens durch die Sowjetunion sowie die Flucht und unmittelbar anschließende Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des ehemaligen „Deutschen Reiches“ hatte sich zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz bereits ein erzwungener „Bevölkerungstransfer“ vollzogen, doch waren noch vier Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße in ihrer angestammten Heimat verblieben. Mit der Forderung nach einer „Westverschiebung“ Polens und der Festlegung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze wollte Stalin die Zwangsaussiedlung der verbliebenen deutschen Bevölkerung vertraglich sanktionieren. Westliche Vorbehalte wurden erst zurückgestellt, nachdem ab 28. Juli der neu gewählte britische

Premier Clemens Attlee an der Konferenz teilnahm und Stalin einen humanitären Verlauf dieser erzwungenen Umsiedlung zugesagt hatte, die viele Deutsche und Polen betraf. Dieser Teil der Vereinbarung wurde zwar unter einen Friedensvertragsvorbehalt gestellt, doch sollte sich der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Systemantagonismus des Kalten Krieges sehr schnell als illusorisch erweisen.



Premierminister Churchill an Präsident Truman 12. Mai 1945

Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. [...] Es liegt offen zutage, daß unsere bewaffnete Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahinschwinden wird und dort nur noch bescheidene Kräfte zur Niederhaltung Deutschlands verbleiben. [...]

Was aber soll dann in Bezug auf Rußland geschehen? [...] Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht. [...]

Die Aufmerksamkeit unserer Völker wird sich mit der Bestrafung Deutschlands, das ohnehin ruiniert und ohnmächtig darniederliegt, beschäftigen, so daß die Russen, falls es ihnen beliebt, innerhalb sehr kurzer Zeit bis an die Küsten der Nordsee und des Atlantik vormarschieren können.

Zit. n. Kleßmann 1991, S. 349.

Ruinenlandschaften

Der „Luftkrieg“ hatte auch viele deutsche Städte getroffen. Insgesamt 131 Städte waren wiederholt Luftangriffen ausgesetzt gewesen. Von den knapp 16 Millionen Wohnungen war rund ein Viertel total zerstört, ein weiteres Viertel massiv beschädigt. Besonders groß waren die Bombenschäden in der Rhein-Ruhr Region, in der die Zerstörung nahezu zwei Drittel des Wohnbestandes betraf, aber auch Küstenstädte wie Kiel und Emden sowie Hamburg, Dresden, Würzburg und nicht zuletzt die Reichshauptstadt Berlin, die noch in den letzten Tagen des Krieges durch den von Hitler befohlenen sinnlosen „Endkampf“ schwere Schäden erlitten hatte, boten ein Bild der Verwüstung.

Die Zahl der Zivilpersonen, die bei Luftangriffen den Tod fanden, lässt sich nur grob einschätzen und wird in verschiedenen Quellen mit mindestens 310 000 und bis zu 600 000 Menschen angegeben, darunter waren überwiegend Frauen und Kinder.

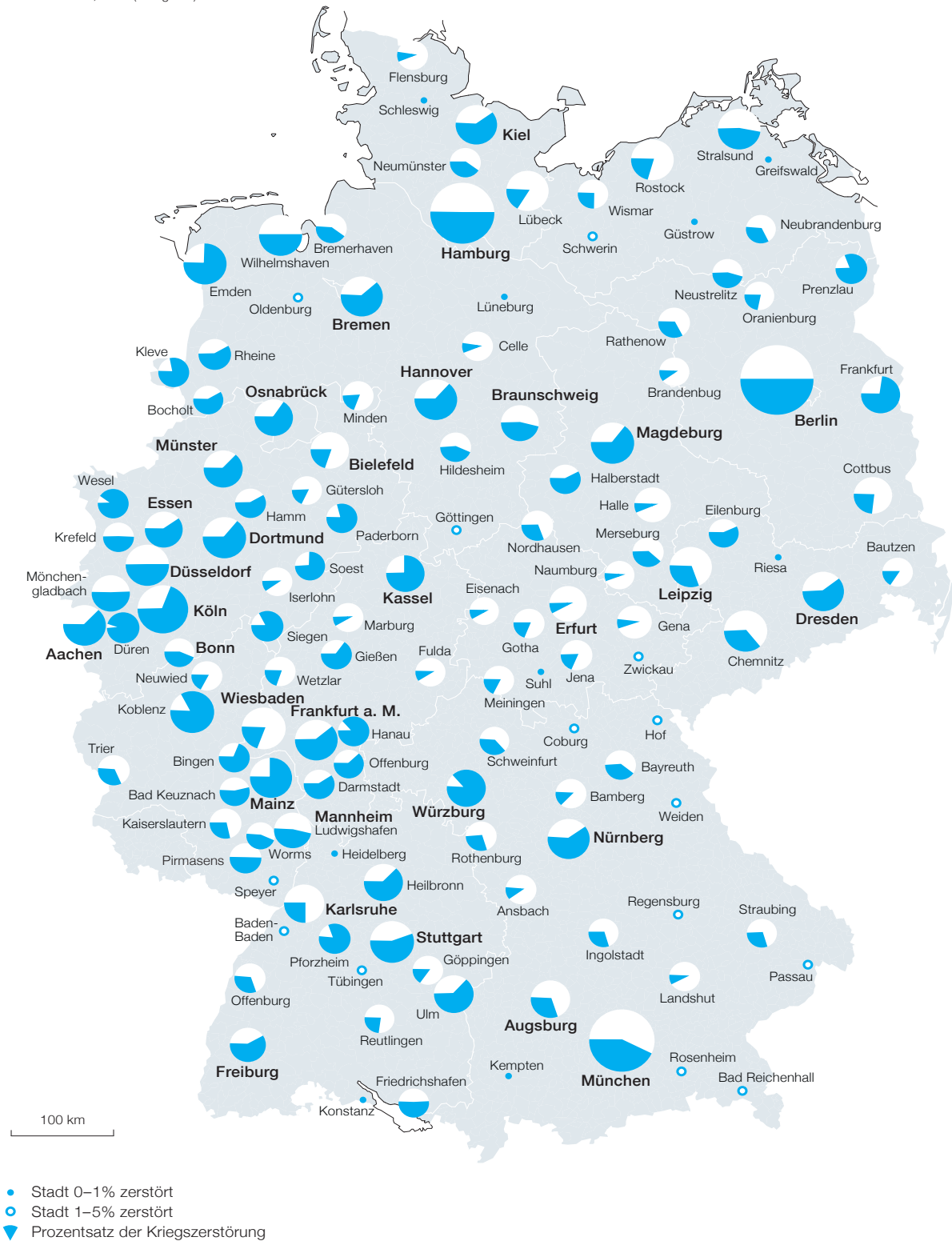
Von einzelnen Luftangriffen ist besonders die Bombennacht vom 13./14. Februar 1945 in Dresden im kollektiven Gedächtnis haften geblieben. Die von schlesischen Flüchtlingen überfüllte Stadt hatte dabei mindestens 25 000 Todesopfer zu beklagen. Die gleiche Dimension hatte zuvor schon ein Großangriff auf Hamburg mit 739 Bombern der Royal Air Force in der Nacht vom 27./28. Juli 1943 erreicht, als etwa 30 000 Menschen starben (Brunswig 1978). Im Rahmen der „Operation Gomorrha“ war die Stadt innerhalb von neun Tagen sieben Großangriffen ausgesetzt. Durch ein „Moral Bombing“ sollte die Wehrbereitschaft der deutschen Zivilbevölkerung unterminiert werden, doch dieses Ziel wurde unter dem inneren Druck der NS-Diktatur kaum erreicht. Hitler, der den Luftkrieg bereits beim Angriff auf Polen begonnen hatte, antwortete bei seinen späteren Rückzügen mit dem Diktat der „verbrannten Erde“, die zu den Kriegsverheerungen zusätzlich beigetragen hat.

8/ Dresden Altmarkt, 1945.
Foto: Richard Petersen.



Kriegszerstörung deutscher Städte

› Nach G. W. Harmssen: Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Bremen 1947, S. 37 (Anlage VII)



9



10



Richard Peter: Eine Kamera klagt an

Über Trümmerberge und verschüttete Treppen trieb mich die Besessenheit, die mir die „tote Stadt“ abforderte. In einsturzbedrohten Ruinen, zwischen brandgeschwärzten Straßenfluchten und ausgeglühten Maschinenwracks, aus unerforschten Kellerlöchern, in denen die Schreie und das Röcheln der Erstickten gleichsam an den Wänden klebten, holte ich mir die Bilder zusammen. Durch die Bergungskommandos wurde ich immer wieder auf dem Laufenden gehalten, stand jederzeit auf dem Sprunge, und so entging mir kaum eine Gelegenheit, das ungeheure Grauen in freigelegten Luftschutzräumen von der Kamera auf den Film zeichnen zu lassen, erschütternder und überzeugender, als die beste Feder es könnte. Und womit? Weder Strom noch Blitzlicht standen zur Verfügung. Die Karbidlampen der Bergungsleute mußten herhalten. Es ergaben sich Belichtungszeiten von zwanzig bis dreißig Minuten. [...]

Vier Jahre lang durchmaß ich die Trümmerwüste mit einer Länge von acht und einer durchschnittlichen Breite von dreieinhalb Kilometer. Zwischen achtzehn Millionen Kubikmeter Schutt gab es nur ein paar Karawanenwege. Träge, übervolle Straßenbahnschlangen krochen auf ihnen dahin, von Peripherie zu Peripherie. Außen, auf den Fußbrettern und Kupplungen hingen graue Mensentrauben.

Tausende von Bildern entstanden so in zielstrebigem, unermüdlicher Arbeit. Noch wußte ich nicht, was einmal daraus werden würde. Ich wußte nur, daß sie in absehbarer Zeit historisch sein und gebraucht werden würden. Als Dokumentation einer Zeit, in der das absolut Böse seine infernalischen Triumphe feierte, als Beweismittel für die letztwilligen Verfügungen eines großenwahnsinnigen Herostraten und der von ihm infizierten Jüngerschar, die ihren Lehrmeister auch dann heilig sprach, als sein Wahnsinn längt offenkundig war.

Peter sen. 1987, S. 57f.



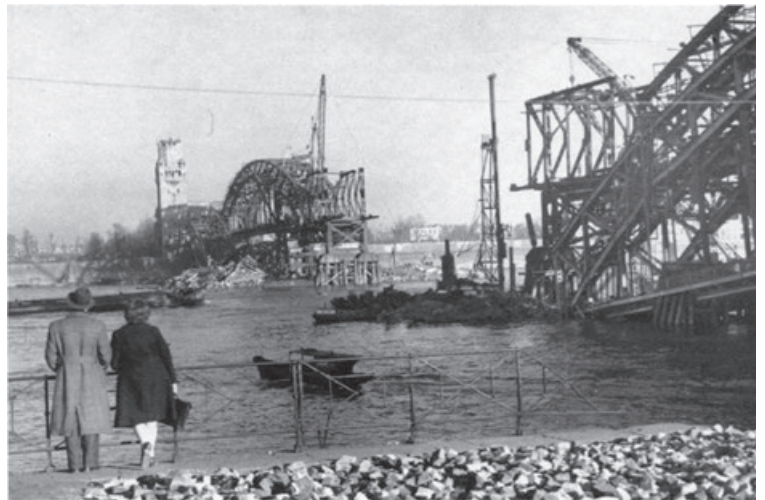
11

In Industrie und Gewerbe betrugen die Kriegszerstörungen etwa 20 Prozent, zwei Fünftel der Verkehrsanlagen waren betroffen (Echternkamp 2013, S. 25). Allein in Berlin hatten sich 75 Millionen Kubikmeter Schutt aufgehäuft, rund ein Siebtel von Deutschlands Trümmermassen. Man bekommt davon eine Vorstellung, wenn man sich vor Augen führt, dass diese Menge einen 30 Meter breiten und fünf Meter hohen Damm von Berlin nach Köln ergeben hätte.

Die Bevölkerung Berlins war bei Kriegsende im Vergleich zum Vorkriegsstand um ein Drittel gesunken. In Köln, das während des Krieges 70 Prozent Wohnungsverluste zu beklagen hatte, waren am 1. April 1945, wenige Wochen nach der Einnahme durch amerikanische Truppen, von den 750 000 Einwohnern vor Kriegsbeginn nur noch 45 000 Menschen in der Stadt zurückgeblieben.

Der bekannteste Chronist von Kriegszerstörung und Wiederaufbau ist der Fotograf Richard Peter sen. geworden. Mit seinen schockierenden und beklemmenden Bildern von Tod und Verheerung in der Dresdner Trümmerlandschaft und mit seinen fotografischen Schlaglichtern auf einen Neubeginn hat er der Autorenfotografie einen wichtigen Beitrag hinzugefügt.

Auch Hermann Claasen, der seit 1930 als Porträt- und Werbefotograf seine berufliche Karriere begonnen hatte, erwarb vor allem durch seine Trümmerfotografien im zerstörten Köln einen Platz in der Fotografiegeschichte. Sein bereits 1947 veröffentlichter Bildband „Gesang im Feuerofen. Köln – Überreste einer alten Stadt“ zeigte aber nicht nur die Not der frühen Nachkriegsjahre, sondern auch Beispiele für den unzerstörbaren Lebenswillen in der Domstadt.



12

9/ Bei der Räumung der Dresdner Luftschutzkeller: Eine Mutter über dem Kinderwagen ihrer Zwillinge im Tode erstarrt. Foto: Richard Peter sen.

10/ Suchmeldungen am Wohnhaus Winkelmannstraße, Dresden 1945. Foto: Richard Peter sen.

11/ Köln: Fronleichnamsprozession, 1946. Foto: Hermann Claasen

12/ Köln: Hohenzollernbrücke, 1945/48. Foto: Hermann Claasen



Die Trümmerfrauen

In Deutschland lebten nach Kriegsende sieben Millionen mehr Frauen als Männer, über zwei Millionen waren Kriegserwitwen (↗ Glaser 1995, S. 154). „Bei den jüngeren Jahrgängen zwischen 20 und 30 Jahren war das Verhältnis der Frauen zu den Männern wie 170:100, bei den älteren Jahrgängen zwischen 30 und 40 Jahren 140:100“ (↗ Deutschland Jahrbuch 1949, S. 270). Viele Frauen hatten ihre Ehepartner verloren, diese waren gefallen oder vermisst oder in Kriegsgefangenschaft gestorben. Rund elf Millionen Angehörige der Wehrmacht und der SS gerieten in Kriegsgefangenschaft, davon kam jeder Neunte im Lager um. Etwa zwei Drittel der Kriegsgefangenen waren bereits nach einem Jahr entlassen. 1,3 Millionen galten als vermisst. (↗ Rüdiger Overmans, in: Volkmann 1995, S. 278).

Das Frauenbild der frühen Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland war geprägt von den Trümmerfrauen. Sie waren die ersten, die wieder anpackten, um die Verwüstungen des Krieges zu beseitigen und einen Wiederaufbau zu beginnen. Viele ehemalige „Volksgenossinnen“ waren nicht einfach nur Opfer und Leidtragende, sondern in – unterschiedlichem Grade – auch mitverantwortlich für die Kriegsfolgen, die es nun in schwerer körperlicher Arbeit und unter Entbehrungen zu beseitigen galt. In den ersten Nachkriegsjahren lag die unmittelbare Last, die Trümmer wegzuräumen und das Überleben zu sichern, überwiegend auf den Schultern der Frauen.

Die Trümmerfrauen waren „ein Mythos der Aufbauphase“ (↗ Glaser 1995, S. 147) als Energieträgerinnen des Überlebens in einer Trümmerlandschaft. Deutschland war in den ersten Nachkriegsjahren ein Land der Frauen geworden. In einem Briefwechsel mit Hermann Hesse stellte Luise Rinser im Frühjahr 1946 lapidar fest: „Viele Frauen sind es, die klarer als die Männer die Wirklichkeit sehen.“ (↗ Zit. n. Kleßmann 1991, S. 444)

Mit der Beseitigung der Trümmerlandschaften wurde bereits unmittelbar

nach Kriegsende begonnen. Die Arbeit erfolgte in den ersten Monaten ohne Zwangsrekrutierung gegen geringfügige Entlohnung und wurde teilweise auch durch die Zuteilung von Lebensmitteln entgolten, bevor der Alliierte Kontrollrat am 17. Januar 1946 (Befehl Nr. 3) eine Registrier- und Arbeitspflicht für Männer von 14 bis 65 und für Frauen von 15 bis 50 Jahren verfügte, die somit in allen vier Besatzungszonen verbindlich war. Um die Einhaltung dieser Pflicht zu sichern, wurde den Arbeitsämtern auch die Kontrolle der Lebensmittelzuteilung übertragen. Wer sich nicht registrieren ließ, musste mit dem Entzug der Lebensmittelkarte rechnen. Beauftragte Firmen organisierten die Entrümmerung. Die Frauen, die dabei tätig waren, wurden in ihren Arbeitsbüchern als Bauhilfsarbeiterin oder Arbeiterin für Enträumungsarbeiten bezeichnet. Im Sommer 1946 hob der Kontrollrat bestimmte Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen auf, um damit den noch vorherrschenden Arbeitskräftemangel aufzufangen.

In Berlin arbeiteten bis zu 60 000 Trümmerfrauen. Sie wurden aus allen sozialen Schichten und verschiedenen Generationen bei aller Unterschiedlichkeit der persönlichen Schicksale in einer gemeinsamen Aufgabe zusammengeführt. Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern, die bei der Entrümmerung tätig waren, betrug 63 zu 37 Prozent. (↗ Sebastian Sahn: Berliner Trümmerfrauen. Kein Herz aus Stein, in: Der Tagesspiegel, 7. März 2013)

Zahllose Bilddokumente zeigen, wie die Trümmerfrauen gearbeitet haben. Wir sehen sie beim Aussortieren von Steinen auf den Trümmerbergen in einer Räumkette – von einem Mann angeleitet – von Hand zu Hand die Bauziegel weiterreichend, beim Steine klopfen oder gemeinsam beim Transport der gesäuberten Stei-



13/ Zwei Trümmerfrauen schlagen Mörtel von alten Ziegelsteinen in den Ruinen von Berlin ab, um 1945.

14/ Als Werkzeug oft nur die Hände: Trümmerfrauen in Berlin, 1945. Foto: C. Kielmann

15



16



17



15/ „2800000 geborgen, geputzt und abtransportiert ...“ Feierabend beim freiwilligen Sonntageinsatz, etwa 1947. Foto: Richard Peter sen.

16/ Trümmerfrauen in Berlin-Neukölln, 15. Juni 1946

17/ Trümmerfrauen schichten gesäuberte Ziegelsteine, 1946. Foto: Gerhard Gronefeld

ne auf einfachen Holzwagen oder Loren, die auf improvisierten Schienen bewegt werden konnten. Ein Foto protokolliert das Ergebnis. Der umfangreiche Quader aus sorgfältig aufgeschichteten Bausteinen ist nach festen Vorgaben entstanden. Die Bausteine wurden in Blöcken auf einer Fläche von jeweils vier mal vier Steinen zusammengefügt und in zwölf Schichten übereinander gelegt, so dass einzelne Stapel von jeweils 200 Steinen entstanden. Dadurch wurde eine sichere Lagerung erreicht und eine einfache Abrechnung der Arbeitsleistung ermöglicht.

Neben den Trümmerfrauen, die sich im Rahmen einer Arbeitsverpflichtung betätigten, gab es auch viele Personen, die in freiwilligen Einsätzen dazu beitrugen,

ihre Stadt von den Verwüstungen durch Schutt und Asche zu befreien, um den Wiederaufbau voranzubringen.

Die Trümmerfrauen haben nicht nur energisch angepackt, sondern dabei auch ein neues Gemeinschaftserleben empfunden und ein Selbstbewusstsein entwickelt, in eigener Verantwortung zu handeln. Es mag übertrieben scheinen, diesbezüglich von einem „Hunger nach Erfahrung“ (Inge Stolten) zu sprechen, dazu waren die belastenden Umstände zu bedrückend, doch handelte es sich tatsächlich um eine „Emanzipation durch Praxis“ (Glaser 1995, S. 150). Dieses neue Selbstbewusstsein wird auf einer Aufnahme des Fotografen Karl Heinz Mai eindrucksvoll sichtbar. Mai war 1941, erst 20 Jahre alt, im Krieg

Trümmerfrauen

Die ‚Trümmerfrau‘ – vor allem die in Berlin – wird berühmt werden als Beispiel für die Leistung der Frau in dieser schweren Zeit. Sechs Tage in der Woche müssen die Trümmerfrauen für Stundenlöhne um die sechzig oder siebzig Pfennig arbeiten. Es ist Knochenarbeit, das Vollschippen der Eimer und Loren, das Weiterreichen der schweren Kübel entlang den Eimerketten, das Schleppen von Granitbrocken und Stahlträgern. Die Trümmerfrauen sind gefährdet durch Ruinenmauern, die plötzlich einstürzen. Viele Frauen besitzen keine Arbeitshandschuhe, machen sich täglich die Hände blutig beim Abklopfen der Steine. Für die harte Arbeit werden die Trümmerfrauen durch zusätzliche Lebensmittel entlohnt. Und das Erlebnis, einer verschworenen Gemeinschaft anzugehören, macht manches wett: Die Frau des Regimentsrates enttrümmert Seite an Seite mit der Frau des Fabrikarbeiters. Enttrümmern ist die Universalbeschäftigung dieser Zeit, die Voraussetzung für den ersten, notdürftigen Aufbau.

› Franck 1980, S. 38



18

Ein Land der Frauen

1945 war Deutschland ein Land der Frauen. Sie bestimmten neben den Trümmern, die sie mit ihren Händen beiseite räumten, das Bild des Landes. In langen Schlangen standen sie vor den Geschäften. Auf Handkarren zogen sie den Rest ihrer Habe und ihre Kinder über die Chaussees. Auf den Bahnhöfen suchten sie unter Heimkehrern ihre Männer oder mit dem Foto in der Hand wenigstens einen Hinweis auf ihr Schicksal [...] Die Männer, die aus der Gefangenschaft heimkehrten oder ihr entgangen waren, waren von den Strapazen des Krieges und der Gefangenschaft körperlich aufgezehrt, viele zu Pflegefällen geworden. Die Frauen hatten die Bombennächte in Sorge um ihre Familien in den Kellern verbracht und die knappen Rationen geteilt. Als der Krieg vorüber war, waren es die Frauen, die Land und Menschen am Leben halten mußten.

Maria Eiken, in: Elefantentpress (Hrsg.) 1985, S. 75; zit. n. Glaser 1995, S. 148f.

19



18/ Frauen mit Fotos von vermissten deutschen Soldaten, die sie Heimkehrern aus der Sowjetunion zeigen, 1949.

19/ ohne Titel (Trümmerfrau). Foto: Karl Heinz Mai



schwer verletzt worden und 1943 in seine Heimatstadt Leipzig zurückgekehrt. Ihm waren beide Beine amputiert worden und er fotografierte nun alles im Rollstuhl sitzend aus der Perspektive seines „Selbstfahrers“: Szenen einer zerstörten Stadt und ihrer dort gebliebenen Menschen. Aber er machte auch Kennkartenbilder. Die Kennkarten waren bis zur Gründung beider deutscher Staaten eine Art Ausweis, oft dienten sie als einzige Legitimation. Da es keine Druckereikapazitäten gab, improvisierten die Kommunen in eigener Verantwortung. So wurden vielfach auch unbenutzte Formulare der Reichsdruckerei verwendet. Diese für Kennkarten bestimmten Fotos sind aufschlussreiche Bilddokumente, charakterisieren sie doch ein Zeitgefühl und geben ganz beiläufig Kunde von individuellen Schicksalen und Befindlichkeiten. Wir können sie als Psychogramme wahrnehmen, als signifikante Porträts aus einer schweren Zeit. Da sind Frauen, die ratlos und verunsichert in die Zukunft schauen, und solche, wie auf diesem Kennkartenfoto von Karl Heinz Mai, die selbstbewusst und aufrecht im Leben stehen. Und auch die

Bilder von Trümmerfrauen am Ende der 1940er Jahre lassen erkennen, dass viele Frauen ihre Zukunft mit Optimismus in die eigenen Hände genommen haben.

Diejenigen, welche sich an der Beseitigung der Trümmer beteiligten, standen deshalb auch im Zentrum des wiedererwachenden Lebens, erfuhren von Seiten der Administration – zunächst der alliierten Siegermächte, dann der ersten deutschen kommunalen Verwaltungsträger – besondere soziale Aufmerksamkeit, wie z. B. bessere Lebensmittelkarten, und wurden bevorzugt mit fast nicht mehr vorhandenem Wohnraum versorgt. Mit der Bewältigung schwieriger Herausforderungen entwickelte sich ein neues Selbstbewusstsein der Frauen. Leid und Verzweiflung, Selbstbehauptung und Hoffnung lagen dabei jedoch sehr nahe beieinander. Sie gingen einher mit Verdrängungsprozessen, Schuldgefühlen oder Verwirrung über die neuen unsicheren Verhältnisse. Trotz einer ungewissen Zukunft galt es, das Land wieder aufzubauen und den Lebensfaden wieder aufzunehmen.

Die Leistungen der Trümmerfrauen wurden in zahlreichen Feiern gewürdigt und es wurden ihnen besondere Auszeichnungen verliehen. Ausstellungen und Denkmäler für die Trümmerfrauen

Aus der Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985

Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen. Ihre Leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergisst die Weltgeschichte nur allzu leicht. Sie haben gebangt und gearbeitet, menschliches Leben getragen und beschützt. Sie haben getrauert um gefallene Väter und Söhne, Männer, Brüder und Freunde. Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt. Am Ende des Krieges haben sie als erste und ohne Aussicht auf eine gesicherte Zukunft Hand angelegt, um wieder einen Stein auf den anderen zu setzen, die Trümmerfrauen in Berlin und überall. Als die überlebenden Männer heimkehrten, mussten Frauen oft wieder zurückstehen. Viele Frauen blieben auf Grund des Krieges allein und verbrachten ihr Leben in Einsamkeit. Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrachen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen.

<http://webarchiv.bundestag.de/archive/2006/0202/parlament/geschichte/parlhst/dokumente/dok08.html>

haben die Erinnerung an diese Zeit bis heute bewahrt. Ein frühes Beispiel ist die Gestaltung der Kopfseite der neuen 50-Pfennig-Münze der Bundesrepublik. Sie zeigt eine junge Frau, die ein Eichenbäumchen pflanzt. Damit soll nicht nur an die in der Wiederaufforstung tätigen Waldarbeiterinnen, sondern vor allem an die Trümmerfrauen erinnert werden, als Symbol für ein junges neues Deutschland. Diese Münze war eine Ehrung für jene Millionen Trümmerfrauen, die im wahrsten Sinne des Wortes Hand angelegt hatten, um das zerstörte Land wieder aufzubauen.

Eine frühe politische Würdigung erhielten die Trümmerfrauen von Louise Schroeder, die von Mai 1947 bis Dezember 1948 amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin war. 1957 zur ersten Ehrenbürgerin von Berlin ernannt, ist sie bis heute die einzige Frau in diesem Amt geblieben. Ihre bemerkenswerte Biografie sollte in Erinnerung bleiben. 1887 in einer einfachen Arbeiterfamilie geboren, hatte sich die Versicherungsangestellte schon früh in der sozialistischen Arbeiterbewegung sozialpolitisch und frauenrechtlich engagiert. Sie war eine der jüngsten von insgesamt 37 Frauen, die 1919 in die Weimarer Nationalversammlung und im folgenden Jahr in den Reichstag gewählt wurden. Seit 1925 lehrte sie auch als Dozentin an der Schule der Arbeiterwohlfahrt, zu deren Gründern sie zählte. Während der NS-Diktatur erhielt sie Berufsverbot. Von der Gestapo wiederholt zu Verhören bestellt, überlebte sie als Leiterin einer Bäckerei. Bei den Gesamtberliner Wahlen 1946 als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung gewählt, übernahm sie im Juni 1947 die Funktion der amtierenden Oberbürgermeisterin von Groß-Berlin, weil der von der SPD für dieses Amt bestimmte Ernst Reuter aufgrund des Vetos der sowjetischen Militäradministration sein Amt bis zur politischen Spaltung Berlins Ende 1948 nicht ausüben konnte. Ab 1949 gehörte sie auch dem Deutschen Bundestag an. Ihre erste Rede im Bonner Parlament am 30. September 1949 war nicht nur ein leidenschaftliches Plädoyer für die Unterstützung West-Berlins, sondern auch eine eindrucksvolle Würdigung der Trümmerfrauen: „Unsere Frauen sind es gewesen, die mit ihren bloßen Händen die Straßen von der Lebensgefahr befreit und die Trümmer aufgeräumt haben. [...] Und als Frau muss ich sagen, hier haben wir geradezu eine Ehrenpflicht, eine Ehrenpflicht gegenüber den Frauen, die noch im weißen Haar zum Zwecke der Entrümmern auf der Straße gestanden haben, und die nun plötzlich arbeitslos werden, weil wir sie nicht mehr bezahlen können.“ (↗ Wehner [Hrsg.] 1980, S. 34 u. 42)

Kurze Zeit später – am 2. Mai 1952 – verlieh der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, 32 Trümmerfrauen und 17 Entrümmernsarbeitern das Bundesverdienstkreuz, das erst wenige Monate zuvor gestiftet worden war. Und Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes noch einmal eindrucksvoll an die Größe und „stille Kraft“ der Frauen und ihren wichtigen Anteil am Wiederaufbau erinnert.



21

20 / ohne Titel
(Kennkartenfoto Gerda),
Leipzig 1948.
Foto: Karl Heinz Mai

21 / Louise Schroeder,
SPD Politikerin,
Ende der 40er Jahre

Hunger und Not

Die täglichen Sorgen der deutschen Bevölkerung hatten in den ersten Nachkriegsjahren fast ausschließlich dem Existenzertalt der eigenen Familie gegolten: Es fehlte an fast allem – nicht nur an Wohnraum, Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Gefährdet war auch die Gesundheit, denn es gab so gut wie keine Medikamente, im Winter mangelte es an warmer Kleidung und an Brennmaterial.

Die Lebensmittelkarte, die schon den Alltag während des Krieges bestimmt hatte, wurde dabei zum Kernstück der „Rationen-Gesellschaft“ (Rainer Gries), die zugleich eine Zuteilungsklassen-Gesellschaft wurde. Schon am 13. Mai 1945 hatte der Militärkommandant von Berlin, Generaloberst Bersarin, die Lebensmittelrationen festgelegt, die ab Mitte Mai gelten sollten. Sie waren nach zunächst vier, seit dem folgenden Monat in der Sowjetischen Besatzungszone nach fünf Kategorien differenziert: Schwerstarbeiter und Funktionäre, Schwerarbeiter, Arbeiter, Angestellte. Dabei dienten die kör-

perlichen Anforderungen an die ausgeübte Tätigkeit als Hauptkriterium, zugleich wurden aber auch bestimmte Vergünstigungen für Personen in herausgehobenen Verantwortungsbereichen gewährt. In die niedrigste Kategorie fielen Kinder, Nichterwerbstätige, Rentner und Schwerbehinderte. Sie erhielten so geringe Rationen zugeteilt, dass von einer „Friedhofskarte“ gesprochen wurde. Für Schwerarbeiter waren beispielsweise täglich 600 g Brot, 100 g Fleisch und 30 g Fett vorgesehen, in der niedrigsten Kategorie waren es 300 g Brot, 20 g Fleisch und 7 g Fett, lediglich die Kartoffelmenge war mit 400 g für alle gleich bemessen. Rationiert war nicht nur der Bezug von Lebensmitteln, sondern auch von Kleidung, Schuhen und Kohle.

Aufgrund der Mangelversorgung starben viele Babys sofort nach der Geburt. Allein in Leipzig waren es in den Nachkriegsmonaten 1945 von 7 273 Lebendgeborenen fast 16 Prozent – über 1 100 Kinder erlebten somit ihren ersten Geburtstag nicht. 1946 lag hier die Säuglingssterblichkeit immer noch bei zehn

22



23



24



Prozent, in anderen Städten war die Situation ähnlich bedrückend. In Hamburg waren im Juli 1946 von über 14 000 Krankenhausbetten fast 1 200 von Menschen mit Hungerödemen belegt. In Aachen hatten 1947 fast 70 Prozent der sechs- bis zwölfjährigen Kinder Untergewicht. (vgl. Stern, 20. März 2006)

Das Leben in einer Mangelgesellschaft spitzte sich im Hungerwinter 1946 zu, als sich nicht nur die Nahrungsmittelknappheit dramatisch verschärfte, sondern zusätzlich bei extremen Kältegraden der Mangel an Heizmaterial zu einer Häufung von Krankheiten und zu Tausenden Toten führte, die verhungert oder erfroren waren. In einer außergewöhnlich langen Kälteperiode mit Temperaturen bis 20 Grad unter Null (zwischen Oktober 1946 und März 1947) mussten die Menschen alle Arten von Entbehrungen erleiden. Neben dem Mangel an Brennstoffen war es vor allem die Knappheit von Nahrungsmitteln und warmer Kleidung. Infektionskrankheiten wie Typhus, Ruhr und Tuberkulose häuften sich, es fehlten Medikamente und Krankenhausbetten, Erfrierungen und Hungerödeme waren die Folge einer schier hoffnungslosen Situation. Dieser „Hungerwinter“ erwies sich als eine humanitäre Katastrophe.

Dem besonders kalten Winter folgte dann noch ein extrem heißer und trockener Sommer 1947, der die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln – vor allem mit Kartoffeln und Getreide – noch weiter verschlechterte. Auch das von den Alliierten praktizierte Prinzip eines „Gleichgewichts des Mangels“ funktionierte nicht mehr. Es kam zu Unruhen in ganz Deutschland, zu so genannten „Hungerdemonstrationen“ und Bergarbeiterstreiks, die die damalige Hauptleistung der deutschen Nachkriegswirtschaft, die Förderung von Kohle und Erz betrafen. Die Alliierten mussten umsteuern, sollte Deutschland nicht in einen Zustand von Unruhe und Chaos verfallen.

25



22/ Gemüseverkauf durch die Firma Putenhard in der Bornaischen Straße 107, Leipzig 1946

23/ Frauen legen ein Gemüsebeet im restlos abgeholzten Berliner Tiergarten an. Im Hintergrund das zerschossene Brandenburger Tor, Juni 1946

24/ Frauen beim Beschaffen von Kohle, Köln 1945. Foto: Walter Dick.

25/ Hungerdemonstration von Arbeitern auf dem Karlsplatz in Krefeld, April 1947



Das große Hungern und Frieren

„Seit vier Tagen haben wir keinen Happen zum Mittagessen. Weit und breit keine Grütze, noch Kartoffeln. Unsere Kinder von acht und neun Jahren sind so matt, dass sie sich hinlegen müssen wie wir Großen auch.“ So schrieb vor 60 Jahren [1946] eine Witwe dem Oberbürgermeister von Kiel. Die Lebensmittelversorgung in der britischen Zone war Anfang 1946 zusammengebrochen. Ein paar Scheiben Brot, eine Messerspitze Margarine, wenige Gramm Käse und Fleisch – von dieser Tagesration mussten die meisten Deutschen leben. [...]

Die tägliche Essensration lag im März 1946 bei etwa 1 000 Kalorien. 1 700 Kalorien benötigt ein Mensch, um zu überleben – wenn er im Bett liegt.

Im Frühjahr zeichnete sich ab, dass die Getreidevorräte nicht bis zur nächsten Ernte reichen würden. Auch die Fettversorgung drohte zusammenzubrechen. Im Sommer 1946 wurde die Fettration von 400 Gramm pro Monat auf 200 Gramm halbiert. Die Tagesration für jeden Einzelnen: sieben Gramm – ein Zehntel des täglichen Bedarfs. [...]

Das Desaster dauerte an: Der kalte und lange Winter 1946/47 führte quasi nahtlos zur zweiten Ernährungskrise der Nachkriegszeit. Im Januar 1947 reichten die Vorräte in der amerikanisch/britischen Bi-Zone nur noch für wenige Tage. Statt Weizen und Roggen lieferten die Alliierten Mais. In Kiel etwa mussten die Bäcker dem Brotteig 50, schließlich 80 Prozent Mais beimischen. Gefährliche Stoffwechselerkrankungen, vor allem bei Kindern, waren die Folge.[...]

Zum Hunger kam im Winter 1946/47 die wochenlange eisige Kälte, als die Temperaturen auf unter 20 Grad minus sanken. Im Ruhrgebiet schlossen die Schulen, weil die Räume nicht beheizt werden konnten. In München und Hamburg mussten Verwaltungen und Betriebe schließen. Im Münchner Rathaus gefror die Tinte in den Fässern. 300 Betriebe blieben dicht – es gab keinen Strom mehr. In den Ruinen durchwühlten Münchner die Gebäudetrümmer, um die verschütteten Kohlenkeller aufzuspüren. Erfrierungen, Gelenkrheumatismus, Lungen- und Rippenfellentzündungen grassierten.

Scharen von Frierenden überfielen Kohlenzüge. Der damalige Kölner Erzbischof Josef Frings erklärte diese Art der Kohlenbeschaffung für moralisch gerechtfertigt. „Fringsen“, mit dem der Volksmund auch den Kartoffel-Diebstahl umschrieb, galt nicht als Verfehlung. [...]

Hunger und Kälte trieben die Deutschen in diesem Winter an den Rand der Verzweiflung. Die Wut auf die Besatzungsmächte wuchs. Hungerdemonstrationen in Hamburg und im Ruhrgebiet änderten nichts. Viele resignierten. Hoffnungslosigkeit breitete sich aus. Statt besser wurde es immer schlechter. Zumal in vielen Großstädten die meisten Wohnungen zerstört oder stark beschädigt waren. Viele Menschen hausten in Ruinen, Erdlöchern, Bunkern, Scheunen oder Wellblechbaracken.

Zwei Jahre Not und Mangel verwandelten ein ganzes Volk in ein Heer ausgemergelter Gestalten. In einer Denkschrift wies die deutsche Ärzteschaft im Sommer 1947 darauf hin, dass regional bis zu 80 Prozent der Bevölkerung unterernährt seien. Arbeiter in den Großstädten hatten 20 Prozent ihres Normalgewichts verloren. Gewichtsverluste von 40 und 50 Kilogramm waren keine Seltenheit.

Schwäche geriet zur Seuche: Hungerödeme, Anämie, Schwindelzustände, Verdauungsstörungen, Leber- und Nierenschäden, Rachitis und eitrige Hautausschläge zählten zu den typischen Leiden der Phase null in der deutschen Geschichte.

Lungentuberkulose, eine Krankheit, die auch auf Fettmangel zurückzuführen ist, erfasste die Massen. In der britischen Zone hat sich die Zahl der TBC-Kranken von 1938 bis 1946 verdreifacht. Allein Hamburg meldete 18 000 Fälle. In München wurden im Januar 1947 20 Prozent Menschen mehr beerdigt als im Jahr zuvor. In Schleswig-Holstein lag 1947 die Säuglingssterblichkeit doppelt so hoch wie 1938.

Die Ärzte registrierten auch die psychischen Veränderungen im Gefolge des Hungers: Abnahme der Konzentrationsfähigkeit und Gedächtnisleistung. Die Gedanken und Gespräche drehten sich nur noch um Ernährungsfragen. [...]

Eugen Georg Schwarz: Vor 60 Jahren brach im Nachkriegsdeutschland die Versorgung mit Lebensmitteln zusammen – das große Hungern und Frieren begann, in: Fokus, Nr. 11 (2006), 3. März 2006

26



26/ Ohne Heizung und Nahrung, Köln 1945.
Foto: Walter Dick.

27/ Brennholzsammlerin, Berlin. 1946

28/ Zu wenig zum leben gab es für alle, die mit den amtlichen Lebensmittelzuteilungen auskommen mussten. Das Bild zeigt eine Tagesration in der US-Zone 1947 und eine Lebensmittelkarte.

27



28



Die Not alleinstehender Mütter

Mütter, die alleinstehend für ihre Kinder zu sorgen haben, waren im Winter in ganz besonderem Maße in körperlicher wie seelischer Hinsicht Überbelastungen ausgesetzt. Innerhalb der Häuslichkeit führten sie den Kampf gegen die Kälte; die Fenster waren oft nur verpappt, Wasserleitungen wie Toiletten waren auf Monate unbrauchbar. Das Waschen der Wäsche aus Feuerungsmangel, das Trocknen derselben in der Kälte ein oft nicht zu lösendes Problem. Mütter gaben zu, daß sie es an der nötigen Sauberkeit bei den Kindern aus diesen Gründen fehlen lassen mußten. Krätze trat häufiger auf. Vor der Kälte wurden die Kinder oft dadurch geschützt, daß sie im Bett gelassen wurden. Sonst zog man, was an verfügbaren Kleidungsstücken vorhanden war, übereinander an, was einen erhöhten Verschleiß zur Folge hatte.

Eine seelische Entspannung gab es nach diesen winterlichen Monaten nicht. Verschiedentlich machten sich bei den Frauen im Frühjahr schwere Erschöpfungszustände bemerkbar. Doch schon kamen neue Sorgen: unregelmäßige Belieferung der Lebensmittelkarten, die Sorge um den Anschluß an die neue Ernte und als Schreckgespenst steht jetzt schon vor ihnen wieder die Angst vor dem kommenden Winter. – Viele gaben zu, an Werten aus ihrem Haushalt schon mehr als das Entbehrliche gegen Lebensmittel eingetauscht zu haben. Sie fürchten nicht mehr durchzukommen.

• Hilde Thurnwald: Gegenwartsprobleme Berliner Familien, Berlin 1948, S. 61 f. Zit. n. Kleßmann/Wagner 1993, S. 122.

29



30



Aus den USA setzte eine große Hilfsaktion ein. Die so genannten CARE-Pakete, die seit Juli 1946 in allen Sektoren Berlins, dann in ganz Deutschland zur Behebung der unmittelbaren Not vor allem an Lebensmitteln verteilt wurden, entschärften nun die Lage. Hinzu kamen sozialpolitische Maßnahmen der Alliierten vor Ort, vor allem die Einführung der Schulspeisungen, die u. a. aus der „Schwedenspende“ bestritten wurden.

Im September 1946 hatte auch die SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone die Ausgabe einer täglichen Zusatzverpflegung, ein Brötchen und eine Tasse heißen

Kaffee, in den Schulen verfügt (> Häusser/ Maugg 2011, S. 164).

Es fehlte aber nicht nur an Nahrung, sondern ebenso an Bekleidung. An die Mangelsituation erinnerte sich Hannelore Kohl, die mit ihrer Familie 1945 aus Leipzig in die Pfalz übersiedelt war: „Ich hatte drei Jahre lang nur ein Paar Schuhe. Im ersten Jahr Zeitungen drin. Dann weniger Zeitungen. Dann paßten

sie eine Weile. Dann wurde vorn abgeschnitten für die Zehen. Dann hinten für die Hacken. Und als die Sohle durch war, kam ein Holzbrett darunter.“ (> Zit. n. Boehlcke 1986, S. 113)

Die amtlich zugeteilten Lebensmittelrationen waren knapp bemessen, folglich blühte der Schwarzmarkt es gab eine Art „Gelegenheitsprostitution“.

Von Seiten der Alliierten herrschte seit April 1945 ein „Fraternisierungsverbot“. Armeeangehörige und auch sonstige Vertreter der Siegermächte sollten keinerlei private Kontakte zu Deutschen haben. Besonders vor den deutschen „Frolleins“ wurde gewarnt, die im Militärjargon „Veronika Dankeschön“ hießen. (Die Abkürzung V.D. „venereal disease“ stand im Englischen auch für Geschlechtskrankheiten.) Die Militärführungen befürchteten, dass sonst die „Moral“ und Einsatzbereitschaft der Truppe und ein „harter Umgang“ mit der deutschen Bevölkerung gefährdet werden könnte. Das Fraternisierungsverbot wurde allmählich gelockert, im Juni 1945 zunächst gegenüber Kindern, das Heiratsverbot für Soldaten der US-Army wurde aber erst Mitte Dezember 1946 aufgehoben.

29/ Schulspeisung in der Barmbeker Volksschule, Hamburg 1947. Foto: Germin

30/ Der Kölner Junge kann sein Care- Paket kaum tragen, was die Freude darüber aber nicht mindert, Juli 1946. Foto: Walter Dick

31/ Das offizielle Fraternisierungsverbot für US-Soldaten war nicht besonders wirksam, Berlin 1946. Foto: Hanns Hubmann

Care-Pakete und Schwedenspende

CARE, die bald nach dem Krieg gegründete Cooperative for American Remittance to Europe, war eine der wichtigsten privaten Hilfsorganisationen. Die ersten Carepakete wurden im Sommer 1946 verteilt. Anfangs stammten die Lebensmittel größtenteils aus den Depots der US-Armee, sehr schnell jedoch spendeten US-Bürger den Inhalt der Pakete, die dann über CARE an Privatadressen in Deutschland weitergeleitet wurden. Bis zum Januar 1947 kamen rund fünf Millionen Carepakete in Deutschland an. Hauptsächlich enthielten sie Büchsenfleisch, Fett in Dosen, Kekse, Marmelade, Kakao, Schokolade, Zigaretten.

Die Carepakete wurden zum Mythos, fast jeder hoffte auf eine solche Überlebenshilfe, was jedoch den Umfang der Lieferungen weit überstieg. [...]

Das Schwedische Rote Kreuz begann unmittelbar nach Kriegsende Lebensmittel, Kleidung und Medikamente in die zerstörten Gebiete und vor allem nach Deutschland zu verschicken. Zwischen 1945 und 1948 erhielten zum Beispiel viele Kinder ihre Schulspeisung aus der Schwedenspende.

Um die Jahreswende 1946/47 lagerten in einer Halle am Berliner Westhafen die 10 bis 50 Pfund schweren fest verpackten Kartons der Schwedenspende. Es gab den Typus ‚Baby‘, der Milch, Honig und Lebertran enthielt, den Typ ‚Haushalt‘ mit Fleisch, Fett und Nahrungsmitteln, den Typ ‚Luxus‘ mit Kaffee, Tee und Kakao, darüber hinaus Medikamente und Babytextilien. [...] Um die Jahreswende wurde das hunderttausendste Paket in Berlin erwartet.

Häusser/Maugg 2011, S. 128 u. 131f.

31



Eine Sozialreportage: Lebenshunger einer jungen Frau

Vor dem Richter steht auch ein breitschultriges Mädchen, gut frisiert mit einem ganz hübschen Kleidchen.

„Ohne Arbeitskarte erhalte sie keine Lebensmittelmarken.

Wovon leben Sie also?“ Schweigen. „Nun, auch ohne Antwort wissen wir, wovon Mädchen ihres Schlages sich erhalten.“

„Jawohl“, sagt sie heftig und blickt auf, „ganz genau davon lebe ich. Und nicht nur, weil meine Freunde dafür sorgen, daß ich zu essen und etwas Ordentliches zum Anziehen habe, bin ich froh. Mit 17 Jahren haben sie mich in die Rüstung gesteckt. Da habe ich von früh bis abends in den Hallen gesessen und Schrauben gefräst. Tausende am Tag. Nachts saßen wir im Luftschutzkeller. Kurz vor Kriegsende wurde ich noch zur Flak eingezogen. In die Nähe von Wien. Nur mit Mühe sind wir den Russen ausgekommen und mußten all unsere kleinen Habseligkeiten zurücklassen. Als ich heimkam, war unser Haus zerstört. Irgendwo in der Oberpfalz hat man meine Mutter mit den drei kleinen Geschwistern in ein armseliges Zimmer hineingestopft. Der Vater ist noch nicht aus der Gefangenschaft zurück. Meine Mutter hat mit dem besten Willen keinen Platz für mich. Wenn ich sie besuche, muß ich mit ihr und dem Kleinsten in einem Bett zusammen schlafen oder auf dem Boden, denn sie haben im ganzen nur zwei Betten. Da bin ich in der Stadt wieder in die Fabrik gegangen. Aber was konnte ich mir am Ende der Woche von dem Lohn kaufen? Nicht einmal ein Paar Strümpfe. Sonntags mußte ich zum Kartoffelhamstern gehen oder Holz im Wald holen. Ja, ist das denn ein Leben? Ein Leben, wenn man jung ist? Nein, die Nächte sind vorbei, in denen mir die Angst hochkroch, daß das ganze Leben so trostlos weiter- und vorbeigehen könnte. Jetzt will ich endlich einmal leben.“

A. Steinhoff: Jugend hinter Gittern, in: Der Regenbogen, H.2/1947, S. 11f., zit. n. Prinz (Hrsg.) 1984, S. 292f.



32

32/Flüchtlinge rasten mit ihren Habseligkeiten
neben einem Güterwagen, Frühjahr 1945

Das Leid der Vertriebenen

Keine deutsche Bevölkerungsgruppe war von den Kriegsfolgen so massiv betroffen wie die Flüchtlinge und Vertriebenen. Bereits im Oktober 1944 hatte die Rote Armee Ostpreußen erreicht. Seitdem flohen viele Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, vor der drohenden Kriegslawine. Aber auch Polen, die im östlichen Landesteil gelebt hatten, wurden aus ihrer angestammten Heimat vertrieben, wurden Opfer einer „Westverschiebung“. Ein Zeitzeuge erinnert sich: „Meine Mutter erzählte mir später, dass sie in Beuthen nachdem ich weg war, noch miterlebte, dass viele polnische Flüchtlinge aus Lemberg (Lwiw, Ukraine) eintrafen. Lemberg lag im Ostteil von Polen, der 1945 von den Russen okkupiert wurde. Das polnische Gebiet grenzte an Russland und wurde nach der Kapitulation bei der Konferenz in Jalta zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin Russland zugeteilt. Aus diesem Teil von Polen, Lemberg, wurden die Polen von den Russen genauso herausgejagt, wie wir von den Polen aus Oberschlesien. Die mussten weg, wurden in Güterwaggons gepackt und kamen dann so auch nach Beuthen. Beuthen war eine Endstation.

Als sie ausstiegen, gingen sie von Haus zu Haus, machten die Türen auf, guckten rein: ‚Ach, ist gut!‘ Schrank aufgemacht, angeschaut, was da drin ist: ‚Gefällt mir hier, die Wohnung nehmen wir!‘ Daraufhin mussten die Deutschen innerhalb von 30 Minuten verschwinden. Einige Deutsche waren schon abgehauen, hatten aber immer noch geglaubt, sie kämen zurück. Ihre Hausschlüssel ließen sie deswegen bei den wenigen Deutschen, die dort blieben. Sie sollten sie doch verwahren und mal gucken und lüften und so. Das war alles Illusion; die Leute glaubten noch, sie würden zurückkehren.“ (›Hannes Bienert, www.hdg.de/lemo/forum/kollektives_gedaechnis/665/index.html)

Als der Krieg zu Ende war, hatte bereits die Hälfte der rund 9,5 Millionen Deutsche zählenden Bevölkerung östlich von Oder und Neiße in den von Mühsal, Kälte und Erschöpfung gezeichneten „Flüchtlingstrecks“ ihre Heimat verlassen. Am schlimmsten waren danach die „wildten Vertreibungen“, die bis August 1945 vor den in Potsdam vereinbarten Zwangsumsiedlungen erfolgt sind. „Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen

Aus dem Tagebuch eines geflüchteten Mädchens

10. Mai 1945

Der Krieg ist aus! Schon seit zwei Tagen. Keiner darf mehr schießen. Ist das schön! Nun kann auch meinem Papa nichts mehr passieren. Ich glaube fest daran, daß er lebt.

Die Russen kamen nach Emmendorf (Dorf in Sachsen-Anhalt) schon im April. [...] Mama hat recht, so schlimm sind die Russen gar nicht. Manche sprechen sogar deutsch und geben den Kindern was zu essen. Ich habe immerzu Hunger, schon lange, und ich weiß gar nicht mehr, wie es ist, wenn man satt ist. [...] Ich muß noch mal was über die Russen sagen. Es gibt nämlich welche, die sind doch ganz schön schlimm. Die betrinken sich und dann ziehen sie grölend durch die Siedlung oder gehen einfach in die Häuser. Dann zittern die Frauen, weil sie Angst haben. [...]

Richtig gefallen tut's mir in Emmendorf nicht. Es sind hier noch mehr Flüchtlinge. Die Kinder von hier lachen mich aus, weil ich anders spreche. Sie laufen hinter mir her und rufen: „Pollack!“ Dabei bin ich doch gar keine Polin. Einmal haben sie sogar mit Steinen geworfen. In die Schule bin ich noch nicht wieder gegangen. [...] Ich möchte in Emmendorf nicht bleiben. Ich möchte wieder nach Hause.

Kießmann/Wagner 1993, S. 53f.

Flucht aus Ostpreußen

Als im September 1944 die Russen von Osten immer näher an das Dorf Tilsit heranrückten, entschied sich auch die Familie der damals 15jährigen Hildegard, das Nötigste zusammenzupacken und die Flucht vor ihnen zu ergreifen. So machten sich Mutter, Vater und zwei von sieben Kindern, Hilde und ihre Schwester Gertrud, auf den langen und beschwerlichen Weg. Zwei Brüder, Franz und Kurt, waren dem Krieg zum Opfer gefallen. Die anderen bestritten die Flucht bereits eigenständig oder brachen schon früher mit eigenem Anhang auf. – Doch auch diese vier sollten bald getrennt werden!

Hildes Vater stieg in der Dunkelheit vom Wagen ab, um sich zu bewegen und ging auch hinter dem Wagen her, aber bei Einbruch der Morgendämmerung war er nicht mehr zu sehen. [...] Die drei Frauen ließen sich erst einmal in Leubtha in Sachsen nieder, wo die neun Jahre ältere Schwester Gertrud in dem nicht weit entfernten Adorf auch bald Arbeit fand. Sie kümmerte sich in einer dortigen Lungenheilstätte um die Kranken. Unter vielen anderen jungen Helfern entdeckte sie dort den etwas jüngeren, stattlichen, ehemaligen Seemann Alfred und kurze Zeit später stand für Gertrud fest: da wollte sie bleiben. Aber außer der Liebe bot das Leben in der sowjetischen Besatzungszone nicht viel; das Angebot von Brot und Kartoffeln war dürrtig, Fleisch gab es nur selten. Um nicht zu verhungern, klauten sie Kartoffeln, das wiederum schürte jedoch Neid und Mißgunst. Schließlich verriet Alfreds Mutter und seine Schwester, trotz ihrer Teilhaberschaft an dem Gestohlenen, die übrigen Familienmitglieder. Glücklicherweise fanden die herbei gerufenen Polizisten keine Lebensmittel mehr vor und so hatte diese Tat keine schweren Folgen. In der Folgezeit war die Atmosphäre in der Familie aber bedrückend zerrüttet.

Gertrud blieb mit ihrem Alfred zurück, Hildegard zog auf Grund der schlechten Lebensumstände (Typhus brach aus und es herrschte Hungersnot) 1946 mit ihrer Mutter in den Westen. Dieses Unterfangen gestaltete sich trotz Angehöriger in Westdeutschland sehr schwierig, da man nicht einfach, wenn es einem einfiel, aus- oder einreisen durfte, sondern Behörden durchlaufen mußte. Ein Zusatzantrag mußte gestellt werden und erst mit Erlaubnis konnte die geplante Reise angetreten werden.

Über Leipzig und Friedland, Kreiensen und Wolfenbüttel gelangten sie endlich in das nahegelegene Dorf Dettum, wo sie bei einem Bauern wohnten und arbeiteten. 1948 lernte auch Hilde ihren späteren Ehemann, den etwas jüngeren Willi, einen gebürtigen Dettumer, kennen und lieben. In Adorf hatte sich nun bereits zum zweiten Mal Nachwuchs angekündigt. Zu dem 1947 geborenen Buben Martin gesellte sich im Jahre 1948 ein Schwesterchen. Trotz stetem Mangel an allem wuchsen die Kinder heran und die Familie blieb in Adorf verankert.

Nina Schrader, LeMo Kollektives Gedächtnis, www.hdg.de/lemo/forum/kollektives_gedaechtnis/187/index.html

Vertriebene in Leipzig

In der Neustädter Straße 15 wohnt das Ehepaar Fritz L. mit 4 Kindern. Die Frau sagt: „Bringen Sie Bescheid, dass wir wieder in unsere Heimat nach Volkersdorf in Schlesien können? Dort hatten wir unsere Landwirtschaft, hier ist es schwer, sich zurechzufinden. Wir wohnen hier mit geborgten Möbeln, wenig Wäsche haben wir. Die Arbeit an der Eisenbahn ist für meinen Mann auf die Dauer zu schwer. Aus unserer Heimat mussten wir innerhalb 10 Minuten fort, nur 20 kg Gepäck durften wir mitnehmen.“ [...]

Eisenbahnarbeiter Friedrich F., Nordstraße 52, erklärt: „Ohne das wichtigste mitnehmen zu können, musste meine Frau mit 4 Kindern – ich war zu dieser Zeit Soldat – aus Schlesien flüchten. Sie kamen in ein mecklenburgisches Lager, dann nach Leipzig. Auf der Fahrt nach Leipzig ist unser jüngstes, 3 Monate altes Kind, erfroren. Zu dieser Zeit war ich entlassen und auf der Suche nach meiner Familie. Bekannte, an die ich schrieb, teilten mir die Adresse meiner Frau mit. Es fehlt uns hier am nötigsten, an Betten, Wäsche und Kleidung. [...] Die offene Feindseligkeit, die manche Leipziger gegen uns zeigen, ist auch nicht dazu angetan, unser Los zu erleichtern.“ [...]

Stadtarchiv Leipzig, StVuR (1), 4103, zit. n. Oehme (Hrsg.) 1995, S. 151





33

33/Flüchtlinge, Dresden 1945.
Foto: Richard Peter sen.

34/Dank des Kindersuchdienstes der Zeitschrift „Pinguin“ und des Bayerischen Roten Kreuzes hat eine Mutter ihr Kind wiedergefunden und holt es jetzt aus dem Waisenhaus ab, 1946.
Foto: Hilmar Pabel

und brutalen Methoden wie diese erste [...] Vertreibung“ (>Dokumentation der Vertreibung Bd. I 1, S. 60 E, zit. n. Kleßmann 1991, S. 41). Nach Schätzungen waren in dieser Zeit insgesamt etwa zwei Millionen „Vertreibungsverluste“, Tote und Vermisste, zu beklagen.

1950 erreichte die Gesamtzahl der Flüchtlinge und Vertriebenen 12,45 Millionen. Diese waren in den ersten Nachkriegsjahren höchst ungleich verteilt worden. Bedingt durch die geographische Lage, trug die SBZ die Hauptlast dieser erzwungenen Bevölkerungsverschiebung in das verkleinerte Deutschland. Sie musste mehr als vier Millionen „Umsiedler“ aufnehmen, wie die Flüchtlinge und Vertriebenen dort offiziell genannt wurden, das entsprach einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Jeweils rund drei Millionen waren in der britischen und amerikanischen Zone gestrandet, während in die französische Zone erst seit 1948 Flüchtlinge und Vertriebene in nennenswertem Umfang eingegliedert wurden. Aus der SBZ wanderten zudem bis April 1947 etwa 900 000 Personen in die Westzonen ab (>Echternkamp 2013, S. 35 f.).

Die Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen stellte eine der größten Herausforderungen der ersten Nachkriegsjahre dar. Die meisten wurden zunächst in Flüchtlingslagern

aufgenommen und registriert, bevor sie in ihre Bestimmungsgebiete, überwiegend in ländlichen Regionen, transferiert wurden. „Manche verbrachten Jahre in ehemaligen Bunkern, Turn- und Fabrikhallen, aber auch in ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitslagern, die nun als Durchgangslager oder Wohnungs- und Quarantänelager erhalten mussten. Immerhin 900 000 Flüchtlinge lebten 1950 in der Bundesrepublik noch in Notwohnungen und Unterkünften außerhalb von Wohnungen“ (>Echternkamp 2013, S. 37).

Die Last der Kriegsfolgen war im Übermaß den Menschen auferlegt worden, die alles verloren und nur noch ihr bloßes Leben gerettet hatten. Sie konnten dennoch nur selten auf solidarische Hilfe derjenigen zählen, die weitgehend von den Kriegsverheerungen verschont geblieben waren. In den ersten Nachkriegsjahren überwogen vor allem die Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Zwangszugewanderten. Diese wurden nicht nur durch ein egoistisches Interesse der Besitzstandswahrung bestimmt, sondern auch durch Fremdheitserfahrungen beeinflusst, durch kulturelle und konfessionelle Unterschiede, die sich vor allem in den zuvor homogenen ländlichen Gesellschaften als distanzfördernd auswirkten. Die erhoffte



34

„Solidargemeinschaft“ erwies sich eher als eine „Konfliktgemeinschaft“ (Thomas Grosser).

Rückblickend wird die Eingliederung der Vertriebenen oft als eine große Integrationsleistung beschrieben. Dazu haben vor allem Maßnahmen beigetragen, die erst 1949 eingeleitet worden sind. Am 8. August 1949 wurde ein „Gesetz zur Milderung sozialer Notstände“ verabschiedet, das eine Soforthilfe für Vertriebene und Flüchtlinge, Kriegssach- und Währungsgeschädigte sowie politisch Verfolgte einführt. Sie wurde durch eine Vermögensabgabe der Nichtgeschädigten finanziert (Soforthilfefonds) und diente vor allem der Unterhaltssicherung, dem Existenzaufbau, der Hausratbeschaffung und dem Wohnungsbau. Insgesamt wurden dafür 6,4 Milliarden DM bereitgestellt. Grundlegende Bedeutung hatte dann drei Jahre später das „Gesetz über den allgemeinen Lastenausgleich“ (LAG) vom 14. August 1952, das die Schäden und Verluste der Vertriebenen und Flüchtlinge auszugleichen versuchte, ohne ihre ursprünglichen Eigentumsansprüche

anzutasten. Es stand „unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet“, wie es in der Präambel des Gesetzes heißt. Das Lastenausgleichsgesetz hatte nicht nur ökonomische und sozialpolitische Bedeutung, es sollte auch einen solidarischen Ausgleich in der deutschen Haftungsgemeinschaft symbolisieren. Die finanziellen Mittel für den Lastenausgleich wurden durch eine „Lastenausgleichsabgabe“ erbracht. Die Höhe dieser Abgabe betrug insgesamt 50 Prozent des festgestellten Vermögenswerts unmittelbar nach der Währungsreform. Sie war relativ leicht aufzubringen, da sie sich langfristig in vierteljährlich fälligen Raten auf bis zu 30 Jahre erstreckte und letztlich durch die Verzinsung des bewerteten Vermögens finanziert werden konnte. Bis 1980 wurden aus dem Lastenausgleichsfonds insgesamt etwa 104 Milliarden DM als Lastenausgleich für verlorenes Eigentum gezahlt.

Probleme bei der Wohnungseinweisung

Die Flüchtlinge finden heute oftmals einen fast oder ganz leeren Raum vor. Daß sie auf dem Fußboden schlafen müssen, ihre geringe Habe nirgends unterbringen können, nehmen sie mit Bitternis hin. Aber womit sich kaum jemand abfinden kann ist, daß man ihm nicht einmal das Kochen gestatten will. Gesetzt den Fall, es ist keine Küchenbenutzung vorgesehen, so wäre es dennoch eine moralische Pflicht des Vermieters, den Flüchtling die Zubereitung seiner kärglichen Mahlzeiten in der Küche vornehmen zu lassen, wenigstens solange, bis ein eigener Herd zur Verfügung steht. Was soll der Flüchtling denn tun? Kein Ofen, kein Herd, kein Brennmaterial. [...] Der Einweiser dringt auf die Mitbenutzung der Küche. Man läßt sich im Moment darauf ein, und kurze Zeit später sitzen die Flüchtlinge in der 55er-Kaserne und bitten um Umquartierung, weil sie vom Vermieter wieder aus der Küche verwiesen worden sind. Der Vermieter sagt dazu: Der Flüchtling verbraucht zuviel Gas und was der Dinge mehr sind.

Stadtarchiv Bielefeld, HA 232 (27.7.1946), zit. n. Kleßmann 1991, S. 358f.



Mirko Szewczuk, Echternkamp 2013, S. 42



35

35/ Eltern suchen ihre verlorenen Kinder / Kinder suchen ihre verlorenen Eltern, Stuttgart, 1947.
Foto: Hilmar Pabel

Verlorengegangene Kinder

Ende April 1945 bin ich – sozusagen als Strandgut – der Familie K. in Duvenstedt zugefallen. Die K.'s gehörten für mein damaliges Verständnis zu den „feinen“ Leuten. Ich, 15 Jahre alt, kam aus einer Arbeiterfamilie. In Ostpreußen hatte ich acht Jahre die Volksschule besucht. Von dieser Zeit fehlten etliche Monate. In einem strengen Winter fiel die Schule aus, weil es keine Kohlen gab. Ein anderes Mal waren die Schulräume für lange Zeit von Frauen belegt, die für unsere Soldaten warme Kleidung nähten, Socken strickten oder stopften. Unser Zuhause war eng gewesen. Mit Messer und Gabel zu essen, war mir fremd. Und dann lebte ich plötzlich, ohne mein Zutun, in einem großen Haus, bei feinen Leuten, im eigenen Zimmer.

Von Hausarbeit hatte ich keine Ahnung, und die sollte ich dort leisten. [...] „Nicht mal einen Tisch kannst du decken“, schimpfte Frau K. Und ihr Gesicht rötete sich. „Was kannst du überhaupt? Du Pollackenkind“, hörte ich mehrmals täglich. Wie sehr ich mich auch mühte, nichts machte ich ihr gut genug. Hatte ich Staub gewischt, fuhr sie mit ihrem Finger über die Fußleisten, zeigte mir den angeblichen Schmutz und bewies mir damit, wie nutzlos ich war.

Fast jeden Abend weinte ich mein Kissen nass vor Heimweh und Empörung. Das „Pollackenkid“ hatte mich zutiefst gekränkt. Mir war in der Hitlerjugend beigebracht worden, dass ich stolz darauf sein muss, ein deutsches Mädel zu sein. Und Pollacken wären der Abschaum der Menschheit, hieß es. Und so nannte sie mich, weil ich nicht gewusst hatte, dass hier Spiegeleier mit Messer und Gabel gegessen werden. Weil wir es nicht anders kannten, aßen wir sie zu Hause mit Teelöffeln.

Und sie sagte, meine Mutter sei eine Schlampe, weil sie mir keine Hausarbeit beigebracht hatte. Das tat sehr weh, weil ich mich doch so sehr nach ihr sehnte. Inständig hoffte ich, sie habe wie ich den Tiefliegerangriff überlebt und käme bald, meine Qualen zu beenden. Immer, wenn Frau K. mich ausschimpfte, dachte ich: „Das erzähle ich Mutti!“ Dieser Gedanke tröstete mich. Außerdem wünschte ich mir, wieder zur Schule gehen zu dürfen. Und tatsächlich gab es für mich bald die Möglichkeit, in eine Berufsschule zu gehen. Einmal die Woche durfte ich sie besuchen. Das Lernen machte mir Spaß. Mein Lieblingsfach war Deutsch, ich schrieb gern Aufsätze. Und es gelang mir, für einen eine Eins zu bekommen. Endlich konnte ich Frau K. beweisen, dass ich kein dummes Pollackenkid war. Auf dem Rückweg malte ich mir aus, wie sie mich lobte und sich mit mir freute. An diesem Tag war ich glücklich und fürchtete mich nicht, das Haus zu betreten. Stolz zeigte ich ihr mein Werk. Erwartungsvoll sah ich ihr ins Gesicht. Frau K. nahm das Heft in die Hand, schaute den Aufsatz an, sah geringschätzig auf mich herab und sagte nur ein Wort, das wie ein Peitschenhieb auf mich niedersauste: „Zufall!“

Traurig dachte ich wieder einmal: Das erzähle ich Mutti.

• Florentine Brendecke, LeMo Kollektives Gedächtnis, www.hdg.de/lemo/forum/kollektives_gedaechtnis/273/index.html

36



Politische Beteiligung

Obwohl der Alliierte Kontrollrat eine gemeinsame Verantwortung für das besetzte Deutschland wahrnehmen sollte, stellte sich diese Absicht im Systemantagonismus des Kalten Krieges sehr schnell als Illusion heraus. Die Sowjetunion hatte durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) schon unmittelbar nach Kriegsende politische Weichen gestellt, die ihren vorherrschenden Einfluss in der eigenen Besatzungszone sicherten. Schon am 10. Juni 1945 genehmigte der Befehl Nr. 2 der SMAD die Zulassung von „antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften“, während in den Westzonen erst nach dem Ende der Potsdamer Konferenz demokratische Parteien auf überregionaler Ebene lizenziert wurden. Die westlichen Besatzungsbehörden gingen bei der Übertragung von deutschen Mitwirkungsrechten strikt vom Grundsatz der Dezentralisierung aus. Sie erlaubten politische Beteiligung und übertrugen administrative Eigenverantwortung zunächst nur auf lokaler Ebene. Wie sehr demgegenüber die Sowjetunion ihre eigenen politischen Ziele verfolgte, zeigte die einseitige Bevorzugung der deutschen Kommunisten, die schon seit 30. April 1945 mit der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin zurückgekehrt waren, um Schlüsselstellungen beim Aufbau deutscher Verwaltungsinstitutionen zu besetzen. Die Vereinigung der beiden schon im Juni 1945 neu formierten Arbeiterparteien KPD und SPD in der SBZ, die am 20. April 1946 erfolgte, lag auch im sowjetischen Interesse. Dadurch sollte das Gewicht der ostdeutschen moskauhörigen Kommunisten gegenüber sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Kräften aus CDU und LDP gestärkt werden, die bei den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 zusammen fast die Hälfte (47,5 %) der Stimmen erreichten. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Groß-Berlin, der einzigen die Besatzungszonen übergreifenden Wahl, die in allen vier Sektoren der Stadt erfolgte, musste die SED am gleichen Tag bei einer Wahlbeteiligung von 92,3 Prozent eine schwere Niederlage einstecken. Sie konnte mit 19,8 Prozent nur knapp ein Fünftel der Stimmen für sich verbuchen, während die SPD mit 48,7 Prozent deutlicher Wahlsieger vor der CDU mit 22,2 Prozent wurde. Dieses Ergebnis machte nicht nur den Sympathievorsprung deutlich, den die Berliner den Westalliierten entgegenbrachten, sondern sicherte der SPD auch das Amt des Berliner Oberbürgermeisters. Die politische Teilung der Stadt ließ sich danach nicht mehr aufhalten und wurde schließlich während der Berlin-Blockade zwei Jahre später politisch vollständig vollzogen.

37



wurde schließlich während der Berlin-Blockade zwei Jahre später politisch vollständig vollzogen.

Erste Wahlen zu Kommunalvertretungen und zu den Landtagen fanden auch in den Westzonen bereits 1946 statt. Obwohl in den frühen Grundsatzserklärungen der Parteien frauenspezi-

38



39



fische Themen weitgehend ausgeblendet blieben, spielte die gezielte Ansprache der Frauen in der Wahlwerbung eine deutlich erkennbare Rolle. Besonders aufschlussreich ist dabei ein SPD-Plakat, das im November 1946 die „Stationen des Wahnsinns“ in Erinnerung ruft und einen der seltenen frühen Impulse zu einer direkten Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gibt. Ansonsten steht in der Plakatwerbung die Friedenssehnsucht im Vordergrund und bei der CDU die Rückbesinnung auf traditionelle konservative Werte. Besonders interessant ist ein Plakat des Kommunalen Frauenausschusses, das eine Familiengeschichte assoziiert. Was bedeutet der Blick der vier Kinder, die im Unterschied zur fürsorglichen Melancholie der Mutter erwartungsvoll auf ein Foto des Vaters schauen? Er scheint zu den vermissten Soldaten zu zählen, denn ein Trauerflor fehlt – so ist die Erwartung an eine gemeinsame Zukunft wohl noch lebendig, sie kommt auch im Lerneifer zum Ausdruck, den die beiden größeren Mädchen mit Stift und Papier erkennen lassen.

Aufschlussreich sind auch zwei Plakate, die sich im Herbst 1946 gezielt an Frauen richten, deren Männer sich in Kriegsgefangenschaft befinden. Während das CDU-Plakat darauf hinweist, dass die Frau stellvertretend auch für ihren Mann mit abstimmt, ihre Stimme somit doppeltes Gewicht besitzt, ist das SPD-Plakat stärker emotional aufgeladen. Es zeigt *zwei* Mütter, die mit ihren beiden kleinen Kindern sehnsüchtig und Hilfe suchend die Rückkehr ihrer Männer erwarten, auch um die Last und Not der Alleinverantwortung und Sorge zu überwinden.

40



41



- 36/ Wahl der Stadtverordneten von Groß-Berlin und der Bezirksverordneten in den Berliner Verwaltungsbezirken, 20. Oktober 1946
- 37/ Landtagswahl Württemberg-Baden, 24. November 1946
- 38/ Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, 13. Oktober 1946
- 39/ Kreistagswahlen in der SBZ und in Berlin, 20. Oktober 1946
- 40/ Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 20. April 1947
- 41/ Landtagswahl in Sachsen, 20. Oktober 1946

42



43



44



„Trotz des starken Frauenüberschusses waren Frauen in den Parlamenten nur sehr schwach vertreten. In allen Ländern der vier Zonen gab es 1948 unter rund 100 Ministern nur zwei Frauen, unter 1 878 Landtagsabgeordneten 208 Frauen. Die Sow. Z. wies mit 21 % den höchsten Prozentsatz an weiblichen Parlamentsmitgliedern auf, die Br. Z. hatte 8 %, die Am. Z. 6 %, die Fr. Z. keine.“ Frauen übten gegenüber einem politischen Engagement ihrer Geschlechtsgenossinnen noch stärkere Zurückhaltung aus als die Männer. „Eine von einer Tageszeitung veranstaltete Umfrage, ob es wünschenswert sei, daß sich Frauen aktiv politisch betätigten, wurde von 55 % der Männer, aber nur von 47 % der Frauen mit Ja beantwortet.“ (→ Deutschland-Jahrbuch 1949, S. 273)

Aussagen über das Wahlverhalten von Frauen sind für diese Zeit kaum möglich, weil eine separate Stimmauswertung seinerzeit bereits als mögliche Verletzung des Wahlheimnisses eingeschätzt wurde. Allerdings wurden bei den Kreistagswahlen in Thüringen und der Landtagswahl in Köln 1947 die Stimmen von Männern und Frauen getrennt gezählt. In beiden Fällen zeigt sich bei den Frauen eine deutliche Präferenz für die CDU. In Thüringen waren auf der SED-Liste nahezu ein Viertel (23 %) der aufgestellten Kandidaten Frauen, bei der CDU 11, bei der LDP nur 7,7 Prozent. Trotzdem gaben die Frauen überwiegend den beiden gemäßigten bürgerlichen Parteien, vor allem der christlich-

45



46



wertorientierten CDU den Vorzug, die doppelt so häufig von Frauen wie von Männern gewählt wurde. Bei der Landtagswahl in Köln betrug der Frauenanteil aller Personen, die sich für die CDU entschieden hatten, 60 Prozent, während sich nur vier von zehn Männern für diese Partei entschieden hatten. Für die SPD waren die Stimmenanteile von Männern und Frauen dagegen gleich, d. h. bei den Männern zeigte sich eine stärkere Nähe zur SPD. (Deutschland-Jahrbuch 1949, S. 273)

Konkurrierende Rollenbilder

Wahlplakate können Aufschluss darüber geben, welche Rollenbilder Parteien in den frühen Nachkriegsjahren Frauen zugeschrieben haben. Die SPD rückt vor allem in Groß-Berlin, in der Konkurrenz zur SED, die schon von Anfang an die Förderung und Gleichstellung berufstätiger Frauen postuliert, die moderne berufstätige Frau in den Vordergrund. Im westdeutschen Nordrhein-Westfalen tritt die Frau in einer anderen Rolle in Erscheinung. Hier wird der Vorschein einer Zukunft im Wohlstand mit einem zent-

ralen wirtschaftspolitischen Ziel, der Sozialisierung, verbunden. Die Frau ist als erwartungsvolle Mutter, aber auch als Zuschauerin inszeniert und die gesellschaftspolitische Frage nach der Entlohnung wird allein mit dem Gerechtigkeitsempfinden assoziiert, ohne auf die berufstätige Frau in irgendeiner Weise Bezug zu nehmen. Die SPD reagiert damit auf eine doppelte Realität, in der die Frau im Heim und die berufstätige Frau in einem ungeklärten Verhältnis zueinander stehen. Die CDU-Plakate sind vornehmlich auf das konservative Bild der Frau als Mutter gerichtet. Sie appellieren aber auch an die jüngere Generation: Diese wird durch eine junge Familie verkörpert, die mit Elan und Optimismus in alle Blickrichtungen ihre werbenden Signale aussendet, ohne sich auf inhaltliche Botschaften einzulassen.

Das SED-Plakat lässt am deutlichsten einen grundlegenden Wandel in der Frauenpolitik erkennen, indem es programmatisch – dem sowjetischen Modell folgend – die berufstätige Frau als Leitbild und als gleichberechtigte Partnerin einer neuen Gesellschaft präsentiert.

- 42/ Stadtverordnetenwahlen in Gross-Berlin, 20. Oktober 1946
- 43/ Kommunalwahl NRW 1946, 13. Juni 1946
- 44/ Plakat zu den Landtagswahlen 1946
- 45/ Wahlplakat CDU, Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in Württemberg-Baden, 30. Juni 1946
- 46/ Stadtverordnetenwahlen in Gross-Berlin, 20. Oktober 1946

47



48



47/ Demonstration am 1. Mai 1946 auf dem Weg zur zentralen Kundgebung im Lustgarten

48/ Szene während der Demonstration am 1. Mai in Berlin: Im Vordergrund tanzende Mädchen. Im Hintergrund ein Transparent: Nie wieder Krieg u. Faschismus

Mitgliedschaft in Parteien

Obwohl Frauen in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ ihre gesellschaftliche Verantwortung und ihre Gestaltungskraft eindrucksvoll bewiesen hatten, wurden sie von den Männern nicht nur im Beruf zurückgedrängt, sondern sehr rasch auch in der politischen Sphäre marginalisiert.

In einem Bericht des amerikanischen Geheimdienstes über Einstellungen der deutschen Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone heißt es im August 1945: „Bei mehr als 90 Prozent der Befragten zeigt sich eine politische Müdigkeit. Sie ist wohl in erster

Linie darauf zurückzuführen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, Politik werde in Zukunft über die Köpfe der Deutschen hinweg gemacht. 73 Prozent der Befragten glauben nicht an eine deutsche Selbstbestimmung innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre.“ (Zit. n. Kleßmann 1991, S. 374)

Diese Einschätzung hat sich nur teilweise bestätigt, sie trifft vor allem auf die westlichen Besatzungszonen zu, während sich für die SBZ ein differenzierteres Bild ergibt. Dort hatte die SED im Juni 1947 bereits 1,8 Millionen Mitglieder, über-

wiegend aus jüngeren Generationen: Die Hälfte war weniger als 30 Jahre alt, fast 90 Prozent keine 50 Jahre. Der Frauenanteil erreichte immerhin schon ein Viertel aller Mitglieder (Werner Müller, in: Broszat/Weber [Hrsg.] 1998, S. 510), doch blieb ihre Präsenz in Führungsgremien gering. Die Mitgliederzahl für die CDU in der SBZ war mit knapp 200 000 Personen deutlich geringer, sie betrug kaum mehr als ein Zehntel. Fast die Hälfte (45 %) war älter als 45 Jahre, höchst bemerkenswert ist aber die Tatsache, dass der Frauenanteil mit 40 Prozent einen singulären Höchststand anzeigte. (Siegfried Suckut, in: Broszat/Weber [Hrsg.] 1998, S. 521f.) In den westdeutschen Parteien waren die Frauen eine eher unbedeutende Minderheit. Dies galt nicht nur im Hinblick auf ihren Mitgliederanteil, sondern insbesondere für Führungsfunktionen. Nur in der SPD gab es diesbezüglich eine Art Quotenregelung. Bereits 1926 hatte die Partei in ihrem Organisationsstatut eine Funktionsverteilung nach Mitgliederanteil vorgesehen. Im Organisationsstatut der SPD von 1946 heißt es in § 5, daß „in allen Leitungen der Organisationen und zu den Delegationen [...] den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu geben“ sei (Zit. n. Kleßmann/Wagner 1993, S. 118). 1947 verzeichnete die SPD im den

Westzonen insgesamt rund 875 000 Mitglieder, die CDU (zusammen mit der CSU) erreichte lediglich die Hälfte dieser Anzahl (Kleßmann 1991, S. 434), wobei gesonderte Angaben über den Anteil von Frauen fehlen. Dieser lag jedoch in allen westdeutschen Parteien bis Ende der 1960er Jahre deutlich unter 20 Prozent.

Bei der ersten Wahl zur Volkskammer 1950, die bereits auf der Basis von Einheitslisten aller in der DDR zugelassenen Parteien und Massenorganisationen erfolgte, waren Frauen zwar mit 23 Prozent in einer Größenordnung vertreten, der ihrem Mitgliederanteil in der SED fast genau entsprach. Diese Zahl drückt vordergründig einen erheblichen Unterschied zur Bundesrepublik aus. Denn in den 1. Deutschen Bundestag wurden 1949 lediglich 37 Frauen gewählt (das entspricht 6,8 % aller Abgeordneten), womit der Anteil bei der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung 1919 (8,7 %) noch unterschritten wurde. Aber die Volkskammer war ein Organ mit sehr geringem politischen Gewicht, so dass dieses vergleichsweise günstige Ergebnis fast nur symbolpolitische Bedeutung hatte. Wie gering der Einfluss von Frauen auf den politischen Entscheidungsprozess war, zeigt die Zusammensetzung der beiden ersten Nachkriegsregierungen, die 1949 auf deutschem Boden

entstanden sind. Weder in der DDR-Regierung noch in der Bundesregierung war auch nur eine einzige Frau vertreten.

Gewerkschaften und Frauenorganisationen

Der Gründungsprozess einer ostdeutschen Einheitsgewerkschaft, des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB), war bereits mit dem 1. FDGB-Kongress im Februar 1946 abgeschlossen. „Im September 1946 hatte der Organisationsgrad bei rund 55 Prozent der Arbeiter und Angestellten gelegen; diese Quote stieg bis Ende 1949 auf weit über 60 Prozent an. [...] Bis Ende 1949 stieg der Anteil der Frauen und Jugendlichen an der Mitgliederzahl leicht an. Unter den (Ende 1946) 3,3 Millionen Mitgliedern in der Sowjetischen Besatzungszone (ohne Berlin) waren eine Million Frauen, ihr Anteil nahm bis Ende 1949 auf 32,9 Prozent zu. [...] Gegenüber den Gewerkschaften im Westen Deutschlands lagen die absoluten Zahlen und der Organisationsgrad außerordentlich hoch. Die Gewerkschaften hatten zur Zeit der Gründung der Bundesrepublik, im Juni 1949, 4,96 Millionen Mitglieder (ohne Berlin), bei einer gegenüber der Sowjetischen Besatzungszone nahezu dreifachen Bevölkerungszahl.“ (Werner Müller, in: Broszat/Weber [Hrsg] 1998, S. 638)

Frauen in der Politik

In Hessen lebten 1946 2,2 Millionen Frauen und 1,8 Millionen Männer, davon waren knapp 2,1 Millionen wahlberechtigt (59 % der Gesamtbevölkerung). Die Mehrheit der Wahlberechtigten stellten die Frauen mit 57,2 Prozent. Der relativ geringe Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung hatte zwei Gründe: Erstens durften viele Flüchtlinge nicht wählen, da sie zum Zeitpunkt der ersten Kommunalwahlen 1946 weniger als sechs Monate in Hessen lebten, zweitens hatten die von der Besatzungsmacht durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen in vielen Fällen zum Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts geführt. Bei Männern lag die Quote der Nichtwahlberechtigten höher als bei Frauen.

Günstig für die politische Betätigung von Frauen wirkte sich die massive Unterstützung durch die amerikanische Besatzungsmacht aus. Da unmittelbar nach dem Krieg Mangel an verfügbaren und politisch nicht belasteten Kräften bestand, war man auf die Frauen angewiesen. Die Amerikaner förderten nicht nur die Mitarbeit in Parteien und Parlamenten, sondern auch den Aufbau von Frauenverbänden. Ein wichtiges Ziel der Alliierten war der Abbau tradierter Wertvorstellungen einer aus ihrer Sicht autoritär-konservativen Gesellschaft, die für den Nationalsozialismus mitverantwortlich gemacht wurde. Da Frauen überwiegend die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen leisteten, war ihre aktive Einbeziehung in den Umerziehungsprozess für die Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft unerlässlich. Trotz der massiven Förderung durch die Besatzungsmächte aber engagierten sich nach dem Krieg nur 8 bis 9 Prozent der Frauen in Deutschland in Parteien, Gewerkschaften und Frauenverbänden.

Keller-Kühne 1997, S. 19f.

49



50



49/ Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund wahrt Deine Rechte: Schaffende Frau, tritt ein in den FDGB! 1947

50/ Plakat zum Deutschen Frauenkongress, März 1947

Der FDGB konnte vor allem deshalb Mitglieder mobilisieren, weil er sich entschieden für zentrale geschlechtsunabhängige sozialpolitische Belange einsetzte. Einer Initiative von SED, FDGB und des Zentralen Frauenausschusses folgend, verfügte die SMAD am 17. August 1946 „gleiche Entlohnung von Arbeitern und Angestellten für die gleiche Arbeitsleistung unabhängig von Geschlecht und Alter“ und legte zugleich einen Mindestlohn fest, der alle Stundenlöhne unter 0,50 Mark verbot und die neue Untergrenze mit 1,04 Mark auf mehr als das Doppelte an hob.

In den Westzonen hatten die Besatzungsbehörden zwischen 1946 und 1948 die gewerkschaftliche Interessenvertretungen zunächst nur auf lokaler und regionaler Ebene zugelassen. Der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ (DGB) wurde erst am 13. Oktober 1949 in München als Dachorganisation von 16 Branchengewerkschaften gegründet. Der Frauenanteil war 1950 mit 16,4 Prozent nur etwa halb so hoch wie in der gerade proklamierten DDR. (Vgl. Waltraud Cornelissen, in: Helwig/Nickel [Hrsg.] 1993, S. 328)

Bereits im Sommer 1945 waren in der SBZ erste kommunale Frauenausschüsse entstanden, die sich zunächst vor allem in sozialen Angelegenheiten engagierten. Zu den Gemeinde- sowie den Kreistags- und Landtagswahlen im Herbst 1946 erhielten sie das Recht, eigene Listen aufzustellen. Während sie bei den Gemeindewahlen relativ erfolgreich waren (so konnten sie in Thüringen fast 500 Abgeordnete stellen), hatten sie auf Landesebene nur marginale Bedeutung.

Aus den „Frauenausschüssen“ ist schließlich durch Beschluss des Deutschen Frauenkongresses, an dem ganz überwiegend Frauen aus der SBZ teilnahmen, im März 1947 der von der SED zunehmend beeinflusste „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (DFD) hervorgegangen. Der Gründungsauftrag formulierte den Anspruch auf politische Mitwirkung allerdings eher deklaratorisch als konkret: „Wir dürfen niemals mehr zulassen, daß über Deutschlands Gestaltung und Geschichte ohne uns Frauen entschieden wird. Wir werden von jetzt ab mitwissen, mitverantworten und mitbestimmen.“ (Protokoll des Deutschen Frauenkongresses für den Frieden, Berlin 1947, S. 153) Dem DFD, der nur rund eine viertel Million Mitglieder hatte, fiel auch die Aufgabe zu, Frauen für eine berufliche Qualifizierung zu gewinnen. Er setzte sich zudem dafür ein, die Bedingungen für eine Vereinbarung von Familie und Beruf zu verbessern.

In den Westzonen waren Frauenausschüsse als Vorläufer einer organisierten Verbandsarbeit zunächst auf lokaler Ebene entstanden. Ihre Arbeit richtete sich vor allem auf die Überwindung sozialer Not. 1949 werden eher informelle Aktivitäten im Deutschen Frauenring erstmals institutionalisiert, aus dem zwei Jahre später als Dachorganisation der „Informationsdienst für Frauenfragen“ (der sich seit 1967 als Deutscher Frauenrat benennt) hervorgehen wird, ohne dass damit ein erkennbarer politischer Einfluss verbunden gewesen wäre.

Eine junge Frau erinnert sich an ihre Anfänge in Beruf und Gewerkschaftsarbeit

Der Krieg war zu Ende. Wir kamen aus Thüringen zurück, aus der Evakuierung. Köln, die Stadt war zerstört. Wir kamen sehr früh, im Juni schon, durch Freunde, die uns mitnahmen. Und es gab keine Arbeit. Gelernt hatte ich kaufmännisch, bis wir evakuiert wurden, und das Arbeitsamt, das schon tätig war, vermittelte mich in eine Blechwarenfabrik. [...] mein Vater selbst war auch Gewerkschaftssekretär in der ÖTV, von den Nazis verfolgt, nach Holland emigriert, später dort beim Einrücken der deutschen Truppen gefangengenommen und kam dann ins KZ Oranienburg. [...] Und meine Mutter ging zu Freunden und sagte: „Stell Dir vor, das Mädchen soll in eine Blechwarenfabrik.“ Worauf die dann sagte: „Kommt ja gar nicht in Frage. Das wär ja noch schöner. Wo Ihr politisch so gelitten habt.“ Ich [...] wurde ab 25. September 1945 dann in der Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter angestellt als kaufmännische Kraft.

[...] Ich war sicher links orientiert, bin ich noch bis heute. Aber ich hab mich nicht entschlossen, in die damalige KPD oder DKP einzutreten. Ich bin sehr jung in die SPD gegangen. Woran kann ich mich noch erinnern aus dieser ersten Zeit? Daß es nichts zu essen gab, daß man im Büro sagte: „Hast Du mal ein Butterbrot? Ich hab so einen Hunger.“ Daß wir mit defekten Fenstern dsaßen, mit Pappkarton zugeklebt, ein Ofenrohr raus.

[...] Und dann sah ich Hans Böckler. Er sagte ab und zu schulterklopfend: „Ich finde das toll, Mädchen, wie Du immer die Versammlungen besuchst.“ – Ich ging in alle Versammlungen, hörte mir alle Vorträge an. [...]

Und dann kam Anfang 1946 die Bildung von Industriegewerkschaften. Da begann dann meine Tätigkeit bei der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG). [...] so 1948 mag es gewesen sein, da sagte der Geschäftsführer von NGG: „Ich lade die Frauen ein, und Du machst dann mal eine Frauenversammlung.“ Da war ich knapp 21. Ich sagte: „Ich weiß ja gar nicht, was ich sagen soll.“ – „Ja“, meint er, „das macht nichts, ich geb Dir eine Broschüre.“ Irmgard Enderle hatte die geschrieben, ich vergeß ja nie den Titel: „Frauenenerwerbsarbeit und ihre Wirkungen auf die Frau“. Ganz schlechtes Papier, ganz dünnes Heftchen. Und da sagt er: „Das liest Du Dir jetzt mal durch. Und in dem Sinn kannst Du reden.“ So fing das eigentlich an.

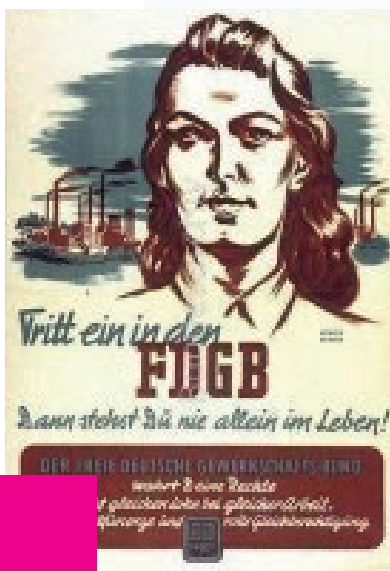
Zu jener Zeit war Frauenarbeit kein Selbstgänger, nicht wie heute. Da haben wir richtig kämpfen müssen, daß Frauen Anerkennung fanden, daß es Frauenkongresse gab und Frauenausschüsse.

von Plato/Leh 2011, S. 309f.

51



52



51/ Die neu gebildeten Gewerkschaften in den Westzonen wollen in den Länderverfassungen weitgehende Betriebskompetenzen flächendeckend verankern. Plakat zum Sondervotumsentscheid in Bremen 1947.

52/ Aufforderung zum Eintritt in den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, um 1947

53



54



55



Jugendorganisationen

Auf die junge Generation richteten sich viele Hoffnungen für einen demokratischen Neuaufbau, weil die seit Ende der 1920er Jahre Geborenen weitgehend unbelastet von der NS-Propaganda geblieben waren. Aus antifaschistischen Jugendausschüssen hervorgegangen, wurde die Freie Deutsche Jugend, von der SMAD lizenziert, bereits am 7. März 1946 als „überparteiliche, einige demokratische Jugendorganisation“ gegründet.

Auf ihrem 1. Parlament im Juni 1946 wurde Erich Honecker zum Vorsitzenden gewählt. Obwohl er sich dort zur Verpflichtung bekannte, den „überparteilichen Charakter unserer Organisation wie unseren eigenen Augapfel zu hüten“, gab es sehr früh Konflikte mit konfessionell orientierten Führungspersönlichkeiten. Mitbegründer aus den bis Ende 1947 relativ unabhängigen Parteien CDU und LDP wurden politisch ins Abseits gedrängt. Ab 1949 hat sich die FDJ endgültig als Massenorganisation der SED erwiesen.

In die FDJ traten vor allem sehr junge Menschen ein, während die Funktionäre oft deutlich älter waren. „Noch im November 1946 waren zwar 65 Prozent der Mitglieder unter 18 Jahre und nur 3 Prozent über 25 Jahre alt, das Durchschnittsalter bei den Kreisfunktionären betrug jedoch 26 Jahre, bei den Landesleitungen 30 und im Zentralrat 33 Jahre.“ (> Hermann Weber, in: Broszat/Weber [Hrsg.] 1998, S. 670) Mädchen stellten mit 45 Prozent fast die Hälfte der Mitglieder. Besonders stark waren Arbeiter, Landarbeiter und Angestellte in der FDJ vertreten, Studierende mieden dagegen weitestgehend eine Mitgliedschaft, sie stellten im September 1946 nur ein Prozent, und lediglich ein Neuntel kam aus den Oberschulen. Diese Zahlen verdeutlichen die weit verbreitete Skepsis vor allem bürgerlicher Milieus gegenüber der von der Sowjetunion gelenkten Politik, doch auch die meisten FDJ-Mitglieder hielten weiter Distanz zur SED. Noch im März 1949 gehörten 87 Prozent keiner Partei an, nur elf Prozent waren gleichzeitig Mitglied der SED.

Im ersten Halbjahr 1947 formierten sich auf einer pluralen Basis auch zahlreiche

Jugendverbände im Westen Deutschlands. Im Januar hatte die Junge Union den Anfang gemacht, Im April folgten die Falken, auf eine Tradition in der Weimarer Republik zurückgehend, als Jugendorganisation der SPD und wenige Tage zuvor als konfessioneller Verband der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), dessen Bundesführung erstmals nach Geschlechterproporz mit Ludgera Kerstholt und Josef Rommerskirchen besetzt wurde.

Die FDJ präsentierte sich in Übereinstimmung mit der SMAD und der SED als Verfechter einer gesamtdeutschen Politik und strebte an, mit ihrer deutschlandpolitischen Ausrichtung auch im Westen Einfluss zu gewinnen. So kam es im Oktober 1947 im nahe Köln gelegenen bergischen Altenberg zu einer Begegnung zwischen einer FDJ-Delegation mit Vertretern der westdeutschen Jugendverbände, auf der Erich Honecker einen alle Besatzungszonen übergreifenden Dachverband als „Deutschen Ju-

gendring“ vorschlug. Diese Initiative stieß bei den westdeutschen Jugendorganisationen, die auf die gravierende Verletzung von politischen Grundrechten in der SBZ verwiesen, auf entschiedene Ablehnung. Zwei Jahre später, wenige Monate nach Verabschiedung des Grundgesetzes, wurde In Altenberg der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) als Arbeitsgemeinschaft deutscher Jugendverbände gegründet, dem die Mitgliedschaft des westdeutschen FDJ-Ablegers verweigert wurde, weil er sich nicht zu den demokratischen Grundprinzipien der neuen Verfassung bekennen mochte.

Nachdem die SED die FDJ seit 1947 immer stärker unter ihre politische Kontrolle gebracht hatte, wurde im Dezember 1948 die Gründung des Verbandes der Jungen Pioniere beschlossen, die Kinder in den Klassenstufen 1 bis 7 mit dem Ziel einer sozialistischen Erziehung erfassen sollte. Erste Vorsitzende der Pionierorganisation wurde Margot Feist, seit 1953 die zweite Ehefrau Erich Honeckers.

53/Plakat FDJ: Werde auch Du ein Held des Aufbaus, September 1946

54/Freie Deutsche Jugend heißt: Gleichberechtigung aller Jugendlichen auf Bildungs- und Kulturstätten, Erholung, gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung! Entwurf: Heinz Völkel

55/Plakat FDJ-Landesleitung Thüringen: Geeinte Jugend sichert die Zukunft Deutschlands

56/Zug der „Falken“ auf der Hamburger Demonstration zum 1. Mai 1950



56



57

57 / Schwarzmarkt, Berlin-Tiergarten, 1948.
Foto: [Agentur Ernst Voller](#)



Schwarzer Markt und Währungsreform

Um unter den desolaten und chaotischen Umständen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren überleben zu können, bedurfte es neben einer Art elementarer Zuversicht und einem unerschütterlichen Überlebenswillen auch einiger Fähigkeiten zur Sicherung der Grundversorgung mit dem Lebensnotwendigsten. Dabei waren sehr praktische Eigenschaften gefragt: Flexibilität, Belastbarkeit in körperlicher und psychischer Hinsicht, Einfallsreichtum und die Bereitschaft, in der Not auch einmal unlautere bis unrechtmäßige Mittel anzuwenden, um das erstrebte Ziel zu erreichen.

Es waren vor allem Frauen, die diese praktischen Bewährungsproben zu bestehen wussten. Sie waren es, die die Verantwortung für das Überleben ganzer Familien, besonders ihrer Kinder, trugen und dafür die Energie aufbrachten, vielfach im Unterschied zu „heimgekehrten“, von den Fronterlebnissen oft zerbrochenen Männern. So herrschte“ im Alltag der ersten drei Nachkriegsjahre eine Art Matriarchat.

Die Orte, wo in dieser Zeit das Überleben gesichert wurde, waren in erster Linie die Schwarzmärkte, die überall in Deutschland trotz scharfer Repressionen, Verbote durch die alliierten Kontrollbehörden und Razzien der Polizei, wie Pilze aus dem Boden schossen. Hier wurde alles, was irgendwie

verwertbar schien und nicht zum unmittelbaren Überleben gebraucht wurde, vordringlich in Lebensmittel eingetauscht.

Die alte „Reichsmark“ hatte weitgehend ihren Handelswert verloren. Daher mussten auf dem Schwarzmarkt exorbitante Preise gezahlt werden. Bei Fleisch lag der Schwarzmarktpreis etwa beim Dreißigfachen des offiziellen Preises von 1947, bei Brot beim Siebzigfachen, Butter oder Zucker waren rund hundertmal so teuer wie der festgesetzte Einkaufspreis auf Lebensmittelmarken in den Geschäften (› Echternkamp 2013, S. 28). Immer stärker rückte das Prinzip des Warentauschs in den Vordergrund, symptomatisch war dafür die „Zigarettenwährung“ als Bemessungsgrundlage. Begehrte Tauschprodukte für dringend benötigte Lebensmittel waren Schmuck, Tafelsilber oder auch wertvolle Textilien wie Pelzmäntel – Besitzgegenstände, über die in erster Linie die Frauen verfügten. Auch die von den alliierten Soldaten erhaltenen Gaben, neben Zigaretten, vor allem Schokolade und Nylons, hatten in den vielfältigen Austauschprozeduren einen besonderen Wert. Auf dem Schwarzen Markt wurde alles gehandelt, was in den Geschäften unerreichbar blieb. Weil das Geld als Zahlungsmittel für die mühsame Warenbeschaffung jenseits der rationierten Zuteilung durch Lebensmittel- und Kleiderkarten als wertlos betrachtet wurde, bestimmte der Tauschhandel eine zur Improvisation gezwungene Überlebensgesellschaft.

Der Schriftsteller Siegfried Lenz beschreibt den Schwarzmarkt

Die Sonne schien, die Straße war still, ohne Verkehr. Nirgendwo ein Stand, eine Marktbude; nur Männer und Frauen, die – und das mutete den Fremden zunächst rätselhaft an – auf und ab schlenderten, gelassen nach außen hin, wenn auch eine versteckte Wachsamkeit in den Gesichtern lag. Sie gingen vorbei, ohne einander anzusehen, mit vorgegebener Gleichgültigkeit. Niemand schien in Eile. Dann merkte ich es. Ich hörte die Vorübergehenden leise sprechen, es klang wie Selbstgespräche ... Stimmen, die im Vorbeigehen ehrgeizlos flüsterten: „Brotmarken“ oder „Nähgarn“, hörte eine Frau, die mit gesenktem Blick nur ein einziges Wort sagte: „Marinaden, Marinaden“, ein Greis murmelte „Bettzeug“, ein rotgesichtiges Mädchen „Amis“ (amerikanische Zigaretten G.M.) ... Niemand gab sich aufdringlich, marktschreierisch – wie wohlthuend war doch die Diskretion meines Marktes. Die Nachfrage übertraf das Angebot bei weitem, der Mangel triumphierte, bestimmte den Kurs.

Zit. nach Willi A. Boelcke: Der Schwarz-Markt 1945–1948. Vom Überleben nach dem Kriege, Braunschweig 1986, S. 87f.

58



59



60



58/Währungsreform, Einführung der D-Mark in den Westsektoren, 29. Juni 1948

59/Währungsreform, 20. Juni 1948: Eine Umtauschstelle in Hamburg. Foto: Archiv Heinrich Hoffmann

60/Währungsreform: Andrang vor einer Ausgabestelle für die DM, Münchner Karmeliter-Schule, 20. Juni 1948 Foto: Hanns Hubmann

Diese anarchische Phase der Nachkriegs-Naturalienwirtschaft endete 1948. Im Westen Deutschlands war mit der Vereinigung der drei westlichen Besatzungszonen im März 1948 eine grundlegende Voraussetzung für die ökonomische Konsolidierung und die „Demokratiegründung“ in Westdeutschland geschaffen worden. Nur wenige Wochen später verabschiedete der amerikanische Kongress das European Recovery Program, den Marshallplan. Dieses großzügige Angebot zur Wiederbelebung der Wirtschaft in Europa war für alle Staaten, die davon in den folgenden Jahren profitieren sollten, von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung.

Es diente zugleich dem US-amerikanischen Interesse, den sowjetischen Einfluss auf dem alten Kontinent „einzudämmen“, nachdem die osteuropäischen Länder in den ersten Nachkriegsjahren in eine weitreichende sowjetische Abhängigkeit geraten waren. Auch in der Sowjetischen Besatzungszone hatte ein

fortschreitender Prozess der „Sowjetisierung“ eingesetzt, der sich am deutlichsten in den gemeinsamen deutschen Vertretungskörperschaften von Berlin manifestierte, als diese von Ostberliner Seite zunehmend boykottiert wurden. Die im Potsdamer Abkommen vereinbarte gemeinsame Verantwortung der Alliierten für „Deutschland als Ganzes“ hatte sich bereits zu diesem Zeitpunkt als Illusion erwiesen.

Die Währungsreform war für die Einbeziehung der Westzonen („Trizonesiens“, wie ein Kölner Karnevalslied liebevoll-ironisch spottete) ökonomisch zwingend notwendig, sie machte aber zugleich auch die endgültige politische Spaltung Deutschlands auf längere Sicht unumkehrbar. Bereits 1947 war erkannt worden, dass eine Währungsreform in Deutschland für die wirtschaftliche Wiederbelebung unumgänglich war. Ludwig Erhard hatte die Einführung einer neuen stabilen Währung bereits seit Mitte 1947 betrieben, und die USA hatten schon im September 1947 mit dem Druck neuer deutscher Banknoten begonnen, die zwischen Februar und April

Deutsche Mark – und nun?

Nach langem Schlangestehen hatte ich am 20. Juni 1948 nun meine 40 DM in der Hand. An diesem Sonntag konnte ich allerdings nichts ausgeben. Am Montag, nach der Arbeit, fuhr ich mit der Straßenbahn von der Hallerstraße nach Wandsbek. Ich fuhr an vielen Schaufenstern vorbei. Die waren voll mit Waren aller Art [...]

Mein Verlobter Fritz und ich bekamen in den ersten Wochen nur den halben Lohn ausbezahlt. Die Arbeitgeber hatten ja auch noch wenig Geld. Ich musste erst mal an die Hochzeitsvorbereitungen denken. Wir „mussten“ heiraten, denn nur als Ehepaar bekamen wir den Mietvertrag.

Am 14. August sollte Hochzeit sein. Die Hauptlebensmittel waren noch auf Marken zu bekommen. Also wurden alle Gäste gebeten, Fleisch- und Fettmarken beizusteuern. [...] Die Kleidung wurde untereinander ausgeliehen. Ich hatte Schuhe und Mantel geborgt, Fritz die gesamte Oberbekleidung. Sieht man auf dem Hochzeitsfoto aber nicht.

[...] Hochzeitsgeschenke: Ein ausziehbarer Nähkasten (Handarbeit), Wäscheklammern aus Weidenholz geschnitzt, eine Fußmatte aus Flickenresten geflochten, zwei Aluminiumschüsseln aus Wehrmachtsbeständen und einige Stücke aus alten Haushaltsbeständen (Vasen, Glasteller u.s.f.).

Nun sollten wir endlich unser Behelfsheim ausbauen. Wann und womit? Gearbeitet haben wir beide damals noch bis Samstagmittag. Also blieben nur wenige Stunden am Wochenende. Auch davon ging noch die Fahrzeit Wandsbek - Neugraben ab. Wir bekamen nach der Hochzeit den vollen Lohn, aber zum Bauen reichte es auch nicht. Die Reserve auf dem Sparbuch war derzeit auf 180 DM geschrumpft. Die Bauerei machte keine Fortschritte. Da bekamen wir im Oktober 1948 einen neuen Vertrag. Das Häuschen sollte in acht Wochen fertig sein, und dann gäbe es eine Entschädigung von 1700 DM. Ein Dachdecker wollte mit der Rechnung so lange warten. Nun war ein Dach da. Wir liehen uns Geld, um Fenster und Türen zu kaufen. Abfallholz und Fußbodenplatten besorgte der zukünftige Chef von Fritz. Er brauchte ihn als Maurer, um seine Firma zu gründen. [...] Inzwischen war November, und es fehlte nur noch der Fußboden. Mein Vater übernahm das Verlegen der Platten. [...] Anfang Dezember 1948 zogen wir schon ein, um Miete zu sparen, da der Mietvertrag erst ab 1. Januar 1949 galt.

Wir froren in der kalten und noch nassen Wohnung, und der Herd war zu klein. Zum Glück stand noch irgendwo ein größerer im Keller und freute sich über eine Wiederbelebung und wir uns über die Wärme. [...] Im Frühling 1949 konnten wir dann die Schulden bezahlen und noch einen Kleiderschrank erstehen.

Lenka Sowa, LeMo Kollektives Gedächtnis, www.hdg.de/lemo/forum/kollektives_gedaechtnis/283/index.html

61



61/ Schaufenster nach Einführung der D-Mark, West-Berlin, 23. Juni 1948

62/ „Erhard befiehlt – wir folgen! Und senken die Preise“. Schaufensterauslage eines Textilgeschäfts mit Porträt des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard, Foto um 1949/50

62



Währungsreform

Kein Ereignis der Nachkriegszeit hat sich tiefer in die kollektive Erinnerung der Nation eingegraben als die Währungsreform. Sie veränderte alles. Sie hatte nicht nur ökonomische Bedeutung, sie war ein Urerlebnis wie der Zusammenbruch, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Sie war der große Schritt, die Erlösung aus dem Elend, der Anfang eines „neuen Lebens“. Eine ganze Generation teilte die Nachkriegsjahre später in die Zeit „vor der Währung“ und die Zeit „nach der Währung“.

Jaenecke 1979, S. 178f.

1948 in einer Geheimaktion nach Deutschland transferiert wurden. Zwei Tage vor Durchführung der Währungsreform an einem Sonntag, dem 20. Juni 1948, war diese einschneidende Maßnahme bekannt gemacht worden. Alle „natürlichen Personen“ erhielten ein „Kopfgeld“ zunächst 40, danach noch einmal weitere 20 DM. So wurde augenscheinlich eine Chancengleichheit beim Start in eine neue Wirtschaftsepoche hergestellt, doch blieben damit Besitzer von Sachwerten weiterhin deutlich im Vorteil. Die Altguthaben wurden in einem komplizierten Verfahren so umgestellt, dass 100 Reichsmark etwa 6,50 DM entsprachen.

Mit dieser einschneidenden Maßnahme war ein Konflikt zwischen den Besatzungsmächten in Berlin vorprogrammiert. Die Sowjetunion wurde unvorbereitet mit der westlichen Währungsreform konfrontiert. Sie verfügte für die Woche vom 24. bis 28. Juni einen eigenen Währungs-

umtausch in ihrer Zone. Auf alte Reichsmarkscheine wurden neue Wertzeichen geklebt, so kam die „Kupon-Mark“ in Umlauf, die bis Ende Juli gültig blieb, bevor die neuen Geldscheine gedruckt waren. Zuvor hatte die Sowjetunion am 22. Juni die Einbeziehung Groß-Berlins in die westdeutsche Währungsreform strikt abgelehnt, sie dehnte daher am folgenden Tag den Umtausch auf den Ostsektor Berlins aus.

Als die Westalliierten die Westsektoren Berlins daraufhin am 24. Juni in die Währungsreform einbezogen, verhängte die Sowjetunion am gleichen Tag eine Blockade der Landwege aus den Westzonen nach Berlin, die fast ein Jahr bis zum 12. Mai 1949 andauerte. Die Bevölkerung der Westsektoren konnte in diesem Zeitraum nur durch eine „Luftbrücke“ versorgt werden. Aus dem Währungskonflikt hatte sich ein politischer Grundsatzkonflikt entwickelt, der „Kalte Krieg“ zwischen Ost und West hatte damit auch Deutschland endgültig erreicht.

Die Währungsreform stellte eine grundlegende Zäsur vor allem für die





westdeutsche Bevölkerung dar. Im Westen brach der Schwarzmarkt sehr schnell zusammen, die „Zwangsbewirtschaftung“ wurde eingestellt und eine marktwirtschaftliche Ordnung bahnte sich an. Die Geschäfte waren von einem Tag zum andern mit Waren gefüllt, und zwar nicht nur mit denen des täglichen Bedarfs, sondern auch mit Luxusgütern und Delikatessen, die schon lange nicht mehr gesehen worden waren. Ende des Jahres 1948 kam es jedoch zu einer Abnahme der Kaufkraft, denn die zuerst enorme Nachfrage führte zu einem marktwirtschaftlich beabsichtigten Ansteigen der Preise. Dadurch blieb eine anfangs befürchtete Inflation aus.

Allerdings sollte eine rückblickende Legendenbildung vermieden werden. Die Währungsreform hat die Lebenssituation der „kleinen Leute“ nicht automatisch verbessert. Die Reduzierung von Arbeitslosigkeit und wachsender materieller „Wohlstand für Alle“, wie ihn der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard schon bald proklamieren sollte, hat

sich erst Mitte der fünfziger Jahre sichtbar abgezeichnet, als die Menschen im Westen allmählich ihr „Wirtschaftswunder“ erlebten.

Frauen im Beruf

Im Zeitraum von 1945 bis 1949 verlief die Beschäftigungsentwicklung in den vier Besatzungszonen unterschiedlich. Vor allem im ersten Nachkriegsjahr hatte die Frauenarbeit einen hohen Anteil an der Beschäftigung, da viele Männer nicht mehr oder noch nicht aus dem Krieg zurückgekehrt waren. Es bedeutet allerdings eine Fehlwahrnehmung, wenn Frauenarbeit auf die „Trümmerfrauen“ reduziert wird; denn viele Frauen waren in anderen Arbeitsbereichen berufstätig. „Infolge der frühzeitigen Sperrung aller Bankkonten in der Sow. Z. waren dort viele Frauen gezwungen, neben ihrem Haushalt noch einem Gelderwerb nachzugehen. Durch die Übernahme von Schwerarbeit erhielten sie bessere Lebensmittelskarten, während Hausfrauen in die niedrigste Gruppe der Kartenempfänger

63/ Währungsreform in Ost-Berlin 1948. Im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission werden Kupons auf die Reichsmark-Geldscheine geklebt. 23. Juni 1948

64/ Fahrkartenschalter der Berliner S-Bahn: Es werden nur Zahlungsmittel in Ostzonenwährung akzeptiert. 26. Juni 1948
Foto: Fritz Eschen

65/ Berliner Kinder bejubeln die Ankunft einer Transportmaschine mit Hilfsgütern, Juli 1948

fielen. Daher konnte man vielfach Frauen finden, die schwere körperliche Arbeit leisteten. In Berlin arbeiteten 70 000 Frauen in ausgesprochenen Männerberufen, davon 12 000 im Baugewerbe. In Thüringen meldeten sich 1946 1 793 weibliche Handwerker zur Meisterprüfung, von denen 1 498 die Prüfung bestanden.“ (· Deutschland-Jahrbuch 1949, S. 272)

In der SBZ wurde, auch auf Drängen der sowjetischen Militäradministration, bereits 1946 eine intensive Kampagne gestartet, um Frauen für eine Berufstätigkeit zu gewinnen.

Seit 1947/48 veränderte sich die Situation, dass die überwiegende Zahl der arbeitsfähigen Frauen auch berufstätig war, insbesondere in den Westzonen erheblich. Frauen mussten den Kriegsheimkehrern – teils sogar gesetzlich verordnet – nun im Beruf wieder Platz machen.

Insbesondere seit der Währungsreform war vor allem in den Westzonen eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Dabei wurden Frauen, die oft nur eine geringe berufliche Qualifikation erworben hatten und sehr häufig als Haushaltshilfen arbeiteten, in wachsendem Maß aus dem Berufsleben verdrängt. Mit dem steigenden Lebensstandard herrschte auch wieder die Auffassung vor, dass die Männer allein den Lebensunterhalt für die Familie sichern könnten und Frauen wurden verstärkt auf ihre Rolle als Hausfrau reduziert, was bei ihnen unterschiedliche Reaktionen auslöste.

Auf das Ausmaß der Erwerbstätigkeit von Frauen wirkte sich auch negativ der Umstand aus, dass Frauenarbeit deutlich niedriger entlohnt wurde. Während in der SBZ durch einen SMAD-Befehl

Frauenarbeit in Leipzig

Bericht über die Tagung des Kommunalen Frauenausschusses am 9. September 1946

Grundsätzlich sind alle Frauen vom 15. bis 50. und alle Männer vom 14. bis 65. Lebensjahre zur Arbeit verpflichtet. Lt. Befehl 153 sind hiervon befreit: Frauen mit Brustkindern, Frauen mit Kindern unter 6 Jahren, Männer und Frauen, die mehr als ⅓ erwerbsbehindert sind, Kultusführer und Angehörige freier Berufe.

Trotzdem haben wir bisher versucht, Frauen mit mehreren Kindern oder einem Mann in Wechselschicht, oder solche, die mehr als 35 % körperbehindert sind, von der Arbeit freizustellen, doch haben die Russen hierfür kein Verständnis. [...]

In der Zeit, als die Anforderungen nicht so gross waren, haben wir mit den Freistellungen grosszügig verfahren. Heute geht das nicht mehr. Wir haben allein im August 46 eine Anforderung von 1 200 Frauen für das graphische Gewerbe und 1 500 Frauen für das Textilgewerbe gehabt. [...]

Es werden in Leipzig insgesamt 3 500 Frauen und 12 000 Männer gebraucht. Selbst aus den Kreisen der Heimkehrer ist die Zahl so gering, dass die Männer nicht gestellt werden können. [...] Die Frauen stellen in Leipzig ⅔ der Bevölkerung dar, also muss ihnen auch klar gemacht werden, dass sie entsprechend in den Arbeitsprozess eingereiht werden müssen. [...]

Natürlich müssen die Frauen immer die leichteren Berufe einnehmen, doch muss man sich davon frei machen, dass eine Frau z. B. nicht Tischler werden kann, oder ähnliches. Es wurden kürzlich von Frau Bartholomäus Möbel in einer Ausstellung besichtigt, die von einem Tischler mit 50 weiblichen Tischlern beliefert worden waren. Die Möbel waren tadellos, so dass nicht gesagt werden kann, sie hätten sich von solchen, die von Männern angefertigt wurden, durch irgend etwas unterscheiden.

Natürlich entstehen durch den Einsatz der Frauen Schwierigkeiten in den Haushaltungen selbst, besonders da, wo durch verlagerte Arbeitszeit wegen Energieeinsparung die Frauen nicht zum Kochen kommen, während der Strom da ist. Andererseits ist es aber oft so, dass sich die Frauen auch sonst nicht um ihre Kinder und ihren Haushalt kümmern, weil sie täglich zum Hamstern unterwegs sind. Solche Frauen, die einen pflegebedürftigen Familienangehörigen haben, werden nach Prüfung der Verhältnisse von der Arbeit befreit. Ausserdem erhalten Ortsfremde, wenn sie einem Mangelberuf angehören, Zuzugsgenehmigung nach hier, um sie sofort in den Arbeitsprozess einreihen zu können.

Stadtarchiv Leipzig, StVuR (1), 1 741, Bl. 104a, 104b. Zit. n. Alltag in Ruinen 1995, S. 110f.



66

66/Schneiderwerksatt der
Volkssolidarität, Leipzig
1947/48

67/Berlin, sowjetischer Sektor:
Volkspolizistinnen im
Demonstrationszug am
1. Mai 1949.

Foto: Gerhard Gronefeld

bereits am 17. August 1946 das Prinzip der Lohngleichheit postuliert und durch administrative Maßnahmen zumindest schrittweise umgesetzt wurde, gab es in den Westzonen dafür allenfalls deklaratorische Ansätze. So enthielten die 1946/47 verabschiedeten westdeutschen Landesverfassungen das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. In Hessen (Art. 30 Abs. 2) und Bremen (Art. 54) war darin zusätzlich sogar der Auftrag enthalten, „staatliche Einrichtungen zu schaffen, um Frauen eine Vereinbarung von Beruf, politischer Betätigung und Familie zu ermöglichen“ (→ vgl. Antje Späth, in: Freier/Kuhn [Hrsg.] 1984, S. 126). Aber die Realität sah anders aus. Während in den Westzonen im Juni 1948 der Lohnrückstand der Frauen mit 40 Prozent noch höher war als zehn Jahre zuvor während der NS-Diktatur, hatte er sich in der SBZ immerhin auf 30 Prozent verringert (→ vgl. Petra Drohsel, in: Freier/Kuhn [Hrsg.] 1984, S. 216). Auch wenn dabei die Unterschiede in den Qualifikationsniveaus berücksichtigt werden müssen, zeigt sich darin zumindest in den Westzonen ein frauenpolitischer Immobilismus, der durch freiwillige Rückzüge vieler Frauen aus der hohen Belastung der ersten Nachkriegsjahre unterstützt worden ist.

Erst nach der Währungsreform wird auch im Westen Deutschlands Berufstätigkeit allmählich wieder eine Lebensperspektive von Frauen, allerdings stärker durch das Motiv der Wohlstandsmehrung gespeist als durch den Wunsch nach Selbstverwirklichung.

In der SBZ wurde mit der Einrichtung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947 die Grundlage für die Einführung eines Systems der Wirtschaftsplanung gelegt. Seit 1948 richtete sich ihre Aktivität auch auf die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit, um den Mangel an Arbeitskräften auszugleichen. Das machte flankierende Maßnahmen notwendig. Um Frauen eine Arbeitsaufnahme zu erleichtern, wurden die Angebote zur Kinderbetreuung zunehmend erweitert. So entstanden seit 1948 neben kommunalen Einrichtungen der Kinderbetreuung im wachsenden Umfang auch Betriebskindergärten.

In der SBZ wurden für Frauen auch Berufsfelder eröffnet, die zuvor ausschließlich Männern vorbehalten waren, beispielsweise bei der „Volkspolizei“.



67

Frauen im Beruf

Rund 85 % aller Frauen waren im Haushalt beschäftigt. Diese Tätigkeit wurde in den Nachkriegsverfassungen als vollgültiger Beruf anerkannt. Die Arbeitsämter hatten aber Schwierigkeiten, genügend Frauen und Mädchen für Arbeit als Hausgehilfinnen zu finden. [...] Gelernte Kräfte (beispielsweise Schneiderinnen RT) zogen es nach 1945 meistens vor, sich selbständig zu machen und für Kunden zu arbeiten, die in der Lage waren, wenigstens teilweise in Naturalien zu bezahlen. Der Andrang zu Lehrstellen im Handwerk war größer als in der Vorkriegszeit [...].“

Einige der früheren Ausbildungsstätten für soziale Berufe (Fürsorgerin, Kindergärtnerin usw.) wurden in den ersten Jahren nach dem Kriege wiedereröffnet. Während viele Schülerinnen abgewiesen werden mußten, herrschte gleichzeitig in diesen Berufen Mangel an ausgelernten und berufserfahrenen Kräften. Bessere Ausbildungsmöglichkeiten bestanden für Pflegerinnen (Kranken-, Kinder-, Säuglingsschwwestern), da hier der Andrang jüngerer Kräfte zur Ausbildung geringer war.

Die Zahl der in geistigen Berufen tätigen Frauen war klein. Es gab in den Westzonen nur sehr wenige Professorinnen, Bürgermeisterinnen, Senatorinnen usw., obwohl keinerlei rechtliche oder verfassungsmäßige Hindernisse für die Besetzung derartiger Ämter durch Frauen bestanden. Zwar gelangte nach 1945 eine Reihe von Frauen auch hier in führende Stellungen, übernahmen Ministerposten und sonstige Staatsstellungen, Doch wirkte sich die nach 1933 erfolgte Zurückdrängung der Frau aus dem öffentlichen Leben noch immer aus. In der Sow. Z. und in Berlin trat die Frau im öffentlichen und staatlichen Leben stärker hervor.

Deutschland-Jahrbuch 1949, S. 272

Sollen Frauen mitarbeiten?

Frau Schäfer ist seit fünfzehn Jahren Hausfrau. [...] Ihr Man ist Arbeiter bei der Conti. Sie haben zwei Kinder: Liselotte und Heinz. Sie leben in Stube, Kammer und Küche – irgendwo in einer grauen Mietskaserne.

Frau Schäfer hat ihre kleine Wohnung gut in Ordnung, die Kinder sind aus dem Gröbsten heraus, aber die Sorgen? – Die Sorgen reißen nicht ab.

„So schwer war es noch nie, die Familie satt zu bekommen, wie gerade jetzt nach der Währungsreform“, sagt Frau Schäfer. Sie legt ihr Einkaufsnetz auf den Küchentisch. Sie hat Kartoffeln, Zwiebeln und einen großen Wirsingkohl mitgebracht. Nichts von den anderen schönen Sachen, die man in den Gemüseläden sieht. [...] Aber irgend etwas muß Herr Schäfer doch essen, wenn er acht Stunden im Betrieb gestanden hat. Aber irgend etwas muß doch da sein, wenn die Kinder aus der Schule kommen. Einmal, als die Schäfers noch ganz jung verheiratet waren, hat Herr Schäfer gesagt: „Hilde, du hast nun hinter dem Ladentisch gestanden, seitdem du aus der Schule bist. Jetzt sollst du nicht mehr mitarbeiten! Wir sind einfache Leute, und es wäre doch gelacht, wenn ich nicht ranschaffen könnte, was wir brauchen. Sorge du dafür, daß wir es zu Hause gemütlich haben.“

Herr Schäfer hat Wort gehalten. Aber jetzt überlegt sich Frau Schäfer, ob sie nicht heimlich nebenbei eine Aufwarte-stelle übernehmen sollte. Die Kinder müssen Schuhe haben. Für die Betten ist ein neues Inlett nötig. Frau Schäfer möchte so gern ein paar neue Teller kaufen, dies und das für den Haushalt. Man hat doch so lange nichts anschaffen können! Manchmal träumt sie von neuen Strümpfen, von einem leichten Sommerkleid. Man ist doch auch noch nicht so alt ... Und es gibt jetzt so hübsche Sachen.

Der Bund/Gewerkschaftsstimme vom 31. Juli 1948. Zit. n. Kleßmann/Wagner 1993, S. 176f.

68



69



70

68/ Frauen erobern ein neues Arbeitsgebiet. Im volkseigenen Betrieb Landmaschinenbau in Rostock werden Kartoffelsortiermaschinen nur von Frauen hergestellt, 27. September 1950. Foto: Pietsch

69/ Frauen in einer Hamburger Zigarettenfabrik, 1948. Foto: Germin

70/ Fischfabrik der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine mbH (GeG) – Verpacken von Heringen in Gelee, 1950. Hamburg 1950. Foto: Germin

71/ Frau Langer (sitzend), die erste Volksrichterin für Ehe-Sachen am Amtsgericht Leipzig, 3. Februar 1950. Foto: Rohrlapper



71

Entnazifizierung und Re-education

Nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich für die alliierten Siegermächte ein grundlegendes Problem: Sollten die Besiegten nur „bestraft“ und zu Reparationsleistungen herangezogen, bis auf weiteres kontrolliert und reglementiert werden oder sollte man versuchen, sie grundsätzlich zu ändern, um sie schließlich zu zukünftigen Partnern werden zu lassen?

„Als das NS-Regime zusammenbrach, verschwanden auch die Nationalsozialisten.“ (Echternkamp 2013, S. 64). Diesen Eindruck suchte ein großer Teil der deutschen Bevölkerung den Alliierten zu vermitteln. Vor allem die Amerikaner erforschten die Einstellungen der Menschen in Umfrageprojekten. In allen Besatzungszonen wurden mit unterschiedlicher Intensität Entnazifizierungsverfahren durchgeführt, um einen fortdauernden Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten in Behörden, Justiz, Schulen und Hochschulen, aber auch in Presse und Rundfunk möglichst weitgehend ausschalten zu können. Die Bilanz fällt diesbezüglich einigermmaßen ernüch-

ternd aus: „Einen weitreichenden Austausch der Funktionseliten hat es in Westdeutschland nicht gegeben.“ (Echternkamp 2013, S. 69) In der amerikanischen Zone musste jeder Erwachsene über 18 Jahre einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen, verdächtige Personen mussten vor „Spruchkammern“ erscheinen, die sie nach unterschiedlichen Graden als Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete oder Mitläufer einstufen oder vollständig entlasteten. In der SBZ wurde die Entnazifizierung rigoros betrieb. „Bis 1948 wurden 520 000 ehemalige Nationalsozialisten aus der öffentlichen Verwaltung und aus der Industrie entfernt“ (Wolfrum 2007, S. 27) und teilweise in Lagern interniert. Die Entnazifizierung diente hier missbräuchlich auch als Vorwand, politisch unliebsame Personen auszuschalten.

Die von der amerikanischen Militärverwaltung OMGUS (Office of Military Government for Germany, US) veranlasseten Bevölkerungsbefragungen zeigen, dass sich die Menschen zwar weitestgehend von Hitler distanzierten und den Krieg strikt verurteilten, aber viele Maßnahmen der nationalsozialistischen Innenpolitik rückblickend positiv bewerteten.

72



72/ Auswechseln von Straßenschildern in Trier unter amerikanischer Aufsicht, 1945

73/ Entnazifizierung: Abgabe der Fragebögen vor einem Polizeirevier in der amerikanischen Besatzungszone, Mitte 1946



73

Die Deutschen und der Nationalsozialismus

Insgesamt führte die von OMGUS gebildete Opinion Survey Section von 1945 bis 1949 72 größere Umfragen durch. Zwischen November 1945 und Dezember 1946 wurden elf Umfragen durchgeführt, bei denen durchschnittlich 47 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass der Nationalsozialismus eine prinzipiell gute Idee war, die lediglich schlecht ausgeführt wurde. Im August 1947 stieg die Zahl derer, die diese Meinung vertraten, auf 55 Prozent und blieb dann relativ konstant [...] Im Jahr 1948 waren es durchschnittlich 55,5 Prozent. Der Anteil derer, die den Nationalsozialismus für eine schlechte Idee hielten, fiel von 41 auf circa 30 Prozent [...]

Bezogen auf die Schuldigkeit der Angeklagten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess machten die Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone folgende Angaben: Im Dezember 1945 hielten 70 Prozent der Befragten die Angeklagten für schuldig, im März 1946 waren es 75 Prozent und im August 1946 52 Prozent. Nach Verkündung der Urteile hielten 55 Prozent diese für gerecht, 21 Prozent hielten sie für zu milde.

In einer weiteren Befragung wurden im Oktober 1946 2983 Deutsche in der amerikanischen Besatzungszone zur Kriegsschuld befragt. 92 Prozent der Befragten wiesen nach dieser Umfrage eine kollektive Kriegsschuld der Deutschen zurück, 51 Prozent waren der Meinung, dass die Deutschen, da sie Hitlers Regierung unterstützt hätten, eine Teilschuld trügen.

Rothland 2008, S. 56f.

Eine kollektive Kriegsschuld lehnten mehr als neun Zehntel ab, die Hälfte räumte lediglich eine Teilschuld ein. „Der Einzelne war in der Notsituation der Wirren der frühen Nachkriegsjahre zunächst mit sich selbst, dem eigenen beziehungsweise mit dem Überleben der ihm nächsten Menschen beschäftigt. Angesichts dieser Lebensumstände vermag es kaum zu verwundern, dass die befragten Deutschen häufig in erster Linie positive Erinnerungen vor allem mit der Zeit von 1933 bis 1939 verbanden. Festgemacht wurde diese Bewertung etwa an der geringen Arbeitslosigkeit, der ausreichenden Versorgung, einer vermeintlichen Gleichberechtigung in Europa, der ‚Volksgemeinschaft‘ und der scheinbaren ‚Aufhebung‘ der Klassenunterschiede, der Beschäftigungspolitik und anderen Bereichen der, wie sich in den Umfragen selbst herausstellte, vielfach positiv bewerteten Innenpolitik. Die Ungeheuerlichkeit des Nationalsozialismus in seinen verbrecherischen Dimensionen bis hin zum Judengenzid sowie Repression und Terror auch im Innern scheint im Bewusstsein der Deutschen in der frühen Nachkriegszeit weniger verankert gewesen zu sein.“ (› Rothland 2008, S. 60)

Frauen, die im öffentlichen Leben während der NS-Diktatur stark im Hintergrund standen, wurden von der Ent-

nazifizierung weit weniger als Männer erfasst. Das betraf auch die Bestrafung für schwer wiegende Vergehen. „Immerhin wurden 1945 und 1946 in Ludwigsburg mehrere tausend Frauen interniert, darunter auch Mütter mehrerer Kinder, und noch Ende 1947 befanden sich in einem Lager 55 Mädchen unter 20 Jahren, 69 Mütter von im Kriege Gefallenen und 97 Mütter mit minderjährigen Kindern unter 16 Jahren.“ (› Deutschland-Jahrbuch 1949, S. 273)

So wurden die Jahre nach dem Kriege auch eine Zeit der Umerziehung zur Demokratie, der „Re-education“ im Westen, und der fortschreitenden „Erziehung des neuen Menschen“ nach sowjet-sozialistischem Vorbild im Osten. Während vor allem die Neuorganisation des Bildungssystems auf diese konträren Ziele ausgerichtet war, sind in der kulturellen Nachkriegssituation auch noch analoge Entwicklungen erkennbar. Es gab Brückenschläge, wie die Allgemeine Deutsche Kunstausstellung 1946 in Dresden, den Ersten Deutschen Schriftstellerkongress im Oktober 1947 in Berlin und die Frühgeschichte des „Ulen Spiegel“, der bis zur Berlin-Krise im Sommer 1948 sogar von der amerikanischen Besatzungsmacht lizenziert war, obwohl er im Ostsektor herausgegeben wurde.

Medien und Frauenzeitschriften

Die ersten Maßnahmen der Besatzungsbehörden richteten sich auf die Neugründung von Tageszeitungen, die in erster Linie der dringend notwendigen Informationsübermittlung dienten. Sie wurden in allen Besatzungszonen zuerst in eigener Regie der Siegermächte herausgegeben. Bereits acht Tage nach der deutschen Kapitulation erschien am 15. Mai 1945 die „Tägliche Rundschau“, fünf Tage später folgte die „Berliner Zeitung“.

Etliche Medien waren im Verlauf der alliierten Besetzung von den Besatzungsmächten bereits vor Kriegsende installiert worden, so erschienen die „Aachener Nachrichten“ erstmals am 24. Januar und der „Kölner Kurier“ richtete sich schon am 2. April 1945 mit einer Auflage von 400 000 Exemplaren an die deutsche Bevölkerung. Die unter Beteiligung von deutschen Emigranten wie Hans Habe oder Stefan Heym eingerichtete Rundfunkstation „Radio Hamburg“ begann ab 4. Mai 1945 zu senden. Erst im Herbst 1948 wurden die zunächst unter Kontrolle der Besatzung eingerichteten Rundfunkstationen in deutsche Verantwortung übergeben.

Deutsche Zeitungen und Zeitschriften konnten nur herausgegeben werden, wenn sie von den Besatzungsbehörden lizenziert worden waren. Sie unterlagen in den einzelnen Besatzungszonen unterschiedlichen Regelungen und Kontrollen. Von den heute renommierten Tageszeitungen erschien im Westen zuerst die „Süddeutsche Zeitung“ seit 6. Oktober 1945. Im Geleitwort finden sich charakteristische Sätze für einen moralischen und politischen Neuanfang: „Zum ersten Male seit dem Zusammenbruch der braunen Schreckensherrschaft erscheint in München eine von Deutschen geleitete Zeitung. Sie ist von den politischen Notwendigkeiten der Gegenwart begrenzt, aber durch keine Zensur gefesselt, durch keinen Gewissenszwang geknebelt. Die Süddeutsche Zeitung ist nicht das Organ einer Regierung oder einer bestimmten Partei, sondern ein Sprachrohr für alle Deutschen, die einzig sind in der Liebe zur Freiheit, im Haß gegen den totalen Staat. Im Abscheu gegen alles, was nationalsozialistisch ist.“ Für die SBZ entstand „Neues Deutschland“ unmittelbar nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD als SED-Tageszeitung seit 23. April 1946, sie trat an die Stelle der Parteizeitungen von SPD und KPD, die ihr Erscheinen einstellten. Während die Erstausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ bereits am 21. Februar 1946 herauskam, folgte „Der Spiegel“ fast ein Jahr später am 4. Januar 1947.

Im Rundfunk, der sich in allen Besatzungszonen bereits kurz nach Kriegsende zunächst unter strikter Kontrolle der Besatzungsmächte formierte, ist Gabriele Strecker eine der ersten Frauen, die schon 1946 als Leiterin des Frauenfunks bei Radio Frankfurt und später mehr als ein Jahrzehnt lang beim 1949 neu gegründeten Hessischen Rundfunk einen wichtigen Einfluss erlangt. Mit einem Arzt verheiratet, hatte sie während des Krieges Medizin studiert und anschließend zwei Jahre als promovierte Ärztin gearbeitet. Nach Kriegsende hatte sie den Entschluss





74 / Verkauf der ersten Ausgabe der
„Berliner Zeitung“, 21. Mai 1945

75



76



gefasst, als Journalistin tätig zu werden (>vgl. Strecker 1981). 1948 begann sie auch eine Karriere als CDU-Landespolitikerin in Hessen und übernahm Führungsfunktionen in verschiedenen Frauenorganisationen. Im November 1946 nahm sie als erste Deutsche nach dem Krieg am Internationalen Frauenkongress in New York teil.

„In den Jahren 1945 bis 1949 erlebte Deutschland eine Blüte literarisch-politischer Zeitschriften, wie sie später nicht wieder erreicht wurde. [...] Das Spektrum reichte von liberal-konservativen über christlich-kirchliche bis hin zu sozialistischen Publikationen.

Rund 1 400 Zeitschriften suchten in den Jahren 1945 bis 1948 ihre Käufer – und fanden sie.“ (>von Plato/Leh 2011, S. 120) Deren Namen signalisierten oft schon die Aufbruchstimmung wie auch den Veränderungswillen: „Aufbau“ (als Zeitschrift des Kulturbundes in der SBZ publiziert), „Der Ruf“, „Ende und Anfang“, „Besinnung“ oder „Die Wandlung“. Ihr vorrangiges Ziel war es, der deutschen Bevölkerung die Augen zu öffnen über das Ungeheuerliche des Geschehenen und

gleichzeitig Orientierung wie Hoffnung für eine „antifaschistische“ Zukunft zu geben. Antifaschismus und Humanismus dienten dabei als Stichworte für eine gemeinsame Verantwortung. Doch sollte sich bald herausstellen, dass Antifaschismus im Verständnis der Kommunisten als Legitimationsprinzip für die eigene Politik, zugleich aber als striktes Abgrenzungskriterium gegen die Demokratiekonzepte des Westens diente, so dass die noch bis Ende 1947 viel beschworene Einheit aller Kulturschaffenden sich sehr rasch als brüchig erwies.

Allerdings gab es kaum Publikationsmedien, die sich gezielt an Frauen richteten. In der SBZ erschien seit 1. Februar 1946 wöchentlich die illustrierte Frauenzeitschrift „Die Frau von heute“ als Organ der kommunalen Frauenausschüsse, Anfang 1948 übernahm der „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ die Herausgeberschaft, die bis 1962 bestand und dann durch die moderne „Für Dich“ abgelöst wurde. Die Auflage betrug zwischen 300 000 und 600 000 Exemplare.

Die „Frauenwelt“ war die erste Frauenzeitschrift nach dem Krieg. Sie erschien erstmals im Dezember 1945 in Nürnberg mit einer Auflage von 23 000 Exemplaren, die sich bis Dezember 1949 verdoppelte.

Hierbei ist weniger die vergleichsweise geringe Auflage interessant als die Biografie der Herausgeberin Rosine Speicher. Diese hatte in ihrer 1928 gegründeten „Nürnberger Hausfrauenzeitung“ im Februar 1937 einen Artikel erscheinen lassen, der sich gegen „die sittliche Verderbnis der Jugend durch den Stürmer und die pornographischen Reden des Herrn Streicher“ gerichtet hatte. Rosine Speicher war zeitweilig in einem Konzentrationslager inhaftiert und konnte wohl auch wegen dieser Vorgeschichte sehr früh die Lizenz für eine Zeitschrift erwerben. Als Intention der Zeitschrift, die zweimal monatlich herauskam, hieß es u. a. in einem Leitartikel der Herausgeberin: „Sollten die Frauen nicht wenigstens einmal ihre eigene Presse in die Hand nehmen, sie durch Verständnis und Mitarbeit fördern! Sollte in der weiblichen Ausschaltung aus der Presse nicht ein Grund zu suchen sein für die nicht begehrte Arbeit der Frau im öffentlichen Leben. Die Presse ist noch immer eine Macht, und die Einflussnahme auf sie muss erstrebt werden, denn von hier aus kann manches, wenn nicht alles erreicht werden.“ (› Zit. n. Seeler 1984, S. 90f.) Zwei Monate später erschien in München die erste Nummer der Zeitschrift „Der Regenbogen“, in der die Herausgeberin Maria Pfeffer die Erwartungen ihrer Zielgruppe zunächst mit den Stichworten „viel Praktisches: Kochrezepte, nützliche Winke, eine Modeseite ... kurz Rat und Hilfe in den

Sorgen des Alltags“ umschrieb. Dann verwies sie auf einen aufschlussreichen Meinungsunterschied: „In einem Punkt waren allerdings die Meinungen geteilt. Viele sagten ‚Von Politik wollen wir nun nichts mehr wissen.‘ Es waren vor allem junge Frauen, die nur die ‚Politik‘ der letzten dreizehn Jahre kennen. Nun stehen sie fassungslos vor dem Unheil, das ‚die Politik‘ angerichtet hat. Und wissen nicht, dass sie in einem Denkfehler befangen sind. Wir wollen gewiss keine Politik betreiben; das ist die Aufgabe der Zeitungen und Parteiblätter. Aber wir dürfen uns vor den brennenden Tagesfragen nicht verschließen, sondern müssen versuchen, uns mit ihnen auseinanderzusetzen.“ (› Zit. n. Seeler 1984, S. 94f.)

Ab März 1948 publizierte der Axel Springer Verlag alle 14 Tage die erfolgreichste Frauenzeitschrift der frühen Nachkriegszeit „Constanze“ mit einer Startauflage von 300 000 Exemplaren, bezeichnenderweise unter der Chefredaktion eines Mannes. Und Walther von Hollander fungierte als Lebensberater, dessen Antworten aus heutiger Sicht weniger interessant erscheinen, als die zahlreichen Leserbriefe, die Einblick in die materiellen, mentalen und emotionalen Nöte vieler Frauen vermitteln.

77



75/ Zeitungsverkauf an einem Ruinengrundstück in der Schillerstraße, Leipzig 1948

76/ Dr Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin, Redakteurin, Politikerin

77/ Zeitungslektüre auf einem Mietstuhl im Park, Berlin 1948. Foto: Liselotte Orgel-Purper

Männeransprüche – Frauenrollen

„Frau B. schreibt: Können Sie gerecht sein? Auch gegen eine Frau? Dann möchte ich Ihnen mal eine Frage vorlegen. Nach fast fünf Jahren ist mein Mann aus der Gefangenschaft zurückgekommen. Die ersten drei, vier Wochen waren wir sehr glücklich. Aber nun gibt es einen Streit nach dem anderen. Grund: Er kommandiert herum und ist mit allem unzufrieden. Ich hätte mich so verändert, sagt er, und ich wäre gar keine richtige Frau mehr. Als wir heirateten, war ich 23. Jetzt bin ich 31. Von den acht Jahren war ich sechs Jahre allein und musste zusehen, wie ich durchkam. Jetzt müsste er mir doch eigentlich eine Hilfe sein. Aber er verlangt, dass ich den ganzen Haushalt (wir haben zwei niedliche Kinder) besorgen soll, und er sitzt in der Ecke, liest Zeitung, schimpft und kommandiert. Haben die Männer denn noch nicht genug bekommen vom Kommandieren? Er meint, er hat ein gemütliches Heim zu fordern. Ich finde aber, er hat gar nicht zu fordern. Wie soll das wieder in Ordnung kommen? Wer ist schuld?

Constanze, Heft I, 1948, S. 19. Zit. n. von Plato/Leh 2011, S. 246

Isaac Deutscher erlebt in Berlin im September 1945 Grauen und Kultur

Abgesehen von den totenblassen Gesichtern in den Kinderwagen gibt es in den Straßen Berlins wenige Dinge, die unmittelbar die Gefühle erschüttern. Eine alte, in schwarz gekleidete Frau fand sich steif unter den Trümmern eines Palastes Unter den Linden; sie war offensichtlich tot. Und im Adlon-Hotel ging am Arm eines Mannes eine Frau mit grauem, tränenüberströmten Gesicht vorbei, mager und gleichzeitig vom Gewicht einer Schwangerschaft geschwollen: Aber in Berlin wird zur Zeit der Nase häufig Schlimmeres zugemutet als dem Auge. Der Geruch, der von den riesigen Ruinen herüberkommt oder aus dem U-Bahnhof Wilhelmstraße/Ecke Unter den Linden, der seit Ende der Schlacht verstopft und überschwemmt ist, herausströmt, erinnert fast ständig und immer auf abstoßende Weise an Menschen, die bereits in Verwesung übergegangen sind.

Unter diesen Umständen ist es erstaunlich, daß Berlins Kulturleben wiedererwacht ist. Kürzlich hat man sowohl den Fidelio als auch die Dreigroschenoper sowie zwei Konzerte mit großem Orchester gegeben; die Aufführungen wurden von kompetenten Kritikern trotz der Hungerkost als hervorragend bezeichnet.

Deutscher 1980, S. 115f. Zit. n. von Plato/Leh 2011, 189.

78



79

78/ Szene aus der Ballettaufführung „Bolero“, Deutsche Staatsoper, Berlin, 27. Februar 1947

79/ Ausstellungseröffnung „Nach zwölf Jahren – Freiheit der Kunst“, Berlin-Steglitz Juli 1945

80/ Die erste Filmaufführung nach Kriegsende in Berlin: Warteschlange vor dem Kino „Cosima“ für Chaplin's „Goldrausch“, Juni 1945. Foto: Fritz Eschen



80

Kultur und Bildung

Filme spielten eine große Rolle beim „geistigen Neubeginn“. Mitte 1945 waren in ganz Deutschland schon wieder über 1100 Kinos in Betrieb. Am 23. Oktober 1945 wurde die erste Wochenschau „Welt im Bild“ (vor dem Hauptfilm) gezeigt, im Februar 1946 kam als erste Uraufführung eines deutschen Films nach dem Krieg, Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“ (mit der jungen Hildegard Knef), in die Kinos.

Ein interessanter Aspekt der kulturellen Nachkriegsentwicklung betrifft die Bereitschaft emigrierter Schriftsteller, nach Deutschland zurückzukehren. Während zwischen Thomas Mann und Walter von Molo eine heftige Kontroverse über die Rolle der Schriftsteller zwischen Exil und „innerer Emigration“ entbrannte und die Prominenten fast durchweg eine Rückkehr in das westliche Deutschland vermieden, konnte sich die SBZ nicht nur auf den parteiergebenen Kommunisten Johannes R. Becher verlassen, der bereits unmittelbar nach Kriegsende aus dem Moskauer Exil zurückgekehrt war und sich als kulturpolitischer Akteur nachhaltig in Szene setzte, sondern 1947 schließlich auch Anna Seghers gewinnen, die schon im Vorjahr Berlin besucht hatte. Die durch ihren 1942 publizierten Roman „Das siebte Kreuz“ weltberühmte Autorin kehrt 1947 aus ihrem mexikanischen Exil über Frankreich und Schweden nach Deutschland zurück, nimmt ihren Wohnsitz zunächst im noch ungeteilten westlichen Berlin, erhält im gleichen Jahr den renommierten Büchnerpreis, wird aber zudem – ein deutliches Bekenntnis – Mitglied der SED. Sie avanciert, ähnlich wie seit 1950 auch Bertolt Brecht, zu einem politisch umstrittenen Symbol der ostdeutschen Kultur und zu einem Vorbild für Autorinnen wie Christa Wolf.

Ab Herbst 1945 waren in allen Besatzungszonen auch wieder zahlreiche Theater – von Staats-, Landes-, Stadt-, Privat- und Bauerntheatern bis zu Wanderbühnen – spielbereit (insgesamt

ca. 320 Einrichtungen). Es kam zu einer regelrechten Blüte des Theaterlebens, wobei neben dem klassischen Repertoire – von Goethe und Schiller, Kleist, Lessing bis Hauptmann – etliche neue Stücke zu aktuellen Themen aufgeführt wurden, auch von ausländischen Autoren wie Thornton Wilder („Unsere kleine Stadt“) oder Jean Paul Sartre. Unter den deutschen Nachkriegsstücken war Carl Zuckmayers „Des Teufels General“ besonders erfolgreich. Das im Dezember 1946 in Zürich uraufgeführte Werk erlebte allein in der Saison 1948/49 2069 Aufführungen. Während Zuckmayer die tragische Verstrickung des legendären Kampffliegers Ernst Udet, der im Zweiten Weltkrieg schließlich zum „Generalluftzeugmeister“ avancierte, in der Figur des fiktiven Generals Harras als ein Dilemma aufzeigt, in dem sich der Protagonist mit seinem selbst gewählten Tod 1941 der moralischen Verantwortung für Hitlers Verbrechen zu entziehen sucht, behandelt das Stück des jung verstorbenen Wolfgang Borchert „Draußen vor der Tür“ (Uraufführung am 21. November 1947) das heillose Nachkriegsschicksal eines physisch und psychisch verletzten Kriegsveteranen, dem es nicht mehr gelingt, in den verwirrenden Verhältnissen der Hamburger Nachkriegstage ein neues Leben zu beginnen.



81



82

81 / Hildegard Knef im Film „Die Mörder sind unter uns“ (1946) mit Robert Forsch

82 / Anna Seghers spricht am „Tag des freien und verbrannten Buches“ vor der Humboldt-Universität Berlin, 10. Mai 1946



83

83/ Bildungsreform in der sowjetischen Besatzungszone:
Neulehrerin in der Mädchenklasse einer Volksschule,
Juni 1947

84/ Neue Berliner Illustrierte, 3. Novemberheft 1945

Bildung

Es waren nicht nur die Kriegszerstörungen, die den Beginn eines neu installierten Schul- und Hochschulbetriebs schwierig gestalteten. Der Lehrer- und Hochschullehrermangel in der Nachkriegszeit beruhte in erster Linie auf der Belastung großer Teile der deutschen Lehrerschaft und vieler Universitätsprofessoren, die während der NS-Diktatur die rigorose Ausschließung ihrer jüdischen Kollegen zumeist widerspruchslos akzeptiert hatten. Viele waren NSDAP-Mitglieder gewesen und mussten sich Entnazifizierungsverfahren unterziehen, die von den Besatzungsmächten mit unterschiedlicher Intensität durchgeführt wurden. Besonders dringlich war die Ausbildung möglichst junger Frauen und Männer zu zukünftigen Lehrern, aber auch die Wiedereinsetzung unbelasteter pensionierter Altlehrer. In der SBZ führte die konsequente personelle Entnazifizierung zu einem akuten Lehrermangel, da in diesem Teil Deutschlands von etwa 39 350 Lehrern ca. 28 180 Mitglieder der NSDAP gewesen waren, d. h. fast 72 Prozent, und daher zunächst nicht mehr unterrichten durften (Kleßmann 1991, S. 83). Um den Schulunterricht sicherzustellen, wurden Notlösungen praktiziert: Für das Schuljahr 1945/46 kamen zunächst 16 000 „Neulehrer“ hinzu, die über keine pädagogische

Ausbildung verfügten und in Schnellkursen notdürftig auf den Lehrerberuf vorbereitet wurden. Zum Schuljahr 1946/47 wurden etwa 25 000 weitere Neulehrer eingestellt, die wenigstens eine mehrmonatige Ausbildung erhalten hatten.

In der SBZ gingen auch die Bestrebungen um eine Schulreform am weitesten. Es sollte eine sechsklassige allgemeinbildende „Einheitsschule“ eingeführt werden. Das Bildungsideal in den Westzonen bestand dagegen in der Wiederaufnahme des Schulsystems aus der Zeit der Weimarer Republik.

In den westlichen Besatzungszonen war die Entnazifizierungsquote unter den Lehrkräften ähnlich hoch wie in der SBZ. „In manchen Gegenden wurden bis zu 90 Prozent der Lehrer entlassen. Auf das Land Hessen umgerechnet ergab sich anfangs eine Quote von nicht verwendungsfähigen Lehrern zwischen 55 und 75 Prozent. Es wurde versucht, die Lücken durch sogenannte Schulhelfer zu schließen und Pensionäre sowie 1933 von den Nazis Entlassene wieder einzusetzen. [...] Für Grundschullehrer und Schulhelfer wurde bereits vor Eröffnung der



84

Anfangsjahre in der Schule

Annelies Klein (K.): Ich war Junglehrerin in Lüchow. Dort hatte ich 1946 in zwei Klassen 129 Kinder zu unterrichten [...] und musste an fast jedem Tag viele Fibelseiten schreiben, es gab ja keine Fibeln zu kaufen. Ich habe sie ganz und gar mit der Hand geschrieben. Zwei Kinder hatten immer eine Fibel. 60 Kinder waren in der Schulanfängerklasse, und alle wollten unheimlich viel lernen. Es waren viele Flüchtlingskinder dabei; manche hatten ein ganzes Jahr nicht zur Schule gehen können. [...]

Interviewerin (I.): Ich meine, wenn man Lesen und Schreiben unterrichtet, im ersten Schuljahr, kann man ja noch nicht viel „Gesinnung“ an die Schüler weitergeben. Wurde von den Engländern darauf geachtet, was unterrichtet wurde, und wie machten sie das? Wie kontrollierten sie das?

K: Eine Kontrolle der Engländer habe ich nicht erlebt, die wurde dann wohl auch den Schulräten übertragen. Wir hatten unheimlich genaue Lehrpläne, nach Stunden aufgefächerte Stoffpläne, die von den Engländern überprüft worden waren.

von Plato/Leh 2011, S. 344 f.

Bericht einer Studentin über ihren Einsatz bei der Enttrümmerung in Freiburg

Meinen Arbeitseinsatz habe ich für dieses Semester auch hinter mir: 56 Stunden Bauarbeit. Ich habe Steine geklopft, d. h. von alten Ziegelsteinen den Mörtel entfernt, um sie wieder brauchbar zu machen. Am Abend des ersten Tages konnte ich meine Hand nicht mehr geradebiegen, weil ich noch nie einen ganzen Tag lang einen Hammer geschwungen hatte, aber zum Schluß gings dann leidlich, und unser Polier stellte fest, daß ich das Backsteinputzen jetzt könne. Es ist der erste Arbeitseinsatz, um den ich mich nicht gedrückt habe. Vielleicht sogar aus Prinzip: denn diese Arbeiten müssen sein und wer soll sie machen, wenn nicht wir, die wir (egal, wieviel Jahre wir zählen) die Jugend genannt werden. Am „Westwall“ habe ich aus denselben Gründen nicht „geschippt“: Ich war restlos überzeugt von der Sinnlosigkeit dieser Arbeiten. [...]

Wenn man hier die Trümmerfelder sieht, könnte man verzagen. Man kann sich nicht vorstellen, daß da wieder einmal Menschen wohnen sollen. Man denkt nur schauernd: hier haben einmal Menschen gewohnt; man sieht auf den Trümmern mitten in der Stadt Grabkreuze, mit Blumen geschmückt; man sieht hinunter in zweistöckige Keller, die glatt durchschlagen wurden. Und dann kommt einem eigentlich erst zum Bewußtsein, welch ungeheuren Dusel man hatte, daß man diese sechs Jahre des Grauens lebend überstanden hat. Und von da ist es eigentlich nur ein Schritt bis zu der Erkenntnis, daß diese Tatsache auch eine Verpflichtung bedeutet.

Badener Tageblatt, 29. Juni 1946. Zit. n. Kleßmann/Wagner 1993, S. 118

Der Beginn des Universitätsbetriebs

Die medizinische Fakultät der Universität Heidelberg konnte von 5000 Bewerbern lediglich 1000 zum Studium annehmen. Hier wird mit den Vorlesungen noch Anfang November begonnen werden.

Die Heidelberger Universität hat jedoch noch einige Plätze für Studenten der theologischen Fakultät offen, die im günstigsten Fall 300 Hörer aufnehmen kann.

[...] Heidelberg hat ein bestimmtes System, nach dem die Aufnahme oder Ablehnung der Studenten erfolgt. Von vornherein ausgeschlossen vom Studium sind: 1. Die nationalsozialistischen Aktivisten; 2. Studenten, die Ämter in der Hitlerjugend oder im Bund deutscher Mädchen innehatten; 3. die Freiwillige in der SS waren; die Schüler und Angehörige von Ordensburgen waren.

Bei der Aufnahme werden bevorzugt: 1. Politisch Geschädigte; 2. Kriegsinvaliden; 3. Studenten, die ihr Studium lange unterbrechen mussten; 4. Nichtparteigenossen vor Parteigenossen; 5. Heidelberger und Flüchtlinge aus dem Osten vor anderen, wenn die übrigen Voraussetzungen die gleichen sind.

Neue Zeitung, München, 4. November 1945. Zit. n. von Plato/Leh 2011, S. 346



Schulen im Herbst 1945 ein mindestens zweiwöchiges Reorientierungsprogramm durchgeführt.“ (Kleßmann 1991, S. 92) Oft waren es jüngere Frauen, die nun den Unterricht übernahmen. Gravierend war zudem der Mangel an Schulbüchern.

Auch die Situation an den Universitäten war nach dem Ende der NS-Diktatur durch grundlegende Veränderungen bestimmt. In den ersten beiden Nachkriegsjahren war der Frauenanteil unter den Studierenden, vor allem in der Medizin, vergleichsweise hoch. Im Sommer 1947 betrug die Gesamtzahl der Studierenden in allen vier Besatzungszonen rund 106 000, davon fast die Hälfte (47 %) in der amerikanischen Zone (mit 19 Hochschulen), ein knappes Drittel (30 %) war an den 15 Hochschulen der britischen Zone eingeschrieben. In der SBZ wurden zu diesem Zeitpunkt 12 900 Studierende an acht Hochschulen registriert, bezogen auf die Einwohnerzahl war der Anteil der Studierenden dort relativ am höchsten. Die Zulassungsquote zum Studium schwankte in Deutschland erheblich, sie bewegte sich zwischen acht und 25 Prozent der Bewerbungen. Der Anteil der Frauen war an der Berliner Humboldt-Universität mit 43 Prozent besonders hoch und verzeichnete im Vergleich zu früheren Jahrzehnten einen deutlichen Anstieg (1923: 25 %, 1939: 12,5 %). Überwiegend lag er zwischen 20 und 30 Prozent, wobei Tübingen (17 %) und Würzburg (16 %) die niedrigsten Frauenanteile hatten. Unter den verschiedenen Fakultäten bevorzugten die Studierenden in den Westzonen Philosophie (27–47 %), gefolgt von Medizin (25–38 %), während in der SBZ die Medizin den Vorrang (41–51 %) vor der Philosophie (35–50 %) hatte. Das Durchschnittsalter der Studierenden war kriegsbedingt bei Männern mit 25 und Frauen mit 24 Jahren besonders hoch (Deutschland-Jahrbuch 1949, S. 368).

Mit der Rückkehr der Männer aus der Kriegsgefangenschaft, die teilweise ihr unterbrochenes Studium fortsetzten und insgesamt bei Neuimmatrikulationen den Vorzug erhielten, wurden Frauen zuneh-



mend in den Hintergrund gedrängt. Zuverlässige Zahlen liegen erst für das Jahr 1950 vor. In diesem Jahr betrug der Anteil der Studentinnen in der Bundesrepublik etwa ein Sechstel (16,7 %), in der DDR ein knappes Fünftel aller Studierenden (19,2 %). (Vgl. Rüdiger Thomas, in: Timmermann [Hrsg.] 1988, S. 34) Während in der SBZ mit der Einrichtung von „Vorstudienanstalten“, die auf der Grundlage eines Befehls der SMAD schon im Herbst 1946 zunächst u. a. in Berlin, Leipzig und Jena entstanden und im Oktober 1949 durch die „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ (ABF) ersetzt wurden, eine gezielte Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern in den Vordergrund rückte, blieben in den Westzonen vergleichbare Maßnahmen aus. Ab 1948 wurden die Differenzen im Hochschulbereich im Konflikt um die Berliner Humboldt-Universität eklatant deutlich. Weil sie sich der politischen Instrumentalisierung der Universität verweigerten, ergriffen Studierende bereits 1947 erste Initiativen, um im Westen der Stadt die Freie Universität zu gründen, die der Magistrat in Verbindung mit einer nachhaltigen amerikanischen Unterstützung während der Berlin-Blockade schließlich am 4. Dezember 1948 ins Leben rief.



85/ Anfang 1946: Die ersten Studierenden der wieder eröffneten Berliner Universität bringen Pappen mit, um die Fenster der Unterrichtsräume damit abzudichten. Foto: Gerhard Gronefeld

86/ Studierende im Hof der Berliner Humboldt-Universität, um 1946



Neues Leben aus Ruinen

Die Trümmerjahre waren nicht nur eine dunkle Zeit, in der Trauer, Not und Erschöpfung vorherrschten, sondern auch eine Periode, in der sich ein Überlebenswille Bahn brach, der mit Einfallsreichtum und Fantasie gepaart war und schon frühzeitig auch Facetten einer optimistischen Aufbruchstimmung erkennen ließ. Kaum ein Motto könnte das besser verdeutlichen als der Satz Attinghausens aus Friedrich Schillers Drama „Wilhelm Tell“: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen“ (IV, 2).

Dem weltberühmten Bildchronisten des Spanischen Bürgerkrieges, dem Fotoreporter Robert Capa, ist im August 1945 ein erstaunliches, faszinierendes Bild gelungen: In der Trümmerwüste Berlin zeigt er entspannte Menschen, vor dem zerstörten Cafe Wien auf dem Kurfürstendamm sitzend, so, als ob die Erinnerung an die bedrückende Zeitsituation sich weit von ihnen entfernt hätte: ein Bild „von überraschender Leichtigkeit und Entspanntheit“ (Hartewig 2010, S. 43). Ganz anders als auf den unzähligen Fotos zahlloser Kriegsdokumentaristen wird der Schrecken durch die eigene Erinnerung gleichsam ausgeblendet: Capa, kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges in einer jüdischen Schneiderfamilie in Budapest geboren, hatte Anfang der 1930er Jahre in Berlin studiert und im Ullstein Verlag gearbeitet. Sein Blick in das neu erwachende Leben der zerstörten Reichshauptstadt überbrückte das lange Jahrzehnt der Diktatur, von deren Schrecken die Menschen nun befreit waren.

Der Spannungsbogen zwischen einer Vergangenheit, die nur als Last abgeschüttelt werden konnte, wenn man von ihr buchstäblich abzusehen lernte, und einem Neubeginn, in dem sich auch wieder Lebensfreude regte, wird auf einem möglicherweise inszenierten Foto sichtbar, das etwa ein Jahr später im Sommer 1946 Badende am Berliner Havelstrand vor einem Soldatengrab zeigt. Der Schock, der den Vordergrund des Bildes bestimmt, wirkt nicht entmutigend, sondern wird auf suggestive Weise durch ein gleichmütiges Dennoch aufgehoben.

Nicht nur die Erwachsenen waren durch die Folgen des Krieges bestimmt, auch die Kinder blieben von solchen Erfahrungen nicht verschont. Sie ahnten zumindest, wenn sich neue Gefährdungen abzeichneten, auf die ihre Eltern reagieren mussten. Was bedeutete es, wenn sich Unsicherheit oder Angst ausbreiteten, die Menschen im Hinblick auf ihre Vergangenheit in der NS-Diktatur überprüft wurden, wenn Spruchkammern urteilten, ob und wie sie in der neu entstehenden Gesellschaft ihren Platz finden konnten? Ein verblüffendes Bild für diese Verwirrung der Gefühle ist dem Berliner Fotografen Friedrich Seidenstücker gelungen. Vier Mädchen simulieren das Ausfüllen jenes Fragebogens, der oft auch für sie selbst eine zukunftsweisende

88



87 / Zurück in Berlin, 1945.
Foto: Robert Capa

88 / Soldatengrab am
Havelstrand, 1946

89 / Der Fragebogen. Oder
die Entnazifizierung
als Kinderspiel. Foto:
Friedrich Seidenstücker

89



90



91



90/Berliner Kinder spielen „Luftbrücke“, Foto: U.S. Air Force

91/„Wohin geht die Reise?“ – „Wissen wir nicht!“ Badische Illustrierte, Freiburg, Nr. 2, 14. Februar 1948

Bedeutung haben konnte. Ging es doch um die berufliche Existenz in der eigenen Familie.

Die Bilder junger Menschen changieren zwischen Unsicherheit und neugieriger Erwartung. Dahinter verbirgt sich noch die mentale Hypothek einer belastenden Vergangenheit, aber die Jugend im Wartestand blickt nicht ohne Hoffnung in eine Zukunft, deren Konturen sich noch nicht deutlich abzeichnen.

Die „Luftbrücke“ hat sich unauslöschlich in das Gedächtnis aller Menschen eingeschrieben, die 1948/49 in Berlin gelebt haben. Sie hat vor aller Welt sichtbar werden lassen, dass das besetzte Deutschland vom „Kalten

Krieg“ der Supermächte eingeholt worden war. Sie hat aber zugleich verdeutlicht, dass aus der westalliierten Besatzung Berlins „Schutzmächte“ für das demokratische West-Berlin geworden waren, denen die Sympathien der Bevölkerung als Gegengabe zuflogen.

Fast ein Jahr lang hatten Amerikaner und Briten mit insgesamt etwa 280 000 Flügen mehr als 230 000 Tonnen Fracht in die Stadt transportiert, vor allem Koh-

le und Nahrungsmittel. Mitte April 1949 haben die liebevoll „Rosinenbomber“ getauften Militärflugzeuge an einem einzigen Tag allein rund 1400 Flüge mit einem Frachtaufkommen von fast 13 000 Tonnen nach Berlin gebracht (Miller 2008, S. 108f.). Dieser Solidaritätsbeweis ist unvergessen, bei den Kindern von damals blieb neben der Faszination eines spektakulären Dauerfluggeschehens in Erinnerung, dass die landenden Piloten mitunter Schokolade abwarfen.

„Schon bald nach Kriegsende waren die Illustrierten und ihre Leser der Trümmer, der Flüchtlinge und der zerlumpten Heimkehrer überdrüssig. [...] Sie erinnerten an eine Vergangenheit, die man abzuschütteln versuchte. Man wollte freundliche Eindrücke haben, resümierte „Der Spiegel“ bereits im Januar 1947.“ (Zit. n. Hartewig 2010, S. 82) Die Cover der Bildzeitschriften lassen häufig Sehnsüchte nach einem besseren Leben erkennen, das zumeist noch ein bloßer Wunschtraum bleibt. Fast genau ein Jahr vor der Währungsreform ist die Frau, die sich im Strandkorb mit einem doch eher seltenen Kofferggrammofon und einer kalorienreichen Schlemmerei wenige Monate nach dem Hungerwinter wohligh räkelt, eher eine attraktive Illusion. Sie dient zugleich

92



als nachhaltige Kaufempfehlung für ein Magazin, das bereits eine Millionenaufage erreicht hat.

Zwei Jahre später spekuliert das Magazinangebot nicht nur auf Sex Appeal und die Anziehungskraft größerer Freizügigkeit, sondern kokettiert bereits mit aufkommender Sorge vor unerwünschter Gewichtszunahme.

Der Kölner Fotograf Peter Fischer hat nicht nur die verheerenden Kriegszerstörungen und die Mühen der Trümmerbeseitigung dokumentiert, ihm sind auch eindrucksvolle Milieustudien aus dem neu erwachten Leben in der Domstadt gelungen, die ihm wiederholt Auszeichnungen, u. a. auf der „Photokina“, eingetragen haben und häufig als Motive für die Titelbilder der in Köln verlegten „Neuen Illustrierten“ dienen.

Vier Monate nach der einschneidenden Erfahrung der Währungsreform konnten auch die Kölner der neuen Mode in einem inszenierten Straßenschaufenster ihren neugierigen Blick zuwenden. Das Beste an diesem Angebot war, dass man es nun auch wieder kaufen konnte. Der Bildhintergrund signalisiert allerdings, dass die Hypotheken des Krieges längst noch nicht abgetragen waren.

„Es war die Verheißung wiedergewonnener Autonomie, die die Leute ins Träumen brachte. Bereits im Jahr der Währungsreform lebten die Bildreportagen vom Reiz – oder wenn man so will – vom Skandal der Gegensätze. In seiner Reportage ‚Reisen in Deutschland‘ zeigte Wolfgang Weber, der Altmeister des Fotjournalismus, zwei Züge, die gleichzeitig auf einem Bahnsteig zum Halten kommen: der D-Zug, der bereits wieder einen Speisewagen führt, und einer der stets überfüllten ‚Kartoffelzüge‘ mit seinen blinden Passagieren, die wie Insekten auf den Plä-

93



94



95



92/ Nach dem Hungerwinter: Im Strandkorb:
Schlager und Schlagkrem. Neue Berliner Illustrierte,
26. Juni 1947. Foto: Ullmann

93/ Ein Jahr nach der Währungsreform: Schon beginnt die Sorge vor Übergewicht. Neue Illustrierte, Köln, 4. Jahr, Nr. 24, 16. Juni 1949. Foto: Peter Fischer

94 / Familie Jedermann geht spazieren. Neue Illustrierte, Köln, 3. Jahr, Nr. 27, 28. Oktober 1948. Foto: Peter Fischer

95/ Zwei Züge begegnen sich: ein D-Zug, der wieder Speisewagen führt, und einer der ominösen Kartoffelzüge, Neue Illustrierte 1948

96



96/Leipzig 1949: Messeneuheit Lippenstift im Schuhabsatz. Foto: Rössing

97/Leipzig 1948: Preisträgerin bei einer Hundeaussstellung. Foto: Rössing

98/Tanzendes Paar in einer Nachtbar, um 1948



97

fonds und Trittbrettern kleben.“ (Hartewig 2010, S. 89)

Auch im Osten Deutschlands zeigen die Menschen neu erwachten Optimismus. Allmählich scheint der Hunger besiegt. Und es wird deutlich, dass viele Frauen über den Trümmern mit Zuversicht nach vorn blicken.

Es gibt nicht nur die appellative politische Agitationsfotografie, die den Aktivisten Adolf Hennecke feiert oder demonstrierende Volkspolizistinnen ins Bild setzt, sondern auch Einblicke in das Alltagsleben. So hat das Leipziger Fotografenpaar Roger und Renate Rössing entdeckt, dass das Leben auch wieder Kapriolen schlägt. Nicht nur die stolze Preisträgerin einer veritablen Hundeaussstellung wird in Szene gesetzt, auch Erfinder werden registriert, die vor keiner Idee zurückschrecken. Auf der traditionsreichen Leipziger Messe, die schon ein Jahr nach Kriegsende am 8. Mai 1946 wieder eröffnet worden war, wird eine „Weltneuheit“ gezeigt: der Lippenstift, der im Schuhabsatz verwahrt werden kann. So wird der Mangel an Handtaschen durch diese kleine Messeattraktion kompensiert.

Der „Ulenspiegel“ war in der deutschen Zeitschriftenlandschaft der ersten Nachkriegsjahre ein Unikum. Die „Zeitschrift für Literatur, Kunst und Satire“ hatte der kommunistische Zeichner und Karikaturist Herbert Sandberg, als Jude und Kommunist im KZ Buchenwald eingekerkert, initiiert. Sie wurde von ihm gemeinsam mit dem Schriftsteller und Widerstandskämpfer Günther Weisenborn herausgegeben, der in Verbindung mit der „Roten Kapelle“ gestanden hatte. Bis zur Währungsreform ist der Zeitschrift nicht nur der intellektuelle Brückenschlag zwischen Ost und West mit einem Themenspektrum gelungen, das von der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur bis zur neuen Philosophie des Existenzialismus reichte. Sie hat auch in einer lebendigen Mischung aus Text- und Bildbeiträgen mit bemerkenswerter Prägnanz alltägliche Zeitsituationen in einer spezifischen Mischung aus Satire und tieferer Bedeutung erfasst. Nach der Währungsreform wurde sie rasch zwischen den politischen Fronten des Kalten Krieges zerrieben. Seit Sommer 1948 erschien sie unter Lizenz der sowjetischen Militäradministration und musste schließlich 1950 ihr Erscheinen einstellen.



Kontrastprogramm auf dem Tanzboden

Im „Treffpunkt der älteren Jugend“ ist heute verkehrter Ball. Um sieben Uhr ist der „Ballsalon“ bereits überfüllt. Die meisten Gäste – auch die Frauen – sind schon „aus dem Schneider“. Es sind einfache Menschen in schlichter, oft ärmlicher Kleidung. Falsche Eleganz schätzen sie nicht; selbst der „junge Mann aus gutem Hause“ steht bei ihnen nicht hoch im Kurs. Der Wunschtraum der Frauen ist der biedere Handwerker mit realen Absichten, die Frau mit der eigenen Wohnung das Ziel der Männer.

Wenn die Musik einsetzt, engagieren die Frauen. Sie tun es ungeniert. Swing und Rumba sind verpönt. Am meisten wird Schieber, Polka und Walzer getanzt. Der Refrain des Liedes wird begeistert mitgesungen. In der Pause knüpfen sich die Männer ihre Hemdkragen auf und die Frauen fächeln sich Luft zu.

Die „Sascha-Bar“ hat nur jugendliche Gäste. Die Mädchen sitzen meist in Gruppen zusammen, sprechen lebhaft und kichern viel. Um älter zu erscheinen, tragen sie eine „Entwarnungsfrisur“ und bemalen sich die Lippen. Da sie in der Überzahl sind, klatschen sie ab. Ihre Kavaliere – die meisten vom Jahrgang 1930 – finden nichts dabei. Am beliebtesten ist hier die „Staksmaschine“, der „Zitterfox“ und der Tanz mit „Wegschmeißen“. Beim Zitterfox schlenkern die Tänzer in wildem Rhythmus die Beine, zucken ekstatisch mit den Schultern und wackeln krampfhaft mit dem Kopf. Dabei bewegen sie sich kaum von der Stelle. Um die Stimmung zu erhöhen, begleiten die Musiker ihr Spiel mit grotesken Gebärden. Der Beifall ist so stark, daß sie noch „mehrere Enden“ zugeben müssen.

Nach dem Tanz stärken sich die Gäste an Limonade oder Dünnbier

Otto Mai: Die Kehrseite, in: Ulenspiegel, 10. August 1948

„Frollein, könn’ Se
linksrum tanzen?“
„Aber doch nicht hier
im Westsektor!?“

Josef Hegenbarth, 1949



Drei Lebenswege

Drei Beispiele sollen verdeutlichen, wie Frauen in der Nachkriegszeit unter kontroversen Rahmenbedingungen politischen Einfluss und exponierte Bedeutung gewinnen konnten: Greta Kuckhoff, Hilde Benjamin und Elisabeth Selbert.

Greta Kuckhoff (1902–1981) war eine der wenigen prominenten Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus,

die das Hitler-Regime überlebt haben und nach dem Krieg in der DDR zeitweilig eine einflussreiche politische Karriere machen konnten. Sie stammte aus einer bürgerlichen Familie, studierte zunächst Volkswirtschaft in Berlin und Würzburg, bevor sie sich in den USA der Soziologie zuwendete und 1928/29 Assistentin an der University of Wisconsin wurde. Nach ihrer Rückkehr aus den USA war sie von 1930 bis 1932 in einer Zürcher Anwaltskanzlei tätig und wurde anschließend Assistentin von Karl Mannheim am renommierten Frankfurter Institut für Sozialforschung. Nach der Machtübernahme Hitlers ging sie einige Monate zu einem Studienaufenthalt an die London School of Economics, bevor sie

unter der NS-Diktatur eine Doppelexistenz zu führen begann. 1935 Mitglied der KPD geworden, hatte sie 1937 ihren Gesinnungsgenossen, den Schriftsteller und Dramaturgen Adam Kuckhoff, geheiratet. Zu dieser Zeit war sie bereits als Dolmetscherin im rassenpolitischen Amt der NSDAP beschäftigt, was sie für ihre Mitwirkung in der „Roten Kapelle“ zu nutzen wusste. Angehörige der „Roten Kapelle“ übermittelten ihre Informationen an den sowjetischen Geheimdienst, wobei Greta Kuckhoff vor allem als Kurier agierte. 1942 verhaftet, wurde sie im folgenden Jahr, ebenso wie ihr 1943 in Plötzensee hingerichteter Ehemann, zunächst zum Tode verurteilt, aber später zu zehn Jahren Zuchthaus

begnadigt. Im Mai 1945 aus der Haft befreit, übernahm sie noch im gleichen Monat die Leitung der Amtsstelle für die entnazifizierten und herrenlosen Betriebe in Berlin. Nachdem ihr verschiedene exponierte Aufgaben in der Wirtschaftsverwaltung übertragen wurden, war sie von 1950 bis 1958 Präsidentin der Deutschen Notenbank und damit auch Mitglied im Ministerrat der DDR. Als eigenständig denkende Persönlichkeit geriet sie schon bald mit der SED-Führung in Konflikt und schied daher „aus gesundheitlichen Gründen“ aus diesem Amt aus. Danach wurden ihr nur noch repräsentative Aufgaben übertragen, für welche die polyglotte „rote Greta“ besonders prädestiniert schien: Im Friedensrat der DDR und in der Liga für Völkerfreundschaft fungierte sie jeweils als Vizepräsidentin. 1963 begründete sie die Freundschaftsgesellschaft DDR – Großbritannien. 1972 erschien ihr „Lebensbericht“ unter dem viel sagenden Titel „Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle“.

Hilde Benjamin und Elisabeth Selbert waren beide. Juristinnen mit einem ähnlichen Lebensalter. Sie haben sich auf höchst unterschiedliche Weise nachhaltig in die frühe Geschichte des geteilten Nachkriegsdeutschland eingeschrieben.

Hilde Benjamin (geb. 1902), als Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR seit 1949 durch verschiedene Schauprozesse als „rote Hilde“ berüchtigt, amtierte von 1953 bis zu ihrer Pensionierung 1967 als Minister(in) der Justiz in der DDR. Einer wohl situierten bürgerlichen Familie entstammend, begann sie mit 19 Jahren ein Jurastudium, das sie 1927 mit dem Assessor-Examen abschloss. Zuvor hatte sie 1926 den jüdischen Arzt Georg Benjamin geheiratet, der unter der NS-Diktatur nach acht Jahren Haft im Konzentrationslager Mauthausen umgebracht wurde. Nachdem sie zunächst 1924 der SPD beigetreten war, wurde sie drei Jahre später Mitglied der KPD. Nach ihrem Assessorexamen hatte sie sich als Anwältin für die „Rote Hilfe“ engagiert und 1933 Berufsverbot erhalten, woraufhin sie als

99





100

juristische Beraterin der sowjetischen Handelsgesellschaft in Berlin tätig war. Von 1939 bis 1945 war sie in der Konfektionsindustrie dienstverpflichtet, bevor nach Kriegsende ihre politische Karriere, zuerst als leitende Mitarbeiterin der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz, in der SBZ begann. Politisch „linientreu“, war sie zu einer „Machtfrau“ geworden (Feth 1997; Brentzel 1997).

Fundamental anders verlief die Lebensgeschichte von Elisabeth Selbert. Sechs Jahre vor Hilde Benjamin geboren, begann sie ihren Berufsweg als Postbeamtenanwärterin, wurde schon 1918 Mitglied der SPD und schloss 1934 mit nachhaltiger Unterstützung ihres Ehepartners ihr Jurastudium mit dem Assessorexamen endgültig ab. Kurz bevor Frauen seit Dezember 1934 durch ein NS-Gesetz nicht mehr als Anwältinnen zugelassen werden sollten, konnte Selbert durch Mithilfe von NS-Gegnern im Gerichtswesen ihre Zulassung als Anwältin noch erreichen. Da ihr Mann, gelernter Buchdrucker, aus politischen Gründen zeitweilig in „Schutzhaft“ genommen, erwerbslos blieb, unterhielt ihre Berufsausübung die Familie, zu der auch zwei Kinder gehör-

ten. Elisabeth Selbert sollte nach Kriegsende den vielleicht wichtigsten Erfolg in der Geschichte des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland erstreiten. Dieses Verdienst wurde in der deutschen Politik beschämenderweise nur unzureichend gewürdigt. Ihre Versuche, als Abgeordnete in den Bundestag einzuziehen, blieben ebenso erfolglos wie eine angestrebte Nominierung als erste Richterin am Bundesverfassungsgericht im Jahr 1958. Ein Mandat erlangte sie lediglich in den ersten drei Wahlperioden des Hessischen Landtags.

Als Elisabeth Selbert die politische Bühne als Mitglied des Parlamentarischen Rates betrat, galt noch ein Ehe- und Familienrecht, das im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt und bereits 1896 vom Reichstag verabschiedet worden war. Es gewährte dem Ehemann die alleinige Entscheidungsbefugnis „in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten“ und bestimmte vor allem die Pflichten der Ehefrau: „Zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäft des Mannes ist die Frau verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Ver-

99/ Greta Kuckhoff, 1955.

Foto: Abraham Pisarek

100/ Hilde Benjamin als Gerichtsvorsitzende, Berlin, 25. Juni 1952.

Fotograf: Gustav Köhler

Elisabeth Selberts Kampf um den Gleichheitsgrundsatz

Neben den 61 Männern saßen auch vier Frauen in der verfassungsgebenden Versammlung, die knapp vier Jahre nach der Kapitulation in Bonn tagte. Keine dieser Frauen wurde nach 1900 geboren, alle hatten sie noch die erste Frauenbewegung erlebt und den Kampf ums Frauenstimmrecht. Nur eine von den vier war verheiratet.

Allerdings nahm die eine sich einen Mann, der sie, als sie schon zwei Kinder hatte, bestärkte, das Abitur zu machen. Das war 1926, und da war sie schon 30. Sie war eine der ersten Frauen, die in Deutschland zum Jurastudium zugelassen wurden, und ihr Mann, ein Buchdrucker, zahlte für sie die hohen Studiengebühren. Sie war 34, als sie über die „Zerrüttung als Ehescheidungsgrund“ promovierte – 47 Jahre bevor die sozialliberale Koalition das „Schuldprinzip“ abschaffte. Die Rede ist von der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert. Ihr haben wir den schlichten Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Artikel 3, Absatz 2, Grundgesetz) in unserer Verfassung zu verdanken. Sowie dem Protest tausender ungenannter Frauen, die im Winter 1948/49 deutsche Politiker in die Knie zwangen.

Ein Wunder, dass die Frauen überhaupt an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt wurden. Zwar waren sie als Wählerinnen 1949 in der Mehrheit, auf 100 Wähler kamen 170 Wählerinnen; zwar organisierten sie draußen im zerbombten Land das Überleben; zwar arbeiteten sie als Schweißerinnen auf Hamburger Werften und als Maurerinnen auf dem Bau; zwar beschickten sie Hochöfen bei Krupp und Hösch; zwar fuhren sie Lastkraftwagen und Straßenbahnen und konstruierten Akkumulatoren; zwar waren sie gleich nach dem Krieg auch für die schwerste Männerarbeit stark genug – aber die „hohe Politik“ machten die Herren nach wie vor allein. [...]

Und es waren ausschließlich Männer, die im August 1948 auf der „Herreninsel“ im Chiemsee – ihre Sekretärinnen waren auf der „Fraueninsel“ untergebracht – einen ersten Verfassungsentwurf ausarbeiteten und einen Gleichheitsartikel, in dem das Wort „Frau“ nicht vorkam.

Die „Gleichheit“ der Herren vom Chiemsee las sich so: „(1) Vor dem Gesetz sind alle gleich. (2) Der Grundsatz der Gleichheit bindet auch den Gesetzgeber. (3) Jeder hat den Anspruch auf gleiche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung.“[...]

Die Juristin Selbert formuliert den zweiten Absatz um in „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ und überzeugt nach hartnäckigen Redegefechten auch ihre Fraktion. Am 30. November 1948 bringt die Sozialdemokratin Frieda Nadig den Änderungsantrag Selberts in den Grundsatzausschuss ein. Er wird mit großer Mehrheit abgelehnt. [...]

„In meinen kühnsten Träumen habe ich nicht erwartet, dass der Antrag [...] abgelehnt werden würde“, antwortet Elisabeth Selbert am 3. Dezember 1948 vor dem Hauptausschuss [...] Und dann droht die mutige Juristin aus Kassel: „Sollte der Artikel in dieser Fassung heute wieder abgelehnt werden, so darf ich Ihnen sagen, dass in der gesamten Öffentlichkeit die maßgeblichen Frauen wahrscheinlich dazu Stellung nehmen werden, und zwar derart, dass unter Umständen die Annahme der Verfassung gefährdet ist.“ [...]

Kein Wunder, dass es Elisabeth Selbert leicht fällt, ihre Drohung wahr zu machen. Sie erinnert sich später: „Wie ein Wanderprediger bin ich von Versammlung zu Versammlung gefahren.“ Und die Frauen stehen hinter ihr wie eine Frau – über alle Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg [...] Auch die Presse eilt der Sozialdemokratin zu Hilfe. Die Neue Zeitung ereifert sich am 8. Dezember 1948 über die „für den großen Teil der weiblichen Bevölkerung unverständliche Situation“. Und die Rheinische Zeitung empfiehlt am 15. Dezember ihren Leserinnen, sich „denjenigen Vertreterinnen ihres Geschlechts anzuschließen, die in vorderster Reihe um die politische und rechtliche Gleichstellung gegenüber dem Manne kämpfen“. [...]

Elisabeth Selberts Rückkehr von ihrer Reise ist triumphal. „Waschkörbeweise“ hat sie Eingaben, Solidaritätsadressen und Protestschreiben im Gepäck. Folge: Die Sitzung des Hauptausschusses am 18. Januar 1949, als die Gleichberechtigung zum vierten Mal auf der Tagesordnung steht, bringt die Wende. [...]

In dieser Sitzung des Hauptausschusses wird der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ angenommen, und zwar einstimmig! [...] Noch 30 Jahre nach ihrem Triumph sagt Selbert schlicht: „Es war die Sternstunde meines Lebens.“

Cornelia Filter: Männer und Frauen sind gleichberechtigt, in: EMMA 3/2009, [Seitenangabe fehlt](#)



101

hältnissen, in denen Ehegatten leben, üblich ist.“ Dieser „Gehorsamsparagraph“ (§ 1354) wurde auch auf das Vertragsrecht ausgeweitet. § 1358 gestand den Frauen lediglich die „Geschäftsfähigkeit“ zu, unterwarf sie aber weitestgehend dem Entscheidungsprivileg des Ehemanns.

Auch die Weimarer Verfassung brachte nur eine begrenzte Veränderung. Zwar bestimmte der Artikel 109 Abs. 1: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Damit waren Frauen zwar als Staatsbürgerinnen gleichberechtigt, aber als Privatpersonen blieben sie den Bestimmungen des BGB unterworfen. An den Protesten, die sich bereits auf der Reichsfrauenkonferenz 1920 nachdrücklich artikulieren sollten, hatte Elisabeth Selbert als Delegierte und Sprecherin deutlichen Anteil. Sie wies darauf hin, dass die in der Verfassung gewährte Gleichberechtigung „eine rein papierne“ sei.

Elisabeth Selberts nachhaltigem Einsatz ist es zu verdanken, dass mit der Ver-

abschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949 ein erster entscheidender Schritt zur rechtlichen Gleichstellung der Frauen erfolgte. Sie wurde dabei anfangs nur von den drei weiteren Frauen unterstützt, die dem Parlamentarischen Rat angehörten.

Unter den „Müttern des Grundgesetzes“ ist Helene Weber die weitaus älteste, nur fünf Jahre jünger als Konrad Adenauer. Mit 67 Jahren wird sie in den Parlamentarischen Rat gewählt. Nach ihrem Studium der Geschichte, Philosophie und Romanistik im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg war sie als Studienrätin tätig und führend im Katholischen Frauenbund aktiv. Von 1924 bis 1933 gehörte sie dem Reichstag als Zentrum-Abgeordnete an. Sie war 1948 Mitbegründerin der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, von 1949 bis 1962 Bundestagsabgeordnete, seit 1951 Vorsitzende der Frauen Union. Im Bundestag hatte sie am 2. Dezember 1949 erklärt: „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker.“

Helene Wessel, als Fürsorgerin ausgebildet, engagierte sich bereits in jungen

102



101/ Die „Mütter des Grundgesetzes“ im Parlamentarischen Rat (v. l. n. r.) Friederike Nadig, Helene Wessel, Helene Weber, Elisabeth Selbert, 1. September 1948. Foto: Erna Wagner Hehmke

102/ „Väter der Verfassung“. Porträts der Mitglieder des Parlamentarischen Rats (darunter auch vier Frauen), 1948, Foto: Dietmar Katz

Jahren in der Zentrumsparlei, für die sie 1949 in den Bundestag einzieht und dort auch den Fraktionsvorsitz übernimmt. Im gleichen Jahr wird sie zur ersten weiblichen Parteivorsitzenden in Deutschland gewählt. 1952 gründet sie u. a. mit Gustav Heinemann und Johannes Rau die Gesamtdeutsche Volkspartei und ist von 1957 bis zu ihrem Tod 1969 Bundestagsabgeordnete der SPD.

Frieda (Friederike) Nadig war ursprünglich Verkäuferin, als Wohlfahrtspflegerin wird sie Bezirkssekretärin der ostwestfälischen Arbeiterwohlfahrt, 1947 in den Landtag von NRW gewählt und von 1949 bis 1961 ist sie Bundestagsabgeordnete der SPD.

Der mit Unterstützung der Öffentlichkeit durch beharrliche Politikerinnen erstrittene Erfolg hatte freilich seine Grenzen: „Die sozialen Privilegien der Männer blieben erhalten, während die Forderungen der Frauen durch die rechtliche Verankerung der vollen Gleichberechtigung scheinbar eingelöst werden. Artikel 3 Absatz 2 GG wird erfolgreich als Opium eingesetzt.“ (>Antje Späth, in: Freier/Kuhn (Hrsg.) 1984, S. 161 f.)

Die verabschiedete Fassung des Grundgesetzes erforderte, sämtliche gesetzlichen Bestimmungen und Verträge im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz zu überprüfen und entsprechend zu verändern. Zur grundgesetzkonformen Anpassung solcher Bestimmungen schien ein erheblicher Aufwand nötig, daher enthielt das Grundgesetz eine Übergangsregelung in Art. 117: „Das dem Art. 3 Abs. 2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1953.“

Doch diese Zielsetzung wurde von den politischen Akteuren ignoriert, Adenauer strebte sogar diesbezüglich eine Verfassungsänderung an, die jedoch von der SPD-Fraktion abgelehnt wurde. Das „Nachkriegsmatriarchat“ war schnell beendet und viele Männer hielten am Ideal der „Hausfrauenehe“ fest. Selbst die Ge-

werkschaften missachteten ihren noch im Oktober 1949 verkündeten Vorsatz, beim Abschluss von Tarifverträgen die Lohngleichheit von Männern und Frauen bei gleichen Tätigkeiten durchzusetzen. Am 18. Dezember 1953 entschied schließlich das Bundesverfassungsgericht, dass das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes eine „echte Rechtsnorm“ sei, was fortan die Hinnahme eines verfassungswidrigen Zustandes, einen „permanenten Verfassungsbruch“ bedeutete, wie Elisabeth Selbert konstatierte.

Es sollte fast dreieinhalb weitere Jahre dauern, bis der Bundestag am 3. Mai 1957 ein „Gleichberechtigungsgesetz“ verabschiedete, das seinem Anspruch allerdings nur teilweise gerecht wurde. So erhielt der Vater das letzte Recht bei der Kindererziehung und § 1356 BGB machte die Berufstätigkeit der Frau weiterhin vom Einverständnis des Mannes abhängig. Dort heißt es: „Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.“ Dieser Paragraph des Bürgerlichen Gesetzbuches blieb bis 1977 in Kraft.

Seitdem gilt, was uns heute selbstverständlich erscheint: „Beide Ehegatten sind berechtigt, erwerbstätig zu sein.“ Erst im Oktober 1994 wurde das Grundgesetz schließlich unmissverständlich dem Gleichheitsgrundsatz angepasst. Art. 3 Abs. 2 GG bestimmt seither: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“



103/ Elisabeth Selbert unterzeichnet
das Grundgesetz, 23. Mai 1949.
Foto: Erna Wagner-Hehmke

3

Getrennte Wege 1950 bis 1969

Private
Lebenswelten __ Seite 172

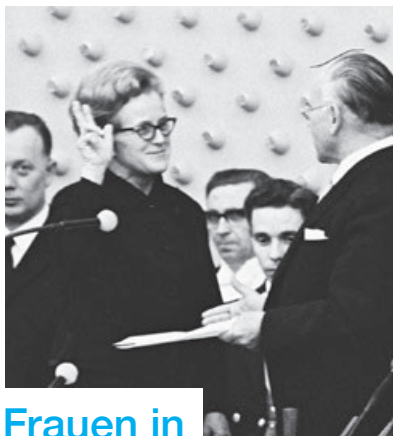


Frauen
im Beruf __ Seite 159



Systemkonkurrenz

__ Seite 149



Frauen in
der Politik

__ Seite 154



Karrieremuster

__ Seite 169



Schönheits-
ideale

__ Seite 186



Mode

__ Seite 188

Sport

___ Seite 200



Neue Frauenbewegung

___ Seite 236



Kultur

___ Seite 194



Bildungswege

___ Seite 204



Protest

___ Seite 229



Neue Frauenbilder

___ Seite xx



Jugend im Aufbruch

___ Seite 114



Sexuelle Revolution

___ Seite 224



1/ Der erste Wahlgang, Berlin,
15. Oktober 1950.
Foto: Jochen Moll

2/ Wahlplakat CDU 1953

3/ Wahlplakat CDU 1957

1



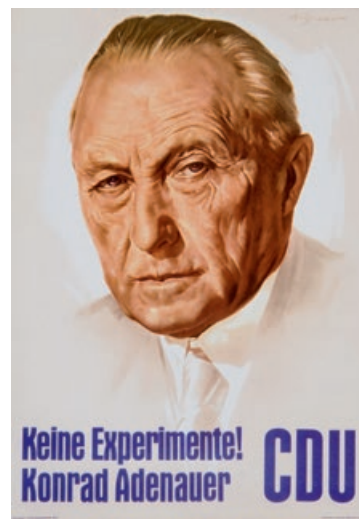
Systemkonkurrenz

Die deutsche Einheit erweist sich spätestens im Frühjahr 1952 als Illusion, nachdem die sowjetische Initiative gescheitert ist, mit ihrer „März-Note“ noch einmal eine „Lösung der deutschen Frage“ zu ihren Bedingungen zu sondieren. Dieser durchsichtige Versuch, den eigenen Einfluss in Europa zu erweitern, muss unter den Vorzeichen des Kalten Krieges scheitern. Denn während des bereits 1950 ausgebrochenen Korea-Krieges gibt es keine Partner mehr, die sich politisch verständigen könnten. Das gilt ebenso für die Besatzungsmächte wie für die Akteure der deutschen Politik. Die Bundesregierung erkennt die am 7. Oktober 1949 vollzogene Staatsgründung in der DDR nicht an und schränkt damit die Handlungsmöglichkeiten des ostdeutschen Regimes in der internationalen Politik für zwei Jahrzehnte weitgehend ein. Außerhalb des kommunistischen Weltlagers ist die DDR ein Staat ohne Anerkennung, und auch die Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung erweist sich als prekär. Das wird am Aufstand des 17. Juni 1953 überdeutlich und zeigt sich schließlich in der Abriegelung der DDR am 13. August 1961 auf schockierende Weise.

Das Jahrzehnt vor dem Mauerbau ist seit der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 durch die Zielsetzung bestimmt, den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR mit Zustimmung der Sowjetunion voranzutreiben. Nachdem die beiden Staaten in Deutschland seit 1955 in die beiden Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt integriert sind, vollzieht sich die Entwicklung unter dem doppelten Vorzeichen von Blockkonfrontation und Systemkonkurrenz. Für die SED-Führung stellt die massive Abwanderung in die Bundesrepublik, die bis zum Mauerbau etwa ein Siebtel der Gesamtbevölkerung erfasst, ein grundlegendes Problem dar, zumal sich zur „Republikflucht“ überwiegend beruflich qualifizierte Personengruppen und jüngere Menschen entscheiden. Die DDR-Führung sieht sich daher genötigt, das Arbeitskräftepotenzial maximal auszuschöpfen, indem sie die Berufstätigkeit der Frauen intensiv propagiert und mit sozialpolitischen Maßnahmen unterstützt. Um die Massenabwanderung einzudämmen, die eben-



2



3

4



- 4/Werbeplakat für eine Ausstellung anlässlich der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952.
- 5/Die Regierung der DDR besteht nur aus Männern. Berlin, 15. November 1950. Das Staatswappen der DDR wurde erst 1955 durch den Zirkel ergänzt, als Symbol für die „werkstätige Intelligenz“. Foto: Horst Sturm
- 6/Der Stacheldraht trennt am 13. August 1961. unerwartet Freunde und Familien.
- 7/Mahnmal für Ida Siekmann in der Bernauer Straße, Berlin 1961. Ida Siekmann ist am 22. August 1961 das erste Maueropter. Am Tag vor ihrem 59. Geburtstag ist sie beim Sprung aus ihrer Wohnung in der Bernauer Straße tödlich verunglückt. Foto: Jürgen Schadeberg

5



so aus politischen wie ökonomischen Gründen motiviert ist, lässt sich die SED in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre auf einen ökonomischen Wettbewerb mit der Bundesrepublik ein, indem sie 1958 das Ziel formuliert, im Konsum der Bevölkerung binnen vier Jahren mit den Westdeutschen gleichzuziehen.

Am 16. Juli 1958 verkündet Walter Ulbricht vor 200 000 stauenden „Werkstätigen“ auf dem Marx-Engels-Platz in Ost-Berlin: „Die Delegierten des V. Parteitages haben die kühne Losung ausgegeben, in 1200 Tagen, also, in einer geschichtlich kurzen Zeit, die Herkulesarbeit zu bewältigen, die Produktion so zu steigern, dass der Prokopfverbrauch unserer werkstätigen Bevölkerung den der Bevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft. Wir wollen in dieser Zeit die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber dem kapitalistischen, militaristischen, klerikalen Regime in Westdeutschland vor der ganzen deutschen Bevölkerung unter Beweis stellen.“ Dieser Vorsatz scheiterte desaströs. 1959 wurde ein ehrgeiziger Siebenjahrplan abgebrochen, die 1960 weitgehend vollzogene Zwangskollektivierung der Landwirtschaft verschärfte gesellschaftliche Spannungen und verstärkte den Prozess der Massenabwanderung aus der DDR, der 1961 neue Höchststände erreichte.

Die „Schocktherapie“ (Stefan Doernberg) des Mauerbaus beendet die Periode der Systemkonkurrenz unter den Bedingungen einer offenen Grenze, das „heimliche Gründungsdatum der DDR“ (Dietrich Staritz) erweist sich zugleich als eine politische Kapitulation vor großen Teilen der eigenen Bevölkerung. Nach dem Mauerbau leitet die SED eine Qualifizierungsoffensive ein, die sich insbesondere an Frauen richtet und ihre Stellung in der Gesellschaft nachhaltig beeinflusst. Die DDR vollzieht nun definitiv eine politische Abgrenzung zur Bundesrepublik. Seit Februar 1967 wird die gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit

aufgegeben, stattdessen gibt es nun eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft. Und im folgenden Jahr tritt eine „sozialistische Verfassung“ in Kraft. Darin bestimmt Art. 20 Abs. 2: „Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.“

Nachdem der Weg in den Westen versperrt ist, leitet Walter Ulbricht nach dem VI. Parteitag der SED 1963 einen ökonomischen Reformprozess ein, der bei anfänglichen Erfolgen schließlich am Ende des Jahrzehnts unter den Bedingungen eines anhaltenden planwirtschaftlichen Dirigismus erlahmt und im Mai 1971 den erzwungenen Rücktritt Ulbrichts von der Parteiführung auslöst.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist in diesem Doppeljahrzehnt weitgehend durch Kontinuität bestimmt. Die „Ära Adenauer“ ist ökonomisch durch das „Wirtschaftswunder“ geprägt. Sie bleibt über lange Zeit das Produkt einer Männergesellschaft, in der die „Hausfrauenehe“ und das Versorgermodell durch den berufstätigen Ehemann vorherrschend sind und das berufstätige ledige „Fräulein“ dahinter zurückbleibt. Der Arbeitskräftemangel in einer Periode anhaltenden Wirtschaftswachstums wird durch die Zuwanderung der DDR-Flüchtlinge und seit Ende der 1950er Jahre zunehmend durch die „Gastarbeiter“ kompensiert.



6



7

Bundesminister Franz-Josef Wuermeling über die Unersetzlichkeit der Mütter (1959)

Die Doppelbelastung unserer Hausfrauen und Mütter in Familie und Beruf ist keine „fortschrittliche Lösung“, sondern erzwungenes Unheil. Das wird uns deutlich, wenn wir bedenken, daß und wie sich unter der helfenden Hand der Mutter im Elternhaus gerade die auch für unseren Zusammenhang so grundlegend wichtige religiöse und soziale Erziehung vollzieht. Die Mütter sind es ja, die als erste und am ursprünglichsten in uns Menschen den Gottesglauben und das Wissen um den eigentlichen Sinn und das eigentliche Ziel unseres Lebens als festes religiöses Element allen Ringens und Strebens begründen. Der Mutter zuliebe lernt schon das Kleinkind gut zu sein und selbständig zu werden, sich zu beherrschen und sich Fertigkeiten anzueignen. Das tiefe Erleben der Zärtlichkeit, Zusprache und Fürsorge, wie es nur die Mutter zu geben vermag, lehrt uns doch von klein auf, Zuneigung und Liebe zu empfinden und zurückzugeben.

Liebende Hingabe der Mutter in ihrer Stetigkeit und Tiefe ist und bleibt aber auch entscheidend für die Entwicklung des größeren Kindes und des Jugendlichen. Mutterliebe und Muttersorge trägt den jungen Menschen hinweg über die Klippen des Bildungsweges und die Krisen der Reifezeit, stellt ihm das gute Beispiel vor Augen, vermittelt ihm Leitbilder und Wertmaßstäbe, weckt und stärkt die Kräfte des Gemüts und des Gewissens, begleitet ihn mit verstehender und verzeihender Anteilnahme auf dem Weg ins Leben, auf der Suche nach dem eigenen Standort, nach tragenden Interessen, Ideen und Idealen.

Mutterberuf ist daher – auch im Blick auf die gemeinsame europäische Zukunft – Hauptberuf und wichtiger als jeder Erwerbsberuf. Mutterberuf ist Berufung von unermeßlicher Tragweite, fortwirkend in Gegenwart und Zukunft. Sobald die Mutter fehlt oder ihren Platz in Familie und Erziehung nicht mehr voll ausfüllen kann, sind gefährliche Rückwirkungen auf Geist und Gesinnung der nächsten Generation unvermeidlich. Eine Mutter daheim ersetzt vielfach alle Fernsehgeräte, Autos, Musiktuben und Auslandsreisen, die doch allzu oft mit ihrer den Kindern gestohlenen Zeit bezahlt werden.

Auch Europa kann nicht bloß leben von Auto, Bildschirm und technischem Fortschritt – die gern mit Sinn und Vernunft genutzt werden mögen –, Europa wird leben von dem, was mütterliche Herzen in Liebe, Sorge, Aufopferung und Verzicht in die Seelen unserer heranwachsenden Europäer hineingesenkt haben. Ein bloßes Europa der Motoren und Maschinen hat kein inneres Fundament, aber ein Europa starker Herzen opferbereiter Mütter, das wird Bestand haben, weil ethische Werte höheren Rang und dauerhafteren Bestand haben als alle Technik, die im Dienste sittlicher Werte stehen muß.

In: Franz-Josef Wuermeling: Familie – Gabe und Aufgabe, Köln 1963, S. 73f.



9



10



8/ Wahlplakat CDU 1957

9/ „Heute klappt es wie am Schnürchen“ (Werbung Hengstenberg, 1960)

10/ Werbung Bosch-Küchenmaschine, 1954.

Die Erfolgsgeschichte der „sozialen Marktwirtschaft“, die der populäre Wirtschaftsminister Ludwig Erhard mit der Parole „Wohlstand für alle“ verknüpft hat, sichert dem konservativen Lager eine lang anhaltende politische Vormachtstellung, die erst im Dezember 1966 in der Regierung der ersten großen Koalition ein verändertes Kräfteverhältnis entstehen lässt, das schließlich am Ende des Jahrzehnts zur Ablösung der CDU als bestimmende politische Kraft in der deutschen Politik führen wird. Die Bildung der sozial-liberalen Koalition bedeutet nicht nur einen „Machtwechsel“ im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition, sondern markiert auch eine grundlegende Zäsur in der Mentalitätsgeschichte der westdeutschen Gesellschaft. Die Prägestkraft konservativer Denk- und Verhaltensmuster, welche die Gründergeneration bis in die erste Hälfte der 1960er Jahre bestimmt hatte und ihr den Vorwurf der „Restauration“ eintragen sollte, war schon während der parlamentarischen Übermacht der großen Koalition durch die Entstehung der „Außerparlamentarischen Opposition“ und die studentische Protestbewegung der Achtundsechziger erodiert. Hier liegen auch die Ursprünge einer Frauenbewegung, die am Ende des Jahrzehnts ihre eigenen Interessen und Ansprüche zu artikulieren beginnt.



11



11/ Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard im Gespräch mit Kundinnen eines Bonner Kaufhauses, 1951.
Foto: Gerhard Gronefeld

12/ Nur Männer bestimmen die Politik: Bundeskabinett mit Bundespräsident Heuss, 22. Oktober 1953.
Die Bundestagswahl fand am 6. September 1953 statt, drei Monate nach dem Aufstand des 17. Juni in Ost-Berlin und der DDR.

12

Frauen in der Politik

In der Politik spielten Frauen in der DDR nur eine marginale Rolle. Obwohl die DDR-Regierung weit mehr Personen umfasste als die Bundesregierung, gehörten ihr 1950 24 Männer als Minister an, daneben gab es lediglich drei weibliche Staatssekretäre. In der Folgezeit hatte die seit 1954 offiziell als „Ministerrat der DDR“ amtierende Regierung zeitweilig mehr als 40 Mitglieder, weil neben traditionellen Ministerien und der Staatlichen Plankommission seit Mitte der 1960er Jahre zusätzlich zahlreiche Ministerien für einzelne Wirtschaftszweige eingerichtet worden sind.

In der Geschichte der DDR hatten insgesamt mehr als 150 Personen ein Ministeramt inne, darunter befanden sich im Verlauf von 40 Jahren nur vier Frauen: Elisabeth Zaisser war als „Minister für Volksbildung“ (die DDR kannte nur die maskuline Form) 1952 für kurze Zeit die erste, ihr folgte Hilde Benjamin als Minister für Justiz (1953–1967), Margarete Wittkowski als eine von acht Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrates (1961–1967) und Margot Honecker als Minister für Volksbildung (1963–1989). Der Frauenanteil war demnach

verschwindend gering. Selbst auf der zweiten Ebene der Staatsorgane – 1952 waren die Länder aufgelöst und in 15 Bezirke auf gegliedert worden – gab es nur eine Frau, Lydia Poser, die von 1952–1959 das Amt eines Ersten Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Gera ausübte.

In Spitzenfunktionen der SED ergab sich ein ähnliches Bild. Dem obersten Machtorgan der DDR, dem Politbüro der SED, das durchschnittlich mehr als 20 Personen umfasste, gehörten insgesamt lediglich fünf Frauen als nichtstimmberechtigte „Kandidaten“ nacheinander an: Elli Schmidt wurde in das Politbüro offensichtlich aufgrund ihrer Funktion als Vorsitzende des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands“ (DFD) 1950 bis 1953 einbezogen, ihr folgten von 1958 bis 1963 Edith Baumann sowie die als Aktivistin und bereits 1950 auch als „Held der Arbeit“ ausgezeichnete Schneiderin und Betriebsleiterin der Halleschen Kleiderwerke Luise Ermisch. Sie wurde 1963 durch Margarete Müller abgelöst, eine damals 32 Jahre junge Agronomin, die offenkundig in das Altherren gremium als Alibifrau aufgenommen wurde. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ gab deren landwirtschaftlicher Hintergrund als LPG-Vorsitzende wohl den Ausschlag für diese sonst kaum erklär bare Entscheidung. Margarete Müller gehörte dem Gremium bis 1989 an, als sich das Politbüro in Auflösung befand.

Anders gelagert war die Berufung von Inge(burg) Lange, die schon kurz nach Kriegsende mit 20 Jahren zunächst in der FDJ-Führung und seit 1961 als Nachfolgerin von Edith Baumann, der vormaligen ersten Ehefrau Erich Honeckers, im SED-Apparat als Leiterin der Abteilung Frauen Karriere machte, bevor sie 1973 als Kandidatin in das Politbüro einrückte. Zusätzlich wurde ihr die Funktion eines ZK-Sekretärs für Frauenfragen übertragen, die ihr einen wenn auch beschränkten politischen Einfluss gewährte.

Wenn es nicht um die Machtausübung, sondern um die Akklamation zur

13



14



Politik ging, war der Frauenanteil deutlich höher. In der Volkskammer der DDR, deren Mitglieder seit der ersten Wahl von 1950 durch eine zuvor festgelegte Einheitsliste der „Nationalen Front“ bestimmt wurden, lag der Frauenanteil Ende der 1960er Jahre bei 30,6 Prozent (153 Frauen von 500 Abgeordneten). In gewisser Hinsicht kann man das Zentralkomitee (ZK) der SED als eine Art Parteiparlament betrachten, in dem gelegentlich in den nichtöffentlichen Tagungen unterschiedliche Auffassungen geäußert wurden, auch wenn solche durch das Verdikt der „Fraktionsbildung“ bedroht waren. Hier war der Frauenanteil deutlich geringer. Nach dem VII. Parteitag der SED 1967 war jede achte Person (12,4%), die als Mitglied oder Kandidat dem ZK der SED angehörte, eine Frau (22 von 177).

Als Frau mit maßgeblichem politischen Einfluss blieb Margot Honecker (geborene Feist) eine Ausnahme und wurde nach Hilde Benjamin eine der meist gehassten Repräsentantinnen des DDR-Regimes. Sie wurde 1927 in einem Arbeiterhaushalt geboren. Ihre Eltern waren beide Mitglieder der KPD, der Vater zeitweilig im KZ Buchenwald inhaftiert. Sie selbst ist bereits 1945 der Partei beigetreten, hat nach Kriegsende als Stenotypistin beim FDGB gearbeitet, bevor nach verschiedenen pädagogischen Lehrgängen 1948 ihre politische Karriere in der FDJ-Führung und als Vorsitzende der Pionierorganisation beginnt. 1953 heiratet sie Erich Honecker. Nach einem Studienjahr in Moskau übernimmt sie Leitungsaufgaben im Ministerium für Volksbildung, bis sie 1963 an dessen Spitze rückt. In ihre mehr als 25 Jahre dauernde Amtszeit fällt das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“, aber auch eine pädagogische Ausrichtung, welche die „Erziehung zum Hass gegen den Klassenfeind“ propagierte, und schließlich 1978 die von den Kirchen und Friedensgruppen der DDR heftig kritisierte Einführung des Wehrkundeunterrichts. Margot Honecker war auch für die berüchtigten Jugendwerkhöfe verantwortlich, deren zum Teil brutale Methoden erst nach 1989 im vollen Umfang aufgedeckt werden konnten. Dass sie dafür nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden ist, hat sie ihrer frühen Übersiedlung nach Chile im Juli 1992 zu verdanken. Sie blieb – wie zuletzt ein Dokumentarfilm 2012 gezeigt hat – eine unbelehrbare Apologetin der SED-Diktatur, die den Opfern des Systems mit zynischer Kälte begegnet. Für viele ist es daher schwer verständlich, dass ihr die von ihr mit heftiger Aversion bedachte Bundesrepublik Deutschland eine Rente in Höhe von rund 1 500 Euro gewährt.



15



16

13/ Luise Ermisch, 1954. Sie war 1949 Initiatorin des Wettbewerbs „Brigade der ausgezeichneten Qualität“, seit 1951 Betriebsleiterin der Halle-schen Kleiderwerke, Kandidatin des Politbüros der SED 1958–1963.

14/ Besuch im Rapsfeld: Am 1. Juni 1972 trifft Erich Honecker Margarete Müller in der LPG Dedelow.

15/ Inge Lange im VEB Edelpelze Schkeuditz, 2. Oktober 1989. Foto: Waltraud Grubitzsch

16/ Margot Honecker, 1960er Jahre

17



18



17/ Ministerin im Wartestand: Bundestagsabgeordnete Elisabeth Schwarzhaupt am Rednerpult, 1957.

18/ Helene Weber, Vorsitzende des Müttergenesungswerks, im Gespräch mit Bundespräsident Theodor Heuss, 1959.

19/ Käthe Strobelt, Verteidigung vor dem Bundestag am 1. Dezember 1966.

20/ Bundesgesundheitsministerin und SPD-Politikerin Käthe Strobelt stellt in Bonn den Sexualkunde-Atlas vor, der im neu eingeführten Sexualkundeunterricht eingesetzt werden soll, 10. Juni 1969.

Auch in der Bundesrepublik bleiben politische Karrieren von Frauen seltene Ausnahmen. Erst 1987 übertrifft ihr Anteil an den Bundestagsabgeordneten deutlich die Zehnprozentmarke (15,4 %). Nach der Bundestagswahl 1957, die Konrad Adenauers CDU/CSU-Fraktion eine absolute Mehrheit beschert hatte, war unter zehn Abgeordneten gerade einmal eine Frau vertreten (9,2 %), und dies blieb ein Höchststand, der erst 1983 knapp übertroffen wurde. Zwar hatten die Frauen in der CDU Konrad Adenauer bereits 1957 gedrängt, eine Ministerin in das Bundeskabinett aufzunehmen, doch blieb er die Einlösung eines diesbezüglichen Versprechens schuldig. Nach der folgenden Bundestagswahl machten die Frauen, angeführt von der bereits achtzig-

jährigen Helene Weber und der Vorsitzenden der Frauen-Union Aenne Brauksiepe, mobil. In einem „sit in“ drohten sie, das Kanzleramt nicht zu verlassen, bis ihnen Adenauer das geforderte Ministeramt zugestand.

Sie hatten dafür die promovierte Juristin und Oberkirchenrätin Elisabeth Schwarzhaupt vorgesehen, damals 60 Jahre alt, die dem Bundestag bereits seit 1953 angehörte und in der folgenden Legislaturperiode auch in den Fraktionsvorstand aufstieg. Die Entscheidung über ein dafür geeignetes Ressort geriet zur Posse. Weil Schwarzhaupt ledig war, konnte sie nach Adenauers Urteil nicht das Familienministerium übernehmen, das der fünffache Vater Franz-Josef Wuermeling führte. Schließlich wurde ihr das neu eingerichtete Ministerium für Gesundheit übertragen, doch dieser Erfolg hatte einen befremdlichen Nebenaspekt. Nachdem Adenauer in den Kabinettsitzungen sein Kollegium weiterhin mit der Floskel „Morjen, Meine Herren“ begrüßte und die neue Ministerin die ihr zustehende Ergänzung beanspruchte, beschied er sie mit der Sentenz: „In diesem Kreis sind auch Sie ein Herr“. (> Dorothea Oelze, www.kas.de/wf/de/71.10662)

Im März 1962 befragt das Institut für Demoskopie Allensbach einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung, ob sie es begrüßen, „daß jetzt in Bonn auch eine Frau Minister ist“. Die Zustimmung ist mit 61 Prozent deutlich, nur ein Zehntel äußert sich ablehnend. Allerdings gibt es zwischen Frauen und Männern einen deutlichen Unterschied. Fast drei Viertel der Frauen (72%), aber nur die knappe Hälfte der Männer (48%) begrüßen diese Entscheidung.

Auf Drängen der FDP hatte Ludwig Erhard 1963 das Amt des Bundeskanzlers übernommen. Als überzeugender Wahlsieger 1965 verlor er aber nach seinen vorausgegangenen Maßhalteappellen („Wir können nicht doppelt so viel verdienen, wie wir an Werten schaffen“, 1962) und seinem Plädoyer für eine „formierte Gesellschaft“ bereits im folgenden Jahr wegen des Koalitionsaustritts der FDP sein Amt. Daraufhin kommt es im Dezember 1966 zur Bildung der großen Koalition mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Vizekanzler Willy Brandt. Die sozialdemokratische Abgeordnete Käthe Strobel übernimmt das Ressort von Elisabeth Schwarzhaupt und wird nach der folgenden Bundestagswahl Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, wiederum als einziges weibliches Kabinetts-

mitglied. Ihre Biografie lässt den Unterschied sichtbar werden, der die beiden großen Parteien kennzeichnet.

Käthe Strobel, sechs Jahre jünger als ihre Vorgängerin, stammt aus der politisch engagierten kinderreichen Familie eines Schuhmachers und wird als Buchhalterin ausgebildet. Ihr Ehemann, ein Schriftsetzer und Buchdruckermeister, wurde 1934 für zweieinhalb Jahre im KZ Dachau interniert und im Zweiten Weltkrieg in ein Strafbataillon geschickt.

Käthe Strobel gehörte bereits seit 1949 dem Bundestag an und war von 1958 bis 1966 auch Mitglied des Europaparlaments, von 1962 bis 1964 dessen Vizepräsidentin. Da sie bereits 1961 bei der ersten Kandidatur Brandts als Regierungsmitglied vorgesehen war, fiel ihr das Ministeramt 1966 gewissermaßen planmäßig zu. Sie hat ihr Ministerium in einem Zeitraum geführt, der durch die „sexuelle Revolution“ geprägt war. Ihr Name bleibt mit dem für Schulen bestimmten „Sexualkunde-Atlas“ (1969) verbunden, der linken Kritikern zu prüde war und konservativen Politikern sogar pornografisch erschien. Strobel hat sich für bessere Ausbildungschancen junger Mädchen und für Familienplanung eingesetzt, außerdem war sie auch Initiatorin des Aufklärungsfilms „Helga“ (1967).

19



20





21 / Grundsteinlegung Eisenhüttenkombinat Ost,
1950. Foto: Horst Sturm

22 / Werbeplakat Volkspolizei, 1952.

23 / Plakat zum Internationalen Frauentag am
8. März 1954.



Frauen im Beruf

Der ostdeutsche Soziologe Wolfgang Engler hat die DDR rückblickend als „arbeiterliche Gesellschaft“ beschrieben. Am Ende der DDR hatte das Land eine der höchsten Beschäftigungsquoten aller Industriestaaten und dabei weltweit den höchsten Frauenanteil. „Ende der achtziger Jahre waren in der DDR 78,1 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig. Bezieht man die Studierenden und Lehrlinge mit ein, so waren es sogar 91,2 Prozent.“ (› Hildegard Maria Nickel, in: Helwig/Nickel [Hrsg.] 2003, S. 237) Doch diese Entwicklung verlief nicht linear, sondern zeigt abgrenzbare Entwicklungsstufen.

1950 gab es in der DDR noch eine Arbeitslosenquote von fünf Prozent, bevor die ersten industriellen Großprojekte für einen deutlichen Aufschwung sorgten, der zunächst vor allem Männer und Jugendliche betraf. Erst seit 1952 wird auch der Frauenanteil unter den Beschäftigten ausgewiesen, der von 42 Prozent bis 1960 auf 45 Prozent steigt und 1970 48 Prozent erreicht (› Rytlewski/Opp de Hipt 1987, S. 65f.). Die Zahl der Beschäftigten hat sich in der DDR zwischen 1949 und 1961 um etwa 260 000 erhöht, obwohl im gleichen Zeitraum rund 2,7 Millionen Menschen die DDR verlassen haben und die Einwohnerzahl durch die „Abstimmung mit den Füßen“ bis 1961 auf 16,4 Millionen sank. Etwa die Hälfte der in der DDR-Propaganda als „Republikflüchtlinge“ bezeichneten Personen war unter 25 Jahre alt (› Rytlewski/Opp de Hipt 1987, S. 28), rund ein Drittel waren Akademiker (› Geißler 2006, S. 64). Den damit verbundenen Schwund an Arbeitskräften konnte die DDR nur kompensieren, indem sie das vorhandene Beschäftigungspotenzial maximal auszuschöpfen suchte. In den 1950er Jahren hatten viele Frauen noch eine niedrige Berufsqualifikation, sie wurden jedoch auch mit unkonventionellen Mitteln, etwa durch die Bildung von „Hausfrauenbrigaden“, für eine dauerhafte Berufstätigkeit umworben. Diese Kampagne, die im Rahmen einer von der SED propagierten „Frauenoffensive“ zwischen 1958 und 1962 von der politisch sonst weitgehend bedeutungslosen Frauenorganisation DFD initiiert worden war, sollte Frauen über eine freiwillige Teilzeitarbeit außerhalb regulärer Beschäftigungsverhältnisse ermutigen, eine Berufstätigkeit aufzunehmen. Seit 1962 rückte das Ziel in den Vordergrund, Frauen eine qualifizierte Bildung zu ermöglichen, nicht zuletzt, um den Akademikermangel zu kompensieren, der durch die Massenabwanderung in den Westen vor dem Mauerbau entstanden war.

1950 hatte der Frauenanteil unter den Studierenden an Hochschulen / Universitäten in der DDR erst ein Fünftel betragen, bis 1960 war er auf ein Viertel angestiegen und übertraf 1970 mit



22



23

35 Prozent erstmals ein Drittel. In diesem Zeitraum lag der Frauenanteil unter den Studierenden in der Bundesrepublik um jeweils etwa drei Prozentpunkte hinter dem der DDR zurück. (▷ Rüdiger Thomas, in: Timmermann [Hrsg.] 1988, S. 34)

Während in der DDR nachdrückliche politische Anstrengungen unternommen wurden, Frauen zunehmend auch für eine qualifizierte Berufstätigkeit zu gewinnen, blieb die weibliche Erwerbsquote, das entspricht dem Anteil der beschäftigten Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren an der Gesamtzahl der Beschäftigten,

in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1970 bei rund 30 Prozent auf einem niedrigen Niveau weitgehend konstant. Dadurch hat sich der Abstand zur DDR ständig vergrößert, bis 1970 auf rund 13 Prozentpunkte. Während die Erwerbsquote der Frauen in der DDR 1970 bereits 43 Prozent betrug, erreichte sie in der Bundesrepublik 1989 erst 37,1 Prozent (▷ vgl. Friederike Maier, in: Helwig/Nickel [Hrsg.] 1993, S. 259).

Das Verhältnis von Arbeit und Familie war in der DDR durch die politische Fokussierung auf die Arbeitswelt bestimmt. In der Geschichte der DDR hat es zu keiner Zeit ein Familienministerium gegeben, das in der Bundesrepublik unter wechselnden Bezeichnungen (mit veränderten und erweiterten Funktionen) bis heute fortbesteht. Familienpolitik war eine abgeleitete Folge arbeitsmarktpolitischer Prioritätensetzung und kein vorrangiges Ziel. Es galt vielmehr der Grundsatz, dass auch das Private politisch sei.

In einem bereits am 27. September 1950 verabschiedeten Gesetz, das Regelungen über den Mutterschutz enthielt, Bestimmungen zur finanziellen Unterstützung von Müttern sowie umfangreiche Angebote zur Kinderbetreuung vorsah, war ebenso ein Kapitel III „Die Frau in der Produktion und der Schutz ihrer Arbeit“ enthalten, das der Frau im Beruf gewidmet war. Hier zeigt sich bereits ein grundlegender Unterschied zum bundesdeutschen Gesellschaftsmodell, das die Frau noch zwei Jahrzehnte lang überwiegend auf die Rolle als Hausfrau und Mutter festlegte.

24



24/ Arbeiterinnen im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Wittenberge, 1955. Foto: Hildegard Dreyer

25/ Betriebliche Kinderbetreuung am Stahlwerk Riesa, April 1951. Foto: Herbert Hensky

26/ Ein Junge hilft seiner Mutter beim Spülen des Geschirrs, um 1969.



25

Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau 1950

[...] § 19. (1) Auf der Grundlage der Gleichberechtigung ist den Frauen in erhöhtem Maße die Arbeit in der Industrie, im Transportwesen, in der Kommunalwirtschaft, im Handelswesen, in den Maschinen-Ausleihstationen und Volksgütern, in allen Organen der staatlichen Verwaltung, der Volksbildung, des Gesundheitswesens und anderen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen. Die Arbeit der Frauen in der Produktion soll sich nicht auf die traditionellen Frauenberufe beschränken, sondern auf alle Produktionszweige erstrecken, insbesondere der Elektroindustrie, der Optik, des Maschinenbaues, der Feinmechanik, der Holz- und Möbelindustrie, der Schuhindustrie sowie des Bau- und graphischen Gewerbes.

(2) Die Arbeitsbedingungen sind den physischen Besonderheiten der Frau anzupassen.

§ 20. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierungen der Länder sowie die Direktoren der volkseigenen und ihnen gleichgestellter Betriebe, der Maschinen-Ausleihstationen und der volkseigenen Güter, sowie die Inhaber von Privatbetrieben haben zur Förderung der Frau in der Produktion folgende Voraussetzungen zu schaffen:

- a) Den Frauen ist eine ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit in den Betrieben zu übertragen.
- b) Das im Gesetz der Arbeit festgelegte Prinzip der gleichen Bezahlung für die gleiche Arbeit ist durchzuführen.
- c) In allen Berufen sind Maßnahmen zur Qualifizierung der Frauen zu treffen. Es ist dafür zu sorgen, daß Frauen in höherem Maße als bisher in leitenden Stellungen arbeiten.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950 S. 1037.

Hausarbeit mit Mann und Kindern

Ich stehe um ½6 Uhr auf, mache mich fertig und besorge meinen Mann fort. Dann mache ich das Frühstücksbrot für die Kinder und mich zurecht und wecke die drei anschließend. Währenddessen wird schon das Schlafzimmer gelüftet, und während sich die Kinder waschen, öffne ich die Fenster im Kinderzimmer und im Wohnzimmer. Wenn wir gefrühstückt haben, teilen wir die folgende Arbeit so auf: Gisela und Angela – jetzt fünfzehn und zwölf Jahre alt – machen ihre Betten im Kinderzimmer, fegen aus und moppen über. Das Staubwischen im Kinderzimmer besorgt dann der neunjährige Jürgen. [...] Weil wir vier uns die Arbeiten teilen, ist für jeden nur etwas zu tun; keiner überarbeitet sich oder hetzt sich ab, und wir haben eine aufgeräumte Wohnung. Nach dem Abendbrot waschen wir wieder gemeinsam ab, und Jürgen reißt sich darum, abtrocknen zu dürfen, und ist sehr stolz, wenn er von mir oder den Mädchen hört, daß er es wieder mal äußerst schnell und gut gemacht hat. Das Loben darf man nie vergessen.



Ich meine, daß Kinder gar nicht früh genug lernen können, selbständig zu sein und sich an bestimmte kleine Pflichten zu gewöhnen [...] Meine fünfzehnjährige Gisela hält seit einem halben Jahr alle ihre Sachen in Ordnung, wäscht also auch ihre Leibwäsche selbst. Meine zwölfjährige Angela wäscht ihre Strümpfe allein, während ich alle Wäsche übernehme, die gekocht werden muß. [...] Weil wir gerade beim Waschen sind und beim Überlegen, wie eine berufstätige Mutter mit ihren Haushaltspflichten fertig wird, möchte ich noch erwähnen, daß ich die Bettwäsche und andere große Stücke in die Wäscherei gebe. Das muß schon möglich sein, wenn ich den ganzen Tag über berufstätig bin. Schwere Leibwäsche und Handtücher – bei fünf Personen häuft sich das ganz schön – wasche ich selbst. Aber mein Mann hilft beim Spülen und hängt auch auf, sofern es sein Dienst erlaubt, damit ich es nicht so schwer habe.

Die Frau von heute 27 (1955), S. 17; zit. n. Ina Merkel 1990, S. 149.

Rechenschaftsbericht des Frauenausschusses (Bergmann-Borsig) 1962

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

[...] Es gibt in unserem Betrieb nur männliche Direktoren; selbst deren Assistenten sind Männer. Unter den Meistern und Abteilungsleitern ist nicht eine Frau zu finden. Bestehen in unserem Betrieb keine Möglichkeiten, Frauen für leitende Funktionen auszubilden und sie dafür einzusetzen?

Wir meinen doch. Warum sollte es nicht möglich sein, im Massenbedarf oder im Generatorenbau eine Frau als Meister zu qualifizieren?

Wäre es nicht möglich, in der Gütekontrolle oder in der Schaufelfräserei weibliche Meister heranzubilden? Wir denken, daß das sehr wohl möglich wäre.

Gibt es bisher keine qualifizierten Frauen in Bergmann-Borsig, die die Fähigkeiten hätten, in mittleren oder leitenden Funktionen eingesetzt zu werden? Die Praxis beweist etwas anderes. Im Bereich der Arbeitsdirektion gibt es allein 2 Frauen mit Hochschulqualifikation als Diplomwirtschafter. Eine Kollegin erwarb das Fachschulexamen als Arbeitsökonom und eine Kollegin befindet sich noch im Fachschulstudium. Sämtliche Gruppenleiter sind aber Männer – der Abteilungsleiter und sein Stellvertreter, wie kann es anders sein – ein Mann! Wobei nur am Rande vermerkt sei, daß keiner von ihnen ein Studium durchgeführt hat. In einer letztlich geführten Aussprache wurde keiner dieser Frauen die politische oder fachliche Befähigung für höhere Funktionen abgesprochen – nur eines fehle ihnen, worüber die derzeit eingesetzten männlichen Kollegen selbstverständlich verfügen – nämlich, die Fähigkeit zu leiten. Wir fragen die Verantwortlichen in der Arbeitsdirektion, was tut man, um diesen Zustand zu ändern?

Nehmen wir ein weiteres Beispiel. In der Abteilung Wirtschaftskontrolle gab es bis 1961 2 Frauen mit Hochschulexamen als Diplomwirtschafter. Eine davon hatte den Wunsch, eine andere Aufgabe zu übernehmen, da sie für ihre bis dahin ausgeübte Tätigkeit keine Perspektive sah. Es wurde in Erwägung gezogen, sie als Assistentin für den Chefkonstrukteur Generatoren vorzusehen. Das schlug fehl. Dann sollte sie als Mitarbeiterin für die Abteilung Neue Technik eingesetzt werden. Das schlug fehl. Argument: „Es mangle der Kollegin am entsprechenden technischen Verständnis“. Meinen Sie nicht, Genosse Hauptbuchhalter, daß es sich gelohnt hätte, dieser noch jungen Kollegin das technische Verständnis beizubringen? Die junge Kollegin verließ inzwischen unseren Betrieb.

LAB (StA), Rep. 432, Nr. 448; zit. n. Becker/Luetke (Hrsg.) 1997, S. 220f.

27



28



29





30

27 / Frauenlehrgang in der Betriebsakademie des Reichsbahn-Ausbesserungswerks Schöneeweide am Bohtisch, Berlin 1962. Foto: Hildegard Dreyer

28 / Warnow-Werft in Rostock-Warnemünde, DDR: Kranführerin, 1959. Foto Erich Lessing

29 / Warnow-Werft in Rostock-Warnemünde, DDR: Versammlung, 1959. Foto Erich Lessing

30 / Schaffnerinnen im Depot, Hamburg 1851. Foto: Germin

31 / Im Laboratorium einer chemischen Fabrik in der Bundesrepublik, 1967. Foto: Germin

Während die DDR zur ökonomischen Stabilisierung aufgrund der massiven Abwanderung im Jahrzehnt vor dem Mauerbau dringend und zunehmend auf qualifizierte Frauenarbeit angewiesen war, erwies sich die Bundesrepublik bis zur Mitte der 1960er Jahre auch in der Wirtschaft überwiegend als eine Männergesellschaft. Das bundesdeutsche „Wirtschaftswunder“ vollzog sich in den 1950er Jahren in einem atemraubenden Tempo. Im Jahrzehnt bis 1960 verdreifachte sich das Sozialprodukt, auch die Einkommen der Beschäftigten stiegen in einer ähnlichen Größenordnung um etwa das Zweieinhalbfache.

Im bundesdeutschen „Wirtschaftswunder“, das ab Anfang der 1950er Jahre bis zur ersten Rezessionsdelle 1966/67 seine Wirkung entfaltete, glaubten viele, dass sich Frauenarbeit auf die Verkäuferin, die Krankenschwester, die Kindergärtnerin, die Sekretärin, die Fließbandarbeiterin oder die mithelfende Bäuerin konzentrieren könnte. Berufstätig waren vor allem ledige Frauen, die noch bis zu einem Erlass des Bundesinnenministeriums aus dem Jahr 1972 offiziell als „Fräulein“ tituliert wurden. 1950 war im Westen nur jede vierte verheiratete Frau (26,4 %) erwerbstätig, bis 1961 war der Anteil auf mehr als ein Drittel (36,5 %) gestiegen.

„Hierin kam eine geänderte Bewertung der Frauenarbeit zum Tragen. Sie war überwiegend nicht mehr nur eine befristete Perspektive für die Lebensphasen vor und nach der Kindererziehung und wurde zunehmend als langfristige Stütze des Familieneinkommens angesehen.“ (Kleßmann/Wagner 1993, S. 267).

Ab Mitte der 1950er Jahre zeigte sich, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen aus unterschiedlicher Perspektive durchaus gegensätzlich betrachtet wurde. Die Soziologin Renate Mayntz begründete das Interesse der Frauen an einer Berufstätigkeit sowohl mit aktuellen wirtschaftlichen Notwendigkeiten als auch mit dem Wunsch der Frauen nach größerer Selbständigkeit in der Ehe sowie materieller Absicherung für ledige, geschiedene oder verwitwete Frauen. Hinzu komme das Bedürfnis nach intellektuellen Anregungen und sozialen Erfahrungen, die unter den Bedingungen der modernen Kleinfamilie zu Hause nicht mehr gegeben seien. (vgl. Mayntz 1955, S. 56f.). Vor allem die Kirchen hielten am Leitbild der Hausfrau und Mutter beharrlich fest.



31

Die Rolle der Frau in der Bundesrepublik aus evangelischer Sicht in den fünfziger Jahren

Die evangelische und die katholische Kirche kritisieren in den fünfziger Jahren gleichermaßen den Trend zur Berufstätigkeit von Frauen. Sie sehen die zentrale Aufgabe der Frau weiterhin in ihrer traditionellen Rolle als Ehefrau und Mutter.

Jene Stimmen aus den Reihen berufstätiger Frauen erinnern uns nicht nur an ein Versäumnis. Sie lassen auch erkennen, daß die Berufstätigkeit der Frau als solche nicht ohne Problematik ist, daß sie in sich eine Spannung trägt, die immer wieder bestanden sein will. Wer das nicht sieht, wird die besondere Art der Lebensaufgabe einer Frau im Beruf schwerlich recht erkennen. Es handelt sich dabei um keinerlei Urteil über die Tüchtigkeit und Lebensleistung der berufstätigen Frau; es gilt lediglich, die Voraussetzungen, unter denen sie ihre Leistung vollbringt, nüchtern zu erkennen. Und dazu gehört – neben wichtigen anderen Dingen – zweifellos auch dies: Die Frau ist nach Leib und Seele dazu geschaffen, die Lebensgefährtin eines Mannes und die Mutter von Kindern zu werden – das ist einfach ein Befund. Er umfaßt neben dem rein physiologischen auch einen psychischen Tatbestand: Die Frau hat im Unterschied vom Mann – abgesehen von Ausnahmen, die es immer gibt – gerade diejenigen Eigenschaften und Fähigkeiten, auf die das Kind angewiesen ist, wenn es nicht Schaden im leiblichen und geistigen Wachstum leiden soll. Das empfindende Erkennen, der Hang zum Hegen und Pflegen des Hilflosen, der rasche Blick für das menschlich Nächstnotwendige – alle solche besonderen „fraulichen“ Befähigungen sind zugleich ein deutlicher Hinweis auf die der Frau zgedachten Aufgabe: das Leben als Gattin und Mutter. [...]

Greven (Hrsg.) 1954, S. 13f. Zit. n. www.germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=4533&language=german

Arbeitgeber suchen berufstätige Mütter und fordern das Ende der „Kochtopf-Ehe“

Deutsche Väter sehen es nicht gern, wenn ihre Frauen arbeiten. Das ist das erstaunliche Ergebnis einer repräsentativen Erhebung des Deutschen Vereins Frankfurt zur „Lage der Mütter in Westdeutschland“. Erstaunlich, weil in der Bundesrepublik von den 6,7 Millionen Müttern mit Kindern unter 14 Jahren 2,3 Millionen, also mehr als ein Drittel, erwerbstätig sind. Jede vierte Frau in der Bundesrepublik, die einem Beruf nachgeht, ist demnach eine Mutter mit schulpflichtigen oder kleineren Kindern. Die Mütter neigen also stärker zur Berufstätigkeit, als die Väter es wünschen, und setzen ihren Willen auch in die Tat um. Die Idealvorstellungen der deutschen Männer hinken hinter den realen Gegebenheiten weit hinterher. Das Wunschbild, das sie von der idealen Ehefrau und Mutter in ihrem Innersten hegen, ist dringend reformbedürftig. Nach der Befragung des Deutschen Vereins von 1000 Ehemännern verlangten 30 Prozent von ihrer Ehefrau in erster Linie gute Haushalts- und Kochkenntnisse. Der Trend zur Kochtopf-Ehe ist also unverkennbar. Die übrigen betonten den sparsamen, haushälterischen und praktischen Sinn der Frau, loben die Arbeitsfreudigkeit und den Fleiß.

Ein großer Teil der befragten Männer hebt die häuslich-familiär veranlagte Frau hervor und wendet sich sogar – man höre und staune – gegen Mütter, die gern ins Kino oder zum Friseur gehen oder gar Zigarette rauchen. Nur 1 Prozent wünscht eine Frau, die einen Beruf ausübt. Die Männer, deren Frauen berufstätig sind, erkennen allerdings die dreifache Belastung der Frau durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung an. Sie sind aber in den meisten Fällen nicht bereit, die Mutter im Haushalt und bei der Kindererziehung zu entlasten. Ihre Lösung des Problems lautet: Ein Mann müsste so viel verdienen, dass die Frau nicht zu arbeiten braucht. Das Reich der Frau ist der Haushalt, alles andere ist Sache des Mannes. Dies alles in einer Zeit, in der die Wirtschaft auf jede, auch auf jede weibliche Arbeitskraft angewiesen ist, in der die verschiedensten Überlegungen angestellt werden, wie man der Mutter neben ihren Familienpflichten eine Berufsarbeit ermöglichen kann. Es scheint angebracht, in diese Überlegungen auch die Meinungsbildung der konservativen Männer mit einzubeziehen.

Der Arbeitgeber, 1964, Nr. 8, S. 452, zit. n. Kleßmann/Wagner 1993, S. 278.



32/Das neue Grundig-Radio wird gefeiert, Fürth 1957

33



33/ Frauen am Fließband in der Anzugschneiderei der Firma Bierbaum und Proenen, Köln 1950er Jahre.
Foto: Rolf Unterberg

34/ VEB Berliner Glühlampenwerk, Brigade Wostok V, 1963.
Foto: Eva Brüggmann



34

Dagegen regten sich bei den Arbeitgeberverbänden Stimmen, die eine verstärkte Frauenerwerbstätigkeit wünschten, vermutlich auch wegen des Lohngefälles, bei dem Frauen einen Rückstand von rund 40 Prozent hatten. Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht gesonderte Frauenlöhne für gleiche Tätigkeiten 1955 verboten, doch wurde diese Auflage durch die Einführung von „Leichtlohngruppen“, in die vor allem Frauen in der Produktion überwiegend eingestuft wurden, unterlaufen und konterkariert.

Ab Mitte der 1960er Jahre zeichnen sich Verbesserungen im Ausbildungsniveau westdeutscher Frauen ab. Neben den traditionellen Modeberufen wie Verkäuferin, Stenotypistin oder Krankenschwester rücken Frauen zunehmend in andere Berufsfelder vor, die eine mittlere Bildungsqualifikation erfordern. Dazu zählen beispielsweise Laborantinnen und medizinisch-technische Assistentinnen, aber auch Tätigkeiten wie Rechtsanwaltsgehilfinnen und Beamtinnen im gehobenen öffentlichen Dienst. Allmählich steigt auch der Anteil der weiblichen Studierenden, obwohl hier eine deutliche Benachteiligung spürbar bleibt, sie wird nun aber mindestens zum Bestandteil einer öffentlichen Wahrnehmung und Kritik, die sich im Zusammenhang mit den Warnungen vor einer deutschen „Bildungskatastrophe“ (› Georg Picht 1964) intensiviert und von den Betroffenen auch offen thematisiert wird.

Ende der 1960er Jahre hat die DDR unter den Industrieländern einen Spitzenplatz im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen erreicht. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ konstatiert in einer Invektive gegen ein banalisiertes westliches Frauenbild, Frauen dienten in der DDR nicht mehr als „billigere Arbeitskraft, als Massenkonsument von Waschpulver, Horoskop und Illustriertenroman, als Gegenstand bloßen Vergnügens oder als Nestwärmer“. Im gleichen Sinne erklärte der Parteichef Walter Ulbricht: „Wir können den Sozialismus nicht nur mit Friseurinnen aufbauen.“ (› zit. n. Der Spiegel, 18. August 1969). Frauen haben bereits häufig qualifizierte Berufe besetzt. So sind mehr als zwei Drittel der Lehrer in der DDR Frauen, sie stellen fast ein Drittel der Ärzte. Dem durch die „Republikflucht“ aus der DDR bis 1961 verschärften Arbeitskräftemangel ist geschuldet, dass Frauen neben den klassischen Berufsfeldern im Handel, im Post und Fernmeldewesen und der Arbeit als LPG-Bäuerin vermehrt auch in traditionellen Männerberufen eingesetzt worden sind. So arbeiten zwölf Prozent im Baugewerbe und ihr Anteil unter den Arbeitern und Angestellten in der Industrie beträgt rund vier Zehntel. Doch gelingt es nur einer Minderheit von Frauen, Führungspositionen zu erreichen, die überwiegend auch in der Wirtschaft ein von den Männern beharrlich verteidigtes Privileg bleiben.

Die Männer lassen uns nicht an den Drücker 1967

Liebe Constanze,

Ich studiere im fünften Semester Betriebswirtschaft und weiß, wie es an den deutschen Hochschulen zugeht. Ich bin jetzt an der dritten Universität immatrikuliert. Überall das gleiche Bild: die Männer nehmen die studierenden Frauen nicht ernst. Bei den meisten gehört die Frau an den Herd. „Wissenschaftliche Arbeit ist Männersache“, sagen sie. Moderne junge Männer haben Ansichten, die hundert Jahre alt sind. Zeigt eine Studentin Leistungen, die über dem Durchschnitt liegen, ist das nicht etwa Verdienst, sondern „Glückssache“. [...] Aber auch die Professoren haben sehr oft Vorurteile gegen studierende Mädchen. Mir hat einmal einer gesagt, als ich mich für die Fleißprüfung anmeldete, die man ablegen muß, um ein Honnefer Stipendium zu bekommen: „Warum studieren Sie, wenn Sie kein Geld haben. Werden Sie doch Sekretärin. Das ist ein ehrenwerter Beruf.“ Was mich aber besonders traurig macht, ist die Erfahrung mit den Berufsaussichten. Die Männer lassen die Frauen auch im Beruf nicht an den Drücker. Nicht die Leistung entscheidet, sondern das Geschlecht. Ich weiß von fertigen Betriebswirtinnen, wie schwer es ist, sich im Bankfach als Frau durchzusetzen. Die Aufsichtsratsposten verteilen die Männer unter sich. Dabei gibt es bestimmt genug Begabungen unter den Frauen. [...]

Liebe Studentin,

jeder vierte Studierende in der Bundesrepublik ist ein Mädchen. Im Sommer 1965 waren es 62000 Studentinnen, heute sind es bereits einige Tausend mehr. Die Zahl der akademisch ausgebildeten Frauen wächst also von Jahr zu Jahr. Aber – da haben Sie leider recht – sie wächst gegen den Widerstand der Männer. Die intelligente Frau wird bei uns schlecht behandelt. Daran ändern auch einige Ausnahmen nichts, die gerade in letzter Zeit Aufsehen erregten. Wir denken an Frau Professor Becke, die von der Universität Heidelberg zur ersten Rektorin der Bundesrepublik gewählt wurde, an Frau Clara Klabunde, die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Hamburg, oder an die Senatspräsidentin beim Bundesverwaltungsgericht, Lotte Schmitt. Ausnahmen bestätigen die Regel. Und diese Regel hat Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Bundesministerin a. D. in die Worte gefaßt: „Wir Frauen müssen das Doppelte leisten, um die Hälfte von dem zu erreichen, was die Männer schaffen.“ [...]

Daß die Frau mitarbeitet, ist längst selbstverständlich geworden. Unsere Wirtschaft brähe zusammen, wenn alle Frauen plötzlich ihren Arbeitsplatz verließen. Also Frauen als „Fußvolk“ – ja. Aber die Macht, die Entscheidungen wollen sich die Männer nicht aus der Hand nehmen lassen.

Constanze 9/1967. Zit. n. Baerbel Becker (Hrsg.) 1987, S. 62.

Frauen in der DDR – vom „Spiegel“ wahrgenommen 1969

Noch unlängst rügte „Neues Deutschland“: „In unserer bisherigen Praxis hat die Frau als Leiterin Seltenheitswert.“ Zwar kokettierte Diplom-Ökonomin Erika Giessmann, Generaldirektor der Textil-Außenhandelsgesellschaft „Wiratex“ GmbH und Genossin seit 1946: „Das ist doch nichts Besonderes – Generaldirektorin!“ Auf solchem Weg nach oben aber folgte ihr kaum eine Frau.

Nur neun Prozent der Industrie-Manager und 0,9 Prozent der LPG-Vorsitzenden sind weiblichen Geschlechts. Nur jede 17. Hoch- oder Fachschulabsolventin (jeder dritte Student ist ein Mädchen) rückt in eine leitende Stellung auf. Von ihren männlichen Kommilitonen wird jeder dritte Chef.

Auf der Suche nach den Motiven für die Aversion gegen Frauen-Karrieren stießen sozialistische Frauen-Förderer auf tiefverwurzelte Vorurteile, die sich kaum unterscheiden von den Geschlechtsrollen-Klischees in der kapitalistischen Bundesrepublik. [...]

Die „tradierten Trägheitsfaktoren“ so der Ost-Berliner Sozialwissenschaftler Dr. Paul Heilhecker, entdeckten Pädagogen bereits in der Mädchenerziehung. Während sich Väter – nach den „Wunscheigenschaften“ ihrer Söhne befragt – für „klug“, „willensstark“ und „technisch interessiert“ entschieden, sehnten sich Mütter vor allem nach „warmherzigen“, „herzlichen“ und „wißbegierigen“ Töchtern. Und beide Elternteile setzten „technisch interessierte Mädchen“ erst ans Ende ihres Wunschzettels – auf den 37. Rang. Die Ost-Berliner Frauen-Forscherin Dr. Helga Hörz: „Überholte Auffassungen über geschlechtsspezifisches Verhalten.“ [...]

Auch die Frauen denken offenbar noch immer mehr ans eigene Heim als an den Sieg des Sozialismus. 70 Prozent aller berufstätigen Ehefrauen – zu dieser Erkenntnis gelangten Ost-Berliner Soziologen – arbeiten vor allem, „um die Wohnungseinrichtung modernisieren zu können“.

Frauen/DDR, in: Der Spiegel, Nr. 34/1969, S. 40f.

35



Aenne Burda

Frauen standen damals fast nie an der Spitze großer Unternehmen, aber es gab auch unter ihnen diese eigenwilligen und einzigartigen Persönlichkeiten, die sich mit eisernem Willen, Ehrgeiz und Fleiß in wenigen Jahren emporarbeiteten und ihre männliche Konkurrenz manchmal sogar übertrafen. [...] Aenne Burda, 1909 als Tochter eines Lokomotivführers in Offenburg geboren, lebte mit ihrem Ehemann Franz im gemeinsamen Haus, doch „der Zug“, so formulierte sie 1981, „ist bei uns schon lange abgefahren“. Franz Burda hatte sie jahrelang mit seiner Sekretärin Elfriede Breuer betrogen. Als das Verhältnis 1949 aufflog, forderte die betrogene Ehefrau allerdings nicht die Scheidung, sondern Wiedergutmachung. Sie bestand darauf, genau jenen Verlag zu übernehmen, den Burda seiner Geliebten geschenkt hatte, obwohl 200 000 Mark Druckschulden auf ihm lasteten. Aenne Burda hat damals nicht nur den Machtkampf mit der Nebenbuhlerin für sich entschieden, sie hat mit deren 48 Angestellten auch den Grundstein für ihre Existenz als Unternehmerin gelegt. Als Chefin machte sie die Burda Moden zur weltweit größten Modezeitschrift und erwirtschaftete zeitweilig mehr als ihr Ehemann mit der Buntten, obwohl sie weder eine Ausbildung im Journalismus noch im Blattmachen besaß. Sie lernte by doing: „Man kann meist viel mehr tun, als man sich gemeinhin zutraut.“ Durchschlagend für den Erfolg von Burda Moden wurden die seit 1952 beigelegten Schnittmusterbogen. Mode zum Selbermachen kam an, denn fast alle deutschen Frauen konnten nähen, aber nur wenige verfügten über ausreichend Geld, um Konfektionsware kaufen zu können. Burdas Stil traf zudem einen weit verbreiteten Geschmack: ein wenig bieder mit dezenter Eleganz, Kleider und Mäntel immer kombiniert mit den dazu gehörigen Accessoires. 1957 überschritt die Auflage die erste Million. In den achtziger Jahren wurden Aenne Burdas Publikationen in achtzehn Sprachen übersetzt und in über hundert Ländern vertrieben. 1987 brachte sie als Erste in der Sowjetunion eine westliche Zeitschrift in russischer Sprache heraus. „Sie ist meine Sonderbotschafterin“, erklärte der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher. „Sie hat in Moskau mehr erreicht als drei Botschafter zuvor.“

Die Verlagschefin selbst wurde zunehmend mondän, mochte es gern exklusiv und auffällig. Zum Friseur flog sie nach Paris, in Florenz und Rom kaufte sie Designermode und Haute Couture. [...] Zwei Mal im Jahr verschwand sie für mehrere Wochen nach Sizilien, wo sie sich zwei Häuser gebaut hatte.

2005 starb Aenne Burda im Alter von 95 Jahren. Sie hat sich nie zur Verfechterin von Emanzipation gemacht. „Ich bin schon emanzipiert geboren“, pflegte sie zu sagen. Sie hat Selbstbestimmung einfach gelebt.

Helga Hirsch 2012, S. 182f.

36



Karrieremuster

In der Bundesrepublik sind es über Jahrzehnte nur wenige Frauen, denen im Beruf der Sprung an die Spitze gelingt. Dazu zählen bereits in den 1950er Jahren Aenne Burda und Beate Uhse. Sie verkörpern grundlegend verschiedene Frauentypen. Vergleichbar ist vor allem die Konsequenz, mit der sie unaufhaltsam ihren Weg beschritten haben. Während Aenne Burda mit ihrer Tatkraft als Zeitschriftenverlegerin für selbstgeschneiderte Mode einem vorherrschenden Bedürfnis vieler Frauen abhilft, ist Beate Uhse als ebenso mutige wie umstrittene Tabubrecherin in die Geschichte der Bundesrepublik eingegangen.

Beate Uhse wurde 1919 als Tochter eines Landwirts und einer Ärztin in Ostpreußen geboren. Vor dem Krieg absolvierte sie eine Ausbildung als Pilotin, heiratete ihren Fluglehrer und war während des Krieges im Flugeinsatz, zuletzt im Range eines Hauptmanns. Ihr erster Mann verunglückte im Mai 1944 bei einer Flugkollision tödlich. Ende April 1945 konnte sie beim Vordringen der Roten Armee von Berlin-Gatow mit ei-

nem Flugzeug nach Flensburg flüchten. 1947 verbreitete sie über ihren „Betu-Versand“ eine Broschüre zur natürlichen Empfängnisverhütung, woraus sich vier Jahre später das „Versandhaus Beate Uhse“ entwickelte, das mit dem Vertrieb von Kondomen und Artikeln zur „Ehehygiene“ rasch eine nach Millionen zählende Kundschaft erreichte. 1962 ergänzte sie den diskreten Versandhandel durch den Ladenverkauf in einem Flensburger „Fachgeschäft für Ehehygiene“, den ersten Sexshop. Ihre Aktivitäten riefen regelmäßige Proteste und Anzeigen, u. a. des „Volkswartbundes“ hervor, weil diese „der unnatürlichen, gegen Zucht und Sitte verstoßenden Aufpeitschung und Befriedigung geschlechtlicher Reize“ dienten. Bis 1992 wurden insgesamt rund 2000 Anzeigen gezählt. Allerdings war Beate Uhse bereits 1989 auch das Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Zwei Jahre vor ihrem Tod wurde ihre ungewöhnliche Karriere nach einem Leben voller eigenwilliger Beharrlichkeit 1999 sogar noch durch die Verleihung der Ehrenbürgerwürde von Flensburg gekrönt.

35/ Aenne Burda an ihrem Schreibtisch, 1950. Foto: privat

36/ Aenne Burda vor ihrem Verlag, 1973.

37/ Beate Uhse, 1962

38/ Beate Uhse, in der Tür eines ihrer Geschäfte, 1992.

37



38



Frauenbilder im Film: Ruth Leuwerik

Wie keine zweite verkörperte die Schauspielerin Ruth Leuwerik in der Bundesrepublik der fünfziger und sechziger Jahre, in den Zeiten des Wiederaufbaus und Wirtschaftswunders, die ideale Frau. Meist spielte sie selbstbewusste und tatkräftige Frauen mit einer eigenen beruflichen Karriere: ein Fotomodell, eine Unternehmerin, eine Opernsängerin und eine Ärztin, eine Fotoreporterin, eine Lehrerin und sogar eine Bürgermeisterin. Gerade die Figur der Bürgermeisterin erschien dem Kinopublikum in den westdeutschen Nachkriegsjahren keineswegs ungewöhnlich, denn man kannte ja die tüchtigen Oberbürgermeisterinnen etwa von Berlin oder von Oberhausen. So hielten es die Zeitgenossen für glaubwürdig, wenn Leuwerik im Film „Die ideale Frau“ eine kommunalpolitisch erfahrene promovierte Juristin darstellte, die zur Oberbürgermeisterin gewählt wurde und ihre Ehe mit einem Stadtrat durchaus für kommunalpolitische Ziele riskierte. Leuwerik gelang es in ihren Filmen, tradierte Verhaltensmuster umzukehren: sie akzeptierte als selbständige Frau schließlich den Mann als guten Kameraden, dem es allerdings nicht zustand, ihre Berufstätigkeit in Frage zu stellen. Für ihre Darstellung von selbständigen, qualifizierten und lebensstüchtigen Frauen wurde Leuwerik von den Zuschauerinnen geliebt, die in diesen Filmen offenbar ihre Sehnsüchte nach einer anderen Lebenswirklichkeit als erwerbstätige Frauen gespiegelt sahen. „Die Frauen bilden das Gros des Filmpublikums. Und diese Frauen können sich mit den Problemen, die ich auf der Leinwand habe, identifizieren“, erklärte Leuwerik 1962 ihre Popularität.

Selbständige, erwerbstätige, patente und tatkräftige Frauen – dieses von Leuwerik dargestellte Frauenideal der Nachkriegsjahre kommt beim Rückblick auf jene Jahrzehnte heute niemandem mehr in den Sinn. Unser retrospektiver Blick ist dominiert vom Bild der angepassten, qualifikations- und erwerbslosen, unselbständigen „Nur-Hausfrau“ oder dem des naiven Mädchens. Tatsächlich aber verweisen uns Leuweriks Filmheldinnen darauf, dass sich für die damalige Zeit weder die Lebenssituationen noch die Bilder und Ideale von Frauen so einfach auf den Nenner von Abhängigkeit und Passivität bringen lassen. Selbstverständlich differierten die Wünsche von Frauen, ihre Chancen und die von ihnen erreichten Ziele je nach ihrem Alter, ihrer Herkunft und Ausbildung, nach der Zahl ihrer Kinder und ihrem Familienstand, schließlich auch nach ihrer Konfession und ihrem Wohnort erheblich. In der Bilderproduktion scheint sich diese Vielfältigkeit kaum niedergeschlagen zu haben, sie wurde geprägt von einem frauenspezifischen Grundmuster: der Haus- und Familienfrau, der Mutter.

Christiane Eifert, in: READER Frauenbilder, Düsseldorf 2005, S. 23.





39/ Gesine Stempel (Mitte) in dem Film „Die allseitig reduzierte Persönlichkeit“ (1977)

Emanzipation mit Unterbrechung: Gesine Stempel

Der Anfang ist typisch und wie aus einer anderen Zeit. Jedenfalls unvorstellbar, daß seitdem erst zwanzig Jahre vergangen sind. Ich wollte immer Journalistin werden, weil ich gute Schulaufsätze schrieb. Und weil meine Mutter, Sekretärin und Kriegerwitwe, darauf bestand, daß ihre Töchter Berufe erlernten. Insgeheim allerdings hatte ich andere Gedanken im Kopf. Ich wollte unbedingt heiraten, spätestens mit dreißig, allerhöchstens, und Kinder haben. An einen Beruf, bis ins Rentenalter, dachte ich nicht im Traum. Aber ich beendete mein Studium und fing beim SFB als Reporterin an, nach Volontariaten beim Deutschlandfunk in Köln und Berlin während des Studiums [...]

Einen Oswald-Kolle-Film hatte ich nie gesehen, aber mir schwante, daß attraktive Frauen sexy sein mußten, um erfolgreich zu sein, und die Arbeit mit links zu erledigen war. Als SFBBeat geplant wurde, kam die Chance, die ich gar nicht wollte. Ich wurde Redaktionsassistentin. Vor der Einstellung das Bewerbungsgespräch. Ich im Mary-Quant-Mini und Stiefelchen à la Courrèges, mit Haarteil, Schleife und falschen Wimpern. [...] Erste Frage beim Einstellungsgespräch: Beabsichtigen Sie, in naher Zukunft zu heiraten? Sind Sie schwanger? Wollen Sie Kinder kriegen? Mitten ins Schwarze, diese Fragen, aber voll verneint, obwohl, siehe oben.

Meine Karriere begann unaufhaltsam – im Sender wäre damals alles möglich gewesen, inhaltlich, davon bin ich überzeugt. Der Muff der fünfziger Jahre war überfällig. Aber in meinem Kopf war absolut nichts möglich außer dieser unbeirrten Suche nach Liebe. Es ist mir heute ein Rätsel. Aber es war so.

[...] Als mein Vertrag mit Ablauf des Jahres 1967 nicht verlängert wurde – nur einer konnte gewinnen – erreichte ich das Ziel. Ich heiratete.

Daß aus mir doch noch etwas geworden ist, ist eine andere Geschichte.

Gesine Stempel: Meine „Karriere“, in Baerbel Becker (Hrsg.) 1987 S. 126

Eine Schauspielerin, die mit ihren Unterhaltungsfilmen ein breites Publikum und eine große Beliebtheit erreichte, hat besonders Frauen auch mit den Filmen fasziniert, in denen sie als ein Vorbild im Berufsleben inszeniert worden ist.

Die Journalistin Gesine Stempel gestaltet ihre eigene Emanzipationsgeschichte. Als langjährige Moderatorin der frauenpolitischen Sendung „Zeitpunkte“ im SFB (später RBB), engagiert sie sich Mitte der 1970er Jahre bei Filmprojekten wie „Die allseitig reduzierte Persönlichkeit“ (1977), in denen sie unter der Regie von Helke Sander als Schauspielerin mitwirkt. Der Film erzählt die Emanzipationsgeschichte von vier Fotografinnen in West-Berlin. In einem Fotoprojekt soll die Frauengruppe die Stadt Berlin wirkungsvoll ins Bild setzen. Sie realisieren diesen

Auftrag auf ungewöhnliche Weise mit einem kreativen subjektiven Blick. Der Film zeigt, wie schwer es oft für Frauen ist, Beruf und die private Lebenswelt mit einem Kind zu verbinden. Er lässt aber auch erkennen, wie wichtig ein Beruf für die eigene Selbstverwirklichung ist.

Später arbeitet Gesine Stempel als Übersetzerin namhafter englischsprachiger Autorinnen und erhält 2006 vom Journalistinnenbund die Hedwig-Dohm-Medaille, die nach einer 1831 geborenen Vorkämpferin der deutschen Frauenbewegung benannt ist. Die Verleihungs-urkunde bescheinigt ihr, „unangepasst und furchtlos“ zu sein: „Mit einer klaren Haltung, mit Witz, Lust und Weitblick behandelt sie die Themen unserer Zeit – ohne sich dem Zeitgeist zu beugen“, heißt es in der Begründung der Jury.

40



40/Eine Hochzeitsgesellschaft in der DDR, Mitte der 1960er Jahre. Foto: Wolfgang Kindler

41/Ein Brautpaar nach der Trauung auf dem Rückweg von der Kirche zum elterlichen Haus der Braut. Weitershausen, 15. Oktober 1961. Die Braut in traditioneller oberhessischer Tracht, während der Bräutigam und die Hochzeitsgäste bereits moderne Anzüge und Kleider tragen. Foto: Roland Witschel

42/Evangelisch-katholische Doppelhochzeit. Kassel, 4. Mai 1968.

Private Lebenswelten

Die politische Kluft zwischen den beiden politischen Systemen in Deutschland hat sich in den 1950er Jahren zunehmend vergrößert und die Trennung der beiden deutschen Gesellschaften ist 1961 durch die Berliner Mauer schockartig markiert worden. Auch die Wirtschaftsentwicklung war durch grundlegende Unterschiede bestimmt. Die soziale Marktwirtschaft war durch eine Wachstumsdynamik gekennzeichnet, die als „Wirtschaftswunder“ in die Geschichte eingegangen ist. Dabei blieb die Eigentumsordnung unangetastet und auch die soziale Schichtung der westdeutschen Gesellschaft erwies sich über Jahrzehnte als weitgehend immobil.

Demgegenüber waren Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR von grundstürzenden Umbrüchen geprägt, die man als eine durch die sowjetische Besatzungsmacht ermöglichte und gestützte Revolution von oben kennzeichnen könnte. Bereits unmittelbar nach Kriegsende wurde in einer „Bodenreform“ landwirtschaftlicher Großgrundbesitz über 100 ha enteignet und an Neubauern, vielfach Flüchtlinge

und Vertriebene, umverteilt. Es folgte 1946 die Enteignung der Großindustrie, seit 1952 die Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG), die 1960 in die Zwangskollektivierung der Bauern einmündete. Schon ab Mitte der 1950er Jahre erfolgte auch die fortschreitende Umwandlung privater Handwerksbetriebe in Genossenschaften oder Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, so dass seit 1972 der privatwirtschaftliche Produktionssektor in der DDR nahezu vollständig verschwunden war. Die Umwandlung der Eigentumsordnung war mit der Etablierung einer weitreichenden Wirtschaftslenkung verbunden. Die „sozialistische Planwirtschaft“ basierte auf zentraler staatlicher Verfügungsgewalt, wobei der Begriff des „Volkseigentums“ lediglich ein ideologischer Euphemismus war.

So kann es nicht verwundern, dass sich auch die materiellen Lebensverhältnisse der Menschen im geteilten Deutschland zunehmend deutlich unterschieden haben. Vor diesem Hintergrund hätte man erwarten können, dass sich auch Lebensstile und Wertvorstellungen in Ost und West

markant auseinander entwickelt hätten. Doch der „neue Mensch“, den die SED in den 1950er Jahren mit der Einführung der Jugendweihe und den „zehn Geboten der sozialistischen Moral“ – von Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED verkündet – propagierte, ließ auf sich warten. In der Gestaltung der privaten Lebenswelten waren grundlegende Verhaltensänderungen kaum zu erkennen. Der Monopolsozialismus der SED hatte zwar die Staatsmacht inne, konnte sich aber nicht als Gesellschaftsverfassung durchsetzen.

So blieben beide deutsche Gesellschaften in der Privatsphäre weitgehend traditionellen Lebensvorstellungen verhaftet und zeigten in vieler Hinsicht weiterhin ein ähnliches habituelles Erscheinungsbild. An vielen Fotos lässt sich kaum erkennen, wo sie entstanden sind. Vor allem die Hochzeitsgesellschaft, die sich Mitte der 1960er Jahre in der DDR präsentiert, würde man eher im Westen Deutschlands vermuten.

In der DDR wurde früh geheiratet. Das Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung betrug 1960 bei den Männern 23,9 Jahre, die Frauen waren 22,5 Jahre alt. Auch in der Bundesrepublik war im Vergleich zu 1950 ein Sinken des Heiratsalters festzustellen, doch heirateten Männer im Westen 1960 durchschnittlich zwei Jahre später als im Osten, bei Frauen betrug der Abstand lediglich etwas mehr als ein Jahr (23,7 Jahre).

Diesbezüglich hat sich in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre eine weitreichende Verschiebung ergeben. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes waren 1991 ledige Frauen bei ihrer Erstheirat durchschnittlich 26,1 Jahre alt, Männer zählten zum gleichen Zeitpunkt 28,5 Jahre. Bis 2012 hat sich das Durchschnittsalter noch einmal signifikant erhöht, bei Frauen auf 30,7 Jahre, bei Männern sogar auf 33,5 Jahre.

Der Stellenwert der Ehe war in der Bundesrepublik allerdings höher als in der DDR, wobei sich auch im Westen Deutschlands in der jüngeren Generation bereits in den späten 1960er Jahren ein



41



42

Einstellungswandel abzeichnet: „Noch in den frühen sechziger Jahren hielten 92 Prozent der Frauen und 86 Prozent der Männer die Ehe für unverzichtbar. Ende der siebziger Jahre waren es nur noch 61 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer.“ Die Bedeutung der Heirat hatte sich Ende der 1980er Jahre grundlegend gewandelt. Zu diesem Zeitpunkt äußerten in einer Umfrage noch 16 Prozent der 40- bis 50-Jährigen, dass die Ehe einen „wesentlichen Sinn des Lebens“ darstelle, während lediglich vier Prozent der Geburtsjahrgänge 1968 bis 1970 diese Meinung teilten. (· Sibylle Meier/ Eva Schulze, in: Helwig/Nickel [Hrsg.] 1993, S. 170)

43



44



Auf den ersten Blick finden sich auf den beiden im gleichen Jahr entstandenen Familienfotos kaum Unterschiede, auch wenn das Foto aus München in einer westdeutschen Großstadt und das ostdeutsche Bild in einem Dorf aufgenommen worden ist. Erst die Kommentierung lässt erkennen, dass für die Fotodokumentation in der DDR das Private nicht losgelöst vom politischen Kontext gesehen werden soll: „Alfons Sendrowsky, Cunnersdorf, Sachsen, mit seiner Frau Hanna und seinen beiden Kindern Reiner (6 Jahre) und Wilfried (1½ Jahre). Sendrowsky, ein vorbildlicher Neubauer, kandidiert für die Volkskammer. Frau Sendrowsky erklärte, sie und die Kinder hätten nur sehr wenig vom

Vati, der immer sehr viel unterwegs wäre. Aber schließlich hätte er ja ein Ziel vor Augen und um diesem zu dienen, müsse eben das Familienglück ein wenig hinten ankommen.“

Im Hinblick auf die Betreuung der Kinder wird ein weiterer Unterschied deutlich. Im Westen wird die Ehefrau vorrangig über ihre Rolle als Hausfrau und Mutter definiert. Noch 1968 hat der Bundesgerichtshof geurteilt: „Bricht eine Frau ihr vor der Heirat gegebenes Versprechen, ihren Beruf aufzugeben und sich künftig ganz dem Mann zu widmen, so kann darin ein Scheidungsgrund liegen.“ (Bundesgerichtshof – IV ZR 579/68)

„Fragen Sie Frau Irene“ – Ratschläge zwischen gestern und morgen

Es gab Eheprobleme angesichts oft rücksichtsloser, auch gewalttätiger und trunksüchtiger Männer; es gab wirtschaftliche Probleme, wenn das Einkommen des Mannes nicht ausreichte, um die vielen neuen Wünsche zu erfüllen, und sich die Haushalte verschuldeten; es gab Erziehungsprobleme, wenn Alleinerziehende überfordert waren oder Eltern ihre zunehmend aufmüpfigen Kinder nicht mehr verstanden. Am populärsten wurde die Rubrik „Fragen Sie Frau Irene“ in der Rundfunkzeitschrift Hör zu. Hinter „Frau Irene“ verbarg sich allerdings keine Frau, sondern der Schriftsteller und Drehbuchautor Walther von Hollander, ein Pfarrerssohn, keineswegs Psychologe von der Ausbildung her, sondern Philosoph. Jahrelang erteilte er Ratschläge, ohne dass seine Leserinnen ahnten, von einem Mann beraten zu werden. Frau Irene war traditionell, insofern sie Scheidungen ablehnte, zu Lösungen innerhalb der Familie riet und das Entgegenkommen in Konfliktsituationen von der „sensibleren“ Frau erwartete. Frau Irene war modern, insofern sie die Gleichberechtigung der Frauen, ihre Erwerbstätigkeit und eine partnerschaftliche Ehe unterstützte, auch indem sie zwischen den Generationen vermittelte, sich gegen autoritäre Erziehungsmethoden wandte und der Jugend das Recht auf eine eigene Kultur zusprach. Frau Irene's Ratschläge können daher als ein typisches Beispiel gelten für die vorsichtige Öffnung, die sich in den 1950er Jahren hinter traditionellen Normen vollzog.

Helga Hirsch 2012, S. 249f.

Im Osten ist die Berufstätigkeit der Frauen nicht nur das propagierte Leitbild, sondern auch vorherrschende Lebenspraxis. So wird die Kinderbetreuung durch staatliche oder betriebliche Einrichtungen schon früh ausgeweitet, wobei das Bild des Leipziger Fotografenehepaars Rössing aus heutiger Perspektive nicht ohne Hintersinn erscheint: Kinderbetreuung am Gängelband?

Mitte der 1960er Jahre ist von allen verheirateten Frauen in der Bundesrepublik lediglich ein Drittel erwerbstätig. Jede vierte berufstätige Frau hat Kinder unter 14 Jahren zu betreuen (Mikrozensus 1962). In einer soziologischen Untersuchung von 1963 (Ifas-Report „Frau und Öffentlichkeit“) erklärt mehr als die Hälfte (53 %) der berufstätigen Frauen, sie zögen es vor, nur Hausfrauen zu sein. Die Nur-Hausfrauen waren überwiegend (56 %) mit dieser Situation zufrieden. Doch gab es erhebliche Unterschiede im Hinblick auf Alter und Bildung. Bei den 18- bis 34-Jährigen überwogen die Frauen, die eine Berufstätigkeit präferierten, wenn auch nur knapp (49 gegen 46 %). Orientiert man sich an der Schulbildung, bevorzugten mehr als zwei Drittel (70 %) der Frauen mit Volksschulbildung ohne Lehre die Hausfrauenrolle, während Frauen mit besserer Schulbildung zur Hälfte eine Be-

rufstätigkeit vorzogen (>Ingrid Langer, in: Becker [Hrsg] 1987, S. 116 u. S. 118).

Bei Befragungen, die Reinhold Junker zwischen 1965 und 1967 in unterschiedlichen Personengruppen (Verheiratete, Alleinstehende, Männer, Frauen) durchgeführt hat, schlossen sich deutliche Mehrheiten mit einer relativ geringen Schwankungsbreite den beiden folgenden Statements an: „Die Mutterschaft ist die wichtigste Lebensaufgabe der Frau“ (78–93 %); „Der Beruf der Hausfrau ist der schönste und vielseitigste Beruf der Frau“ (63–84 %). Etwas geringer war die Zustimmung zu der Äußerung: „Das Reich der Frau ist der Haushalt, alles andere ist Sache des Mannes“ (54–69 %). Dass hier ein verdeckter Widerspruch, zumindest ein Konfliktfeld, zwischen Sollen und Sein bestand, wird erkennbar, wenn nahezu neun Zehntel (86–92 %) in der Überzeugung übereinstimmen: „Mann und Frau sollten gleiche Rechte und Pflichten haben“ (>vgl. Langer a.a.O.). Den vorherrschenden Einstellungen in der Gesellschaft folgend, sucht die Politik noch Mitte der 1960er Jahre einen vorgeblichen Rollenkonflikt aufzuheben, indem sie die Tätigkeiten der Hausfrau zum Beruf erklärt.

45



46



43/ Ehepaar mit seinen Kindern, München 1950.
Foto: Georg Fruhstorfer

44/ Alfons Sendrowsky mit seiner Familie,
September 1950. Foto: Klügel

45/ Kinderwagentreffen auf einem Spielplatz in
Frankfurt am Main, 1954.

46/ Parkspaziergang am Bändchen, Leipzig, 1955.
Foto: Roger und Renate Rössing

Beruf Hausfrau

Im modernen Haushalt ist die rein manuelle Tätigkeit gegenüber anderen Aufgaben stark zurückgetreten. Im Mittelpunkt stehen vielmehr die „Hege- und Sorgefunktionen“, also die Schaffung einer Familienatmosphäre der Ordnung und Geborgenheit, und die „disponierende Funktion“ der Hausfrau [...] Im Zusammenhang mit einem derartigen planvollen Handeln wird auch von einer „unternehmerischen“ Leistung der Hausfrau gesprochen. Immer werden hohe Anforderungen an ihre Entscheidungs- und Auswahlkraft gestellt. Aus einem nahezu unübersehbaren Marktangebot an Sachgütern und Diensten hat sie Tag für Tag ihre Wahl zu treffen, um die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen und auf eine sinnvolle Gestaltung des Familienlebens hinzuwirken [...] Um den Anforderungen der modernen Gesundheits- und Ernährungspflege zu genügen, bedarf jede Hausfrau bestimmter medizinischer und physiologischer Grundkenntnisse.

Angesichts der Vielfalt geistiger und körperlicher Leistungen, die von der Hausfrau verlangt werden, erscheint es nicht verwunderlich, wenn demoskopische Untersuchungen ergeben haben, daß auch heute noch die Mehrzahl aller Frauen ihre Tätigkeit in Haushalt und Familie als Lebensaufgabe und Berufung verstehen.

Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft, 14. September 1966, Bundestagsdrucksache V/909, S. 9f.



47 / Produktwerbung für Putzmittel: „Es ist also gar nicht so schwer, immer nett auszusehen.“ (Aus einem Ratgeber der 50er Jahre)

48 / „Dienstmädchen“, Hamburg 50er Jahre. Foto: Germin

49 / Die Kunst der Haushaltsführung: Sorgfältig werden alle Einkäufe eingetragen, Hamburg 1950. Foto: Germin

50



Die beiden Küchen aus der Mitte der 1950er Jahre deuten bereits auf Unterschiede im Lebensniveau hin. Dabei sind die beiden Beispiele zu diesem Zeitpunkt noch kaum repräsentativ. Die westdeutsche Küche ist erstaunlich großräumig und mit modernem technischen Komfort ausgestattet. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass damit eher ein begüterter bürgerlicher Lebensstil präsentiert wird als ein allgemein anzutreffender Normalzustand. Denn 1966 hatten auch in der Bundesrepublik erst 30 Prozent aller Haushalte einen Elektroherd. Die Küche aus der DDR hat offensichtlich eine Modellfunktion, die der Realität vauseilt. Hier lautet der Bildkommentar: „Raumsparend und zweckentsprechend ist die Kücheneinrichtung, die zum Hauptgewinn der großen Tombola gehört. Ein Küchentisch mit drei Platten in verschiedenen Höhen erleichtert der Hausfrau die Küchenarbeit.“ Es handelt sich um einen Küchenraum, der dem Prototyp der 1928 von einer Wiener Architektin entworfenen „Frankfurter Küche“ folgt. Der Raum ist sehr klein, die Arbeitsflächen

sind pflegeleicht kunststoffbeschichtet. Die Küchengeräte sind einfach, elektrische Küchengeräte sind nicht zu erkennen. Diese waren auch Anfang der 1960er Jahre in der DDR noch äußerst selten. 1962 hatte erst ein Zehntel aller Haushalte einen Kühlschrank (11 %) oder eine Waschmaschine (12 %), erst 1969 war diese Quote auf knapp die Hälfte (48 %) angestiegen. Vorrang bei der Anschaffung hatte demgegenüber ein Fernsehapparat. Immerhin besaß 1962 bereits ein knappes Drittel aller Haushalte (31 %) einen Fernseher, bis Ende der 1960er Jahre hat sich die Anzahl bereits verdoppelt (vgl. Rytlewski/Opp de Hipt 1987, S. 119).

In der Bundesrepublik hatten 1960 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bereits mehr als die Hälfte (52 %) aller Haushalte einen Kühlschrank, 34 Prozent ein Fernsehgerät. Bereits zwei Drittel aller Haushalte verfügten über einen Staubsauger, rund ein Drittel benutzte schon eine Waschmaschine. Erstaunlicherweise hatten zu diesem Zeitpunkt erst 14 Prozent ein Telefon, in der DDR waren es sogar nur vier Prozent.

51



50/Musterküche in der Ausstellung „Die Welt der Frau“, Ost-Berlin, 1956.
Foto: Rudolf Mihatsch Hesse

51/Einbauküche in der Bundesrepublik, 1957.
Foto: Germin

Betrachtet man die Wohnungseinrichtungen, dann wird deutlich, dass sich bereits in den späten 1950er Jahren ein Stilkontrast markant abzeichnete. Vor allem die älteren Generationen bevorzugten eine konventionelle „gediegene“ Möblierung in der schwergewichtigen Manier des „Gelsenkirchner Barocks“, in dem sich auch ihr Wertekanon widerspiegelte. Die vom „Wirtschaftswunder“ begünstigten Familien der mittleren und jüngeren Generationen favorisierten dagegen eine moderne leichte Wohnungsausstattung, für die der Nierentisch zum Dingsymbol schlechthin und zu einem geflügelten Wort werden sollte. Dieses moderne Lebensgefühl, in dem sich ein beginnender Wertewandel bereits abzuzeichnen beginnt, ist schließlich auch mit dem Petticoat verbunden, der seit Mitte der 1950er Jahre mit der Erfolgswelle des Rock'n' Roll bei den jüngeren Frauen enorme Anziehungskraft gefunden hat.

Als Chronist der privaten Lebensverhältnisse hat der Bonner Fotograf Josef Heinrich Darchinger die Wiederaufbauzeit in der Bundesrepublik in seinem 2008 erschienenen Buch „Wirtschaftswunder – Deutschland nach dem Krieg 1952–1967“ eindrucksvoll in unser Bildgedächtnis gefügt. 1925 in Bonn geboren, war Darchinger im Krieg schwer verletzt worden. Zunächst als Landwirt ausgebildet, realisierte er seit Anfang der 1950er Jahre seinen Wunsch, als Fotograf tätig zu sein. Da ihm eine entsprechende Ausbildung fehlte, musste er auf diese Berufsbezeichnung verzichten und wurde als „Fotojournalist“ aktiv. Unbefangenheit, Neugier und Wirklichkeitsnähe zeichnen seine Zeit-Bilder aus, die uns lebendige Einblicke in das private

52



53



52/ Familie vor dem Fernseher, Braunfels, 50er Jahre.
Foto: Kurt Röhrig

53/ Möbeldesign der 50er Jahre: Sitzzecke mit einer Gas-Raum-Heizung, Hamburg 1957.
Foto: Germin.

54



55



Leben einer vielschichtigen bürgerlichen Gesellschaft vermitteln. „Das Nebeneinander von Krieg und Neubeginn, von Zerstörung, Armut und Trostlosigkeit gepaart mit Aufbruchsstimmung, Optimismus und Frohsinn zieht sich durch alle Aufnahmen Darchingers. [...] Es ist das Werk eines Beobachters und Handwerkers – eines Zeitzeugen, der dankbar staunte über die ihn umgebende Zuversicht im Nachkriegsdeutschland.“ (> Katja Inken, spiegel online, eines tages, 27.05.2008)

Auch aus der DDR sind viele Zeitbilder aus den 1950er Jahren überliefert. Während in den zahlreichen Illustrierten Aufbaupathos und Optimismus vorherrschten, hatte sich Mitte des Jahrzehnts unter dem Namen „action fotografie“ eine Gruppe formiert, die einen kritischen Blick auf die gesellschaftliche Realität warf, ohne ihre Sympathie für die Menschen preiszugeben. Im Kontext dieser „engagierten Fotografie“ hat Ursula Arnold, ähnlich wie 25 Jahre später Gundula Schulze, eine besondere Bedeutung.

Diese Aufnahmen sind für Ursula Arnold „ein Mittel in der Auseinandersetzung mit Zeitfragen“. „Schwierigkeiten und Probleme durften nicht gezeigt werden. Darin bestand mein Konflikt“, sagte sie. Die Suche nach Wahrheit hat sie lebenslang beibehalten: „Meine Sympathie gehört denen, die nicht zu den Herrschenden gehören. Ich möchte im Alltäglichen das Besondere und das Einfache suchen, Nuancen sammeln, die Leben ausdrücken. Ein Stück Leben lebendig erhalten.“ (> Aus einem Gespräch zwischen Ursula Arnold und Gabriele Muschter im November 2011)

56



- 54/ Endlich Feierabend: Mutter stopft Strümpfe, Vater liest eine illustrierte Zeitschrift. Die Eltern des Fotografen 1955 im Wohnzimmer ihrer kleinen Mansardenwohnung in Bonn. Foto: Josef Heinrich Darchinger
- 55/ Zeitungslektüre im Wohnzimmer. Noch hat das Radio seinen zentralen Platz. Der Rundfunk leistete einen wichtigen Beitrag zur neuen Zivilität der Deutschen“. Bonn 1958. Foto: Josef Heinrich Darchinger
- 56/ Das Kaffeekränzchen ist Bestandteil eines gehobenen Lebensstandards. Bonn 1958. Foto: Josef Heinrich Darchinger

Engagierte Fotografie in der DDR: Ursula Arnold

Eigentümliche Schwermut durchzieht diese Bilder aus dem Arbeiter-und-Bauern-Staat. Als habe sich eine bleierne Zeit niedergesetzt auf der Stadt, den Pflastersteinen, dem Asphalt. Aber da sind die Leute, alte, junge, die hier ihren Alltag leben, wartend auf Veränderung. [...] Kulturpolitik und Redaktionen verlangten Ideales, Optimistisches, nicht die graue, oft trostlose, müde Nachkriegswirklichkeit. Für Arnold bedeutete das bittere Resignation.

Sie schloss in den Siebzigern die Leica weg, arbeitete als Kamerafrau beim Fernsehen. Erst in den Achtzigern fotografierte sie wieder in der Stadt. Kontrastscharfe Motive zeigen junge Gesichter. Aber es dauerte bis Mitte der Neunziger, dass Arnold richtig entdeckt und 2003 sogar mit dem Hannah-Höch-Preis und Ausstellungen gewürdigt wurde. Da sahen wir endlich jenes einzigartige Foto von 1956, das in einer Ausstellung hing und dem kollektiven Gedächtnis des Ostens eingeschrieben werden sollte: Eine alte Zeitungsverkäuferin in einer Straßenunderführung, schwarz gekleidet, mit krummem Rücken..

Sie schleppt einen Zeitungsstoß, darunter das Ost-Satire-Blatt „Eulenspiegel“. Trostlos sei das Motiv, eiferte damals die sozialistische Kritik, wo blieben da die Helden des Wiederaufbaus, die optimistischen Gesichter? Hier erzählt die Fotografin nicht bloß die Geschichte jener Alten, die zwei Kriege überstanden hatten und sich ihren Lebensunterhalt, oft noch mitten in Trümmern, auf der Straße verdienen mussten. Die Aufnahme sagt auch viel aus über die junge Fotografin, die sich damals nicht traute, der Alten ins Gesicht zu schauen.

Arnolds Bilder konnten keinen Blumentopf gewinnen, sie passten mit ihrer Wahrhaftigkeit und Traurigkeit nicht in die Ideologie. Aber Arnold, die aus Gera zum Studium an die Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig gegangen war und nach Ost-Berlin pendelte, wollte nur so fotografieren: unpathetisch, still beobachtend, wahrhaftig. Ihre fotografischen Alltagsfetzen bleiben uns als spröde künstlerische Zeitzeugen.

Ingeborg Ruthe, in: Berliner Zeitung, 1. Juni 2012

57



58



57/Hochzeit 1956. Foto: Ursula Arnold

58/Zeitungsrau. Leipzig 1956. Foto: Ursula Arnold.



59

Wohnen

Nach den verheerenden Kriegszerstörungen zählte die Schaffung von Wohnraum zu den wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben. Bereits 1950 wurde in der Bundesrepublik ein erstes Wohnungsbaugesetz verabschiedet. Ziel war es, in sechs Jahren 1,8 Millionen staatlich geförderte Sozialwohnungen zu schaffen. Die Sozialwohnungen wurden zu niedrigen Mieten bereitgestellt, die nicht mehr als 10 Prozent eines durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens betragen sollten. Seit 1953 wurden jährlich rund eine halbe Million Wohnungen neu gebaut. Davon entfiel etwa die Hälfte auf den öffentlich geförderten Wohnungsbau mit Mietpreisbindung. „Erst 1960 begann der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und die Einbeziehung des Wohnungssektors in die soziale Marktwirtschaft. Schrittweise sollten die Mietpreisbindung aufgehoben, zugleich aber Mieterschutz und die Beihilfen für Einkommensschwache erweitert werden.“ (Kleßmann 1997, S. 51) Bis 1973 sind 3,1 Millionen neue Wohnungen entstanden, das war etwa die Hälfte des auf sechs Millionen geschätzten Bedarfs, und 1980 entsprach schließlich die Anzahl aller Wohnungen der Summe aller Haushalte (Wehler 2009, S. 201).

Im Zuge des Babybooms, der 1964 seinen Höhepunkt erreichte, vergrößerten sich die Wohnflächen deutlich: 1953 durchschnittlich 55 m², 1960 70 m², 1970 86 m². Zwischen 1961 und 1968 lässt sich auch ein besonders starkes Anwachsen des Wohnungsbesitzes feststellen. Lag der Anteil 1961 bei 29,1 Prozent, war er in nur sieben Jahren auf 34,3 Prozent gestiegen, in den beiden folgenden Jahrzehnten wurde 1988 die Marke von 40 Prozent erreicht. Die Zunahme von 1961 bis 1968 war also nahezu genau so groß wie zwischen 1961 und 1968 (Schildt/Siegfried 2009, S. 190f.).



60

59/ Köln, Schaafenstraße 1966.
Foto Dietrich Maguhn

60/ Karl-Marx-Allee mit Kino International,
Ost-Berlin 1964





62

61 / Stolz vor dem Eigenheim: Wohnhäuser in Berlin-Lichterfelde Süd, 1955.

62 / Viele Mütter mit Kinderwagen und Kindern an einer Kaufhalle im Wohngebiet Halle-Neustadt, 1973. Am Standort der Chemie-industrie der DDR wurde in den 1960er und 1970er Jahren mit Halle-Neustadt ein großes Neubaugebiet für die vor allem jungen Arbeiterfamilien der umliegenden Industriebetriebe geschaffen. Foto: Murza.

63 / Wohnung im Neubauzentrum Rostock-Lütten-Klein 1966.

Die Wohnungssituation in der DDR blieb äußerst angespannt. Noch im Jahr 1961 betrug der Neubauanteil lediglich zehn Prozent und hatte sich zehn Jahre später gerade einmal verdoppelt (21 %). Um den Wohnungsbau zu beschleunigen, wurde die „Plattenbauweise“ entwickelt, bei den Großwohnsiedlungen in den Neubauzentren Rostock-Lütten-Klein und Halle-Neustadt in vielstöckigen Hochhäusern erstmals im großen Stil praktiziert. Ostern 1966 wurden die ersten Wohnungen in Lütten-Klein übergeben. Das Foto soll nicht nur die moderne Ausstattung unterstreichen, sondern erfüllt auch einen pädagogischen Zweck: Ein kleines Kind hilft schon beim Haushalt, indem es sich im Gebrauch des Staubsaugers übt. Im Gegensatz zu Großbausiedlungen aus dem 1970er Jahren wie etwa Berlin-Marzahn wurde Halle-Neustadt als Modellprojekt Mitte der 1960er Jahre mit Kunst am Bau, Kindergärten, Versorgungs- und Kultureinrichtungen großzügig geplant, doch konnte mit diesen Initiativen der Wohnungsmangel nur in geringem Umfang vermindert werden. Das 1973 verkündete Wohnungsbauprogramm bewirkte bis 1981 eine Steigerung des Anteils auf 35 Prozent (› Rytlewski/Opp de Hipt 1987, S. 122). Der Altbestand schlecht ausgestatteter Wohnungen war besonders hoch. Anfang der 1980er Jahre war fast die Hälfte aller Wohnungen vor 1919 gebaut worden. Allerdings waren die Mieten für den knappen Wohnraum äußerst niedrig.

In den Jahren zwischen 1949 und 1990 wurden in den alten Bundesländern zwei Drittel aller Wohnungen gebaut, in den neuen nur etwa 44 Prozent (› Datenreport 2006, S. 134).



63

Motorisiertes Biedermeier

Die beiden wichtigsten Träume der Westdeutschen in den 1950er Jahren waren eine gut ausgestattete Wohnung und ein eigenes Auto. Der Schriftsteller Erich Kästner hat das Lebensgefühl dieser Periode treffend als „motorisiertes Biedermeier“ charakterisiert.

Der Wunsch, ein eigenes Fahrzeug zu besitzen, war im ersten Nachkriegsjahrzehnt für die meisten Deutschen ein bloßer Traum. Nur zwei Prozent der Westdeutschen besaßen 1953 bereits ein Auto, in den USA zum gleichen Zeitpunkt bereits jeder Vierte. So fährt der „kleine Mann“, wenn er Glück hat, ein motorisiertes Fortbewegungsmittel zu erstehen, vorerst mit dem Motorrad. Es ist ausschließlich Männersache, die Frau muss sich auf dem Sozius platzieren

Seit Mitte der 1950er Jahre beginnt eine Motorisierungswelle, für die der „Käfer“ zum Symbol geworden ist. 1957 sind erstmals mehr Pkw als Motorräder in der Bundesrepublik angemeldet. Zwischen 1950 und 1960 hat sich der bundes-

deutsche Kraftfahrzeugbestand auf acht Millionen Fahrzeuge vervierfacht, um sich in den beiden folgenden Jahrzehnten noch einmal jeweils mehr als zu verdoppeln. 1990 wurden in der Bundesrepublik 35,7 Millionen Kraftfahrzeuge registriert (Datenreport 2006, S. 356). „Einer der Hauptgründe für die rapide Motorisierung war der durch sie ermöglichte Übergang zu einer Pendlerexistenz, die für den Weg von der Wohnung bis zum Arbeitsplatz morgens und abends eine oft einstündige Fahrzeit in Kauf nahm. Bereits um 1970 hat ein Drittel aller Erwerbstätigen dieses Pendeln, hauptsächlich mit dem Privatauto, als werktägliche Routine gewählt.“ (Wehler 2009, S. 202)

Die Gleichstellung von Frauen hinkte selbst im Hinblick auf das Autofahren hinterher, obwohl es eine Frau, Bertha Benz, gewesen war, die bereits am Ende des 19. Jahrhunderts eine erste größere Autofahrt unternommen hatte und dabei nicht nur Courage und ein stupendes Improvisationstalent, sondern auch erstaunliche wirtschaftliche Weitsicht be-

64



wiesen hatte. Ihrem spektakulären Automobil-Ausflug 1888 war es zu verdanken, dass mit dem dreirädrigen „Motorwagen“ von Carl Benz eine beispiellose Firmengeschichte der Automobilindustrie ihren legendären Anfang nahm.

Noch im ersten Nachkriegsjahrzehnt blieben Frauen am Steuer seltene Ausnahmen. Bis 1957 konnten Frauen in der Bundesrepublik nur mit Genehmigung ihres Ehemanns oder Vaters einen Führerschein erwerben. Erst das Gleichberechtigungsgesetz von 1957, das die Frauen in ihren bürgerlichen Rechten den Männern prinzipiell gleichstellte, hob diese demütigende Einschränkung auf.

Das Auto als Statussymbol – dieser Traum ließ sich in der DDR bis zum Ende der 1960er Jahre nur für wenige Privilegierte verwirklichen. Weil es aber einen hohen Erwartungsdruck gab, entschloss sich die SED-Führung schon bald, ihren eigenen Volkswagen, den „Trabant“, zu produzieren. Das geschah seit 1958 nur in äußerst geringen Stückzahlen, aber mit um so größerem Propagandaaufwand. Während in Wolfsburg 1960 täglich 4000 VW vom Band liefen (›Schildt/Siegfried 2009, S. 196), waren es in Zwickau 1959 lediglich 20000 „Trabant“ im ganzen Jahr. Interessant ist aber, dass auch hier die Frau als Sympathieträgerin ins Bild gesetzt wird, allerdings ohne den Sex-Appeal der westdeutschen Automobilwerbung. Dabei erscheint es nahezu paradox, dass ein Produkt angepriesen wird, das fast unerschaffbar erscheint.

Die Illustrierte „Zeit im Bild“ berichtet voller Stolz von der neuen Errungenschaft der sozialistischen Wirtschaft: „Nun ist er da, der lang erwartete ‚Trabant‘-Kleinwagen. Die ersten Exemplare der Serienproduktion, die seit 1. Juli 1958 auf vollen Touren läuft, bereichern schon unser Straßenbild. 3000 Wagen kommen noch bis Ende Dezember auf den Markt, und 20000 werden es 1959 sein. An Export ist zwar im nächsten Jahr gedacht, aber keine Angst, die Quote wird gering sein. [...] Wir haben in puncto Tempo, Steigvermögen, Geländegängigkeit, Kurvenlage und



65

Bremsverzögerung das Letzte herausgeholt, um zu beweisen, welche Reserven der Wagen gegenüber den offiziellen Werksangaben besitzt. Der Leser (und Käufer) soll wissen, daß die Werte des Werkes nicht von kapitalistischer Geschäftemacherei diktiert werden, sondern daß sie Realitäten sind.“ (›Illustrierte Zeit im Bild, H. 32/1958)

Das geringe Angebot führte zu langen Wartezeiten und die Preise für den Kraftstoff waren sehr hoch. Der „Trabi“ bestimmte mit einem Anteil von mehr als 50 Prozent das Straßenbild. Als die Produktion am 30. April 1991 eingestellt wurde, waren insgesamt rund 3,1 Millionen Exemplare produziert worden. „Bis zur Maueröffnung hatte die Pkw-Dichte hier 237 Fahrzeuge je 1000 Einwohner (50 % des Westniveaus) betragen, somit bestand im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ein sehr großer Nachholbedarf, der vor allem in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer mit äußerst hohen Wachstumsraten abgebaut wurde.“ (›Datenreport 2006, S. 356)

Wie die westdeutsche Durchschnittsfamilie am Anfang der 1960er Jahre leben und mit Wohnung und dem Statussymbol Auto ausgestattet sein wollte, ist in einem geflügelten Wort zum Ausdruck gekommen, das seinerzeit kursierte: „Eine Frau, zwei Kinder, drei Räume, vier Räder“ (›zit. n. Schildt/Siegfried 2009, S. 192).



66

64/ Mit der Freundin hinaus ins Grüne auf einem Motorrad des Münchner Motorradverleihs Kagerer, bei München 1951. Foto: Hanns Hubmann

65/ Sonntagsausflug in die Eifel, 1957. Foto: Josef Heinrich Darching

66/ Illustrierte ZB – Zeit im Bild, Nr. 32, November 1958

67



67/ Die Studentin Petra Schürmann nach ihrer Wahl zur „Miss World“ im Londoner Lyceum, 1956. Zuvor war sie schon „Miss Germany 1956“ geworden.

68/ Die Bremer Artistin Gonda Suree wird als deutsche Strumpfkönigin geehrt, München 1951.
Foto: Stadtarchiv München, Fotosammlung

68



Schönheitsideale

Die Suche nach Schönheit verbindet das Schaubedürfnis des Publikums mit dem sportiven Ehrgeiz, gegen die Konkurrenz erfolgreich zu sein, und mit kommerziellen Interessen. Ein eher skurriles Event ist die erste Wahl zur deutschen Beinkönigin, die 1951 in München stattfindet. „20 Stadtköniginnen aus allen Gegenden der Bundesrepublik haben sich zu diesem sonderbaren Wettbewerb eingefunden. Die Strumpffabrik ‚Arwa‘ will auf diese Weise die klassischen Beinmaße ermitteln und ihre Produktion darauf einstellen.“ (> Deutschland Deutschland 1989, S. 88)

Seit 1950 werden in der jungen Bundesrepublik auch Miss-Wahlen veranstaltet. Die erste Miss Germany ist das „Fräuleinwunder“ Susanne Erichsen.

Petra Schürmann wurde 1956 als erste Deutsche zur Miss World gewählt. 1933 in Mönchengladbach geboren, machte sie nach einem Studium der Philosophie und Kunstgeschichte als Ansagerin beim Bayerischen Rundfunk und später auch als Fernsehmoderatorin bis 2000 Karriere und erprobte sich auch als Schauspielerin und Buchautorin. Sie war die erste „Intellektuelle“ unter den Schönheitsköniginnen aus Deutschland.

Seinerzeit gab es noch Irritationen, als sie 1967 eine außer-ehelich geborene Tochter bekam, sechs Jahre blieb sie alleinerziehend, bis sie den Vater, den geschiedenen Ehemann der Schauspielerin Marianne Koch, heiratete. Nachdem ihre Tochter bei einem tragischen Unfall 2001 ums Leben kam, erlitt sie eine psychoreaktive Sprachstörung und zog sich aus der Öffentlichkeit völlig zurück. Sie starb 2010.

Die erste Miss Germany: Susanne Erichsen

Sie war das erste deutsche Supermodel und wies die perfekte Wirtschaftswunder-Biografie auf: Susanne Erichsen. Die Kriegszeit verbrachte sie in Berlin, 1945 geriet sie in russische Gefangenschaft. Im Lager Stalinogorsk leistete Susanne Erichsen zwei Jahre lang Schwerstarbeit, kam mit 22 Jahren zurück und stieg auf zum Sinnbild für die robuste Generation des Wiederaufbaus.

Noch in den 40er-Jahren glänzte Erichsen mit ersten gut dotierten Laufsteg-Engagements. Aus einer Laune heraus nahm sie 1950 an der Wahl zur Miss Germany teil – und gewann. Im Kurhaus von Baden-Baden ließ sich Erichsen mit Hermelin, Schärpe und Krönchen schmücken. Jobs in Paris und New York folgten. Alle großen Lifestyle-Magazine rissen sich bald um die hübsche Berlinerin. „Sie wollten die Deutsche sehen, die aus den Kohlenschächten der sowjetischen Lager auf den Laufsteg internationaler Modenschauen gefunden hatte“, schrieb Erichsen später in ihrer Autobiografie.

Sie schilderte auch die Kehrseiten des Glitzerlebens, ihre Tabletten-sucht, das ruinöse Jetsetleben. Und auch den Magerwahn in der Modeszene, das Hungern für die gute Figur und das extreme Schnüren der Taille, das sie nur mit Schmerzmitteln ertrug.

Nach der erfolgreichen Zeit in den USA kehrte Erichsen zurück nach Deutschland und betrieb in Berlin über Jahrzehnte eine Schule für Mannequins und Fotomodelle. 2002 starb das einstige „German Frauleinwunder“ an den Folgen eines Schlaganfalls.

www.focus.de/panorama/welt/tid-14036/frauengeschichten-das-frauleinwunder-susanne-erichsen_aid_392341.html



Mode zwischen Konfektion und Haute Couture

Der Soziologe Helmut Schelsky charakterisierte die Bundesrepublik 1953 als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“, in der sich die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten gegenüber der traditionellen Klassengesellschaft zunehmend verringert hätten. Vorherrschend sei ein „kleinbürgerlich-mittelständischer Lebenszuschnitt“ geworden, der zu einer „Ver einheitlichung der sozialen und kulturellen Verhaltensformen“ geführt habe.

Es sollte sich zeigen, dass statt dieser Einschätzung die soziale Kluft keineswegs fortschreitend reduziert wurde, sondern sich mit der zunehmenden ökonomischen Prosperität unter dem Vorzeichen des „Wirtschaftswunders“, an dem die Menschen höchst unterschiedlich partizipierten, die Schichtenunterschiede im Hinblick auf, Besitz, Einkommen, Bildung und Prestige eher wieder zunahmen. Dies wird auch durch zahlreiche empirische Untersuchungen zur Selbsteinstufung der Deutschen in Sozialmilieus unterstrichen, die Anfang der 1960er Jahre zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sind. „So ermittelten [1961 R.T.] etwa Scheuch und seine Mitarbeiter nur 1%, das sich der Oberschicht zugehörig fühlte, 6%, die zur Obe-

ren Mittelschicht, 15%, die zur Mittleren Mittelschicht und 21%, die zur Unteren Mittelschicht gehören wollten [...], während sich 37% zu den Oberen Unterschichten und 19% zu den Unteren Unterschichten, also insgesamt 56% zu den Unterschichten zählten.“ (· Wehler 2009, S. 111)

In solchen Befunden lässt sich nicht nur die große Spreizung in der deutschen Sozialpyramide ablesen, es wird mit der hohen Unterschicht-Selbstzuschreibung auch ein Bedürfnis erkennbar, sozial aufzusteigen und die eigenen Lebensverhältnisse deutlich zu verbessern, was die Aufbaujahre der Bundesrepublik nachhaltig beeinflusst hat. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat darauf hingewiesen, dass Mode die „feinen Unterschiede“ in der Gesellschaft auf besonders sinnfällige Weise zum Ausdruck bringt. So treffen wir in der westdeutschen Mode neben der Zurschaustellung von Luxus und Reichtum in den Kreationen der Haute Couture auch auf die egalisierenden Effekte der konfektionierten Bekleidung, die sich in den Katalogen des Versandhandels, seit Ende der 1940er Jahre im westlichen Deutschland und seit 1956 auch in der DDR, besonders deutlich ablesen lässt.

Auch die Modeentwicklung lässt erkennen, dass der Beginn der 1960er Jahre eine



69/ Samt-Abendmantel mit Nerz und handbesticktem Etuikleid, 1957.
Foto: Regina Relang

70/ Ein Modefoto aus dem West-Berlin der „Goldenen Fünfziger“
Foto: Alfred Strobel

71/ Mode in Ost-Berlin, 1958.
Foto: Edith Rimkus-Beseler



70



71

72



Zäsur markiert, die auf vielfältige Weise einen kulturellen Aufbruch signalisiert.

Die weitreichende Verschiebung in der Ansprache der Konsumentinnen und in der Wahl der angebotenen Modelle deutet auf die markante Zunahme eines modernen Lebensgefühls hin, das in der Mitte der 1960er Jahre einen Fokus findet. „Während noch im Vorjahr [1966 R.T.] nur 10 Prozent des Bekleidungsassortiments betont jugendlich gehalten war, betrug der Anteil nun 40 Prozent, und erstmals zierte das Katalogcover nicht, wie der Spiegel süffisant bemerkte, die ‚traditionelle Titeldame im maßvoll-flotten Mutti-Look‘, sondern ‚zwei hüpfende Teenager in beatgrünem Hosendress und orangefarbenem Minirock‘“ (Schildt/Siegfried 2009, S. 257).

In der DDR war die Mode Bestandteil der Planwirtschaft und folgte den ökonomischen Zwängen der sozialistischen Produktion. Der Mangel an hochwertigen Textilstoffen führte zur Entwicklung von Ersatzmaterialien wie Lederol oder Dederon (aus der Bezeichnung DDR abgeleitet), um die unerschwinglichen Lizenzgebühren oder Importkosten für im Westen entwickelte Kunstfasern wie Perlon zu vermeiden. Bereits 1952 wurde ein „Institut für Bekleidungsindustrie“ gegründet, seit 1948 erschien im Leipziger „Verlag für die Frau“ eine Zeitschrift mit Schnittmusterbögen zum Selberschneiden, die als „Pramo“ (Abkürzung für

74



praktische Mode) firmierte. Dem Modebedürfnis kam vor allem die 1956 gegründete Zeitschrift „Sybille“ entgegen. Deren Modelle orientierten sich durchaus an internationalen Kollektionen, die freilich im Konfektionsangebot der DDR kaum zu finden waren. Auch der Versuch, eine eigene Jeansmarke zu kreieren, fand keine Resonanz. West-Jeans blieben ein Sehnsuchtsprodukt vor allem der jungen Generation und sind mit Ulrich Plenzdorfs „Die neuen Leiden des jungen W.“ sogar in die Literatur aus der DDR eingegangen.

Nicht nur die legendäre westdeutsche Anstandsdame Erica Pappritz suchte – allerdings häufig schon belächelte – Benimm-Regeln durchzusetzen (Graudenz/Pappritz 1957). Selbst die „Fürsorgediktatur“ (Konrad Jarausch) machte sich

73



75



72/ Aus dem Neckermann-Katalog 1958

73/ Versandhaus Leipzig, Katalog 1960

74/ Umschlag Neckermann-Katalog 1967

75/ Versandhaus konsument, Katalog 1973



Modefotograf F.C. Grundlach

Wenn Sie sich an die 50er und 60er Jahre erinnern, was kommt Ihnen als erstes in den Sinn, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der Frau?

Ich glaube nicht, dass man die 50er und 60er in ein Paket packen kann. Dazu sind sie zu vielfältig und viel zu unterschiedlich. Die 50er Jahre waren noch geprägt vom Krieg, der Knappheit des Materials und der dadurch aufgezwungenen Uniformität. Frauen mussten schon während des Krieges und bis in die 50er Jahre oft die Rollen der Männer übernehmen. Als die Männer zurückkamen, änderte sich das allmählich. Meiner Meinung nach waren die 60er Jahre die wichtigste Dekade des vergangenen Jahrhunderts.

Wie veränderte sich die Mode in den 60er Jahren?

Ich arbeitete damals im Wesentlichen für zwei Zeitschriften: „Film und Frau“ und „Brigitte“. In der „Film und Frau“ zeigten wir in den 50er Jahren wieder Pariser Mode. Wir zeigten Träume. Ich kam mir vor wie ein Märchenerzähler. Ich wusste, das erfreut die Leserin, aber die Moden waren für sie unerreichbar. Die Redakteurinnen der Zeitschrift wollten nach dem Krieg Harmonie zeigen. Natürlich war das ein Verdrängungsprozess, aber die Menschen wollten vergessen, wollten wieder ein anderes Leben führen. Mitte der 60er Jahre lösten die Prêt-à-porter Kollektionen die Haute Couture ab. Plötzlich war Mode erschwinglich und ein großer Kreis von Frauen konnte daran teilhaben. Mit der „Brigitte“ waren wir die ersten in Deutschland, die diesen Trend aufnahmen. Die in „Brigitte“ gezeigten Moden entsprachen dem neuen Lebensgefühl. So erzielten wir gigantische Auflagen, die uns wiederum in Paris alle Türen öffneten.

Gab es in den 50er/60er Jahren viele Fotografinnen oder war die Fotografie ein Männerberuf?

Wie hat sich das im Laufe der Jahre verändert?

Es gab immer ausgezeichnete Fotografinnen. Gisèle Freund hat in den 30er Jahren einmal gesagt: „Es ist klar, dass es nur Männer sind, wir konnten die großformatigen Holzkameras nicht schleppen.“ Aber es hat immer sehr begabte Frauen gegeben. Von Margaret Bourke-White, die für „Life“ fotografierte über Sybille Bergemann und Barbara Klemm bis zu Cindy Sherman. Wer einen eigenen Stil hat, hat heute eine Chance, egal ob Mann oder Frau. Frauen haben oft einen anderen Blick als Männer.

• Gespräch mit Victoria Strachwitz, August 2011

sogar um die Kleidung von Funktionärinnen Gedanken. So hieß es in einem Ratgeber für „Gutes Benehmen“, der 1957 erschienen war: „Ihre politischen Argumente werden nicht stärker, wenn sie auf geschmackvolle Kleidung und eine hübsche Frisur verzichten. Sie werden nicht ernster genommen, wenn sie ‚männlich‘ wirken wollen. Im Gegenteil: Von einer modernen – allerdings niemals aufgedonnert! – nett gekleideten Frau werden die Kolleginnen sagen, ‚Sieh mal, unsere Referentin hat ein hübsches Kleid an, sie hat Geschmack‘, und ihre Worte werden freundlich aufgenommen. Die Männer werden ihr neben der politischen Aufmerksamkeit vielleicht auch Bewunderung widmen. Und das kann doch wirklich nicht verkehrt sein.“ (Smolka: 1957, S. 263)

Wer sich mit den neuen Kunstfaser-Produkten und den wenig einfallsreichen funktionalen Entwürfen aus den normierten Plankontingenten der volkseigenen Bekleidungsindustrie nicht abfinden mochte, blickte mit Neugier auf das Wirken des „roten Dior“ (Der Spiegel 43/1965, S. 59) Heinz Bormann, dem eine einzigartige Karriere als Selfmade- Modeschöpfer in der DDR gelungen ist. Der vormalige Wehrmachtsoffizier gründete aus den Trümmern eines Konfektionsbetriebs seines Schwiegervaters in Schönebeck zunächst ein Unternehmen für Herrenbekleidung, bis seine Frau zehn Jahre später ein Damenatelier einrichtete. Die Aufnahme einer staatlichen Beteiligung, die mit einem entsprechenden Kredit verbunden war, erlaubte es dem Pragmatiker ohne politische Berührungsscheu im folgenden Jahrzehnt von Magdeburg aus eine von der Pariser Mode inspirierte eigene Modelinie zu entwickeln, die er nicht nur auf selbst moderierten Modenschauen in der DDR präsentierte, sondern für die er zuvor auch auf zahlreichen Reisen in die Weltmetropole der Mode selbst Anregungen bezogen hatte. 1965 zeigten fünf seiner Mannequins an Rhein und Ruhr die neueste Kollektion des „in den sozialistischen Ländern einzigen Modehauses internationalen Formats“, wie sein Hausprospekt mit Stolz hervorhob. Zu

77



den Kunden des Modemillionärs zählte auch die Politprominenz der DDR. So wurde das selbstständige, auch kommerziell höchst kreative Agieren des DDR-Couturiers toleriert, bis sein Unternehmen 1972 der Verstaatlichungspolitik Honeckers Tribut zollen musste. In dem aus seinem Unternehmen hervorgehenden formal neu gegründeten Staatsbetrieb „VEB Magdeburger Damenmoden“ durfte er noch bis Ende 1974 die Geschäfte als Angestellter führen, bevor seine Karriere ein jähes Ende fand, ohne dass ihm für seine langjährigen Verdienste der meist übliche Orden verliehen worden wäre.

Honecker gerierte sich zwar mit der Umwandlung des Instituts für Bekleidungsindustrie in ein Modeinstitut kurz nach seinem Machtantritt durchaus als Freund und Förderer anspruchsvoller Mode mit dem allseits beschworenen „Weltniveau“, doch mochte er dies nur als Staatsprojekt gelten lassen. So blieb die Mode in der DDR ein Terrain unerfüllter Erwartungen und Sehnsüchte vieler Frauen. Diese Situation konnte auch durch die 1970 erfolgte Gründung der „Exquisit“-Läden nicht aufgefangen werden, in denen zu hohen Preisen Exportprodukte der DDR-Bekleidungsindustrie offeriert wurden.



78

76/ Op-Art Silhouette, Paris 1966.
Foto: F.C. Gundlach

77/ Vor einem Exquisit-Geschäft in Leipzig, o. J.
Foto: Mahmoud Dabdoub

78/ Herrenanzug und Damenkurzoverall aus der
Bormann-Kollektion, 1970.

79



80



79/ Katalog Versandhaus Leipzig,
1967 Herbst/Winter 1967–68.

80/ Frau mit einem Minimantel auf
der Auer Dult in München, 1968.
Foto: Franz Hug

Neue Frauenbilder in Mode und Werbung

Mit dem Siegeszug des Rock'n'Roll, der Mitte der 1950er Jahre begann, nimmt in der Swinging-Generation die Erfolgsgeschichte des Petticoat ihren Anfang, der bis in die Mitte der 1960er Jahre bei Mädchen und jungen Frauen populär blieb. Seit 1966 wird er durch den von der Engländerin Mary Quant kreierten Minirock abgelöst, dem auch André Courrèges in seinen Pret-a-porter-Kollektionen zum Durchbruch verhilft. In Deutschland trugen allerdings von den Frauen unter 30 Jahren 1967 erst vier Prozent einen Minirock, zwei Jahre später war es bereits ein Viertel in dieser Altersgruppe und 1970 hatten mehr als die Hälfte dieses Kleidungsstück erworben (· Schildt/Siegfried 2009, S. 264).

Für die ältere Generation wurde das Tragen von Hosen zum Pendant für ein emanzipiertes Modeverständnis. Heute ist weitgehend in Vergessenheit geraten, dass die Vorliebe vieler Frauen für Hosenanzüge, die vielfach das klassische Kostüm verdrängen sollten, anfangs heftige Kontroversen auslöste. Die SPD- Abgeordnete Lenelotte von Bothmer rief im Deutschen Bundestag noch heftige Proteste hervor, als sie am 14. Oktober 1970 in einem hellen Hosenanzug an das Redepult des Parlaments trat. Einer der Vizepräsidenten, der CSU-Abgeordnete Richard Jäger, hatte zuvor sogar vollmundig erklärt, er würde es keiner Frau gestatten, in einem Hosenanzug auch nur das Parlament zu betreten. In ihrem selbstbewusst inszenierten Auftritt ließ die Pädagogin von Bothmer erkennen, dass die Zeit vorbei war, in der Frauen durch Modevorschriften reglementiert werden konnten.

Im Rückblick ist es auffällig, dass die Bundesbürgerinnen im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern ein eher reserviertes Verhalten im Hinblick auf die Verwendung von Kosmetika praktizierten. „Lippenstift benutzten 1962 zum Beispiel 73 Prozent der Engländerinnen und 58 Prozent der Französinen, aber nur 38 Prozent der westdeutschen Frauen. Erst seit der Mitte der 60er Jahre wurde das Natürlichkeitsideal durch den erfolgreichen Emanzipationskampf junger Frauen ernsthaft in Frage gestellt – selbstverständlich unterstützt von der Kosmetikindustrie, die auf die junge Zielgruppe zugeschnittene Produkte anbot“ (· Schildt/Siegfried 2009, S. 266).

In der DDR war die selbstbewusste Berufstätige das Leitbild der modernen Frau. Doch wurde in den 1960er Jahren ihre feminine Seite in der Werbung stärker akzentuiert. In der Bundesrepublik zeichnet sich am Ende der 1960er Jahre ein Wandel in der Werbung ab, der auf „Eyecatcher“, setzt, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen. Verstärkt wird nun auch die junge Generation als wichtige Zielgruppe der Werbung entdeckt. Für diesen neuen Trend sind die Entwürfe von Charles Wilp exemplarisch, der nicht nur mit seinen „Afri Cola“-Variationen den dominierenden Marktkonkurrenten mit überraschenden Motiven zu übertreffen suchte, sondern auch in der Autowerbung und sogar bei der Inszenierung von Politikern unkonventionelle Wege einschlug und damit den Kultstatus eines Künstlers erlangte.

Neue Werbestrategien

Wie sehr Jugendlichkeit und Selbständigkeit zu neuen Leitbildern aufstiegen, signalisierte die Werbung, deren Etats erheblich ausgebaut wurden, um die vielen neuen Waren an den Käufer und die Käuferin zu bringen. Nicht mehr reife Herren warben um Vertrauen, sondern junge Leute beiderlei Geschlechts demonstrierten Spontaneität und Experimentierfreudigkeit. Aber auch die Produktpalette verändert sich, wie der Katalog des Versandhauses Neckermann 1967 zeigte. Während noch im Vorjahr nur 10 Prozent des Bekleidungs-sortiments betont jugendlich gehalten war, betrug der Anteil nun 40 Prozent, und erstmals zierte das Katalog-cover nicht, wie der Spiegel süffisant bemerkte, „die traditionelle Titeldame im maßvoll-flotten Mutti-Look“, sondern „zwei hüpfende Teenager im beatgrünen Hosendress und orangefarbenem Minirock“. Die politischen und kulturellen Impulse von Studentenbewegung und Underground waren wie geschaffen, um den Trend der Werbung in den 60er Jahren – weg von der nüchternen Produktinformation hin zur Inszenierung von geschmacklich-differenzierten Lebensstilen und Wunschildern des „modernen Menschen“ – mit Ideen und Material zu füttern. [...] Die halluzinogene Inszenierung soziokultureller Erlebniswelten brachte Wilp den Ruf eines revolutionären Erneuerers der Produktwerbung ein und 1972 eine Einladung zur documenta 5, die sich erstmals dem Verhältnis von Kunst und Werbung widmete.

Schildt/Siegfried 2009, S. 257f.

82

81



82



81 / Charles Wilp, Werbung für Afri-Cola, 1968.

82 / Charles Wilp, Werbung für Afri-Cola, 1968.

83 / DDR-Werbung für Sonnenschutzmittel, 1967.

Kultur

Kultur und Unterhaltung folgten in der Bundesrepublik den Vorlieben der Konsumenten auf der Grundlage freier Marktverhältnisse mit wachsendem Einfluss der amerikanischen Populärkultur.

In der DDR dienten Kultur und Unterhaltung nach sowjetischem Vorbild auch politischen Zielen. „Volkstümlichkeit“ und „Parteilichkeit“ waren Leitbegriffe, und die Bemühungen der Partei- und Staatsführung waren auch darauf gerichtet, Kulturangebote für die ländliche Bevölkerung bereitzustellen.

84



84/Volks-Kulturhaus in Letschin, 1. Juli 1953.
Foto: Jochen Moll

85/Szenenfoto aus Willi Forsts „Die Sünderin“
(1951) mit Hildegard Knef und Gustav Fröhlich

86/Events 1956 auf einer Plakatwand in Köln:
Filmpakete zu „Lügen haben hübsche Beine“
und „Das Liebesmanöver“ mit Brigitte Bardot,
der freizügigeren französischen Antwort auf
Marilyn Monroe. Außerdem: Ein Vortrag von
Professor Dr. Friedensburg zum Tag der
deutschen Einheit neben Angeboten für Tanz-
kurse und zur Ausbildung von Mannequins so-
wie die Ankündigung einer modernen Kunst-
ausstellung. Foto: Josef Heinrich Darchinger

87/Jayne Mansfield bei einer Weinprobe während
der Berliner Filmfestspiele, 1961. Kurz vor
dem Mauerbau wurde auf der „Busen-Berlinale“
vom 22. Juni bis 14. Juli ahnungslos gefeiert.
Foto: Robert Lebeck



85

In den 1950er Jahren stand der Film im Vordergrund der Unterhaltung, es war das „Kinojahrzehnt“ schlechthin. In der Bundesrepublik wurden 1960 rund 820 Millionen Kinobesuche registriert. Dabei standen Unterhaltungsfilme im Vordergrund, vor allem die „Sissi“-Filmtrilogie (1955–1957) mit Romy Schneider und Karlheinz Böhm faszinierte seinerzeit vor allem das weibliche Publikum. In der DDR wurde der Film, den Lenin einst als „die wichtigste aller Künste“ apostrophiert hatte, neben der Unterhaltung auch zur politischen Propaganda eingesetzt, was vor allem die beiden Filme über Ernst Thälmann (1954/55) zeigen.

„Die Sünderin“ erzählt die sentimentale Geschichte eines alleingelassenen Mädchens, das sich prostituiert, bis es sich in einen erblindeten verzweifelnden Maler verliebt, den sie schließlich auf Verlangen tötet, um anschließend Suizid zu begehen. Diese Filmhandlung stellte für konservative Sittenwächter die größere Provokation dar als eine kurze dezente Nacktszene. „Die Sünderin“ war der größte Skandal der deutschen Filmgeschichte und erreichte ein Publikum von vier Millionen Zuschauern. Hildegard Knef startete mit diesem Film ihre Weltkarriere.



86

Aber dieses Jahrzehnt war im Westen zugleich die Periode, in der sich der wachsende Einfluss der amerikanischen Populärkultur massiv abzeichnet. Das zeigt vor allem der Siegeszug des Rock'n'Roll, der auch in der Jugendgeneration der DDR seine Wirkung nicht verfehlte und gleichzeitig heftige Abwehrreaktionen der Parteifunktionäre hervorrief.

Neben den amerikanischen Rock'n'Roll-Stars Bill Haley, Little Richard und vor allem Elvis Presley, der seit 1958 seinen Dienst in der US-Army für eineinhalb Jahre in Deutschland ableistete, wurden Peter Kraus und Conny Froboess zu deutschen Teenageridolen. Peter Kraus wurde vor allem durch deutsche Coverversionen von Rock'n'Roll-Klassikern wie „Tutti Frutti“ populär, während die junge Cornelia Froboess, die bereits 1951 als Achtjährige mit dem Schlager „Pack die Badehose ein“ ihren ersten Bühnenauftritt hinlegte, mit 16 Jahren zum weiblichen Prototyp des deutschen Schlagers avancierte. Mit ihrem Millionen-Hit „Zwei kleine Italiener“, den sie 1962 beim Grand Prix Eurovision präsentierte, ist ihr das Kunststück gelungen, deutsche Urlaubsträume nach dem sonnigen Italien mit der Heimatsehn-sucht italienischer Gastarbeiter zu verbinden. Im Refrain dieses Hits heißt es: „Eine Reise in den Süden ist für andre schick und fein, doch zwei kleine Italiener möchten gern zuhause sein.“



87

88



betrieb aufnahm, wird das neue audiovisuelle Medium erst seit Beginn der 1960er Jahre zu einer Attraktion, die zunächst ganze Familien vor dem Bildschirm vereint.

Nachdem der Preis für ein Fernsehgerät unter 1000 DM gefallen war, wurde in der Bundesrepublik 1957 die Milliongrenze beim Geräteverkauf erreicht, 1961 hatte schon ein Viertel aller Haushalte ein Fernsehgerät erworben, 1970 wurden bereits mehr als 15 Millionen Fernsehgeräte registriert, fünf Jahre später war dann nahezu ein Sättigungsgrad (93 %) erreicht. Betrachtet man den deutlich höheren Kostenaufwand, der in der DDR für den Erwerb eines Fernsehgeräts erforderlich war, ist es erstaunlich, dass der Anteil der DDR-Haushalte, die bereits Anfang der 1960er Jahre einen Fernseher besaßen, nur geringfügig unter dem westdeutschen Ausstattungsgrad lag und 1970 nahezu drei Viertel (73,6 %) aller Haushalte erreicht hatte.

Die Anziehungskraft des Fernsehens in der DDR lässt sich nur verstehen, wenn man berücksichtigt, dass das westdeutsche Programm ein bevorzugtes Fenster zur Welt darstellte. Dieser Systemkonkurrenz suchte das in Adlershof als Deutscher Fernsehfunk (DFF) firmierende DDR-Fernsehen Rechnung zu tragen, indem es besondere Anstrengungen auf die Entwicklung eigener attraktiver Unterhaltungsformate richtete.

Erste Live-Übertragungen, die von den Menschen weitgehend nur vor den Schaufenstern und in wenigen Gaststätten verfolgt werden konnten, waren die Krönungszeremonie von Königin Elizabeth II. (1953), die vor allem die Frauen enthusiastisierte, und die Originalübertragung des Endspiels der Fußballweltmeisterschaft 1954, die das „Wunder von Bern“ zum damals noch raren visuellen Ereignis werden ließ.

Nachrichtensendungen und Bildungsfernsehen herrschten zunächst bei der Programmgestaltung vor, bis die Ausweitung der täglichen Sendezeit sowie die Einführung des Zweiten Deutschen

89



Peter Kraus, der nette Junge von nebenan, und die kesse Göre Conny Froboess traten auch gemeinsam in verschiedenen Schlagerfilmen in Aktion, zuerst 1958 in „Wenn die Conny mit dem Peter“ (1958), eine turbulente Musikkomödie in einem Landschulheim. Während Peter Kraus seinem Gewerbe treu geblieben ist, hat Cornelia Froboess Anfang der 1970er Jahre eine eindrucksvolle Schauspielkarriere begonnen, in der sie in drei Jahrzehnten als Mitglied der Münchener Kammerspiele Rollen von Schillers „Maria Stuart“ bis zu Wedekinds „Lulu“ faszinierend interpretiert hat.

Ende der 1950er Jahre beginnt in Deutschland das Zeitalter des Fernsehens. Bereits 1952 war ein eigenartiger Systemwettstreit zu beobachten. An Stalins Geburtstag, dem 21. Dezember, begann die DDR mit der Ausstrahlung des Fernsehversuchsprogramms, vier Tage später, am 1. Weihnachtsfeiertag, wurde in der Bundesrepublik die Ära des Fernsehens eröffnet.

Obwohl das Fernsehen in beiden deutschen Staaten fast gleichzeitig den Sende-

Fernsehens im April 1963, vier Jahre später folgte das Farbfernsehen, den Siegeszug der Fernsehunterhaltung begründete, die vor allem durch Familienserien, Quizsendungen und Kriminalfilme bestimmt wurde. Der sechsteilige Krimi „Das Halstuch“ war eines der großen Spektakel der frühen Fernsehgeschichte und erreichte eine Einschaltquote von 90 Prozent. Eine ähnliche Resonanz fand auch die zwischen 1960 und 1967 in drei Staffeln ausgestrahlte Hesselbach-Serie, in der das Leben einer deutschen Familie mit der hessischen Volksschauspielerin Liesel Christ als patente Mama prototypisch erzählt wurde. In den einzelnen Geschichten über die Familie eines kleinen Verlagsdruckereibesitzers werden in den frühen Begebenheiten vor allem die alltäglichen Wirtschaftsprobleme sichtbar, die ein kleines Unternehmen bewältigen muss. Später treten familiäre Aspekte, die Entwicklung von Sohn und Tochter, in den Vordergrund, schließlich rückt auch das Ausland mit einer Urlaubsreise nach Cannes und einem Kongressbesuch in Tokio in das Blickfeld. Viele Episoden erscheinen den Zuschauern lebensnah und vertraut oder erwe-

cken ihre Neugier und Abenteuerlust. Auf diese Weise gelingt es seinerzeit noch, ganze Familien, jung und alt, vor dem Fernseher zu vereinen.

Große Popularität erreichten auch die beiden großen Unterhaltungsshow „Der Goldene Schuß“ und „Einer wird gewinnen“, mit der die seit 1963 konkurrierenden beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF seit 1964 um die Gunst der Zuschauer werben. Die zunächst von Lou van Burg und dann von Vico Torriani als Showmaster präsentierte ZDF-Sendung, die ihre Idee der Apfelschuss-Szene aus Schillers „Wilhelm Tell“ entlehnt hatte, machte die Zuschauer über den Telefonkontakt zu Mitspielern der ersten interaktiven Fernsehsendung in Europa, die von 1964 bis 1970 ein großes Publikum erreichte. Weil „Mr. Wunnebar“ ein Verhältnis mit seiner ebenfalls verheirateten Assistentin hatte, musste er im Juni 1966 Vico Torriani weichen. Intendant Holzamer klagte: „Die Visitenkarte des ZDF wurde beschmutzt. Die 25. Ausgabe wurde am Abend des 25. August 1967 live von der Deutschen Funkausstellung in Berlin als erste in Farbe ausgestrahlte Fernsehshow gesendet.

90



91



88/ „Wenn die Conny mit dem Peter“, 1958. Regie: Fritz Umgelter
Conny Froboess und Peter Kraus.

89/ Cornelia Froboess als Shen Te in „Der gute Mensch von Sezuan“, Berlin 1970.

90/ Szene aus der Fernsehserie „Die Familie Hesselbach“, 1961.

91/ „Der Goldene Schuß“ mit Vico Torriani: Ein Showmaster mit drei Assistentinnen.

92



93



Der wohl beliebteste deutsche Unterhaltungsmoderator Hans-Joachim Kulenkampff entwickelte mit dem ARD-Sonntagabendquiz „Einer wird gewinnen“ ein Sendeformat, in dem die Kandidaten aus den verschiedenen Mitgliedsländern der EWG kamen. Kulenkampff war der erste Showmaster, der für längere Überziehungen der Sendezeiten bekannt geworden ist.

Die Rolle der Showmaster blieb im deutschen Fernsehen Männern vorbehalten, Frauen wurden lediglich als charmante Assistentinnen in Szene gesetzt. Eine Zäsur in der Fernsehunterhaltung bildete die unter Federführung des ORF gestaltete österreichisch-deutsch-schweizerische TV-Spielshow „Wünsch Dir was“. Sie verließ die konventionellen Pfade der Fernsehunterhaltung und suchte vor allem das Lebensgefühl eines jüngeren Publikums zu treffen. Zum ersten Mal gab es hier in der Regie des kreativen und experimentierfreudigen Regisseurs Michael Pflögl mit Dietmar Schönherr und sei-

ner dänischen Ehefrau, der Entertainerin Vivi Bach, seit 1969 ein Moderatorduo im Unterhaltungsfernsehen.

In der DDR war Heinz Quermann, Moderator zahlloser Unterhaltungssendungen in Hörfunk und Fernsehen, besonders populär. Ende der 1950er Jahre belegte der gelernte Bäcker, der kurz vor Kriegsbeginn eine Schauspielerausbildung abgeschlossen hatte, bei einer Umfrage nach den beliebtesten Sportlern und Künstlern gemeinsam mit dem Radsportidol „Täve“ Schur den ersten Platz. Bereits seit 1953 präsentierte er im Fernsehen die „Schlagerlotterie“, die seit 1958 als „Schlagerrevue“ firmierte. In der Sendung wurden jeweils zehn Titel aus den Produktionen des DDR-Schallplattenlabels AMIGA vorgestellt, deren Rangfolge nach Art einer Hitparade durch Zuschriften der Zuschauer ermittelt wurde. Ein legendärer Dauerbrenner der Fernsehunterhaltung war die von 1957 bis 1991 jeweils am ersten Weihnachtstag ausgestrahlte Sendung „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“, die Quermann zusammen mit Margot Ebert moderierte. Diese war ein Multitalent, 1952 eine der

ersten Sprecherinnen des DDR-Fernsehens, vor allem aber eine beliebte Schauspielerin, die in zahlreichen Filmen und Fernsehserien mitwirkte.

Mit „Herzklopfen kostenlos“ präsentierte Heinz Quermann seit September 1959 bis 1974 im DFF die erste Talenteshow im deutschen Fernsehen überhaupt. Hier hatten u. a. Nina Hagen ebenso wie die DDR-Schlagerstars Frank Schöbel und Chris Doerk ihren frühen Auftritt.

Pünktlich zum 15. Jahrestag der DDR startete am 7. Oktober 1964 die Unterhaltungsshow „Mit dem Herzen dabei“, die mit dem Überraschungsmoment, teils mit versteckter Kamera gedreht, spielte und gleichzeitig ein politpädagogisches Anliegen verfolgte, indem sie verdiente Werktätige, Frauen und Männer, belohnte. Sie war nicht nur bei vielen Zuschauern wegen ihrer lockeren Präsentation durch den Moderator Hans-Georg Ponesky sehr beliebt, sondern fand auch die besondere Sympathie von Walter Ulbricht „Wer tagsüber hart am Aufbau des Sozialismus arbeitet, hat sich Unterhaltung am Abend redlich verdient“, konstatierte der Staatsratsvorsitzende, als er den Erfolg dieser Sendung im Friedrichstadtpalast würdigte.

Zehn Jahre nach Peter Kraus und Conny Froboess wird in der DDR der komödiantische Musikfilm „Heißer Sommer“ (1968) gedreht, der die beiden DDR-Schlagerstars Frank Schöbel und seine damalige Ehefrau Chris Doerk in einer Feriengeschichte in Szene setzt, bei der sich die Wege von Oberschülerinnen aus Leipzig und Oberschülern aus Karl-Marx-Stadt beim Trampen in den Norden auf die Ostseeinsel Rügen immer wieder kreuzen. Es wurde einer der erfolgreichsten Streifen der DDR-Filmproduktion.



94

95



92/Heinz Quermann (Mitte) mit jungen Künstlern nach der ersten Sendung der Talenteshow „Herzklopfen kostenlos“ auf der Bühne, Rostock 1959. Foto: Klaus Winkler

93/Heinz Quermann, der „Kulenkampf des Ostens“ im Gespräch mit einer Kollegin bei der Vorbereitung einer Sendung der „Schlagerparade“ o. J. Bildrechte: MDR

94/Margot Ebert in der Weihnachtssendung „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“, 1983. Foto: Archiv Freie Presse Chemnitz

95/DEFA Film „Heißer Sommer“ (1968) mit Chris Doerk (l.) und Frank Schöbel (r.)

Sport

Sport in Deutschland war in den 1950er Jahren vor allem das „Wunder von Bern“, der sensationelle Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1954, der nicht einfach nur ein spektakulärer Sportlerfolg war, sondern auch zu einem neuen Selbstbewusstsein der Westdeutschen beigetragen hat, das sich in dem Mantra „Wir sind wieder wer“ ausdrücken sollte. Doch Sport war in den 1950er Jahren im Westen Deutschlands noch weitgehend Männersache, und die Lieblingssportart der Deutschen, der Fußball, blieb sogar – wenn es nach den ausschließlich männlichen Fußballfunktionären gegangen wäre – bis 1970 den Frauen verwehrt.

Doch die Geschichte des Frauenfußballs in Deutschland beginnt trotz der Missbilligung des Deutschen Fußballbundes (DFB) bereits 1955 in Dortmund. Eine kleine tatendurstige Frauengruppe gründet in diesem Jahr den Verein „Fortuna Dortmund“ und trotz dem Verbot des mächtigen DFB, der seine starre Haltung mit der Auffassung begründete, dass „diese Kampfsportart der Natur des Weibes im wesentlichen fremd ist“.

Rückblickend erscheint es bewundernswert, mit welcher Energie die fußballbegeisterten Frauen alle Hürden und Widerstände überwunden haben. Sie mussten sich die kostspielige Ausrüstung selbst finanzieren, immer wieder nach einem Trainingsgelände außerhalb der DFB-Hoheit suchen, wo sie geduldet wurden. Sie spielten nicht nur gegen andere deutsche Damentteams, die sich in der Region gebildet hatten, sondern konnten 1956 auch das erste Länderspiel gegen die Niederlande vor 18000 Zuschauern in Essen durchführen. Eine der beiden Gründerinnen des Vereins, Anna Droste, bemerkt dazu: „Ich wollte nicht, dass in der Firma bekannt wurde, dass ich Fußball spiele. Ja, und da hab ich beim ersten Länderspiel unter falschem Namen gespielt.“ An das Rückspiel gegen die Holländerinnen erinnert sich Grete Eisleben: „Das Länderspiel im Münchener Dante-Stadion 1957 war Wahnsinn,

96



96/Das Team von Fortuna Dortmund um 1959.

97/Bildlegende fehlt, im Vordergrund Christa Kleinhans. Foto:privat (Foto privat vermutlich aus dem Besitz von Christa Kleinhans)

98/Bärbel Wohlleben nach dem Sieg im Endspiel der ersten Deutschen Meisterschaft im Frauenfußball, 1974.



97

98



Bärbel Wohlleben schoss 1974 als erste Frau das Tor des Monats

Damals hat sie die Nominierung zunächst nicht mitbekommen. Mitspielerinnen haben sie darauf angesprochen. Und schließlich kam der Anruf vom WDR: Bärbel Wohlleben hatte nach Wahl der Zuschauer das Tor des Monats erzielt. Im Jahr 1974. Es war die Zeit der Premieren im Frauenfußball. Erstmals wurde der Deutsche Meister ausgespielt, TuS Wörrstadt sicherte sich den Titel durch ein 4:0 im Finale gegen DJK Eintracht Erle. Den dritten der vier Treffer erzielte Bärbel Wohlleben – mit dem Schuss aus etwa zwanzig Metern avancierte sie zur ersten Frau, die in der Sportschau das Tor des Monats erzielte. [...]

Ringens um Anerkennung

„Ich habe den Ball mal richtig getroffen“, sagt Bärbel Wohlleben heute. Wohl wissend, dass dies bescheiden untertrieben ist. Denn die heute 67-Jährige spielte eine wichtige Rolle, als sich der Frauenfußball die Anerkennung erkämpfte. „Das war heftig“, erinnert sich die Ingelheimerin, „von den Herren des Fußballs war damals wenig Positives zu erwarten.“ In inoffiziellen Länderspielen gegen Italien und Dänemark hat sie mitgespielt, auch Treffer erzielt. 1970 hob der DFB zwar das Frauenfußball-Verbot auf, untersagte aber gleichzeitig Länderspiele. Erst 1982 gab es offizielle Nationen-Vergleiche – für Bärbel Wohlleben zu spät.

Egal, denn die Pionier-Jahre „haben sehr viel Spaß gebracht“. Nachdem sie 1954 den WM-Titelgewinn der deutschen Männer gesehen hatte, begleitete sie ihren Bruder Otto zum Training, spielte bei der Spvgg. Ingelheim in den kommenden vier Jahren mit Sondergenehmigung in der C-Jugend. Dann wechselte sie zunächst zum Handball. Bis 1969 der erste Fußball-Auftritt für den TuS Wörrstadt folgte.

Interview in der Sportschau

Das Tor des Monats machte sie berühmt. „Damals hat mich Oskar Klose in der Sportschau interviewt“, erinnert sich Bärbel Wohlleben, „er hat neckige Fragen gestellt, auch zur Hausarbeit. Das war halt so.“

Peter Schneider, in: Allgemeine Zeitung Rhein Main Presse, 5. Juli 2011

ein echtes Gänsehaut-Feeling. Es kamen rund 14 000 Zuschauer. Als wir ins Stadion einliefen und die Menschenmenge sahen: Wir konnten es kaum glauben! Und als wir die Nationalhymne hörten, wurden wir noch ein Stück größer. Nach dem Spiel waren die Zuschauer begeistert. Wir mussten Autogramme geben.“ Eine eigene deutsche Damenfußball-Vereinigung sichert fortan den internationalen Spielbetrieb mit zahlreichen weiteren Länderspielen. Die wagemutigen Frauen von Fortuna Dortmund unternehmen schließlich 1962 eine Italien-Reise, die sie u. a. zu einem Spiel in das berühmte Mailänder San-Siro-Stadion führt. Drei Jahre später löst sich der Verein auf, doch der

Frauenfußball in Deutschland hat eine große Zukunft vor sich.

1970 wird er offiziell in den DFB integriert und schreibt seitdem eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte. Die deutsche Frauenfußballnationalmannschaft, die erst seit 1982 besteht, ist neben dem Team der USA die erfolgreichste der Welt. Sie ist zweifacher Weltmeister (2003 und 2007), achtfacher Europameister und gewann zwischen 2000 und 2008 drei Bronzemedailien bei den Olympischen Spielen in Sydney, Athen und Peking.

1974 war Bärbel Wohlleben die erste Frau, die in der ARD-Sportschau als Siegerin für das „Tor des Monats“ gewählt wurde.



99



100

Die DDR legte vor allem im Gründungsjahrzehnt großen Wert auf den Breitensport in der Tradition der deutschen Arbeitersportbewegung. Bereits 1954 fand in Leipzig das erste Deutsche Turn- und Sportfest statt, dem bis 1987 sieben weitere folgen sollten. „Nach der zwei Jahre später erfolgten Eröffnung des Zentralstadions, des „Stadions der Hunderttausend“, war diese Veranstaltung mit spektakulären Massen-Inszenierungen verbunden, für die sich die beteiligten Gruppen monatelang vorbereiteten.

Zwischen 1956 und 1964 nahmen gesamtdeutsche Mannschaften an den Olympischen Spielen teil, ein symbolisches Bindeglied ohne politische Konsequenzen, denn die Bundesrepublik versagte der DDR bis Ende 1969 die staatliche Anerkennung. So nutzte die DDR den internationalen Sport als Bühne der Selbstdarstellung, in der die Sportler die Rolle von „Diplomaten im Trainingsanzug“ ausfüllen sollten. Der Vorrang des Betriebssports, der die Anfänge der Sportbewegung im Osten Deutschlands bestimmt hatte, wich zunehmend der Fokussierung

auf den medaillenträchtigen Leistungssport, der schließlich zum „Sportwunder DDR“ führen sollte. Im Wettstreit der Systeme waren der DDR-Führung für den sportlichen Erfolg schließlich buchstäblich alle Mittel recht.

Die erste Deutsche, die nach dem Kriegsende eine Goldmedaille errang, kam allerdings aus der Bundesrepublik. Ossi Reichert siegte 1956 bei den Olympischen Winterspielen in Cortina d'Ampezzo im Riesenslalom. Die erste Sportlerin aus der DDR, die als Olympiasiegerin ausgezeichnet wurde, war Ingrid Krämer, die 1960 mit 17 Jahren in Rom einen Doppelerfolg im Kunst- und Turmspringen errang. Im gleichen Jahr wurde sie auch in der Bundesrepublik als deutsche Sportlerin des Jahres geehrt. 1964 war sie die erste Frau, die als Fahnenträgerin der deutschen Mannschaft in das Olympiastadion von Tokio einzog und dort eine weitere Gold- und Silbermedaille gewinnen konnte.

Ingrid Mickler-Becker und Karin Janz haben jeweils Sportkarrieren aufzuweisen, die später mit bemerkenswerten beruflichen Erfolgen verbunden waren. Mit 17 Jahren nahm Ingrid Mickler 1960 zum ersten Mal an Olympischen Spielen teil,

acht Jahre später gewann sie in Mexiko die Goldmedaille im leichtathletischen Fünfkampf und wurde 1972 in München Olympiasiegerin in der 4x100m-Sprintstaffel der Frauen. Im folgenden Jahr beendete sie ihr Studium an der Universität Mainz, vom Kultusministerium für das beste Examen ausgezeichnet, und arbeitete von 1973 bis 1987 als Gymnasiallehrerin für Sport und Sozialkunde. Danach lebte sie drei Jahre in den USA und übernahm 1990 in der rheinland-pfälzischen Landesregierung das Amt einer Staatssekretärin im Sozialministerium, aus dem sie nach dem Regierungswechsel nach anderthalb Jahren wieder ausscheiden musste. Anschließend war sie für eine Beratungsfirma freiberuflich tätig und engagierte sich in verschiedenen Gremien für den deutschen Sport, u.a. als persönliches Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees. Sie wurde auch in die Hall of Fame des deutschen Sports aufgenommen.

Der Weg von Karin Janz führte von der Olympiasiegerin im Kunstturnen bis zur Klinikdirektorin und zur Professorin an der renommierten Berliner Charité. Mit 16 Jahren errang sie 1968 in Mexiko ihre ersten Olympiamedaillen, im folgenden Jahr wurde sie vierfache Europameisterin und 1972 in München mit zwei Gold- und einer Silbermedaille geehrt. Bereits im

Alter von 20 Jahren beendete sie ihre Sportlaufbahn und konzentrierte sich auf ihr Medizinstudium, das sie schon 1971 in Berlin aufgenommen hatte. Die Fachärztin für Orthopädie habilitierte 1987 an der Charité, wo sie von 1987 bis 1990 als Oberärztin tätig war.

Karin Büttner-Janz war maßgeblich an der Entwicklung der ersten künstlichen Bandscheibe beteiligt und hat von 1990 bis 2012 verschiedene orthopädische Kliniken geleitet, bis ihr – vorgeblich wegen einer lesbischen Beziehung mit einer leitenden Klinikmitarbeiterin – fristlos gekündigt wurde. Den dadurch ausgelösten öffentlichen Skandal hat sie mit einem bemerkenswerten Beharrungsvermögen durchgestanden und schließlich vor dem Arbeitsgericht eine hohe Abfindung erstritten, mit der sie eine eigene Stiftung, die Spinefoundation gründete. In ihrem Beruf hat sie auch hohe internationale Anerkennung gefunden, u.a. als zeitweilige Präsidentin der Spine Arthroplasty Society und als Ehrenmitglied der American Orthopaedic Society of Sports Medicine. Auch ihre sportliche Erfolge, die sie in kurzer Zeit erreichte, haben ihr nachhaltige Würdigung eingetragen: Im Jahr 2000 wurde sie zur deutschen Turnerin des Jahrhunderts gewählt, 2003 in die International Hall of Fame der Turnerinnen aufgenommen.

99/ Vorbereitung auf das IV. Deutsche Turn- und Sportfest 1963, Leipzig November 1961.
Foto: Helmut Schaar

100/ Zweitausend junge Mädchen und Frauen gestalten die Übung der Frauen auf dem 6. Turn- und Sportfest der DDR im Leipziger Zentralstadion, 1977.
Foto: Wolfgang Kluge

101/ Ingrid Mickler-Becker, bei den Deutschen Leichtathletikmeisterschaften am 6. August 1967 in Stuttgart. Foto: Schröder

102/ Karin Janz bei den Olympischen Spielen in Mexiko/Stadt, 1968.
Foto: Heinz Koch

101



102



Bildungswege

Die beiden Fotos einer Schulklasse aus Hamburg und Ost-Berlin lassen keine grundlegenden Unterschiede vermuten. Sie vermitteln den Eindruck von Lerneifer und Disziplin mit einer

wohlwollenden selbstbewussten Lehrerin im Mittelpunkt. Dass es sich bei der Klasse in der DDR um ältere Kinder handelt, die nach der 1959 in Kraft getretenen Schulreform ebenso von einer Frau unterrichtet werden wie die norddeutschen Grundschulkindern, deutet auf den Emanzipationsvorsprung von Frauen in der Berufswelt der DDR hin, der sich in vielen Bereichen ergeben hat. Doch beide Bilder zeigen nur einen begrenzten Ausschnitt der Bildungswelt, die sich im Doppeljahrzehnt zwischen 1950 und 1969 ausprägt.

Die Entwicklung des Bildungswesens verlief im Nachkriegsdeutschland in vieler Hinsicht geradezu gegensätzlich. Das Bildungssystem der DDR war nach einheitlichen politischen Prinzipien zentral gesteuert, während in der Bundesrepublik ein Bildungsföderalismus vorherrschte, der die Gestaltung des Bildungswesens in die Entscheidungskompetenz der Länder legte, die mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister (bereits seit 1948) lediglich über ein eingeschränktes Koordinierungsorgan verfügten. In der Bundesrepublik blieb das dreigliedrige Bildungssystem (Volksschule, Realschule, Gymnasium) über Jahrzehnte vorherrschend. Während in Ostdeutschland die Koedukation bereits 1945 eingeführt worden war, wurde diese in der Bundesrepublik in den weiterführenden Schulen erst seit den ausgehenden 1950er Jahren selbstverständlich, die sozialdemokratisch regierten Länder West-Berlin, Hamburg, Bremen und Hessen machten den Anfang, erst in den 1960er Jahren folgten sukzessive die anderen Bundesländer. Zuvor war das „Pudingabitur“ mit eingeschränkter Studienberechtigung

an höheren Mädchenschulen noch im erheblichen Umfang verbreitet. In der DDR wurde das gesamte Bildungswesen dagegen zentral organisiert, auch wenn für die Schul- und Hochschulbildung verschiedene Ministerien zuständig waren.

Aber nicht nur Organisation und Struktur des Bildungswesens waren grundlegend verschieden, sondern auch die Bildungsziele differierten fundamental. In der SBZ und DDR galt von Anfang an der Grundsatz „Brecht die bürgerlichen Bildungsprivilegien!“ Eine gezielte Förderung und Bevorzugung von Arbeiter- und Bauernkindern auf allen Stufen des Bildungssystems war die Folge. Ältere Personen konnten zwischen 1949 und 1963 in den Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF), die aus den bereits 1946 eingerichteten Vorstudienanstalten (VS) hervorgegangen waren, die Hochschulreife nachträglich erwerben. Bis 1963 waren es rund 35000 Personen, die auf diesem Weg ihren sozialen Aufstieg begannen und da-

103



104



103/ Lehrerin mit ihren Schülern in Hamburg-Wellingsbüttel, 1950. Foto: Germin

104/ Schüler in einer Oberschule in Berlin-Köpenick (Ost-Berlin), 1965. Foto: Marco Bertram

105/ Eine Feier zum Geburtstag Stalins wird für einen DEFA-Film aufgezeichnet. Die Dreharbeiten werden nach Stalins Tod am 5. März 1953 abgebrochen.

106/ „Junge Pioniere“ in einem Ferienzeltlager, Sommer 1958. Foto: Marco Bertram



105

mit zum wichtigen Teil einer systemloyalen Elite geworden sind.

Vor allem die ideologische Orientierung der Bildung wurde auf allen Ebenen zunehmend verstärkt. Seit 1951 war für alle Studierenden ein zusätzliches marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium obligatorisch, die sozialistische Erziehung in den Schulen schloss die „Erziehung zum Hass“ gegen den „Klassenfeind“ und seit 1978 auch die Wehrerziehung ein.

Die Bildungskonzeption der DDR wurde durch zwei Gesetze 1959 und 1965 konkretisiert: Das „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens“ (2. Dezember 1959) legte die Einführung der „allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule“ (POS) mit der „Erweiterten Oberschule“ (EOS) als Abiturstufe fest und bestimmte, den Unterricht mit „gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit bzw. mit produktiver Arbeit zu verbinden“. Diesem Praxisbezug sollte ab Klassenstufe 7 ein „Unterrichtstag in der Produktion“ dienen. Das auf die Schule beschränkte Gesetz von 1959 wurde fünf Jahre später durch das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ (25. Februar 1965) abgelöst, das die grundlegenden Bestandteile und einzelnen Stufen des Bildungssystems der DDR von der Vorschul-erziehung über die bereits 1959 geregelte



106

Schulstruktur, die Berufsausbildung, die Fach- und Ingenieurschulen bis zu den Hochschulen und Universitäten regelte. Besonders hervorgehoben wurden außerdem die „Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen“.

Besondere Anstrengungen galten in der DDR der nachgeholten Facharbeiterausbildung, insbesondere bei Frauen. Lag der Frauenanteil 1960 erst bei 40 Prozent, hatte er 1970 bereits die Hälfte überschritten – sichtbares Ergebnis einer „Qualifizierungsoffensive“ in den 1960er Jahren. (Statistisches Taschenbuch 1980, S. 108)

Eine vorbildliche Kollegin

In der Bildunterschrift der DDR-Nachrichtagentur ADN heißt es: „Im VEB Wälzlager in Berlin-Lichtenberg wurde die Brigadierin und Aktivistin Irmgard Korbstein zur Prämiiierung am Internationalen Frauentag vorgeschlagen. Irmgard Korbstein war 8 Jahre als Schleiferin tätig und bewies durch mehrere freiwillige Normerhöhungen von durchschnittlich 10 und 15 Prozent ihre fortschrittliche Einstellung zur Arbeit. Im vergangenen Jahr wurde sie – obwohl einige männliche Kollegen dies nicht für möglich hielten – zur ersten Einrichterin des Betriebes. Seit mehreren Monaten beschäftigt sich Irmgard Korbstein (links) mit der beruflichen Weiterbildung ihrer Kollegin Anita Hetscher, die ebenfalls in der Brigade „7. November“ arbeitet. Kollegin Hetscher eignete sich bald die notwendigen Fachkenntnisse an und ist heute selbst als Einrichterin in einer anderen Brigade tätig.“



107

Teilnahme an der Facharbeiterqualifizierung

Ich wollte also an dem im Jahre 1970 beginnenden Facharbeiterlehrgang teilnehmen. Aus persönlichen Gründen – Geburt meines zweiten Kindes – war mir die Teilnahme jedoch nicht möglich. Ich habe ein dreiviertel Jahr aussetzen müssen, da es Probleme bei der Unterbringung der Kinder gab. Durch die Unterstützung des Werkes ist es mir nun möglich, an der Ausbildung zum Facharbeiter teilzunehmen. 1973 begann ich zunächst eine Teilausbildung im Ausbildungsberuf Elektromontierer, den ich im Oktober dieses Jahres erfolgreich abschließen konnte. Die Ausbildung fand zweimal wöchentlich statt, wobei der Sonnabend als Unterrichtstag mit genutzt wurde. Selbstverständlich ging diese Qualifizierung nicht problemlos vor sich. So konnte ich mehrere Male nicht am Unterricht teilnehmen, weil die Kinder krank waren oder weil mein Mann, der als Kranführer tätig ist und auch über die normale Arbeitszeit hinaus Fahrten durchzuführen hat, die Kinder sonnabends nicht immer betreuen konnte. Alles in allem möchte ich doch behaupten, daß diese Probleme dank unseres guten Klassenkollektivs und auch dank des Verständnisses, das mein Mann für mich aufbrachte, überwunden werden konnten. [...]

Durch die Ausbildung erlange ich mehr Selbstbewußtsein. Ich erkenne die Fehler und Mängel der jeweiligen Steckeinheitentypen schneller und kann vor allem denjenigen, die den Fehler verursacht haben, erklären, was aus den Fehlern für ein Schaden in der Schaltfolge der Steckeinheiten entsteht.

Gerda Thiele 1974, in: Judt 1998, S. 210

1954 hatten in der Bundesrepublik gerade einmal 15,4 Prozent aller Schüler ein Gymnasium besucht, knapp 11 Prozent eine Mittelschule, 3 Prozent waren auf Privatschulen. In die Volksoberschule (später Hauptschule) gingen 1954 noch 71,5 Prozent, die nach acht Jahren einen Hauptschulabschluss machten. Rund ein Siebtel der Schüler verließ die Hauptschule ohne Abschluss. (> www.bildung-weltweit.de/pdf/kurzdarstellung_deutschland.pdf).

In der Bundesrepublik gab es zwar nach dem Ende der allgemeinen Vollzeitschulpflicht (erst 1964 von acht auf neun Schuljahre erhöht) eine ergänzende Teilzeitberufsschulpflicht, in der Regel bis zum 18. Lebensjahr, doch besteht hier bis heute keine Verpflichtung, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Der Anteil der weiblichen Personen, die einen Beruf erlernten, erreichte 1950 lediglich ein Viertel aller Auszubildenden und erhöhte sich 1960 auf ein Drittel. Mädchen wurden dabei ganz überwiegend in traditionellen Frauenberufen ausgebildet. Außerdem gab es in den Berufsschulen Klassen für ungelernete Arbeiterinnen, dort stand der hauswirtschaftliche Unterricht im Vordergrund.

Die DDR knüpfte in den 1950er Jahren noch weitgehend an das traditionelle Ausbildungssystem an, das bereits seit den 1930er Jahren im „Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ entwickelt worden war. Seit Mitte der 1950er Jahre wurde eine berufliche Ausbildung für Mädchen zunehmend zur Regel. Auch die DDR hielt prinzipiell am System der dualen Ausbildung in Betrieb und Schule fest, doch kristallisierte sich ein wichtiger Unterschied heraus: Während in den 1950er Jahren noch die Allgemeinen (kommunalen) Berufsschulen überwiegen, verschiebt sich das Verhältnis zunehmend zu den Betriebsberufsschulen, die 1960 bereits die Mehrheit bilden und am Ende der 1960er Jahre zwei Drittel ausmachen und drei Viertel aller Lehrlinge betreuen. 1968 wird die Berufsbildungspflicht in der neuen „sozialistischen Verfassung“ normiert: „Alle Jugendlichen haben das Recht und die Pflicht, einen Beruf zu erlernen.“ (> Art. 25 Abs. 4).

Noch Ende der 1950er Jahre gab es in der DDR nahezu 1 000 Ausbildungsberufe. Diese Zersplitterung wurde in den 1960er Jahren durch eine weitreichende Reform der Berufsausbildung verändert. In den Mittelpunkt rückte nun die Konzeption der Grundberufe, die an die Stelle der bisherigen Ausbildungsberufe traten. Auf eine zweijährige Ausbildung in einem breiten Aufgabenprofil folgte eine einjährige Spezialisierungsphase, die den erforderlichen Bedürfnissen der Betriebe möglichst weitgehend angepasst werden konnte.



108



109

107 / Frauen-Weiterbildung, Berlin, 1952.
Foto: Gustav Köhler

108 / Neue Münsterschule in Bonn, 1954. In einer sehr modernen Küche lernen die Mädchen der 8. Klasse das Kochen. Drei Stunden Kochunterricht stehen wöchentlich auf dem Stundenplan. Foto: Brodde

109 / Ausbildung bei der Reichsbahn der DDR am Steuerungspult, 1964. Foto: Marco Bertram





111

Es ist jedoch nur teilweise gelungen, Mädchen auch neue Berufsfelder zu erschließen, die zuvor weitgehend Männern vorbehalten waren. Das betrifft vor allem das Verkehrswesen und Bereiche der Leicht- und Konsumgüterindustrie. Erheblich stärker als männliche Jugendliche haben Mädchen statt eines Lehrberufs ein Fachschulstudium angestrebt, überwiegend einer geschlechtstypischen Berufswahl folgend. „96 Prozent aller zugelassenen Fachschüler in medizinischen (Krankenschwestern, medizinisch-technisches Personal, Physiotherapeuten etc.), pädagogischen (Krippenerzieherinnen, Kindergärtnerinnen, Unterstufenlehrerinnen) und künstlerischen Fachrichtungen waren Mädchen.“ (› Hildegard Maria Nickel, in: Helwig/Nickel [Hrsg.] 1993, S. 242). Dies alles waren Berufsfelder, die vergleichsweise niedrig entlohnt wurden. Befragungen haben seinerzeit ergeben, dass Frauen bei ihrer Berufswahl stärker soziale und kommunikative Aspekte präferierten als Männer, die außerdem in technischen Ausbildungsberufen auch weiterhin häufig bevorzugt worden sind.

„Nachdem in den fünfziger und sechziger Jahren der Anteil von Abiturienten mit 18 Prozent je Jahrgang die westdeutschen Werte deutlich überstiegen hatte,

fiel die DDR ab Mitte der sechziger Jahre hinter das westdeutsche Niveau zurück. [...] Der Anteil von DDR-Abiturienten stagnierte bis 1990 bei 12 Prozent eines Jahrgangs“ (› Walther, in Judt [Hrsg.] 1998, S. 228).

Diese Entwicklung war Folge einer Bildungsplanung, die den Schwerpunkt auf den Erwerb mittlerer Qualifikationen an den Fachschulen setzte und die Zulassung zur Abiturstufe durch verschiedene Selektionsmechanismen beschränkte. Dabei verlor die soziale Herkunft zwar an Gewicht, gleichzeitig wurden aber ideologische Faktoren zunehmend bedeutsam. Wem der Zugang zur zweijährigen EOS versperrt blieb, konnte den alternativen Weg einer um ein Jahr längeren Berufsausbildung mit Abitur wählen, um ein angestrebtes Hochschulstudium zu erreichen, sofern dafür die staatlich festgelegten Studienplätze verfügbar waren.

In der DDR gab es 1960 256 Fachschulen, aber nur sieben Universitäten und 37 Hochschulen. Während 1950 erst 21 000 Personen an Fachschulen (darunter 25 % Frauen) studierten, waren es an den Universitäten und Hochschulen zu diesem Zeitpunkt 28 500 (Frauenanteil 18,6 %). 1960 hatte sich das Verhältnis grundlegend umgekehrt. 126 000 Fachschulstudieren-



112

110/ Schülerinnen vor der Carl-von-Ossietzky-Schule, einer Erweiterten Oberschule, in Berlin-Pankow 1963

111/ Humboldt-Universität, Ost-Berlin, 9. März 1951. Foto: Hildegard Dreyer

112/ Unterricht in der Technischen Hochschule Dresden, 1964. Foto: Marco Bertram

den (Frauenanteil 28,6%) standen 100 000 Studierende an Universitäten und Hochschulen gegenüber (25,2% waren Frauen). Dieses Übergewicht der Studierenden an Fachschulen blieb auch im folgenden Jahrzehnt erhalten (1970: 167 000 zu 143 000), wobei sich der Frauenanteil an den Fachschulen deutlich schneller erhöhte als an den Universitäten (48,6% gegenüber 35,4%). An den Fachschulen erwarb ein großer Teil den Abschluss neben der Berufstätigkeit im Fern- oder Abendstudium, 1960 war dies schon fast die Hälfte (45%) der Studierenden, 1970 mehr als sechs von 10 Personen (61%). Schwerpunkte bildeten die Bereiche Technik, Medizin/ Gesundheitswesen, Wirtschaftswissenschaften und Pädagogik. Im Hochschulstudium war der Anteil der Fern- und Abendstudenten deutlich geringer (1970: 28%), lediglich jeder siebte Studierende war hier eine Frau. Die zeitliche Mehrbelastung, die damit verbunden war, ließ sich für berufstätige Frauen, die auch in der DDR überwiegend mit der Hausarbeit belastet waren, nur schwer bewältigen (> Statistisches Taschenbuch der DDR 1980, S. 109 ff.).

In der Bundesrepublik war demgegenüber ein universitäres Fernstudium bis in die Mitte der 1970er Jahre unmöglich. Erst 1975 wurde mit der Fernuniversität Hagen eine erste Einrichtung geschaffen, die ein selbstbestimmtes Studium mit einem zertifizierten Studienabschluss offerierte.

In der Entwicklung der Studierendenzahlen an Universitäten und Hochschulen sind zwischen der DDR und der Bundesrepublik gegenläufige Entwicklungen zu registrieren. Während die Studentenquote in Ost und West 1950 ähnliche Werte aufwies, lässt sich in der DDR in den 1950er Jahren ein forciertes Wachstum feststellen, das Folge einer ideologisch motivierten Bildungspolitik (gezielte Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern) war. Hinsichtlich der sozialen Herkunft der Studierenden weisen beide deutsche Staaten 1960 gravierende Differenzen auf. Während zu diesem Zeitpunkt in der DDR mehr als die Hälfte aller Studierenden aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen, liegt der entsprechende Anteil in der Bundesrepublik noch unter 10 Prozent. Bis 1967 ging der Anteil der Arbeiterkinder in der DDR allerdings auf 38,3 Prozent deutlich zurück. Am Ende der 1960er Jahre kündigte sich damit eine deutliche Abschwächung sozialer Mobilitätsprozesse und eine Tendenz zur Selbstreproduktion von Eliten in der DDR-Gesellschaft an.

Der Anteil weiblicher Studierender erreichte 1960 in beiden deutschen Staaten lediglich ein Viertel. Eine markante Erhöhung der Studierendenzahlen und eine deutliche Ausweitung des Frauenanteils lässt sich in der DDR vor allem in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre registrieren. Seit 1972 geht die Studentenquote in der DDR jedoch deutlich um etwa 20 Prozent zurück, sie wird bildungsökonomischen Zielen und volkswirtschaftlichen Zwängen (Mangel an Facharbeitern) schrittweise angepasst und zum Teil durch einen Ausbau der Fachschulbildung kompensiert (> vgl. Thomas, in: Timmermann [Hrsg.] 1988, S. 35).

In der Bundesrepublik war die Benachteiligung von Arbeiterkindern an weiterführenden Bildungseinrichtungen jahrzehntelang eklatant. Bis 1962 wurde in verschiedenen Ländern an den weiterführenden Schulen noch Schulgeld erhoben, bis 1972 mussten auch Studiengebühren an Universitäten und Hochschulen entrichtet

113





114

113/ Immatrikulation der Philosophischen Fakultät an der Universität Jena, 2. September 1960.

114/ Überfüllter Hörsaal, Universität Bonn 1965. FOTO WIRD NOCH BESORGT.

115/ Junge Studentin in der Bundesrepublik, 1960er Jahre.
Foto: Hanns Hubmann

werden. Ansätze für ein Studienförderungsprogramm („Honnefer Modell“) sind erst seit 1957 vorhanden.

Zehn Jahre später hat der Soziologe Ralf Dahrendorf „Bildung als Bürgerrecht“ proklamiert und wurde damit zu einem Promotor der Hochschulreform. Bereits 1964 hatte der Philosoph und Bildungsforscher Georg Picht vor einer „Bildungskatastrophe“ gewarnt.

Vor allem der Lehrermangel, eine Folge des „Baby-Booms, der seit Mitte der 1950er Jahre einsetzte, führte in Nordrhein-Westfalen bei Klassengrößen bis zu 50 Kindern zu einem einzigartigen Experiment, das dem damaligen Kultusminister Paul Mikat zu verdanken war. Wer ein Abitur nachweisen konnte und damit auch eine Studienberechtigung für das Lehramt besaß, konnte nach kurzer Vorbereitung ab Januar 1964 als „Mikätzchen“ eine Unterrichtstätigkeit an Grundschulen aufnehmen, wobei tätigkeitsbegleitend Weiterbildungen angeboten wurden. Von dieser Möglichkeit machten 1964 insgesamt rund 2350 Personen Gebrauch, darunter waren mehr als acht Zehntel (81%) Frauen, die später auch nach einem verkürzten Lehramtsstudium endgültig in den Schuldienst übernommen werden konnten – ein frühes Beispiel für eine kreative Form von Frauenförderung, die bestätigt, dass sich zu dieser Zeit der Wunsch nach Auf-

nahme einer Berufstätigkeit auch bei den besser gebildeten Frauen verstärkt hatte.

Mädchen waren noch in den 1960er Jahren „Stieftöchter des Bildungswesens“. In ihrem 1965 vorgelegten „Bildungsbericht“ gab die Bundesregierung an, dass zu diesem Zeitpunkt nur 6,4 Prozent der Oberprimaner aus Arbeiterfamilien stammten, der Anteil der Mädchen lag nur bei 1,7 Prozent. Die Soziologin Helge Pross kommentierte diese unakzeptable Situation 1968 bei der Anhörung der Sachverständigenkommission zu einer ersten Frauenenquete der Bundesregierung: „Es gehört zu den [...] durch nichts zu rechtfertigenden Dramen unseres Bildungswesens, daß es uns bisher nicht gelungen ist, Töchter aus Arbeiterfamilien und Landfamilien an die Institutionen der höheren Bildung heranzuführen. Keine soziale Gruppe hat so wenig Aussicht wie sie, eine den Fähigkeiten entsprechende Bildung zu erhalten.“ (› zit. n. Gudula Maria Plastrotmann, in: Becker [Hrsg.] 1987, S. 57f.) Der Beruf des Vaters bestimmte im Gründungsjahrzehnt der Bundesrepublik noch weitgehend die soziale Zusammensetzung der Studierenden. Anfang der 1950er Jahre dominieren Kinder von Beamten und Selbstständigen (70 %), 25 Jahre später beträgt ihr Anteil



115



116

116/Protestdemonstration von Studenten gegen den Bildungsnotstand. Frankfurt/Main, 1. Juli 1965.



Studierende in der Bundesrepublik – eine Zwischenbilanz 1957

Den größten Teil der Gesamtstudentenschaft stellen nach wie vor die Universitäten mit 84 047 Studierenden. Sie weisen auch mit 24,1 v.H. die höchste Zahl von Studentinnen auf, die sich nach 1949 laufend vergrößert hat. Es folgen die Technischen Hochschulen mit 27.867 Studierenden bei einem nach wie vor sehr geringen Prozentsatz von Studentinnen (4,5 v.H.)

Interessante Aufschlüsse gibt die Erhebung [durchgeführt vom Verband Deutscher Studentenwerke] über die Veränderung der Zusammensetzung der Studierenden nach dem Beruf ihrer Väter. Danach ist der Anteil der Studenten, deren Väter ein abgeschlossenes Hochschulstudium haben, langsam aber stetig angestiegen. Insbesondere gilt dies von den Studentinnen. [...] Auffallend ist der steigende Anteil von Kindern von Angestellten. Sie haben es von einem Anteil von 12,4 v.H. im Wintersemester 1928/29 auf 25 v.H. im Wintersemester 1955/56 gebracht. [...]

In letzter Zeit wurden sogar Forderungen nach einem „Studienhonorar“ laut. Zwar ist diese Forderung bisher nur von einer kleinen politischen Studentengruppe erhoben worden. Es steht zu hoffen, daß diese Forderung nicht eines Tages – ähnlich wie in Frankreich – von der Studentenvertretung gestellt wird, um ihr schwindendes Ansehen innerhalb der Studentenschaft zu retten. Es sollte bei aller Berechtigung der Forderung nach öffentlicher Unterstützung der Studenten nicht übersehen werden, daß es primär die Aufgabe des Elternhauses ist, die Ausbildung der Kinder zu finanzieren und daß erst subsidiär der Staat um Hilfe angegangen werden sollte. Eine Studienlenkung durch den Staat wäre die letzte Folge der totalen Staatsfinanzierung.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 179, 1957, S. 1653ff. Zit. n. Kleßmann/Wagner (Hrsg.) 1993, S. 299f.

immer noch die Hälfte, besonders gestiegen ist in diesem Zeitraum der Anteil der Kinder von Angestellten (35 %).

In einer Studie des Deutschen Studentenwerks zur beruflichen Stellung der Eltern wird 1997 rückblickend konstatiert: „Der Anteil der Arbeiterkinder, der im Jahr 1953 4 Prozent betrug, hat sich in den darauffolgenden Jahren bis 1973 verdreifacht (und bis 1982 sogar vervierfacht). Diese grundlegenden strukturellen Veränderungen bis in die achtziger Jahre lassen sich nur vor dem Hintergrund der im gleichen Zeitraum stattfindenden massiven Bildungsexpansion in der Bundesrepublik erklären: Anfang der fünfziger Jahre gab es etwas mehr als 100 000 Studierende in der Bundesrepublik, Anfang der achtziger Jahre sind es zehnmal so viele (mehr als 1 Million).“ (→ vgl. Bundesministerium für Forschung und Bildung [Hrsg.] 1998, S. 102ff.)

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre setzte in der Bundesrepublik unter dem Eindruck einer befürchteten „Bildungskatastrophe“ eine Bildungs-offensive, ein Prozess der

Bildungsexpansion ein. Dieser war auch mit ersten Mobilitätsschüben verbunden, von denen Kinder aus zuvor benachteiligten Schichten, aber vor allem auch Mädchen und junge Frauen profitierten.

Im Schulsystem bedeutete die Einrichtung der ersten Gesamtschulen (seit 1967 in Nordrhein-Westfalen und im folgenden Jahr in West-Berlin) ein wahrnehmbares Signal für die Forderung nach Chancengleichheit im Bildungssystem, auch wenn die folgende Entwicklung mit heftigen politischen Kontroversen und unterschiedlichen Lösungen verbunden war, wobei die Einführung der Gesamtschule als „Regelschule“ nicht durchgesetzt werden konnte. Von den Veränderungen in der Bildungspolitik profitierten vor allem Geburtsjahrgänge ab Mitte der 1950er Jahre, dabei kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Fortschritte bei der Bildungsförderung, die seit den ausgehenden 1960er Jahren zu verzeichnen sind, zur allmählichen Gleichstellung der Frauen wesentlich beigetragen haben.

117



117/ Weltfestspiele der Jugend und Studenten vom 5. bis 19. August 1951 in Ost-Berlin. Foto: Marco Bertram

118/ Eins, zwei, drei, vier ... Marsch mit Fahne und Gesang – die Wandervogel-Romantik der dreißiger Jahre erfüllte die organisierte Parteijugend auch nach dem Desaster von Diktatur und Krieg. Beim sozialistischen Jugendtag, Dortmund, 1955. Foto: Josef Heinrich Darchinger

119/ Jugend-Mode auf dem Laufsteg 1966. Foto: Marco Bertram



118

Jugend im Aufbruch

In den frühen 1950er Jahren ist es der SED noch am ehesten gelungen, eine politische Aufbruchstimmung in der jungen Generation zu erzeugen. Es ließ sich so etwas wie revolutionäre Romantik spüren, vor allem bei den industriellen Aufbauprojekten und in den inszenierten Großveranstaltungen der FDJ. Ein erster Höhepunkt waren die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die im August 1951 mehr als 26 000 Teilnehmer aus 104 Ländern in der politisch außerhalb des sozialistischen Lagers weitgehend isolierten DDR zusammenführten. Während zahllose FDJ-Mitglieder aus der DDR dieses spektakuläre Ereignis enthusiastisch feierten, blieben bei diesem Anlass deutsch-deutsche Konflikte nicht aus. Teilnahmewillige Jugendliche aus der Bundesrepublik wurden bei der Anreise häufig massiv behindert, und in West-Berlin lieferten sich vom FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker mobilisierte FDJ-Gruppen Straßenschlachten mit der Westberliner Polizei, nachdem dort vom Senat bereitgestellte Verpflegungsangebote Teilnehmer aus Ost-Berlin in den Westen der Stadt locken sollten.

Bereits im März 1946 hatte die SED-Führung in der SBZ die Bildung einer einzigen Jugendorganisation durchgesetzt, die zunehmend unter ihre Abhängigkeit geriet. Ende 1950 war etwa ein Drittel der Jugendlichen ab 14 Jahren in der FDJ organisiert, ein Jahrzehnt später waren es rund 50 Prozent, wobei der Anteil von Jungen und Mädchen etwa gleich hoch war. In der Bundesrepublik gab es ein vielfältiges Spektrum von etwa 50 Jugendverbänden, die im Deutschen Bundesjugendring in der zwanglosen Form einer „Arbeitsgemeinschaft“ verbunden waren.

Während sich die Jugend in der DDR dem politischen Anspruch des Staates nur schwer entziehen konnte, wenn sie keine Nachteile und Einschränkungen für ihren Bildungsweg riskieren wollte, blieb die westdeutsche Jugend – wie die seit 1953 in regel-



Jugendweihe privat 1960

In vielen Familien rückt ein ganz besonderer Tag immer näher: die Jugendweihe. Fröhlich und festlich soll dieser wichtige Tag im Leben unserer Kinder begangen werden. [...] Was ziehen unsere Kinder an? Festlich gekleidet wollen und sollen die Jungen und Mädchen sein, dabei aber nicht „künstlich erwachsen“, sondern frisch, fröhlich und jugendlich-sportlich wirken. [...]

Für die Mädchen ist dieses Problem nicht ganz so schwer zu lösen, wie für die Jungen. Kleindessinierte Kunstseiden- oder Baumwollgewebe in zarter Farbigkeit sind im Handel zu finden und lassen sich leicht zu hübschen Kleidern und Jäckchenkleidern verarbeiten. Das Angebot an Fertigkleidern ist leider unterschiedlich, aber man findet leichter das Richtige für Mädchen als für Jungen. [...]

Ist die Kleiderfrage geregelt, bleibt das Problem der lukullischen Genüsse, die nun einmal dazu gehören. Viele Mütter sind berufstätig und haben wenig Zeit für eine bis ins kleinste gehende Vorbereitung in der Küche. Gespart für dieses Ereignis wurde in den meisten Familien schon das ganze vergangene Jahr über. Deshalb ist zu überlegen, wie man diesen Tag so gestaltet, daß auch die Mutter möglichst gar nicht oder nur wenig in der Küche zu tun hat, sondern richtig mitfeiern kann.“

Wochenpost, Nr. 8/1969, zit. n. Kleßmann/Wagner (Hrsg.) 1993, S. 458f.

mäßigen Abständen durchgeführten Shell-Jugendstudien zeigen – weitgehend unpolitisch. Aus diesem Rahmen fallen allerdings die „Halbstarken“ heraus, fast ausschließlich männliche Jugendliche, die im Herbst 1956 bei Krawallen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik die Öffentlichkeit verstörten. Angestoßen wurde diese Entwicklung durch den nur 22 Jahre alt gewordenen Filmrebell James Dean, der zur Kultfigur einer Generation avancierte, ausgelöst vor allem durch einige amerikanische Filme wie „The Wild One“ mit Marlon Brando (1955) und den Bill Haley-Film „Rock Around the Clock“, der unter dem deutschen Titel „Außer Rand und Band“ 1956 in die Kinos kam. Als Motive für diese Art von Protestverhalten lassen sich Langeweile und eine unbestimmte Unzufriedenheit vermuten, aber auch Sensationslust, die durch eine skandalisierende Medienberichterstattung ge-

fördert wurde. Erstaunlicherweise ist es auch in der DDR in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zu etwa 30 Jugendkrawallen gekommen, die oft im Anschluss an Veranstaltungen entstanden sind. Verschiedene Studien folgen der Annahme, dass es sich bei den „Halbstarken“ vorwiegend um Jugendliche aus dem Arbeitermilieu handelte. (→ vgl. Janssen 2010, S. 146 u. S. 158f.)

Wie sehr die SED die ideologische Einflussnahme vorantrieb, ließ die Einführung der Jugendweihe im November 1954 erkennen. Im Mittelpunkt der Jugendweihefeier stand das „Gelöbnis“, in dem die Vierzehnjährigen u. a. bekunden sollten, „die ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen“. Während 1955 erst 18 Prozent an der Jugendweihe teilnahmen, waren es trotz des Protestes der Kirchen unter massivem Druck 1959 bereits mehr als 80 Prozent (→ Mähler/Stephan 1996, S. 128).



120/ Freie Deutsche Jugend Unter den Linden" in Ost-Berlin am 10. Jahrestag der DDR-Gründung, dem 7. Oktober 1959.
Foto: Robert Lebeck

Für die Situation der Jugend in der DDR am Ende der 1950er Jahre hat der westdeutsche Fotograf Robert Lebeck ein charakteristisches Bild gefunden, das den staatlichen Anspruch auf Disziplin und Ordnung – in einem jungen Soldaten noch vor der Einführung der Wehrpflicht in der DDR dargestellt – mit einem selbstbewussten Lebensgefühl ohne Uniformierung kontrastiert.

Dass sich die DDR-Führung nach dem Mauerbau verstärkt um die Jugend bemühen musste, hat vor allem das im September 1963 vom SED-Politbüro verabschiedete „Jugendkommunique“ signalisiert, das mit den aufschlussreichen Worten „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ überschrieben war und eine Absage an „Gängelei, Zeigefingerheben und Administrieren“ enthielt, nicht ohne vor schädlichen Einflüssen des Klassengegners zu warnen. Selbst dem Liebesleben junger Leute widmet die Staatspartei

nun aufgeschlossene Aufmerksamkeit: „Die Mädchen und Jungen von heute sind früher reif als die Generation vor Jahrzehnten. Zum anderen führt die volle Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen die jungen Menschen im Leben und bei der Arbeit, beim Lernen und in der Freizeit [...] viel früher und viel enger zusammen als in der Vergangenheit. Verbote, Prüderie, Heimlichtuerei und Bestrafungen können diese Probleme nicht lösen.“ (> zit. n. Mähler/Stephan 1996, S. 151f.) Bereits im Januar 1963 hatte Walter Ulbricht dem VI. Parteitag der SED den neuen westlichen Modetanz Twist mit dem Kalauer freigegeben: „Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen: Hauptsache sie bleibt taktvoll.“

Ein Prüfstein für diese verheißungsvolle Neuorientierung sollte das Deutschlandtreffen der Jugend im Mai 1964 werden, zu dem mehr als ein halbe Million junger Menschen aus der ganzen DDR



121

zusammengekommen waren, ebenso 25 000 Teilnehmer aus der Bundesrepublik, die sich drei Jahre nach dem Mauerbau ein eigenes Bild machen wollten und zugleich an einer politischen Debatte mit den jungen Ostdeutschen interessiert waren. Nicht ungeschickt richteten die Organisatoren den Fokus auf die Kultur, wobei neben Lesungen von Autorinnen wie Brigitte Reimann und Christa Wolf die Auftritte von Beatgruppen aus der DDR, die von der westlichen Rockszene beeinflusst waren, besondere Begeisterung auslöste.

Das „Sonderstudio Deutschlandtreffen 1964“ des Berliner Rundfunks spielte rund um die Uhr Beatmusik, die sich von westlichen Sendern kaum unterscheiden ließ, und löste damit große Überraschung und Begeisterung in einem euphorisierten Klima aus. Im organisatorischen Rahmen des Senders wurde „DT 64“ im folgenden Monat als eigenständiges Jugendprogramm etabliert. Die Sendungen fanden rasch breite Resonanz, weil hier die Beatmusik dominierte, die auch die westlichen Jugendlichen begeisterte, auch wenn sie oft nur von DDR-Bands improvisiert oder gecovered war. 1964 veröffentlicht das DDR-Label Amiga neben zwei Singles sogar eine LP der Beatles, und die Songs der Rolling Stones, die bei den Funktionären größten Argwohn und strikte Ablehnung hervorrufen, werden zumindest von DDR-Bands nachgespielt.

Doch dieser kurze Frühling eines freieren Jugendlebens wird durch den „Kahlschlag“ des 11. ZK-Plenums der SED im Dezember 1965 unmissverständlich beendet. Walter Ulbricht richtete nun seine ganze Verachtung gegen die Beatles und drohte: „Ist es denn wirklich so, dass wir jeden Dreck, der vom Westen kommt, nun kopieren müssen? Ich denke, Genossen, mit der Monotonie des Je-Je-Je und wie das alles heißt, sollte man doch Schluss machen.“ Bereits zwei Monate zuvor hatte das Politbüro für einige der beliebtesten Beatgruppen der DDR unter dem Eindruck ihrer Auftritte am 7. Oktober, dem Tag der Republik, postwendend den Entzug ihrer Lizenz veranlasst und damit in Leipzig einen Proteststurm von mehreren tausend Jugendlichen hervorgerufen.



122

121 / Deutschlandtreffen der Jugend, Berlin 1964. Foto: Marco Bertram

122 / Deutschlandtreffen, 17. Mai 1964. Foto: Christa Hofneder

123



124



123/ Jugendliche am Alex-Brunnen. Ost-Berlin, 1968. Foto: Thomas Höpker.

124/ Turniertänzer in Berlin-Grünau. Ost-Berlin 1974. Foto: Thomas Höpker.

Beide Bilder müssen über Magnum bestellt werden

Die Polizei setzte Schlagstöcke und Wasserwerfer gegen die Protestierenden ein. Neben zahlreichen Festnahmen wurden 144 Personen, zumeist Schüler und Lehrlinge, strafrechtlich verfolgt. Im selbst erklärten „Staat der Jugend“ ist das Ende einer Illusion erreicht. Immer weniger gelingt es der SED, den Attraktionen der westlichen Jugendkultur eine Alternative entgegen zu stellen, die mehr als aufgeputzte Fassade ist.

Die Bewusstseinslage vieler Jugendlicher in der DDR hat der Schriftsteller Werner Heiduczek Anfang der 1970er Jahre wohl zutreffend charakterisiert, als er konstatierte: „Sie werden in dem Augenblick an die Hand genommen, wo sie in den Kindergarten kommen, und sie werden auch an der Hand in die Universität gebracht. [...] Das Modell ihrer Welt ist vorbestimmt bis zum Jahr 2000, und sie brauchen eigentlich nur noch ja zu sagen. Dann werden sie gelobt, bekommen ihre Preise, ihre Anerkennung – und alles ist gut. Der Pferdefuß besteht allerdings darin, daß die Kinder bzw. Jugendlichen Gefahr laufen, aufzuhören, ein starkes Eigenleben zu führen bzw. manchmal ein gespaltenes Leben leben – ein offizielles und ein privates unter sich.“ (> in: Forum 9/1972, zit. n. Thomas 1980, S. 70)

Zwei Fotos von Thomas Höpker illustrieren diese widerspruchsvolle Lebenssituation junger Leute in der DDR um 1970. Höpker hatte als junger Fotograf u. a. für „twen“ gearbeitet, bis er 1964 eine Karriere als Fotoreporter beim „Stern“ begann, die ihn in alle Kontinente führte. 1974 ging er schließlich mit seiner Frau, der Journalistin Eva Windmüller, als erster akkreditierter westdeutscher Fotograf nach Ost-Berlin. Drei Jahre waren beide mit ihren Reportagen und Bildern wichtige Zeugen des Lebens in der DDR, die sie mit kritischer Sympathie für die Menschen und offenen Augen wahrgenommen haben.



125

Wie hat die westdeutsche Jugend diese Zeit erlebt? Studien aus den frühen 1960er Jahren zeigen „das Bild einer familienorientierten, häuslichen und lebensfreudigen, vielfältigen [...] Generation, die an ihrem beruflichen Fortkommen arbeitete, aber nur wenig politisches Engagement zeigte“ (>Siegfried 2006, S. 74). Doch eine solche pauschale Einschätzung lässt die Vielfalt von Jugendkulturen, welche den Verlauf der 1960er Jahre kennzeichnen, nicht hinreichend sichtbar werden. Wenn man dennoch einen gemeinsamen Nenner suchen möchte, könnte er durch den Titel des Rolling-Stones-Songs aus dem Jahr 1964 inspiriert sein: „Time Is on My Side“. Die Sechzigerjahre waren eine erste Dekade der Jugend in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, in der sich ihr Freiheitsdrang und Autonomiestreben nachhaltig auf höchst unterschiedliche Weise entfalteten.

Am Anfang war der Rock'n'Roll. Nichts hat das Lebensgefühl der jungen Westdeutschen seit Mitte der 1950er Jahre stärker geprägt als dieser Rhythmus der Befreiung aus Disziplin und Ordnung in der Leistungsgesellschaft des „Wirtschaftswunders“.

Doch nicht alle waren dem Rausch des Außersichseins erlegen. Mit „Bravo“, die sich im Untertitel als „Zeitschrift mit

dem jungen Herzen“ vorstellte und sich in erster Linie auf „Film, Fernsehen und Schlager“ konzentrierte, war 1956 eine biedere Version der jugendkulturellen Orientierung entstanden, die 1959 eine Auflage von 500 000 Exemplaren überschritt und 1966 die Milliongrenze erreichte (>Siegfried 2006, S. 283). Sie fand vor allem bei den weiblichen Teenies Anklang, die einen Anteil von fast drei Viertel der Leserschaft (72 %) ausmachten. Die „Bravo“, die anfangs „gutes Benehmen“ als Leitbild proklamiert hatte, präsentierte sich schon bald auch als Ratgeber in Liebesangelegenheiten und wurde, als sich ihr großer kommerzieller Erfolg gefestigt hatte, 1965 vom Springer-Verlag erworben. Ihr Erfinder war der Journalist Peter Boenisch gewesen, der 1961 zum Chefredakteur von „Bild“ und 1983 zum Pressesprecher der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung avancieren sollte.

Doch seit Mitte der 1950 Jahre hatte sich auch eine intellektuell anspruchsvollere Jugend bemerkbar gemacht, die der „skeptischen Generation“ der noch durch den Krieg geprägten Flakhelfer folgte und ihren eigenen Weg suchte, ohne die Last der Vergangenheit mit sich zu tragen.



126

125/ Im Beatles-Fieber 1964.

126/ Junges Paar im Storyville.
Foto: Robert Lebeck

TWEN – die Jugend entdeckt sich neu

Die Ursache des Erfolgs: „twen“ ist, wie Dr. Konrad Friesicke vom Bundespresseamt in einem Gutachten für Wuermelings Familienministerium schrieb, „frappierend neuartig ... Die Zeitschrift ist perfektioniert lesbar gemacht“.

Der Beamte lobte „den besonderen Sprachstil von „twen“, der „kurzgefaßt, spritzig, persönlich, gelegentlich auch ironisch,“ sei, sowie die „vielerlei graphischen und typographischen Einfälle, das Großzügige der Raumverteilung, die originelle Verwendung schwarzen Grundtons, die ansprechende Lösung jeder Doppelseite“ [...]

Zur gleichen Zeit jedoch, da die Jugendverbände der „twen“-Redaktion graphisch nach-eiferten, verdamnten sie ihren Lehrmeister ideologisch. Sie bezichtigten die „Revue der Zwanzigjährigen“ des „Sexkults“ und nannten die „twen“-Redakteure „Barhocker-Pädagogen“, die der „Konsum-Ideologie“ huldigten. Chefredakteur Theobald: „Sie nahmen uns übel, daß wir ein Heft auf die Beine brachten, das gelesen wurde.“

Der heute 31 jährige katholische Diplomkaufmann Adolf Theobald erlernte das journalistische Handwerk beim „Rheinischen Merkur“. Er redigierte zwei Jahre lang das offizielle Organ der Jungen Union („Die Entscheidung“), ab 1957 gab er im Selbstverlag die viermal jährlich erscheinende Illustrierte „Student im Bild“ heraus, die sich mit einer Auflage von 70 000 zur größten und ertragreichsten deutschen Studentenzeitschrift entwickelt hat.

Im April 1959 startete Theobald, assistiert von dem heute 36 jährigen Graphiker Willy Fleckhaus, sein neues Projekt „twen“. Den Namen des Blattes entlieh er der Konfektionsindustrie, die zur Anheizung des Konsums Artikel für „Twens“ auf den Markt brachte. Das Blatt „twen“ sollte ursprünglich nur einmal erscheinen, als „Sonderheft für junge Menschen“. Das Anzeigengeschäft florierte jedoch so gut, daß „twen“ fortan alle zwei Monate auf den Markt gebracht wurde.

Die „twen“-Redaktion fertigte ihr Blatt in einer Weise, die den auf herkömmliche Vorstellungen über Jugendarbeit eingeschworenen Verbänden als pure Ketzerei erschien. [...]

„twen“ befragte etwa „Sechs Mädchen über Sex“, forderte die Leser auf, zu dem Thema „Heiraten nur weil ein Kind kommt“ brieflich Stellung zu nehmen, zeigte eine junge Frau kurz vor und bei der Geburt. Auf dem ersten Bild dieser Serie ist die Hochschwangere mit einem Pulli und einer klaffenden Nietenhose bekleidet. Gutachter Friesicke: „Die Photos sind bis zur Unerträglichkeit gewagt, aber sie lenken zum Text, und der ist nicht anstößig.“

DER SPIEGEL 32 / 1961, 2. August 1961, S. 59. www.spiegel.de/spiegel/print/d-43365397.html



128



1959 kam die Jugendzeitschrift „twen“ auf den Markt. Nur selten ist es in der Geschichte westdeutscher Zeitschriften so perfekt gelungen, Bildästhetik, Themenwahl und Textgestaltung zu verbinden. „Die Zeitschrift richtete sich an eine Gruppe, die bis dahin massenmedial nicht bedient wurde, aber als Konsumfaktor und künftiger Entscheidungsträger von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung war: die etwas älter und besser gebildete Jugend.“ Fast zwei Drittel der Leser waren bereits berufstätig, 29 Prozent noch in Ausbildung (Siegfried 2006, S. 289 u. S. 285). „twen“ verkörperte ein neues Zeitgefühl, das politisch links-liberal akzentuiert war. Das Magazin,

das seit 1961 monatlich erschien, gab zwar dem „Lifestyle“ breiten Raum, plädierte aber auch entschieden für eine befreite Sexualität ohne die noch vorherrschenden Tabus. Homosexualität wurde als legitime Form der Geschlechterbeziehung thematisiert, in einer Zeit als diese noch gesellschaftlich diskriminiert und durch den Paragraphen 175 bis 1969 sogar noch strafrechtlich bedroht war. In „twen“ wurde Uschi Obermaier als Fotomodell entdeckt, deren Selbstinszenierung als „Miss Kommune“ wie keine andere zwischen libertärem Pop-Glamour und revolutionärer Allüre in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gleichermaßen Faszination und Entrüstung auslöste.

129



Die neue „Revue der Zwanzigjährigen“ weckte nicht nur reges Interesse bei Jugendlichen beiderlei Geschlechts, sondern rief auch den massiven Protest erregter Jugendschützer hervor. So hatte der Präsident des Bayerischen Jugendrings, Artur Bader, gewarnt, dass die neue Zeitschrift „gefährlicher als ein Dutzend Aktmagazine“ sei, ohne Bindung an Gesellschaft und Moral, wogegen Chefredakteur Adolf Theobald vergeblich juristisch zu Felde zog. Für diese Schlappe revanchierte er sich mit einer perfekten PR-Idee, indem er das Verdikt des entrüsteten Jugendschützers für eine spektakuläre Eigenreklame nutzte: „Für 1,50 DM finden Sie hier mehr, als Ihnen ein Dutzend Aktmagazine (Kostenpunkt: über 20 DM) bieten kann“, war in „twen“ zu lesen. Diese der Verkaufsförderung dienende ironische Feststellung zielte allerdings an den Ambitionen des Magazins deutlich vorbei, das im Hinblick auf die grafische Gestaltung wie auch auf die Themen der Beiträge ebenso visuell attraktiv wie inhaltlich substantiell gestaltet war.

„Twen“ war ein Qualitätsjournal, das nur eine ambitionierte Leserschaft an sich binden konnte. Mit einer Auflage von 70 000 Exemplaren gestartet, hatte es Mühe, die doppelte Auflagenhöhe zu erreichen und konnte die Viertelmillion nie übertreffen. 1967 wurde es schließlich vom Springer-Verlag gekauft und Peter Boenisch war der neue Herausgeber, bis das Magazin

zwei Jahre später erneut den Verlag wechseln musste, um 1971 eingestellt zu werden.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ist eine wachsende Politisierung der jungen Generation zu beobachten, die sich nicht nur in der Studentenbewegung manifestiert. Eine Umfrage ergab, dass sich lediglich 14 Prozent der Gesamtbevölkerung als politisch sehr stark oder stark interessiert einstufen, aber immerhin ein Viertel der nicht studierenden Jugend und mehr als die Hälfte (56 %) der Studierenden. Besonders gering ausgebildet war das politische Interesse bei Jugendlichen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und bei Mädchen (- Siegfried 2006, S. 19).

Als politisch linksradikal ausgerichtete Alternative zu „twen“ hatte sich in den 1960er Jahren zunehmend die Zeitschrift „konkret“ profiliert. 1957 aus dem „Studentenkurier“ entstanden, wurde das auch mit Finanzmitteln aus der DDR unterstützte Magazin von Klaus-Rainer Röhl herausgegeben. Von 1960 bis 1964 war Ulrike Meinhof, die Röhl 1961 heiratete, Chefredakteurin von „konkret“. Dort war 1959 ihr erster Artikel erschienen, und die Zeitschrift war vier Jahre lang ihr publizistisches Forum. Seit Mitte der 1960er Jahre (Auflage 50 000) wurde „konkret“ eine publizistische Speerspitze der Studentenbewegung, zeitweilig vierzehntägig angeboten, und erreichte 1968 mit 170 000 Exemplaren ihre höchste Auflage, wozu eine eigentümliche Mischung

130



131

127/ *Twen*-Titel, Nr. 6, 1963.

128/ *Twen*-Titel, Nr. 11, 1962

129/ Zwischen Lifestyle und Revolution: Uschi Obermaier 1969. Sie wurde als „Münchens wildester Teenager“ oder als „Busen der Revolution“ bezeichnet.

130/ Ulrike Meinhof in den Redaktionsräumen von „konkret“. Foto: privat

131/ Titel konkret, Nr. 8, 8. April 1969.

Sex mit 17

Die Schülerinnen proben den Aufstand

Sie haben die längsten Beine und die kürzesten Röcke. Ihre Haare tragen sie so lang wie einst Jesus Christus, und ihre Musik ist so laut wie ein startendes Düsenflugzeug. Sie sind die Zeitgenossen von Lyndon B. Johnson, Mao Tse Tung, Mary Quant und Mick Jagger. Doch in ihren Schulstunden lernen die deutschen Oberschüler nur Dinge, die schon ihre Eltern und Großeltern pauken mußten. Während die Wissenschaftler Flugzeit zur Venus berechnen und das Jahr 2000 vorbereiten, fragen deutsche Studienräte ihre Schüler nach dem Todestag Pippins des Kurzen. Während die Antibabypille zum täglichen Konsumgut wird, sind die Schülerinnen allenfalls über die Fortpflanzung der Regenwürmer aufgeklärt. Politik und Sex sind tabu an deutschen Oberschulen. Das soll jetzt anders werden. Deutschlands Schüler proben den Aufstand.

konkret, Mai/1967. Zit. n. Barbel Becker (Hrsg.) 1987, S. 49)

von Sex und Politik beigetragen hat. „Konkret“-Leser waren hauptsächlich Männer, nur knapp ein Viertel (23 %) Frauen (›Siegfried 2006, S. 106).

Ulrike Meinhof verlässt bereits 1964 die Redaktion und geht danach zunehmend auf Distanz. Ihr war die Zeitschrift nicht radikal genug, sie publiziert zwar weiterhin Artikel, doch kündigt sie schließlich im April 1969 in der „Frankfurter Rundschau“ öffentlich ihre Mitarbeit mit der Begründung auf, dass „das Blatt im Begriff ist, ein Instrument der Konterrevolution zu werden“. Nachdem Ulrike Meinhof am 14. Mai 1970 an der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader beteiligt war, endete ihre Karriere als radikalkritische Publizistin, sie driftete in den RAF-Terrorismus ab.

„Zu dem Freiheitsgefühl, das mit den 60er Jahren verbunden wird und diese Zeit bis heute als eine Dekade des kulturellen Aufbruchs erscheinen lässt, hat der Aufstieg der populären Musik wesentlich beigetragen. Sie lieferte nicht nur den akustischen Hintergrund einer Kulturrevolution, sondern war das emotionale Bindemittel für viele Subkulturen und Akteure, die sonst sehr unterschiedliche Vorstellungen hatten.“ (›Schildt/Siegfried 2009, S. 267) Mitte der 1960er Jahre beginnt das Fernsehen, die junge Generation als Zielgruppe zu entdecken. Das wichtigste Beispiel dafür ist

der für die ARD von Radio Bremen produzierte „Beat-Club“, der am 25. September 1965 erstmals mit der 19jährigen Moderatorin Uschi Nerke in der Regie von Michael Leckebusch gesendet wird. Vorbild ist das bereits im Februar 1957 von der BBC ausgestrahlte Rock’n’Roll-Programm Six-Five Special. Ob der nach langen Debatten mehr als acht Jahre später gestartete „Beat-Club“ eine der zentralen Ikonen der Kulturgeschichte der 60er Jahre gewesen ist, mag hinterfragt werden können, doch hat kein anderes Fernsehangebot über 30 Jahre lang die junge Generation so sehr angezogen wie diese. Infratest hat 1969 ermittelt, dass drei Viertel aller westdeutschen Jugendlichen die Sendung regelmäßig sehen, mehr als die Hälfte (55 %) haben sie als „ausgezeichnet“ oder gut bewertet (›Siegfried 2006, S. 342).

Während die Achtundsechziger mit ihren Protestaktionen die Sätturierung und den politischen Immobilismus der bundesdeutschen Gesellschaft radikal herausforderten, entfaltete die Konsumgesellschaft auch in der jungen Generation eine wachsende Anziehungskraft. Jugend in der Bundesrepublik bedeutet in den 1960er Jahren das Spannungsfeld zwischen Rebellion, bei der die männlichen SDS-Protagonisten ausschließlich den Ton angeben, und Anpassung, die noch als Lebensmotto von Mädchen und jungen Frauen vorherrscht. In den 1970er Jahren werden es erstmals die jungen Frauen sein, die an die Spitze einer Emanzipationsbewegung treten.

132/ Uschi Nerke moderiert den „Beat-Club“, 1969. Foto: Rönnert

133/ Werbung für die Konsumgütermesse „Teenage Fair 69“ – August 1969.



Konsum für die junge Generation: Die „Teenage fair“ im August 1969

Geld, Girls und Go-in

Im Haupteingang des Düsseldorfer Messegeländes steht neben jedem Kartenkontrolleur ein Doppelposten der Polizei, entschlossen, keinem „Störer“ den Eintritt in das Acht-Tage-Paradies der „Teenage fair“ zu gestatten. Auf dem Hof der „Messe für junge Leute“: ein „Polizeimannschaftswagen“. In einer Glaskabine hoch über dem Ausstellungstrubel: Polizisten. Die Messeleitung, die den Ausstellern Kontakt „zu einer aktiven Käufergruppe, die 20 Milliarden Mark zur freien Verfügung hat“, versprochen hatte, war nervös. Nicht nur adrette, ordentliche Jungkonsumenten, sondern auch andere „langhaarige“ Geister fühlten sich gerufen.

133



Die dreißig Apo-Protestanten, die dann in der Tat erschienen, hätten eigentlich wissen sollen, daß sie keine Sympathisanten erwarten konnten unter jungen Leuten, die sogar noch Eintritt dafür bezahlt hatten, um sich „zu Konsumidioten machen zu lassen, deren freier Wille längst von der Werbung überdeckt ist“. Die Taktik der Revolutionäre, die Argumentenschlacht handgreiflich zu eskalieren, mußte scheitern angesichts des Messepublikums aus Durchschnitts-Teenagern.

Folgsam saßen sie in den Bänken einer Augenkosmetikschule, bestaunten Traumasautos und Plattenspieler. Und fassungslos waren sie, als bärtige Gesellen mit vollen Händen die Messingkleinodien der Schmuckfabrikanten unters junge Volk warfen. Noch böser wurde der Teenagerblick, als die „Revolution“ gegen den Stand von „Bravo“ marschierte. Das Volk der Teenager, begierig zu erfahren, welche Farbe für den Hosenanzug nunmehr „in“ ist, wurde zum Plebiszit gerufen – „Wollt ihr ...?“ Nein, sie wollten nicht. Und so wurden die letzten „Teenage-fair“-Revoluzzer unsanft von der Bühne und aus ihren Träumen von der ganz anderen Jugend gerissen.

Die braven Leute hingegen wanderten weiter durch das bunte Wunderland der Wünsche. Und was sahen Monika und Rolf? Alles, was eine ganz normale Konsumgütermesse auch zeigen würde – nur viel bunter und viel lauter ging es zu. Über gewaltige Verstärkeranlagen spielten die „Lords“ zum Ruhme der Firma A., während das Unternehmen B. auf (Karel) Gott vertraute. Und die Discjockeys aus allen Gauen sorgten dafür, daß keinen Augenblick lang Ruhe herrschte in irgendeiner Ecke der fünf Hallen. Wem das Spiel am Flipper zu wenig bot, konnte sich sogar einen besonderen Nervenkitzel gönnen: Zwei Minuten durfte jedermann versuchen, den Tresor einer Bank mit 1 000 Mark zu knacken – nebenan erfolgte dann die Beratung über Sparprogramme.

Es geht um 9 Millionen junge Leute mit 20 Milliarden Mark Kaufkraft. Und dafür veranstaltete die Industrie mit sichtlichem Vergnügen den größten und lautesten Hallenjahrmarkt der Nation, mit Werber Wilp und Go-Go-Miezen.

Hans Werner Conen, in: Die Zeit, Nr. 35, 29. August 1969, S. 9

Sexuelle Revolution

Die „sexuelle Revolution“ wird oft mit der Einführung der Antibabypille in der BRD am 1. Juni 1961 (Anovlar) in Verbindung gebracht – ein Jahr nach ihrer Zulassung in den USA, die auf eine Entwicklung durch den österreichisch-amerikanischen Chemiker Carl Djerassi zurückgeht. Doch eine solche Einschätzung täuscht. Denn im deutschen Westen wurde die Abgabe der Pille bis zum Ende der 1960er Jahre sehr restriktiv gehandhabt. Viele Ärzte verschrieben nur Frauen, die bereits Kinder hatten, das neue Verhütungsmittel und verweigerten ledigen Frauen die rezeptpflichtige Pille. So haben 1967 erst eine halbe Million Frauen in der Bundesrepublik die Pille eingenommen, in den USA waren es zu diesem Zeitpunkt bereits zehnmal so viele.

Obwohl es die Pille bereits seit Anfang der 1960er Jahre gab, ist die Geburten-

rate in Deutschland dadurch zunächst nicht negativ beeinflusst worden. Diese stieg als Folge wachsenden Wohlstands zunächst sogar noch deutlich an und erreichte ihren Höchststand 1966 mit zweieinhalb Kindern pro Frau. Der „Pillenknicke“, markanteste Folge einer neuen sexuellen Selbstbestimmung, setzt erst im letzten Drittel der 1960er Jahre ein und verzeichnet 1972 in beiden Deutschland einen Tiefstand. Während die Geburtenrate in der Bundesrepublik seitdem auf einem niedrigen Niveau bei knapp eineinhalb Kindern pro Frau verharrt, steigt sie in der DDR Mitte der 1970er Jahre noch einmal deutlich an, ohne die Geburtenraten der 1960er Jahre zu erreichen.

Die Einführung der Pille erfolgte in der DDR mehr als vier Jahre später als im Westen Deutschlands, im November 1965. Hier musste man bestrebt sein, we-

Ein Kommentar zur Anti-Baby-Pille 1967

Liebe Leser,

die Freiheit kostet fünf Mark dreißig. Im Monat.

Ihr Name: Anti-Baby-Pille. Sie ist die Freiheit von der Angst, ein Baby im ungeeignetsten Moment zu kriegen.

Als Curt Goetz zur Welt kam, soll sein Vater zu seiner Mutter gesagt haben: „Was wir wirklich gebraucht hätten, wäre eine Kommode fürs Wohnzimmer gewesen.“

Aber vom Scherz zur Tragödie ist nur ein kurzer Schritt. Ein Baby, unehelich geboren, ist bei uns ein Anlaß, Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen. [...]

Und der Staat, der die Tugend hütet und die Laster bekämpft, kann der Unzucht, wie die Liebe auf Gesetzesdeutsch heißt, gelassener ins Auge sehen. Zwar: Wer keine Laster hat, hat auch keine Tugenden, aber welcher Gesetzgeber weiß das schon? Und so ist es denn wieder eine Lust, ganz Mensch und ohne Angst zu sein, seitdem es die Pille gibt [...]

Dennoch verhalten sich Staat und Kirche der Pille gegenüber neutral bis feindlich. Constanze schickte eine junge Studentin zu einer Familienberatungsstelle. Sie sollte versuchen, ein Rezept für die Pille zu bekommen. Statt dessen bekam sie von einer älteren Dame Ermahnungen zur Enthaltsamkeit und die Zusicherung, in deren Gebet eingeschlossen zu werden – ein fragwürdiges Verhütungsmittel, denke ich. [...]

500 000 bundesdeutsche Frauen nehmen die Pille, zehn Millionen sind es in der ganzen Welt, allein in Amerika fünf Millionen. Aber erst, wenn es ein paar hundert Millionen Frauen geworden sind, die ohne Angst leben müssen, werden wir vielleicht davonkommen ohne den Hungertod von Millionen oder ohne die Bombe, die dem Übergewimmel ein schreckliches Ende macht. Denn die Formel von der Erhaltung der Art ist beim Menschen ins Gegenteil umgeschlagen; nur wenn er seine Zeugungskraft überlistet, wird er überleben.

Gehet hin und mehret Euch – aber nur bis zu einer vernünftigen Grenze [...]

Jürgen Isberg: Gehet hin und mehret Euch!, in: Constanze 17/1967. Zit. n. Baerbel Becker (Hrsg.) 1987, S. 75

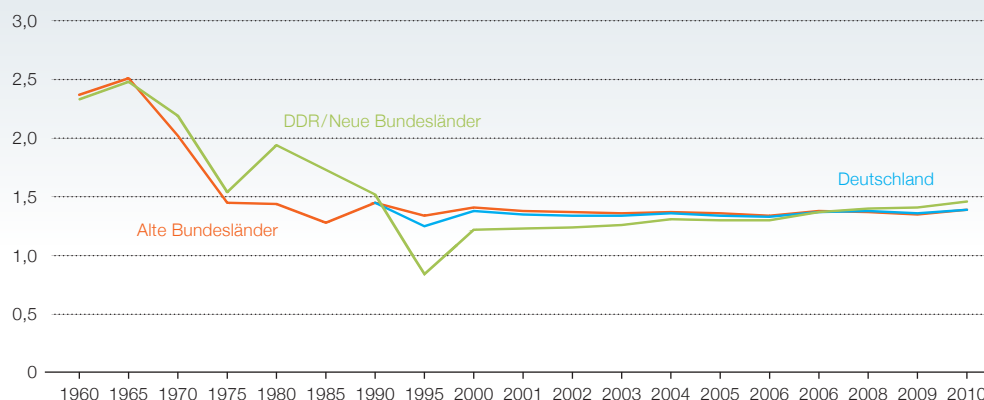
134



134/ Tween-Titel, Nr. 4, 1967.

Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland 1960–2010¹

Durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre)



¹ berechnet nach der Geburtsjahrmethode

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012), Fachserie 1, Reihe 1.1

gen der Devisenknappheit ein eigenes Präparat (Ovosiston) zu entwickeln. Für die Einführung dieser die Geschlechterbeziehungen revolutionierenden Methode der Geburtenkontrolle waren die politischen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Klima in beiden deutschen Staaten deutlich verschieden. Das drückte sich auch in den Bezeichnungen aus. Während in der Bundesrepublik von der „Antibabypille“ die Rede war, wurde diese in der DDR „Wunschkindpille“ genannt. Die Staatspartei SED unternahm eine politische Gratwanderung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Frauen attraktiv erscheinen zu lassen. Im Jahrzehnt nach dem Mauerbau standen Projekte der beruflichen Qualifizierung von Frauen im Vordergrund, Ende der 1960er Jahre wurden neue familienpolitische Maßnahmen beschlossen, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Dazu zählen insbesondere die deutliche Erhöhung von Krippenplätzen, Ehestart-Kredite, die bei der Geburt von Kindern reduziert wurden, und schließlich die Verabschiedung eines Gesetzes über die Schwangerschaftsunterbrechung im März 1972, das Abbrüche in den ersten zwölf Wochen legalisierte. Es blieb das einzige Gesetz in der Geschichte der Volkskammer, das

wohl aus symbolpolitischen Gründen einige Gegenstimmen von Abgeordneten der Ost-CDU gefunden hat.

Zwischen 1955 und 1965 hat sich die Zahl der Krippeneinrichtungen in der DDR schon auf rund 3500 verdoppelt, damit konnten knapp 20 Prozent der Kinder unter drei Jahren betreut werden, zehn Jahre später war bereits ein Versorgungsgrad von 50 Prozent erreicht (Statistisches Taschenbuch der DDR 1980, S. 126). Seit 1972 wurden in der DDR jungen Paaren Ehekredite gewährt. Die Kreditsumme (5000 Mark) wurde bei der Geburt von Kindern sukzessive gemindert, „abgekindert“, und galt bei dem dritten Kind als vollständig getilgt. Während des Schwangerschaftsurlaubs wurde den Müttern die Fortzahlung des Lohnes garantiert.

Auch im Familienrecht hatte die DDR mit der Verabschiedung eines neuen Familiengesetzbuches bereits 1965 einen eigenen Weg beschritten, indem sie den Frauen die volle Gleichstellung gewährte und das Schuldprinzip im Scheidungsrecht durch das Zerrüttungsprinzip ersetzte. Erst zwölf Jahre später hat die sozialliberale Koalition das zuvor noch durch das BGB bestimmte Ehe- und Familienrecht grundlegend reformiert und damit die Gleichstellung der Frau weitgehend hergestellt.

135



Die sexuelle Revolution befreite die Frauen vom Risiko unerwünschter Schwangerschaft und leitete zugleich eine Periode der befreiten Sexualität ein, die in der Bundesrepublik mit den Namen von Beate Uhse und Oswald Kolle verbunden geblieben ist. Während Beate Uhse schon seit Anfang der 1950er Jahre mit ihrem Versandhandel als Vorkämpferin der „Ehehygiene“ aktiv geworden war, ist Oswald Kolle als „Sexualaufklärer der Nation“ und gleichzeitig als Verfechter einer tabulosen sexuellen Freiheit bekannt geworden.

Der 1928 in Amsterdam als Kind eines Psychiaters geborene Journalist, Buchautor und Filmemacher Oswald Kolle hat mit seinen vielfältigen Initiativen zu einer umfassenden Sexualaufklärung, zu der schließlich auch seine Selbstinszenierung gehörte, in der Gesellschaftsgeschichte der

Bundesrepublik eine Spur hinterlassen. Seine Mitte der 1960er Jahre publizierten Aufklärungsserien in den Illustrierten „Quick“ und „Neue Revue“ provozierten noch argwöhnische Staatsanwälte, doch seine seit 1968 gezeigten insgesamt acht Aufklärungsfilme, die zuerst „Das Wunder der Liebe“, dann „Deine Frau, das unbekannte Wesen“ (1969), aber auch heikle Themen wie Ehebruch, Pornografie und zuletzt „Liebe als Gesellschaftsspiel“ (1972) in den Mittelpunkt rückten, lockten nicht nur ein wissbegieriges deutsches Kinopublikum an, sondern fanden in der Folgezeit weltweite Resonanz bei mehr als 140 Millionen Zuschauern. Seine Filme deuteten sexuelle Handlungen nur dezent

Auf dem V. Parteitag der SED hatte ihr Generalsekretär Walter Ulbricht im Juli 1958 „zehn Gebote der sozialistischen Moral und Ethik“ verkündet, die den „neuen Menschen“ nicht nur politisch charakterisieren sollten, sondern auch die Forderung stellten: „Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.“ Ehebruch und Scheidung galten insbesondere bei DDR-Funktionären als Fehlverhalten, das Kritik hervorrief, und selbst künstlerische Aktfotos wurden in den Illustrierten mit einer monatlichen Ausnahme im vielgefragten „Magazin“ nicht publiziert. Aus solchen Befunden sollten jedoch keine falschen Schlüsse gezogen werden. Zwar gab es in der DDR keine Sexfilme oder Sexshops, keinen Striptease und keine geduldete Prostitution, doch die Freizügigkeit im Sexualverhalten hat sich – wie empirische Studien ergeben haben – von den westdeutschen Usancen wenig unterschieden, wie bereits Mitte der 1970er Jahre deutlich geworden ist. (→ vgl. Bronnen/Henny 1975).

Namhafte Sexualforscher wie der Psychotherapeut Siegfried Schnabl verfassten Aufklärungsbücher („Mann und Frau intim“, 1970) und in der Tageszeitung der FDJ „Junge Welt“ erteilte seit Anfang der 1970er Jahre Jutta Resch-Treuwerth zwanzig Jahre lang in der Rubrik „Unter vier Augen“ Ratschläge zu Liebe, Partnerschaft und Sexualität.

Sichtbarer Ausdruck einer freizügigen Sexualität war in der DDR die FKK-Kultur. Es waren zunächst vor allem die Künstler und Intellektuellen, die im traditionsreichen Ostseebad Ahrenshoop den Nacktbadekult aufleben ließen. Kurzzeitig 1954 verboten, wurde FKK 1956 in der DDR legalisiert und breitete sich in den folgenden Jahrzehnten in einem ungeahnten Maße aus. Der Habitus dieser Freizügigkeit in der DDR kann auch als ein Ausdruck von Freiheitsbewusstsein in einer ansonsten weithin reglementierten, eingeschlossenen Gesellschaft und als ein symbolischer Befreiungsakt verstanden werden.

136



135/ Filmplakat, 1970

136/ Filmplakat, 1971

137/ FKK am Weststrand, Darß 1986.

an und waren von Pornografie weit entfernt, weshalb sie auch von Aufführungsverboten verschont geblieben sind. Kolle führte mit seiner Frau Marlies fast 50 Jahre lang bis zu ihrem Tod eine „offene Ehe“, er propagierte und lebte selbst eine freie Sexualmoral, die manche schockierte, aber auch überkommene Tabus radikal in Frage stellte.

Sexualität in der DDR

Wenn Dagmar S., 39, geschieden, Leiterin für Öffentlichkeitsarbeit in einem Betrieb in der DDR, einen Mann kennenlernt, der ihr gefällt, dann fragt sie ihn freundlich, ob sie ihm mal die Haare schneiden soll.

„Das Interesse kann man schon zeigen“, erklärt sie ihre verbrämte Offensive, „aber in verschlüsselter Form.“ So direkt sei das nicht üblich. Sie würde nicht hingehen und sagen: „Ich finde Sie Schau, gehen wir zu mir.“ Denn: „Es ist einfach Tradition, daß die Frau das nicht tut.“

Mehr sexuelle Freiheiten, aber kaschiert durch überkommene Benimm-Regeln – so etwa lautet das Fazit einer Bestandsaufnahme über „Liebe, Ehe, Sexualität in der DDR“.

Die Tonband-Interviews, die das Autoren-Team nach Gesprächen mit 70 DDR-Bürgern zusammenstellte, erlauben den Schluß: Neben vielen Bekenntnissen zur Treue als „Grundstein der Beziehung“ und zur Ehe, die „hier das Eigentliche ist“, macht sich im DDR-Staat ein beachtlicher Drang zu weiblicher Autonomie bemerkbar.

„Ich kann mich nicht mit einem Mann belasten, der meine Kräfte braucht“, erklärte zum Beispiel Elli B. 36, einmal verwitwet, einmal geschieden, Mutter zweier Kinder. Geschieden wurde sie, weil sie versuchte, „andere Männer zu haben“. Die Tochter hat sie sich „besorgt“ vom Mann einer Freundin.

Mit 40000 Scheidungen pro Jahr – zwei Drittel auf Antrag von Frauen – hält die DDR den Weltrekord. Da 82 Prozent der DDR-Frauen einem Beruf nachgehen, ist die Bedeutung der Ehe als Versorgungseinrichtung gleich Null. Geheiratet wird dennoch zum Teil aus ganz profanen Gründen: „Gar nicht heiraten“, so Veronika V., 25, „kann man hier so gut wie nicht, man kriegt dann keine Wohnung.“

Staatliche Versuche, die Scheidungsziffer wieder zu senken, schlugen bislang fehl. Es gibt mehr als 250 Eheberatungsstellen in der DDR und 45 regelrechte Eheschulen als vorbeugende Einrichtungen für das dauerhafte Leben zu zweit. [...]

Sachlichkeit ohne frivolen Zungenschlag bestimmt jedoch nach wie vor die Debatte über sexuelle Fragen. Bei dem Wort „bumsen“, so die Journalistin und DDR-Kennerin Marlies Menge, „würden die drüben vor Schreck vom Stuhl fallen“. Die Veränderungen seien viel eher in der Beziehung der Geschlechter untereinander zu finden als in der Art, wie über die Dinge gesprochen werde. Marlies Menge: „Die Frauen sind – im Vergleich zur Bundesrepublik – aggressiver und selbstbewußter bei der Wahl ihres Partners.“ Und: „Ein Kind ohne Mann zu haben ist drüben kein Problem.“

Ein „Herrschaftszepter“ sei der Penis, meint auch DDR-Autorin Irmtraud Morgner in ihrem Emanzipationsroman über „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz“, und sie empfiehlt ihren Leserinnen, die „Produktivkraft Sexualität souverän zu nutzen“. Freimütig betonte sie in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ das Recht der Frau auf „Paarung als physisches Erfolgserlebnis“. Frauen, so führte sie aus, „denen die Sitten jahrhundertlang abverlangt haben, ihre Sexualität zu unterdrücken, mußten verkrüppeln, und von Krüppeln sind keine originären Leistungen zu erwarten“.

Nach marxistischer Ethik ist jedoch die „Bejahung der Sinnlichkeit“ stets verbunden mit der Forderung nach „moralischer Sauberkeit“. Homosexualität zum Beispiel, die in der DDR bereits seit 1968 unter Erwachsenen straffrei ist, erfüllt diese Bedingung nicht.

Zwar dürfe man, heißt es in einem Standardwerk zur „Geschlechtererziehung in der sozialistischen Oberschule“, Homosexuelle „nicht verunglimpfen“. Aber: „Man sollte sich nicht mit Homosexuellen befreunden oder ihre Gesellschaft aufsuchen.“

Der Spiegel Nr. 9/1976, S. 49





138

138/Ost-Berlin, 17. Juni 1953, 7 Uhr:
Der Demonstrationszug setzt sich in Richtung
Alexanderplatz/Unter den Linden in Bewegung
Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen
Demokratie

139/Ost-Berlin, 17. Juni 1953, 12.30 Uhr:
Sowjetische Panzer rücken gegen die
Aufständischen vor.



Protest

Protestbewegungen sind im kollektiven Gedächtnis der Deutschen vor allem mit 1968 verbunden. Doch die ersten Protestbewegungen im Nachkriegsdeutschland reichen bis in die frühen 1950er Jahre zurück. Bereits 1950 hatte sich in der Bundesrepublik eine breite Ablehnung für einen deutschen Wehrbeitrag formiert, die als „Ohne-mich-Bewegung“ in die Geschichte eingegangen ist. Bei einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Institut im Januar 1950 hatten es drei Viertel der Befragten abgelehnt, dass ihr Mann oder Sohn wieder Soldat wird, während dies nur knapp sieben Prozent uneingeschränkt befürworteten (›vgl. Spiegel Special Nr. 1/2006, S. 135).

Diese Einstellung war bei Frauen noch stärker ausgeprägt als bei Männern. So lässt sich erklären, dass die Frauenzeitschrift „Constance“, die sich vor allem an junge Frauen aus dem Mittelstand richtete, inspiriert von der Antikriegskomödie des Aristophanes einen Aufruf veröffentlichte, in dem die Frauen notfalls durch einen Generalstreik ihre Männer vom Kriegführen fernhalten sollten.

Der Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR, ausgelöst durch einen Streik der Ostberliner Bauarbeiter gegen die willkürliche Erhöhung der Arbeitsnormen, erfasste schlagartig das ganze Land, weitete sich zum Protest gegen die Politik des SED-Regimes aus und kulminierte schließlich in der Forderung nach einer deutschen Wiedervereinigung.

Die meisten überlieferten Bilder erwecken den Eindruck, dass es vor allem die Männer in den Betrieben waren, die diesen Aufstand getragen haben. Doch viele Frauen haben sich dem Protest angeschlossen, den das SED-Regime nur durch das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht überstehen konnte.

In der Bundesrepublik wurden die Protestaktionen gegen die Wiederbewaffnung fortgesetzt, bis die Bundesregierung nach dem im Mai 1955 vollzogenen Beitritt zur NATO im November 1955 die ersten Freiwilligenverbände vereidigte und der Bundestag im Juli 1956 die Einführung der Wehrpflicht beschloss.

Als die Bundesregierung, angetrieben durch den Verteidigungsminister Franz Josef Strauß den Erwerb atomarer Waffen anstrebte, entstand 1958 eine breite öffentliche Protestbewegung. Diese konnte sich auch auf die gemeinsame Warnung vor Atomwaffen berufen, die 18 namhafte deutsche Atomforscher bereits im April 1957 in einer „Göttinger Erklärung“ formuliert hatten. „Im Februar 1958 sprachen sich in einer Emnid-Umfrage 83 Prozent der Befragten gegen Atomwaffen auf deutschem Boden aus. Und die SPD setzte, weil keinerlei Aussicht bestand, die Nuklearwaffen durch den Bundestag zu verhindern, auf eine außerparlamentarische Offensive. Gemeinsam mit Gewerkschaftern, Kirchenvertretern und Wissenschaftlern startete sie die Kampagne ‚Kampf dem Atomtod‘. Hunderttausende folgten den Demonstrationen, Fackelzügen und Kundgebungen. Wie schon im Umfeld der EVG-Debatte 1952 kam es auch diesmal in zahlreichen Betrie-



139

140



140 / Demonstration gegen die Wehrpflicht, 1955.
Foto: Keystone.

141 / Kundgebung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Hamburg, 17. April 1958.
Foto: Staatsarchiv Hamburg

142 / Cover „Constanze“, Heft 1 / 1950 (wird nachgereicht). Dieses Cover ist nur ein Beispielbild. Wir bräuchten hier noch das Cover von Heft 1 / 1950



ben zu Arbeitsniederlegungen. Einen Generalstreik gegen die Atombewaffnung, den laut einer Allensbach-Umfrage 52 Prozent der Bürger befürworteten, lehnte die DGB-Spitze jedoch ab. Begründung: Das Volk sei für eine derartige Aktion noch nicht reif.“ (Spiegel Special Nr. 1/2006, S. 136)

Eine unübersehbare Menschenmenge protestierte am 17. April 1958 vor dem Hamburger Rathaus gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Der Hamburger Bürgermeister Max Brauer warnte vor geschätzten 120 000 bis 200 000 Demonstrierenden eindringlich vor den Folgen, indem er feststellte: „Denn an uns alle ist die Frage gestellt, ob wir den Untergang aller Kultur und den Selbstmord oder ob wir die Rettung des Friedens, die Rettung unserer Frauen, die Rettung unserer Kinder wollen.“

Historisch lässt sich nicht eindeutig klären, welche innen- und bündnispolitischen Gründe schließlich verhindert haben, dass die Bundesrepublik zur Atommacht geworden ist. Doch hat die „Spiegel“-Affäre, die schließlich am 30. November 1962 den Rücktritt von Strauß zur Folge hatte, das Streben deutscher Regierungen nach einer atomare Bewaffnung endgültig beendet. Als bis heute sichtbare Folge der Antiatombewegung sind die Ostermärsche, die 1960 be-

gonnen wurden, als ein Randphänomen der Friedensbewegung erhalten geblieben.

Seit Mitte der 1960er Jahre entfaltete sich in der Bundesrepublik ein gesellschaftlicher Protest mit drei verschiedenen Wurzeln, die sich zeitweilig miteinander verflochten haben: die Entstehung der Außerparlamentarischen Opposition (APO), der Protest gegen den Vietnamkrieg und die Bildung der studentischen Protestbewegung um den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS).

Nach der Bildung der ersten großen Koalition, dem Kabinett Kiesinger-Brandt, am 1. Dezember 1966 stand den 468 Abgeordneten der Regierungsparteien im Deutschen Bundestag nur noch die verschwindende Minderheit von sechs Prozent der einzigen Oppositionspartei FDP gegenüber, die lediglich über 30 Mandate verfügte. Die Handlungsfreiheit der Regierung konnte damit auf parlamentarischem Weg nicht mehr im geringsten eingeschränkt werden. Daher entwickelte sich folgerichtig, angestoßen von prominenten Schriftstellern und Intellektuellen, die Außerparlamentarische Opposition (APO), die 1968 im Kampf gegen die Notstandsgesetze ihren Fokus finden sollte. Diese wurden am 30. Mai 1968 mit der Begründung verabschiedet, bisher noch geltende Eingriffsrechte der Westalliierten in Notstandssituationen durch originäre deutsche Handlungsbefugnisse ersetzen zu müs-

Frauenprotest gegen die Wiederbewaffnung

Am Beginn der 1950er Jahre war „Constanze“ die erste große moderne Frauenzeitschrift. Ihre Auflage erreichte 400 000 Exemplare. Sie richtete sich an eine weibliche Leserschaft, die liberal orientiert war. Das betraf vor allem überholte Moralvorstellungen. Als unsinnig bezeichnete die Zeitschrift etwa das Verbot vieler Vermieter, ihren Mietern „nach zehn Uhr abends Besuch des anderen Geschlechts zu untersagen“.

Eine Frau, „die ein uneheliches Kind zur Welt bringt, sollte nicht länger als unmoralisch bezeichnet werden“. Sie berichtete auch über ein dänisches Forschungsprojekt, „dessen Untersuchungen allen Eheleuten helfen sollen, verheiratet und trotzdem glücklich zu sein“. Beklagt wird die Orientierungslosigkeit der Deutschen: „Wir befinden uns in einer Krise der Moral – in einer Zeit der allgemeinen Unsicherheit darüber, was falsch und richtig ist. Ein Teil der Menschen betrachtet das Leben noch aus dem begrenzten Blickwinkel längst entschwundener Zeiten und muss dadurch notwendig in einen verhängnisvollen Gegensatz zum wirklichen Leben geraten.“ (vgl. Jörg Bohn, in Wenzl-Bachmayer [Hrsg.], S. ##) Vor diesem Hintergrund muss ein seinerzeit für eine Frauenzeitschrift seltenes politisches Engagement gesehen werden, dass sich bereits wenige Monate nach der Staatsgründung der Bundesrepublik in einem ungewöhnlichen Text manifestiert.



142

Darum geht es: Generalstreik aller Frauen! ein Streik, nicht um Lohnerhöhungen oder um Preisherabsetzungen ein Streik, nicht mit Straßenumzügen und Drohungen; nein: ein Generalstreik, der die Männer vom Schießen, vom Kriegführen abhalten soll. Eine politische Handlung der schweigenden Macht, die zur schärfsten Waffe gegen den Krieg werden könnte.

Wann dieser Generalstreik aller Frauen beginnen soll? An dem Tag, an dem aus den Lautsprechern Sätze heraus-schreien wie: „Um den immer unerträglicher werdenden Provokationen endlich ein Halt entgegenzusetzen ...“ oder „Nachdem alle Versuche einer friedlichen Regelung der Streitfrage vergeblich geblieben sind, hat sich die Regierung entschlossen heute ab 12 Uhr ...“, an dem Tag, an dem die ersten Gestellungsbefehle im Briefkasten liegen. Dann ist es soweit, denn dann soll wieder einmal geschossen, zerstört, gebombt, getötet werden.

Wie dieser Generalstreik aussehen wird? Die Frauen werden plötzlich lautlos aus unserem Leben ausscheiden. Die Hausfrau macht plötzlich kein Frühstückspaket zurecht, richtet weder Mittag- noch Abendessen; das Bett des Mannes bleibt ungeordnet liegen, kein Strumpf wird gestopft, kein Knopf angenäht; die Telefonfräuleins antworten nur: „Wir streiken!“ Die Stenotypistin erscheint zwar mit Bleistift und Papier zum Diktat, nimmt aber keinen einzigen Satz auf, sondern lächelt ihrem Chef entgegen: „Wir streiken!“. Kein Redakteur, kein Bankier, kein Betriebsleiter, kein Minister ist arbeitsfähig; die Wäscherin und Plätterin legt die Männerhemden beiseite und die Hände in den Schoß, die Verkäuferin strahlt den Kunden, der ein Brot kaufen will, an: „Wir streiken!“ Die Straßenbahnschaffnerin, die Zigarettenarbeiterin tun keinen Handgriff mehr, die Arbeiterin in der Weberei hält die Maschine an, die Lehrerin schickt die Kinder und sich selbst nach Hause. Keine Operationsschwester reicht dem Arzt ein Messer, die Laborantin bricht die chemische Untersuchung ab, die Behördenangestellte sitzt gelassen am Schalter, vor dem sich eine Mörmerschlange windet, und schreibt nichts, stempelt nichts, antwortet nichts als nur: „Wir streiken!“ Und die Frau am Rundfunk gibt keine anderen Worte mehr durchs Mikrofon als: „Alle Frauen streiken! Wo ihr auch tätig seid, sorgt, daß alle Räder stille stehen!“

Braucht es noch mehr der Beispiele? Oder genügt nur etwas Phantasie, um die tödliche Wirkung dieses Streiks auf unser ganzes Dasein lebendig werden zu lassen? Das gäbe eine Katastrophe, meinen Sie? Haben denn die Männer jemals danach gefragt, ob ein neuer Krieg Katastrophen bringt? Kriege dauern Jahre. Dieser Streik aber braucht nicht länger als 50 oder 100 Stunden zu dauern, und es wird keinen Krieg geben. Die Frauen müßten nur einmal zeigen, welche Macht in ihrer Hand liegt – und es gäbe keinen Krieg.

CONSTANCE 1 / 1950

143



144



143/ Studenten demonstrieren am 5. Juni 1967 in München aus Anlass der Tötung von Benno Ohnesorg. Foto: Helmuth Lohmann

144/ Die Proteste richteten sich gegen die Notstandsgesetze und gegen den Vietnamkrieg. Foto: Günter Zint

145/ Mitglieder der „APO_PRESS“-Kommune beim Mittagessen während einer Redaktionssitzung, Hamburg-St.Pauli 1968. Foto: Günter Zint

146/ Hasch-Kommune 9, Hamburg 1970. Foto: Günter Zint

sen. Damit wurden u. a. Einschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses und der Freizügigkeit sowie bei Katastrophen der Einsatz der Bundeswehr im Inland im Notstandsfall legalisiert. Der Argwohn, solche Ermächtigungen könnten missbraucht werden, hat die Proteststimmung maßgeblich befördert.

Seit August 1964 waren die USA in den Vietnamkrieg mit eigenen Truppen verwickelt. Als Einzelheiten einer unmenschlichen Kriegführung bekannt wurden, entwickelte sich eine Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, die wesentlich von Studierenden in Berlin, Marburg und Frankfurt bestimmt wurde und im SDS; ihre ideologische Hauptantriebskraft hatte. Die SPD hatte sich bereits 1961 prinzipiell durch einen Unvereinbarkeitsbeschluss vom SDS getrennt. Seit 1965 wurde Rudi Dutschke zum Vordenker und zur Antriebskraft der studentischen Protestbewegung, die in ihren Anfängen gegen die verkrusteten Strukturen und die reaktionäre Ausrichtung der deutschen Ordinarienuniversität zu Felde gezogen war. („Unter den Talaren der Muff von 1 000 Jahren“).

APO und Studentenprotest trafen sich in der rigorosen Kritik an den verbalen Aggressionen der „Springer-Presse“, die nicht nur die Forderung „Enteignet Springer!“ auslöste, sondern auch in gewaltsame Aktionen einmündete. Die Konfrontation spitzte sich zu, nachdem der Student Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 anlässlich einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin von einem Polizisten getötet worden war. Ein knappes Jahr nach dem Tod von Benno Ohnesorg wurde Rudi Dutschke von dem Arbeiter Josef Bachmann durch Pistolenschüsse schwer verletzt.

Die Protestbewegung hat ihre Ziele, eine grundlegende politische Veränderung der Bundesrepublik, gemessen an ihren revolutionären Ansprüchen, nicht erreicht. Diese Erkenntnis hat bei einer extremen Minderheit den Weg in den RAF-Terrorismus der 1970er Jahre bewirkt. Außer Frage steht aber, dass die Achtund-

sechziger die Bundesrepublik verändert haben. Sie haben den Prozess der politischen Modernisierung beeinflusst und den Mentalitätswandel in der Gesellschaft beschleunigt. Dabei wird allerdings mitunter übersehen, dass sie am Emanzipationsprozess der Frauen kaum einen Anteil hatten. Fast wirkt es wie ein Klischee von Bürgerlichkeit: Während Rudi Dutschke die Demo anführte, sorgte sich seine amerikanische Frau Gretchen, die er 1966 geheiratet hatte, um das kleine Kind Hosea-Che. Und wer die Ehe für ein reaktionäre Lebensform erachtete, erprobte in der Kommune einen neuen Lebensstil, bei dem die sexuelle Befreiung das Hauptmotiv darstellte und die politische Praxis dann vorwiegend Männersache sein sollte.

In West-Berlin hatte sich Anfang 1967 die erste Kommune gebildet. Diese verstand sich als ein revolutionäres Experiment, als radikales Gegenmodell zu den Moral- und Wertvorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft. Ihre Mitglieder lehnten Privateigentum strikt ab, ebenso feste Partnerbeziehungen, kritisierten das Leistungsprinzip als Ausdruck von Profitstreben und proklamierten das Lustprinzip als Orientierungsmuster für alle Lebensbereiche. Die Rückenansichten nackt posierender Frauen und Männer sollten ebenso wie offene Toilettentüren das bürgerliche Publikum bewusst provozieren und sind bis heute in Erinnerung geblieben. Zwischen antiautoritärem Protest, Politik-Happening und Selbststilisierung changierend, ist der politische Effekt der Kommuneaktivisten zu bezweifeln, sie waren ein Randphänomen der Protestbewegung, das man rückblickend auch als Modeerscheinung rubrizieren könnte. „Models wie Uschi Obermayer und Rainer Langhans, die spielend den Sprung vom Matratzenlager der Kommune 1 auf die Titelseiten der Journale schafften, repräsentierten den Aufstieg abweichender Stile in das breite Angebotsset von attraktiven Schönheitsidealen – Männer nun sogar einbezogen.“ (Schildt/Siegfried 2009, S. 266f.)



145



146

Ein Rückblick auf 1968

Weder davor noch danach ist die Gesellschaft so grundlegend in Frage gestellt worden wie in dem umstrittenen Jahr: Autorität, Vergangenheit, Leistung, Gewalt, Sexualität – der gesamte Kanon an sozialen Werten stand mit einem Schlag zur Disposition – die Loslösung aus ebenso überflüssigen wie überfälligen Herrschaftsverhältnissen. Für die einen war diese Herausforderung schockierend, für die anderen stimulierend. 1968 war eine umfassende gesellschaftliche Irritationserfahrung. Es wurden Fragen aufgeworfen, die die meisten Bürger nie zu stellen gewagt hätten. Was immer auch dagegen einzuwenden ist: Seitdem gibt es keine falschen Selbstverständlichkeiten mehr.

Kraushaar 1998, S. 315

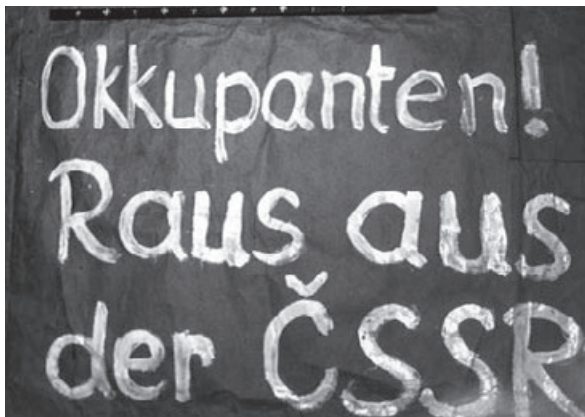
147/ Öffentlicher Protest gegen die Intervention, Naundorf
25. August 1968.

Quelle: BStU, MfS, Ast. Chemnitz, 744/69 Bd. 1

148/ Hildegart Becker mit ihrer Freundin Barbara Dunemann
und ihrer Schwester Gerlinde (v.l.n.r.). Das Foto ent-
steht nach der Untersuchungshaft der drei Mädchen
Ende der 1960er Jahre.

Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

147



148



Im Westen meist unbeachtet, war das Jahr 1968 auch für die Menschen in der DDR eine einschneidende politische Erfahrung und eine markante Zäsur. Nachdem die SED-Führung im April 1968 in einer Volksabstimmung mit großem Propagandaaufwand die überwältigende Zustimmung zu einer neuen „sozialistischen Verfassung“ inszeniert hatte, blickten viele hoffnungsvoll auf den „Prager Frühling“, in dem ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ projiziert wurde, bevor am 21. August – sieben Jahre nach dem Mauerbau in Berlin – eine Utopie, die ein bloßer Traum bleiben sollte, von Panzern überrollt wurde. Zu wenig ist bisher gewürdigt worden, dass sich in der DDR nicht nur Resignation ausbreitete, sondern sich unter den risikoreichen Bedingungen des Überwachungsstaates auch mutiger Protest manifestiert hat. „So versammelten sich am Tage nach dem Einmarsch auf dem Erfurter Angereck 150 bis 250 Jugendliche, die versuchten, mit Passanten über den Einmarsch zu diskutieren. 36 Jugendliche wurden verhaftet. In Gotha, Erfurt, Weimar, Potsdam, Berlin und anderen Städten kam es ebenfalls zu Demonstrationenversuchen.“ Die DDR-

Staatssicherheit hat insgesamt mehr als 2 100 „Protestbekundungen“ registriert, außerdem das „Anschmieren“ von 1 690 „Hetzlosungen“ und die Verbreitung von etwa 7 600 „selbstgefertigter Hetzschriften“ (>Gehrke 2008, S. 44 und S. 43).

Unter den Bedingungen des Überwachungsstaates äußerte sich dieser häufig in Protestparolen, deren Urheber meist verborgen blieben. Doch gelang es der Staatssicherheit in zahlreichen Fällen, die Protestierenden ausfindig zu machen. Das Foto zeigt ein selbst gefertigtes Plakat von zwei Jugendlichen (19 und 17 Jahre alt), die am 25. August 1968 zwei große Pappen mit ihrer Forderung am Rat der Gemeinde ihres Heimatortes Naundorf in der Nähe von Freiberg und an einer Bäckerei angebracht hatten. Wegen „staatsfeindlicher Hetze und Staatsverleumdung“ wurden sie zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten sowie wegen „Staatsverleumdung“ zu einer Bewährungsstrafe von zehn Monaten verurteilt.

Im Oktober 1968 legte der Generalstaatsanwalt der DDR eine Statistik über Personen vor, die nach der Intervention in der ČSSR strafverurteilt worden sind. Insgesamt waren 1 189 Personen betroffen, wobei etwa drei Viertel der „Straftäter“ zwischen 16 und 30 Jahre alt waren. Die große Mehrheit der Protestierenden waren Arbeiter, weniger als ein Zehntel (8,5%) waren Schüler und Studenten und nur 1,7 Prozent wurden der Intelligenz zugerechnet.

Dass an solchen mutigen Aktionen auch junge Frauen beteiligt waren, zeigt ein eindrucksvolles Beispiel aus Frankfurt (Oder).

Eine mutige Flugblattaktion

Liebe Mitbürger!

Sowjetische Panzer in der CSSR schaden dem Ansehen des Sozialismus in der ganzen Welt. Daß auch deutsche Truppen dort sind, zwingt Vergleiche zu 1938 auf. Die deutsche Schuld ist in der CSSR noch nicht vergessen.

Jeder Staat hat ein Recht darauf, seinen Weg selbst zu bestimmen. Die Besetzung der CSSR ist eine grobe Einmischung in die Innenpolitik dieses Staates. Kann man von einer Konterrevolution sprechen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung hinter Svoboda und Dubcek steht und ihrer Politik zustimmt?

Liebe Mitbürger, informieren Sie sich, was in unserem Nachbarstaat geschieht, fordern Sie die volle Wahrheit, glauben Sie nicht verbreiteten Halbwahrheiten.

Erwägen Sie doch, ob Sie nicht auch etwas tun können.

Sie wissen, wovon sie schreiben: Im Gegensatz zu manch anderen Protestierenden in der DDR sind die Schwestern Hildegart und Gerlinde Becker, Schülerinnen im Alter von 17 und 18 Jahren, sehr gut über die Stimmung in der Tschechoslowakei informiert. Sie haben Kontakt zu einer an der Universität Prag studierenden Freundin. Außerdem reisen sie selbst jedes Jahr in die Tschechoslowakei.

Bereits Anfang der 1960er Jahre knüpft ihr Vater Reinhard Becker, ein evangelischer Pfarrer, Kontakte zur tschechischen Kirche. Daraufhin ist es seinen Töchtern möglich, an den Ausflügen der dortigen Jungen Gemeinde teilzunehmen. Hildegart und Gerlinde nutzen die Angebote und lernen auf diese Weise viele Tschechen und Slowaken kennen. 1968 erleben sie die veränderten politischen Gespräche und die neue Situation vor Ort.

Das ist für sie Grund genug, nach dem 21. August gegen die völkerrechtswidrige Gewaltaktion des Warschauer Paktes vorzugehen. Die jungen Mädchen haben den Wunsch, etwas zu unternehmen. Ein kritischer Text scheint das angemessene Ausdrucksmittel zu sein, zumal Hildegart gerne schreibt. [...]

Hildegart Becker geht zu ihrer besten Freundin Barbara Dunemann und bespricht mit ihr, wie sie die Sache angehen sollen. Die Mädchen leihen sich eine Schreibmaschine, zunächst von einer Bekannten und später vom Gemeindebüro. Schließlich macht auch Gerlinde Becker mit. Briefumschläge sowie -marken gibt es bei der Post, und die Privatadressen entnehmen sie dem herkömmlichen Telefonbuch.

Der Plan der Mädchen ist von den Flugblattaktionen der Geschwister Scholl inspiriert, von denen sie vor nicht allzu langer Zeit auf einem Themenabend der Jungen Gemeinde gehört haben. Der Text ist kurz und prägnant. Insgesamt verschicken die drei Schülerinnen zwischen 150 und 160 Briefe mit Flugblättern. Alle Eintragungen im Telefonbuch von A bis K bekommen Post von ihnen. Zwischen den Buchstaben K und L hören sie auf, unter anderem deshalb, weil die Schulferien zu Ende gehen.

Die Briefe bleiben dem Ministerium für Staatssicherheit nicht verborgen. Einer flattert dem Inoffiziellen Mitarbeiter „Undine“ direkt ins Haus, der ihn prompt der Staatssicherheit übergibt. Die leitet Untersuchungen ein und wird fündig: Sie vergleicht die Schrift auf den Flugblättern detektivisch mit dem Schreibmaschinentyp und stößt auf fünf Adressen, die unmittelbar mit den Mädchen in Verbindung stehen. Die Schülerinnen werden umgehend verhaftet. Doch wird nach einiger Zeit die gerichtliche Untersuchung ohne konkret zu erkennenden Grund abgebrochen, und die Mädchen werden am 20. Dezember 1968 aus der U-Haft freigelassen.

Die jungen Frauen haben spontan gegen das Unrecht gehandelt – ohne groß nachzudenken. „Ich hätte uns niemals so viel Beachtung zugemessen“, meint Barbara Dunemann rückblickend. „Wir wollten einfach etwas machen.“

› „Schülerinnen in Frankfurt (Oder)“, hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., September 2008, www.jugendopposition.de/index.php?id=2891

149



150



149/ Helke Sander in der autobiografisch geprägten Rolle der Protagonistin Emma, einer freiberuflichen, alleinerziehenden Berliner Pressefotografin, in dem von ihr 1977 selbst gedrehten Film „Die allseitig reduzierte Persönlichkeit“.

150/ Mitglieder des „Aktionsrates zur Emanzipation der Frau“ des SDS stürmen am 12. Oktober 1968 während einer SPD-Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche zum 50. Jahrestag des Frauenwahlrechts mit Transparenten das Rednerpodium. Foto: Manfred Rehm

151/ Erika Runge, 1971.
Foto: Brigitte Friedrich

Beginn der neuen Frauenbewegung

Auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1968 in Frankfurt war die Filmemacherin Helke Sander, die den Berliner „Aktionsrat der Frauen“ Anfang des Jahres mitgegründet hatte, die einzige Frau, die eine Rede halten durfte. Noch Studentin an der Deutschen Film- und Fernsehakademie und Mutter eines neunjährigen Sohnes, kannte sie die Herausforderungen, die eine studierende alleinerziehende Mutter, die bereits eigene Filme produziert hatte, bewältigen musste. Bei der schwierigen Aufgabe, berufliches Engagement und die Verantwortung für das private Leben in Einklang zu bringen, versagten die Männer aus der linken Bewegung wie alle anderen, weil „man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt.“ Ihre scharfe Kritik am Machismo

des SDS war mit der Vorstellung eines emanzipatorischen Projekts, der ersten vor wenigen Monaten entstandenen Kinderläden verbunden: „Wir wollen versuchen, schon innerhalb der bestehenden Gesellschaft Modelle einer utopischen Gesellschaft zu entwickeln. In dieser Gegengesellschaft müssen aber unsere eigenen Bedürfnisse endlich einen Platz finden. So ist die Konzentration auf die Erziehung nicht ein Alibi für die verdrängte eigene Emanzipation, sondern die Voraussetzung dafür, die eigenen Konflikte produktiv zu lösen.“ Helke Sander endete mit der Forderung, die tabuierte Frauenfrage im SDS endlich ernst zu nehmen: „Genossen, wenn ihr zu dieser Diskussion [...] nicht bereit seid, dann müssen wir allerdings feststellen, dass der SDS nichts weiter ist als ein aufgeblasener konterrevolutionärer Hefeteig. Die Genossinnen werden dann die Konsequenzen zu ziehen wissen.“ (http://hdg.de/lemo/html/dokumente/KontinuitaetUndWandel_redeSanderZurNeuenFrauenbewegung/index.html) Als sie bei den Männern nur auf demonstrative Gleichgültigkeit stieß, landete die Studentin Sigrid Rüter mit einem fulminanten Tomatenwurf einen Volltreffer, der den Cheftheoretiker Hans-Jürgen Krahl erreichte. Doch auch diese schlagfertige Botschaft blieb folgenlos. Die Konferenz wurde vertagt, und im November spitzte sich die Konfrontation weiter zu. Der Frankfurter Weiberrat verteilte ein Flugblatt mit der drastischen Forderung „Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen!“ Die notorische Ignoranz der linken Befreiungstheoretiker bewirkte, dass die Frauen nun in eigener Initiative handelten. Und sie sollten rasch unter ihren Geschlechtsgenossinnen Verbündete finden.

Während Helke Sander ihr feministisches Konzept aus dem eigenen sozialen Erfahrungsbereich entwickelte, nahmen Schriftstellerinnen wie Erika Runge die Lebenssituation jener Frauen in den Blick, von denen man bisher geglaubt hatte, dass sie nicht für sich selbst sprechen könnten.

Die Anfänge der Frauenbewegung

Auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre, im Januar 1968, bildete eine Handvoll Frauen aus dem Umfeld des SDS einen Arbeitskreis, zu dem Männer nicht zugelassen waren. In einem Flugblatt riefen sie Frauen dazu auf, gemeinsam nach einer Lösung für das Problem der Kinderbetreuung zu suchen, damit auch Frauen mit Kindern aktiv an politischen Aktionen teilnehmen könnten. Eine der ersten Aktivitäten dieser Gruppe bestand darin, einen improvisierten Kindergarten für die Dauer des großen Vietnam-Kongresses im Februar 1968 einzurichten. Aus dieser Initiative entstand einerseits die Kinderladen-Bewegung, andererseits eine Emanzipationsgruppe, die sich im Mai '68 den Namen „Aktionsrat zur Befreiung der Frauen“ gab.

Beteiligt waren damals rund 40 Frauen – Hausfrauen, Studentinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern [...] Wie im Weiberrat in Frankfurt, der 1968 nach den berühmt gewordenen Tomaten auf die SDS-Großkopfeten entstand, war auch im Aktionsrat die Wut vieler Frauen auf die Genossen groß, die jahrelang die Zuarbeit und Hilfsdienste ihrer Freundinnen und Frauen in Anspruch genommen hatten, während sie selbst auf den Podien der Diskussionsveranstaltungen und an der Spitze der Demonstrationen im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen. Für einen Teil der Frauen im Aktionsrat mußte der erste Schritt aus dieser Unterordnung die aggressive Abrechnung mit den „Chauvis“ unter den Genossen sein [...]

Im Herbst 1969 spaltete sich der Aktionsrat zur Befreiung der Frauen. Einige Genossinnen, zu denen ich auch gehörte, legten ein Flugblatt vor, in dem sie die Arbeitsweise, das politische Selbstverständnis und die Theorielosigkeit des Aktionsrates scharf kritisierten. [...]

Damals ging uns die larmoyante Haltung auf die Nerven, die viele Frauen ihrer doch in mancher Hinsicht privilegierten Situation gegenüber einnahmen, und auch die Bequemlichkeit, die viele dazu verführte, auch ohne zwingende Gründe auf Erwerbstätigkeit zur Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes zu verzichten. Etwas geringschätzig nannten wir es bloßen Vorwand, „anderthalb Kinder“ betreuen zu müssen. Schließlich hatten wir selber Kinder, die wir oft genug (und mit schlechtem Gewissen!) im Stich lassen mußten. Unser unbedingtes Eintreten für die Berufstätigkeit aller Frauen in jedem Lebensabschnitt war eine der Streitfragen, die uns noch auf Jahre in der Frauenbewegung isolieren sollten.

Barbara Herkommer, in: Becker (Hrsg.) 1987, S. 163–165.

Neue Wahrnehmung der Wirklichkeit in Film und Literatur: Erika Runge

151



Erika Runge, geboren 1939 in Halle, hatte schon als Kind den Wunsch Filme zu machen – zum Entsetzen ihrer Familie. So begann sie nach Schulabschluss der Ordnung halber ein Lehrstudium und fing nebenbei mit einfachen Filmdokumentationen über die Ostermärsche und andere politische Aktionen, an denen sie beteiligt war, an. 1962 schon wurde sie in Germanistik promoviert und begann als freie Mitarbeiterin fürs Bayerische Fernsehen zu arbeiten. In den folgenden Jahren wurden erste kleine Fernsehdokumentationen [...], in denen sie im Montageverfahren authentische Äußerungen der Betroffenen zu neuen inhaltlichen Komplexen zusammenfügte. Dieses Verfahren verwendete sie auch als Schriftstellerin. Ihr erster und gleich sensationeller Erfolg waren die „Bottroper Protokolle“, die 1968 veröffentlicht wurden und am Anfang des von Erika Runge mitbegründeten „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ stehen. Eins der „Bottroper Protokolle“ wurde im selben Jahr auch die Grundlage für Erika Runges Film „Warum ist Frau B. glücklich?“, in dem sie, wie sie selber sagt, versuchte „am Beispiel von 40 Jahren im Leben einer Bergmannswitwe gesellschaftliche Strukturen deutlich zu machen“. Bemerkenswert ist, daß Erika Runge, ganz im Gegensatz zu den anderen Vertretern der „68er-Generation“ im Film und in der Literatur, eine Arbeiterfrau als Beispiel wählte – damals wurde die Arbeiterklasse in künstlerischen Darstellungen als rein männlich assoziiert. „Warum ist Frau B. glücklich?“ wurde mehrfach ausgezeichnet, Erika Runge wurde fast über Nacht berühmt und als Jurymitglied und als Diskussionsleiterin umworben. 1969 griff sie das Thema Frauen erneut auf: in dem Film „Frauen an der Spitze? Auf dem Wege zur Emanzipation“ und in ihrem Protokollband „Frauen. Versuche zur Emanzipation“.

Baerbel Becker (Hrsg.): Berlin 1987, S. 82

4

Aufbruch 1970 bis 1989

Neue Frauenpolitik

Seite 263

Politik im Wandel

Seite 241



Frauenpower

Seite 254



Neue soziale Bewegungen

Seite 248



Frauen machen Politik

Seite 251



Feminismus

Seite 260

Kinderbetreuung

___ Seite 286



Arbeit und Beruf

___ Seite 278



Frauenbilder in der Mode

___ Seite 296



Frauen im Film

___ Seite 303



Milieus

___ Seite 288



Lebenswelten in der Fotografie

___ Seite 310



Emanzipation im „realen Sozialismus“

___ Seite 266



Die Übergangsgesellschaft

___ Seite 320



- 1/ Bonn 1972. Mildred Scheel und Rut Brandt am Abend der Bundestagswahl, nachdem sie vom Sieg der sozialliberalen Koalition erfahren haben, der vor allem als eine Bestätigung des Kurswechsels in der Deutschland- und Ostpolitik gelten kann. Foto: Robert Lebeck
- 2/ Der Bundeskanzler zeigt sich am Fenster des Hotels, als ihn die Menschen mit Rufen „Willy Brandt ans Fenster“ feiern. Er blickt verhalten auf eine begeisterte Menge, um nicht Irritationen und Ängste vor gesamtdeutschen Erwartungen bei der DDR-Führung zu wecken.
- 3/ Applaus für Willy Brandt: Nach dem ersten Treffen mit DDR-Ministerpräsident Willi Stoph am 19. März 1970 in Erfurt applaudieren begeisterte Menschen dem westdeutschen Regierungschef. Foto: Hanns Hubmann

**Die BUs sind sehr lang.
Wenn möglich bitte kürzen!**



1

Politik im Wandel

Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 markiert in der Geschichte der Bundesrepublik eine wichtige Zäsur. Nach 20 Jahren, in denen die CDU die deutsche Politik maßgeblich bestimmt hat, erfolgt mit der Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition ein weitreichender politischer Richtungswechsel. Das betrifft die Deutschlandpolitik, aber auch die Neuausrichtung der Gesellschaftspolitik. Die De-facto-Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR öffnet den Weg zu deutsch-deutschen Regierungsverhandlungen, die mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages 1972 die Kontakte zwischen den Menschen in Deutschland wesentlich erweitern, auch wenn die neuen Reisesmöglichkeiten weitgehend nur für die bundesdeutsche Bevölkerung wirksam werden. Gesellschaftspolitisch wird die Neuorientierung der Politik in der Regierungserklärung von Willy Brandt durch die Leitmotive „Mehr Demokratie wagen“ und „Gleichheit der Lebenschancen“ bestimmt. Es kann allerdings kaum als ein Gleichstellungssignal verstanden werden, dass in die 1969 neu gebildete Bundesregierung weiterhin nur eine Frau, Käthe Strobel, berufen wird, die bereits in der Vorgängerregierung als Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit dem Kabinett angehört hat.

Dass die politische Aufbruchstimmung im Westen auch die Menschen im Osten Deutschlands mit neuen Hoffnungen erfüllt, zeigt das Treffen der beiden Regierungschefs Willy Brandt und Willi Stoph, die sich zuerst am 19. März 1970 in Erfurt begegnen.

Entwicklung in der DDR

Im Mai 1971 bahnt sich auch in der DDR eine neue Entwicklung an, als der SED-Generalsekretär Walter Ulbricht nach einem Vierteljahrhundert zum Rücktritt gedrängt wird und Erich Honecker sein Amt übernimmt. Bereits im folgenden Monat werden auf dem VIII. Parteitag der SED die Konturen eines Politikwandels erkennbar, die Honecker ab 1975 in die Formel „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ fasst. Damit verabschiedet sich die DDR von der Erwartung „außerplanmäßiger Wunder“, wie Honecker Ulbrichts gescheiterten Wirtschaftskurs ironisch kommen-



2



3

tiert, und setzt nun in erster Linie auf die Verheißungen eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates. Im Vordergrund steht dabei nicht der individuelle Konsum, sondern der Ausbau von Sozialleistungen.

In einer Phase deutsch-deutscher Annäherung nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages 1972 vollzieht sich in der DDR zunächst ein Prozess kontrollierter Öffnung nach innen, der mit den Weltfestspielen der Jugend und Studenten, die vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Ost-Berlin stattfinden, einen Höhepunkt erreicht.

Rund acht Millionen junge Menschen trafen sich in der Hauptstadt der DDR in einer entspannten Atmosphäre. Es schien, als ob sich vier Jahre nach dem amerikanischen Original ein „Rotes Woodstock“ (Andreas Ruhl) ereignen würde. In den neun Veranstaltungstagen kamen die begeisterten ostdeutschen Besucher mit 25 600 Gästen aus 140 Staaten zusammen. Auf 95 Bühnen gab es im „Summer of Love“ Beat- und Rockmusik und einen weithin ungehinderten Gedankenaustausch. Doch auch eine Großdemonstration durfte bei

diesem „Sommernachtstraum“ nicht fehlen, bei dem die Staatssicherheit mit Argusaugen im Hintergrund blieb.

Bereits im Monat nach dem Abschluss der Weltfestspiele wurden beide deutsche Staaten mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen und der Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) auch gleichermaßen Akteure der Weltpolitik. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 durch Helmut Schmidt und Erich Honecker erhöhte für die DDR-Führung den Druck auf ihre Abgrenzungspolitik. In allen Tageszeitungen der DDR konnte man nun auch die Präambel aus dem „Korb 3“ der Schlussakte lesen: „Die Teilnehmerstaaten [...] setzen sich zum Ziel, freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern und zur Lösung der humanitären Probleme beizutragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben.“

Zu diesem Zeitpunkt wurden rund acht Millionen Besuche aus dem Bundesgebiet und West-Berlin in der DDR und

4

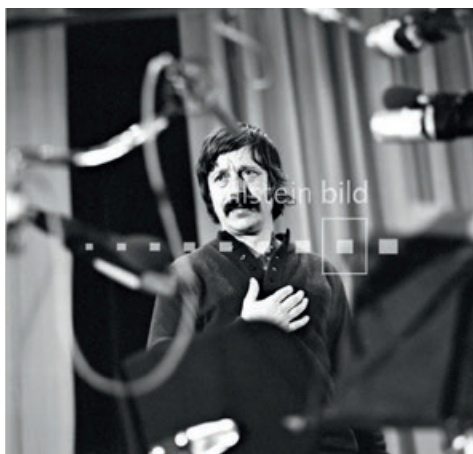


5



6

7



Ost-Berlin registriert. Dagegen blieben den Menschen aus der DDR, sofern sie nicht das Rentenalter erreicht hatten, Westbesuche weiterhin weitestgehend versagt.

Ab 1973 konnten Korrespondenten aus der Bundesrepublik in der DDR arbeiten und der propagandistischen Selbstdarstellung der DDR-Medien ein kontrastierendes Bild entgegensetzen. Die Bundesrepublik war der DDR damit auf eine neue Weise näher gerückt. Allerdings scheute sich die DDR nicht, einige Korrespondenten, die über heikle Themen berichtet hatten, auszuweisen. Der „Spiegel“-Korrespondent Jörg Mettke hatte über Zwangsadoptionen berichtet und der ARD-Korrespondent Lothar Löwe hatte sich in scharfen Worten gegen den Schießbefehl gewendet.

Die Hoffnungen auf eine Liberalisierung waren spätestens seit November 1976 weitgehend zerstört, als der Liedermacher Wolf Biermann nach einem Konzert in Köln zwangsausgebürgert wurde. Dagegen protestierten zwölf prominente Schriftsteller in einem offenen Brief, dem sich zahlreiche Kulturschaffende anschließen sollten. Das von der SED viel beschworene „Bündnis zwischen Geist und Macht“ war zerbrochen und auch viele Jugendliche, die den Liedermacher besonders schätzten, waren desillusioniert. Die Krisensymptome des

Staatssozialismus hatten sich schon fünf Jahre nach Honeckers Machtantritt zuge-spitzt.

Weil die SED-Führung die Risiken einer Öffnungspolitik fürchtete, versuchte sie statt dessen, sich als sozialistischer Wohlfahrtsstaat zu profilieren. Im Oktober 1973 wurde die „Lösung der Wohnungsfrage“ zum „Kern eines sozialpolitischen Programms“ erklärt. Bis 1990 sollten 1,7 Millionen Wohnungen neu gebaut und eine Million modernisiert werden. „Von den ursprünglich in Aussicht gestellten Wohnungen wurden zwischen 1975 und 1989 schließlich lediglich 60 % neu gebaut oder modernisiert.“ (Steiner 2007, S. 209)

Ihren IX. Parteitag inszenierte die SED im Mai 1976 in dem gerade fertiggestellten neuen „Palast der Republik“ auf dem ehemaligen Berliner Schlossplatz, der als Marx-Engels-Platz für die Massenaufmärsche vorgesehen war. Dem Optimismus der Parteipropaganda setzte die skeptische Bevölkerung das Motto „Alles wird gut, und nichts wird besser“ entgegen, und nach dem Parteitag kommentierte der Volksmund sarkastisch: „Wir versprechen nichts, und das werden wir halten.“ Als Reaktion auf diese negative Stimmung folgten eine Woche nach dem Parteitag einige Entscheidungen, die in erster Linie berufstätige Mütter begünstigten: Einführung der 40-Stunden-



8

4/Parteitag der SED, 15. bis 19. Juni 1971.
Foto: Friedrich Gahlbeck

5/Auf der Tribüne der Großdemonstration am 4. August „Die Jugend der DDR grüßt die Jugend der Welt“ zeigt sich Margot Honecker zusammen mit der amerikanischen Bürgerrechtlerin Angela Davis und der sowjetischen Kosmonautin Valentina Tereschkowa.
Foto: Klaus Franke

6/Tanz auf dem Alexanderplatz,
29. Juli 1973. Foto: dpa

7/Wolf Biermann bei seinem auf Einladung der IG Metall veranstalteten Konzert in der Kölner Sporthalle, 13. November 1976.

8/Eine Hoffnung als Illusion:
Plakat zum IX. Parteitag der SED, 1976



9/ Eine junge Familie auf dem
Balkon ihrer Neubauwohnung,
Greifswald 1979,
Foto: Edelgard Rehboldt



Arbeitswoche für Mütter mit zwei Kindern, Verlängerung des Schwangerschaftsurlaubs auf 26 Wochen, ein bezahltes Babyjahr vom zweiten Kind an.

Mitte der 1970er Jahre geriet die DDR in eine „Verschuldungsfalle“ (André Steiner). Das hing vor allem damit zusammen, dass sie an niedrigen Mieten und stabilen Preisen festhielt, so dass die Subventionen dramatisch stiegen. Die in der DDR als „zweite Lohntüte“ bezeichneten Sozialleistungen waren durch das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft nicht zu finanzieren. Vorschläge für Preiserhöhungen, die von den führenden SED-Wirtschaftsfunktionären Günter Mittag und Gerhard Schürer lanciert wurden, kommentierte Erich Honecker im Sommer 1979 mit strikter Ablehnung: „Die Leute brauchen billiges Brot, eine trockene Wohnung und Arbeit. Wenn diese drei Dinge stimmen, kann dem Sozialismus nichts passieren“ (· zit. n. Steiner 2007, S. 190).

Das war eine eklatante Fehlwahrnehmung. Denn im Vergleich mit der bundesdeutschen Bezugsgesellschaft waren die Ostdeutschen unzufrieden über ein unzureichendes Warenangebot, nicht zuletzt über die riesigen Wartezeiten für einen PKW, und über die verdeckten Preiserhöhungen in den Exquisit- und Delikatläden. Seit 1962 bestanden die Intershops, in denen gegen Devisen Westprodukte verkauft wurden. Weil seit 1974 auch DDR-Bürgern offiziell der Besitz von Westwährung gestattet war, durften sie nun auch selbst dort einkaufen. Immer mehr wurde die DM zur Zweitwährung der DDR.

Die neue christlich-liberale Bundesregierung, die nach einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt seit dem 1. Oktober 1982 unter Helmut Kohl und dem vormaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Deutschland- und Ostpolitik ihrer sozial-liberalen Vorgängerregierungen weitgehend fortsetzte, half der DDR mit Milliardenkrediten aus der Schuldenkrise der 1980er Jahre. Beide deutsche Staaten stimmten im Hinblick auf die drohende Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen in der Überzeugung überein, „daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen“ dürfe. Die Sowjetunion blockierte vor diesem Hintergrund zeitweilig Honeckers Reisepläne in die Bundesrepublik, so dass er seinen schon länger geplanten Staatsbesuch, den er als einen Höhepunkt seiner politischen Karriere empfunden hat, erst im Herbst 1987 realisieren konnte. Doch ökonomisch stand die DDR zu diesem Zeitpunkt unter großem Druck. „Die Lebenslage der Bevölkerung verschlechterte sich durch die immer größer werdenden Lücken in der Versorgung. Neue und zunehmende Ansprüche der nachwachsenden Generationen konnten nicht mehr befriedigt werden. Die Bindekraft des Tauschhandels politische Ruhe gegen Wohlstandsversprechen ließ nach, die Zahl von DDR-Bürgern, die mit Ausreisearträgen das Land verlassen wollten, stieg, und eine Vielzahl politischer Oppositions- und Umweltgruppen, meist unter dem Dach der Kirche gegründet, entstand.“ (· Steiner 2007, S. 197)

Entwicklung in der Bundesrepublik

Die bundesdeutsche Entwicklung war bis in die Jahre der Kanzlerschaft Willy Brandts durch ein lang anhaltendes „Wirtschaftswunder“ begünstigt, das vor allem durch die Hochkonjunktur der 1950er Jahre hervorgerufen war. Auch wenn es 1966/67 eine kurze Rezession gegeben hatte, war erst mit dem Ölpreisschock von 1973 ein „Ende der Nachkriegszeit“ (Wehler 2009, S. 60) erreicht. Das Großkartell der erdölproduzierenden Länder trieb den Ölpreis bis 1979 auf das Fünfeinfache an. Zwischen dem 25. November und dem 16. Dezember 1973 hatten vier „autofreie Sonntage“ das Risiko dieser neuen weltwirtschaftlichen Situation signalisiert.

Auch durch eine hohe Inflationsrate (7 %) bedingt, waren 1973 die Löhne durchschnittlich nominal um 13,5 Prozent gestiegen (Görtemaker 2003, S. 263). Es zeichnete sich eine „Stagflation“ ab: Das Wachstum stagnierte, die Arbeitslosigkeit stieg deutlich an, der Preisauftrieb beschleunigte sich. Von der zunehmenden Arbeitslosigkeit waren Frauen besonders stark betroffen, da sie häufig in den Billiglohnbranchen beschäftigt waren, die in zunehmendem Maße, wie etwa die Textilindustrie, in Billiglohnländer verlagert wurden. Während die Arbeitslosenquote von Frauen und Männern 1960 lediglich jeweils 1,3 Prozent ausgemacht hatte, stieg die Frauenarbeitslosigkeit 1976 auf 5,8 Prozent (Männer: 3,9 %) und übertraf Mitte der 1980er Jahre die Zehnprozentmarke (vgl. Friederike Maier, in: Helwig/Nickel [Hrsg.] 1993, S. 259).

Die innenpolitische Herausforderung der 1970er Jahre war der Terrorismus der „Rote Armee Fraktion“ (RAF). Nachdem

10



die Protestbewegung der Achtundsechziger ihre politischen Ziele einer anti-kapitalistischen „Basisdemokratisierung“ verfehlt hatte, radikalisierte sich eine militante Splittergruppierung, die nach dem Vorbild der Stadtguerilla in Lateinamerika agierte. Ausgangspunkt war am 14. Mai 1970 die von Ulrike Meinhof initiierte und mit ihrer Beteiligung realisierte gewaltsame Befreiung von Andreas Baader, es folgten zahlreiche Banküberfälle und Mordanschläge gegen Personen, von denen zunächst deutsche Polizisten und Angehörige der US-Army betroffen waren, bis sich die Attentate gezielt gegen prominente deutsche Persönlichkeiten wie den Generalbundesanwalt Buback richteten. Von Oktober 1971 an hatte die RAF bis 1979 insgesamt 24 Morde zu verantworten. Im Juni 1972 wurden die Hauptakteure der ersten Generation (Baader, Ensslin, Meinhof, Raspe, Meins) verhaftet, nach drei Jahren angeklagt und im April 1977 nach 192 Verhandlungstagen im Stammheimer Prozess unter anderem wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt.

Ein menschenverachtender irregeleiteter abstrakter Idealismus hatte zur Kriegserklärung an eine demokratische Gesellschaft geführt, die nur noch als Unterdrückungssystem wahrgenommen wurde. Dass dabei auch Frauen bis in die Führungsebene eine wichtige Rolle spielten, erscheint bis heute erklärungsbedürftig, zumal Personen wie Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin ihren männlichen Mitstreitern intellektuell deutlich überlegen waren.

Die „zweite Generation“ der RAF versuchte durch Entführungen und Geiselnahmen, die Inhaftierten freizupressen. Als sich die Bundesregierung im „Deutschen Herbst“ nach der Entführung von Hanns-Martin Schleyer am 5. September 1977 weigerte, die ultimative Forderung nach Freilassung der Stammheimer RAF-Mitglieder zu erfüllen, zeichnete sich mit dieser durch die Staatsräson gebotenen, im politischen Konsens getroffenen Entscheidung das Ende des RAF-Terroris-

mus mit dem Selbstmord von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe am 18. Oktober 1977 ab, nachdem Ulrike Meinhof bereits im Mai 1976 in ihrer Zelle erhängt aufgefunden worden war.

Unter wachsendem Fahndungsdruck kontaktierte das RAF-Mitglied Inge Viett 1980 das DDR-Ministerium für Staatssicherheit. Bis 1982 übersiedelten insgesamt zehn Personen, darunter fünf Frauen, in die DDR, wo sie eine neue Identität erhielten und in verschiedenen Städten als Buchdruckerin, Fotografin, Arzt, Maschinist lebten und arbeiteten. Sie konnten erst nach dem Ende der SED-Diktatur enttarnt und in der Bundesrepublik vor Gericht gestellt und verurteilt werden.

Die „dritte Generation“ der RAF, später auf etwa 20 Mitglieder geschätzt, blieb bis 1985 in Reaktion auf den hohen Fahndungsdruck weitgehend inaktiv. Zwischen 1985 und 1993 ist sie erneut für insgesamt zehn Morde verantwortlich. Zu den Opfern zählten zuletzt Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, am 30. November 1989 und

10/ Autofreier Sonntag 1973.

11/ Fahndungsplakat 1970/72



12



14



12/ Bonner Hofgarten, 22. Oktober 1983.
Foto: Max Malsch

13/ Gorleben, 1980. Foto: Günter Zint

14/ Bonner Hofgarten, 22. Oktober 1983.
Foto: Max Malsch

Detlev Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt, am 1. April 1991. Erst sieben Jahre später, am 20. April 1998, hat die RAF in einem Schreiben an die Nachrichtenagentur Reuters ihre Selbstauflösung deklariert.

In der RAF waren Frauen in einem außergewöhnlichen Umfang auch als aktive Kämpferinnen und an Mordtaten beteiligt. Das gilt ebenso für die erste Generation wie auch für die Zeit bis zum Ende der 1970er Jahre. Das Bundeskriminalamt 1977 und der Verfassungsschutzbericht 1979 zählen zwischen 60 Prozent und zwei Drittel Frauen zum Kern der RAF. Dieser Befund lässt sich kaum nur biografisch oder durch psychische Abhängigkeit erklären, sondern steht auch im Zusammenhang mit der radikalen Abkehr der zum Terror bereiten Frauen von traditionellen Rollenbildern und mit dem fehlgeleiteten idealistischen Anspruch, das Unrecht in der Welt voluntaristisch mit gewaltsamen Mitteln beseitigen zu können.

Neue Soziale Bewegungen

Der Alptraum des Terrors, der die Bundesrepublik vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bedrängte, steht in einem fundamentalen Kontrast zur Entstehung der Neuen Sozialen Bewegungen, die als manifester Impuls für den Wertewandel in der bundesdeutschen Gesellschaft wirksam geworden sind. Obwohl die Teilnahme an Aktivitäten der Neuen Sozialen Bewegungen häufig situationsgebunden ist und diese keine bindenden Organisationsstrukturen aufweisen, ist deutlich zu erkennen, dass sich Frauen hier wesentlich stärker beteiligt haben als in den etablierten Parteien. Die Neuen Sozialen Bewegungen haben daher nicht zuletzt durch ihre Bindung an das Prinzip der Gewaltfreiheit vor allem ein feminines Gesicht.

Die zukunftskeitskeptische Diagnose des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“ (1972), die dem Ölpreisschock

unmittelbar vorausging, hatte die energiepolitische Entscheidung für einen forcierten Ausbau von Atomkraftwerken (AKW) zur Folge. Während sich die frühe Anti-Atom-Bewegung mit der Parole „Kampf dem Atomtod“ seit Mitte der 1950er Jahre gegen Atomwaffen gerichtet hatte, rückt von Mitte der 1970er Jahre an der Protest gegen den Bau neuer AKW in den Vordergrund. Die Risiken der Kernenergie werden durch erste gravierende Störfälle deutlich, zeigen sich aber vor allem im Problem der Endlagerung und sind seit den späten 1970er Jahren auf das Atommülllager Gorleben fokussiert. Es entsteht eine grüne Bewegung, die in Hannover und Bonn jeweils etwa 100 000 Menschen im Anti-Atom-Protest vereint. Ebenso viele protestieren Ende Februar 1981 gegen den Bau des KKW Brokdorf. Das Prinzip des „gewaltfreien Widerstands“, das später Sitzblockaden einschließt, wird auch gegen massierte Polizeieinsätze aufrechterhalten.

Im Januar 1980 konstituieren sich „Die Grünen“ als Bundespartei, sie sind aus der grünen Umweltbewegung hervorgegangen. Obwohl sich in der Gründungsperiode Akteure linksradikaler Splittergruppen ebenso wie konservative Umweltschützer nicht spannungsfrei in dem neuen Organisationsverbund zusammenfinden, gelingt es Petra Kelly, die zunächst als eine von drei Parteiprechern gewählt wurde, das Gesicht der Grünen, die sie als „Anti-Parteien-Partei“ versteht, zu prägen. Mit ihrem Wahlerfolg im März 1983 werden die Grünen in einem konfliktreichen Prozess zunehmend zu einer Parlamentspartei. Gemeinsam mit Petra Kelly und Marieluise Beck-Oberdorf war Otto Schily bis 1984 im „Sprecherrat“ einer von drei Fraktionsvorsitzenden.

Wie mit der Umweltbewegung waren die Grünen auch mit der Friedensbewegung eng verbunden. Die Friedensbewegung, deren Ursprünge ebenfalls bereits in die 1950er Jahre zurückreichen, erlebt zu Beginn der 1980er Jahre einen neuen Aufschwung. Auf die sowjetische Hochrüstung ab 1977 reagierte Bundeskanzler Helmut Schmidt 1979 mit der in seiner eigenen Partei höchst umstrittenen Forderung nach einer westlichen Nachrüstung, um das prekäre militärische Gleichgewicht zu sichern. Die Bedrohung durch atomare Mittelstreckenraketen als Folge einer neuen Phase des Wettrüstens mobilisiert vor allem in Deutschland viele Menschen, weil an der Grenze zwischen den beiden Militärblöcken die Gefahr besonders deutlich empfunden wird. Der Höhepunkt des Protests wird am 22. Oktober 1983 erreicht. An diesem Tag sind weit mehr als eine Million Menschen in Bonn, Hamburg und weiteren Städten an Demonstrationen beteiligt, zwischen Stuttgart und Neu-Ulm wird eine mehr als 100 Kilometer lange Menschenkette gebildet. In Bonn strömt etwa eine halbe Million Menschen dem Hofgarten entgegen.

15/ 220 000 Demonstrierende, darunter auch zwei Diakonissen, bilden eine 108 km lange Menschenkette zwischen Duisburg-Rheinhausen und Hasselbach, um gegen die Nachrüstung zu protestieren. Düsseldorf-Kaiserswerth, 11. Oktober 1984. Foto: Beate Knappe

16/ Frauendemonstration in Hamburg, 80er Jahre. Foto: Günter Zint



15



16

17



18



17/Stand der „Frauen für den Frieden“ auf der Friedenswerkstatt in der Berliner Erlöserkirche, 3. Juli 1983.
Foto: Karin Teichert

18/Am 31. Oktober 1983 empfängt Erich Honecker die unbequemen Bundestagsabgeordneten der Grünen. Auf dem Foto (v.l.n.r.): Antje Vollmer, Gustine Johannsen, Lukas Beckmann, Erich Honecker (SED), Dirk Schneider, Otto Schily, Petra Kelly, Gerd Bastian.

Zu den 25 Rednern zählt neben Petra Kelly und Heinrich Böll auch Willy Brandt, der sich dezidiert gegen die Nachrüstung wendet, damit als SPD-Vorsitzender gleichwohl auf Skepsis stößt.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik wird in der DDR sowohl in der Propaganda wie auch subversiv unterstützt, weil sie sich gegen die westliche Nachrüstung richtet. Doch bleibt die SED auf einem Auge blind, weil sie die sowjetische Rüstungsinitiative zur Stationierung von SS 20-Raketen als friedenssichernde Maßnahme rechtfertigt und mit der Einführung der „sozialistischen Wehrerziehung“ bereits 1978 der Militarisierung der Gesellschaft Vorschub geleistet hat. Ausgehend von verschiedenen Friedensinitiativen aus dem Raum der evangelischen Kirche formiert sich in der DDR eine unabhängige Friedensbewegung, die sich gegen die offizielle Politik wendet und ihr Symbol in der alttestamentarischen Forderung „Schwerter statt Pflugscharen“ findet, das auch die Bronzeskulptur eines sowjetischen Künstlers im Garten des Hauptgebäudes der Vereinten Nationen in New York seit Dezember 1959 symbolisiert. Argwöhnisch observiert und mit Repressalien bedroht, erfährt die DDR-Friedensbewegung Unterstützung von den westdeutschen Grünen. 1982 verabschiedete die Volkskammer ein neues Wehrdienstgesetz, das auch Frauen bei einer Mobilmachung in den Militärdienst einbezogen hätte. Im Oktober 1982 entstand in Ost-Berlin die Gruppe „Frauen für den Frieden“, zu der u. a. Bärbel Bohley, Katja Havemann, Ulrike Poppe und Karin Teichert gehören. In einem offenen Brief an Erich Honecker protestieren sie gegen diese verhängnisvolle Entwicklung und lösen damit auch in anderen Städten der DDR ähnliche Initiativen aus.

Erste Kontakte von Mitgliedern der Grünen zu Friedensinitiativen in der DDR waren schon 1980 entstanden. Großes Aufsehen erregte ein Besuch von Grünen, darunter Petra Kelly und Gert Bastian, am 12. Mai 1983, als sie sich in Ost-Berlin mit DDR-Friedensaktivisten auf dem Alexanderplatz trafen. Als sie ein Plakat „Schwerter zu Pflugscharen“ zeigten, griffen Sicherheitskräfte ein und nahmen sie kurzzeitig fest. Erich Honecker versuchte ein knappes halbes Jahr später, diese Blamage zu kompensieren, indem er eine Gruppe aus der Bundestagsfraktion der Grünen empfing. Die Grünen ließen sich durch diese Geste allerdings nicht korrumpieren, protestierten gegen die Inhaftierung von Repräsentanten der ostdeutschen Friedensbewegung und unterstützten auch in den folgenden Jahren als einzige bundesdeutsche Partei die Oppositionellen in der DDR. Es entbehrt nicht der Ironie, dass Petra Kelly bei ihrem Besuch im Staatsratsgebäude ein Shirt mit dem Friedenssymbol „Schwerter statt Pflugscharen“ trug, das die SED zum politischen Tabu erklärt hatte.

Frauen in der Politik – eine Spurensuche

Dass der Fortschritt in der bundesdeutschen Gleichstellungspolitik eine Schnecke ist, lässt sich an der Beteiligung von Frauen als Ministerinnen einer Bundesregierung eklatant ablesen. Nachdem Elisabeth Schwarzhaupt als erste Frau 1961 gegen den hinhaltenden Widerstand Konrad Adenauers das als unbedeutend geltende Gesundheitsministerium übernehmen konnte, blieben Frauen in allen folgenden Bundesregierungen bis 1976 auf das als typisch weiblich geltende Ressort Familie-Jugend-Gesundheit beschränkt. Erst im zweiten Kabinett von Helmut Schmidt rückte mit Marie Schlei 1976 eine zweite Frau zusätzlich in das vergleichsweise nachrangige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nach. Bis 1985 blieb es auch unter Helmut Kohl bei einer Frau im Ministeramt. Erst als Heiner Geißler nach seinem

Wechsel auf den Posten des CDU-Generalsekretärs sein Amt als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit verlässt, wird Rita Süßmuth als seine Nachfolgerin das zweite Kabinettsmitglied neben Dorothee Willms, die als Ministerin für Bildung und Wissenschaft amtiert.

Die exponierte politische Funktion der Bundestagspräsidentin, die protokollarisch direkt nach dem Bundespräsidenten eingestuft ist, konnte nach dem Wahlsieg der SPD Annemarie Renger bereits 1972 als erste Frau erstreiten, für das sie ihre Partei schließlich nach einigem Zögern nominiert hatte.

Annemarie Renger (1919–2008) stammte aus einer sozialdemokratischen Familie und absolvierte eine Ausbildung zur Verlagskauffrau. Nach Kriegsende wurde sie Sekretärin des als Folge langjähriger KZ-Gefangenschaft schwerkranken SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, dem sie auch als Lebenspartnerin eine unentbehrliche Stütze sein sollte. Erst nach seinem Tod beginnt ihre eigene politische Karriere.

Ab 1953 gehörte sie dem Bundestag an, rückte 1961 in den Parteivorstand auf, wurde 1969 parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion und 1970 Mitglied im Parteipräsidium. Sie wurde dem konservativen Flügel ihrer Partei zugerechnet, doch engagierte sie sich konsequent und temperamentvoll in frauenpolitischen Fragen. Nachdem sie 1976 das Amt der Bundestagspräsidentin 1976 an Karl Carstens abtreten musste, blieb sie bis 1990 Vizepräsidentin des Parlaments. 1979 hatte sie bei der Wahl des Bundespräsidenten erfolglos gegen Karl Carstens kandidiert. Sie wurde als „Grande Dame“ der deutschen Sozialdemokratie wahrgenommen, diszipliniert und gleichzeitig modisch ambitioniert. Nachdem sie mit 88 Jahren verstorben war, würdigte sie Bundestagspräsident Norbert Lammert

19



20



19/ Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, gestützt auf seine Partnerin Annemarie Renger, Bonn 1951.

20/ Annemarie Renger während einer lebhaften Diskussion über die Reform des Abtreibungsparagraphen 218 am 5. Juni 1974 im Bundestag in Bonn.

mit den Worten: „Mit ihr haben wir eine bedeutende Parlamentarierin verloren, eine engagierte Demokratin, eine Abgeordnete mit Leib und Seele. Annemarie Renger war in der Geschichte des Deutschen Bundestages die erste Frau und Sozialdemokratin, die dieses Amt innehatte und sie übte es so gerne wie überzeugend aus – mit Bestimmtheit und Würde. Kennzeichnend war ihr gelegentlich energischer Durchsetzungswille, den alle Parlamentarier, über Fraktionsgrenzen hinweg, erleben durften.“ Und Gerhard Schröder erinnert sich an seine Abgeordnetenzeit als Jusso-Vorsitzender, als sie ihn vorsorglich vor der Bestätigung von Helmut Schmidt am 4. November 1980 ermahnt: „Genosse Schröder, wenn morgen die Wahl des Bundeskanzlers ist, bindest Du Dir aber eine Krawatte um, wie es sich gehört.“

In der FDP war Hildegard Hamm-Brücher die erste Frau, die sich in der Politikgeschichte der Bundesrepublik eindrucksvoll profiliert hat. Sie war von 1976 bis 1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt und kandidierte 1994 für das Bundespräsidentenamt. Sie stammt aus einer Juristenfamilie. Noch als Kind hatte sie, erst zehn Jahre alt, ihre Eltern verloren und lebte fortan mit vier

Geschwistern bei der jüdischen Großmutter in Dresden, die 1942 vor der bevorstehenden Deportation den Freitod wählen sollte. Hildegard Brücher konnte – von den NS-Rassegesetzen bedroht – nach dem Abitur, geschützt durch ihren Doktorvater, den Nobelpreisträger Heinrich Wieland, von 1939 an Chemie studieren und kurz vor Kriegsende promovieren. Als Wissenschaftsredakteurin war sie ab 1948 – angeregt durch Theodor Heuss – politisch in der FDP aktiv, zunächst im Münchner Stadtrat und seit 1950 im Bayerischen Landtag, bis sich für sie, in erster Linie auf Bildungsfragen spezialisiert, eine bundespolitische Karriere eröffnete. Nach Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition wurde sie 1969 zur Staatssekretärin im Bundesbildungsministerium berufen. 1976 erwarb sie erstmals ein Bundestagsmandat und blieb bis 1990 Parlamentsabgeordnete. Unter Außenminister Hans-Dietrich Genscher amtierte sie als Staatsministerin, zuständig für die Auswärtige Kulturpolitik.

Die linksliberale Politikerin wendete sich am 1. Oktober 1982 dezidiert gegen den durch ein konstruktives Misstrauensvotum herbeigeführten Koalitionswechsel der FDP, den sie als „einen Machtwechsel ohne Wählervotum“ bezeichnete. Sie er-

21



21 / Bundeskanzler Helmut Schmidt und seine Frau Lotti mit SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr nach der Wahl am 5. Oktober 1980. Foto: dpa.

22 / Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Gerhart Rudolf Baum auf dem 27. Bundesparteitag der F.D.P. Frankfurt am Main, 19. November 1976. Foto: Detlef Gräfinholt



22

warb sich über Parteigrenzen hinweg ihr Ansehen als unabhängige Persönlichkeit, die sich vor allem für eine Parlamentsreform, eine Stärkung der Rechte der Abgeordneten, engagierte.

Es kann als ein erstes vorsichtiges Signal an den vormaligen Koalitionspartner verstanden werden, dass sie 1994 von der FDP gegen Roman Herzog für das Amt des Bundespräsidenten, zwar ohne Erfolgsaussicht, nominiert wurde. 2002 ist sie während des Bundestagswahlkampfes aus der Partei wegen der „Annäherung der FDP an die antiisraelischen und einseitig propalästinensischen Positionen des Herrn Möllemann“ ausgetreten. Hildegard Hamm-Brücher hat sich in verschiedenen Gremien wie dem Goethe-Institut oder dem Präsidium des Evangelischen Kirchentages engagiert und zahlreiche Ehrungen erhalten. Sie hat nicht aufgehört, die politische Entwicklung der Bundesrepublik engagiert und kritisch zu begleiten.

Nach Annemarie Renger wird Rita Süßmuth in Folge des unerwarteten Rücktritts von Philipp Jenninger im November 1988 als zweite Frau für die nächsten zehn Jahre das Amt der Bundestagspräsidentin innehaben. Bereits drei Jahre zuvor war sie als Nachfolgerin des neuen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler in der Mitte der Legislaturperiode Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit geworden. Erst mit 44 Jahren ist Rita Süßmuth 1981 der CDU beigetreten, zuvor hatte sie bereits eine höchst erfolgreiche wissenschaftliche Karriere absolviert.

Im Bildungsmilieu einer kinderreichen Familie aufgewachsen (ihr Vater war Rektor einer Volksschule), hat sie in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen und Paris studiert. Nach vier Jahren einer universitären Assistentenzeit wurde sie, erst 32 Jahre alt, 1969 Professorin für Erziehungswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Zwei Jahre später wird sie als ordentliche Professorin für Erziehungswissenschaften an die Pädagogische Hochschule Ruhr berufen und übernimmt 1980



den Lehrstuhl für International Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Technischen Universität Dortmund. Als das CDU-geführte Land Niedersachsen 1982 das Forschungsinstitut „Frau und Gesellschaft“ in Hannover einrichtet, wird Süßmuth die erste Direktorin und wendet sich damit exponiert frauenpolitischen Themen zu, nachdem sie bereits in den 1970er Jahren als Sachverständige für Familienfragen in Gremien der Bundesregierung mitgearbeitet hatte. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag wird sie 2002 Vorsitzende des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration und beeindruckt auch durch ihren Einsatz für HIV-Erkrankte und für eine weltweite Prävention.

In der Frühgeschichte der Grünen ragt Petra Kelly (1947–1992) als prägende Persönlichkeit heraus. Ihr Vater hatte die Familie verlassen, als sie erst sieben Jahre alt war. Mit ihrem zweiten Ehemann, dem amerikanischen Offizier John Kelly, zog die Mutter in die USA, wo Petra, die den Namen des Stiefvaters annahm, ihre Jugendjahre erlebte. Von 1966 bis 1970 absolvierte sie in Washington ein politikwissenschaftliches Studium, das sie an der Universität Amsterdam mit einem Master-Abschluss ergänzte. Seit 1972 war sie zehn Jahre lang bei der Europäischen Kommission in Brüssel beschäftigt.

23/ Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, empfängt die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Prof. Dr. Rita Süßmuth, zu einem Gespräch, an dem auch Dr. Hans Otto Bräutigam (l.), Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, teilnimmt. Berlin, 27. April 1988. Foto: Rainer Mittelstädt.



24/ Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt gratuliert am 29. März 1983 während der konstituierenden Sitzung des Bundestages der Grünen-Abgeordneten Petra Kelly zum Einzug ihrer Partei in das Parlament

25/ „Stern“, Nr. 24 vom 6. Juni 1971, Titelseite

26/ Demonstrantin in Berlin mit einem Plakat „Emanzipation statt Indikation“, 1971.

Bereits in den USA im Präsidentschaftswahlkampf für Robert Kennedy und Hubert Humphrey engagiert, führt sie ihr politischer Weg nach dem 1979 vollzogenen Austritt aus der SPD, den sie in einem Offenen Brief an Helmut Schmidt erklärt, über die Bürgerinitiative Bundesverband Umweltschutz (BBU) in die erste Reihe der im folgenden Jahr neu gegründeten grünen Partei. Von 1983 bis 1990 bleibt sie Abgeordnete im Deutschen Bundestag, wobei sie sich als einzige in ihrer Fraktion dem seinerzeit beschlossenen Rotationsprinzip verweigert. 1987 gelingt es Petra Kelly mit einer Resolution über die Menschenrechtslage in Tibet die Stimmen aller Bundestagsfraktionen hinter sich zu vereinen – ihr letzter eindrucksvoller politischer Erfolg.

Mitte der 1980er Jahre wird der vormalige Generalmajor der Bundeswehr Gert Bastian ihr Lebensgefährte. Bastian hatte Anfang 1980 seinen Dienst in der Bundeswehr regulär beendet und wurde wenige Monate später aus Protest gegen die geplante NATO-Nachrüstung ein prominentes Mitglied der Friedensbewegung. Gemeinsam mit Petra Kelly

erwarb er 1983 ebenfalls ein Bundestagsmandat der Grünen. Auch Bastian widersetzt sich dem Rotationsprinzip, wird zeitweilig fraktionsloser Abgeordneter. In der Öffentlichkeit finden beide große Beachtung, doch sind sie in der eigenen Partei zunehmend isoliert. Das bittere Ende bleibt bis heute rätselhaft: Anfang Oktober 1992 werden beide erst Tage nach ihrem Tod in ihrer Wohnung aufgefunden. Bastian hatte Petra Kelly, anschließend sich selbst erschossen, ohne dass dafür ein Motiv erkennbar wäre oder gar, dass Petra Kelly in dieses Ende eingewilligt hätte.

Frauenpower

Das war ein Paukenschlag: Am 6. Juni 1971 erschien das Magazin „Stern“ mit dem provozierenden Titel „Wir haben abgetrieben!“, der die deutsche Öffentlichkeit alarmierte. Nicht nur wenige Prominente, sondern einige hundert Frauen bekannten sich zu einer Handlung, die in beiden Staaten in Deutschland unter Strafandrohung verboten war. Sie reklamierten damit ein Recht auf Selbstbestimmung, das als der spektakuläre Beginn einer neuen deutschen Frauenbewegung gelten kann. Anders als am Ende der 1960er Jahre meldete sich hier nicht mehr nur eine kleine Gruppe von Aktivistinnen aus dem linken Protestmilieu zu Wort, der Emanzipationsanspruch der Frauen war nun vielmehr in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Initiatorin der spektakulären Aktion war Alice Schwarzer, die seinerzeit als 28jährige freie Korrespondentin in Paris lebte. Sie schlug nach dem Selbstbekenntnis von 343 französischen Frauen, darunter Catherine Deneuve, Jeanne Moreau und Simone de Beauvoir, „Je me suis fait avorter“ („Ich habe abgetrieben!“), das in dem linksliberalen Wochenblatt „Nouvel Observateur“ im April 1971 großes Aufsehen erregt hatte, dem „Stern“ vor, eine ähnliche Aktion in Deutschland zu starten. Alice Schwarzer erinnert sich: „Die Bundesrepublik stand Kopf. Denn trotz der Liberalisie-

rungs-Debatte ab 1969 war das Thema Abtreibung noch immer ein totales Tabu. [...] Nur jede fünfte Frau nahm die Pille, und viele Männer empfanden Kondome als ‚kastrierend‘. Abtreibenden Frauen drohten bis zu fünf Jahren Gefängnis – doch wurde der § 218 in Wahrheit schon lange nicht mehr angewandt. Ganze 276 Frauen waren 1969 wegen illegaler Abtreibung verurteilt worden. Geschriebenes Recht und gelebtes Rechtsempfinden klafften also meilenweit auseinander. Eigentlich ging es beim § 218 nur noch um Einschüchterung und Demütigung der Frauen – und der sympathisierenden Ärzte. ‚Ich habe abgetrieben und fordere das Recht für jede Frau dazu!‘ bekannten nun also 374 Frauen öffentlich; darunter auch einige, die es nie getan hatten, aber durchaus in Gedanken durchgespielt (wie ich). Bis heute bewundere ich den Löwenmut der 373 Frauen, die damals mit mir den Appell unterzeichnet haben. Keine von ihnen wusste, ob morgen nicht die Polizei vor der Tür stehen würde (was sie in einigen Fällen tat), ob sie ihre Stelle verlieren, ihre Nachbarn noch mit ihnen sprechen, ihr Mann sich von ihnen trennen würde. Und die viel zitierten Prominenten? Diese insgesamt 16 (von 374) bekannten Frauen – darunter Romy Schneider, Senta Berger, Sabine Sinjen, Gisela Elsner und Veruschka von Lehn-dorff – riskierten fast noch mehr als die Unbekannten: nämlich ihren Ruf und ihre Engagements. Doch der Wagemut lohnte sich. Das Bekenntnis der 374 wurde zur Lawine, die Tausende mitriss. Und zur Initialzündung für die Neue Frauenbewegung.“ (EMMA 2/2011, S. 50)

Rückblickend erscheint die „Mobilisierungsdynamik“ (Katarina Schulz), die von dieser elektrisierenden Aktion ausgelöst wurde, kaum erklärbar. Alice Schwarzer hat darauf hingewiesen, dass die auf das etablierte bürgerlich-liberale Frauenmilieu zielende Zeitschrift „Brigitte“ wenige Monate zuvor noch konstatiert hatte: „Deutsche Frauen verbrennen keine Büstenhalter und Brautkleider,

stürmen keine Schönheitskonkurrenzen und emanzipationsfeindlichen Redaktionen, fordern nicht die Abschaffung der Ehe und verfassen keine Manifeste zur Vernichtung der Männer. Es gibt keine Hexen, keine Schwestern der Lilith, wie in Amerika, nicht einmal Dolle Minnas mit Witz wie in Holland, es gibt keine wütenden Pamphlete, keine kämpferische Zeitschrift. Es gibt keine Wut.“ (EMMA 2/2011, S. 48)

Doch diese Diagnose stellte sich als Irrtum heraus, ein kritisches Bewusstsein über die Situation der Frau war auch in der Bundesrepublik bereits vorhanden, wie das Beispiel eines schon im Januar 1971 publizierten neuen Magazins der Bundeszentrale für politische Bildung zeigt, in dem zwei provozierende Fotos von Charles Wilp als Eyecatcher Aufsehen erregen.



25





27/PZ, Nr. 1, Bonn (Februar) 1971,
Titelseite und Rückseite, Fotos: Charles Wilp

Sklaven der Nation

Eine Frau beklagt sich bitter: „Noch einmal würde ich mir nicht die Rolle der liebenden und aufopfernden Frau und Mutter aufschwätzen lassen von denen, die davon profitieren – Staat, Kirche, Wirtschaft – und von den Männern!“ Sie ist Teilnehmerin einer bewegten Diskussion in der Akademie Herrenalb, zu der sich Hausfrauen, Mütter, Berufstätige und die Frau mit den zwei Berufen – Hausfrau und berufstätig – zusammengefunden haben. Sie begründet ihre Meinung: „Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbewußtsein und Zufriedenheit erreicht man nur durch Egoismus.“ Wir müssen noch viel für unsere Gleichberechtigung tun. Wir sind doch die Sklaven der Nation, die billigen Arbeitskräfte im Beruf und Haushalt, und da möchte man uns gern halten.“ Eine Diplom-Volkswirtin (32) und Mutter von drei Kindern stimmt zu: „Hausfrau zu sein ist heute ein mieser Job. Er macht kaum Spaß und bringt kein Geld.“

Zweifelloos ist heute zu den drei traditionellen „K’s“ – Kind, Küche, Kirche – und dem modernen „K“ der Kosmetik – ein fünftes hinzugekommen: Die Krise. Mehr als 15 Millionen verheirateter Frauen leisten nach Schätzungen von Wirtschaftlern in der Bundesrepublik pro Jahr 42 Milliarden Arbeitsstunden im Haushalt. [...]

Die Ehe als Versorgungsinstitut hat ausgespielt, die Ruhe am Herd genügt nicht mehr. Die Frauen, die gegen das Diktat der Rolle vom „Heimchen am Herd“ aufbegehren, wollen sich nicht ins neue Klischee der Frau pressen lassen, die Beruf, Familie und Haushalt spielend meistert und in Wirklichkeit an dieser Überforderung scheitern muß. Ihnen geht es vielmehr um eine sachliche Bewertung der häuslichen Arbeit, um Partnerschaft und Anerkennung der Gesellschaft. Auf dem Wege zur echten Gleichberechtigung fordern sie die Männer nicht zum Kampf, sondern zu neuem Denken auf. Mit ihnen gemeinsam wollen sie ihre Chancen nutzen, ihre Vorschläge zur Arbeitsteilung, zur Teilzeitarbeit für Mann und Frau, zum Mutterschaftsurlaub, zur eigenen Sozialversicherung für die Hausfrau diskutieren. Ideen haben sie genug.

Marianne Quoirin in: PZ, Nr 1/Bonn 1971, S. 16

Interview mit Dieter Golombek

Wie kam es zu der Idee von PZ?

Den Anstoß lieferte die Politik. Bei der großen Debatte über die politische Bildung im November 1968 beklagte der damalige Innenminister Ernst Benda, dass es in Deutschland zu Viele gebe, die dem „politischen Geschehen unbeteiligt gegenüber stehen“. Seine Ausführungen mündeten in der Forderung: „Jetzt aber kommt es darauf an, andere Akzente zu setzen, Experimente zu wagen und neue Methoden zu entwickeln, um auch breitere Bevölkerungskreise anzusprechen.“

Das war also der Startschuss für PZ?

Es kam zur PZ, weil ein junger Referent in der Bundeszentrale für politische Bildung den Minister ernst nahm und frech formulierte: Wenn der Minister so eindeutig A sagt, muss die Bundeszentrale ebenso unmissverständlich B sagen, und B heißt Boulevardstil.

Boulevardstil?

Ja, aber nicht mit dem Vorhaben, die hässlichen und unappetitlichen Seiten der Boulevardzeitung zu imitieren, wohl aber von ihr zu lernen, schwer Verdauliches gefällig zu verpacken, mit Überschriften und Fotos zum Lesen zu verführen, plakativ und präzise zu formulieren. Meine Devise hieß damals: Lieschen Müller ist der Adressat und nicht Dr. Lieschen Müller.

Lieschen Müller? – Deshalb das Thema Emanzipation der Frau?

Nein, dieses Thema war nicht zwingend vorgegeben. Für den Start wollten wir ein heißes Thema haben. Das Thema Emanzipation der Frau war damals heiß, es bewegte die Gemüter – nicht nur die der Frauen. Wir hatten wenig Schwierigkeiten, prominente Autoren zu finden. Das Thema kam damals auf die Tagesordnung, die PZ war dabei.

Wie sind Sie auf die Fotos von Charles Wilp gestoßen?

Die Fotos hatte er nicht im Archiv, sie waren Auftragsarbeit. Wilp war damals der herausragende Fotokünstler in Deutschland, für uns eigentlich unbezahlbar. Den Zugang zu ihm hat es sicher erleichtert, dass ich die erste Ausgabe von PZ mit einem Team vom Kölner Express gemacht habe, der auch eine Redaktion in Düsseldorf unterhält. Charles Wilp war von unserer Idee so begeistert, dass er seine Fotoserie für einen erschwinglichen Preis gemacht hat. Seine Fotos haben ganz wesentlich dazu beigetragen, das Projekt PZ ebenso populär zu machen wie das Thema der ersten Ausgabe. Aber auch Wilp hat von dem PZ-Projekt profitiert.

Welche Reaktionen gab es auf PZ 1, speziell von Frauen?

Die Resonanz war überwältigend – in den Medien wie bei den Lesern. Noch nie hat die Bundeszentrale so viel Presse gehabt wie damals. Die Reaktionen waren sehr kontrovers. Sie bezogen sich aber mehr auf die Machart als auf das Thema. Es ist auch denkbar, dass heftige Kritik an der Machart auch das Thema meinte. Spezifische Reaktionen von Frauen sind mir nicht in Erinnerung. Wir standen eben am Anfang einer Entwicklung. Der Typ Frau, der heutzutage jede dieser Debatten dominiert, existierte damals offensichtlich noch nicht. Wohl aber gab es Inge Holzwarth, die ihren Leserbrief mit „Hausfrau aus München“ unterzeichnete. Nicht frei von Witz frohlockte sie: „Bin auf dem besten Wege zur Emanzipation! Hurra!“ Auch dieser Satz ist ein Zeitdokument.

Rüdiger Thomas im Interview mit Dieter Golombek, September 2014

28



Babyjahr für Mutter oder Vater statt des geltenden Mutterschutzes von 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt, steuerliche Gleichstellung von unverheirateten mit verheirateten Paaren, Errichtung von Großwohnungen zu niedrigen Mieten, um die Isolation der Kleinfamilie aufheben zu können (vgl. Bericht von Alice Schwarzer, in: Pardon Nr. 6/1972, S. 70).

Die 1970er Jahre können als die wichtigste Dekade in der Entwicklung einer neuen autonomen Frauenbewegung in der Bundesrepublik eingeschätzt werden. Frauen organisierten sich zahlreich vor allem in den Großstädten eigenverantwortlich und unter Ausschluss von Männern. Seit 1972 entstanden Frauengruppen, die unterschiedlich fokussiert waren, darunter befanden sich auch die ersten Lesben-Gruppen. In Frauenzentren wurden Probleme diskutiert und Projekte entwickelt, es wurden Frauenbuchläden eröffnet.

Der Sozialpsychologe Hans Anger hatte sich 1960 mit einer empirischen Untersuchung, einer Befragung von Professoren und Dozenten, über die Probleme der deutschen Universität habilitiert. Darin wurde in verschiedenen Stellungnahmen ein schockierender Befund deutlich: Noch immer bezweifelten etliche Befragte die grundsätzliche Eignung von Frauen für die Wissenschaft. Karin Hausen, 1978 bis 1995 Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin erinnert sich: „Dann fand 1976 in Berlin die erste Frauenuniversität statt. Ich stand zunächst ziemlich am Rande, weil ich ja zu den ‚Etablierten‘ gehörte, d. h. ich war wissenschaftliche Assistentin an der Freien Universität, das war für autonome Feministinnen schon fast verdächtig, aber ich kannte die meisten. Wir waren ja nicht so viele, wir suchten uns und waren hell-aufbegeistert, aufeinander zu stoßen. Später folgten die Historikerinnentreffen, sie waren faszinierend, bestimmt von autonomer Schubkraft und Begeisterung, chaotisch, aber hinreißend mit Simone de Beauvoir voller Fragen. Dabei entdeckten wir auch die alte Frauenbewegung wieder. Und wir

29



Formierung einer Frauenbewegung

Bereits am Beginn der 1970er Jahre hatte sich in der Bundesrepublik bei vielen Frauen das diffuse Unbehagen über eine Fremdbestimmung und die Kritik an der Doppelbelastung durch Familie und Beruf als ein latentes Protestpotenzial aufgestaut, das nun in wenigen Jahren die Entwicklung einer Frauenbewegung auslöste und wichtige Impulse für eine erste Phase der Gleichstellungspolitik einleitete.

Im März 1972 trafen sich mehr als 400 Frauen aus 40 bundesdeutschen Frauengruppen zum ersten „Bundesfrauenkongress“ in Frankfurt. Ihre Sprecherinnen ließen in einem Statement erkennen, dass sie die Durchsetzung gleicher Rechte nur im Rahmen einer weiblichen Eigeninitiative für möglich erachteten: „Frauen müssen sich selbst organisieren, weil sie ihre ureigensten Probleme erkennen und lernen müssen, ihre Interessen zu vertreten. [...] Wir schließen Männer aus unseren Gruppen aus, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass sich Bevormundung und Unterdrückung, die wir in allen Lebensbereichen erfahren, in gemischten Gruppen reproduzieren.“ Auf dem Kongress wurden sieben zentrale Forderungen formuliert, die auf die Gleichstellung der Geschlechter zielten: gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit, Vergesellschaftung der Hausarbeit, Teilzeitarbeit für Mann und Frau, Gratis-Betreuung in 24-Stunden-Kindergärten und Ganztagschulen, ein

28/Plakat der Neuen Frauenbewegung.
Bundesrepublik Deutschland,
1970er Jahre

29/Im November 1975 wird in München
der erste Frauenbuchladen
der Bundesrepublik eröffnet.
Foto: Istvan Bajzat

30/Im Frauenhaus,
Frankfurt am Main, 1982.
Foto: Barbara Klemm

stellten fest, dass unsere Fragen alle schon einmal gestellt worden waren und dass es schon sehr gescheite Antworten darauf gegeben hatte. Das war aufregend und deprimierend zugleich. Was alles verdrängt und vergessen worden war! [...] Aus dieser Zeit stammen auch sehr intensive Freundschaften quer durch die Fächer. Das ist wirklich die Gnade der Geburt, dass du zu einer bestimmten Zeit startest und mit den wenigen ins Gespräch kommst, die gleichzeitig in einem hochpolitisierten Umfeld ihre Arbeit aufnehmen. Diese Treffen gaben immer wieder neue Schubkraft und dem Kopf eine Fülle von Anregungen. Ich hatte immer ein Ziel: Ich wollte, dass die nachwachsenden Wissenschaftlerinnen nicht so allein sind,

wie ich mich lange gefühlt habe.“ (· Karin Hausen, in: FrauenRat, 6/07, S. 5f.)

Nachdem im März 1976 in Brüssel ein „Internationales Tribunal Gewalt gegen Frauen“ stattgefunden hatte, gründete sich im November des gleichen Jahres in Berlin das erste autonome Frauenhaus, in dem Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt geschützt werden sollten. Innerhalb von sechs Jahren stieg die Zahl der Frauenhäuser auf 120. Nach einer durch das Familienministerium in Auftrag gegebenen Studie suchen 30 Jahre später 15 000 Frauen mit 17 000 Kindern Zuflucht in rund 350 Frauenhäusern, die teils verbandlich organisiert sind, teils als autonome selbstverwaltete Einrichtungen bestehen.

30

Das selbstverwaltete Frauenhaus

Als wir das Frauenhaus eröffneten, hatten wir [...] die Vorstellung, daß ein Ausbruch aus den Gewaltverhältnissen für Frauen nur möglich ist, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft und Stärke verlassen. „Selbsthilfe“ war das Stichwort und daraus folgte als Konzept die Selbstverwaltung des Hauses. Gleichzeitig hatten wir keine Vorstellung davon, wie so etwas konkret aussehen könnte. Es war damit klar, daß die Konkretisierung des Selbsthilfekonzeptes in der Praxis entwickelt werden mußte. [...]

Wir orientierten uns an dem, was wir kannten. Dies hieß konkret: Die Frauen wohnten im Haus und wir (die Mitarbeiterinnen) hatten Dienst im Haus. [...] Nur Kochen, Waschen, Putzen war Sache der Bewohnerinnen. Die Mitarbeiterinnen gingen ans Telefon, erklärten alles für die „Neuen“ vom Bettzeug bis zur Hausversammlung, gingen notfalls mit auf die Ämter, versuchten Konflikte zu regeln. [...]

Es wurde uns nach vielen Überlegungen klar, daß wir mit der Einstellung von Mitarbeiterinnen den Prozeß in Richtung Selbstverwaltung behindern würden. [...] Ab sofort wurden die Dienste der Mitarbeiterinnen abgeschafft und ihre Teilnahme an den Hausversammlungen reduziert.

Die Veränderungen waren erfolgreich: Nach einigen Wochen hatten die Frauen alle Arbeit, die wir bis dahin im Haus geleistet hatten, neu organisiert.

Zentrales Standbein dieser Organisation war der neu eingerichtete Tagesdienst. Tagesdienst heißt, daß jeweils eine Frau einen halben Tag die Verantwortliche im Haus ist. Sie muß sich um alles kümmern, was in dieser Zeit anfällt. Sie nimmt die Post in Empfang, bestellt Handwerker, läßt Besucher rein oder auch nicht, nimmt Telefonanrufe entgegen, nimmt neue Frauen auf und sie regelt alles, was zu regeln ist.

Das zweite wichtige Standbein ist die wöchentliche Hausversammlung. Zum einen werden hier alle anfallenden praktischen Arbeiten und Aufgaben besprochen und verteilt. Zum anderen ist die Hausversammlung zu einem Forum geworden, wo Konflikte zwischen den Frauen besprochen werden. [...]

Diese Organisationsform entspricht mehr den Vorstellungen von Autonomie und Selbstverwaltung als die bisherige Arbeit im Frauenhaus. Mit der nur scheinbar rein organisatorischen Veränderung im Frauenhaus verbindet sich eine weitreichendere Perspektive von Frauenhausarbeit.

Cornelia Giebler/Angelika Hohmann/Cornelia Schuhmann, zit. n. Kleßmann/Wagner 1993, S. 287–289.



Feminismus

Alice Schwarzer lebt bis 1974 in Paris, dort hat sie u. a. Kontakt zu Jean Paul Sartre und Michel Foucault, vor allem verbindet sie aber mit Simone de Beauvoir eine intensive Affinität. Seit Mitte der 1970er Jahre wird sie zur prägenden Feministin in der Bundesrepublik. 1975 erscheint ihr erstes grundlegendes Buch „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen“, in dem Frauen über sich selbst als „Beginn einer Befreiung“ berichten. In ihrem Kommentar konstatiert sie, „daß die Sexualität der Angelpunkt der Frauenfrage ist. Sexualität ist zugleich Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frauen in allen Lebensbereichen.“ (→ Schwarzer 1975, S. 7) Die „Zwangsheterosexualität“ ist für sie nicht angeboren, sondern kulturell konditioniert. Sie knüpft damit an die Position von Simone de Beauvoir an, die in ihrem Buch „Das andere Geschlecht“ bereits 1949 festgestellt hatte: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“. (→ Beauvoir 1951, S. 334)

1976 erschien als erste links-feministische Frauenzeitschrift in Berlin „Courage“, die Frauen zu einem selbstbestimmten Leben ermutigen wollte. Zu den Gründerinnen gehörten das vormalige SDS-Mitglied Sibylle Plogstedt, Autorin,

Filmmacherin und Trägerin des Hedwig-Dohm-Preises, und Barbara Duden, die seit Mitte der 1980er Jahre als Professorin in den USA tätig ist und sich ein Jahrzehnt später an der Leibniz Universität Hannover als Pionierin der Körpergeschichte einen Namen gemacht hat.

Wenige Monate nach der Erstausgabe von „Courage“ publiziert Alice Schwarzer als Herausgeberin und Chefredakteurin am 26. Januar 1977 die Erstausgabe der Zeitschrift „EMMA“ in einer Startauflage von 200 000 Exemplaren. Dieser Name wurde einerseits als Wortspiel für den Begriff „Emanzipation“ ausgewählt, sollte aber auch – wie die Herausgeberin anmerkt – ein Element der Selbstironie enthalten: „Wie würde sie wohl heißen, diese Zeitschrift der jetzt vollends größenwahnsinnigen Schwarzer? Nora? Die Rächerin? Die Amazone? Nein. Emma. Ganz einfach Emma.“ Das überwiegend aus ihren Autorenhonoraren selbstfinanzierte Magazin erscheint seither überwiegend zweimonatlich, die Verkaufsauflage ist allerdings in den letzten Jahren deutlich auf rund 40 000 Exemplare zurückgegangen, davon sind zwei Drittel Abonnements. Diese Entwicklung ist nicht nur mit einem Bedeutungsverlust des Feminismus in der jungen Generation und in der öffentlichen Wahrnehmung zu erklären, sondern hängt auch mit den Erfolgen einer Gleichstellungspolitik zusammen, an denen Alice Schwarzer ihren gewichtigen Anteil hat.

In der Bundesrepublik hat EMMA den ersten Text über die Genitalverstümmelung (damals noch als „Beschneidung“ bezeichnet) publiziert. „Die Klitoris-Beschneidung ist der wohl extremste und brutalste Ausdruck einer Männergesellschaft, die Frauen das Recht auf ihren Körper und ihre Sexualität abspricht. Daß nicht die ganze Welt entrüstet ist über solch ungeheure Praktiken, liegt daran, daß in der ganzen Welt das Patriarchat herrscht! Würde mit Männern irgendeiner Gruppe, Kaste, Schicht oder Rasse so verfahren werden, wir können sicher sein, daß die internationale Linke darüber empört wäre, und es zumindest ein Bewußt-

- 31 / Alice Schwarzer, 1976.
Foto: Loni Libermann
- 32 / Erste Ausgabe von „Emma“,
Titel, Februar 1977



Unsere Zeitung (Alice SCHWARZER)

Seit fünf Jahren warte ich auf diesen Moment. Mindestens solange ist klar, daß uns engagierten Journalistinnen die Luft in den Männermedien immer knapper wird. Denn egal ob „links“ oder „rechts“, ob Boulevardblatt oder Polit-Magazin, ob Funk oder Fernsehen – überall haben Männer das Sagen und nützen dies auch weidlich aus. Die existierende Presse ist eine Männerpresse.

Die Folgen: Weder über das, was Frauen wirklich angeht und bewegt, wird geschrieben (meist aus Ignoranz nicht, oft aber auch aus Verachtung oder Angst); noch bekommen die Journalistinnen selbst ein Bein auf den Boden – im besten Fall tummelt sich mal hie und da auf den mittleren Etagen eine Alibifrau. Wie zum Hohn sind selbst die Chefredakteure der sogenannten Frauenblätter in der Bundesrepublik ausnahmslos männlich! [...]

Seit Frauenprobleme wieder „in“ sind, das heißt, seit sie als politisch und brisant begriffen werden, werden sie entweder totgeschwiegen oder aber von unseren Medienmännern journalistisch behandelt. Und wie.

Heraus kommt entweder die Verniedlichung der Frauenmisere oder aber die Verteufelung all derer, die sich für Frauen einsetzen. [...]

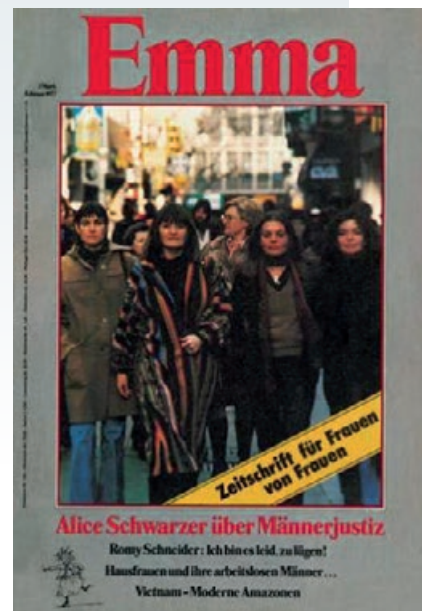
In Emma wird kein Mann schreiben. Denn Männer stecken nun mal nicht in Frauenhaut. Aber die sensibelsten und mitfühlendsten – und die sind leider rar – wissen nicht, was es heißt, auf der Straße angequatscht zu werden, seine Periode mit Verspätung zu kriegen, zwischen Kind und Beruf mit schlechtem Gewissen hin und her zu hetzen. In Frauenfragen sind Frauen die Kompetentesten.

Wir selbst versuchen, nicht nur anders zu schreiben, sondern auch anders zu leben und zu arbeiten. Unsere Zeitung wird kollektiv gemacht. Es gibt keine „Chefin“, die über die Köpfe der anderen hinweg entscheidet. Wir arbeiten auch auf einen kollektiven Besitz dieses Blattes hin. [...]

Fragt überall nach EMMA! Bestellt und verlangt sie an eurem Kiosk! Abonniert sie bei uns (siehe letzte Seite). Kauft und verschenkt sie, so oft es euer Portemonnaie erlaubt. [...]

Emma, Heft 1/ Februar 1977, S. #

32



sein über diesen Skandal gäbe!“ (› Caravello, in: EMMA, 3/1977, S. 53). Es hat lange gedauert, bis in der westlichen Welt die Genitalverstümmelung nicht mehr auf gleichgültige Ignoranz stößt, sondern Empörung hervorruft und ihr striktes Verbot gefordert wird. Als erstes deutsches Gericht erkannte 1996 das Verwaltungsgericht Magdeburg die drohende Verstümmelung einer Frau von der Elfenbeinküste als Asylgrund an. Und seit dem 1. Januar 2005 gilt ein Gesetz, das auch „geschlechtsspezifische Asylgründe“ bei Zuwanderung anerkennt.

Im April 1978 publizierte EMMA ein Dossier über sexuellen Missbrauch von Mädchen in der Familie (› Sarah Nelson: Das Verbrechen, über das niemand spricht,

S. 20–26). Anders als beim Thema Genitalverstümmelung, das eine Flut von Protestbriefen auslöste, erfolgte auf den Bericht über sexuellen Missbrauch damals praktisch keine Reaktion. Es sollte noch lange dauern, bis dieses Tabu gebrochen wurde.

1978 verklagte Schwarzer die Zeitschrift „Stern“ wegen frauenfeindlicher Titelbilder, in denen sie „eine Darstellung der Frau als bloßes Sexualobjekt“ und darin einen Verstoß gegen die „Menschenwürde aller Frauen“ erkannte, womit sie sich selbst als Opfer einer Beleidigung gemäß § 185 StGB betrachtete. Sie bezog sich u. a. konkret auf ein Foto von Helmut Newton, das als Titel auf dem „Stern“ im April 1978 publiziert worden war: „eine Schwarze, nackt, in der Hand ein phalli-

33



34

sches Mikrophon und um die Fesseln schwere Ketten“ (→EMMA, 7/1978, S. 13). Ihrer PorNO-Kampagne schlossen sich prominente Frauen wie die populäre Schauspielerin Inge Meysel und die Psychotherapeutin Margarete Mitscherlich an, ebenso Luise Rinser und Erika Pluhar. Das Landgericht Hamburg wies die Klage mit der Begründung ab, dass Frauen als Kollektiv nicht durch das Foto einer einzelnen Person, des schwarzen Models Grace Jones, dessen Selbstinszenierung durch schrille Outfits und exhibitionistisches Posing geprägt war, beleidigt werden könnten. Dass nach diesem verlorenen Prozess gleichwohl eine Sensibilisierung im Hinblick auf eine verbreitete sexistische Werbung verstärkt worden ist, wird man trotz dieser Niederlage nicht bezweifeln können.

Dass sich Alice Schwarzer nicht nur für die Frauen in Deutschland engagierte, ist auch frühzeitig in ihrer Ablehnung eines frauenfeindlichen Islamismus deutlich geworden. Schon im Jahr nach dem Sturz von Schah Reza Pahlawi überzeugte sie sich gemeinsam mit französischen Intellektuellen in Teheran von der prekären Situation iranischer Frauen, die sich von einem religiösen Fundamentalismus ihrer Rechte beraubt sahen und gegen Zwangsverschleierung und Entrechtung wehrten. Am „Schwarzen Freitag“, dem

8. November 1978, hatten etwa 4000 Frauen in den ersten Reihen des Massenprotestes gegen den Schah demonstriert, 700 Frauen waren erschossen worden. Ihr Mut und ihr selbstständiges Handeln wurden von Ajatollah Chomeini und seinen Revolutionsgarden nicht honoriert. „Diese Frauen waren gut genug, ihr Leben im Kampf für die Freiheit zu riskieren, sie werden nicht gut genug sein, in Freiheit zu leben.“ (→Alice Schwarzer, in: Die Zeit, 30. März 1979, S. 7) Seither ist die Gefahr, die vom religiösen Fundamentalismus ausgeht, eines ihrer zentralen Themen geblieben.

1979 startete EMMA eine große Leserinnenumfrage, die einen Rücklauf von mehr als 5300 beantworteten Fragebögen hatte. Danach waren drei Viertel ihrer Leserinnen zwischen 20 und 39 Jahre alt, mehr als die Hälfte (55 %) hatte Abitur oder besaß einen Hochschulabschluss, jede Zehnte stufte sich als aktives Mitglied der Frauenbewegung ein, jede Vierte bezeichnete sich als „Feministin“. Zwei Drittel hatten an der letzten Bundestagswahl teilgenommen, davon hatte fast die Hälfte (47 %) für die SPD gestimmt. Doch wollten die Befragten fast komplett (98 %) allen Parteien den Kampf ansagen und betrachteten diese durchweg als „frauenfeindlich“ (→vgl. Frauen in Bewegung. Der heimliche Feminismus, in: EMMA, 1/1980, S. 8–18).

Ansätze einer neuen Frauenpolitik

Der Mobilisierungsschub, der die Frauenbewegung vor allem in der ersten Hälfte der 1970er Jahre erfasst hatte und im Feminismus seinen Kulminationspunkt erreichte, blieb in der politischen Entwicklung nicht ohne Folgen. In der Bundesrepublik galt bis 1974 ein striktes Abtreibungsverbot. 1970 hatten nach Schätzungen noch rund eine halbe Million Frauen einen illegalen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen. Ein kleinerer Teil von ihnen wich vor allem in die Niederlande aus, doch die meisten Frauen, vor allem aus sozialen Unterschichten, mussten sich an „Engelmacherinnen“ wenden, weil sich nur wenige Ärzte und Ärztinnen bereitfanden, eine verbotene Abtreibung vorzunehmen.

Im Juni 1974 beschloss der Bundestag im Hinblick auf den Schwangerschaftsabbruch mit knapper Mehrheit eine Fristenregelung, die allerdings bereits im folgenden Monat vom Bundesverfassungsgericht wieder mit der Begründung außer Kraft gesetzt wurde, der Schutz der körperlichen Unversehrtheit beziehe sich auch auf das werdende Leben. Somit blieb eine Abtreibung grundsätzlich strafbewehrt. Erst zwei Jahre später konnte im Bundestag dann eine relativ weit gefasste Indikationenlösung verabschiedet werden, die neben einer medizinischen, eugenischen und kriminologischen Indikation auch eine soziale Notlagenindikation straffrei stellte, wobei die Anerkennung dieser zuletzt genannten Ausnahme wegen ihrer Unschärfe eine problembehaftete Regelung darstellte. Der Fortschritt, der damit immerhin im Vergleich zum Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in der Weimarer Republik und während der NS-Diktatur erreicht worden war, in der seit 1943 bei einer Abtreibung sogar die Todesstrafe drohte, erweist sich somit als beschränkt und umstritten. Dies gilt besonders im Vergleich zu der Gesetzgebung in der DDR, die 1972 die „Schwangerschaftsunterbrechung“ legalisierte, nachdem bereits das Mutterschutzgesetz von 1950 eine Indikationenregelung zugelassen hatte.



Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts von 1976, das zum 1. Juli 1977 in Kraft trat, löste zahlreiche die Frauen diskriminierende Vorschriften des BGB von 1900 ab. Das Versorgungsprinzip der „Hausfrauenehe“, das mit dem Einverdienermodell des Mannes verknüpft war, wurde durch das Partnerschaftsprinzip ersetzt, das den Ehefrauen endlich gleiche Rechte für die Berufsaufnahme und in allen anderen die Partnerschaft betreffenden Fragen zusprach.

Gleichzeitig wurde das Scheidungsrecht durch die Umstellung vom Schuld- auf das Zerrüttungsprinzip reformiert. Durch die neue Regelung wird unabhängig vom Verschulden der wirtschaftlich stärkere ehemalige Ehepartner verpflichtet, dem finanziell Schwächeren Unterhalt zu zahlen. Damit sind vor allem Frauen, die Kinder betreuen, finanziell deutlich besser abgesichert. Ebenso wird für geschiedene Ehegatten ein Versorgungsausgleich eingeführt. Diese Regelung bedeutet erstmals, dass die Gleichwertigkeit von Erwerbsarbeit und häuslicher „Reproduktionsarbeit“ anerkannt wird.

Auch das Namensrecht wurde partnerschaftlichen Vorstellungen angepasst. Seit 1957 konnten Ehefrauen dem Namen des Ehemanns ihren Mädchennamen hinzufügen. Die Neuregelung von 1976 stellt

33/ Titel von „Stern“, April 1978

34/ Alice Schwarzer Frauen als bloßes Sexualobjekt darzustellen. 1978?

35/ Demonstration in Bonn gegen Paragraph 218, 21. September 1975.
Foto: Rudi Müller

36



37



36/Gewerkschaftstagung zum Thema Gleichberechtigung von Frauen im Beruf, 1972. Foto: Germin

37/Demonstration zum Internationalen Frauentag, Düsseldorf 9. März 1985, Foto: Klaus Rose

den Ehepaaren frei, ob sie gemeinsam den Geburtsnamen des Ehemanns oder der Ehefrau tragen wollen. Seit dem 1. April 1994 müssen Ehepartner keinen gemeinsamen Familiennamen mehr führen. Es hatte seit 1970 immerhin sechs Jahre gedauert, bis dieses Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts schließlich verabschiedet werden konnte.

Wichtige Veränderungen sind seit Ende der 1970er Jahre im Hinblick auf Mutterschutz und Kleinkindbetreuung eingeführt worden. Sie waren nicht zuletzt dem starken Rückgang der Geburtenrate geschuldet.

Eine deutliche Verbesserung erfolgt 1979 durch die Einführung eines Mutterschaftsurlaubs. Zusätzlich zu den zuvor geltenden Schutzfristen (sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt) wird nun ein viermonatiger Mutterschaftsurlaub mit Lohnersatzleistungen aus Bundesmitteln (bis zu 750 DM monatlich) gewährt. Außerdem wird damit das strikte Kündigungsverbot auf 6 Monate erweitert. Die christlich-liberale Koalition verabschiedet 1986 ein Gesetz über die Gewährung von Erziehungs- und Erziehungsurlaub. Mütter oder Väter, die ihr Kind selbst betreuen, erhalten eine Unterstützung von 600 Euro für maximal zehn Monate. Bis 1990 wird das Erziehungsgeld schrittweise bis auf 18 Monate verlängert.

Während die Frauen Anfang der 1970er Jahre vor allem um berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und um eine Verringerung des deutlichen Lohnabstands zu ihren männlichen Kollegen stritten, rückt in den 1980er Jahren der Kampf um den drohenden Verlust ihres Arbeitsplatzes in den Vordergrund. 1950 betrug der Frauenanteil aller Erwerbstätigen erst etwas mehr als ein Drittel (35,6 %), zusätzlich wurden 460 000 Frauen als Arbeitslose registriert, das bedeutete eine Arbeitslosenquote von 11,5 Prozent. Der Frauenanteil erhöhte sich bis 1980 lediglich um 1,7 Prozentpunkte, die weibliche Arbeitslosigkeit fiel 1964 auf 0,7 Prozent und blieb bis 1972 in der Nähe dieses Tiefststandes. (→ Friederike Maier, in: Helwig/Nickel [Hrsg.] 1993, S. 258f.). Das Foto von einer Frauentagung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Dortmund stellt noch in Zeiten einer guten Wirtschaftskonjunktur mit dem Slogan „Wenn Eva streikt, bricht die Wirtschaft zusammen“ das Selbstbewusstsein und die eigene Verhandlungsmacht in den Vordergrund. Nach einem Konjunktur-einbruch war die Arbeitslosigkeit der Frauen seit Mitte der 1970er fortlaufend angestiegen. Daher hat sich auch der Schwerpunkt des Protestes verändert. Frauen fürchten nun, als Erste ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

In den 1980er Jahren wird die Gleichstellung von Frauen im Beruf durch verschiedene Gesetze gefördert. Das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz, das entgegenstehende Vorschriften des BGB ändert, wird im August 1980 verabschiedet. Der Anspruch von Frauen auf Gleichbehandlung am Arbeitsplatz sowie das Recht auf gleiches Entgelt wird hierin festgeschrieben. Außerdem müssen Stellenausschreibungen von nun an geschlechtsneutral formuliert werden.

Frauen, die wegen der Kindererziehung zeitweise aus dem Beruf ausgeschieden waren, sollen durch ein Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 ermutigt werden, sich durch Weiterbildung oder

Umschulung zu qualifizieren. Teilzeitarbeit wird jetzt der Vollzeittätigkeit rechtlich gleichgestellt. Obwohl die Universitäten im Kulturföderalismus der Bundesrepublik Ländersache sind, wird im gleichen Jahr ein Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes erlassen, das auf die Beseitigung von Nachteilen für Wissenschaftlerinnen abzielt. Es zeigt bald erste Wirkungen. 1985 erfolgt die Ausschreibung für den ersten Lehrstuhl für Frauenforschung an der Universität Frankfurt/Main, auf den Ute Gerhard berufen wird. Die Universität Bonn richtet 1986 einen Lehrstuhl für Historische Frauenforschung ein, den Annette Kuhn einnimmt. Es entstehen ers-

te Frauenforschungszentren, und in den 1990er Jahren zeichnet sich mit der Entwicklung von Studiengängen und -programmen ein Institutionalisierungsschub für die Gender Studies ab. Die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches und der Vernetzung dieser Einrichtungen und wissenschaftlichen Aktivitäten wurde auf einer Arbeitstagung im Juli 2003 an der Humboldt-Universität zu Berlin initiiert, die auf breite Resonanz traf. Seit 2006 besteht eine Konferenz der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterstudien (www.genderkonferenz.eu), die den Austausch fördert und Projektkooperationen ermöglicht.

Stichwort Frauenforschung: Ute Gerhard

In keinem Land, sagt die Wissenschaftlerin, sei es so schwierig wie in Deutschland, von feministischer Forschung zu reden, ohne argwöhnisch beäugt zu werden. Denn hierzulande, wo sich die Anzahl feministischer Professorinnen an zwei Händen abzählen läßt, gelte Feminismus, ähnlich wie Quotierung, als „Reizwort, das mißverständlich und denunziatorisch gebraucht wird“. Darum lehnten viele Frauen, die eigentlich ein feministisches Bewußtsein hätten, es ab, sich überhaupt Feministin zu nennen – „aus Furcht“ – und hier senkt sich die Stimme zum verschwörerischen Flüsterton –, „aus Furcht, damit zu radikal zu erscheinen“. Ute Gerhard sagt den Satz, der ihr Programm sein könnte: „Ich bemühe mich, die Schwierigkeit des Begriffes zu vermitteln.“ [...]

„Wir haben die Diskussion um die Krise der Arbeitsgesellschaft mit neuen Argumenten bedacht“, resümiert die Professorin selbstbewußt. Beispielsweise mit dem Argument, daß das Geschlecht eine der zentralen Strukturkategorien, bedeutsam wie die Klasse oder Schicht, in der Wissenschaft sein muß. Ob jemand als Mann oder Frau geboren werde, bestimme schließlich sein Dasein wie kaum eine andere Bedingung. Was banal klingt, ist geeignet, ganze Forschungsgebäude ins Wanken zu bringen. Noch radikaler ans Eingemachte gehen Feministinnen, wenn sie die heiligsten Prinzipien der Akademiker in Frage stellen – beispielsweise die Abstraktion. Frauen fragen, ob die Abwertung von Emotionalität in der Wissenschaft nicht auch der Ausgrenzung von Frauen diene. Freilich: Solche geschlechtsbedingten Unterschiede, betont die Sozialwissenschaftlerin Ute Gerhard, seien nicht etwa natürliche, sondern sozialisationsbedingt. [...]

Sie ist eine Feministin der zweiten Generation. Die Mutter, „eine alte Suffragette“, der ein patriarchalischer Vater das Studium verboten hatte, gab der Tochter früh Gertrud Bäumer zu lesen. Ute Gerhard erwachte in der rauen Wirklichkeit der sechziger Jahre: „Was wollen Sie als Frau mit Jura?“ bin ich noch im Examen gefragt worden.“ Sie wollte promovieren. Da sie kein Geld hatte, arbeitete sie erst mal als freie Journalistin beim Rundfunk in ihrer Heimatstadt Köln. Dann ging's weiter nach Frauenart: Sie heiratete einen Arzt, zog mit ihm nach Bremen, bekam drei Kinder. [...] Als die Bremer Uni 1971 aus der Taufe gehoben wurde, setzte Ute Gerhard, mittlerweile 32 Jahre alt, ein zweites Studium drauf – Sozialwissenschaften. Die neue Frauenbewegung regte sich, sie war von Anfang an dabei. [...]

„In sehr hohem Alter“, sagt sie mit ironischem Lächeln – mit 48 Jahren –, folgte dann der Ruf auf den Frankfurter Lehrstuhl. „Ich bin“, kommentiert sie trocken, „eine typische Drei-Phasen-Frau. Und ich würde keiner Frau raten, diesen Weg zu gehen. Weil er nur in meinem Fall, durch viele nette und günstige Umstände, so gutgegangen ist.“ Also lieber die klassische Dreifachbelastung, Kinder, Küche und Karriere? „Ich kann verstehen, wenn Frauen heute keine Kinder wollen und sich nicht binden.“ Sie hält die Quotierung für „das letzte noch nicht gewaltsame Mittel, das wir haben“, um die Frauenfrage durchzusetzen. Warum, fragt sie kiebig, sollten etwa in „politischen Gremien, die über Wohl und Wehe der Menschen entscheiden, eigentlich nicht von vornherein zur Hälfte Frauen sitzen? Warum regieren nur alte Männer unsere Welt?“

Gleichheit versteht sie im Sinne der frühen Aufklärer als gleiche Freiheit für Mann und Frau, jedoch nicht nach dem Maß der Männlichkeit. Ihre Habilitationsschrift heißt „Gleichheit ohne Angleichung“.

Friederike Herrmann: Ute Gerhard. Spaß am Streit, in: Die Zeit, Nr. 9, 22. Februar 1991, S. 91.

Frauenemanzipation im „realen Sozialismus“

Die DDR erklärte das Problem der Frauenemanzipation als gelöst. Die allermeisten Frauen waren berufstätig, sie hatten auch im Hinblick auf höhere Bildung und berufliche Qualifikation seit den 1970er Jahren eine fortschreitende Angleichung erreicht. „Durch staatlich wie betrieblich gestützte Maßnahmen zum Nachholen von Qualifikationen für die Jugendjahrgänge der fünfziger Jahre [...] gelang den Frauen vor allem in den siebziger Jahren ein rascher Bildungsanstieg. [...] Gegen Ende der DDR waren die Frauen bis etwa zum 45. Lebensjahr im Durchschnitt genau so hoch gebildet wie gleichaltrige Männer (› Hildegard Maria Nickel, in: Helwig/ Nickel [Hrsg.] 1993, S. 196).

Bereits 1965 war in der DDR ein neues Familiengesetzbuch beschlossen worden, das zwar mit der Formulierung eines sozialistischen „Erziehungsziels“ ideologisch überformt, aber andererseits in einer modernen Regelung der Partnerbeziehungen der Bundesrepublik mehr als zehn Jahre voraus war. Es galt eine Art Zerrüttungsprinzip, das allerdings anders umschrieben wurde: „Eine Ehe darf nur geschieden werden, wenn das Gericht festgestellt hat, dass solche ernstlichen Gründe vorliegen, aus denen sich ergibt,

dass diese Ehe ihren Sinn für die Ehegatten, die Kinder und damit auch für die Gesellschaft verloren hat“ (§ 24). Der Begriff der „elterlichen Gewalt“ wird durch den Terminus „Erziehungsrecht“ ersetzt. Die Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern ist entfallen. Da in der Regel Männer und Frauen gleichermaßen berufstätig sind, werden Ehegattenunterhaltsansprüche auf zwei Jahre begrenzt.

Die stark gesunkene Geburtenrate veranlasste die DDR neben einem weitreichenden Angebot an Krippen- und Kindergartenplätzen nach dem 1972 verabschiedeten Gesetz über die Schwangerschaftsunterbrechung, berufstätige Frauen durch verschiedene sozialpolitische Maßnahmen zu motivieren, sich für Kinder zu entscheiden. Ein in der DDR so genanntes „Babyjahr“ wurde seit 1976 in Abhängigkeit von der Kinderzahl gewährt, bei 80 Prozent Lohnfortzahlung. Außerdem wurde der Mutter die Rückkehr an ihren Arbeitsplatz garantiert.

In den Medien der DDR herrscht daher politische Selbstzufriedenheit vor, die zwar grundsätzlich auch die mit rund einer Million Exemplaren auflagenstärkste Frauenzeitschrift „Für Dich“ artikuliert, doch werden dort zumindest einige Probleme angedeutet.

38



38/Ehepaar beim Abwasch in der Küche, Leipzig 1974. Foto: Gardi

39/Kinder eines Dresdner Kindergartens beim täglichen Spaziergang mit ihren Kindergärtnerinnen, 1974. Foto: Ulrich Hässler

40/Frauenzeitschrift „Für Dich“, Titel, Nr. 1/1978



39



40

Junge Frauen in der DDR

FÜR DICH beginnt – unser Titelbild hat es angekündigt – ein großes Gespräch aller Leser zum Thema »JUNGE FRAUEN HEUTE«. Was uns dazu veranlaßt? Nicht etwa, daß die junge Frau von heute ein „unbekanntes Wesen“ wäre. Wir wissen viel von ihr und Wichtiges: [...]

Aber fest steht ebenso, daß unser Alltag mit seinen Anforderungen, seinen Möglichkeiten und dem Noch-nicht-Möglichen, für junge Frauen, vor allem, wenn sie mehrere Kinder haben, besondere Probleme hat. Jeder weiß das, und davon zeugt auch unsere Leserpost. Einen der Briefe an *FÜR DICH* wollen wir zum Auftakt der Leseraktion „JUNGE FRAUEN HEUTE“ zur Diskussion stellen:

Seit langem bin ich wütend über eine Sache, zu der ich gerne einmal Eure Meinung wissen möchte. Mein Name ist Christa Kruschel, ich bin 27 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder, Antje 7, Holger 6 und Verena 2 Jahre alt. Ich arbeite als Montiererin im VEB GRW Teltow. Meine Arbeit macht mir Spaß, aber manchmal hört der Spaß auch auf. Dann nämlich, wenn ich die Meinung höre, wer mehrere Kinder hat, wird überall bevorzugt, und in der Leistung müßten wir auch nicht so viel bringen wie andere. Natürlich wirft einem keiner vor, daß man die Kinder hat. Aber wenn eins mal krank ist, sieht das schon anders aus. Bei mir war das so:

Unsere Kleinste war so anfällig, daß ich häufig nicht zur Arbeit kommen konnte. Da hatte ich oft ein ganz schön dummes Gefühl. Und wenn dann noch einer sagte, du hast dein Kind wohl aus dem Fenster gehalten, damit es mal wieder den Schnupfen kriegt, dann war ich sauer. Selbst wenn das ein Witz sein sollte, fand ich es furchtbar ungerecht. Genauso ungerecht ist manche Bemerkung bei der monatlichen Lohnabrechnung gewesen. [...] Von meinem Haushalt weiß ich, daß man eben hintereinander weg arbeiten muß, wenn man was schaffen will. Manchmal gehe ich am Wochenende arbeiten, wenn das für den Betrieb nötig ist. Am Wochenende kann ich das, weil mein Mann dann die Kinder betreut. An den anderen Tagen kommt er sehr spät, weil er außerhalb arbeitet.

Noch eine andere Sache bedrückt mich. Ich meine die gesellschaftliche Arbeit. 1975 und 1976 war ich Gewerkschaftsvertrauensfrau. Aber fast immer, wenn Probleme geklärt werden mußten, war ich nicht da. Das hatte keinen Sinn. Ich habe die Funktion niedergelegt. Natürlich will ich, wenn die Kinder größer sind und vor allem Verena stabiler geworden ist, wieder voll in die gesellschaftliche Arbeit einsteigen; die Aufgaben werden ja nicht kleiner, und ich will natürlich dabei sein.

Leider mußte ich mich jetzt entschließen, verkürzt – sechs Stunden – zu arbeiten. Der Arzt sagt, die Kleine darf auf keinen Fall länger als sechs Stunden in der Krippe bleiben. Diese Lösung ist für mich im Moment die einzige Möglichkeit, überhaupt zu arbeiten, wenn sie mir auch aus mehreren Gründen nicht besonders gefällt. Manche Schwierigkeiten sind für mich dadurch geringer geworden. Aber jeden Tag, wenn ich die Kinder von der Krippe oder vom Kindergarten hole, oder wenn ich mit ihnen beim Arzt sitzen muß, höre ich, daß andere Frauen, die mehrere Kinder haben, sich die gleichen Gedanken machen. Darum schreibe ich diesen Brief. Vieles ist in unserem Staat für die Frauen getan worden, kein Vergleich mehr zu früheren Zeiten. Aber ist es nicht so, daß man die jungen Frauen oft ungerecht beurteilt?

Eure Leserin Christa Kruschel

FÜR DICH hat Christa Kruschel im Betrieb besucht. Der Meister sagt von ihr: „In der Leistung meine beste Arbeiterin. Sie macht sich Gedanken über die Produktion, auch darüber, wie es weitergehen muß. Sie ist zu jedem besonderen Einsatz bereit, wenn der Betrieb sie braucht.“ Die Kolleginnen: „Christa sagt, was sie denkt, ist sowas wie ein Motor im Kollektiv, man hört auf sie.“

Liebe Leser, diskutieren wir über Frauen wie Christa Kruschel!

- Junge Frauen heute – wie sind sie eigentlich? Wie bewältigen sie ihre vielen Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft?
- Geben sie der Gesellschaft genauso viel wie ihre Mütter?
- Machen sie zuviel Gewese um ihre Kinder?

FÜR DICH erwartet Ihre Briefe unter dem Kennwort „JUNGE FRAUEN HEUTE“!

FÜR DICH 1/78, S. 10–11.

41



41 / Maxie Wander
beim Schreiben
in ihrem Garten.
Frühling 1963.
Foto: Fred Wander

42 / Christa Wolf, 1983.
Foto: Roger Melis

1977 war ein Buch der Schriftstellerin Maxie Wander erschienen, das den poetischen Titel „Guten Morgen, du Schöne“ trägt. Es versammelt insgesamt 19 „Protokolle nach Tonband“, in denen sich Frauen im Alter zwischen 16 und 92 Jahren offen und mutig über ihre privaten und beruflichen Lebensverhältnisse und ihre Glückserwartungen äußern. Maxie Wander ist noch im Jahr der Buchveröffentlichung im November gestorben, doch ihr Buch fand in der DDR eine sehr große Resonanz, die sich auch in verschiedenen Neuauflagen zeigte, weil hier vieles ausgesprochen wurde, was in der veröffentlichten Meinung der DDR ausgeblendet blieb. Ihre Publikation wurde nicht nur in der DDR zum Kultbuch, sondern erlebte auch in der Bundesrepublik eine anhaltende Erfolgsgeschichte und hatte 1985 im Luchterhand-Verlag bereits die 19. Auflage erreicht.

Nach Maxie Wanders Tod schrieb Christa Wolf einen Text, der als Vorwort in die erste westdeutsche Auflage und später auch in die Nachauflagen der DDR aufgenommen wurde und verdeutlicht, dass sie sich reflektierend dem Feminismus annähert, auch wenn sie sich selbst nicht als Feministin wahrgenommen hat.

Maxie Wander: Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung

Unsere Lage als Frau sehen wir differenzierter, seitdem wir die Gelegenheit haben sie zu verändern. Wir befinden uns alle auf unerforschtem Gebiet und sind noch weitgehend uns selbst überlassen. Wir suchen nach neuen Lebensweisen im Privaten und in der Gesellschaft. Nicht gegen die Männer können wir uns emanzipieren, sondern nur in der Auseinandersetzung mit ihnen. Geht es uns doch um die Loslösung von den alten Geschlechterrollen, um die menschliche Emanzipation überhaupt.

Offensichtlich geworden ist das Bedürfnis der Frauen nach Selbstverwirklichung. Noch zweifeln und scheitern viele am „Druck des Herkommens“, an den bestehenden Normen, die wir zu wenig in Frage stellen. Eine Frau hat mir gesagt: „Wenn ich dauernd gehindert werde, vom vorgeschriebenen Weg abzuweichen, im Elternhaus, in der Schule, im Beruf in der Politik, sogar in der Liebe, dann macht mich das böse und treibt mich in den Traum zurück. Ich beginne die Wirklichkeit zu hassen und mich selber auch, weil ich ein so lahmer Frosch bin.“ Eine andere sagte: „Zweifeln, Forschen, Fragen, das sind alles Dinge, die uns abhanden gekommen sind.“ Ich möchte sagen. Das alles müssen wir erst mühsam lernen, dazu hat uns die Geschichte nie zuvor Gelegenheit gegeben.

Maxie Wander: Guten Morgen, du Schöne. Protokolle nach Tonband, Berlin 1978, Vorbemerkung, S. 7.

Christa Wolf 1977

Ökonomisch und juristisch sind wir den Männern gleichgestellt, durch gleiche Ausbildungschancen und die Freiheit, über Schwangerschaft und Geburt selbst zu entscheiden, weitgehend unabhängig, nicht mehr durch Standes- und Klassenschranken von dem Mann unserer Wahl getrennt; und nun erfahren wir (wenn es wirklich Liebe ist, was wir meinen, nicht Besitz und Dienstleistung auf Gegenseitigkeit), bis zu welchem Grad die Geschichte der Klassengesellschaft, das Patriarchat, ihre Objekte deformiert hat und welche Zeiträume das Subjektwerden des Menschen – von Mann und Frau – erfordern wird. Immer noch müssen viele Frauen sich verstellen, damit ihre Liebe zum Tauschwert für das unreife Liebesverlangen vieler Männer werden kann („Man muß den Männern etwas vorspielen, sonst verschreckt man sie“).

Obwohl es sehr schwierig ist, finden sie heraus, daß auch Frauen einander lieben, miteinander zärtlich sein können. Daß sie den Rückzug des im Außendienst starken Mannes auf infantiles Verhalten in ihren Armen nicht mehr decken wollen. Also fliehen sie das „enge Schlafzimmer“, in das sie mit ihrem Mann „verbannt“ sind, finden sich mit der Gefühlsverkrümmung nicht mehr ab, an der viele Männer durch generationenlangen Anpassungszwang an „zweckmäßige“ Verhaltensweisen leiden, verweigern die Mutterrolle und lassen sich scheiden.

Sie zahlen für ihre Unabhängigkeit mit einem schwer erträglichen Schmerz, oft mit Alleinsein, immer mit zusätzlicher Arbeitslast, meist mit schlechtem Gewissen gegenüber Mann, Kindern, Haushalt, Beruf, dem Staat als Über-Mann. Erst wenn wir – unsere Töchter, Enkel – nicht mehr schlechten Gewissens sind, werden wir wirklich gewissenhaft handeln, erst dann werden wir den Männern helfen können, jenen Unterordnungs- und Leistungszwang wahrzunehmen, der vielen von ihnen, historisch bedingt, zur zweiten, verbissen verteidigten Natur geworden ist.

[...]

Die Möglichkeit, die unsere Gesellschaft ihnen gab: zu tun, was die Männer tun, haben sie, das war vorauszusehen, zu der Frage gebracht: Was tun die Männer überhaupt? Und will ich das eigentlich?

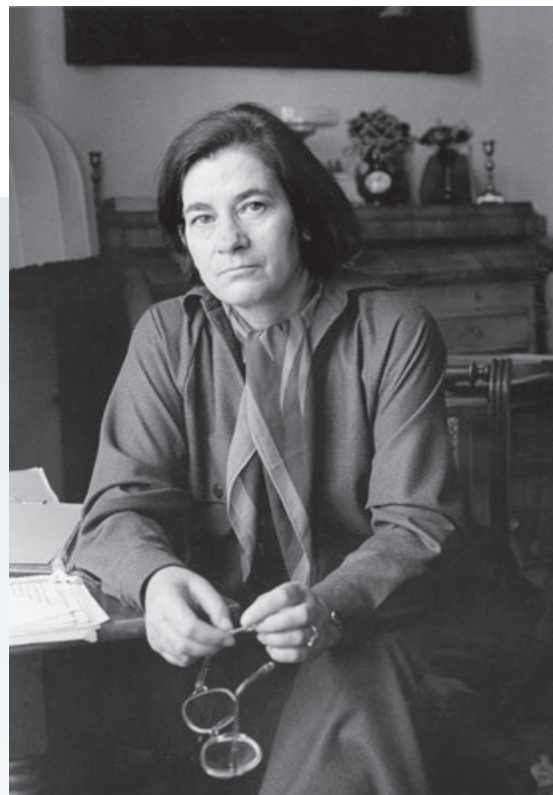
[...]

So äußert sich ein neues Zeit- und Lebensgefühl (übrigens auch bei jungen Männern). Frauen, durch ihre Auseinandersetzung mit realen und belangvollen Erfahrungen gereift, signalisieren einen radikalen Anspruch: als ganzer Mensch zu leben, von allen Sinnen und Fähigkeiten Gebrauch machen zu können.

[...]

Aber wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß Frauen nicht mehr nur nach Gleichberechtigung, sondern nach neuen Lebensformen suchen. Vernunft, Sinnlichkeit, Glückssehnsucht setzen sie dem bloßen Nützlichkeitsdenken und Pragmatismus entgegen – jener „Ratio“, die sich selbst betrügt: Als könne eine Menschheit zugleich wachsende Anteile ihres Reichtums für Massenvernichtungsmittel ausgeben und „glücklich“ sein; als könne es „normale“ Beziehungen unter Menschen irgendwo auf der Welt geben, solange eine Hälfte der Menschheit unterernährt ist oder Hungers stirbt. Das sind Wahnideen. Es kommt mir vor, daß Frauen, denen ihr neu und mühsam erworbener Realitätsbezug kostbar ist, gegen solchen Wahn eher immun sind als Männer. Und daß die produktive Energie dieser Frauen deshalb eine Hoffnung ist.

Christa Wolf: *Berührung*. Ein Vorwort, in: Maxie Wander: *Guten Morgen, du Schöne. Frauen in der DDR*. Protokolle, Darmstadt und Neuwied 1979, S. 13–18.



42

Literatur und Feminismus in der DDR: Irmtraud Morgner

Irmtraud Morgner weiß, wohin das hierarchisch-männliche Realitätsprinzip führt: „Wenn der Mensch gegenüber der Natur und dem Planeten nur als Eroberer auftritt, dann geht die Welt zugrunde, das wissen wir heute.“ [...]

Als vor sieben Jahren ihr Roman „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura“ als „so etwas wie eine Bibel der aktuellen Frauenemanzipation“ im Westen willkommen geheißen wurde, da war die Morgner ehrlich überrascht: „Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß meine Bücher in kapitalistischen Ländern gebraucht werden könnten. Ich hab’ die ‚Trobadora‘ natürlich für uns geschrieben, und ich war mir überhaupt nicht bewußt, daß Leute, die doch in einem ganz anderen sozialen Verbund leben, den ich nicht kenne, mit einem Buch etwas anfangen können, das ganz genau sozial beschreibt, wie’s bei uns in der DDR ist. Aber offenbar ist Literatur eben weitmaschig und macht so viele Angebote, daß sie auch funktioniert, wenn Erfahrungen aus ganz anderen sozialen Strukturen eingelegt werden.“ [...]

Irmtraud Morgner schreibt: „Die größten ketzerischen Potenzen – fähig, das Mögliche von übermorgen zu bedenken – sind heute unter den Frauen zu vermuten.“ Ihr eigenes Ketzerdenken hat ihr ein paar vorhersehbare Gegnerschaften – etwa seitens der offiziellen Frauenorganisation der DDR –, aber auch einige überraschende Verbündete [...] eingetragen: „In der DDR gibt es keine Frauenbewegung, da gibt es nur den Demokratischen Frauenbund. Aber da neunzig Prozent der Frauen arbeiten, wissen sie auch Bescheid darüber, was Gleichberechtigung in der DDR heißt – die gleichen Rechte wie die Männer, aber die doppelten Pflichten, denn achtzig Prozent der Haus- und Erziehungsarbeit wird von diesen werktätigen Frauen geleistet und nur elf Prozent von Männern. Das ist keine kameradschaftliche Beziehung, das ist nicht, was man proletarische Solidarität nennt. Dennoch ist das Wort Feminismus in unserem Land ein Reizwort, so wie vor dreißig Jahren Kybernetik ein Reizwort war – inzwischen haben wir das längst als nützliche Erfahrung übernommen.“

Gibt es in der DDR dann Feminismus als Sache, wenn auch nicht als Wort? „Ich halte mich“, sagt Irmtraud Morgner, „für eine Feministin im Sinne von Marx, und meine Bücher werden gelesen. Das ist ein Zeichen für mich, daß ich gebraucht werde, daß ich schon sage, was andere Leute auch riechen oder fühlen.“ Marx habe gesagt, der gesellschaftliche Fortschritt lasse sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts. „Und wenn der die Sache so hoch eingebunden hat, dann kann das doch kein Nebenwiderspruch sein, oder?“

43



Hauptwiderspruch her, Nebenwiderspruch hin. Vielleicht liegt der Hauptnebenwiderspruch heute für Frauen in der Realisierbarkeit einer Autonomie, die sie längst kennen und herbeischreiben. Länger als eine Woche konnte die Morgner jedenfalls nicht verreis bleiben: „Daheim wartet ja David, mein Sohn,“ David ist sechzehn. Und ob sie vor ihrem Vater, dem Lokomotivführer und Nicht-Leser, als Schriftstellerin bestehen kann, ob der Vater ihren Beruf wirklich respektiert, dessen ist sich die Nationalpreisträgerin heute noch nicht sicher. Und Frau Morgner ist fünfzig.

Sigrid Löffler: Eine anmutige Spinnerin. Die Frauen müssen die Welt instandbesetzen, in: Die Zeit, 10. Juni 1983, S. 59.

43/Irmtraud Morgner, Schriftstellerin, 1985.
Foto: Bettina Flitner.

44/Hildegard Maria Nickel

Eine Frauenforschung, die ihren Namen verdient, hat es in der DDR nicht gegeben. Zwar wurde bereits 1964 ein Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ gegründet, der 1978 einen affirmativen Sammelband „Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR“ publiziert hat (>Kuhrig/Speigner 1978).

Der Beirat wurde 1981 in den Wissenschaftlichen Rat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ umgebildet, den Herta Kuhrig leitete. Immerhin waren nun von den 36 Ratsmitgliedern 23 Frauen, darunter 17 Doktorinnen, davon acht Professorinnen. Es gab eine interne Publikationsreihe („grüne Hefte“), die Ursula Schröter und Renate Ullrich (2005) untersucht haben. Kritische Befunde wurden allenfalls in der Familiensoziologie veröffentlicht. Doch auch hier fehlen brisante Ergebnisse.

Signifikant ist, dass in der DDR Funktionsbezeichnungen wie Minister oder SED-Bezirkssekretär, aber auch Berufe

nicht geschlechtsspezifisch bestimmt, sondern durchweg ausschließlich in der maskulinen Form verwendet wurden. „Die Geschlechter, ihre spezifischen Probleme sowie auch die sozialen Konflikte zwischen ihnen wurden so bereits auf der sprachlichen Ebene zum Verschwinden gebracht.“ (>Renate Ullrich, in: die hochschule 1/2007, S. 151) Die wenigen Frauen, die wie Irene Dölling, seit 1985 Professorin am Institut für Kulturwissenschaften der Humboldt-Universität, oder wie Hildegard Maria Nickel, seit 1986 am dortigen Bereich Sozialwissenschaften tätig waren, konnten Frauenforschung im engeren Sinn erst nach der Wende betreiben.

Frauengruppen gab es allerdings in der oppositionellen Bewegung. In der Literatur hat sich vor allem Irmtraud Morgner als Feministin profiliert.



44

Frauenforschung in der DDR

Die 1930 in einer kommunistischen Familie geborene Herta Kuhrig lebte nach Ihrer Flucht aus Böhmen in Mecklenburg, studierte seit 1950 marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften, wird Mutter von zwei Töchtern. Am Ende der 1950er Jahre wird sie in die ideologische Denkfabrik der SED, dort wird sie 1963 zur Professorin berufen. Im Rückblick erinnert sie sich:

Eine Frauenquote war in der DDR nie festgeschrieben, aber hinter den Kulissen hat es sie immer gegeben. Wir hätten nicht so viele Frauen in der Volkskammer gehabt, wenn nicht klar gewesen wäre, dass mindestens ein Drittel der Sitze mit Frauen zu besetzen sei. Obwohl ich nicht alt genug war und nicht im Parteiapparat gearbeitet hatte, wurde ich aufgrund der Frauenförderung zum 1. Dezember 1959 am Institut für Gesellschaftswissenschaften angenommen, wo die Grundlinien der Parteipolitik erarbeitet und kontrolliert wurden. [...] Meine Dissertation untersuchte die sozialistischen Familienbeziehungen in der DDR.

Da ich weitermachen wollte mit den Themen Frauen und Familie, bin ich schließlich an der Akademie [...] gelandet, wo Mitte der sechziger Jahre die wissenschaftlichen Grundlagen für die Frauenpolitik geschaffen wurden. Mit dieser Aufgabe konnte ich mich voll identifizieren.

Die Arbeit an der Akademie war aber nicht immer leicht. Wie oft wurde ich abgekanzelt von Inge Lange, der zuständigen Sekretärin im Zentralkomitee für die Frauenarbeit: Dass ich die Arbeit nicht im Griff hätte! Dass ich wieder etwas nicht richtig gemacht hätte! Ich habe den Mund gehalten und gegenüber den Mitarbeitern die offizielle Linie vertreten. Eine gute Freundin von mir, Chefredakteurin der Für Dich, hat mir oft gesagt: „Mädchen, wie lange willst du dir das noch gefallen lassen?“

Ja, warum habe ich mir das gefallen lassen? Da war es wieder: Wegen der Partei. Der Zentralismus hatte doch auch viel Positives. Ich stand mit meinem Namen für eine Frauenpolitik, die im Verhältnis zu den anderen sozialistischen Staaten wirklich klasse war! Bei uns gab es Kinderkrippen, Kindergärten, Beruf und Familie waren vereinbar. Und für eine gute Sache... aach... steckt man eine Menge ein. Man könnte mich als Opportunistin abtun. Ich habe mir aber gesagt: „Wenn du jetzt einen Schritt weitergehst, bist du weg vom Fenster. Und eine Nachfolgerin dürfte es nicht besser machen als du.“ Also habe ich mich arrangiert.

Zum Beispiel Herta Kuhrig, in: Helga Hirsch: Endlich wieder leben. Die Fünfzigerjahre im Rückblick von Frauen, München 2012, S. 182f.

45



45/Udo Lindenberg besucht am 15. Januar 1984 die Ostberliner Frauenrockband Mona Lise, mit der er eine gemeinsame West-tournee plante. Mona Lise (v.l.n.r.): Manuela Rehberg, Lieselotte Reznicek, Antje Wittösch, Christina Powileit

46/Cover der Mona Lise-LP, 1989.

47/Tamara Danz, Berlin 1985.
Foto: Ute Mahler



46

Junge Rebellinnen

Die Frauen, die 1982 die erste professionelle Frauenrockband in der DDR gründeten, in der kein einziger Mann mitwirkte, waren sanfte Rebellinnen. Ihre Frontfrau, die Sängerin Lieselotte Reznicek, hatte eine klassische Musikausbildung absolviert und war sogar Bach-Preisträgerin geworden, doch lockte sie das kreative Experiment in einer aus nur vier Personen bestehenden unabhängigen Frauengruppe. Es war wohl in erster Linie dieses Novum, das den Konzertmanager Fritz Rau dazu anregte, Mona Lise als Vorband für Udo Lindbergs bevorstehende West-tournee zu verpflichten.

An diese Stelle muss eine interessante Vorgeschichte in Erinnerung gerufen werden. Udo Lindenberg hatte auch in der DDR viele Fans, durfte dort jedoch lange Zeit nicht auftreten. Sein Lied „Sonderzug nach Pankow“, in dem er den als „Rocker“ und „Oberindianer“ apostrophierten Erich Honecker voll Ironie gedrängt hatte, seinen Auftritt in der DDR zu ermöglichen, schien jede Chance zu blockieren. Doch am 25. Oktober 1983 konnte er im Palast der Republik in einem Konzert „Rock für den Frieden“, bei dem auch Harry Belafonte mitwirkte, vier seiner Songs präsentieren. Weil Lindenberg als engagierter Befürworter der westdeutschen Friedensbewegung galt, konnte die FDJ-Führung, unterstützt von Egon Krenz, seine Einladung erreichen. Lindenberg hatte für seine Zusage die Zu-

sicherung für eine DDR-Tournee erhalten, die von den DDR-Behörden allerdings nicht eingehalten wurde. Daher war Lindbergs Wunsch, mit Mona Lise zumindest im Westen auf Tournee zu gehen, nicht nur musikalisch motiviert, sondern auch eine politische Geste. Doch die Absicht scheiterte, weil die Künstleragentur der DDR die Genehmigung verweigerte.

Mona Lise, in der von 1986 an auch männliche Mitglieder mitwirkten, hatte zwar bei Auftritten und auch im Fernsehfunk der DDR ihr Publikum, doch blieb eine weitere Initiative erfolglos, die Band auch im Westen bekannt zu machen. Die Sängerin Annette Humpe scheiterte bei dem Versuch, eine LP der Band im Westen zu produzieren, weil die DDR eine entsprechende Kontaktaufnahme durch Einreiseverbot sabotierte. Erst 1989 konnte die erste LP von Mona Lise in der DDR erscheinen. Das Cover stellt eine verblüffende Metapher für die aktuelle politische Situation dar, und auch die Texte der Band lassen eine Endspiel-Stimmung anklingen. Als „Liese“ Reznicek die Band im gleichen Jahr verließ, um als Lehrerin zu arbeiten, löste sich diese anschließend auf.

Tamara Danz avancierte in den 1980er Jahren zur wichtigsten Rocksängerin der DDR. In der jungen Generation, die im Jahrzehnt zuvor die Radikalität der schließlich von der SED verbotenen Leipziger „Butlers“ fasziniert hatte, wurde ihre Energie Symbol für den Anspruch auf Selbstverwirklichung in einer Gesellschaft unter Konformitätsdruck. Die 1952 geborene Tochter einer Kindergärtnerin und eines Maschinenbauingenieurs, der zeitwei-

Raus aus der Spur

Kaum eine andere DDR-Band bürgte wie Silly für Anspruch, Können und Integrität. 1978 in Berlin gegründet, gelang der Gruppe fünf Jahre später mit „Mont Klamott“ der Durchbruch. Die Platte kreuzte den musikalischen Biss der New Wave mit sinnlich-prallen und tieflotenden Bildern auf einem nicht nur für DDR-Verhältnisse einzigartigem Niveau. [...]

Mit dem 1986er Geniestreich „Bataillon d’amour“ setzte Silly zum Sprung über die Mauer an. CBS veröffentlichte die Gruppe unter Lizenz [...] Die Kulturverwalter der DDR händigten den lange verwehrteten Reisepass aus und unterzeichneten Exklusivverträge. Und doch vermochte der Höhenflug nicht, an Sillys Glaubwürdigkeit zu kratzen, am Nimbus der Kompromisslosigkeit. Tamara Danz, die Stimme der Band, wuchs für die Medien und Fans zum Identifikationsobjekt: die starke, erotische Frau, die als Sängerin über die ganze Bandbreite verfügte – vulgär und sensibel, warm und schneidend kalt. Im Westen wurde sie als „Tina Turner des Ostens“ hofiert, in der DDR als „Rocklady Nummer eins“. [...]

Die Spitzenposition behauptete Silly auch mit dem folgenden Opus, „Februar“, 1989 veröffentlicht. Die Platte vereinte noch einmal all das, was der Band ihre Klasse verlieh: eine perfekte Produktion, messerscharfe, intelligente Texte, Rockmusik auf der Höhe der Zeit

Rauhut 2002, S. 100.



47

lig als Handelsrat in Rumänien tätig war, verbrachte einige frühe Lebensjahre in Rumänien. Bereits vor ihrem Abitur engagierte sie sich in einer Schulband, ein Dolmetscherstudium brach sie nach kurzer Zeit ab. Weil ihre Bewerbung an der Hochschule für Musik 1973 abgelehnt wurde, sang sie zunächst ohne die in der DDR für professionelle Bands erforderliche Lizenz, bis sie diese an der Musikschule in Friedrichshain 1976 erwerben konnte.

Zwei Jahre später kam sie als Sängerin, die auch selbst Texte schrieb, zu der im Prenzlauer Berg neu gegründeten Band Silly, deren Songs zunehmend durch einen von der internationalen Rockmusik inspirierten Sound und politisch hintersinnige Texte bestimmt waren. Tamara Danz, rasch populär, wurde in der ersten Hälfte der 1980er Jahre wiederholt zur „Besten Rocksängerin des Jahres“ gewählt. Im 1989 erschienenen Silly-Album „Februar“ funkte gleichsam metaphorisch ein Text, den Tamara Danz gemeinsam mit Gerhard Gundermann geschrieben hatte, „SOS“: „Wir bezwingen Ozeane/Mit'm gebrauchten Narrenschiff/Über uns lacht 'ne goldne Fahne/Unter uns ein schwarzes Riff.“

Am 18. September 1989 war Tamara Danz als Mitinitiatorin an einer Resolution von Rockmusikern und Liedermachern beteiligt. Darin hieß es: „Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, sind besorgt über den augenblicklichen Zustand unseres Landes, über den massenhaften Exodus vieler Altersgenossen, über die Sinnkrise dieser gesellschaftlichen Alternative und über die unerträgliche Ignoranz der Partei- und Staatsführung, die vorhandene Widersprüche bagatellisiert und an einem starren Kurs festhält. [...] Wir wollen in diesem Land leben, und es macht uns krank, tatenlos mit ansehen zu müssen, wie Versuche einer Demokratisierung, Versuche der gesellschaftlichen Analyse kriminalisiert bzw. ignoriert werden. Wir fordern Änderung dieser unaushaltbaren Zustände.“ (Zit. n. Rauhut 2002, S. 133). Tamara Danz verlas diese Resolution auf ihren Konzerten, obwohl dies die Behörden untersagt hatten. Am 28. November 1989 gehörte die engagierte Rocklady, die mit Mut und scharfem Verstand ausgestattet war, zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs „Für unser Land“. Sie starb 1996 nach einer Krebserkrankung in Berlin.

Grenzgängerinnen

Katharina Thalbach ist eine Grenzgängerin in vielerlei Hinsicht. Sie hat im Dezember 1976 mit ihrem Lebenspartner Thomas Brasch die DDR verlassen, sie hat mit ihm Grenzerfahrungen in einer Beziehung erlebt und sie hat als künstlerisches Multitalent die Schranken zwischen verschiedenen künstlerischen Betätigungsfeldern überschritten.

Das 1954 geborene Theaterkind war die Tochter des Schweizer Regisseurs Benno Besson. Dieser war einem Rat von Bertolt Brecht gefolgt und übersiedelte 1949 von Zürich nach Ost-Berlin, wo er zunächst am Berliner Ensemble, seit 1962 am Deutschen Theater große Erfolge feierte, bis er schließlich 1969 an die Volksbühne wechselte und damit den bedeutenden Theatern in Ost-Berlin seinen Stempel aufdrückte.

Katharina Thalbach stand schon mit fünf Jahren auf der Bühne. Nachdem ihre Mutter, ebenfalls eine Schauspielerin, 1966 gestorben war, kümmerte sich die Prinzipalin des Berliner Ensembles, Helene Weigel, um das energiegeladene junge Mädchen, das mit 15 Jahren in der

„Dreigroschenoper“ debütierte. Thalbach macht am Theater und im Film Karriere und begegnet 1968 Thomas Brasch, dem sie bis zu dessen Tod eng verbunden bleibt. Thomas Brasch stammt aus einer deutsch-jüdischen Familie, sein während der Nazizeit nach London emigrierter Vater war ein exponierter SED-Kulturfunktionär, der nicht verhindern konnte, dass seine drei Söhne gegen die Erstarung des DDR-Sozialismus rebellierten. 1977 erschien im Westberliner Rotbuch-Verlag das wichtigste frühe Werk von Thomas Brasch „Vor den Vätern sterben die Söhne“, in dem er mit dem DDR-Alltag abrechnet. In der ersten Geschichte schreit der Schichtarbeiter Robert seine Frustration heraus: „Alles anders machen. Ohne Fabriken, ohne Autos, ohne Zensuren, ohne Stechuhren. Ohne Angst. Ohne Polizei.“ (Brasch 1977, S. 18) Katharina Thalbach und Thomas Brasch, der nach seinem Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei fast ein Jahr im Gefängnis verbringen musste, hatten die Biermann-Petition unterzeichnet und waren mit einem drei Jahre gültigen Visum aus der DDR ausgereist. Thalbachs Lebensgefährtin fühlte sich in beiden Deutschlandern nicht heimisch, er war innerlich zerrissen und sein kreatives Genie von

48



48/Katharina Thalbach, Berlin 1974.
Foto: Sybille Bergemann

49/Der Passagier –
Welcome To Germany
(BRD 1987, Regie: Thomas Brasch)



49

Im Gespräch: Katharina Thalbach – ein Rückblick 2008

Frau Thalbach, Sie haben mehr als zwanzig Jahre in Ostdeutschland, mehr als dreißig Jahre in Westdeutschland verbracht. Wo sind Sie daheim?

In mir.

Wie setzen Sie das zusammen?

Aus einem Nachkriegsberlin fast à la Zille, aus einer sehr intensiven Mauerzeit samt einer Aufbruchphase in der DDR, dann aus einer Emigrationszeit in West-Berlin, das irgendwann mein Zuhause wurde. Und natürlich aus dem neuen, vereinigten Berlin, das ich als ein totales eklektizistisches Konglomerat in jeder Beziehung wahrnehme und liebe.

Gibt es heutzutage noch einen Unterschied zwischen Ost und West?

Ich denke schon, so schnell kann die Teilung nicht überwunden werden. Sie beschäftigt mich derzeit freilich nicht sehr, muss ich zugeben. Doch ich erinnere mich gut daran, dass die Westdeutschen weder vor noch nach der Maueröffnung besonders neugierig auf die DDR waren, die hatten immer nur ihre vorgefassten Urteile und Klischees im Kopf. Als ich in den Westen kam, war ich schockiert, wie wenig die ganz normalen Leute – das war keine Klassen- und keine Altersfrage – von uns wussten und wissen wollten. Das hat sich, finde ich, bis dato kaum geändert.

Sie verließen die DDR 1976 nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann zusammen mit Ihrem Lebensgefährten, dem Schriftsteller und Filmemacher Thomas Brasch. Haben Sie die DDR in der Zeit bis zur Maueröffnung besuchen können?

Mehrere Jahre lang durften wir beide nicht rüber. Dann haben wir an Erich Honecker geschrieben und darum gebeten, wieder einmal einreisen zu dürfen, genau wie es allen möglichen anderen Leuten, ob Jurek Becker, Angelica Domröse oder Hilmar Thate, auch erlaubt wurde. Als Antwort erhielten wir neue Pässe, gültig für drei Jahre, die Staatsbürgerschaft war uns ja nie aberkannt worden. So bin ich ungefähr 1985 aus West-Berlin nach Ost-Berlin gefahren. Aber ich gehörte nicht mehr dazu. Und die meisten alten Freunde waren inzwischen wie wir im Westen. Unsere Sehnsucht war ohnedies ziemlich geschrumpft, weil wir so lange hatten wegbleiben müssen. Da gab es einen ganz klaren Schlussstrich.

Obwohl Sie nicht die besten Erfahrungen gemacht hatten, sagten Sie im Sommer, wie froh Sie wären, beim Experiment DDR dabei gewesen zu sein?

[...]. Ich kann wirklich nicht begreifen, warum sich die Leute darüber so aufregen. Dass in der DDR viel Scheiße passiert ist, muss man wohl nicht betonen, ich habe sie schließlich nicht ohne Grund verlassen. Ich war nie in der Partei, ich habe heftig mit diesem Land gehadert – und trotzdem bin ich froh, dass ich meine ersten zweiundzwanzig Jahre dort verbringen konnte. Denn ich habe unglaublich viel gelernt und wahrscheinlich an einer Utopie schnuppern können. Natürlich hatte ich Glück mit den Künstlerkreisen um das Berliner Ensemble herum, in denen ich aufgewachsen bin. Da habe ich – mit allen Schwierigkeiten – hautnah mitgekriegt, wie wichtig Kunst sein kann. Wir hatten eben kurzzeitig die Illusion, die Kunst als gesellschaftliches Gebilde könne etwas bewirken. In gewisser Weise war das für die Linken im Westen ebenso, aber die Machthaber hat das kein bisschen interessiert. Die Regierung in der DDR allerdings hat sich tatsächlich über das aufgeregt, was auf manchen Bühnen los war.

Könnten böse Westler sagen, dass es in der DDR trotzdem nicht so viel zu lachen gab?

Sicher, wenn man nur die Stasi und die Mauer sah. Ansonsten stimmt das nicht, bei uns gab es richtig viel zu lachen, wir hatten wahrscheinlich mehr und bessere Witze als die Westdeutschen. Wir hatten mehr Sex, und wir hatten mehr zu lachen – es gab einfach nicht so viele Ablenkungen!

Interview mit Irene Bazinger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. November 2008



exzessiver Sucht bedrängt. Sein bekanntestes Gedicht: „Was ich habe, will ich nicht verlieren, aber/ wo ich bin will ich nicht bleiben, aber/ die ich liebe will ich nicht verlassen, aber/ die ich kenne will ich nicht mehr sehen, aber/ wo ich lebe will ich nicht sterben, aber/ wo ich sterbe, da will ich nicht hin/ bleiben will ich, wo ich nie gewesen bin.“ Brasch, der vor seiner Verhaftung ein Dramaturgiestudium begonnen hatte, realisierte in der Bundesrepublik verschiedene Filme nach eigenen Drehbüchern, in denen Katharina Thalbach als Protagonistin mitwirkte. Sie arbeitet aber auch mit anderen namhaften Regisseuren zusammen, darunter in Volker Schlöndorffs „Blechtrömmel“, spektakulär in der Männerrolle „Friedrich – ein deutscher König“ (2011). 1987 startet sie ihr Regiedebüt mit „Macbeth“ am Berliner Schillertheater, dem zahlreiche Regiearbeiten, auch für einige Opernproduktionen, folgen. Bis heute ist Katharina Thalbach eine der wichtigsten Schauspielerinnen und eine namhafte Regisseurin in Deutschland geblieben.

Nina Hagen, die im gleichen Jahr wie Katharina Thalbach die DDR verlässt, bildet mit ihrer Geschichte einen markanten Kontrast zu Katharina Thalbach. Sie ist wie keine andere das *Enfant terrible* der deutschen Unterhaltung. Während sich beide durch Mut und Selbstbewusstsein auszeichnen, ist Nina Hagen durch ein Sinn suchendes Temperament charakterisiert, das sich keinem Lebensexperiment versagt. Die Tochter der Schauspielerin Eva-Maria Hagen, die von 1965 bis 1972 mit Wolf Biermann zusammenlebt, stößt wegen dieser Beziehung in der DDR früh auf Widerstand. Ihre Bewerbung für ein Schauspielstudium wird von der Staatssicherheit verhindert. Nina Hagen wird daraufhin Mitglied in zwei DDR-Bands, doch die Zwangsausbürgerung von Wolf Biermann beendet auch ihre DDR-Karriere als Rocksängerin. Sie übersiedelt zunächst nach Großbritannien und wird dort in der Punk-Szene aktiv. Ein Jahr später kehrt sie in die Bundesrepublik zurück und gründet in Kreuzberg die Nina-Hagen-Band, mit der sie sich als Punk-Rock-Diva in Szene setzt. Als neugierige Kosmopolitin erkundet sie die Welt und erregt im österreichischen Fernsehen provozierendes Aufsehen mit demonstrativer sexueller Libertinage. Eine denkwürdige Performance führt sie 1985 in die brasilianische Metropole, wo sie sich bei „Rock in Rio“ vor 300 000 Menschen präsentiert.

Doch ihr Lebensstil und ihre Weltsicht wandeln sich zeitweilig radikal. Seit den 1980er Jahren entwickelt sie einen Hang zur Spiritualität außerhalb der europäischen Tradition. 2000 tritt sie im Berliner Ensemble im Sari in einer „Indischen Nacht“ auf. Doch die Exzentrikerin engagiert sich auch für den Tierschutz und in karitativen Projekten. Es scheint, als habe ihre Biografie jener „Nachholebedarf“ bestimmt, der alles zu erproben suchte, was in der DDR verboten war.



50 / Nina Hagen, 1978.

51 / Nina Hagen, Berlin, März 2000.
Foto: Sibylle Bergemann

52



53



54



52/Rechenzentrum im Chemieanlagenbau Grimma, 1977.
Foto: Gerhard Weber

53/Feldbaubrigade, Erlin, Landkreis Leipzig, 1984.
Foto: Gerhard Weber

54/Zeitungsredakteurin, Leipzig 1987
Foto: Mahmoud Dabdoub

Arbeit und Beruf

Vordergründig konnte die DDR gegenüber der Bundesrepublik einen Emanzipationsvorsprung geltend machen, wenn in Anknüpfung an die marxistische Tradition die Arbeit als das erste Lebensbedürfnis des Menschen verstanden wird.

Die Erwerbsquote für Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren hatte in der DDR 1970 zwei Drittel, nach verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit 1980 knapp drei Viertel erreicht, der Vergleichswert für die Bundesrepublik betrug zu diesem Zeitpunkt 50 Prozent. 1989 waren in der DDR 78,1 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig, darunter hatten fast neun Zehntel (87 %) eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im gleichen Jahr betrug die weibliche Erwerbsquote in der Bundesrepublik 55,5 Prozent. Wenn man die Personen einbezieht, die sich in einer Ausbildung befunden haben, erreichte die DDR 1989 sogar eine der weltweit höchsten Frauenerwerbsquoten von 91,2 Prozent (› Hildegard Maria Nickel, in: Nickel/Helwig [Hrsg.], S. 237).

Das traditionelle Rollenverhalten von Männern und Frauen hat sich in der DDR trotz weitgehender Doppelberufstätigkeit kaum verändert. 1974 mussten die Frauen immer noch drei Viertel der Hausarbeit erledigen, und zehn Jahre später hatte sich diese Belastung nur geringfügig um drei Prozentpunkte reduziert (› Nickel, a. a. O., S. 245).

Die Sozialpolitik der DDR hat in den 1970er Jahren die Berufstätigkeit der Mütter erleichtert. Das war nicht nur eine Folge des Arbeitskräftemangels, sondern auch durch die niedrige Geburtenrate bedingt. In den 1970er Jahren wurde die Bereitstellung von Kinderkrippenplätzen, die 1960 erst knapp 15 Prozent ausgemacht hatte, von 30 auf 60 Prozent verdoppelt (› Statistisches Taschenbuch der DDR 1980, S. 126) und erreichte 1989 ei-

Ein kritischer Rückblick

Hinsichtlich der zahlenmäßigen Entwicklung von Frauenerwerbsarbeit und der damit verbundenen relativen ökonomischen Selbständigkeit von Frauen war diese Politik durchaus erfolgreich. [...] Der paternalistisch-patriarchale Zug dieser DDR-Gleichstellungspolitik war nicht auf den ersten Blick erkennbar, und die ambivalenten Folgen, die diese Politik für Frauen hatte, blieben hinter propagandistischen Vordergründigkeiten verdeckt. Das Geschick der östlichen Landestöchter lag in der Hand von Vater Staat. Er definierte, was das höchste Glück der Frau zu sein hatte. Der Drahtseilakt von Mutterschaft und planwirtschaftlichem beruflichem Leistungsdruck, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als rein weiblicher Tugend.. [...]

Die patriarchale Gleichberechtigungspolitik ist strukturelle Grundlage dafür, daß Frauen und Männer trotz der beeindruckenden Belege für den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Frauen in der DDR im Erwerbsleben sozial Ungleiche blieben. Vor dem Hintergrund lauthals propagierter Gleichberechtigung konnte Mann ganz selbstverständlich an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern festhalten und geflissentlich die sozialen Differenzen und das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern übersehen.

Hildegard Maria Nickel „Mitgestalterinnen des Sozialismus“ – Frauenarbeit in der DDR, in: Helwig/Nickel [Hrsg.], S. 234.

Aus dem Leben einer Ostberliner Familie

Wie [...] verläuft eigentlich der Tag einer Frau, die drei Kinder hat (Sven – 14 Jahre, Jens – 13, Lars – 1), einen Mann (Werner – 36), einen Beruf (Industriekaufmann, jetzt Arbeitskräfterechner), eine Wohnung (Neubau AWG [Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft RT], 4 Zimmer, knapp 88 qm, Miete 149 Mark) [...]

„Ich stehe um kurz nach fünf auf“, sagt Frau Karsten. „Um viertel sieben gehe ich aus dem Haus, in die Krippe, dann mit der Straßenbahn zur Arbeit. Ich hab's gut, die Arbeit ist nicht weit weg. Ich arbeite von dreiviertel sieben bis viertel vier, wegen dem Gesetz für Mütter. Viertel vier gehe ich also nach Hause, erst Einkaufen in die Kaufhalle, meist holen dann die Großen den Kleenen ab. Früher, da ist mein Mann oft mitgekommen zum Einkaufen, aber der hat so unregelmäßig Feierabend, da wird det nischt. [...] Dann? Na aufräumen, Abendbrot vorbereiten, das macht oft mein Mann oder die Jungs, weil ich ja den Kleenen machen muß. Um halb acht, da ist alles erledigt. Um acht sind die großen im Bett, dürfen noch was lesen, nee, Fernsehen ist nicht, nur am Wochenende. Und ab acht, da sitzen wir, manchmal trinke ich eine Tasse Kaffee, er sein Bier und dann kieken wir in die Röhre, keine Handarbeit, dafür bin ich nicht, lesen, ja, das tue ich, dann brauche ich kein Fernsehen. Mein Mann, der bringt sich ja oft was von der Arbeit mit, dann sitzt er und arbeitet. So um halb, dreiviertel zehn ist Feierabend, dann gehen wir schlafen. – Ja, was noch?

Da ist nichts an der Oberfläche, was schnell geantwortet werden könnte. Lesen und Reisen, die zwei Worte kehren oft wieder, das Ausgehen – aber dann stellt sich heraus, es ist eher das Gefühl von Ausgehen, weniger der Tatbestand.

„Ich hab's eben gern“, sagt Frau Karsten, die 33jährige, seit 15 Jahren verheiratete, „ich hab's eben gern wenn die Familie zu Hause ist! Vorher sitze ich zu Hause und warte, ich lese und wasche und bügle, irgendwas ist immer zu tun. Mein Mann, der ist so kaputt, wenn er von der Arbeit kommt, könnte ja um fünfe sein, aber das passiert so gut wie nie, wenn er dann da ist, hat er auch keine Lust mehr wegzugehen. Und dann hat er auch Bereitschaft, dann immer von Montag bis Montag, da kann er abends nicht rausgehen. [...]

Was das ist, Arbeitskräfterechner? Gehalt ausrechnen eben. Nicht unseres, aber das von den Produktionsarbeitern, die haben einen veränderlichen Lohn, die haben ihre Abrechnungen und dahinter steht die Leistung. Ich verdiene 720 Mark. [...]

Herr Karsten hat einen stationsreichen, aber auch mühevollen Weg hinter sich vom Wasserwerkfacharbeiter zum Produktionsbereichsleiter. Als solcher verdient er 1590 Mark brutto.

Ich frage ihn, wie er dies alles bewältigen könnte, wäre er eine Frau mit drei Kindern. „Da wären diese Aufgaben wohl kaum zu realisieren. [...] Der Leiter, ich weiß, das klingt komisch, aber der ist auch ein Stück Vorbild. Und dann wird vergessen, der Leiter, das ist auch nur ein Mensch.“

Irene Runge: Die Reporterin ist unsicher..., in: Sonntag, Nr. 34, 26. August 1979, S. 8f.

55



nen Anteil von rund vier Fünftel. Berufstätige Mütter erhielten kleine Erleichterungen durch verkürzte Arbeitszeiten und befristete Freistellungen bei Erkrankung der Kinder. Bedeutsam war aber vor allem die Einführung eines „Babyjahres“ 1976. Nach der Geburt eines Kindes konnten Mütter diese Regelung zunächst für sechs Monate, später für ein Jahr bei einer 80-prozentigen Lohnfortzahlung und einer garantierten Rückkehr an ihren Arbeitsplatz in Anspruch nehmen.

Ähnliche Regelungen wurden in der Bundesrepublik erst Jahre später getroffen. Im Juli 1979 trat ein Mutterschaftsurlaubsgesetz in Kraft. Für sechs Monate galt ein verbindlicher Kündigungsschutz, außerdem übernahm der Staat ein Mutterschaftsgeld in Höhe von 750 DM. Diese Regelung wurde 1986 unter der ab Oktober 1982 amtierenden christlich-liberalen Koalition durch ein Erziehungsurlaubsgesetz abgelöst. Es galt gleichermaßen für Väter und Mütter, doch wurde das Urlaubsgeld auf 600 DM reduziert. Außerdem entfiel der strenge Kündigungsschutz, weil der Erziehungsurlaub nicht mehr an die Arbeitnehmereigenschaft gebunden war. Es ist nicht zu übersehen, dass im Hinblick auf Erleichterungen für berufstätige Mütter die Systemkonkurrenz zu den gesetzlichen Regelungen in der DDR Einfluss auf die Gesetzgebung in der Bundesrepublik hatte. Dabei dürfen allerdings die grundlegenden Unterschiede zwischen der „sozialistischen Planwirtschaft“ der DDR und dem privatwirtschaftlichen System in der Bundesrepublik nicht übersehen werden.

In der Arbeitsgesellschaft der DDR spielten Prämien und Auszeichnungen eine wichtige Rolle. Bei der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen stand das „Kollektiv“ im Mittelpunkt. Diese Betonung des Gemeinschaftsgedankens, der sich auch im ideologischen Leitbild der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ ausdrückte, hat die Menschen in der DDR aber auch jenseits der Ideologie geprägt. Unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft war die wechselseitige Unterstützung unentbehrlich, wegen der hohen Arbeitsplatzsicherheit stand das Konkurrenzprinzip gegenüber dem Kooperationsaspekt deutlich im Hintergrund.

In den 1950er Jahren hatten viele Frauen noch keine abgeschlossene Berufsausbildung. Erst seit Mitte des folgenden Jahrzehnts wurden berufliche Frauenförderungspläne initiiert, außerdem wurde ein Frauensonderstudium eingeführt, verbunden mit einer Freistellung von der Arbeit an jeweils zwei Wochentagen.

In den 1970er Jahren war in der Schulbildung eine Gleichstellung von Jungen und Mädchen erreicht. Die Berufswahl wurde allerdings durch eine zentrale Planung gesteuert, so dass die Studentenzahlen an Universitäten seit 1970 weitgehend eingefroren blieben. Während der Anteil der Studentinnen an Hochschulen in den 1970er Jahren von einem Drittel auf knapp die Hälfte aller Studierenden anstieg, erhöhte er sich im Fach-



schulstudium im gleichen Zeitraum von 48,6 auf 71,3 Prozent (Statistisches Taschenbuch der DDR 1980, S. 109). Nur 60 Prozent aller Fachschulstudierenden konnten 1979 ein Direktstudium absolvieren, die übrigen Personen mussten die Zusatzbelastung eines Fern- und oder Abendstudiums auf sich nehmen. 96 Prozent der Fachschulstudierenden in den medizinischen Berufen (Krankenschwestern, medizinisch-technisches Personal, Physiotherapeutinnen) und im pädagogischen Bereich (Krippenerzieherinnen, Kindergärtnerinnen, Unterstufenlehrerinnen) waren Frauen. Im Hochschulstudium hatten Frauen den höchsten Anteil bei der Lehrerbildung, gefolgt von den Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaft, Medizin sowie Mathematik/Naturwissenschaft, während ihr Anteil an technischen Studienrichtungen zwischen 1969 und 1989 lediglich von einem knappen Sechstel auf ein Viertel gestiegen ist (Nickel, a. a. O. S. 242f.).

Ähnliche geschlechtsspezifische Differenzen zeigen sich auch in der Bundesrepublik. Hier hat sich in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften der weibliche Anteil zwischen 1975 und 1990 lediglich von 7,1 auf 12,3 Prozent erhöht. Dagegen ist der Anteil der Medizinstudentinnen im gleichen Zeitraum von einem Fünftel auf rund 44 Prozent gestiegen, davor rangieren noch die Wirtschaftswissenschaften und die Germanistik (Barbara Hille, in Helwig/Nickel [Hrsg.] 1993, S. 224).

Den größten Anteil bei der Berufseinkommung hat in beiden deutschen Gesellschaften die berufliche Bildung. Sie wurde in der DDR zentral geplant und nach Lernberufen kontingentiert. Zwar erhielten alle Jugendlichen eine Lehrstelle, doch konnten sie nicht immer ihren Wunschberuf erlernen. Es ist aufschlussreich, dass die Bewerbungsbögen für Mädchen mit rosa, für Jungen mit blauen Symbolen hinterlegt waren. Tatsächlich unterschieden sich die von den Mädchen

55/Auszeichnung einer Arbeiterin, VEB Kabelwerk Oberspree. Berlin 1977. Foto: Eberhard Klöppel

56/Brigadeaussprache, Jugendmode Grimma 1984. Foto: Gerhard Weber

57



58



59



57 / VEB Reifenwerk „Max Seydewitz“.
Riesa 1980. Foto: Gerhard Kiesling

58 / Schwarzkopf AG:
Abfüllen von Deodorants, 1987

59 / Dreherin bei Blohm + Voss,
Hamburg 1985. Foto: Günter Zint

in der DDR bevorzugten Berufe tendenziell nur gering von der Wahl westdeutscher Mädchen. Typische Frauenberufe waren Sekretärinnen, die in der DDR „Facharbeiter für Schreibtechnik“ (es gab nur die maskuline Form der Berufsbezeichnungen) genannt wurden, Verkäuferinnen, Frisörinnen, Textilfacharbeiterinnen, Postfachangestellte, technische Zeichnerinnen. Einen höheren Anteil als im Westen hatten Ausbildungen zum Wirtschafts- oder Finanzkaufmann sowie in feinmechanischen Berufen. Dagegen erreichte der Anteil von Mädchen in technischen Handwerksberufen (wie Klempner, Installateur) nur marginale Werte unter fünf Prozent. Für die Bundesrepublik konstatiert Barbara Hille: „Die Mädchen bevorzugen Berufe, in denen erzieherische und pflegerische Aufgaben zu erfüllen sind (z. B. Lehrerin, Krankenschwester) und in denen soziale Kontakte wichtig sind (z. B. Verkaufsberufe, Friseurin). Die Jungen zeigen demgegenüber vorrangiges Interesse an technischen Berufen (z. B. Elektriker, Kraftfahrer, Schlosser, Installateur). Diese Differenzen haben sich auch in der DDR trotz der konsequent egalierenden schulischen Einflüsse relativ unverändert erhalten.“ (Hille, a. a. O., S. 223)

Früher als in der DDR begann in der Bundesrepublik schon Anfang der 1960er Jahre die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen zu stagnieren, in den beiden folgenden Jahrzehnten kam es in der Landwirtschaft (primärer Sektor) und im Produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) zu einem Beschäftigtenrückgang und zu einer fortschreitenden Ausweitung der Dienstleistungsbereiche (tertiärer Sektor). 1989 waren in der Bundesrepublik etwa 70 Prozent der Frauen, oft in den unteren Lohngruppen, aber nur 45 Prozent der Männer im tertiären

Sektor beschäftigt (> Friederike Maier, in: Helwig/Nickel [Hrsg.], S. 265). Der Lohnrückstand der Frauen, der auch für die DDR von Hildegard Maria Nickel auf etwa 25 bis 30 Prozent veranschlagt worden ist, kann in der Bundesrepublik nicht nur auf die Unterschiede in den Beschäftigungssektoren zurückgeführt werden, sondern ist auch eng mit dem niedrigeren Qualifizierungsniveau zu erklären. „Keine Berufsausbildung, sondern lediglich Grund- und Hauptschulabschluss haben Anfang der siebziger Jahre 55 Prozent der erwerbstätigen Frauen gegenüber nur 23 Prozent der erwerbstätigen Männer.“ (> Kristine von Soden, in: von Soden [Hrsg.]: 1988, S. 69) Der DGB kommt in einer Studie zur Frauenarbeit 1972 zu folgendem Ergebnis: „Fast 20 Prozent der 9,6 Millionen erwerbstätigen Frauen verdienen weniger als 300 Mark monatlich.

Meist liegen ihre Einkünfte zwischen 300 und 600 Mark, die der Männer aber zwischen 800 und 1200 Mark. Während 16,4 Prozent der Männer mehr als 1200 Mark verdienen, sind es bei den Frauen nur 3,8 Prozent. Die meisten Arbeitnehmerinnen werden in den untersten Lohngruppen beschäftigt, was sich in der Lohn- und Gehaltsstufe auswirkt. So lag der durchschnittliche Bruttostundenlohnverdienst der Industriearbeiterinnen bei 4,85 Mark (Männer: 7,01 Mark). Die weiblichen kaufmännischen Angestellten in Industrie und Handel erreichten ein durchschnittliches Monatsgehalt von 992 Mark (Männer: 1531 Mark).“ (> vgl. Frankfurter Rundschau, 7. März 1972). Dabei wird Frauen in verschiedenen Arbeitsbereichen sogar der gleiche Lohn für gleiche Arbeit verweigert. Bundestagspräsidentin Annemarie Renger ruft 1975 Frauen

Wandel der Arbeitswelt: Bildschirmarbeit in der Bundesrepublik

Eine Zwanzigjährige beschreibt ihre Arbeit bei einem süddeutschen Automobilhersteller:

Ich schaffe bei der Bestellarbeit am Computer. Wir haben gleitende Arbeitszeit, eine Viertelstunde Pause morgens und nachmittags und eine Stunde mittags. Man braucht den ganzen Tag nichts anderes, als Zahlen von den Telexmeldungen auf den Computer eintippen. Die Telexmeldungen, das sind Bestellungen aus dem Inland, manche haben 120, 180, 200 Posten. [...] Das geht ins Lager, und dort werden die Teile abgerufen, eingepackt und verschickt. Man weiß nicht einmal, wie das Teil aussieht, dessen Zahl man gerade eintippt. Man muß es gar nicht wissen, was es bedeutet. Wenn man einen Fehler macht und merkt es nicht oder die Kontrolle merkt es nicht, also statt 36 63 tippt, geht der Auftrag statt nach Aachen nach Hawaii. [...] Wir sind da lauter Frauen und ein Mann, das ist der Chef, der regelt die Bestellungen und sitzt meist am Telefon. Von den Frauen sind manche angelernt, manche haben Abitur, manche haben Informatiklehrgänge gemacht und sonst keine Arbeit gekriegt. Viele sind Ausländer, Gastarbeiterfrauen. Als Sekretärin hätten sie keine Chance, aber für Computer muß man kein Deutsch können. Während der Arbeitszeit ist nicht drin, daß man miteinander spricht. Man muß total konzentriert sein. [...] In den Pausen kann man gar nicht abschalten. Man sitzt im Ruheraum und stiert und brütet vor sich hin. Es ist schwer sich zu konzentrieren, man kann zwar Helligkeitsstufen am Computer einstellen, aber nach ein paar Jahren haben alle eine Brille. Man macht das nur wegen dem Geld, daß man sich selbst etwas leisten kann, etwas kaufen kann, die Arbeit ist egal.

> Interview Brigitte Löhr, in: Niethammer 1990, S. 597 f.



60



60/Texttilfachschule,
Ort angeben, 1972.
Foto: Germin

61/Chefsekretärin, 1970.
Foto: Gerd Mingram

62/Christina Thürmer-Rohr.
Foto: Sobotka



61

en öffentlich auf, Musterprozesse gegen diese Ungleichbehandlung zu führen – Aber erst drei Jahre später klagt erstmals eine Arbeiterin aus einer Brotfabrik beim Arbeitsgericht Oldenburg und bekommt ihr Recht zugesprochen, für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie die Männer zu erhalten. Ihr wird auch eine Nachzahlung für die Lohndifferenz von zwei Jahren, fast 7000 Mark, zugebilligt (>vgl. von Soden, a.a.O., 65f.).

In den 1970er Jahren konnten Frauen in der Bundesrepublik in ihrer akademischen Laufbahn nur ausnahmsweise eine ordentliche Professur erreichen. Dies galt insbesondere für die Erziehungswissenschaften, später auch für die seit Mitte der 1970er an einzelnen Universitäten etablierte Frauenforschung. Dafür ist Christina Thürmer-Rohr ein aufschlussreiches Beispiel. Als Kind eines im Krieg gefallenen evangelischen Pfarrers im heutigen Polen geboren, wurde sie 1945 nach Westfalen zwangsumgesiedelt, studierte Philosophie und Psychologie und promovierte mit einem Stipendium der „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Nachdem sie drei Jahre in einer Städtischen Psychologischen Beratungsstelle gearbeitet hatte,

wechselte sie als Assistentin an die Technische Universität Berlin. Dort wurde sie 1972 ordentliche Professorin am Fachbereich Erziehungswissenschaften, spezialisierte sich zunehmend auf den Schwerpunkt „Frauenforschung“ und ist vor allem mit Beiträgen zur feministischen Theorie, den Menschenrechten und der Erinnerungskultur bekannt geworden.

Eine 2010 publizierte Untersuchung des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) über die berufliche Orientierung von Frauen und Männern resümiert: „Bisher haben sich die Berufswahl- und Rekrutierungsprozesse von Frauen und Männern [...] als sehr beharrlich gegenüber strukturellen Veränderungen im Arbeitsmarkt erwiesen [...] Die Berufsbereiche Pflege, Erziehung, Reinigung und einfache Bürotätigkeiten sind Frauendomänen, technische und verarbeitende Berufe sind Männerdomänen.“ Allerdings hält das Institut noch einen weiteren wichtigen Aspekt der Arbeitswelt fest: Vor allem im Dienstleistungsbereich sowie in den „hoch qualifizierten und akademischen Berufen“ sei der Beschäftigungsanteil der Frauen deutlich erhöht.

Frauenforschung als Beruf: Christina Thürmer-Rohr

Politik hat mich in den fünfziger Jahren wenig interessiert. Ihr haftete noch der Geruch eines schmutzigen Geschäfts an, dem ich mit Misstrauen begegnete. Ich hielt zwar die Umerziehungsprogramme der amerikanischen Besatzung für wegweisend und beneidete alle Austauschschüler und -studenten, die zu einem USA-Aufenthalt reisen konnten. Aber „Demokratie“ war für mich noch ein ziemlich leeres Wort. Das wichtigste Wort war „Freiheit“. Ich war fasziniert von existenzialistischen Ideen, von der Vorstellung, dass man sich von Wurzeln und Herkunft selbst entbinden kann, dass man neu anfangen und handeln kann und dafür die volle Verantwortung übernehmen muss. [...]



62

Seit 1962 arbeitete ich in West-Berlin als Assistentin, dann als Assistenz-Professorin am Psychologischen Institut und schließlich als Professorin am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Technischen Universität. Meine Politisierung entzündete sich am eigenen Arbeitsbereich. Es war die Kritik am mangelnden Gesellschaftsbezug der damaligen Psychologie [...]

Mein Freiheitsverständnis war weder antikomunistisch noch kommunistisch und fand sich weder im konservativen Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ wieder noch im linken „Lieber rot als tot“. Das Studium der marxistischen Klassiker weckte zwar Sympathie für die sozialistische Idee, aber meine Sympathie für die DDR blieb verhalten. Den enttäuschenden und bedrückenden Erfahrungen, die sich auf den Transitstrecken und bei privaten Besuchen regelmäßig wiederholten, wollte ich damals jedoch nicht wirklich nachgehen, denn mit dem Ergebnis wäre man sofort auf die rechte Seite des Politiksystems katapultiert worden.

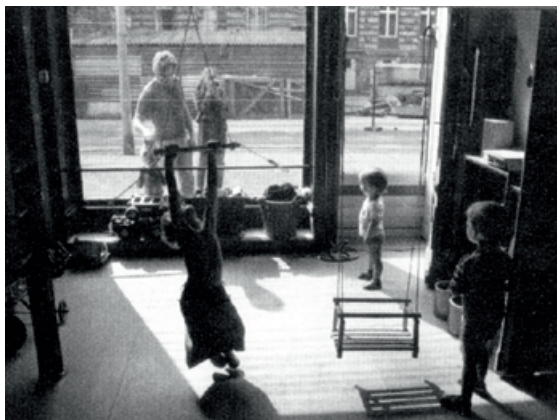
Mit einigen Kadern der kommunistischen Studentenorganisationen war ich anfangs noch befreundet. Aber meine Distanz wuchs, je dogmatischer und floskelhafter ihr Auftreten wurde. Es waren Nötigungen, Einschüchterungen und Totschlagargumente, eine Ideologieversessenheit, die nur eine Richtung des Denkens gestattete, eine Faschismuskritik, die schließlich Gewalt gegen das „System“ rechtfertigen sollte.

Das war nicht das, was ich wollte. Ich schloss mich der Frauenbewegung an und gründete Mitte der siebziger Jahre den Studienschwerpunkt „Frauenforschung“, der zu einem Sprachrohr vielfältiger Proteste und zu einem feministischen Sammelpunkt wurde. Dabei ging es nicht um Geschlechterbiologie, sondern um eine umfassende Gewaltkritik.

Die feministische Kritik am Ausschluss der Frauen und die Überzeugung von ihrem nicht realisierten Potential provozierte einen ungeahnten Diskussions- und Arbeitseifer, auch heftige Kontroversen, ein Themenspektrum, das geradezu unendlich war. Es war eine euphorisierende Erfahrung von Selbstermächtigung und Mut, die Erfahrung, dass man selbst Initiative ergreifen und mit anderen handeln kann. Viele sagen im Nachhinein: „Das war die lebendigste Zeit meines Lebens.“

Zwischen Enge und Aufbegehren. Zu Beispiel Christina Thürmer-Rohr, in: Hirsch 2012, S. 25 f.

63



64



65



63/Erster unabhängiger Kinderladen der DDR in Berlin-Prenzlauer Berg, Husemannstraße 14. Der Kinderladen wurde im November 1980 eröffnet und am 14. Dezember 1983 durch die staatlichen Organe geschlossen. Foto: Harald Hauswald

64/Mittagessen in einem Kinderladen in Berlin-Schöneberg, 1975

65/Die Staatssicherheit beobachtet argwöhnisch den Kinderladen, bevor er 1983 geschlossen wird. Foto: Archivfoto MfS.

Kinderbetreuung

Die Bereitstellung von Betreuungsangeboten für Kleinkinder ist eine grundlegende Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Müttern. In dieser Hinsicht hat die DDR gegenüber der Bundesrepublik seit Mitte der 1950er Jahre einen weitreichenden Vorsprung erreicht.

Während in der DDR der Versorgungsgrad mit Krippenplätzen außerordentlich hoch war, betrug ihr Anteil in den westdeutschen Bundesländern 1989 erst etwa zwei Prozent. Es waren vor allem Studentinnen, die an der Wende zu den 1970er Jahren als Selbsthilfemaßnahme autonome Kinderläden einrichteten und damit den kontrovers diskutierten Konzepten einer „antiautoritären Erziehung“ folgten.

In der DDR wurde staatlicherseits aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zwar der Ausbau der Kindekrippen forciert, blieb aber bei **SOZIALPSYCHOLOGEN** besonders in der ersten frühkindlichen Phase nicht unumstritten.

Es ist aufschlussreich, dass in der oppositionellen Frauenbewegung der DDR ein Bedürfnis entstand, eine frühkindliche Betreuung frei von staatsoffiziellen Erziehungszielen zu ermöglichen. So etablierte sich auch in Ost-Berlin nach westlichem Vorbild ein Kinderladen, der nach kurzer Zeit von der Staatssicherheit observiert und bald darauf wieder geschlossen werden musste.

Bitte Zeilen auffüllen!

Ca. 130 Zeichen

Kinderbetreuung in der DDR

Die Kleinen hatten einen langen Tag. Nicht selten standen sie schon frühmorgens um sechs Uhr an der Hand von Mutti oder Vati vor der Krippen- oder Kindergartentür. Von 6 Uhr bis 18 Uhr war dort geöffnet, damit die Eltern arbeiten konnten. Seit Mitte der 70er Jahre wurde zunehmend die Nachfrage nach den Plätzen für die Vorschulkinder befriedigt. Beispielsweise kostete ein Kinderkrippenplatz 25 Mark im Monat. Die Kleinen wurden von ausgebildeten Kindergärtnerinnen und Krippenerzieherinnen betreut.

Die liebevolle Betreuung war die eine Seite, auf der anderen mussten staatliche Erziehungsprogramme abgearbeitet werden. Schon in den ersten Lebensjahren malten die Kinder neben Blumen und Sonnen auch Arbeiterfahnen und sangen vom Sozialismus, von der Freundschaft zur Sowjetunion und vom Kampf für den Frieden. „Mein Bruder ist Soldat, er schützt unseren Staat“, lautete eine der Liedzeilen. [...]

Zwar konnten Muttis seit 1976 ein bezahltes Babyjahr nehmen, doch die Chancen der Eltern, ihre Kinder der staatlichen Erziehung in Krippen und Kindergärten dauerhaft zu entziehen, waren nur gering. Einige kirchliche Kindergärten boten zwar Alternativen, doch die waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das so genannte Babyjahr wurde aufgrund der sinkenden Zahl von Geburten eingeführt.

Es verbarg sich dahinter eine 80-prozentige Lohnfortzahlung, die Mütter nach der Geburt ihres ersten Kindes für sechs, später auch für zwölf Monate in Anspruch nehmen konnten. Nach der Geburt jedes weiteren Kindes konnte man für ganze zwölf Monate finanziell abgesichert freigestellt werden. Gleichzeitig wurde der Mutter die Rückkehr an ihren Arbeitsplatz garantiert.

[...] Den Schul- oder auch Kinderhort haben in der DDR ganze Generationen von Kindern besucht. Der Hort schuf einen Übergang von der Ganztagsbetreuung in den Kindergärten zum Schulalltag. Schüler der ersten bis vierten Klasse konnten vor und nach Unterrichtsbeginn durch schulpädagogisch ausgebildete Fachkräfte betreut werden – auch bei den Hausaufgaben. Die Horte waren von sechs bis 17 Uhr geöffnet.

www.mdr.de/damals/artikel75392.html

66



67



66 / Kinderkrippe in Vetschau (DDR), 1970.
Foto: Max Ittenbach

67 / Kinderkrippe DDR, **Jahr und Ort angeben.**

Milieus

Der amerikanische Soziologe Ronald Inglehart hat in seinem 1977 publizierten Aufsatz „The Silent Revolution“ eine Theorie des Wertewandels in den modernen Industriegesellschaften begründet. Die darin ausgedrückte Verlagerung von materialistischen zu postmaterialistischen Werten in den Orientierungsmustern und Lebensstilen der Gesellschaft wurde bereits in den 1960er Jahren von der jungen Generation angestoßen und erfasst im folgenden Jahrzehnt auch zunehmend Teile des bildungsbürgerlichen Milieus. In der Bundesrepublik

hat die 1968er Protestbewegung diesen Wertewandel zwar nicht initiiert, sie war aber „treibender und übertreibender Teil einer dynamischen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft“ (> Axel Schildt).

„Auf die Frage ‚Was ist Ihnen wichtiger in Ihrem Leben: Arbeit und Betrieb oder Familie und Freizeit?‘ entschieden sich 1973 67 % der Befragten für Familie und Freizeit, nur 17 % für Arbeit und Betrieb. Außerdem kam es zu einer Transformation von traditioneller zu rationaler Autorität in Familie, Schule und Beruf. Jugendstudien verdeutlichen den erheblichen Umbruch in den Erziehungswerten und Erziehungsstilen seit den späten 1960er Jahren. Man kann dieses Umdenken als eine Abwendung von Konformität und Konventionalität, von Gehorsam und Unterordnung beschreiben und als eine Hinwendung zu Selbständigkeit, ‚Prosozialität‘ und Permissivität.“ (> Wolfrum 2007, S. 254 f.)

1972 hatten auch die westdeutschen Gewerkschaften und die SPD auf diesen Wertewandel reagiert, indem sie das Konzept der „Lebensqualität“ in den Fokus rückten. Die IG Metall veranstaltete im April 1972 unter großer öffentlicher Beachtung einen Kongress „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens“

und die SPD nahm den Begriff der Lebensqualität 1972 in ihr Wahlprogramm auf: „Ein ‚mehr‘ an Produktion, Gewinn und Konsum bedeutet noch nicht automatisch ein ‚mehr‘ an Zufriedenheit, Glück und Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen. Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. [...] Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, zu Spiel und Zusammenleben, zur Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.“

Zeitlich parallel entwickelt die SED, schließlich auch in ihrem neuen Parteiprogramm von 1976 verankert, das Konzept der „sozialistischen Lebensweise“. An Marx anschließend, steht hier die Arbeit als zentrale Sphäre der menschlichen Selbstverwirklichung im Mittelpunkt und die „Steigerung des materiellen

68



68/Familie, Hamburg 1970.
Foto: Germin

69/Brautpaar in seinem Zimmer,
Lehnitz (DDR). 1974.
Foto: Ute Mahler, aus der
Serie „zusammen leben“



69



len Lebensniveaus“ wird als wichtige Grundlage für die allseitige Entwicklung einer „sozialistischen Persönlichkeit“ betrachtet. Das „Lexikon der Sozialpolitik“ enthält unter dem Stichwort „Emanzipation der Frau“ nur einen knappen Eintrag, der auf einem Zitat von Clara Zetkin basiert: „Emanzipation heißt die vollständige Veränderung ihrer sozialen Stellung von Grund aus, eine Revolution ihrer Rolle im Wirtschaftsleben“ (Winkler [Hrsg.] 1987, S.140). Anders als in der offenen Gesellschaft der Bundesrepublik haben viele Menschen in der DDR stärker an traditionellen Wertorientierungen festgehalten, so dass es nicht abwegig erscheint von einem weit verbreiteten kleinbürgerlichen Milieu zu sprechen. Doch vor allem im Umfeld der evangelischen Kirche und bei jugendlichen Oppositionellen spielt der Aspekt der autonomen Selbstverwirklichung gegenüber dem reglementierenden Erziehungsanspruch der „Fürsorgediktatur“ (Konrad Jarausch) eine bestimmende Rolle.

Christian Borchert (1942–2000) zählt zur jüngeren Generation der Fotografen aus der DDR, die das Pathos der offiziell in den Printmedien vorherrschenden propagandistischen Dokumentarfotografie unterliefen, indem sie wie ihre bildkünstlerischen Vorbilder Evelyn Richter und Arno Fischer den subjektiven Blick auf die private Lebenssituation der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Bildwelt rückten.

70



71





70/ Junges Paar mit Kind,
Uckermark, 1975.
Foto: Roger Melis

71/ Großmutter und Enkelin,
Stegelitz (Uckermark) 1975.
Foto: Roger Melis

72/ ### 1978. Foto: Christian Borchert

73/ Familie M. (Maurer, Stationshilfe),
Groß Kiesow (DDR) 1983.
Foto: Christian Borchert

74/ Familie E. (Archäologe, Ärztin),
Ostberlin 1985
Foto: Christian Borchert

Borchert hatte 1970 als Bildreporter bei der „Neuen Berliner Illustrierten“ begonnen, bereits 1971 zugleich ein dreijähriges Fernstudium an der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst absolviert und war ab 1975 freiberuflich tätig. Ausgehend von Einzelporträts entstehen seit 1978 erste Familienbilder, die 1983/ 1984 in ein vom Kulturbund der DDR gefördertes Projekt „Familienporträts“ einmünden. Borchert hatte 1985 insgesamt 180 solcher Familienporträts fotografiert. „Diese sehr privaten Bilder zeigen nicht nur die Menschen, sondern erlauben auch einen deutlichen Blick auf die Lebensverhältnisse, in die Wohnzimmer der Familien. Borchert interessierte sich besonders für die Beziehungen der einzelnen Familienmitglieder zueinander, wie weit sie einander nahe oder entfernt voneinander erschienen.“ (Katja Leiskau in: Christian Borchert 2011, S. 11). Zehn Jahre später hat er eine Reihe von Familien erneut porträtiert, um zu zeigen, wie sich durch die Umbruchsituation nach der deutschen Vereinigung ihre Lebenssituation verändert hat. Als Christian Borchert im Jahr 2000 nach starb, hatte kein anderer Fotograf eine derart umfangreiche „DDR-Sammlung“ mit fast einer Viertelmillion Negativen hinterlassen, die eine „Zeitreise“ (so der Titel eines Bildbandes von 1996) durch die Entwicklung der DDR von Beginn der 1970er Jahre an zur Anschauung bringt.

Ein vergleichbares Konzept hat Herlinde Koelbl zwischen 1978 und 1980 in einer Dokumentationsserie realisiert, die unter dem Titel „Das deutsche Wohnzimmer“ als Buch publiziert worden ist, mit den die Fotos begleitenden Kommentaren der dargestellten Personen.



73



74

Bitte um eine Zeile längen.

Ca. 80 Zeichen

75



Ute H., 39, Hausfrau
„Mein Mann ist ein Juwel unter den Männern. Er ist der aufmerksamste Ehemann und Familienvater, den man sich vorstellen kann, er versucht mir jeden Wunsch zu erfüllen.“

Fritz H., 48, Unternehmer, Bundestagsabgeordneter
„Wenn meine Frau sich feministisch oder emanzipatorisch engagiert ist die Scheidung fällig.“

76



Alois W., 55, Kranführer
Katharina W., 52, Hausfrau
„Wir haben uns selbst ein Haus gebaut, damit wir ein Heim haben und dass wir sagen können, wir haben es geschafft. Wir sind noch nie in Urlaub gefahren. Früher mussten wir am Haus arbeiten. Jetzt wollen wir endlich genießen, was wir uns erarbeitet haben.“

75/76/77 / Aus der Serie „Das deutsche Wohnzimmer“.
Foto: Herlinde Koelbl



Monika E., 26,
Hausfrau
„Ich habe mein Kind
nicht abtreiben lassen,
weil ich endlich
etwas haben wollte,
was mir gehört.“

Herlinde Koelbl: Fotografie als Spiegel der Gesellschaft

Frau Koelbl, Sie sind eine der bekanntesten Porträt-Fotografinnen Deutschlands. Studiert haben Sie Modedesign. Wie kamen Sie zur Fotografie?

Ich habe damals zwei hochempfindliche Filme geschenkt bekommen und meine Kinder damit fotografiert. Ein Freund fand mich sehr talentiert und hat mir gezeigt, wie man Filme entwickelt. [...] Ziemlich schnell habe ich mich für Menschen entschieden. Plötzlich hatte ich eine Form gefunden, mich auszudrücken, ich konnte gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen. Bei der Arbeit an meinem ersten Projekt „Das deutsche Wohnzimmer“ haben am Anfang viele gesagt: Wie langweilig. Ich habe mich aber nicht beirren lassen. Und als das Buch fertig war, waren viele überrascht, wie viel Wohnzimmer und ihre Bewohner in den Bildern erzählen.

Sie waren auch nicht mehr ganz jung, als Sie angefangen haben ...

Ende 30, ja. Wie ich begonnen habe, kannte ich niemanden von den großen Fotografen.

Ich bin sozusagen von der Hausfrau – ich hatte ja vier Kinder – da hinein gesprungen, ohne Vorbilder. [...]

Im „Deutschen Wohnzimmer“ zeigen Sie Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten und Milieus, vom Bauern über die Künstlerkommune bis hin zum Fabrikanten. Was sagt die „gute Stube“ über uns aus? Später habe ich in New York, Moskau, London, Paris, Rom, Berlin fotografiert und ein Buch über „Schlafzimmer in den Metropolen der Welt“ veröffentlicht. Da habe ich noch einmal verdeutlicht gesehen, dass das Wohnzimmer das Schaufenster nach außen ist. Das was man repräsentiert, womit man seinen Status zeigt. Das Wohnzimmer ist genormter. Das Schlafzimmer ist individueller und kreativer eingerichtet.

Irgendwann werden Historiker Ihr Buch als Quelle zur Alltags- und Mentalitätsgeschichte benutzen.

Waren Sie mehr Fotografin oder Soziologin?

Ich sehe mich immer als Einheit, nie gesplittet. Weil ich immer versuche, etwas Umfassendes zu erreichen. [...]

Interview Anna Bernhardt, in: art. Das Kunstmagazin, 16. Oktober 2012

78



78/Frau B., alleinerziehend,
Colditz (DDR) 1989.
Foto: Gerhard Weber

79/Familienglück, bei Berlin (Ost) 1986.
Foto: Katja Worch

Lebensformen: Leitbild und Realität

Lebensformen? Zumindest offiziell gab es davon in der DDR nur eine einzige, die sozialistische Familie. Sie war durch Ehe verbunden, zu ihr gehörten mindestens zwei Kinder, beide Eltern voll berufstätig und gesellschaftlich aktiv. Selbstverständlich gingen sie weder fremd noch ließen sie sich gar scheiden. Ein Leitbild, das zwei Extreme in sich vereinte: Das (bürgerliche) Ideal eines festgefügtten Familientypus, der tief verwurzelten Sehnsucht nach lebenslanger Partnerschaft, und neue Vorstellungen über eine veränderte Beziehung der Geschlechter im Sinne von mehr Gleichberechtigung und Partnerschaft.

Homosexuelle Paare entsprachen nicht der Norm und waren so auch kaum ein Diskussionsthema. War doch mal von ihnen die Rede, was zumindest in den letzten Jahren ab und zu vorkam, dann handelte es sich immer um Männer. [...]

Die Ehe war in der DDR die staatlich geförderte Lebensnorm. Wer in dieser Norm lebte, hatte Vorteile: Einen zinslosen Kredit als Hochzeitsgeschenk, der bei der Geburt von Kindern immer weiter erlassen wurde, und die bevorzugte Versorgung mit Wohnraum, so daß die Ehe oft die einzige Möglichkeit war, aus dem Elternhaus auszubrechen. Homosexuelle Paare durften nichtmal einen gemeinsamen Wohnungsantrag stellen, brauchten so oft Jahrzehnte, um vielleicht über Wohnungstausch dann doch zueinander zu kommen!

Allerdings nahm auch die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften seit Beginn der siebziger Jahre zu, wurde sie im gesellschaftlichen Verständnis weit stärker toleriert und akzeptiert, als es staatlich vorgesehen war. Knapp dreißig Prozent der unverheirateten DDR-Bürger zwischen achtzehn und vierzig Jahren lebten in solcher Gemeinschaft ohne Trauschein. [...]

1989 kamen über siebzig Prozent aller Erstgeborenen in der DDR außerhalb von Ehen zur Welt. Deutliches Zeichen gewachsenen Selbstbewußtseins von Frauen, die wußten, daß sie auf einen männlichen Ernährer nicht unbedingt angewiesen waren. Aber auch von ihnen lebte der größte Teil in fester Partnerschaft [...]

Eine andere Tatsache wurde da offiziell weit kritischer gesehen. Die kontinuierlich steigenden Scheidungsziffern – zumindest hier war es der DDR gelungen, einen Platz an der Weltspitze zu „erobern“. Trotzdem war Scheidung in der DDR ein Tabu-Thema. Es gab keine Forschung und auch kaum ratgebende Literatur. Ende der achtziger Jahre wurde jede dritte Ehe geschieden, dreißig Jahre vorher waren es nur halb soviel. [...] So „krachte“ es gerade in jungen Ehen besonders schnell. Schließlich war – auch dies entsprach der gängigen Norm – bei ihnen alles zur gleichen Zeit eingeplant: Ausbildungsabschluß und Einstieg ins Berufsleben für beide, erstes Kind, Beginn der Partnerschaft im eigenen Heim. Dazu eine Wochenarbeitszeit von 43 ¼ Stunden, lange Anfahrtswege, eine ungenügend entwickelte Dienstleistungsstruktur und Schlangestehen nach vielen Alltäglichkeiten. [...]

Aber auch die Zahl der Alleinerziehenden stieg. Momentan fast ein Fünftel aller Familien, und in den meisten Fällen sind es Frauen mit Kind/ern. [...] Es gab kaum Informationen über die Lebenssituation Alleinerziehender, wenig Möglichkeiten des Austauschs. Häufig wurde so Frauen erst nach der Trennung bewußt, wie schwer der Ausfall des zweiten Einkommens wog – auch in der DDR verdienten die im Durchschnitt weniger als Männer. [...] Es gab kaum Klubs, in denen sich Alleinlebende treffen konnten, keine speziellen Urlaubsangebote, keine Babysitter-Dienste, keine offizielle Möglichkeit der Wohngemeinschaft.

Gislinde Schwarz: Beziehungen und Entzug. Lebensformen in der DDR, in: von Soden (Hrsg.) 1991, S. 85–91.

79



80



82



80/ „Sybille“ 1962. Festserie
Foto: Arno Fischer

81/ Eigenauftrag 1988.
Vorbereitung einer Inszenierung
Foto: Sven Marquardt

82/ „Exquisit“ Sommerkollektion 1982.
Foto: Roger Melis

81



Frauenbilder in der Mode

Unter den Frauenzeitschriften der DDR hat die Modezeitschrift „Sybille“, die von August 1956 an zweimonatlich in einer Auflage von 200 000 Exemplaren erscheint, schon nach wenigen Jahren unter der neuen Moderedakteurin und späteren Chefredakteurin Dorothea Melis den Ruf erworben, die „Vogue des Ostens“ zu sein. Bereits das Editorial der ersten Chefredakteurin Sybille Gerstner in der vom Modeinstitut Berlin herausgegebenen „Zeitschrift für Mode und Kultur“ hatte hohe Erwartungen geweckt: „Ich verspreche Ihnen, dass ich meine Augen überall haben werde – in Prag und Florenz, in Warschau und Wien, in Moskau und New York, in Peking und London – und immer wieder in Paris. Natürlich weiß ich sehr gut, daß Sie in der Vergangenheit

ein wenig – na, sagen wir: stiefmütterlich behandelt worden sind. Da gab es nicht immer das zu kaufen, was sie wollten, und was es zu kaufen gab, wollten Sie nicht“. Das war ein unerwartetes Versprechen in einer Gesellschaft, in der bis dato eher von funktionsgerechter und praktischer Kleidung die Rede war als von Mode.

Während die bereits ab Ende der 1940er Jahre publizierten Blätter wie

„Pramo“ vor allem Anregungen zum Selbstschneidern mit beigelegten Schnittmusterbögen angeboten hatten, wurde nun ein internationaler Anspruch erhoben, der Blicke in die große weite Modewelt versprach – ein wirkliches Kontrastprogramm zur wenig einfallsreichen Konfektion der volkseigenen Bekleidungsindustrie mit ihren kreativitätshemmenden planwirtschaftlichen Reglementierungen und ihre durch einheimische Ersatzmaterialien wie Dederon (statt Perlon oder Nylon) bestimmte Produktion. Bekleidung mit dem Kunstledermaterial Lederol wurde beispielsweise mit dem ironischen Spruch kommentiert: „Gehst du Lederol bekleidet, jeder Westler dich beneidet.“

Seit Beginn der 1960er Jahre haben viele der renommiertesten Fotografinnen und Fotografen aus der DDR wie Arno Fischer, Sybille Bergemann, Roger Melis, Ute und Werner Mahler und der vor allem als Aktfotograf bekannte Günter Rössler, aber auch junge Bildgestalter wie Sven Marquardt für „Sybille“ Modeaufnahmen gemacht, die nicht nur die Modelle ins Blickfeld rückten, sondern auch als Personenporträts beeindruckten.

Bei modisch anspruchsvollen Frauen war die auch in ihren Textbeiträgen intellektuell ambitionierte „Sybille“ Kult, nur vergleichbar der viel kürzeren Erfolgsgeschichte von „twen“ im Westen, die Do-

83



Republikflucht mit ästhetischen Mitteln

Den Fotografen und Redakteuren der Ost-Berliner Modezeitschrift „Sybille“ ist es in den letzten dreißig Jahren der DDR gelungen, sich aus der Zeitgenossenschaft der sozialistischen Diktatur hinauszustehlen, um mit ihren Produktionen eine ästhetische Republikflucht zu betreiben. Sie landete dabei nur selten in der Nähe des westlichen Zeitgeistes, sondern – ganz im Sinne einer „Ästhetik des Vorscheins“ (Ernst Bloch) – kamen diese Zeitreisenden in der postkommunistischen Welt an.

[...]

Diesen wirklich großartigen Fotografien kann demnach nicht nur rückblickend ein utopisches Moment angedichtet werden, es ist gewissermaßen als Traum und Sehnsucht greifbar. Leichtfüßiger als die bald roten Fahnen hinterherlaufenden jungen Frauen im Westen Deutschlands zeigt Günter Rössler 1965 eine junge Frau, die strahlend schön in einem weißen Kleid mit schwarzen Punkten über einen leeren Platz marschiert, an dessen Ende ein zur Renovierung verhülltes Gebäude steht. [...]

84



In einer Diktatur sind manchmal nicht nur die Gedanken frei, sondern auch einige, wenige Orte, die dem Diktator als vernachlässigbare Größen gelten. [...] Zwei Damen auf der Schönhauser Allee verraten im Blick, dass sie mehr über die Zukunft ihres Landes wissen als der Rest der Gesellschaft.

So gesehen war „Sybille“ ein Oppositionsorgan, weil es freie Menschen frei darstellen konnte – und auch von den zum Teil sehr bürgerlich anmutenden Träumen berichtete, die sonst in der veröffentlichten Meinung der Diktatur keinen Platz fanden. Die beiden Damen scheinen direkt aus der Kastanienallee der Gegenwart in dieses Bild gelaufen zu sein. Sie scheinen vor der Berliner Fashion Week und ihrer modischen Banalität geflohen, und auch von den neuen Angepasstheiten im Stil der Neuberliner Bohème.

Ulf Poschardt: „Sybille“ – Republikflucht mit ästhetischen Mitteln, in: Die Welt, 13. Juli. 2010 © Axel Springer AG 2013. Alle Rechte vorbehalten

83/Maria und Liane, Selin 1981.
Foto: Sibylle Bergemann.

84/Berlin, Schönhauser Allee 1987.
Foto: Werner Mahler

85



86



87



85/Die 1980er-Jahre waren bunt und schrill. Die Festmode vom Kombinat Textima aus dem Jahr 1986 wirkte wie vom anderen Stern.

86/DDR-Jeans-Modelle. Lange als Ausdruck des „westlichen Klassenfeindes“ abgelehnt, gab es ab 1974 eine eigene Jeans-Produktion in der DDR mit verschiedenen Modellen, aber wenig geeigneten Stoffen ohne den unverzichtbaren Stonewashed-Effekt.

87/Leitbild der „werkstätigen Frau“. Die Kittelschürze aus „Dederon“, einer in der DDR entwickelten Synthefaser. Sie dient aus Devisenmangel als Ersatz für in den USA bereits Ende der 1930er Jahre erfundenen Kunststoffe Perlon und Nylon.

rothea Melis rückblickend als Vorbild betrachtet hat. Dass das Modejournal anders als die in einer Millionenaufgabe publizierte ideologisch weitgehend stromlinienförmige „Für Dich“, die das Leben der werktätigen Frau in den Mittelpunkt stellte, die Nachfrage nicht annähernd befriedigen konnte, lag an ihrem unverstellten Blick, der auch Risiken und Konflikte mit der Pressezensur nicht scheute. Eine Ausgabe, die den „Mythos Blue Jeans“ provokant und leger thematisiert hatte, ist nach Angaben einer Verlagsarchivarin als „zu kapitalistisch“ gänzlich verhindert worden. In diesem speziellen Fall war ein simples Bekleidungsstück zum gesellschaftlichen Konfliktstoff geworden, weil sich die Parteiführung argwöhnisch gegen alle kulturellen Westeinflüsse richtete. Ebenso wie lange Haare waren auch Jeans bei der SED-Führung in der Ulbricht-Ära verpönt und weckten nur umso stärker die Begehrlichkeit der jungen Ostdeutschen. Jeans wurden zum genderneutralen Mythos, solange sie verboten waren. Und Ulrich Plenzdorf lässt seinen Außenseiter-

Helden Edgar Wibeau in dem 1972 als Bühnenstück aufgeführten und anschließend als Prosatext publizierten Werk „Die neuen Leiden des jungen W.“ lakonisch konstatieren: „Jeans sind eine Einstellung und keine Hose.“

1974 wurden erste DDR-eigene Jeans produziert, doch reichten sie keineswegs an die Originale heran. Vier Jahre später ordert die DDR mit Zustimmung des SED-Generalsekretärs eine Million Levi's-Jeans in den USA. Weil zu erwarten war, dass dieses Kontingent die Nachfrage nicht annähernd befriedigen konnte und die Parteiobere Hamsterkäufe oder gar Prügeleien befürchteten, kamen die Jeans nicht in die Geschäfte der „Jugendmode“, sondern wurden über Betriebskantinen als „Sonderverkauf“ abgegeben. Als die DDR eine eigene „Wisent“-Jeansproduktion startete, sahen sich die VEB Bekleidungswerke Templin einer Levi's-Klagedrohung konfrontiert, bis sie auf die Kopie einer Taschnaht der Levis 501 schließlich verzichteten. Zu keinem Zeitpunkt fanden die DDR-Jeans die Akzeptanz der jungen Leute, die das Original zum Symbol selbstbewusster Unabhängigkeit erhoben und die Ersatz-

produktion als Indiz eines reglementierenden Modedilettantismus betrachteten.

Im Modeinstitut der DDR gab es ange-regt auch durch die kreativen Aktivitäten des privaten DDR-Modeschöpfers Heinz Bormann bis zur Verstaatlichung seines Unternehmens 1972 vor allem in den 1980er Jahren auch Versuche, kühne modische Experimente zu riskieren. Diese gelangten jedoch kaum über die Präsentation bei Messeinszenierungen hinaus. Denn in der rigiden planwirtschaftlichen Praxis der DDR-Textilbetriebe, die auf Rationalisierung, einen möglichst kostensparenden Einsatz von Materialien, und Massenkollektion ausgerichtet waren, hatten sie keine Realisierungschance.

So blieb bis zum Ende der DDR das Selberschneiden, auf etwa ein Fünftel der weiblichen Kleidung geschätzt, eine wichtige Alternative. In den 1980er Jahren „gab es in der DDR kaum noch Bettlaken aus Baumwolle oder gutem Leinen. Dar-aus wurden Röcke, Hemden und Blazer gemacht ... In der DDR hatte sich eine ganze Mode-Subkultur entwickelt, die auf Märkten verkauft wurde.“ (>Dorothea Melis 2007, zit. n. Dingemann/Lüdde 2009, S. 66) Dafür lieferte neben den westlichen Modejournalen „Sibylle“ die wichtigsten Anregungen im eigenen Land. Schon wenige Jahre nach dem Ende der DDR musste „Sibylle“ ihr Erscheinen einstellen.

Mode in der Bundesrepublik

In den 1970er Jahren zeigt sich die Pluralisierung der Lebensstile am deutlichsten im kontrastierenden Erscheinungsbild einer Modevielfalt, in der sich die Verbindlichkeit von Konventionen, von „Modediktaten“ vollständig aufgelöst hat. So unterschiedlich Wertvorstellungen und Lebensgefühl der Generationen sind, so sehr treten nun auch schichtenspezifische Differenzen in den Vordergrund. Schließlich wird das äußere Selbstbild, modisch drapiert, auch zu einem Signal für politische Überzeugungen. Attitüden des Klassenbewusstseins in einer vom Gewinnstreben dominierten Erfolgsgesellschaft kontrastieren mit dem Hang zum radika-

len Ausdruck, in dem sich die sexuelle Befreiung auch im Modell der „Enthüllung“ manifestiert.

Experimentierfreude bestimmte die Materialien, neben Stoffen vermehrt Leder, Wildleder und Knautschlacke, Pelz war aus Tierschutzgründen verpönt. Die Accessoires und der Haarschmuck erlangten eine zunehmende Bedeutung. In der jungen Generation übte die Hippie-Mode der 1960er Jahre einen wichtigen Einfluss aus, die Jugendkleidung war bunt und nahm vielfältige internationale Anregungen auf. Doch neben den affirmativen Poppers, die sich im Milieu der Wohlstandsgesellschaft einzurichten wussten, gab es auch den Protest, der sich im Politanarchismus der Punks manifestierte. Ihre Anti-Mode protestierte mit zerschlissenen Jeans und gefärbten Irokesenfrisuren gegen alle Konventionen, ohne sich zu eigenen Werten außer einer konsumkritischen und gewaltfreien Bedürfnislosigkeit zu bekennen.



88

88/ „Adam-und-Eva-Look“ des Münchner Modeschöpfers Arno Eichhammer, Ende der 1960er Jahre.

89/ Auf der Galopprennbahn Hamburg-Horn, 1970er Jahre.



89

90



91



92



93

Eine wichtige Neuerung stellte der Partnerlook dar. Ohne dass dies immer reflektiert wurde, signalisierten gleichartige modische Ausstattungen, etwa bei Mänteln, Hüten, Hemden und Stiefeln, nicht nur ein Bindungsbedürfnis in einer sich zunehmend individualisierenden Gesellschaft, sondern auch eine wachsende Gleichgestimmtheit der Geschlechter und einen Anspruch auf Gleichberechtigung.

Seit Mitte der 1970er Jahre entsteht im Zusammenhang mit der Anti-Atomkraft-Bewegung auch ein „Öko-Look“, der sich vor allem in der Verwendung von Naturprodukten ausdrückt. Wollkleidung, Latzhosen und Gesundheitssandalen bilden die Grundausrüstung. Weiche, fließende Konturen werden nicht nur Ausdrucksmittel einer Mode, sie symbolisieren auch das Lebensgefühl einer friedlichen Protestgeneration, die sich strikt von Gewaltanwendung distanziert.

Doch auch in der Mode lässt sich die Spannung zwischen Distanz und Affirmation gegenüber den bestehenden Verhältnissen vor allem in den 1980er Jahren deutlich erkennen. Während eine engagierte Minderheit den Überdruß an der Konsumgesellschaft auch in ihrer modischen Attitüde signalisiert, lassen sich andere, wie die Yuppies (Kurzwort aus young urban professionals) von den Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten im beginnenden Computerzeitalter faszinieren. Ihre Leitvorstellungen von Hedonismus und Reichtum drücken sich in teurer Kleidung und einem „Markenwahn“ aus. Sie gelten daher als die junge Generation einer Ellenbogengesellschaft, deren Lifestyle allerdings seit den 1990er Jahren weitgehend skeptisch gesehen wird.

Erfolgsorientierte Frauen bevorzugen das „Power Dressing“. Sie unterscheiden sich häufig durchaus von den Männern. Jacken

90/Jugendliche Popper in Hamburg, Ende der 1970er Jahre. Foto: Hirschbiegel

91/Abiturklasse am letzter Schultag, Berlin, 1981
Foto: Roger Melis Nachlaß

92/Baden-Baden 1985: Trendfrisuren.

93/Business-Mode, vorgestellt auf der Kölner Modemesse 1988

Mode als Ausdruck des Lebensgefühls

Es dauerte ein paar Jährchen, bis sich all die aufregenden neuen Ideen der Jugend-Subkulturen der 60er Jahre im allgemeinen Straßenbild durchgesetzt hatten. In den 70er Jahren war es dann so weit. Es war das Jahrzehnt, in dem alles tragbar und modisch war: vom Afghane-Zottelpelz bis zu Pop-Art, in Midi, Maxi, Afro und Gipsy, Military und Flower-Power, alternativ oder Luxus pur. Nichts konnte zu bunt, zu ausgefallen sein. Alles war einen Tuck zu übertrieben: zu große Sonnenbrillen, zu große Reverse, zu große Manschetten. Die Freiheit der Bekleidung sparte die Freizügigkeit nicht aus. Die Mode war lässig originell, individuell.

[...]

Konsumfreudig und hedonistisch waren die 80er Jahre. Für dieses Jahrzehnt stehen die berühmten drei „E“: Egoismus, Ellbogen, Erfolg. Es gab mehr Freizeit bei gleichbleibend viel Geld. Genuss und Erlebnis wurden zu Schlagworten in der Werbung, mit denen sich alles besser verkaufen ließ. Die Autonomie des Einzelnen in der Gesellschaft war weit fortgeschritten. Damit einher gingen Enttraditionalisierung auf der einen Seite und Emanzipation auf der anderen. Selbstkontrolle, die Tugend der Eltern-generation, wurde ersetzt durch Selbstverwirklichung.

[...]

Weibliche Yuppies trugen stark taillierte Kostüme mit engen Röcken; ihre coole Standardbekleidung war aber vor allem der Hosenanzug. [...]

In den 80ern war es hip, teuer und gut gekleidet zu sein. Edle Materialien waren gefragt, [...]. Marken wurden Kult.

[...]

Mitte der 80er Jahre brach das Fitnessfieber aus. Die Aerobicwelle trieb vor allem die jungen Menschen scharenweise in die boomenden Fitnessstudios. Im Lycrbody mit Stirnband, Leggings und Legwarmers sah jede Trainierende aus wie Jane Fonda höchstpersönlich.

Dingemann/Lüdde 2009, S. 42 und S. 56/58.



94



94 / Die deutsche Modedesignerin Jil Sander in ihrem Büro 1983

95 / Vivienne Westwood: „Nude-Look“ mit Rüschen und raffinierten Mustern.

95



mit Schulterpolstern sollen Energie ausstrahlen, oft werden noch enge die Silhouette betonende Röcke getragen, den Unterschied zum männlichen Habitus betonend.

Die erfolgreichste deutsche Modeschöpferin seit Mitte der 1970er Jahre ist Jil Sander. Bereits mit 24 Jahre hatte sie in Hamburg eine Modeboutique eröffnet, bis sie 1974 erste eigene Kollektionen vorstellt. 1976 hat ihr „Zwiebel-Look“, der viele Einzelteile aus hochwertigen Materialien kombiniert und damit auch Fantasie und Improvisationstalent der Trägerin herausfordert, wachsenden Erfolg. Ihr puristischer Stil – charakteristisch war ein aus hochwertigen Stoffen hergestellter, die Silhouette betonender schwarzer Hosenanzug mit weißer Bluse – zieht vor allem karrierebewusste „Businesswomen“ an. Er steht im Gegensatz zu der femininen Damenmode mit weiten Röcken und dekorativen Kleidern, wie sie seinerzeit in der französischen Mode vorherrscht. Als Professorin für Modedesign in Wien 1983, wo sie Karl Lagerfeld folgte, und zeitweilig auch als selbstständige Unternehmerin eines Modehauses hat sie der emanzipierten Frau ein modernes Modebewusstsein vermittelt, in dem sich Funktionalität und Chic auf besondere Weise verbinden.

In den 1980er Jahre schockiert und erobert Vivienne Westwood als „Queen of Punk“ mit ihren waghalsigen Modellen die internationalen Laufstege. Ihre unkonventionellen, oft schrillen Modelle nehmen die verschiedensten Einflüsse auf. Zwischen 1993 und 2005 unterrichtet sie Modedesign an der Berliner Hochschule für bildende Künste, wo sie viele junge deutsche Modegestalterinnen mit ihrem Talent zur ständigen Verwandlung nachhaltig beeinflusst.

Frauen im Film

Zwei Fotos einer Frau: Sie markieren einen gesellschaftshistorischen Zeitsprung und verleihen einer imponierenden persönlichen Entwicklung, der zum Mythos geworden ist, Ausdruck. Das Foto eines 16jährigen Mädchens, das in der „Sissi“-Trilogie (1955–1957) an der Seite von Karlheinz Böhm als österreichische Kaiserin einen Höhepunkt des sentimental Kinobild erreicht, wird zwei Jahrzehnte danach von dem renommierten Fotojournalisten Robert Lebeck als selbstbewusste Frau ins Bild gesetzt. Während der Dreharbeiten zu der Heinrich-Böll-Verfilmung „Gruppenbild mit Dame“ begegnet ihr „Lebo“, wie sie ihn spontan nennt, 1976 zum ersten Mal. Er wird bis zu ihrem frühen tragischen Tod, erst 43 Jahre alt, der wichtigste Bildchronist ihrer späten Lebensgeschichte, in der sich persönliche Enttäuschungen und tragische Ereignisse, ein schwer erkämpfter Selbstbehauptungswille und internationaler Ruhm auf seltene Weise vermischen.

Von ihrer ehrgeizigen Mutter schon als Mädchen in eine Heimat- und Historienfilmkarriere getrieben, vollzieht sie als Zwanzigjährige mit ihrer Übersiedlung nach Paris den entscheidenden Schritt einer künstlerischen Emanzipation. Am Ende des Jahrhunderts kürt die französische Tageszeitung „Le Parisien“ Romy Schneider, die in insgesamt 58 Filmen in Szene gesetzt worden ist, nach einer Umfrage zur größten Schauspielerin des 20. Jahrhunderts. Sie war in Frankreich zum Weltstar des Kinos gereift und erreichte vor allem in den 1970er Jahren in außergewöhnlichen Charakterrollen ihre größten Erfolge. Bereits 1961

96



97



96/ Familienglück auf Schloss Possenhofen, Romy Schneider als Sissi, 1955

97/ Romy Schneider, Berlin 1976. Foto: Robert Lebeck

hatte ihr Luchino Visconti in John Fords Theaterstück „Schade, dass sie eine Dirne ist“ die weibliche Hauptrolle mit großem Erfolg anvertraut und führte sie neun Jahre später in seinem Film „Ludwig II.“ mit Helmut Berger als Kaiserin Elisabeth von Österreich zu einem neuen Triumph.

Bei den Dreharbeiten zu ihrem ersten französischen Film „Christine“ (1958) hatte ein „amour fou“ mit Alain Delon begonnen, der fünf Jahre später zerbrach, auch wenn sie 1969 noch gemeinsam als Protagonisten in dem Film „Der Swimmingpool“ (1969) mitwirkten. Romy Schneiders wichtigster Regisseur in sechs Filmen war Claude Sautet. 1978 kam „Eine einfache Geschichte“ in die Filmtheater. Sie erzählt den konfliktreichen Weg einer sich emanzipierenden Modezeichnerin, in dem sich auch Spuren ihres eigenen Lebens spiegeln. Für diesen Film wird sie mit dem renommierten französischen Filmpreis Cesar als beste Schauspielerin ausgezeichnet. „Sautet möchte mit diesem Film das Wesen der Schauspielerin Romy Schneider erfassen, die ständige Gratwanderung einer innerlich zugleich starken und labilen Frau, um konkret zu veranschaulichen, was er unter moderner weiblicher Sensibilität versteht.“ (Olivier Bombarda www.arte.tv/de/1337068,CmC=1336422.html)

Es gibt zahlreiche Regisseure, die eindrucksvolle Frauenrollen in ihren Filmen

inszeniert haben. Doch nur wenige Frauen sind wie Margarethe von Trotta, Caroline Link und Doris Dörrie bis zum Ende der 1980er Jahre auch als Regisseurinnen hervorgetreten. Rainer Werner Fassbinder hat in seiner kurzen Lebenszeit von nur 38 Jahren nach seinen Anfängen im Münchner antitheater ab 1969 insgesamt bei 44 Filmen Regie geführt und in 20 Filmen auch als Schauspieler mitgewirkt. Das noch im Monat des Kriegsendes in Bayern geborene Einzelkind eines Arztes, der die Mutter verließ, als der Sohn erst fünf Jahre alt war, hat sich als Autodidakt seinen Weg als Stückeschreiber und Filmmacher selbst bahnen müssen. Die durch intensives Lesen charakterisierte Einsamkeit der frühen Lebensjahre ist später vom Dominanzanspruch in einer kommuneähnlichen Künstlergemeinschaft abgelöst worden, die von bisexuellen Beziehungserfahrungen bestimmt war.

Fassbinder hat in vielen seiner Filme Frauen als Heldinnen des Überlebens in einer faszinierenden Bandbreite auf die Leinwand gebracht und damit die visuelle Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik im Fokus persönlicher Konflikterfahrungen wie kein anderer Filmregisseur bereichert. Dafür ist sein früher Film „Angst essen Seele auf“ (1973) ein eindrucksvolles Exempel. In der Beziehung zwischen der sechzigjährigen verwitweten Putzfrau Emmi (Brigitte Mira) und dem etwa 20 Jahre jüngeren Ali (El Hedi Ben Salem) werden „die Themen der Gastarbeiter-Diskriminierung, der psychosomatischen Krankheit und der psychischen Verelendung der älteren Generation in einer Spielfilmhandlung dargestellt“ (Wilhelm Roth, in: Fassbinder 1974, S. 136), die melancholisch und voll Empathie in einer abweisenden gefühlskalten und berechnenden Umwelt stilistisch an die Melodramen anschließt, die der 1937 aus Nazideutschland mit seiner jüdischen Frau emigrierte Hollywood-Regisseur Douglas Sirk vor allem in den 1950er Jahren gedreht hatte.

Mit seiner nach fünf Folgen abgebrochener ARD-Fernsehserie „Acht Stunden

98/Brigitte Mira als Emmi mit El Hedi Ben Salem als Ali in dem Film „Angst essen Seele auf“, 1973

99/Rainer Werner Fassbinder mit seinem Star Barbara Sukowa, München 1981(?) Foto: Tassilo Trost

98



sind kein Tag“ hat Fassbinder 1972/73 ein die konventionelle Unterhaltung sprengendes einzigartiges Experiment in der Geschichte des deutschen Fernsehens unternommen. Konservative Kritiker wendeten sich vor allem gegen die politische Intention des Regisseurs, aber auch von vielen liberalen und linken Kommentatoren wurde die Serie abgelehnt, weil sie von dem Missverständnis ausgingen, es handle sich um eine Serie mit dokumentarischem Anspruch, die ein realistisches Bild des Arbeitermilieus vermitteln müsste. „Fassbinder hat in **ACHT STUNDEN SIND KEIN TAG** mehr sozialpolitische Aufklärung eingeschmuggelt, als wohl jemals in einer Unterhaltungssendung versucht worden ist. Zahlreiche Probleme, die im Alltag auch der meisten Zuschauer wichtig sind, kommen zur Sprache und werden, unter Vermeidung jedes lehrhaften Tones, in ihrem psychologischen, sozialen und politischen Zusammenhang veranschaulicht. Solche Probleme sind beispielsweise der Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln, die hohen Mieten und die Macht der Wohnungsmakler, Mitbestimmung im Betrieb, antiautoritäre Erziehung, Vorurteile gegen Angehörige unterer Schichten (Arbeiter) und gegen Minderheiten (Gastarbeiter), mögliche Eigeninitiative von politisch meist inaktiven Bevölkerungsgruppen (Rentner, Hausfrauen).“ (› Wilhelm Roth, a. a. O., S. 133)

Acht Jahre später hat Fassbinder die 14-teilige Fernsehverfilmung „Berlin Alexanderplatz“ nach dem Roman von Alfred Döblin mit großem Erfolg auf den Bildschirm gebracht. Es ist die Geschichte des Kriminellen Franz Biberkopf (Günter Lamprecht), der sich nach seiner Haftentlassung trotz guter Vorsätze erneut im Gangstermilieu der deutschen Weltstadt verirrt, falsche Beschuldigungen ertragen muss und in seinem Liebebedürfnis am Ende die Hure „Mieze“ findet. Sein Ganovenkumpel Reinhold tötet Mieze (gespielt von Barbara Sukowa), wofür der verdächtigte Franz wegen Mordes in eine psychiatrische Klinik weggesperrt wird.

Barbara Sukowa wird im folgenden Jahr die Protagonistin in seinem Film „Lola“, der im Jahr vor seinem frühen Tod entsteht. Der Film ist eine Reminiszenz an den vor einem halben Jahrhundert gedrehten Film „Der blaue Engel“ (1930), in dem der Schulmeister „Professor Unrat“ (Emil Jannings) dem Charme und Spott des kommenden Weltstars Marlene Dietrich erliegt. Als „Liebling der Säsong“ zieht Lola im Bordell einer bayerischen Kleinstadt 1957 die in undurchsichtige Geschäfte verstrickten Honoratioren der Stadt, vom Bürgermeister über den Polizeipräsidenten, den Bankdirektor bis zum Baulöwen, in ihren Bann. Der neue, von Moralprinzipien bestimmte Baudezernent, gespielt von dem DDR-Schauspieler Armin Müller-Stahl, durchschaut den korrupten



99

100



101



100/ Noch keine BU

101/ „Die Legende von Paul und Paula“
mit Angelika Domröse und
Wilfried Glatzeder, Filmstill

Klüngel, in den er schließlich nach einem Verwirrspiel mit seiner zarten Liebe Marie-Luise, die sich schließlich als Lola erweist, selbst hineingezogen wird. Und Lola triumphiert als künftige Bordell-Chefin im zweiten Teil seiner Wirtschaftswunder-Trilogie, die er mit seiner in 15 Filmen von ihm inszenierten Hanna Schygulla als legendäre Aktrice in dem Film „Die Ehe der Maria Braun“ (1978) eröffnet hat.

Es ist eine leidenschaftliche Liebesgeschichte, die das Filmpublikum der DDR in den 1970er Jahren am stärksten berührt. Heiner Carow hat seine „Legende von Paul und Paula“ (1973) nach einem Drehbuch von Ulrich Plenzdorf inszeniert. Rund drei Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer haben diesen Film in den DDR-Kinos erlebt – ein Publikumserfolg, der in der Filmhistorie der DDR nur

von einigen Indianerfilmen übertroffen wurde. In diesem Film, zu dem die DDR-Band Puhdys die Musik beisteuert, triumphiert der Anspruch auf privates Glück gegenüber der allseits propagierten Verantwortung vor der Gesellschaft in einem rauschhaften Traumspiel mit einem tragischen Ende, weil Paula bei der Geburt ihres gemeinsamen Kindes stirbt – eine Romanze mit einer verborgenen politischen Botschaft, in der die Selbstverwirklichung der Person ihren suggestiven Ausdruck findet.

Paula, das „Aschenputtel aus der Halbruine“, die als allein-stehende Mutter für zwei Kinder sorgt, trifft auf den pflicht-treuen Paul, Mitarbeiter im Ministerium für Außenhandel, der in einer erstarrten Ehe lebt und in einer Kellerbar plötzlich



102

Feuer fängt, ohne zunächst den Mut aufzubringen, aus seinem reglementierten Leben auszubrechen. „die kuschelige Ehe und die absolute Liebe, die Schranken und die Normen und die feinen Kompromisse, in deren Neu-Bürgerlichkeit alles Neue, Andere erstickt, der Kampf der Ordnung um den ordentlichen Paul, der Sieg der Paula-Liebe total: Wenn Paul den Kampfgruppenanzug ablegt und ins blumengeschmückte Liebesbett steigt, ist Jubel im Kino angesagt.“ (›Klaus Wischnewski, in: Ralf Schenk [Red.] 1994, S. 248)

Ein Jahr zuvor hatte Jutta Hoffmann, eine der populärsten Bühnen- und Filmschauspielerinnen der DDR, im Mittelpunkt der Emanzipationsgeschichte „Der Dritte“ gestanden. Die Protagonistin ist Mitte Dreißig, Mathematikerin, alleinstehend, Mutter von zwei Kindern, die aus zwei verschiedenen Beziehungen stammen. „Glücklich ist sie nicht, ihr fehlt der Partner, Liebe, Zärtlichkeit und ein Vater für die Kinder. In der Wahl des Mannes wird sie durch die gesellschaftliche Norm noch immer zur Passivität verurteilt.“ (›Klaus Wischnewski, a.a.O., S. 450) Die Rückblende ruft ihr vormaliges Leben in Erinnerung: Sie beginnt als

idealistische Diakonissenschülerin, über eine Qualifizierung an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät (ABF) gelingt ihr der berufliche Aufstieg in die Schicht der „werk tätigen Intelligenz“, doch die Männer, mit denen sie sich verbindet, enttäuschen in ihrer Schwäche. Sie durchbricht diese Biografie des Scheiterns in der Verbindung mit dem Dritten, bei der sie ihre Freundin, die selbst gerade das Ende einer Beziehung erleben musste, ermutigt und unterstützt. Diese Geschichte vom Scheitern und Wiederfinden trifft den Kern einer gesellschaftlichen Situation, in der die Scheidung zur weit verbreiteten gesellschaftlichen Normalität geworden ist, und in der es überwiegend die Frauen sind, die diese Entscheidung treffen.

Jutta Hoffmann und Armin Müller-Stahl sind die Protagonisten in dem von Klaus Poche geschriebenen, von Frank Beyer inszenierten Fernsehspiel „Geschlossene Gesellschaft“ (1978). Es handelt von der Befindlichkeit eines Ehepaares, das im Urlaub seine private Entfremdung als Folge politisch bedingter Konflikterfahrungen reflektiert und da-



103

102/ Jutta Hoffmann im Zuschauerraum des Maxim-Gorki-Theaters, umgeben von Jugendweiheteilnehmern einer Berliner Oberschule, die mit dem prominenten Ensemblemitglied zu einer „Jugendstunde“ verabredet sind, Februar 1971. Foto: Sigrid Kutscher

103/ Jutta Hoffmann und Armin Mueller-Stahl in „Geschlossene Gesellschaft“, 1978. Foto: Gerd Platow

Eine Zensur-Groteske

In der TV-Zeitschrift der DDR war für Mittwoch, den 29. November, um 21.30 Uhr, im Ersten Kanal, nur eine geheimnisvolle Notiz ausgedruckt: „Geschlossene Gesellschaft“. Die Auflösung des Programmrätsels ließ auch am Sendetag auf sich warten.

Ein Unterhaltungsmagazin, das regulär um halb zehn beendet sein sollte, überzog um 15 Minuten, das Orchester spielte beispielsweise noch einmal die Erkennungsmelodie. Dann verkündete die Ansagerin eine Programmänderung: „Aus aktuellem Anlaß“ werde zunächst ein holländischer Dokumentarfilm über Nicaragua gezeigt, „dann setzen wir unser Programm fort“. Wieder kein Wort über die „Geschlossene Gesellschaft“.

Gegen halb elf endlich – das schläfrige DDR-Volk hatte sich mehrheitlich längst zur Ruhe gebettet – wurde das Mysterium doch noch entschleiert: Die „Geschlossene Gesellschaft“ war ein Fernsehspiel heimischer Produktion, ein brisantes, brillantes Stück über die Krise eines DDR-Ehepaares, das im Urlaub private und gesellschaftliche Konflikte aufarbeitet.

Da kamen Seitensprünge zur Sprache und Scheidungsabsichten; da war von Leistungs- und Anpassungsdruck die Rede. „Ich spüre mein Alter“, sagt der Mann, „und versuche verbissen, mit dem Arsch an die Wand zu kommen. Denn hinter mir drängeln und schieben die Jungen mit ihrem ungetrübten oder geheuchelten Optimismus. Ihre Karrieregeilheit macht mich fassungslos.“ Er klagt über „das Rennen nach den maximalsten Resultaten“, das ihn „zermüht“ hat; sie kontert: „Deine Bequemlichkeit war dir heilig.“

Ein Kammerspiel ohne billige Lösungen, ohne den staatlich verordneten Fortschritts-Frohsinn lief da über den Ost-Schirm, und das galt vielen Parteifrömmeln als eine böse Panne. Erzürnt fragte im SED-Zentralkomitee der Gewerkschaftsbund-Sekretär Horst Heintze, was Fernsehfilme wie „Geschlossene Gesellschaft“ mit „unserem sozialistischen Leben zu tun haben“. Heintze: „Wir wünschen, durch viele Meinungen unserer Mitglieder unterstützt, daß solche Filme nicht gezeigt werden.“

Vom Halse geschafft, in: Der Spiegel, Nr. 52/1978, S. 29f.



mit subversive Gesellschaftskritik übt. Frank Beyer war einer der wichtigsten DEFA-Regisseure, sein mit Manfred Krug besetzter Film „Die Spur der Steine“ (1966) war wenige Tage nach der Ostberliner Erstaufführung verboten worden. Mit „Jakob der Lügner“ (1974) hatte Beyer als erster und einziger Regisseur eines DDR-Films eine Oscar-Nominierung erreicht.

Welche kulturpolitischen Manöver die verunsicherte SED-Führung in den Jahren nach der Biermann-Ausbürgerung unternahm, um unerwünschte Gesellschaftskritik zu behindern, zeigt die Geschichte der Ausstrahlung dieses Fernsehspiels, dessen politische Brisanz schließlich auch zur Ablösung des dafür verantwortlich gemachten Fernsehkulturchefs Hans Bentzien führen wird.

Während die Regisseure in der DDR fast ausschließlich Männer sind, bleiben den Frauen im Filmgeschäft überwiegend Funktionen wie Bühnenbildnerin oder Ausstatterin vorbehalten. Aber die Protagonisten der wichtigen Filme sind häufig starke Frauen. In der DEFA-Filmgeschichte lässt sich in den 1980er Jahren kulturpolitisch von einer „Kontinuität des Argwohns“ (›Elke Schieber) sprechen. Die Widersprüche, die sich aus dieser Situation ergeben haben, zeigt vor allem „Solo Sunny“, ein Film, der in Anwesenheit der Partei- und Staatsführung am 17. Januar 1980 seine Premiere erlebte. Sein Regisseur, Konrad Wolf, war seinerzeit zugleich Präsident der Akademie der Künste. Das Drehbuch hatte Wolfgang Kohlhaase geschrieben, einer der sensiblen Kritiker des realsozialistischen Alltags in der DDR. Sunny, dargestellt von Renate Krößner, ist eine junge Arbeiterin, die sich nach Glück und Anerkennung sehnt. Als Sängerin einer unbekannten Band vom Prenzlauer Berg sucht sie den Erfolg vergeblich auf Tourneen durch Dörfer und Kleinstädte, gerät in verschiedene private Beziehungskonflikte und wird schließlich aus der Band ausgeschlossen. Sie erleidet einen Zusammenbruch und landet im Krankenhaus. Von ihrer Freundin ermutigt, findet sie den Impuls für einen Neubeginn in einer jungen Band, die in einem Hinterhaus am Prenzlauer Berg probt. Der Film rückt ein junges Künstlermilieu ins Blickfeld, das sich in diesen Jahren vor allem um Literaten und bildende Künstler als Prenzlauer-Berg-Szene entwickelt, sich entschieden von der „Vormundschaft eines übergeordneten Sinns“ (›Elke Erb) befreit. In den SED-Staat „hineingeboren“, suchen sie „Wege aus der Ordnung“ (›Uwe Kolbe). Der politische Hintersinn dieses vielfach in Ost und West ausgezeichneten Films, der beim Publikum eine ähnliche Resonanz wie „Die Legende von Paul und Paula“ gefunden hat, ist den SED-Funktionären zunächst entgangen. Er hat in gewisser Weise die fortschreitende Ablösung der jungen Generation von den ideologischen Verheißungen des Monopolsozialismus in der DDR vorweggenommen.



104/ Renate Krößner in
„Solo Sunny“

105



105/ Studentenfascching in Leipzig,
Mitte der 1980er Jahre.
Foto:Mahmoud Dabdoub

106/ Oderberger Straße, Ost-Berlin 1986.
Foto:Gerd Danigel

Lebenswelten in der Fotografie

In der DDR gab es neben der inszenierten Bildwelt, die in den Massenmedien vorherrschten, auch den tiefen Blick auf eine Gesellschaft, die von den Impulsen der „subjektiven fotografie“ in der Bundesrepublik beeinflusst war. Diese wurde Anfang der 1950er Jahre von Otto Steinert maßgeblich geprägt, der sie als Gegengewicht zur Dokumentations- und Werbefotografie verstand. Ein ähnlicher Impuls hat in der DDR noch in den 1950er Jahren vor allem das Werk von Evelyn Richter und Arno Fischer bestimmt, die ab den 1970er Jahren in der jungen Fotografengeneration ihre Spuren hinterlassen haben.

Wirklichkeitsnähe als „Überlebensmittel“ hatten nicht nur jüngere Autoren wie Gabriele Eckart und Monika Maron intendiert, sondern auch Fotografen, die teilweise eine Doppelexistenz führten, indem sie gleichzeitig als Auftragsfotografen für staatliche Medien oder Institutionen arbeiteten und ihre eigene subjektive Fotografie im Archiv aufbewahrten. Dies gilt beispielsweise für Gerhard Weber oder Gerd Danigel, der seit 1985 als Fotograf im Staatlichen Institut für Kulturbauten beschäftigt war und dem es gelang, in seinem Bild von der Ostberliner Oderberger Straße das Spannungsfeld einer vielfältigen Szenerie weiblicher Lebensformen zu protokollieren.

Ein palästinensischer Student aus dem Libanon, Mahmoud Dabdoub, studierte ab 1981 in Leipzig an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Fotografie. Er hat den Alltag in der DDR in zahlreichen Aufnahmen eingefangen, die vor allem die junge Generation in ihren Lebensäußerungen darstellt.

Leben in der DDR

MARIA 30, DIPLOMGARTENBAUINGENIEUR

Ich bin vor acht Jahren, nach meinem Studium in Berlin, ins Havelland gekommen. Es war für meinen Mann und mich schwierig, uns einzuleben. Das ist ein seltsamer Schlag Mensch hier, alles dreht sich um den Garten, ums Geldverdienen nach Feierabend ... ich frage mich wozu, da gibt's für mich im Leben noch was anderes. [...]

Nachdem wir zwei Jahre hier gewohnt haben, das Haus war noch nicht ausgebaut, sind wir nach Phöben in einen Landneubau gezogen. Da war auch ein junges Ehepaar, Absolventen der Ingenieurschule, mit ihnen haben wir uns befreundet. Die waren jung und wir auch, da ein Kind und hier eins, man sagt: Könnt ihr nicht mal eine Stunde nach den Kleinen gucken, wir müssen weg ... und man bringt ein paar schöne Stunden zusammen, das war ja gleich ein ganz anderes Leben! [...]

Das Studium, das waren vier schöne, turbulente Jahre. Eingeeengt fühlte ich mich erst, als die Ehe und die Praxis kamen. Wir fingen mit so vielen Problemen an. Die Wohnung taugte nichts, Geld war nicht da, die Arbeit gefiel uns beiden nicht, mein Mann ist sehr kontaktfreudig, hatte in Schwerin einen so duften Freundeskreis gehabt, der fehlte ihm, und wir hatten so lange vergeblich versucht, Anschluß zu finden.

[...]

Verreisen ... das ist es, was ich mir immer wünsche, und manchmal kommt es mir so hoch: Das ist die Welt, die Erdteile, warum darf ich die nicht sehen? Ich möchte so gern mal raus, zum Beispiel nach Afrika, aber dann denke ich: Da führt kein Weg rein, also was soll's ... und fühle mich in meinem ganzen Denken und Handeln irgendwie zurückgestoßen. [...] Warum ist man unseren Bürgern so mißtrauisch gegenüber? Es würden doch nicht mehr so viele abhauen, den Leuten geht es jetzt viel besser.

[...]

Als ich studiert habe, bin ich oft zur Studentengemeinde gegangen. Es wurde so offen und interessant diskutiert, überhaupt nicht nach Schema. Das fehlt der FDJ ein bißchen, gerade in diesem Gebiet, wo die Jugend eine große Rolle spielt.

Ich glaube, es ist ein Übel bei uns, daß man die Reserven nicht dort sucht, wo sie sind. Wir hatten im Studium zwei Kommilitonen, die leistungsmäßig sehr gut waren. Die Angela war ein Aß in Operationsforschung, sie war ein lieber und fleißiger Mensch. Sie wollte Forschungsstudent werden, aber sie hatte andere Anschauungen in irgendwelchen Dingen und durfte es nicht. Der andere war so gut, daß er in Moskau studieren sollte, aber er war in der Jungen Gemeinde. Ich bin überzeugt, daß die beiden unserer Gesellschaft nützlicher sind als Leute, die nur in Schlagworten reden, heucheln und sich persönliche Vorteile von einer Parteimitgliedschaft erhoffen.

So sehe ich die Sache. Protokolle aus der DDR von Gabriele Eckart, Köln 1984, S. 252–260.



Leben mit Behinderten

Die Leipziger Fotografin Karin Wieckhorst, die durch ihre mit versteckter Kamera aufgenommenen Fotos von der Sprengung der Leipziger Universitätskirche bekannt geworden ist, protokollierte in den 1980er Jahren das Leben von Behinderten in der DDR. Mit Regina Reichert, die 2012 gestorben ist, war sie befreundet. Über Jahre hat sie den selbstbestimmten Lebensweg dieser engagierten lebenslustigen Frau mit ihren einfühlsamen fotografischen Aufnahmen begleitet. Die sozial-dokumentarischen Bilder von Karin Wieckhorst sind ein einfühlsames Zeugnis für Selbstbehauptung und sinnvolles Tätigsein von Behinderten.

Die Behindertenpolitik in der DDR war in erster Linie durch utilitaristische Ziele bestimmt. Möglichst viele „Geschädigte“ mit körperlicher Behinderung sollten in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Demgegenüber erhielten Menschen mit geistiger Behinderung kaum Aufmerksamkeit. Sie wurden oft in Heimen untergebracht, ohne Förderungs- oder Bildungsangebote zu erhalten. Das Engagement der evangelischen Kirche bildet in diesem Rahmen eine seltene Ausnahme.

In der Behindertenpolitik der Bundesrepublik, die zwei Jahrzehnte lang durch die vorrangige Betreuung der Kriegsbeschädigten bestimmt war, setzt in den 1970er Jahren eine neue Entwicklung ein, welche die Behinderung mit der gesellschaftlichen Verantwortung rückkoppelt. Dabei wird zwischen „impairment“, also der tatsächlichen Beeinträchtigung der betroffenen Person, und „disability“, dem Faktum der durch die

107



107 / Aus der Folge
„Regina Reichert“, 1981 – 1985.
Foto: Karin Wieckhorst.

108 / Aus der Folge
„Regina Reichert“, 1981 – 1985.
Foto: Karin Wieckhorst.



108

109



Gesellschaft bedingten Beeinträchtigung, unterschieden. „Hingewiesen wurde auf gesellschaftliche Barrieren im baulichen Bereich, im Erwerbsleben sowie auf Einschränkungen der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und nicht zuletzt der politischen Partizipation, sprich: der gesellschaftlichen Teilhabe. Diese Sichtweise stellte heraus, dass Behinderung eine Kategorie sozialer Ungleichheit sei, analog zu der des Geschlechts, der ‚Ethnizität‘ oder der Klasse, die allesamt zur Konstitution gesellschaftlicher Machtasymmetrien beitragen würden. [...] Unter anderem als Folge des Conterganskandals zogen dann bis Ende der 1970er Jahre verstärkt behinderte Kinder öffentliche und infolgedessen auch politische Aufmerksamkeit auf sich. In dieser Phase kam es zu einer Abwendung von der bisherig ökonomisch-sozialutilitaristischen Ausrichtung der Behindertenpolitik, da Eingliederungshilfen nun nicht mehr nur auf die Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, sondern auch auf die „Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft abzielten.“ (Gabriele Lingelbach/Sebastian Schlund, docupedia.de/zg/Disability_History)

1978 gründete sich eine Vereinigung für Integrationsförderung, um Menschen mit in ihrem Bestreben nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu unterstützen, Integration und Chancengleichheit in Schule, Ausbildung, Studium, Beruf und im gesellschaftlichen Alltag durchzusetzen. 1994 wurde der Satz „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen, und. 2002 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Dass die Verwirklichung dieser Zielsetzung Beharrlichkeit und langen Atem erfordert, unterstreicht das Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention 2008 und ihre Übernahme in das EU-Recht. Damit hat die Entwicklung einen neuen Impuls gewonnen, der sich in der aktuellen Debatte über Erfordernisse und Reichweite der Inklusionspolitik bis heute auswirkt.

110



111

109/ Alltag an der Oberlin-Schule:
Unterrichtsstunden mit
behinderten Kindern, 1970/71.
Foto: Barbara Köppe/
Oberlin-Schule-Potsdam

110/ Deutschland, Hamburg, durch
Contergan behindertes
Mädchen hält die Kaffeetasse
mit dem Fuss, 20. April 1976

111/ Geschützte Werkstätte:
Montage von Schaltelementen,
Riesa, 6. Juni 1987.
Foto: Klaus Mehner.

Bitte Auffüllen.

Ca. 125 Zeichen

Ute Mahler

Zu den vielseitigsten Fotografinnen aus der DDR zählt Ute Mahler, die sich zwar selbst als Dokumentarfotografin versteht, aber durch ihren Blick hinter die Kulissen fasziniert. Wenn sie ein Modelfoto, für die „Sybille“ bestimmt, vor der von Männern beherrschten Galerie der SED-Politbüromitglieder zeigt, wird ein surreal anmutendes Paradoxon markiert, das ein zwei Jahre später entstandenes Foto zu paraphrasieren scheint. Sie protokolliert aber auch, wie die zwar die Freikörperkultur akzeptierende, aber ansonsten sit-

tenstrenge und prude SED-Diktatur kurz vor ihrem Ende zumindest vor dem „Striptease“ kapituliert. Die Fotografin, die 1990 mit ihrem Ehemann Werner die Bildagentur Ostkreuz initiieren wird, „als Mittel, um gleichgesinnte Personen zusammenzubringen“, hatte sich über die Jahre Freiräume erobert. Von Klischees umgeben, hat sie sich für individuelle Schicksale interessiert, für Vorgänge, die das Leben von Frauen bestimmen oder verändern. Dabei sind ihr symbolische Übertragungen gelungen, die den Fotos einen Doppelsinn hinterlegen. In der DDR-Fotografie hat sie wesentlich zu einem neuen Frauenbild beigetragen.

André Gelpke

Vergleicht man Ute Mahlers „Striptease“-Fotos, die sie in Berlin-Köpenick und Karl-Marx-Stadt im Jahr vor der Wende aufgenommen hat, mit der Serie „Sex-theater in St. Pauli/Hamburg“, die der international

112



113



112/Hochzeitskleid, 1982.

Foto: Ute Mahler

113/Mecklenburg, 1984.

Foto: Ute Mahler

114/Aus der Serie

„Striptease in der DDR“,
Karl-Marx-Stadt 1988.

Foto: Ute Mahler



114

115



renommierte Autorenfotograf André Gelpke zwischen 1972 und 1979 realisierte, wird der Unterschied nicht nur vom männlichen Blick bestimmt, sondern auch von dem unterschweligen sozialkritischen Impuls, der die Doppelbödigkeit der sexuellen Befreiung im Spannungsfeld zwischen Hedonismus und kommerzieller Ausbeutung manifestiert. „Trotz einem Wechselspiel zwischen der Profitgier der Theaterinhaber und der Sensationsgeilheit seiner Besucher konnten diese Darsteller sich eines erhalten; die Hoffnung auf eine heile Welt. Privat hörten sie nicht auf, sie zu ordnen“, kommentiert der Fotograf rückblickend sein Projekt. Gelpke hatte sich seit seinem Studium an der Essener Folkwangschule bei Otto Steinert besonders für gesellschaftliche Minderheiten interessiert, als er sich in seiner Diplomarbeit mit sinnsuchenden Hippiereisenden im VW-Bus auf dem Weg nach Neapel beschäftigt, später hat er Bildserien u. a. von Rockern in Hamburg oder Mönchen in Maria Laach gestaltet.

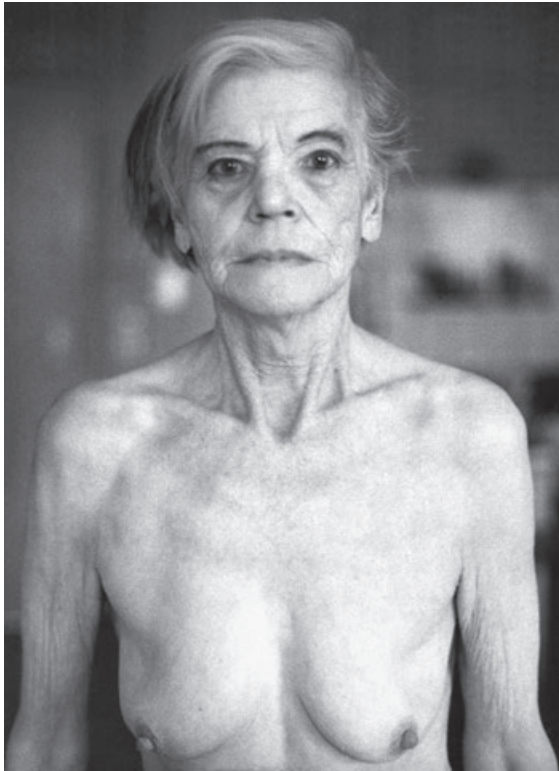
Was sich in der Bundesrepublik als unkontrollierter Freiraum erweist, bedeutet in der Fotogeschichte der DDR ein kreatives Wagnis, das uns rückblickend die verborgenen Seiten des Alltags zu entschlüsseln vermag.



116

115/116/Aus der Serie „Sextheater in St. Pauli/Hamburg, 1972–1979
Foto: André Gelpke

117



117 / Aus der Bildserie
„Tamerlan“, Berlin 1984.
Foto: Gundula Schulze Eldowy

118 / „Berlin 1987“ (aus der Serie
„Der große und der kleine Schritt“).
Foto: Gundula Schulze-Eldowy

118



Hier kommt noch eine Headline hin

Gundula Schulze Eldowy zeigt Menschen am Rande der Gesellschaft, Alte, Kranke, Entwurzelte, die so offen und direkt nicht in das glatte, geschönte Bild des ‚Arbeiter-und-Bauernstaates‘ passen wollen. [...] Die Wahrnehmungsfähigkeit der Photographin gesteht den Porträtierten eine Aufmerksamkeit zu, die ihnen sonst in der Anonymität der Gesellschaft verwehrt wird. Dies illustriert beispielsweise die Serie ‚Tamerlan‘, die mehrere Lebensphasen einer alten Frau begleitet und in schockierender Offenheit ihren versehrten Körper darstellt. [...]

Mitte der 80er Jahre entscheidet sich Schulze Eldowy für die Farbphotographie, um den Dingen noch näher zu kommen und zu ihrem Wesen vorzudringen. [...] In der Aufnahme einer alten Frau, die den Arm zum Schlag gegen einen Eindringling erhebt, zeigt Schulze Eldowy zuerst die aggressive Geste, auf einer zweiten Ebene aber auch die Einsamkeit und Verzweiflung, die die Protagonistin so agieren lassen.

Carolin Förster, in Domröse (Hrsg.) 1997, S. 179

Gundula Schulze Eldowy

Aus der jungen Fotokünstlergeneration ragt Gundula Schulze Eldowy mit ihrem ästhetischen Radikalismus hervor, der nach ihrem Kontakt mit dem in New York lebenden renommierten schweizerisch-amerikanischen Fotografen Robert Frank seit 1986 auch international wachsende Beachtung gefunden hat. 1954 geboren, hat sie zunächst an der Berliner Fachschule für Werbung und Gestaltung studiert, mit 23 Jahren die Fotografie als Ausdrucksmedium für sich entdeckt und neben einem Fernstudium an der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst im Berliner Scheunenviertel an verschiedenen Fotoserien im Stil der Life-Fotografie und an Bildessays gearbeitet. Sie sieht mehr „die im Dunkeln“ als „die im Lichte“. Ihre beeindruckenden Bilder sind sehr nah an der Realität und an Einzelschicksalen, gekennzeichnet durch Krankheit, Alter, Verbitterung, ohne die Würde der Personen zu verletzen.

Bettina Flitner

Die im Jahr des Mauerbaus in Köln geborene Fotografin Bettina Flitner hat mit ihrer „Reportage aus dem Niemandsland“, einer 46-teiligen Fotoserie über die Folgen des Mauerfalls Aufsehen erregt, in der sie von Juni bis September 1990 dreieinhalb Monate lang Menschen diesseits und jenseits der vormaligen Grenze im Umfeld der gefallenen Mauer präsentiert. Nach ihrer Ausbildung zur Cutterin und einem Studium an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin hat sie zunächst als Filmemacherin gearbeitet, bis sie sich am Ende der 1980er Jahre, zunächst mit Fotos, die in „Emma“ erschienen sind, für den Fotografenberuf entschieden hat. Daraus ist 1988 das Buch „Nicht als Frau geboren“ entstanden.

Sehr eigenständig knüpft Bettina Flitner seit den Anfang der 1990er Jahre an die Konzeption von Christian Borchert, Ute Mahler und Herlinde Koelbl an, weil sie ebenfalls die Gestaltung von Serien bevorzugt, in denen sie die fotografierten Personen auch selbst zu Wort kommen lässt.

Bettina Flitner hat seit Anfang der 1990er Jahre insgesamt acht Fotobücher publiziert, die wiederholt ausgezeichnet worden sind und eine breite Themenpalette erfassen: sie hat 1991 eine 15-teilige Fotoarbeit „Nachbarn“ zu den fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda vorgelegt, schon 1993 hat sie in Thailand als erste Sextouristen decouviert, ohne ihre Gesichter zu verdecken. Mit ihrer Trilogie „Mein Herz. Mein Feind. Mein Denkmal“ (1995) hat sie einen neuen Weg der Fotoreportage beschritten. Bettina Flitner hat auf den Straßen von Köln und Berlin zufällige Passantinnen angesprochen und ihnen drei Fragen gestellt: „Haben Sie einen Feind?“ (1992) „Haben Sie ein Denkmal verdient?“ (1994) und „Haben Sie schon einmal ihr Herz verloren?“ (1995). Die Fotografien und Zitate wurden als überlebensgroße Straßeninstallationen ausgestellt. Ihr 2004 entstandenes Fotobuch „Frauen mit Visionen (2004)“ enthält Porträts von großen Europäerinnen aus Kultur, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Und vier Jahre später hat sie 25 „Frauen, die forschen“ vorgestellt. Die Bilder wurden anschließend auch in verschiedenen Museen als Rauminstallation gezeigt.

119/ Prof. Thisbe Lindhorst,
Institut für Organische Chemie
an der Kieler Universität 1988.
Foto: Bettina Flitner



119

120



*Na klar, das wird jetzt erstmal
hart für uns. Aber da müssen die
Deutschen jetzt eben alle
zusammenhalten*

121



*Aus dem Osten?
Nee. Wir wohnen seit
30 Jahren in Kreuzberg.
Wir waren noch nie
drüben. Da gehen wir
auch jetzt nicht hin.
Was sollen wir denn da?*

120/121 / Aus der Serie „Reportage aus dem Niemandsland“
1989–1990, Foto: Bettina Flitner

Bettina Flitner

Wenn Sie sich an die Wendezeit erinnern, was kommt Ihnen als erstes in den Sinn – Insbesondere im Hinblick auf die Rolle der Frau?

Ich habe die ersten Monate nach der Maueröffnung in Berlin auf dem ehemaligen Todesstreifen fotografiert. Ich bin diesen Grenzstreifen zwischen Ost und West entlang gelaufen und habe die Menschen, die mir dort begegnet sind, fotografiert und nach ihren Gefühlen befragt. In diesem Niemandsland mit seiner steinernen Abgrenzung zu beiden Seiten wirkten die Menschen, ihre Kleidung, ihre Körperhaltung besonders pointiert. Die Frauen aus dem Osten schienen mir selbstbewusster als die Frauen aus dem Westen. Vielfältigere Frauentypen. Alle waren berufstätig. Sie schienen mir weniger von Außenbildern, die aus der Werbung und sonstiger Vermarktung kommen, bestimmt zu sein.

In Ihrer Arbeit befassen Sie sich immer wieder mit Frauen. Hat die Fotografie da Nachholbedarf?

Weil es oft keine guten Fotos von weiblichen Persönlichkeiten gibt. Manchmal gibt es auch überhaupt keine Fotos. Mein Initialerlebnis war dieses: Als die Biologin Prof. Christane Nüsslein-Volhard 1995 den Nobelpreis für Medizin bekam, gab es kein einziges Foto der renommierten Wissenschaftlerin. Das hatte ich in der EMMA-Redaktion mitbekommen. Händeringend wurde ein Foto gesucht, bei Fotografen und Agenturen – nichts. Irgendwann kam jemand auf die Idee, Prof. Nüsslein-Volhard selbst um ein Bild zu bitten. Das kam dann auch, einen Tag später. Auf diesem Foto sitzt die Nobelpreisträgerin mit Spaghetti-Trägern im Garten. Der Garten ist gut zu sehen und auch richtig belichtet. Und auch Frau Nüsslein-Volhard ist noch mit drauf, links in der Ecke, etwas unscharf. Nur eines war ganz deutlich: das Foto war eher privater Natur. Ein Porträt der Wissenschaftlerin gab es nicht. Kurz: So kam die Idee, weibliche Persönlichkeiten systematisch zu porträtieren.

Seit welcher Zeit lässt sich in Deutschland ein breiteres Interesse an der Autorenfotografie, insbesondere von Frauen, beobachten?

In der DDR setzte das Interesse an Fotografie im Wesentlichen erst zu Beginn der siebziger Jahre ein. In der Bundesrepublik war es nicht viel anders. Erst Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre begann hier auch ein (Kunst-)Markt-Interesse. Die Autorenfotografie kam zunächst aus Amerika, so zum Beispiel von Fotografinnen wie Dorothea Lange, Margaret Bourke-White oder Lina Lee Viel zu lang und speziell!

Interview von Victoria Strachwitz, August 2011

Die Übergangsgesellschaft

Auch wenn Mitte der 1970er Jahre niemand vorhergesehen hat, dass die DDR 15 Jahre später nicht mehr existieren würde, sind rückblickend die frühen Anzeichen für eine politische Sklerose der SED-Diktatur nicht zu übersehen. Die KSZE-Schlussakte hatte zur Folge, dass bereits im Sommer 1976 mehr als 100 000 Personen einen „Antrag auf ständige Ausreise“ aus der DDR stellten (Lindner 2001, S.11). Das von der Staatspartei beschworene „Bündnis von Geist und Macht“ hatte sich nach der Zwangsausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976 endgültig als Illusion erwiesen.

Christa Wolf, die einzige Frau unter den zwölf Erstunterzeichnern des offenen Schriftsteller-Protestes gegen diesen Willkürakt, hat 1983 ihre Erzählung „Kassandra“ vorgelegt, ein gesamtdeutsches literarisches Ereignis, das die Heuchelei der DDR-Friedenspolitik nicht ausblendet. Ihre Geschichte von der Seherin Kassandra, die vor den schreckli-

chen Folgen des Trojanischen Krieges warnt und erleben muss, dass sie das Unheil nicht aufhalten kann, entsteht in einer Zeit, in der die Supermächte in einer neuen Spirale der Hochrüstung verfangen sind, als Menetekel, das sich in gleicher Weise an die Protagonisten der konkurrierenden Weltmächte richtet. Weil Christa Wolf das propagandistische Klischee von Gut und Böse ausschließt und die Massenvernichtungswaffen beider Seiten als lebensbedrohlich benennt, weckt sie die Arglist der Zensoren. In der DDR-Ausgabe ihres die Gegenwart einholenden Kommentars zu „Kassandra“ muss neben zwei anderen Textstellen eine kurze Passage entfallen, die explizit beide Seiten für die Bedrohung verantwortlich macht: „Die Nachrichten beider Seiten bombardieren uns mit der Notwendigkeit von Kriegsvorbereitungen, die auf beiden Seiten Verteidigungsvorbereitungen heißen. Sich den wirklichen Zustand der Welt vor Augen halten, ist psychisch unerträglich [...] Der Wahnsinn geht mir nachts an die Kehle.“

(West-Ausgabe von Kassandra zitieren)

Volker Braun hatte bereits in seinem 1982 entstandenen Stück „Die Übergangsgesellschaft“ die Erstarrung und Agonie im SED-Staat in einer bitteren Komödie aufgedeckt, die erst 1988 in der DDR auf die Bühne gebracht werden konnte. Und Christoph Hein hat in seinem historisch verschlüsselt, auf die Artus-Sage bezogenen Drama „Die Ritter der Tafelrunde“, das im April 1989 in Dresden uraufgeführt wird, die ausweglose Sklerose der DDR-Politgerontokratie unmissverständlich verspottet und attackiert.

Nicht nur viele Intellektuelle hatten sich zunehmend vom „real existierenden Sozialismus“ abgewendet, auch die junge Generation entwickelte zum propagandistisch als „Staat der Jugend“ verklärten System eine wachsende Distanz. Die während der Weltjugendfestspiele 1973 aufgekommene Hoffnung auf eine Lockerung ist zunehmend geschwunden: „Die Jugendgeneration der achtziger Jahre war nicht mehr heimisch geworden in der

122/ Naunhof (DDR), 1988.
Foto: Gerhard Weber

123/ Lottumstraße, Ost-Berlin 1986.
Foto: Harald Hauswald

122



Die Jugend nimmt Abschied von der DDR

Die letzte ‚echte‘ DDR-Generation, sagen die Wissenschaftler, ist meilenweit von ihrer Partnergeneration im Westen entfernt, selbst wenn sie westliche Lebensstile kopiert und sich nach westlichen Mustern individualisiert hat. Herrschte im Westen der Achtziger eine außergelenkte, oberflächenverliebte Selbstinszenierung vor, mit der die jungen Menschen auf die selbstbezogenen Innerlichkeit des vorangegangenen Jahrzehnts reagierten, so misstraute man im Osten Leuten, für die alles Ausdruck war. Zum einen existierte die Überfülle eines Warenmarktes, in den kaum noch Übersicht zu bringen war, gar nicht, zum anderen mied man einfach jede Form von Öffentlichkeit oder Teilnahme. Auch ich kann mich noch daran erinnern, wie sehr die Älteren ‚The Cure‘ und ‚Depeche Mode‘ liebten, wie sie sich die Haare mit Bier oder Zuckerwasser styelten. Doch was auf den ersten Blick wie Protest und Rebellion aussah, war in der Regel nicht viel mehr als eine zur Schau getragene Geste des Rückzugs, des Nichtmehrteilnehmenwollens und auch ein bisschen Langeweile.

• Jana Hensel: Zonenkinder, Reinbek 2002, S. 156

123



DDR. Sie hatte sich kaum noch im System verankert, zeigte sich zunehmend weniger kompromißbereit.“ (Lindner 2001, S. 46)

Die frühen informellen Oppositionsgruppen in der DDR bildeten sich vor allem aus einem Friedensengagement, häufig unter dem Dach der Evangelischen Kirche. Die erste Gruppierung, die auch einen organisatorischen Rahmen besitzt, ist die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die in Ost-Berlin um die Jahreswende 1985/86 entsteht. Sie zählt Bärbel Bohley, Katja Havemann, Ulrike Poppe und Marianne Birthler zu ihren Protagonisten.

Die Umweltbewegung in der DDR ist vor allem durch die im August 1986 im Keller der Ost-berliner Zionskirche eingerichtete Umwelt-Bibliothek in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Nachdem das Ministerium für Staatssicherheit diese am 24. November 1987 besetzt und einige Oppositionelle verhaftet hatte, konnten breite öffentliche Proteste und Mahnwachen schließlich ihre Freilassung erwirken.

Wie widerspruchsvoll die Staatsmacht im Herbst 1987 mit dem Anwachsen oppositioneller Initiativen umging, zeigte der Olof-Palme-Friedensmarsch. Es handelte sich dabei um eine Initiative, die sich für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa engagierte und gemeinsam von der bundesrepublikanischen Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner sowie dem staatsoffiziellen Friedenskomitee der CSSR und dem Friedensrat der DDR vereinbart wurde, wobei die westdeutschen Vertreter forderten, an diesem Projekt auch die Evangelische Kirche in der DDR zu beteiligen.

Am frühen Abend des 5. September 1987 demonstrierten im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg etwa 1000 Personen. Sie zogen mit DDR-kritischen Transparenten von der Zionskirche zur Gethsemanekirche, die als Zentren oppositionellen Engagements gelten konnten. Diese größte legale Demonstration der DDR-Opposition, bei der sich die Staatssicherheit observierend im Hintergrund hielt, wurde an diesem Tag von den staatlichen „Ordnungskräften“ nicht behindert.

124



124/ Gemeindefriedensstation der lutheranischen Kirche in der Griebenowstrasse, die von der Polizei durchsucht wurde: Es wurden Flugblätter und die unabhängige Umweltbibliothek beschlagnahmt.
25. November 1987

125/ Am 18. September 1987 sind bei einer Kundgebung zum Olof-Palme-Friedensmarsch auf dem Schloßplatz in Dresden erste DDR-systemkritische Plakate zu sehen. Foto: Ulrich Hässler

126/ Junges Paar bei der Maidemonstration in Ost-Berlin. Der Mann, der das Gorbatschow-Porträt in Händen hält wird noch vor der Tribüne abgeführt.
Foto: Karin Mansaray



125

Der Olof-Palme-Friedensmarsch in der DDR

Mit dem offiziell in der DDR zugelassenen Olof-Palme-Friedensmarsch vom 1. bis 18. September 1987 kam es trotz einiger Behinderungen zu den ersten legalen Demonstrationen der Opposition in vielen Orten der DDR. [...]

Die SED, die an einer Unterstützung durch die westliche Friedensbewegung interessiert war, konnte sich dem Ansinnen nach einer kirchlichen Beteiligung nicht entziehen. [...] Vor allem aber war zu diesem Zeitpunkt Honeckers Besuch in Bonn geplant, der nicht durch die Brückierung der Kirchen und Übergriffe gegen Oppositionelle in der DDR getrübt werden sollte. [...]

An verschiedenen Orten wie Berlin, Königswalde, Brandenburg, Torgau, Saalfeld und Weimar kam es zu eigenständigen kirchlichen Veranstaltungen, Friedensgebeten und Pilgerwegen. Die wichtigste Aktion wurde ein durch die Aktion Sühnezeichen vorbereiteter Pilgerweg vom 2. bis 5. September zwischen den ehemaligen Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen. An ihm beteiligten sich bis zu 500 Menschen täglich. [...] Das Sensationelle des Pilgerweges war aber der politische Charakter der mitgeführten Losungen. Die traditionellen Symbole der Friedensbewegung wie ‚Schwerter zu Pflugscharen‘, Forderungen nach einem Sozialen Friedensdienst für Wehrdienstverweigerer sowie Losungen gegen die Militarisierung in Schulen und Kindergärten wurden neben Protesten gegen die Umweltpolitik, gegen Atomkraftwerke, für mehr Kontakte der Menschen zwischen Ost und West und gegen die Abgrenzungspolitik mitgeführt.

Neubert 2000, S. 690–692.

Der Olof-Palme-Friedensmarsch sollte in einer durch die Politik des seit März 1985 amtierenden neuen Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, zunehmend verunsicherten SED-Führung eine Ausnahme bleiben. Bereits 1986 hatte sich abgezeichnet, dass Gorbatschow einen weitreichenden Umbau („perestroika“) des Sowjetsystems unter dem Vorzeichen der Transparenz („glasnost“) anstrebte, der von der SED-Führung entschieden abgelehnt wurde. Mitte April 1987 erklärte ihr Chefideologe Kurt Hager in einem mit dem „Stern“ geführten Interview (16/1987, S. 140) mokant: „Wir deutschen Kommunisten haben dem Land Lenins stets große Achtung und Bewunderung entgegengebracht, und daran wird sich nichts ändern. [...] Dies bedeutete jedoch auch in der Vergangenheit nicht, daß wir alles, was in der Sowjetunion geschah, kopierten. [...] Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“

Seit dem Olof-Palme-Friedensmarsch war erst ein Dreivierteljahr vergangen, als der Versuch von Oppositionellen scheiterte, sich an der traditionellen SED-„Kampfdemonstration“ zum Gedenken

an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar 1988 zu beteiligen. Oppositionelle und Ausreisewillige erinnerten dabei mit Transparenten an ein brisantes Zitat von Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Mehr als 100 Personen wurden zeitweilig festgesetzt, einige prominente Oppositionelle wurden unter der Androhung, andernfalls zu einer Haftstrafe verurteilt zu werden, in den Westen abgeschoben.

Als die in der DDR erscheinende Zeitschrift „Sputnik“, die über setzte Artikel aus der Sowjetunion publizierte, im August 1988 von der DDR-Pressezensur wegen einer antistalinistischen Geschichtskritik ebenso verboten wurde wie zuvor bereits einige sowjetische Filme, hatte sich die Unruhe in der DDR-Bevölkerung deutlich ausgeweitet.

Ein Kulminationspunkt dieser Entwicklung war die Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989, die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler bei der Auszählung der Wahlergebnisse protokolliert und öf-



126

fentlich bekannt gemacht hatten. Wenige Wochen später folgte ein weiterer Schock. Im Unterschied zu den übrigen kommunistischen Staaten erklärte die SED-Führung dezidiert ihre Zustimmung zur brutalen Niederwerfung der Studentenproteste bei dem Tiananmen-Massaker in Peking am 4. Juni 1989. Noch Ende September reiste Egon Krenz als stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR nach China um an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung teilzunehmen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Besetzung der bundesdeutschen Botschaften in Budapest und Prag ihren Höhepunkt erreicht. Ungarn hatte bereits am 2. Mai nach einer Übereinkunft mit Österreich begonnen, die Grenzüberwachungsanlagen abzubauen, die Außenminister beider Staaten durchtrennten am 19. August 1989 in einer symbolischen Aktion gemeinsam den stacheldrahtbewehrten Signalzaun. Dieses „Paneuropäische Picknick“ nutzten etwa 600 Flüchtlinge aus der DDR zum

Übertritt nach Österreich, ohne dass sie von ungarischen Grenzposten daran gehindert worden wären. Am 11. September öffnete Ungarn offiziell die Grenze zu Österreich, so konnten in wenigen Tagen etwa 15000 Menschen in ihren PKW ungehindert die Grenze nach Westen überschreiten.

Dramatisch war die Lage im Prager Palais Lobkowitz, wo sich im September schließlich mehrere tausend Menschen auf dem Botschaftsgelände und in seiner Umgebung aufhielten, um ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erzwingen. Zeitweilig wird die Botschaft wegen Überfüllung geschlossen, viele verschafften sich dennoch Zutritt, indem sie waghalsig den Zaun überwinden.

Nach komplizierten Gesprächen kann Außenminister Hans-Dietrich Genscher den unter äußerster Anspannung Wartenden am 30. September die Nachricht überbringen, dass ihre Ausreise erreicht worden sei. Allerdings hatte die DDR die Bedingung gestellt, dass die Menschen mit Zügen in die Bundesrepublik transferiert werden mussten, die durch das Staatsgebiet der DDR den bayerischen Grenzort Hof erreichten.

127



127/ Unter DDR-Bürgern in Ungarn hatte sich das auf Flugblättern annoncierte Paneuropäische Picknick bei Sopron wie ein Lauffeuer verbreitet. Mehr als 600 Personen aus der DDR nutzten die Gunst der Stunde und schlüpfen durch die offene Grenze in den Westen.

128/ Ausreisewillige DDR-Bürger steigen am 29. September 1989 mit ihren Kindern über den Zaun der bundesdeutschen Botschaft in der tschechoslowakischen Hauptstadt Prag. Auf dem Botschaftsgelände halten sich bereits rund 2500 Personen auf, die in die Bundesrepublik ausreisen wollen.

129/ Erleichterte Begeisterung nach der Genscher-Rede, Prag am 30. September 1989



128



Besonders viele Angehörige der jungen Generation hatten den Glauben an eine Zukunft in der DDR aufgegeben: „Bereits 90 Prozent der Flüchtlinge waren nun unter 40 Jahre alt. [...] Wenn diese jungen Menschen den Entschluß gefaßt hatten – oft bereits mit ihren jungen Familien – die DDR zu verlassen, mußten sie kaum noch emotionale Bindungen an ‚ihr Heimatland‘ abstreifen.“ (Lindner 2001, S. 46)

Eine wichtige Triebkraft der bevorstehenden revolutionären Umwandlung der DDR war das Spannungsfeld zwischen Ausreisewilligen und den engagierten oppositionellen Reformkräften, die sich gleichzeitig im September 1989 neu organisierten.

Bereits Ende August hatte sich eine Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ (SDP) gebildet. In ihrem Aufruf heißt es: „Die notwendige Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei zur Voraussetzung. [...] Unser Ziel: eine ökologisch orientierte soziale Demokratie“. Am 9. September konstituiert sich das „Neue Forum“, es tritt mit einer programmatischen Positionsbestimmung „Aufbruch 89“ an die Öffentlichkeit: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen

Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. [...] Allen Bestrebungen, denen das **NEUE FORUM** Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde.“ Zehn Tage später wird ein Antrag auf Registrierung mit der Begründung abgelehnt, dass es sich um eine „staatsfeindliche Plattform“ handle. Am 12. September folgt „Demokratie Jetzt“, die aus der Gruppe „Initiative für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ entstanden ist, als eine „oppositionelle Sammlungsbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR“, u. a. von Christa Wolf und Manfred Stolpe unterstützt. Zu ihren ersten vier Sprechern gehört auch Ulrike Poppe, eine Mitinitiatorin von „Frauen für den Frieden“. Inhaltlich an die Proteste gegen die Wahlfälschungen anknüpfend, steht in dieser Gruppierung als zentrales Ziel eine Reform des Wahlrechts im Vordergrund. Der „Demokratische Aufbruch“, der sich im Oktober 1989 formiert, aber erst Mitte Dezember in Leipzig als Partei konstituieren wird, distanziert sich in seinem Leipziger Programm von der „Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung“.

Eine dezidiert frauenpolitische Organisation hat ihren Ursprung in einer Initiative vom 3. Dezember 1989. An diesem Tag wird in der Ostberliner Volksbühne der Beschluss gefasst, eine selbstständige politische Vereinigung zu bilden. Es wird ein „Manifest für eine autonome Frauenbewegung“ verabschiedet, das in der Klarheit seiner Analyse – formuliert durch die Kul-



130

131



130/ In der Friedrichskirche auf dem Weberplatz in Potsdam-Babelsberg fand am 04. Oktober 1989 die erste öffentliche Veranstaltung des NEUEN FORUM statt. Foto: Bernd Blumrich

131/ Alle Frauen sind mutig! stark! schön! Plakat des Unabhängigen Frauenverbandes der DDR. Anke Feuchtenberger Berlin, 1990.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Diese Gesellschaft bewegte sich in den letzten Jahren zielgerichtet auf einen Abgrund zu. Es kam zu einer rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen, ihrer sozialen Lage. Sehr deutlich äußert sich diese Bewegung u. a. in der Verschärfung der Beziehungen zwischen Mann und Frau. Sie drückt sich aus in einer ständig steigenden Scheidungsrate und einem andauernden Geburtenrückgang. Sie erscheint im geringen Lebensstandard alleinerziehender Mütter, sie erweist sich in der schmählichen Vernachlässigung unserer älteren Frauen, derjenigen also, auf deren Rücken sich dieses Land nach 1945 aufrichtete. Sie zeigt sich aber auch da, wo sie bis heute keiner wahrhaben will: in dem starken Gefälle von männlichem und weiblichem Arbeitslohn, von männlichem und weiblichen Zugriff auf materielle und kulturelle Lebensbedingungen, auf Entscheidungsbefugnisse und politische Macht. Frauen haben zugleich die Mängel der Versorgung, der Infrastruktur und des Dienstleistungssystems durch ihre Mehrarbeit kompensieren müssen. Frauen sind zunehmend männlicher Aggressivität hilflos ausgeliefert. Die Sexualisierung des weiblichen Körpers ist schon wieder gesellschaftsfähig.

Letztendlich aber werden unsere Kinder die wirklichen Opfer dieser verfehlten Entwicklung sein. Ihnen werden die Altlasten versäumten Umweltschutzes, ausgepowerter Natur und jahrzehntelanger Misswirtschaft aufgebürdet. Sie leiden unter der Nervosität und Gefühllosigkeit bis zum letzten angestrenzter Mütter und Väter. Sie sind die Leidtragenden eines anachronistischen Bildungssystems.

Das sind einige der gravierenden sozio-kulturellen Folgen des staatlich-administrativen, bürokratischen Sozialismus. Die Selbstherrlichkeit einer männlich dominierten Führung hat dieses Land an den Rand des Abgrunds geführt. Männer sind für die Politik der letzten Jahrzehnte hauptverantwortlich und vor allem Männer haben diese Politik als politische Leiter, Direktoren und Betriebsleiter mitgetragen, obwohl sie es hätten besser wissen müssen. Auch Frauen sind politisch mitverantwortlich für die entstandene Lage, aber sie befanden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen in einer untergeordneten Position.

[...]

Die Frauen haben kein Vaterland zu verlieren sondern eine Welt zu gewinnen. Wir sollten gerade jetzt die Chance ergreifen, in einem erneuerten Sozialismus die Vielfalt unserer Lebensformen, unsere individuelle Verschiedenartigkeit, unsere Bedürfnisse und Ansprüche zur Geltung zu bringen. Bringen wir unsere Frauenbewegung auf die Höhe der Zeit. Schließen wir uns den linken Kräften in Europa an. Setzen wir uns für eine multikulturelle Gesellschaft ein, in der **jedeR** die seinen nationalen, kulturellen und sozialen Besonderheiten entsprechenden Lebensstile ausprägen kann. Sorgen wir dafür, dass in unserem Land niemand wegen seiner Herkunft, seiner Nationalität, wegen seiner Behinderung oder einfach seiner Andersartigkeit ausgegrenzt wird. Schaffen wir vielmehr die Bedingungen für die Entwicklung solidarischer Beziehungen – zwischen Männern und Frauen, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Alten und Jungen, zwischen Gesunden und Kranken.

Manifest für eine autonome Frauenbewegung, www.ddr89.de/ddr89/ufv/UFV16.html

132



133



132/ Protestforum Colditz (DDR), November 1989.
Foto: Gerhard Weber

133/ Kundgebung für Reformen in Leipzig
mit mehr als 70000 Teilnehmern,
09. Oktober 1989

turwissenschaftlerin Ina Merkel – bemerkenswert ist und erkennen lässt, dass es auch in der DDR einen feministischen Impuls gegeben hat.

Alle politischen Vereinigungen, die im Herbst 1989 entstanden sind, unterscheiden sich nur wenig in ihrer auf eine grundlegende Demokratisierung und weitreichende Reformen in der DDR gerichteten Zielsetzung, ohne dass dabei die Perspektive einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Blickpunkt stand.

Für das Ende der SED-Diktatur hatte der Massenprotest auf den Straßen der DDR die entscheidende Bedeutung. Noch am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR, sind die Sicherheitskräfte in Ost-Berlin brutal gegen Opponierende vorgegangen, um ihrer gespenstischen Festinszenierung ein starrsinniges Dennoch entgegenzusetzen.

Bereits im September hatte in verschiedenen Orten ein anwachsender Protest gegen die Staatsmacht begonnen, der vor allem in dieser frühen Phase den Beteiligten viel Mut abverlangte. Nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche versammeln sich am 4. September 1989 in Leipzig etwa 800 Personen auf dem Kirchplatz, sie skandieren: „Wir wollen raus!“, in der folgenden Woche überwiegen bereits Sprechchöre: „Wir bleiben hier!“ (Lindner 2001, S. 79). Drei Wochen später hat sich die Leipziger Teilnehmerzahl auf 8000 Demonstrierende verzehnfacht, nun bilden die Reformanhänger eine Mehrheit. Entscheidend für die künftige Entwicklung wird der 9. Oktober, als in Leipzig rund 70 000 Menschen über den Innenstadtring mit der beschwörenden Forderung „Keine Gewalt!“ ziehen und die Staatsmacht auf den befürchteten Einsatz von Unterdrückungsmaßnahmen erstmals verzichtet.

Die Proteste erfassen zunehmend das ganze Land, am 18. Oktober wird Erich Honecker von seinen eigenen Gefolgsleuten zum Rücktritt gezwungen. Doch die SED ist mit ihrem neuen Generalsekretär Egon Krenz längst zu spät gekommen, ihr Machtverfall ist unaufhaltsam. Am 7. November tritt auch der Ministerrat der DDR mit seinem Vorsitzenden Willi Stoph zurück. Bis zur demokratischen Volkskammerwahl am 18. März 1990 bildet Hans Modrow eine neue Regierung, die weitestgehend aus eher reformgeneigten Personen des alten Regimes besteht, als einzige Frau gehört ihr der „Minister für Wirtschaft“ Christa Luft, an. Ab Februar 1990 sind acht Minister ohne Geschäftsbereich aus den Oppositionsgruppen des Runden Tisches einbezogen, unter ihnen als einzige Frau die Soziologin Tatjana Böhm vom Unabhängigen Frauenverband – ein Übergangsregime in einem politisch luftleeren Raum.

Das zeigte bereits die Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989, an der etwa eine halbe Million Menschen teilnahm. Das SED-Politbüromitglied Günter Schabowski und der vormalige Chef des Stasi-Auslandsnachrichtendienstes Markus Wolf ernten als Redner empörte Missfallenskundgebungen, während den Sprechern der Bürgerbewegung heftig applaudiert wird. Jens Reich als Repräsentant des Neuen Forums erklärt unmissverständlich: „Es geht nämlich nicht um artiges Gerede, sondern darum, daß die Konflikte in unserer Gesellschaft und mit den Regierenden ohne Umschweife ausgetragen werden. [...] Noch wichtiger ist aber, daß wir alle uns die Freiheit nehmen, die uns zusteht.“ Christa Wolf



134

135



134/ Demonstrationen in der DDR im Wendejahr 1989 Luftaufnahme der Demonstration rund um die Weltzeituhr am Alexanderplatz 4. November 1989

135/ Gregor Gysi, Bärbel Bohley, Heinz Eggert, Heiner Müller (v.l.n.r.) Ost-Berlin 4. November 1989. Foto: Barbara Klemm

136



138



136/ Ost-Berlin, 9. November 1989, Grenzübergang Invalidenstraße, Foto: Dirk Eisermann

137/ Mauerfall 9. November 1989, Foto: Jan-Peter Boening

138/ Grenzübergang Checkpoint Charlie Berlin Mitte / Kreuzberg: West-Berliner begrüßen DDR-Bürger beim Grenzübertritt. 10. November 1989

139/ Dresden, 19. Dezember 1989, Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl mit DDR Ministerpräsident Modrow, Jubelnde Menge vor dem Hotel Bellevue Foto: Jan-Peter Boening

137



beschwört noch einmal die Utopie: „Stell dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg.“

Nachdem sich am 9. November unvorbereitet und unkalkuliert nach der Ankündigung von Günter Schabowski auf einer internationalen Pressekonferenz die Mauer öffnet, verändert sich bei einer wachsenden Zahl von Menschen aus der DDR die Zukunftsperspektive. Nun steht nicht mehr das Projekt eines demokratischen Sozialismus in einer reformierten DDR im Vordergrund, sondern der wachsende Wunsch nach Wiedervereinigung, der sich etwa auf den Leipziger Montagsdemonstrationen seit Mitte November in den Slogans „Wir sind ein Volk!“ und „Deutschland, einig Vaterland“ äußert.

Der 28. November 1989 wird diesbezüglich zu einem Schlüsseldatum. Inzwischen ist es eine Minderheit, die sich dem von Christa Wolf in der Endfassung formulierten und an jenem Tag vorgestellten „Aufruf für unser Land“ anschließt, der für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit einer reformierten DDR plädiert und für Zustimmung über die Printmedien der DDR wirbt: „Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Er-

neuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht [...] Noch haben wir die Chance in gleichberechtigter Partnerschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln.“

Am selben Tag stellt Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm vor, das vorsichtig formuliert einen Weg zur deutschen Einheit weist. Kohl knüpft darin an den vom neuen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow in seiner Regierungserklärung vom 17. November vorgeschlagenen Begriff der „Verantwortungsgemeinschaft“ an und regt (in Punkt fünf) darüber hinaus „konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“ mit dem Ziel an, „eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Nur wenige konnten sich damals allerdings vorstellen, dass dieses Ziel bereits nach einem Jahr erreicht werden kann.



5

Neue Horizonte seit 1990

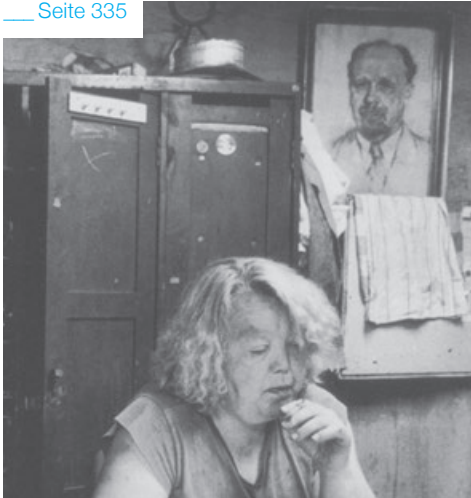
Deutsche und europäische Gleichstellungspolitik

___ Seite 348



Deutschland im Prozess der Wiedervereinigung

___ Seite 335



Politische Mitgestaltung

___ Seite 356



Ostdeutsche Frauen im Aufbruch

___ Seite 337



Weltweite Genderpolitik

___ Seite 344



Frauen und Politik

___ Seite 351

Frauen im Beruf

___ Seite 361



Wandel der Lebensformen

___ Seite 389



Neue Rollenbilder

___ Seite 400

Karrierewege

___ Seite 368



Bildung als Schlüsselkompetenz

___ Seite 386



Einwanderung

___ Seite 393



Generationen im Wandel

___ Seite 410



1/ Menschen am Tag der Wiedervereinigung
am Reichstag



1

Deutschland im Prozess der Wiedervereinigung

Als am 9. November 1989 die Mauer offen war, hatte die Sklerose des Realsozialismus in der DDR ihr spektakuläres Ende gefunden. Wenige Monate später publizierte Christa Wolf ihre zwei Jahrzehnte zuvor entstandene, mit Rücksicht auf die Zensur zuvor unveröffentlichte Erzählung „Was bleibt“. Dieser Text reflektiert die persönlichen Erfahrungen der Autorin mit dem Überwachungsstaat. Er handelt von Angst und Ohnmacht, der Sehnsucht nach Wahrhaftigkeit und Solidarität, von zaghafter Zuversicht auf eine menschliche Zukunft und von der Schwierigkeit, in den Bedrückungen und Alpträumen der eigenen Existenz eine authentische Sprache zu finden.

Der Buchtitel signalisierte eine ambivalente Empfindung und verbarg einen Doppelsinn: ihm fehlte ein Fragezeichen. Dahinter stand die Gewissheit, dass die Erfahrungen der Ostdeutschen, die sich ein Jahr später als Bürgerinnen und Bürger in die seit 40 Jahren bestehende Bundesrepublik Deutschland aus eigenem Entschluss integriert haben, ihre Spuren hinterlassen würden. Und dahinter war auch die Skepsis zu ahnen, dass

manches verlorengehen könnte, was sich in der untergegangenen DDR als tauglich erwiesen hatte.

In diesem turbulenten Jahr Null der deutschen Wiedervereinigung kam den Westdeutschen eher die Rolle von Zuschauern in einem historischen Drama zu, zunächst enthusiastisch applaudierend, dann mit zunehmender Distanz, die sich in der zeitkritischen Diagnose von der „Mauer in den Köpfen“ festzusetzen begann.

Während die Westdeutschen sich weitgehend als nur mittelbar Beteiligte empfanden, erlebten die Ostdeutschen den Einigungsprozess als Betroffene, in politischer Hinsicht ganz überwiegend als Befreite, doch ökonomisch und sozial auch als neuen Risiken Ausgesetzte mit einer schwer abschätzbaren Zukunft. Das traf vor allem auf die älteren Generationen und insbesondere auf die Frauen zu. Fast alle waren berufstätig gewesen und ein erheblicher Teil von ihnen musste kurzfristig den Verlust des Arbeitsplatzes verkraften. Es erwies sich als schwierig, die weitreichende Restrukturierung eines durch Staatseigentum und Planwirtschaft bestimmten ökonomischen Systems persönlich erfolgreich zu überstehen.

2



3



In seinem Gedicht „Das Eigentum“, das zuerst im August 1990 unter dem Titel „Nachruf“ im „Neuen Deutschland“ erschienen war, hat der ostdeutsche Dichter Volker Braun deutlich gemacht, dass für einen Teil der Menschen, die in der DDR gelebt und gearbeitet haben, das Ende des „real existierenden Sozialismus“, den viele andere als eine SED-Diktatur erlebt hatten, auch das Ende einer Utopie bedeutete: „Was ich niemals besaß, wird mir entrisen. / Was ich nicht lebte, werd ich ewig missen“. Viele Ostdeutsche nahmen die „Wende“ als Befreiung wahr, aber auch als eine risikobehaftete Herausforderung mit einem Empfinden existenzieller Unsicherheit. Die neue Konsum- und Reisefreiheit war mit Anpassungszwängen an die Spielregeln und Normen einer noch unbekannten Gesellschaft verbunden.

Zum bedrohlichen Reizwort für die Risiken der ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde die „Treuhand“. Die Tätigkeit der Treuhandanstalt basierte auf einem noch von der frei gewählten Volkskammer der DDR kurz vor der staatlichen Vereinigung im Juni 1990 verabschiedeten „Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens“. Als Folge der Privatisierungsmaßnahmen und der Schließung von etwa 4000 unrentablen Betrieben mussten viele Ostdeutsche den Verlust ihrer Arbeitsplätze hinnehmen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit

war die Arbeitslosigkeit im Osten 1992 bereits auf 14,9 Prozent gestiegen und hielt infolge der erheblichen Deindustrialisierung lange Zeit an, der Höchststand wurde im Jahr 2005 mit 20,6 Prozent erreicht. Jahresdurchschnittlich blieb die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern in den ersten 20 Jahren nach der Wiedervereinigung nahezu doppelt so hoch wie im Westen, wobei Frauen, Angehörige der älteren Generation und gering Qualifizierte besonders betroffen waren.

Für die überwiegende Zahl der Westdeutschen war es kaum möglich, sich in die mentalen Auswirkungen des ostdeutschen Umbruchprozesses einzufühlen. Differenzen in der Wertorientierung lassen sich auf irritierende Erfahrungen in der neu strukturierten Arbeitswelt und ebenso auf ein anderes Verständnis von sozialer Sicherheit zurückführen, das sich bei vielen Ostdeutschen in den Ambivalenzen des „vormundschaftlichen Staates“ (Rolf Henrich) entwickelt hatte.

Sozialwissenschaftliche Umfragen zeigen über einen Zeitraum von 1991 bis 2010, dass relativ konstant drei Viertel der Ostdeutschen, aber nur eine knappe Hälfte der Westdeutschen Sozialismus als „eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde“, betrachten. Es erscheint jedoch als verfehlt, aus diesem Befund auf eine verbreitete „Ostalgie“ zu schließen. Denn mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen stimmen der Aussage zu: „Die Demokratie ist die beste Staatsform.“ Wenn Frauen im Osten demokratiekritischer urteilen, reflektiert diese Haltung wohl auch ihre Erfahrung, dass sie von negativen Folgen des Transformationsprozesses stärker betroffen waren als die Männer. Tendenziell lässt sich über zwei Jahrzehnte eine Annäherung in den Wertorientierungen beobachten. Bei den Westdeutschen hat die soziale Gerechtigkeit im Vergleich zur individuellen Freiheit einen Bedeutungszuwachs erfahren, zudem hat sich der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschen durch einen „Generationeneffekt“ bei den jüngeren Altersgruppen abgeschwächt (› Datenreport 2013, S. 373–375).

Ostdeutsche Frauen im Aufbruch

Für die Mentalitätsgeschichte der Deutschen ist von wesentlicher Bedeutung, dass sich die Menschen in der DDR in einem singulären Prozess, der als „demokratische Revolution“ bezeichnet werden kann, selbst von den Fesseln der SED-Diktatur befreit und in der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 eine eigene demokratische Ordnung etabliert haben, die dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober die Legitimation verliehen hat. Präsidentin der Volkskammer und damit zugleich auch für sechs Monate (von April bis Oktober 1990) Staatsoberhaupt der DDR wurde die CDU-Abgeordnete Sabine Bergmann-Pohl.



- 2/ Heidi Müller Letzte Schicht
der Brigade „Vorwärts“,
Maxhütte Unterwellenborn 1992
Foto: Günter Bersch
- 3/ Krippenerzieherinnen mit Kindern,
Berlin 1990. Foto: Stefan Moses
- 4/ Während der Feier der Wiedervereinigung küsst sich ein ostwestliches Paar am Brandenburger Tor, Berlin, 3. Oktober 1990.
Foto: Thomas Höpker

5



5/Volkskammerpräsidentin
Sabine Bergmann-Pohl, Ärztin,
Berlin 1990. Foto: Stefan Moses

6/Angela Merkel, aus dem Projekt
„Spuren der Macht“.
(o.l.: 1991/u.l.: 1993/
o.r.: 1996/u.r.:1998)
Fotos: Herlinde Koelbl

Die ein Jahr nach Kriegsende geborene Fachärztin für Innere Medizin gehörte seit 1981 der „Blockpartei“ CDU an, in deren Berliner Bezirksvorstand sie 1987 aufrückte. Nach der gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 war sie bis Oktober 1998 Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium und bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Nur wenige Frauen aus der DDR konnten in den 1990er Jahren in der Bundespolitik eine langdauernde politische Karriere beginnen. Die wichtigste Ausnahme bildet Angela Merkel, seit 22. November 2005 auch die erste Bundeskanzlerin in Deutschland. Noch im Jahr ihrer Geburt übersiedelt ihr Vater 1954 aus Hamburg in die DDR und übernimmt dort zunächst eine Pfarrstelle in Brandenburg, drei Jahre später wird ihm die Leitung eines neu gegründeten Pastoralkollegs übertragen. Angela Merkel kann in der DDR einen ungehinderten Bildungsweg beschreiten, den sie als Diplomphysikerin abschließt. Ab 1978 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentralinstitut für Physikalische Chemie an der Akademie der Wissenschaften in Berlin tätig. Politisch aktiv wird Merkel, die bereits mit 14 Jahren Mitglied der FDJ geworden war, ausschließlich im Rahmen der „sozialistischen Jugendorganisation“, konzentriert auf ihre Berufskarriere, die sie 1986 mit der Promotion abschließt. Erst im Herbst 1989 engagiert sie sich im oppositionellen „Demokratischen Aufbruch“, im Februar wird sie

kurz vor der ersten demokratischen Volkskammerwahl dessen Pressesprecherin. Ministerpräsident Lothar de Maizière macht sie anschließend zur stellvertretenden Regierungssprecherin. Nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl beruft sie Kanzler Kohl im Januar 1991 zur Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994 wird sie Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

In ihrem Langzeitprojekt „Spuren der Macht“ hat die Fotografin Herlinde Koelbl insgesamt 15 Personen des öffentlichen Lebens von 1991 bis 1998 acht Jahre lang begleitet. Darunter waren auch fünf Politikerinnen, als einzige Ostdeutsche Angela Merkel, außerdem Monika Hohlmeier, Tochter von Franz-Joseph Strauß, Renate Schmidt, Irmgard Schwaetzer und Heide Simonis. Für Koelbls Auswahl war entscheidend, dass ihre Protagonisten „vor kurzem ein hohes Amt, eine führende Position übernommen hatten und voraussichtlich am Beginn einer weiteren Karriere standen.“ Sie hat sie Jahr für Jahr porträtiert und gleichzeitig über ihre Lebenswege befragt. Daraus ist ein lebendiges Zeitdokument entstanden, das auch einen Einblick vermittelt, wie Angela Merkel den Beginn ihrer politischen Laufbahn selbst wahrgenommen hat.



Herlinde Koelbl im Gespräch mit Angela Merkel

Oktober 1991

Welchen Eigenschaften und Fähigkeiten verdanken Sie Ihre steile Karriere?

Ich glaube, daß ich sie in mancher Hinsicht eher den glücklichen Umständen verdanke. Wäre ich mit denselben Eigenschaften in der Bundesrepublik aufgewachsen, wäre mir das nicht passiert. Natürlich spielt aber auch das Persönliche eine gewisse Rolle. Ich habe eine gewisse Art von Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen, obwohl ich auch nachgeben und mich mit Kompromissen abfinden kann. Außerdem habe ich einigermaßen gute Nerven und kann den Kräfteverschleiß bei einer so abrupten Karriere in Grenzen halten, obwohl ich längst noch nicht so hartgesotten bin, wie man das in der Politik auf Dauer wahrscheinlich sein muß. [...]

Wie werden Sie als Ministerin von den Männern behandelt? Bringt es Ihnen Vor- oder Nachteile, daß Sie eine Frau sind?

Ich glaube nicht, daß es ein Vorteil oder ein Nachteil ist, eine Frau zu sein. Es kommt mehr darauf an, ob man sich durchsetzt. Man darf nicht einerseits den gleichen Anteil an Entscheidungen wie die Männer fordern und sich andererseits ducken, wenn es hart auf hart geht und der Wind zu blasen beginnt. Man muß sich zu diesem Kampf bekennen. Bei marginalen Dingen versuche ich es vielleicht auf die freundliche Art. Wenn es aber um das Wesentliche geht, kann ich genauso knallhart wie die Männer sein. Die Hauptsache ist dann, die Nerven zu behalten. Distanz bewahren und sich nicht völlig in die Ecke drängen lassen, wenn jemand laut und sehr emotional seine Thesen verkündet. Ruhig bleiben und dem anderen zu verstehen geben, daß man gar nicht daran denkt, sich seinem Ritual anzupassen.

Herlinde Koelbl: Spuren der Macht, München (Sonderausgabe) 2002, S.47f.



7/ Bundesfrauenministerin Claudia Nolte (CDU, Mitte) mit zwei Auszubildenden der Telekom auf der Frauenmesse TOP '95. Rund 450 Vertreter von Verbänden, Unternehmen und politischen Organisationen diskutieren auf dieser Messe über Aus- und Weiterbildungschancen für Frauen, aber auch über Themen wie Familiengründung, Altersvorsorge sowie Ehe- und Erziehungsberatung. Foto: Wilhelm Leuschner

8/ Molekularbiologin und Malerin, Jens Reich und Bärbel Bohley, Mitbegründerin des „Neuen Forum“, Berlin 1989/90. Foto: Stefan Moses

Neue Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird 1994 Claudia Nolte, eine Diplom-Ingenieurin, die vor der „Wende“ als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Hochschule Ilmenau beschäftigt war. Elf Jahre jünger als Merkel, wurde sie in der DDR erst im Oktober 1989 im „Neuen Forum“ politisch aktiv und kurz vor der Volkskammerwahl im Februar 1990 Mitglied der CDU. Nach der Abwahl der Kohl-Regierung 1998 behielt sie bis 2005 ein Bundestagsmandat. Die beiden aus der DDR stammenden Frauen waren die einzigen ostdeutschen Mitglieder im Bundeskabinett Kohl, dem die Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als einzige Frau aus dem Westen seit 1992 angehörte.

Lange gilt Angela Merkel als „Kohls Mädchen“, bis sie 1998 zur Generalsekretärin der CDU gewählt wird, sich in der Parteispendenaffäre als scharfe Kohl-Kritikerin profiliert und 2000 das Amt der Parteivorsitzenden übernimmt. 2005 gelingt ihr nach dem Wahlsieg von CDU/CSU, Gerhard Schröder abzulösen und das Amt der Bundeskanzlerin in der neu gebildeten großen Koalition zu übernehmen.

Aus der ostdeutschen Bürgerbewegung ragt als eine der wichtigsten Persönlichkeiten die Malerin Bärbel Bohley hervor.

Sie war gemeinsam mit dem Mediziner und Molekularbiologen Jens Reich eine Mitbegründerin des „Neuen Forums“, das schon im September 1989 den Versuch unternommen hatte, den von der SED beherrschten „Monopolsozialismus“ zu durchbrechen und die Zulassung einer politischen Opposition einzufordern. Zweieinhalb Wochen nach Kriegsende in Berlin geboren, absolvierte Bohley nach ihrer Ausbildung als Industriekauffrau ein Kunststudium und lebte von Mitte der 1970er Jahre an als freischaffende Künstlerin in Ost-Berlin. Mit Katja Havemann und Ulrike Poppe initiierte sie 1982 die Gruppe „Frauen für den Frieden“ und kam wenig später auch mit Petra Kelly von den westdeutschen Grünen in nähere Verbindung. 1985 zählte sie zu den Gründern der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Wiederholt von der Staatssicherheit verhaftet und 1988 zeitweilig nach Großbritannien abgeschoben, kehrte sie noch im selben Jahr zurück und war eine der treibenden Kräfte der Bürgerbewegung der DDR. Nach zwanzig Jahren zurückblickend, erklärte sie: „Für mich ist nicht der Zusammenbruch des verdorrten Staatsgerippes der Diktatur der maßgebliche Vorgang, sondern der großartige Aufbruch der Bürger, der ihn bewirkte.“ (→ Zit. n. Die Welt, 11. September 2010). Sie war dafür eingetreten, dass sich die DDR zuerst in eigener Verantwortung reformieren und als demokratischer Staat entwickeln sollte, um selbstbewusst einen Prozess der deutschen Vereinigung vorantreiben zu können. Die Marginalisierung der ostdeutschen Bürgerbewegung hat sie ebenso enttäuscht wie der westdeutsche Umgang mit den Verantwortlichen der SED-Diktatur, was ihren berühmt gewordenen Kommentar auslöste: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.“ Es scheint daher durchaus konsequent, dass sie sich seit 1996 in Kroatien in verschiedenen Hilfsprojekten engagierte. Erst 2008 kehrte sie nach Deutschland zurück, wo sie zwei Jahre später an Lungenkrebs starb.



Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley

[...] Ihr Vater, ein Konstrukteur, fing als Lehrer neu an, die Mutter hielt den Haushalt am Leben. Schon beim Aufstand der Ost-Berliner Arbeiter am 17. Juni 1953, der von sowjetischen Panzern niedergerollt wurde, spürte die Familie den Druck: Bärbels Vater wurde arbeitslos, weil er sich weigerte, in die Staatspartei SED einzutreten. In der Familie wurde nachts diskutiert, heftig flüsternd. Als die Mauer gebaut wurde, war sie 16. Auf ihrem Abiturzeugnis stand: „Bärbel ist bockig.“

Sie ging arbeiten in der Industrie. Doch schnell suchte sie sich ein Feld, auf dem sie sich anders ausdrücken konnte. Anders, das hieß: selbst. Bärbel Bohley studierte an der Kunsthochschule Weißensee, wurde Malerin. Ihre Bilder: abstrakt, kräftige Farben. Leben konnte sie davon zunächst nicht. [...] Gegen alle ernsthaften Probleme, die ihr bereitet wurden, stellte sie sich innerlich immun: Ihre Berufsfreiheit wurde eingeschränkt, ihre Reisefreiheit selbst im sozialistischen Ausland auch, mehrmals wurde sie eingesperrt in Hohenschönhausen. In dem geheimen, dunklen Gefängnis, das mehr Vernehmerräume als Zellen hatte und in dem den Häftlingen nur Ausgang in einem kleinen Käfig gewährt wurde, in dem nicht mal Unkraut wachsen durfte, hier wurde sie festgehalten und unter Druck gesetzt. Als ihr der Stasi-Vernehmer mit zwölf Jahren Haft drohte, rief sie spontan: „Aber ich komme hier wieder raus, Sie nie.“

Wutentbrannt verließ er den Raum, und sie wurde abgeschoben nach England, damit endlich Ruhe war. Doch die Staatsfeindin kam nach sechs Monaten zurück in die DDR. Sie wollte es unbedingt. [...]

Damals, im Frühherbst '89, wackelte die DDR schon durch die Ausreiser und Ausreißer. Und Bärbel Bohley rief wie so viele: „Wir bleiben hier.“ Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, weil Günter Schabowski „sofort, unverzüglich“ durcheinander gekommen war, sagte sie: „Die Regierung hat den Verstand verloren.“

Wir bleiben hier. Wir ändern was. Das war Bärbel Bohley. Deshalb war sie fähig, sich selbst zu ändern, sich selbst zu hinterfragen. Nach der Vereinigung hungerte sie für offene Stasi-Akten und stritt mit Gregor Gysi über dessen Vergangenheit. Und sie empfing Bundeskanzler Helmut Kohl in ihrem Atelier – viele ihrer Weggefährten, die auf einen dritten deutschen Weg gesetzt hatten, wollten ihr das nicht verzeihen. Dabei hatte sie bloß nicht vergessen, auch auf die Menschen zu hören, die längst vom D-Mark-Wunderland träumten. [...]

Wir bleiben nicht hier. Das sagte sich Bärbel Bohley zur Jahrtausendwende. Nun half sie mit ihrem Ehemann dort, wo es die Menschen dringender benötigten. Auf dem vom Krieg zerschundenen Balkan organisierte sie Sommerferien für traumatisierte Flüchtlingskinder. In Bosnien setzte sie Dächer auf kaputte Häuser und baute neue Trinkwasserleitungen für Bedürftige. Sie zog sich von der Weltpolitik zurück und kämpfte wieder im Kleinen für den Frieden. Glaubt man ihren Begleitern, machte sie das am glücklichsten. [...]

Robert Ide, in: Der Tagesspiegel, 11. September 2010

Kaum eine andere Frau aus der DDR ist nach der deutschen Vereinigung so populär geworden wie Regine Hildebrandt, die in den 1990er Jahren bis zu ihrem frühen Tod, erst 60 Jahre alt, zu einer Symbolfigur, zum sozialen Gewissen und Anwalt der kleinen Leute im Osten Deutschlands geworden ist. Die politische Karriere der „Mutter Courage des Ostens“ war in den langen Jahren des SED-Regimes kaum absehbar. Sie hatte beruflichen Erfolg und bewahrte, im evangelischen Milieu verankert, politische Distanz. Sie wurde 1941 in Berlin in einer künstlerischen Familie geboren, ihr Vater war Pianist und Ballettkorrepetitor. Nach ihrem Biologie-Diplom an der Humboldt-Universität arbeitete sie seit 1964 in der pharmakologischen Abteilung eines Chemiebetriebs und konnte im Rahmen eines „Frauen-Förderplans“ 1968 auf dem Gebiet der Arzneimittelforschung promovieren. Seit 1978 war Regine Hildebrandt in leitender Funktion an der Zentralstelle für Diabetes und Stoffwechselkrankheiten in Berlin tätig. Im September 1989 engagierte sie sich in der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ und wurde im April 1990 als Mitglied der SPD Ministerin für Arbeit und Soziales im Kabinett von Lothar de Maizière. Das gleiche Amt übernahm sie nach der deutschen Vereinigung

im November 1990 im Land Brandenburg. Nachdem die SPD im Oktober 1999 eine Koalition mit der CDU eingegangen war, legte sie ihr Landtagsmandat nieder und verzichtete auf ein neues Ministeramt. Sie war dafür bekannt, dass sie kein Blatt vor den Mund nahm und ein „Herz mit Schnauze“ hatte wie ein Buch von ihr 1997 titulierte war. In der SPD zählte sie zu den beliebtesten Politikerinnen und wurde wiederholt mit den besten Stimmenergebnissen in den Bundesvorstand gewählt. Bereits 1991 hatte sie der Deutsche Staatsbürgerinnenverband zur Frau des Jahres bestimmt, zehn Jahre später – kurz vor ihrem Tod – wurde sie mit der höchsten staatlichen Auszeichnung der Bundesrepublik geehrt und erhielt den Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union. An ihr vorbildliches Engagement wird mit dem „Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“ erinnert.

Marianne Birthler ist vor allem als Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bekannt geworden. Sie übte dieses Amt als Nachfolgerin von Joachim Gauck von 2000 bis 2011 aus. Zuvor hatte sie sich als Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen u. a. als Abgeordnete und Landesministerin in Brandenburg sowie als Bundessprecherin profiliert und gehörte auch dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages an.

Nach ihrem Abitur hatte sie seit 1966 einige Jahre für den Außenhandel der DDR gearbeitet, bevor sie seit 1972 als Mutter von drei Kindern eine Ausbildung zur Katechetin und Gemeindeführerin absolvierte. Ab 1983 war sie hauptberuflich in der evangelischen Kirche aktiv und engagierte sich in verschiedenen Gruppierungen der Bürgerbewegung. Für die Initiative Frieden und Menschenrechte hat sie am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz gesprochen und dabei vor allem die Gewaltübergriffe am 7. Oktober in den Mittelpunkt gerückt: „Das Unrecht ist auf Befehl geschehen.“ Es war

9/Regine Hildebrandt im Gespräch anlässlich „1000 Jahre Potsdam“, 1993. Foto: LISUM

10/Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, schauen sich im Archiv der Behörde in Berlin Stasi-Akten an, Berlin 2009. Foto: AP

11/Christine Bergmann nach ihrer Wahl zur Vorsteherin in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Berlin am 28. Mai 1990. Foto: Gabriele Senft



Auftakt und Leitmotiv einer politischen Karriere, in der sie sich konsequent für eine Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Stasi-Altlasten eingesetzt hat.

Beispielhaft für ein vielseitiges Engagement als Politikerin ist die Karriere von Christine Bergmann. Sie begann als Präsidentin der letzten, nach dem demokratischen Umbruch in der DDR erstmals frei gewählten Stadtverordnetenversammlung Ost-Berlins, gelangte anschließend in ein Berliner Senatorenamt, 1998 schließlich an die Spitze eines Bundesministeriums. Sie trat noch einmal nachdrücklich in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, nachdem sie im März 2010 die verantwortungsvolle Aufgabe als Unabhängige Beauftragte für die Aufklärung des sexuellen Kindesmissbrauchs übernommen hatte.

Christine Bergmann

Die Geschichte mit den Babys auf dem Tisch des Bürgermeisters, die erzählt Christine Bergmann gern. [...] Im Jahr 1998 wurde Christine Bergmann Bundesfamilienministerin im Kabinett von Gerhard Schröder. Als sie ihre Arbeit aufnahm, sei sie mit ihrer „Ost-Sozialisation“ erschüttert gewesen, wie schlecht die Versorgung mit Krippenplätzen vor allem in Süddeutschland war, erzählt Bergmann. Sie habe den Müttern vor Ort dann immer gesagt: „Packt doch dem Bürgermeister eure Babys auf den Tisch, damit er merkt, dass Bedarf da ist.“ [...]

Die Frau hat eine erstaunliche Karriere gemacht – obwohl sie erst mit Anfang 50 in die Politik eingestiegen ist. In der DDR wäre eine politische Laufbahn für Bergmann undenkbar gewesen. Schon in der Schule stand „westliche Beeinflussung“ auf ihrem Zeugnis. [...] Sie studierte Pharmazie in Leipzig, fand eine Heimat in der evangelischen Studentengemeinde, heiratete, zog nach Berlin, bekam zwei Kinder, arbeitete in einer Apotheke, später am Institut für Arzneimittelwesen. „Ich habe Familienleben und Arbeit nie als Doppelbelastung empfunden“, sagt Bergmann. „Es war die Normalität.“ Nachdem die Kinder groß waren, hat sie noch promoviert, kurz danach begann ihr Leben in der Politik. Angepinnt an einer Mauer der Gethsemane-Kirche in Prenzlauer Berg fand sie im Oktober 1989 das Statut der neuen sozialdemokratischen Partei SDP und trat ein. Ein Dreivierteljahr später wurde sie letzte Präsidentin der Stadtverordnetenversammlung. Sie ließ sich überreden. „Ich habe mich eine halbe Stunde lang geweigert, weil ich meinen Beruf nicht aufgeben wollte“, schreibt Bergmann. Nie wieder arbeitete sie in ihrem Institut.

Schon 1991 wurde sie Senatorin, im CDU-geführten Senat von Eberhard Diepgen. Der habe sie gefragt, ob sie sich nur um das Thema Frauen kümmern wolle. Aber Bergmann wollte den Bereich Arbeit dazu. „Ich habe mir die Sache zugetraut“, sagt sie, auch wenn ihr klar gewesen sei, dass sei keine Ahnung von Verwaltung habe und es mit der Arbeitslage in Berlin schwierig werden würde. Bis 1993 gingen 150.000 Industriearbeitsplätze im Osten verloren. Doch wenigstens stand Geld für ABM-Stellen zur Verfügung, erinnert sich Bergmann. „Für viele haben sie bis an die Rente heran gereicht.“ [...]

Der Besuch eines Frauenhauses sei für sie zum Schlüsselerlebnis geworden, sich des Themas häusliche Gewalt anzunehmen, schreibt Bergmann. Sie startete Projekte, vernetzte Polizei, Jugendämter und Beratungseinrichtungen. Und sie nahm das Thema mit, als sie 1998 Familienministerin wurde. Die Ministerin machte aus dem Erziehungsurlaub die Elternzeit, führte einen Rechtsanspruch auf Teilzeit ein. Sie habe versucht beim Thema Kinderbetreuung „einen Stein ins Wasser zu werfen“, sagt Bergmann. Heute habe Familienpolitik einen anderen Stellenwert.

Christina Brüning: Christine Bergmann – Berliner Karriere mit doppelter Quote, in: Berliner Morgenpost, 24. Oktober 2012



11

12



12/ Im Menschenrechtsdialog:

Im Mai 1995 besucht der Dalai Lama die Bundesrepublik. Im Vorfeld der Vierten Weltfrauenkonferenz trifft er im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages mit Prof. Dr. Erika Schuchardt, Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, zusammen, die an der Vierten Weltfrauenkonferenz teilnehmen wird. Foto: privat

13/ Mahnwache tibetischer Frauen auf dem NGO-Forum Haroui, 1995.
Foto: Erika Schuchardt

Weltweite Genderpolitik

Während der politische Umbruch im Osten Deutschlands und die deutsche Wiedervereinigung in unserem kollektiven Gedächtnis mit unterschiedlichen Wahrnehmungsmustern fest verankert scheinen, ist eine andere grundlegende Zäsur viel weniger präsent. Es ist die folgenreiche Änderung des Grundgesetzes im Oktober 1994, die dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung von Mann und Frau einen entscheidenden Impuls gab. Denn die Ergänzung von Art. 3 des Grundgesetzes, das entgegen den ursprünglichen Erwartungen einer reformorientierten ostdeutschen Bürgerbewegung die Verfassung des vereinten Deutschland bleiben sollte, ging über die Verfassungsgarantie der Gleichberechtigung von Mann und Frau deutlich hinaus. Der neugefasste Art. 3 Abs. 2 verpflichtet seitdem den Staat ausdrücklich, diese auch tatsächlich durchzusetzen und noch bestehende Nachteile zu beseitigen. Damit war ein Weg eröffnet, der von der Gleichberechtigung zur umfassenden Gleichstellung von Frauen und Männern führen sollte.

Mitte der 1990er Jahre bestanden diesbezüglich noch gravierende Defizite. Sie betrafen insbesondere die politische Teil-

habe von Frauen, ihre lohnrechtliche Beteiligung am Erwerbsleben, ihren Anteil an Führungsfunktionen in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch das vorherrschende Rollenverständnis von Frauen und Männern, bei dem traditionelle Einstellungen noch einen mentalitätsprägenden Einfluss hatten.

Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts liegen die Ursprünge eines weltweiten Kampfes der Frauen um die Verwirklichung ihrer Rechte durch gemeinsamen Initiativen: 1975 findet in Mexico City eine erste Weltfrauenkonferenz mit Delegierten aus 133 Ländern statt. Sie beschließt einen „Welt-Aktionsplan“ zur Förderung der Gleichberechtigung und den Entwurf einer „Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“, die 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet wird. In dieser CEDAW-„Frauenkonvention“ (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) gilt als Diskriminierung „jede mit dem Geschlecht begründete Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zur Folge oder zum Ziel hat, dass die auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau gegründete Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Frau – ungeachtet ihres Familienstands – im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder jedem sonstigen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird“. Die DDR unterzeichnet die UN-Frauenkonvention bereits 1980, die Bundesrepublik Deutschland folgt erst fünf Jahre später.

Das Jahrzehnt von 1976 bis 1985 wird unter dem Motto „Gleichberechtigung – Entwicklung – Frieden“ (Equality – Development – Peace) von den UN als „Dekade der Frau“ proklamiert. Während dieser Periode folgen zwei weitere UN-Weltfrauenkonferenzen: 1980 in Kopenhagen und 1985 in Nairobi. In Kopenhagen findet neben der offiziellen Konferenz, an der Delegierte der Regierungen

teilnehmen, erstmals auch ein Forum von Nichtregierungsorganisationen (NGO) statt, auf dem gesellschaftliche Kräfte eigenständig und unabhängig ihre Interessen und Forderungen artikulieren können. In Nairobi sind bereits 1400 Delegierte aus 157 Ländern auf der Dritten Weltkonferenz vertreten.

Ein entscheidender Impuls geht aber erst von der Vierten Weltfrauenkonferenz aus, die im September 1995 in Peking stattfindet. Die Teilnehmerzahl hat sich auf insgesamt mehr als 35 000 erhöht, allein 6 000 offizielle Delegierte vertreten 189 Länder in der Regierungskonferenz, darunter zeitweise Hillary Clinton und an der Spitze der deutschen Delegation die zuständige Bundesministerin Claudia Nolte. Die Rede von Hillary Clinton mit dem Aufruf „Frauenrechte sind Menschenrechte und umgekehrt“ schließt mit dem Appell: „Solange Diskriminierung und Ungleichheit weltweit an der Tagesordnung sind – solange Mädchen und Frauen geringer geschätzt, schlechter und zuletzt ernährt, überarbeitet, unterbezahlt, nicht ausgebildet und Gewalt im eigenen Heim unterworfen sind – kann das Potential der Menschheit zur Schaffung einer friedlichen, prosperierenden Welt nicht voll entfaltet werden.“

Das NGO-Forum wurde durch eine Videobotschaft der burmesischen Friedensnobelpreisträgerin (1991) Aung San Suu Kyi eröffnet. Rund 30 000 Personen nahmen an dieser weltweiten Manifestation teil, in der Frauen unabhängig von ihren Regierungen ihre eigenen Forderungen artikulierten. Die chinesischen Ausrichter hatten das NGO-Forum in eine 50 km außerhalb Pekings gelegene Ortschaft verlegt, um übergreifende Kontakte zu erschweren. Die Nichtregierungsorganisationen hatten trotz solcher Behinderungen einen wichtigen Anteil an der Ausarbeitung einer „Aktionsplattform“, die nach schwierigen Debatten schließlich im Konsens aller in Peking vertretenen Staaten am 15. September 1995 verabschiedet werden konnte. Sie

wird als „ein Programm zur Herbeiführung der Machtgleichstellung der Frau“ in allen Bereichen der Gesellschaft verstanden. Doch konnten damit bestehende Differenzen nicht überwunden werden. Denn etwa ein Fünftel der Teilnehmerstaaten gaben (unter römisch-katholischem und islamischem Einfluss) nach ihrer Zustimmung zur Aktionsplattform religiöse und kulturelle Vorbehalte zu Protokoll. Eine fünfte Weltfrauenkonferenz ist für 2015 vorgesehen.



13

Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995

1. Die Aktionsplattform ist ein Programm zur Herbeiführung der Machtgleichstellung der Frau. Ihr Ziel ist es, die Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau zu beschleunigen und alle Hindernisse zu beseitigen, die der aktiven Teilhabe der Frau an allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens entgegenstehen, indem ihre volle und gleichberechtigte Mitwirkung an den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entscheidungsprozessen sichergestellt wird.

9. [...] Obgleich die Bedeutung nationaler und regionaler Besonderheiten und der verschiedenen historischen, kulturellen und religiösen Traditionen zu beachten ist, sind die Staaten gehalten, ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme alle Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen.

12. Die Wahrung von Frieden und Sicherheit auf globaler, regionaler und lokaler Ebene sowie die Verhütung von Politiken der Aggression und der ethnischen Säuberung und die Beilegung bewaffneter Konflikte sind ausschlaggebend für den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sowie für die Beseitigung aller gegen sie gerichteten Formen der Gewalt und deren Einsatz als Kriegswaffe.

17. Absolute Armut und der hohe Frauenanteil unter den Armen, Arbeitslosigkeit, die zunehmende Anfälligkeit der Umwelt, die auch weiterhin verübte Gewalt gegen Frauen und der Ausschluß der Hälfte der Menschheit von Macht- und Lenkungsinstitutionen in weiten Teilen der Welt machen deutlich, daß es notwendig ist, auch weiterhin nach Entwicklung, Frieden und Sicherheit zu streben und nach Möglichkeiten der Gewährleistung einer bestandfähigen Entwicklung zu suchen, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Wenn diese Bemühungen Erfolg haben sollen, ist es unabdingbar, daß die Frauen, die die Hälfte der Menschheit ausmachen, daran teilhaben und dabei eine führende Rolle übernehmen.

22. Weltweit wird ein Viertel aller Haushalte von Frauen geführt, und viele andere Haushalte sind, selbst wenn Männer vorhanden sind, auf das Einkommen der Frau angewiesen. Die von Frauen geführten Haushalte zählen sehr oft zu den ärmsten; die Gründe dafür sind unter anderem Diskriminierung bei der Entlohnung, infolge der Geschlechtszugehörigkeit eingeeengte Berufschancen und andere geschlechtsbedingte Hindernisse. [...]

27. [...] In mehreren Ländern hat sich das Verhältnis zwischen Frauen und Männern stark verändert, insbesondere soweit bei der Bildung und Ausbildung der Frau große Fortschritte erzielt wurden und eine beträchtliche Steigerung des Frauenanteils auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen war. Die Grenzen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nach produktiven und reproduktiven Aufgaben verwischen sich allmählich in dem Maße, wie Frauen in früher von Männern dominierte Arbeitsbereiche vordringen und Männer größere Verantwortung für häusliche Aufgaben, so auch für die Kinderbetreuung, übernehmen. [...]



33. In den letzten 20 Jahren hat die Welt im Bereich der Kommunikation eine explosionsartige Entwicklung erlebt. [...] Die weltweiten Kommunikationsnetze werden jedoch auch dazu benutzt, für einseitige Werbe- und Konsumzwecke ein stereotypes und erniedrigendes Frauenbild zu verbreiten. Solange die Frauen im Kommunikationswesen und in den Massenmedien, unter Einschluß der Künste, nicht gleichberechtigt im technischen Bereich wie auch an der Entscheidungsfindung mitwirken, wird weiter ein falsches Bild von ihnen verbreitet werden und auch in Zukunft das Bewußtsein für ihre Lebensrealität fehlen. [...]

38. [...] In einer Reihe von Ländern deuten die Praxis der vorgeburtlichen Geschlechtsselektion, höhere Sterblichkeitsziffern bei weiblichen Kleinkindern und der geringere Schulbesuch von Mädchen darauf hin, daß der Zugang von Mädchen zu Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung, und sogar ihr Recht auf Leben selbst, durch die Bevorzugung männlicher Nachkommen beschränkt wird. Die Diskriminierung der Frau beginnt in den frühesten Lebensphasen und muß daher bereits in diesem Stadium bekämpft werden.

39. Das Mädchen von heute ist die Frau von morgen. [...] Indessen gibt es in aller Welt Anzeichen dafür, daß Diskriminierung von Mädchen und Gewalt gegen Mädchen bereits in den allerfrühesten Phasen ihres Lebens einsetzen und während ihres ganzen Lebens unvermindert anhalten. Häufig haben Mädchen weniger Zugang zu Nahrung, zu Gesundheitsversorgung bei körperlichen und psychischen Krankheiten sowie zu Bildung und genießen in Kindheit und Jugend weniger Rechte, weniger Chancen und weniger Vorteile als Jungen.

Nicht selten werden Mädchen zu Opfern verschiedener Formen sexueller und wirtschaftlicher Ausbeutung, der Pädophilie, der Zwangsprostitution und möglicherweise des Handels mit ihren Körperorganen und -geweben, von Gewalt und schädlichen Praktiken wie beispielsweise der Tötung weiblicher Neugeborener und der vorgeburtlichen Geschlechtsselektion, des Inzests, der Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane und verfrühter Heirat, insbesondere auch Kinderheirat.

40. Die Hälfte der Weltbevölkerung ist weniger als 25 Jahre alt, und die meisten Jugendlichen der Welt – über 85 Prozent – leben in den Entwicklungsländern. Die politischen Entscheidungsträger müssen die Bedeutung dieser demographischen Faktoren erkennen. Es müssen besondere Maßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, daß jungen Frauen die allgemeinen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, die sie für eine aktive und wirksame Teilhabe an der Gestaltung der sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Angelegenheiten auf allen Ebenen benötigen. [...] Der Grundsatz der Ebenbürtigkeit von Frau und Mann muß daher fester Bestandteil des Sozialisationsprozesses sein.

www.un.org/Depts/german/conf/beijing/anh_2.html#kap1



Deutsche und europäische Gleichstellungspolitik

Die Ursprünge einer weltweiten Genderpolitik reichen zwar bis in die Mitte der 1970er Jahre zurück, doch sind entscheidende Handlungsimpulse erst zwei Jahrzehnte später erfolgt. Während die Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz vor allem eine deklaratorische Wirkung entfaltete, bedeutete das 1994 normierte Gleichstellungsgebot im deutschen Grundgesetz eine strategische Neuorientierung der Politik mit operativem Auftrag. Die Änderungen im Vertrag über die Europäische Union, die 1997 in Amsterdam beschlossen wurden und am 1. Mai 1999 in Kraft traten, erweiterten in Art. 2 die Zielbestimmungen der Union durch „die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern“ und verpflichteten die Gemeinschaft der EU-Staaten in Anlehnung an das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes, „darauf hinzuwirken, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“.

Als handlungsleitende Konkretisierung dieses normativen Gleichstellungspostulats wird das Gender Mainstreaming als Leitlinie der Geschlechterpolitik verstanden. Es verpflichtet die staatlichen Institu-

tionen in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen und in Wirtschaft und Gesellschaft auf die Beachtung dieses Grundsatzes auch mit geeigneten administrativen und gesetzgeberischen Maßnahmen hinzuwirken.

Die EU- Gleichstellungsrichtlinie vom 13. Dezember 2004 unterstreicht, dass nach den Rechtsnormen der Europäischen Union „jegliche Diskriminierung wegen des Geschlechts verboten“ ist und „die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen eine der Hauptaufgaben der Gemeinschaft“ darstellt. Dies gilt auch bezüglich der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, es wirkt sich damit auch auf das Vertragsrecht („Unisex-Tarife“) aus. Deutschland hat in einem umfassenden Antidiskriminierungsgesetz (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz vom 14. August 2006) das Ziel formuliert, „Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen“ und damit die europarechtlichen Postulate zusätzlich konkretisiert (· BGBl. I S. 1897).

14/ Rita Süssmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages mit Vertreterinnen des „Frauenbündnisses 90 – Frauen überschreiten Grenzen“ vor der Villa Hammerschmidt. (1. Reihe.v.l.n.r. Renate Schmidt, Abgeordnete der SPD im Bundestag, Carola Stern, Publizistin, Eva Rühmkorf, Schriftstellerin, Rita Süssmuth, 2. Reihe.v.l.n.r. Beate Winkler, Referentin bei der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Monika Wulf-Mathies, Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Heide Pfarr, Senatorin für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Abgeordnete der SPD im Bundestag, Liselotte Funcke, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, 3. Reihe.v.l.n.r. Karin Hempel-Soos, Schriftstellerin, Berlin, 9. Juli 1990. Foto: Wolfgang Lemmerz



Gender Mainstreaming als Auftrag der Politik

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen [...].

Diese Strategie, für die sich in Europa der Begriff „Gender Mainstreaming“ etabliert hat, basiert auf der Erkenntnis, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt und Männer und Frauen in sehr unterschiedlicher Weise von politischen und administrativen Entscheidungen betroffen sein können. Das Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet die politischen Akteure, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu analysieren und ihre Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Ein solches Vorgehen erhöht nicht nur die Zielgenauigkeit und Qualität von politischen Maßnahmen, sondern auch die Akzeptanz der Ergebnisse bei Bürgerinnen und Bürgern.

Zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist die Bundesregierung durch Art. 3, Abs. 2, Satz 2 GG ausdrücklich verpflichtet, sie ist wesentlicher Bestandteil des politischen Handelns der Bundesregierung in allen Politikbereichen.

www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=192702.html

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat das Institut für Demoskopie Allensbach 2000 die Ergebnisse einer Repräsentativbefragung vorgelegt. Diese dokumentiert eine differenzierte Sicht, wie Frauen und Männer die Defizite und Erfolge im Hinblick auf eine Gleichstellung der Geschlechter in den verschiedenen Lebensbereichen wahrnehmen.

Um Erfolge und Defizite der Gleichstellungspolitik in Deutschland vor dem Hintergrund einer wissenschaftlichen Bestandsaufnahme genauer erfassen zu können, sind zwei von den seinerzeit amtierenden rot-grünen bzw. schwarz-roten Bundesregierungen beauftragte Forschungsprojekte bedeutsam, die zur Vorlage eines Gender-Datenreports 2005 und des Ersten Gleichstellungsberichts 2011 geführt haben. Während der Gender-Datenreport vom Deutschen Jugendinstitut in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt eine Synthese verfügbarer Daten für alle frauenpolitisch relevanten Lebensbereiche beinhaltet, zielt der Gleichstellungsbericht auf eine vertiefende Darstellung und Bewertung der Lebenssituation von Frauen. Dabei hat die mit der Bearbeitung beauftragte

interdisziplinär zusammengesetzte Sachverständigenkommission auch „Handlungsempfehlungen“ zur Behebung von bestehenden Disparitäten formuliert.

Der Gleichstellungsbericht war 2008 von der Regierung der Großen Koalition beschlossen, im Auftrag des BMFSFJ erarbeitet, Anfang 2011 übergeben und mit einer Stellungnahme der Bundesregierung dem Bundestag im Juni zugeleitet worden (>BT Drucksache 17/6240). Er soll künftig in jeder Legislaturperiode vorgelegt werden. Im Ersten Gleichstellungsbericht mit dem programmatischen Titel „Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Männern und Frauen im Lebensverlauf“ wird als Beurteilungsmaßstab für die Gleichstellungspolitik die „Lebensverlaufsperspektive“ eingeführt. Damit sollen auch die langfristigen Folgen von Entscheidungen, die Frauen und Männer in einzelnen Lebensabschnitten treffen, reflektiert werden. Zum Leitbild wird damit eine „Gesellschaft mit Wahlmöglichkeiten“, die nicht durch fehlende gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen beschränkt ist.

Zwischen proklamierten Zielsetzungen und der Realität bestehen jedoch auch weiterhin erhebliche Unterschiede. Wie

Bilanz 2000: Gleichstellung noch nicht annähernd erreicht

Trotz der Angleichung der Bildungschancen und -wege, trotz des gestiegenen Selbstbewusstseins von Frauen ist die Zufriedenheit mit dem erreichten Stand der Gleichberechtigung heute nicht größer als vor 25 Jahren. Damals wie heute halten 30 Prozent der westdeutschen Bevölkerung die Gleichberechtigung für weitgehend verwirklicht; 61 Prozent der Westdeutschen, 67 Prozent der Ostdeutschen sehen dagegen noch erhebliche Defizite [...]

Frauen beurteilen den Stand der Gleichstellung weitaus kritischer als Männer. So sehen 78 Prozent der Frauen, aber nur 44 Prozent der Männer noch erheblichen Handlungsbedarf. Diese Kluft in der Einschätzung von Männern und Frauen ist in der Generation der Über-60-Jährigen genauso ausgeprägt wie bei Unter-30-Jährigen. In den alten Bundesländern differiert das Urteil von Männern und Frauen deutlich stärker als in Ostdeutschland, wo die Mehrheit der Männer der Einschätzung der Frauen zustimmt.

Als Problemfelder, auf denen die Gleichstellung bisher nicht annähernd erreicht ist, sieht die Bevölkerung vor allem den beruflichen Bereich, Politik, Gewerkschaften und Kirchen, während die Mehrheit in der Ausbildung, im öffentlichen Dienst, im kulturellen Bereich, beim Sport und bei den privaten Beziehungen keine nennenswerten Defizite wahrnimmt. Insbesondere bei den Bildungschancen sieht die überwältigende Mehrheit schon seit Jahren die Chancen von Frauen gewahrt: 79 Prozent sehen die Gleichberechtigung in Ausbildung, Schule und Studium weitgehend als verwirklicht an. In Bezug auf den sportlichen und kulturellen Bereich urteilen knapp drei Viertel der Bevölkerung ähnlich positiv, in Bezug auf Gleichberechtigung in Partnerschaft und Ehe 56 Prozent.

Dagegen halten nur 33 Prozent die Gleichberechtigung in den Gewerkschaften für weitgehend verwirklicht, 30 Prozent in der Politik, ganze 13 Prozent bei den Verdienstschanen. Die Einschätzung der Gleichstellung bei den Verdienstschanen ist in den letzten Jahren eher skeptischer geworden: Vor acht Jahren hielten noch 17 Prozent der Bevölkerung die Gleichstellung bei Löhnen und Gehältern für weitgehend verwirklicht, heute 13 Prozent; auch die Gewerkschaften werden heute in dieser Hinsicht skeptischer bewertet. Das Gleiche gilt für die Gleichberechtigung in Partnerschaft und Ehe: 1992 hielten noch 64 Prozent der Bevölkerung die Gleichberechtigung in der Partnerschaft für weitgehend realisiert, heute nur noch 56 Prozent [...]

Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten sind insbesondere nach Einschätzung der Frauen selbst nach wie vor unbefriedigend. 86 Prozent aller Frauen sehen die Gleichstellung bei den Verdienstschanen noch nicht annähernd erreicht, 70 Prozent beurteilen die Aufstiegsschanen ähnlich kritisch. Schon auf dem dritten Rang folgt der politische Bereich, in dem 60 Prozent aller Frauen Defizite bei der Gleichstellung konstatieren.

Fast durchgängig sehen Frauen die Situation kritischer als Männer. So wie Männer generell den Stand der Gleichstellung positiver bewerten als Frauen, gilt dies besonders ausgeprägt auch in Bezug auf die Aufstiegs- und Verdienstschanen, die Gleichberechtigung im politischen Bereich und in Partnerschaft und Ehe. Während 70 Prozent aller Frauen überzeugt sind, dass Frauen noch nicht gleiche Aufstiegschancen haben, teilen nur 50 Prozent der Männer diese Einschätzung. 60 Prozent der Frauen, 45 Prozent der Männer sehen Defizite bei der Verwirklichung der Gleichstellung im politischen Bereich, 34 Prozent der Frauen, 20 Prozent der Männer in Partnerschaft und Ehe.

Institut für Demoskopie Allensbach 2000, S. 3f. u.S. 7.

sich diese in den beiden Jahrzehnten seit der deutschen Vereinigung verändert haben, soll ein Rückblick zeigen, der die Gleichstellung der Frauen in der Politik, im Beruf, in der Bildung und im Hinblick auf die privaten Lebensformen ebenso beleuchtet, wie den Wandel im Rollenverständnis von Frauen und Männern, der die deutsche Gesellschaftsgeschichte in den 70 Jahren seit Ende des Zweiten Weltkrieges kennzeichnet.

Frauen und Politik

Politisches Interesse

Das politische Interesse wird in der Bundesrepublik bereits seit Anfang der 1950er Jahre vom Institut für Demoskopie Allensbach und seit Ende der 1960er Jahre auch in repräsentativen Bevölkerungsumfragen ermittelt. In den letzten Jahrzehnten war der Anteil derjenigen, die sich „stark“ oder sogar „sehr stark“ für Politik interessieren, erheblichen Schwankungen unterworfen. Ende der 1960er Jahre waren es nur 18 Prozent, 1982 knapp 24 Prozent, im Jahr der Wiedervereinigung 1990 fast 38 Prozent. Danach zeigt sich ein deutlich rückläufiger Trend, der im Osten stärker ausgeprägt war als im Westen Deutschlands. Seit 2010 ist dieser Unterschied nicht mehr vorhanden. Jeweils drei von zehn Personen geben in den Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften (ALLBUS) an, stark oder sehr stark an Politik interessiert zu sein. In der jungen Generation unter 29 Jahren ist das politische Interesse weit geringer als im Durchschnitt, wobei der



15

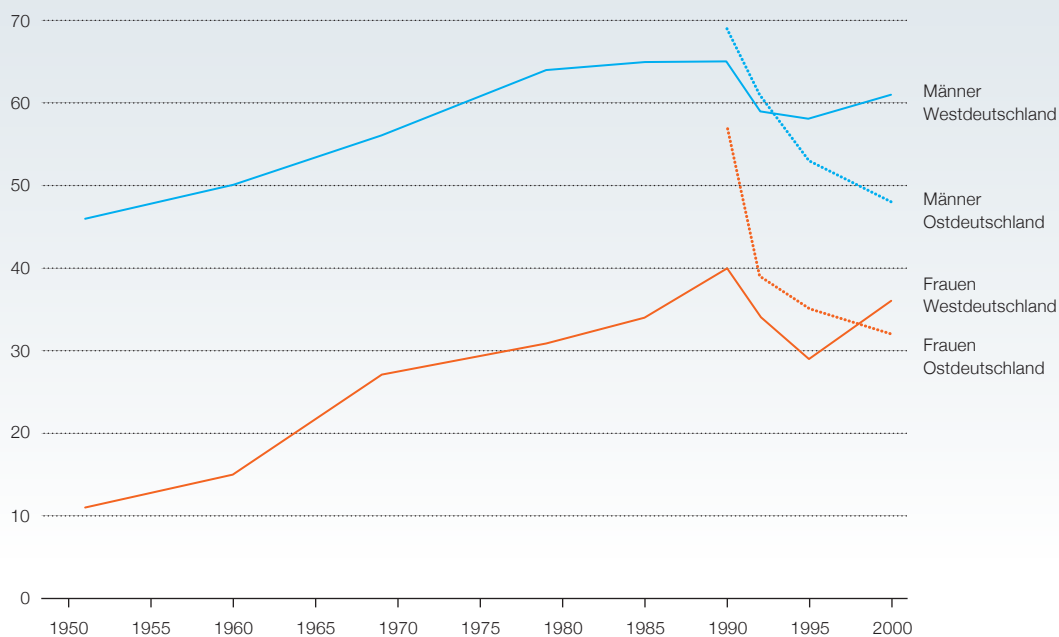
15/ Stimmabgabe zur Volkskammerwahl in der Gemeinde Lobetal (Frankfurt/Oder), 18. März 1990.
Foto: Bernd Settnik

16



16/ Erster Wahlkampfauftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl in der DDR auf dem Domplatz in Erfurt, 20. Februar 1990.
Foto: Jochen Eckel

Entwicklung des politischen Interesses von Männern und Frauen



vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2000, Schaubild S. 47.

ostdeutsche Wert noch niedriger liegt. Noch immer ist das politische Interesse von Männern deutlich stärker ausgeprägt als bei Frauen. 2002 erklärten 44,2 Prozent der Männer stark oder sehr stark an Politik interessiert zu sein, während nur halb so viele Frauen (23,6 %) diesem Statement zustimmten. Bei Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt sich für Männer und Frauen 1990 jeweils ein Höchststand, der sich im nachfolgenden Jahrzehnt wieder deutlich abschwächt. Während im Osten und Westen jeweils etwa zwei Drittel der Männer und im Osten auch mehr als die Hälfte der Frauen angegeben haben, politisch interessiert zu sein, ist dieser Wert in Ostdeutschland bei den Männern auf 48 Prozent gesunken und erreichte bei den Frauen nur noch knapp ein Drittel (32 %).

Wahlbeteiligung

Diese Ergebnisse beziehen sich offensichtlich vornehmlich auf das Interesse an politischer Information und die Bereitschaft, sich selbst politisch zu engagieren. Denn die Wahlbeteiligung, die ja als das erste Bürgerrecht in der parlamentarischen Demokratie zumindest ein prinzipielles Interesse an Politik bekundet, lässt zwischen Männern und Frauen keine nennenswerte Differenz erkennen. Traditionell ist die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen erheblich höher als bei Landtags-, Kommunal- oder Europawahlen. Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist seit 1983 insgesamt erheblich zurückgegangen. Sie war bei den Bundestagswahlen 1972 mit 91,1 Prozent am höchsten und hat 2009 einen Tiefststand von 70,5 Prozent erreicht, der 2013 nur geringfügig übertroffen wurde. Nach der

Wiedervereinigung lag der Spitzenwert 1998 bei 82,2 Prozent (>vgl. Datenreport 2013, S. 357). Im Hinblick auf die Wahlbeteiligung bestehen die größten Unterschiede, wenn man die Altersgruppen vergleicht. Am niedrigsten war die Quote bei Personen von 21 bis 25 Jahren, am höchsten in der Altersgruppe zwischen 60 und 70 Jahren. Auffällig ist auch der Unterschied, der zwischen den alten und neuen Bundesländern besteht und 2013 mehr als fünf Prozentpunkte Vorsprung für die Wahlbeteiligung in Westdeutschland ausmacht. Frauen haben sich dabei durchgängig fast ebenso häufig wie Männer an Bundestagswahlen beteiligt. Waren es 1987 immerhin noch 2,1 Prozentpunkte weniger Frauen als Männer, die ihr Wahlrecht nicht ausübten, blieb ihre Beteiligungsquote 2013 nur um 0,6 Prozentpunkte zurück (>Statistisches Bundesamt 2014, S.11).

Frauen als Wählerinnen

Am Beispiel von Wahlplakaten soll betrachtet werden, ob und wie Frauen von den politischen Parteien gezielt angesprochen wurden, welche Botschaften dabei im Vordergrund standen und wie sie mit ihrem Wahlverhalten auf die Angebote der Parteien reagiert haben.

Bei der Bundestagswahl 1990 hatte sich die CDU so weitreichend auf die Popularität des „Kanzlers der Einheit“ verlassen, dass sie ihn in Dresden im Kreis zahlreicher Sympathisanten zeigte, ohne überhaupt noch das CDU-Logo auf dem entsprechenden Plakat zu platzieren. In den Wahlkämpfen des letzten Jahrzehnts standen die Themen Familie und Sicherheit im Vordergrund. Die beiden Plakate von CSU und CDU lassen einen Wandel im Familienbild erkennen. Während die CSU 2005 noch eine konventionelle Bilderbuchfamilie ins Bild setzt, deutet das CDU-Plakat 2013 einen offenen modernen Familienbegriff an.

Die Plakate der Grünen zeichnen sich durch ihre unkonventionelle Gestaltung aus. Sie sind vor allem auf soziale Milieus gerichtet, die sich an selbstbestimmten und egalitären Lebensstilen orientieren und mit dem Gründungsanliegen der „grünen“ Bewegung, einer Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, sympathisieren. 1998 rücken die Grünen bei der Bundestagswahl die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften in den Fokus, im folgenden Jahrzehnt wird die Gleichstellung im Beruf und der Aufstieg von Frauen in Führungspositionen thematisiert.

Die SPD verbindet 1990 ihr Leitthema soziale Gerechtigkeit mit einem modernen Frauenbild, das eine Auszubildende in einem technischen Beruf zeigt. 2002 gibt die damalige Regierungspartei zu erkennen, dass Wahlen in der Mitte des Wählerspektrums entschieden werden, ein frauenspezifischer Akzent



17



18



19



20

17/ Bundestagswahl 2013

18/ Bundestagswahl 2005

19/ Bundestagswahl 1998

20/ Bundestagswahl 2002

21



22



23



24

wird insbesondere durch die erstmals in den Vordergrund gerückte Forderung nach Ganztagsbetreuung gesetzt. Weil alle Parteien Bildung als eine entscheidende Ressource propagieren, sucht die SPD ein Alleinstellungsmerkmal, indem sie in ihrer Wahlempfehlung die Themen Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit verknüpft.

In der FDP-Werbung stehen durchweg griffige Slogans im Mittelpunkt, die oft mit dem Porträt ihrer überwiegend männlichen Spitzenpolitiker kombiniert sind. In ihrer Plakatwerbung werden Frauen als Zielgruppe nur selten angesprochen. Mit insgesamt fünf Plakaten griff die FDP 2002 das Thema Bildung auf. Ein Plakat verband die eigenen Wahlslogans mit „Optimismus“ und einem auf die Zukunft gerichteten Bild.

Unkonventionell wirkt ein Wahlplakate der PDS, das sich gezielt an junge Wählerinnen und Wähler wendet.

Die Linke hat ihre Appelle zu den Bundestagswahlen 2009 und 2013 vor allem mit Slogans bestritten, teils verbunden mit Porträts ihrer Parteispitzen. Die Bandbreite der Postulate reichte vom Mindestlohn bis zur Parole „Reichtum für alle“.

Die Piratenpartei erzielte erstmals bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2012 einen überraschenden Wahlerfolg, woran Frauen einen gewichtigen Anteil hatten. Als Partei, die „Netzpolitik“ ohne konkretes Programmprofil in den Mittelpunkt rückt und mit einem ständig wechselnden Führungspersonal agiert, blieb ihr Erfolgsweg von kurzer Dauer.

Eine Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik, die für den Zeitraum von 1953 bis 2013 durch das Statistische Bundesamt dokumentiert ist, ermöglicht eine differenzierte Betrachtung, welche Parteien von den Wählerinnen bevorzugt worden sind, auch wenn für die Wahlen von 1994 und 1998 aufgrund gesetzlicher Vorgaben die dafür notwendigen Erhebungen unterbleiben mussten.

25

Aufschlussreich ist das unterschiedliche Wählerverhalten von Männern und Frauen, bei dem sich im Zeitverlauf interessante Veränderungen vollzogen haben. Bis 1969 bevorzugten bei ihrer Wahlentscheidung deutlich mehr Frauen als Männer die CDU. Der Vorsprung betrug 1957 fast neun Prozentpunkte. Während 53,5 Prozent der Frauen für die CDU votiert hatten, waren es nur 44,6 Prozent der Männer. Diese Differenz blieb bis 1969 fast unverändert bestehen (Frauenanteil: 40,3%; Männeranteil: 32,1%). Erst 1972 deutet sich eine Trendwende an, das Übergewicht des Frauenanteils hat sich auf 2,5 Prozentpunkte verringert. 1976 ist ein Gleichstand erreicht und 1980 übertrifft der Männeranteil der CDU-Stimmen erstmals das Ergebnis für die Frauen – eine Zäsur in der Geschichte der Bundestagswahlen, die sich allerdings nicht als dauerhaft erweisen sollte. Doch bleibt der diesbezügliche Abstand zwischen Frauen und Männern zwischen 1983 und 2005 nur noch gering, bevor das Übergewicht der Frauen als CDU-Wählerinnen bei den beiden letzten Bundestagswahlen mit fünf Prozentpunkten wieder recht deutlich ausfällt.

Bei der SPD dominiert in den beiden ersten Jahrzehnten der Männeranteil, der Rückstand des weiblichen Wähleranteils beträgt 1969 noch fünf Prozentpunkte, erst bei den beiden folgenden Wahlen nähern sich die Ergebnisse weitestgehend an. Erstmals 1980 übertrifft der Frauenanteil der für die SPD abgegebenen Stimmen den Männeranteil und erreicht 2002 und 2005 sogar ein deutliches Übergewicht, das sich erst bei der Bundestagswahl 2013 wieder leicht umgekehrt hat.

Die FDP wird von den Männern – mit Ausnahme 1980 – geringfügig mehr bevorzugt als von den Frauen. Ihr größter Wahlerfolg 2009 ist allerdings stärker den Stimmen von Männern geschuldet, die hier ein Übergewicht von drei Prozentpunkten hatten.

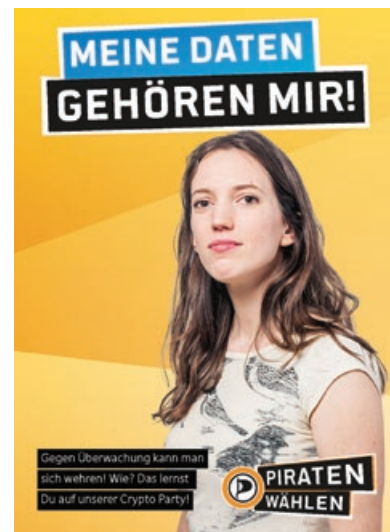
Bei den Grünen hat sich ihr frauenpolitisches Engagement, das sich auch in der strikten Quotierung bei Führungspositionen ausdrückt, in den Ergebnissen seit 2002 zunehmend deutlicher ausgewirkt. Während sich seit den 1980er Jahren bei den meisten Bundestagswahlen ein annähernd gleicher Stimmenanteil bei Männern und Frauen zeigt, hat sich seit 2002 ein Übergewicht der Frauenstimmen ergeben. Bei der Bundestagswahl 2009 lag der Frauenanteil mit 2,6 Prozentpunkten bisher am höchsten vor dem Männerergebnis und hat sich 2013 bei diesem Wert nahezu stabilisiert.

Die Linke hat sich als gesamtdeutsche Partei erst 2007 konstituiert und damit erstmals 2009 in dieser Formation zur Wahl gestellt. Wenn man die Entwicklung ihrer Wählerschaft längerfristig betrachtet und die Wahlergebnisse der PDS einbezieht, zeigt sich ein konstanter Trend. Es sind etwas häufiger Männer als Frauen, die sich für die Linke entscheiden (→ vgl. Statistisches Bundesamt 2014, S. 13).



- 21 / Bundestagswahl 1990
- 22 / Bundestagswahl 2009
- 23 / Bundestagswahl 2002
- 24 / Bundestagswahl 1994
- 25 / Bundestagswahl 2013
- 26 / Bundestagswahl 2013

26



Auch wenn es sich um ein Randphänomen handelt, ist eine Beobachtung interessant, die sich auf die Einstellung von Männern und Frauen zum rechtsextremen Milieu bezieht. Die letzte Bundestagswahl hat gezeigt, dass Frauen eine signifikant größere Distanz zur NPD hatten. Ihr Stimmenanteil für die rechtsextreme Partei war nur halb so hoch wie bei den Männern (→ ebd., S. 14).

Politische Mitgestaltung

Frauen in den Parteien

Während 1990 insgesamt etwa 2,4 Millionen Männer und Frauen Mitglied in einer Partei waren, hat sich diese Zahl bis Ende 2012 um etwa 40 Prozent auf 1,3 Millionen drastisch vermindert. Das bedeutet: Nur noch eine von fünfzig Personen der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter gehört derzeit einer Partei an.

Bis vor wenigen Jahren war die SPD die mitgliederstärkste Partei in Deutschland. Sie übertraf 1976 die Millionengrenze. Doch hat sich ihre Mitgliederzahl Ende 2012 auf 480 000 halbiert, so dass sie gegenwärtig einen Gleichstand mit der CDU aufweist. Der Frauenanteil ist allerdings in der SPD deutlich höher und erreicht gegenwärtig fast ein Drittel (31,5 %), während nur ein Viertel der CDU-Mitglieder (26 %) Frauen sind. Die CSU registriert gegenwärtig 148 000 Mitglieder, darunter stellen die Frauen ein Fünftel. Alle anderen Parteien in Deutschland weisen Mitgliederzahlen auf, die derzeit deutlich unter der Grenze von 100 000 liegen. Die Grünen, die Linke und die FDP haben annähernd gleiche Mitgliederzahlen um 60 000. Während die Frauenanteile von Grünen und Linken gleichauf bei etwa 38 Prozent liegen, sind in der FDP nur 23 Prozent weibliche Mitglieder organisiert. (→ Datenreport 2013, S. 36 ff.)

Frauen in den Parlamenten

Bis zum 10. Bundestag, der 1983 gewählt wurde, lag der Frauenanteil bei den Abgeordneten durchweg unter einem Zehntel, doch war seit 1976 ein kontinuierlicher

Zuwachs auf niedrigem Niveau zu verzeichnen. Nach der ersten gesamtdeutschen (und insgesamt 12.) Bundestagswahl nahmen Frauen ein Fünftel der Sitze im Bundestag ein, in der folgenden Legislaturperiode stieg ihr Anteil auf rund 26 Prozent. Als der 14. Bundestag 1998 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, befanden sich unter den 669 Abgeordneten 207 Frauen (30,9 %). Nach der Wahl zum 18. Bundestag im September 2013 konnten 229 Frauen (36,3 %) als Abgeordnete in das Parlament einziehen, sie hatten in den vier Fraktionen allerdings einen sehr unterschiedlichen Anteil. Während die Fraktionen der Linken und Grünen jeweils etwa 55 Prozent Frauen in ihren Reihen haben, sind es bei der SPD etwa vier von zehn Abgeordneten, bei der Union nur knapp ein Viertel. (→ Das Parlament, 14. Oktober 2013, S. 5)

Ein ähnliches Bild ergibt sich in den Länderparlamenten. Bei den Kommunalvertretungen ist der Frauenanteil in den Großstädten deutlich höher als in kleineren. Vor allem in ländlichen Gebieten ist es offenbar für Frauen schwieriger, in Männerdomänen vorzudringen.

Frauen in der Regierung

Erst zwölf Jahre nach Bildung der ersten Bundesregierung rückt 1961 mit Elisabeth Schwarzhaupt die erste Frau als Gesundheitsministerin in das Kabinett ein. Über drei Jahrzehnte hat sich diese Situation kaum verändert. In der Bundesregierung der ersten großen Koalition sind 1966 nur zwei Frauen unter 19 Ministern in den als frauentypisch geltenden Ressorts Gesundheit sowie Familie und Jugend vertreten. Auch die sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt haben jeweils nur eine Frau in die von ihnen gebildeten Bundesregierungen berufen.

Erst in den 1990er Jahren beginnt sich diese befremdliche Situation allmählich zu verändern. Dem von Helmut Kohl nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl gebildeten Kabinett gehören 1991 immerhin vier Frauen (bei insgesamt

18 Ministerien) an, je zwei von der CDU sowie von der FDP nominiert. Dieser Trend setzt sich langsam fort. 1998 sind fünf Frauen, das entspricht einem Drittel, im Bundeskabinett präsent, in der zweiten von Gerhard Schröder gebildeten rot-grünen Bundesregierung wird dann fast die Geschlechterparität erreicht. Obwohl die Zahl der Ministerien auf 13 reduziert wurde, üben nun sechs Frauen ein Ministeramt aus. Seither hat sich diese Tendenz wieder leicht umgekehrt. In der von Angela Merkel als erste Bundeskanzlerin geführten großen Koalition stellten 2005 fünf Frauen ebenso nur noch ein Drittel der Kabinettsmitglieder wie in der 2009 gebildeten schwarz-gelben Koalition. Nach der Bundestagswahl 2013 gehören zehn Männer und sechs Frauen dem Bundeskabinett an, bemerkenswert ist vor allem, dass mit Ursula von der Leyen erstmals eine Frau an die Spitze des Bundesministeriums der Verteidigung berufen wurde. Zusätzlich sind drei Frauen im Rang von Staatsministerinnen in der neuen Regierung vertreten: Monika Grütters als Staatsministerin für Kultur und Medien, Aydan Özoguz, seit Dezember 2011 auch eine der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Und ihre Vorgängerin in dieser Funktion, Maria Böhmer, ist im gleichen Status im Auswärtigen Amt tätig.

Auf Landesebene gibt es verschiedene Beispiele dafür, dass Frauen im Hinblick auf die Übernahme von Ministerverantwortung bereits eine völlige Gleichstellung erreicht haben. Vor 25 Jahren, im März 1989, entstand in Berlin nach Bildung einer

27 / Bundeskanzler Gerhard Schröder präsentiert gemeinsam mit Bundespräsident Johannes Rau sein Bundeskabinett, dem neben sieben männlichen Ministern auch sechs Frauen angehören (v. l. n. r.): Ulla Schmidt, Renate Schmidt, Edelgard Bulmahn, Brigitte Zypries, Renate Künast und Heidemarie Wiecek-Zeul, 2002. Foto: Jürgen Gebhardt

28 / Mitglieder des Bundeskabinetts Merkel im Schloss Bellevue, 2013.



27



28

29



29/Mit seinem „Frauensenzat“ machte Berlins Bürgermeister Walter Momper 1989 Furore (vorne von links): Jutta Limbach (Justiz), Anne Klein (Frauen, Jugend und Familie), Ingrid Stahmer (Bürgermeisterin, Gesundheit und Soziales) und Barbara Riedmüller (Wissenschaft und Forschung) sowie (hinten von links) Sybille Volkholz (Schule, Berufsbildung und Sport), Anke Martiny (Kulturelle Angelegenheiten), Michaela Schreyer (Stadtentwicklung und Umweltschutz) und Heide Pfarr (Bundesangelegenheiten). Foto: Paul Glaser

30/Nur noch die Tinte auf dem Koalitionsvertrag trocken pusten: Im Juli 2010 schmiedeten Hannelore Kraft (rechts) und Sylvia Löhrmann ihre rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen. Foto: dpa

30



rot-grünen Koalition unter Führung von Walter Momper der „Frauensenzat“, dem neben sechs Senatoren acht Senatorinnen angehörten. Diese Berliner Regierung amtierte allerdings nur 15 Monate, weil die Grünen aus Protest gegen einen massiven Polizeieinsatz des Berliner Innensenators, der sich gegen Wohnbesetzer gerichtet hatte, den Senat verließen.

Zwischen Juni und Dezember 1990 kam es in Berlin zu einer einzigartigen Situation, einem Neben- und Miteinander von zwei deutschen (Teil-)Landesregierungen. Der freigewählte Magistrat im Osten der Stadt und der Senat von Berlin leiteten im „Magi-Senat“ die Stadt gemeinsam, bis am 2. Dezember ein neues Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Aus dieser Gesamtberliner Wahl ging eine große Koalition unter dem neuen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen hervor, die einen Rückfall in alte Gewohnheiten bedeutete. Dem neuen Senat gehörten 13 Männer und nur noch drei Frauen an, die alle von der SPD nominiert worden waren: Christine Bergmann, die zuvor letzte Präsidentin der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung gewesen war, als Bürgermeisterin und gleichzeitig als Senatorin für Arbeit und Frauen sowie Jutta Limbach und Ingrid Stahmer, die bereits zuvor als Senatorinnen amtiert hatten.

Auch das von Heide Simonis gebildete Landeskabinett von Schleswig-Holstein war vom 2000 bis 2005 mit jeweils vier Ministerinnen und Ministern paritätisch besetzt. Nach der Landtagswahl 2012 sind SPD und Grüne mit dem Südschleswighischen Wählerverband eine Koalition eingegangen, in der von sieben Ministerien vier von Frauen geführt werden.

In der rot-grünen Koalition des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen gehören neben der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft je sechs Frauen und Männer der Landesregierung an. Gegenwärtig werden drei Landesregierungen von Frauen geführt, neben Hannelore Kraft üben Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland und Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz das Amt einer Ministerpräsidentin aus.

Frauen in Gewerkschaften

Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften hat sich im Verlauf von 70 Jahren seit Kriegsende sehr unterschiedlich entwickelt. 2013 zählte der DGB nach eigenen Angaben insgesamt 6,15 Millionen Mitglieder, das entspricht etwa der Anzahl von 1951 damals nur in der Bundesrepublik. Von den abhängig beschäftigten Personen gehört damit gegenwärtig nur etwa jede fünfte einer Gewerkschaft an. Als die DDR ihr Ende erreicht hatte, war der Organisationsgrad in der Einheitsgewerkschaft FDGB, der Anfang 1947 mit vier Millionen die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in den Westzonen bereits um eine Million übertraf, mit etwa 9,5 Millionen Mitgliedern, davon die Hälfte Frauen, außerordentlich hoch. Die Mitgliedschaft war faktisch obligatorisch, weil der FDGB zugleich als Träger der Sozial- und Rentenversicherung fungierte.

In der Bundesrepublik waren 1990 7,9 Millionen Personen im DGB organisiert. Nach der deutschen Vereinigung hatte der DGB 1992 zunächst noch insgesamt rund 11 Millionen Mitglieder, diese Zahl schrumpfte über 9,8 Millionen (1994) kontinuierlich bis zum Jahr 2000 auf weniger als 7,8 Millionen, der Frauenanteil betrug relativ konstant knapp ein Drittel (www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/

mitgliederzahlen). Beschäftigte des öffentlichen Dienstes können alternativ zur Dienstleistungsgesellschaft *verdi* auch den Deutschen Beamtenbund (DBB) als ihre Interessenvertretung wählen. Dem DBB gehörten nach eigenen Angaben Ende 2012 knapp 1,3 Millionen Mitglieder an, darunter rund 400 000 Beamtinnen und weibliche Angestellte.

Die 1942 geborene Monika Wulf-Mathies wurde 1982 als Nachfolgerin von Heinz Kluncker die erste Vorsitzende einer Einzelgewerkschaft, der einflussreichen Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Sie amtierte zwölf Jahre, in denen sie vor allem eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeiten durchsetzte, ohne im Kampf um Lohnerhöhungen vergleichbare Erfolge zu haben. 1995 wurde sie als erste Frau aus Deutschland in der EU-Kommission unter dem Präsidenten Jacques Santer Kommissarin für Regionalpolitik, dieses Amt verlor sie 1999, nachdem die EU-Kommission wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten musste. Von 2000 bis 2008 übernahm sie eine Leitungsaufgabe bei der Deutschen Post und engagierte sich sechs Jahre auch ehrenamtlich als Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland.

31



31 / Dr. Monika Wulf-Mathies. Leiterin des Zentralbereichs Politik und Umwelt der Deutschen Post AG in ihrem Büro im 36. Stock des Bonner Posttowers. Monika Wulf-Mathies war von 1982 bis 1994 Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV und EU-Kommissarin Bonn, 8. März 2004. Foto: Jürgen Seidel



32

32/ Aus der Serie „Bergwaldprojekt nahe Garmisch-Partenkirchen“. Freiwilliges Engagement beim Waldschutz, 2013. Foto: Kathrin Harms/[laif](#)

33/ Aus der Serie „Ehrenamtliche der Berliner Bahnhofsmission“, 2012. Foto: Malte Jäger/[laif](#)



33

Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement von Frauen

Seit den 80er-Jahren nimmt die Zahl von Frauen in Spitzenpositionen von Politik und Parteien zu. Dies gilt inzwischen für Ministerämter, den Parteivorsitz bzw. die Parteivorstände und die Abgeordnetenmandate. Gleichstellung ist zwar auch hier noch nicht erreicht, doch ein Vergleich mit dem Zugang von Frauen zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft zeigt, dass die Chancengleichheit im politischen System relativ weit vorangeschritten ist. Der durchschnittliche Frauenanteil in den Länderparlamenten, im Bundestag und bei den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments beträgt jeweils etwas über 30 Prozent. Damit liegt die politische Beteiligung von Frauen in Deutschland über dem europäischen Durchschnitt.

Nach ihrem Interesse an Politik befragt, äußern sich Frauen zurückhaltender als Männer. Auch ein politisches Amt ziehen sie für sich seltener in Erwägung als Männer. Die politischen Interessen von Frauen beziehen sich stärker als die der Männer auf soziale Gerechtigkeit, Bildung und Umwelt, die der Männer stärker auf Wirtschafts- sowie Außen- und Sicherheitspolitik.

Frauen sind auch am bürgerschaftlichen Engagement seltener als Männer beteiligt. Zu den freiwillig Engagierten werden 2004 32 Prozent der Frauen und 39 Prozent der Männer gerechnet.

Nur knapp 10 Prozent der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe haben Teil an bürgerschaftlichem Engagement. Bei den Türiinnen trifft dies sogar nur auf 7 Prozent zu. Frauen haben ihren Anteil am freiwilligen Engagement seit 1999 gesteigert, während der Prozentsatz des freiwilligen Engagements von Männern in diesem Zeitraum stagnierte. Ursachen für die größere Distanz von Frauen gegenüber Politik und Ehrenamt sind einerseits in den männlich geprägten Themenschwerpunkten, Hierarchien und Kulturen von vielen Großorganisationen und Vereinen zu sehen. Andererseits beeinträchtigt auch die Arbeitsteilung in der Familie die zeitlichen Spielräume für Frauen, sich gesellschaftlich oder politisch in einem größeren zeitlichen Umfang zu engagieren. Zudem ist die Aussicht auf ein politisches Mandat meist auch von männlich dominierten Netzwerken abhängig.

Ulrike Heß-Meining, in: Genderreport 2005, S. 358

Zivilgesellschaftliches Engagement

Die Bereitschaft, sich zivilgesellschaftlich in diversen Organisationen oder Vereinen, aber auch in Eigeninitiativen zu engagieren, hat seit 1985 deutlich zugenommen. Waren es zu diesem Zeitpunkt erst knapp ein Viertel (23%), so ist der Anteil bis 2011 auf mehr als ein Drittel gestiegen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist bei Männern um etwa ein Viertel stärker ausgeprägt als bei Frauen und liegt in den westlichen Bundesländern höher als im östlichen Deutschland. Wie aus den regelmäßig durchgeführten Freiwilligen-surveys hervorgeht, bevorzugen Frauen ein Engagement in den Bereichen Schule und Kindergarten, Gesundheit, Umwelt und Soziales (→ Datenreport 2013, S 352ff.).

Frauen im Beruf

Erwerbsbeteiligung

Die Erwerbsquote der Frauen hat sich in Deutschland seit 1991 deutlich erhöht. Während 1991 rund 61 Prozent in den Arbeitsprozess integriert waren, stieg ihr Anteil bis 2012 auf rund 72 Prozent. Im gleichen Zeitraum blieb die Erwerbsquote der Männer konstant bei 82 Prozent. Wie die Hans-Boeckler-Stiftung ermittelt hat, besteht bei der Frauenerwerbsquote noch immer ein deutliches West-Ost-Gefälle. „Besonders stark sind die Erwerbsquoten der Frauen in den westdeutschen Bundesländern gestiegen: 1991 lag die durchschnittliche Erwerbsquote bei 57 Prozent, stieg aber bis 2010 auf über 69 Prozent an. Durch die kaum veränderte Erwerbsquote der Männer halbierte sich der Abstand der Erwerbsquoten beider Geschlechter. [...] Verglichen damit fallen die Veränderungen in Ostdeutschland merklich schwächer aus: Zwischen 1991 und 2010 stieg die Erwerbsquote der Frauen nur geringfügig an, allerdings ausgehend von einem viel höheren Niveau als in Westdeutschland. Inzwischen hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den alten und neuen Bundesländern weitgehend angeglichen. Die Erwerbsquote der Männer

sank hingegen im selben Zeitraum geringfügig ab.“ (→ www.boeckler.de/43339.htm)

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt Aufschluss über den wichtigsten Unterschied, der im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern fortbesteht. Im Frühjahr 2013 waren fast 7,5 Millionen Frauen vollzeitbeschäftigt, sechs Millionen hatten eine Teilzeitstelle, ihr Anteil beträgt demnach rund 45 Prozent. Im Osten war sogar die Hälfte lediglich teilzeitbeschäftigt. Der Teilzeitanteil bei den Männern ist dagegen mit rund einem Zehntel deutlich geringer. Zum gleichen Zeitpunkt arbeiteten 14,2 Millionen Männer in Vollzeit, während nur 1,4 Millionen in Teilzeit beschäftigt waren. Auch bei den Minijobs hatten die Frauen ein Übergewicht. „Im März 2013 gingen rund 4,5 Millionen Frauen einem Minijob nach und 2,7 Millionen Männer. Für 3 Millionen Frauen war dies die einzige Beschäftigung, der Rest verdiente sich damit zum Hauptberuf noch etwas hinzu.“ (→ FAZ, 15. Januar 2014, S. 9) Gegenwärtig haben Frauen bessere Chancen auf eine Beschäftigung als Männer. Diese tragen insgesamt bereits ein höheres Beschäftigungsrisiko, weil sie häufig geringer qualifiziert sind als Frauen, die sich am Arbeitsmarkt bewerben.

Berufsfelder von Frauen

Aufschlussreich ist ein Blick auf die Berufsfelder, in denen vorwiegend Frauen oder Männer beschäftigt sind. Während Männer im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe deutlich dominieren, sind Frauen überwiegend in Dienstleistungsbereichen tätig. Sie waren 2012 am häufigsten in Büroberufen beschäftigt, gefolgt von Verkaufsberufen, der Berufsgruppe Erziehung und Sozialarbeit sowie dem Tätigkeitsbereich Unternehmensorganisation und -strategie (→ Datenreport 2013, S. 123).

575 000 Frauen waren als Lehrerinnen an allgemeinbildenden Schulen tätig, das entspricht einem Anteil von 71 Prozent (→ ebd. S. 74). Obwohl die pädagogischen Berufe eine Domäne der Frauen geworden

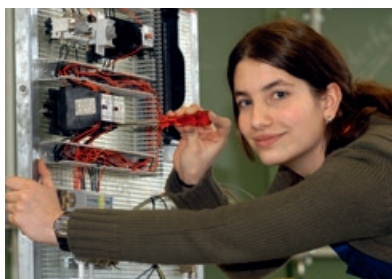
34



35



36



34/ Die Designerin Sneshina Petrov beim Degewo Wedding Dress-Festival of Urban Fashion and Lifestyle, Berlin 2013.
Foto: Cathrin Bach

35/ Intensivkrankenschwester bei der Patientenversorgung
Foto: Werner Bachmeier/VISUM

36/ Elektronikerin für Betriebstechnik bei den Stadtwerken Augsburg.
Foto: Thomas Hosemann

37/ Jungingenieurin in der Produktion

sind, ist ihr Anteil an den Hochschullehrern noch stark zurückgeblieben. Je höher die Stufen auf der akademischen Karriereleiter liegen, umso weniger Frauen sind dort vertreten. Während Frauen 2011 fast die Hälfte der Dokortitel (45 %) erworben haben, lag ihr Anteil bei den zur akademischen Lehre berechtigenden Habilitationen nur noch bei einem Viertel, ein Fünftel der Professuren waren von Frauen besetzt. In der höchsten Ebene der C4-Professoren waren sie nur mit knapp 11 Prozent (2001: 7,7 %) vertreten, wobei sich diesbezüglich nur ein sehr langsamer Anstieg erkennen lässt (Datenreport 2013, S. 84).

Typische Frauenberufe sind weiterhin Kindergärtnerin (96 %), Krankenschwester (86 %), Schneiderin, Apothekerin (mehr als vier Fünftel). Deutlich überwiegend sind Frauen auch als Augenoptikerin und Übersetzerin (rund sieben Zehntel) beschäftigt, in der Werbebranche gibt es ein leichtes Übergewicht (54 %) von Frauen, in künstlerischen Berufen ist das Verhältnis nahezu ausgeglichen, das gilt auch für Ärzte. Der neue Beruf „Mediengestalter/in für Digital- und Printmedien“

zieht Frauen besonders an, wenn sie eine höhere Schulbildung erworben haben. Der Frauenanteil liegt hier bei 57 Prozent.

Etwa drei von zehn Seelsorgern sind Frauen, mehr als ein Viertel arbeiten als Chemikerinnen oder Architektinnen, 15 Prozent als Fluglotsen. In technischen Berufen sind Frauen noch immer eine deutliche Minderheit geblieben. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung waren 2011 12,8 Prozent als Ingenieurinnen beschäftigt, davon fast die Hälfte zwischen 35 und 50 Jahre alt. Hier ist also eine ausgeprägte Tendenz zu einer ansteigenden Entwicklung erkennbar. Sehr gering ist der Frauenanteil bei traditionellen männlichen Vorzugsberufen wie Kranführer oder Kfz-Mechaniker (rund 2 %). Das Bild von der Frau, die als Kranführerin in der DDR zum Symbol der Gleichberechtigung in der Berufswelt geworden war, ist Vergangenheit.

Ein besonderer Blick soll Frauen in untypischen Berufen gelten. Erst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das durch die Klage der Elektronikerin Tanja Kreil veranlasst war, ist es Frauen nach einer Änderung des Grundgesetzes

Berufsziel: Ingenieurin

Die Professoren kannten Catharina Ladzinski schon mit Namen, da war sie erst ein Semester an der Universität. Denn in einem Vorlesungssaal voller Männer fällt eine Frau auf. Ladzinski ist 21 Jahre alt und studiert im fünften Semester an der Ruhr-Universität in Bochum Elektrotechnik. In dem Bachelor gibt es außer ihr zurzeit nur noch vier andere Frauen.

Frauen wählen sehr selten technische Studiengänge

Elektrotechnik, Maschinenbau, Informationstechnik – in diesen Studiengängen sind Studentinnen in der Minderheit. Besonders in jungen Jahren ist ihr Interesse an diesen Fächern klein. Laut dem neuen OECD-Bericht plant von den 15-jährigen Jungen in Deutschland rund jeder Zehnte (9,9 Prozent) eine Karriere in den Ingenieurwissenschaften. Bei den Mädchen sind es nur 1,1 Prozent.

Bildungsministerium wirbt um Frauen in den MINT-Fächern

Doch nach dem Schulabschluss ist die Lage eine andere: So war von den Erstsemestern in den Ingenieurwissenschaften 2010 jeder Fünfte (22 Prozent) eine Frau, so das Statistische Bundesamt. Im Vergleich zu 2009 ist das ein Anstieg bei den Erstsemestern von 11 Prozent. „Das Bild wandelt sich also langsam“, sagt Ulrike Struwe, Leiterin von „Komm mach MINT“, einer Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für mehr Frauen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT). Dennoch: Derzeit sei der typische Technikstudent immer noch männlich.

Berufsaussichten sind hervorragend

Dabei bietet das Studium der Ingenieurwissenschaften Frauen viele Vorteile. Da sind zum einen die guten Jobaussichten. „In Deutschland fehlen rund 80.000 Ingenieure“, sagt Lars Funk, Ausbildungsexperte beim Verein Deutscher Ingenieure. Wer heute mit guten Noten von der Universität kommt, könne sich die Stelle in der Regel aussuchen. „Es gibt wirklich eine sehr hohe Zahl an freien Arbeitsplätzen“, bestätigt Struwe.

Gehalt ist überdurchschnittlich

Zudem locken überdurchschnittlich hohe Gehälter. „Ingenieurstjobs sind Karrierejobs“, sagt Struwe. Im Durchschnitt steigen Ingenieure mit einem Jahresgehalt von rund 42.000 Euro ein, so die Vergütungsberatung Personalmarkt. Davon können Beschäftigte in den typischen Frauenberufen wie der Pflege oft nur träumen.

Interesse für Mathematik sollte vorhanden sein

Die guten Berufsaussichten waren auch für Ladzinski ein Argument bei ihrer Berufswahl. Vor allem machen ihr jedoch die Inhalte Spaß. „Ich hatte in der Schule Mathe- und Physik-Leistungskurs“, erzählt sie. Als sie nach einem passenden Studienfach für sich suchte, kam sie daher schnell auf die Technikfächer. „Elektrotechnik ist in den ersten Semestern ganz viel Mathe.“ Wer das nicht könne, sei aufgeschmissen. Zudem gefiel ihr, dass das Studium sehr breit angelegt ist. „Ich kann nach dem Abschluss in der Energiebranche genauso arbeiten wie in der Automobilbranche.“ [...]

Netzwerke helfen bei der Karriereplanung

Struwe rät angehenden Ingenieurwissenschaftlerinnen daher, sich schon an der Hochschule zu vernetzen. Zudem böten viele Hochschulen Kurse speziell für Frauen an. „Netzwerktreffen, Mentorenprogramme oder Rhetorikkurse“, zählt sie auf. Viele Studentinnen ständen diesen Angeboten zunächst zwar skeptisch gegenüber und dächten: „Oh Gott, das ist wieder etwas für Frauen.“ Dennoch rät Struwe dazu. Die Studentinnen sollten diese Karrierehilfen unbedingt annehmen. [...]

dpa, 8. März 2013 www.berlin.de/special/jobs-und-ausbildung/uni-und-studium/studentenleben/2734986-1018135-frauen-im-ingenieurstudium-die-minderheit.html



37

38



38 /Neue Zeichen: Augustdorf 2010 – Hauptmann Ahmed (rechts) und Stabsfeldwebel Holtsträter (links) legen Ulrike Wittig die neuen Schulterklappen an. Als Hauptmann trägt sie nun drei Sterne. Foto: Gerstendorf-Welle

39 /Polizistinnen in Berlin beim Besuch des amerikanischen Präsidenten Barack Obama in Berlin, 19. Juni 2013.

39



(Art. 12a) seit 2001 erlaubt, nicht nur – wie zuvor – zivile Aufgaben und im Sanitätsdienst auch mit militärischem Rang in der Bundeswehr zu übernehmen, sondern Dienst an der Waffe zu leisten.

Anfang 2014 waren rund zehn Prozent von insgesamt 186 000 Bundeswehrangehörigen Frauen. Davon gehörten 7 200 zum Zentralen Sanitätsdienst, 3 400 waren dem Heer, 2 200 der Luftwaffe und 1 300 der Marine zugeordnet. In Einzelfällen sind Frauen bereits zu Kompaniechefs aufgestiegen. Sie können auch in Auslandseinsätzen ihren Auftrag erfüllen. Neue Befragungen haben allerdings gezeigt, dass sich innerhalb der Bundeswehr teils Akzeptanzprobleme ergeben haben. Langfristig soll der Frauenanteil im Trup-

pendienst nach den Plänen der Bundeswehr 15 Prozent erreichen, im Sanitätsdienst werden 50 Prozent angestrebt.

Bei der Polizei ergibt sich für die verschiedenen Ämter, Funktionsbereiche und Organisationsebenen ein stark variierendes Bild, das sich mit Durchschnittszahlen kaum erfassen lässt. Nach Angaben der Deutschen Polizeigewerkschaft ist der Frauenanteil beim Bundeskriminalamt, einer reinen Ermittlungsbehörde, mit mehr als einem Drittel am höchsten, wobei Frauen in Führungspositionen allerdings deutlich unterrepräsentiert bleiben. Bei der Bundespolizei liegt er nur bei rund zwölf Prozent und im Polizeidienst der Bundesländer, wo Risiko und Belastung im Vollzugsdienst besonders zu Buche schlagen, schwanken die Angaben zwischen 15 (Bayern) und fast 30 Prozent (Brandenburg, Sachsen). Insgesamt zeichnet sich aber als Trend ab, dass Frauen auch als Polizistinnen im zunehmenden Maß ein interessantes Berufsziel erblicken.

In Führungspositionen der Wirtschaft sind Frauen immer noch massiv unterrepräsentiert, Nachdem politische Appelle zu einer Änderung der Situation weitgehend folgenlos geblieben sind, hat die Große Koalition schließlich die lange

Frauen in der Bundeswehr

Die Welt: Herr Generalmajor Lidsba, provokativ gefragt, haben Sie heute schon vor einer Frau „stramm gestanden“?

Achim Lidsba: Bei uns steht man nicht stramm, sondern nimmt eine angemessene Haltung an. Das gilt jedem gegenüber.

Die Welt: Ist es ein anderes Gefühl, einer Frau „Meldung zu machen“?

Lidsba: Nein, wir haben seit Jahren eine Bundeskanzlerin, die natürlich auch die Streitkräfte besucht. Das Verteidigungsressort ist genau so ein Ressort wie alle anderen auch. Für mich ist es ganz normal, dass wir jetzt eine Ministerin haben. [...]

Die Welt: Finden Sie es gut, dass mehr Frauen Offiziere werden?

Lidsba: Ja, ich begrüße das, gebe aber zu, dass ich am Anfang Vorbehalte hatte, als ich Truppen führte und die ersten Frauen in der Kampftruppe gesehen habe. Die positiven Auswirkungen auf das Betriebsklima habe ich dann selbst erfahren.

Die Welt: Was für Auswirkungen sind das?

Lidsba: Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Truppe und der Umgangston verbessern sich. Auch danach habe ich nur positive Erfahrungen gemacht, zuletzt, als ich eine Division geführt habe.

Die Welt: Wie viele weibliche Generäle gibt es in der Bundeswehr?

Lidsba: Wir haben eine Generalärztin.

Die Welt: Warum nur eine?

Lidsba: Es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis eine größere Zahl weiterer Frauen in Generalsrängen angekommen ist, weil wir erst 2001 die Laufbahn für alle Truppengattungen und Dienste geöffnet haben. [...]

Die Welt: Könnten Sie sich auch eine Frau an Ihrer Stelle vorstellen?

Lidsba: Ja, glasklar.

Die Welt: Was würde wohl eine Frau anders machen als Sie?

Lidsba: Ich vermute, gar nicht so viel. Weil wir alle durch die gleiche Ausbildung gelaufen sind und hoffentlich die gleichen Vorstellungen von Führungs- und Unternehmenskultur sowie Corporate Identity haben. [...]

Die Welt: Leidet die Kampfkraft, wenn eine Frau das Kommando hat?

Lidsba: Nein, ich wüsste nicht warum. Ich habe als Divisionskommandeur zwei Frauen als Kompaniechefs gehabt. Sie waren genauso durchsetzungsfähig und führungsstark wie ihre männlichen Kameraden.

Die Welt: Männer hören doch aber gar nicht so gern auf Frauen?

Lidsba: Dann verweise ich auf meine tägliche Familiensituation. Wenn ich da richtig liege, hören wir doch ganz gut auf unsere Frauen. Ich jedenfalls versuche es.

Die Welt: Jede zweite Soldatin klagt über sexuelle Belästigungen, ist das nicht gefährlich und schlecht fürs Image?

Lidsba: Wir müssen auch an der Führungsakademie in der Ausbildung unserer Offiziere einen Beitrag dafür leisten, dass diesem Übel entschlossen begegnet wird.

Die Welt: Was ist mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Lidsba: Das ist eine ständige Herausforderung für das System Bundeswehr. Wir haben schon viele Fortschritte gemacht, müssen aber noch besser werden. Ich bin froh, dass die Ministerin diesem Thema große Aufmerksamkeit verschafft hat.

Die Welt: Was tun Sie an der Führungsakademie dafür?

Lidsba: Wir haben hier seit 40 Jahren einen Kindergarten. Sie können zu uns als alleinerziehender Vater oder Mutter kommen und ihr Kind in der Krippe abgeben. Das sind Dinge, die heute erwartet werden.

„Wir wollen den Frauenanteil erhöhen“ Norbert Vojta im Gespräch mit dem Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, in: Die Welt, 18. Februar 2014

40



40 / Kaum zu glauben, das Bild entstand 1994: Die Deutsche Führungselite bei der 100-Jahr-Feier der „Allianz“ in München. Zwei Frauen unter lauter Männern. Foto: Regina Schmeken

41 / „90 Jahre Frauenwahlrecht“ – Festveranstaltung am 26. Januar 2009 im Bundeskanzleramt



41

Frauen in Führungspositionen – Eine ernüchternde Bilanz von 2010

Bis heute sind Frauen (nicht nur) in Führungspositionen in der Wirtschaft unterrepräsentiert. Der derzeit in den Medien und Publikationen gepriesene „Vormarsch qualifizierter Frauen“ entspricht nicht der Wirklichkeit in den Führungspositionen deutscher Unternehmen, weder auf den Leitungsebenen noch in den Aufsichtsräten und Vorständen.

Die aktuellen Hoppenstedt-Daten (2010) zeigen, dass der Anteil der Top-Managerinnen bei großen Unternehmen mit mehr als 20 Millionen Euro Umsatz lediglich 5,9 Prozent beträgt und zwischenzeitlich sogar rückläufig war. Bei Unternehmen mit mehr als einer Milliarde Umsatz liegt der Anteil der Frauen im Top-Management aktuell nur bei 3,5 Prozent. [...]

Je höher die Funktion in einem Unternehmen ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese von einer Frau ausgeübt wird. Entsprechend zeigt sich bei der Besetzung der Aufsichtsräte, dass der Frauenanteil in den Top-200-Unternehmen nur knapp 10 Prozent beträgt. [...]

Obwohl die mangelnde Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen vielfältig empirisch untersucht wurde und Studien sogar eine positive Relation zwischen der Besetzung von Managementpositionen durch Frauen und organisationaler Leistungsfähigkeit nachweisen, stagniert die Entwicklung. Auch die seit neun Jahren existierende freiwillige Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Chancengleichheit hat zu keiner Veränderung der Geschlechterverteilung in Führungspositionen geführt.

Erster Gleichstellungsbericht 2011 (BT-Drucksache 17/6240), S. 133f. u. 153.

kontrovers diskutierte Einführung einer Frauenquote beschlossen. Sie will, wie es der Koalitionsvertrag 2013 festgelegt hat, „Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten in Unternehmen gesetzlich einführen. Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab dem Jahr 2016 neu besetzt werden, sollen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen.“

Margret Suckale war eine der ersten Frauen in Deutschland, die in den Vorstand eines großen Unternehmens aufgerückt ist. Die 1956 in Hamburg geborene Juristin war zunächst als Justiziarin und im Personalmanagement der Mobil Corporation im In- und Ausland tätig, bevor sie 2005 zum Vorstand Personal und Dienstleistungen bei der Deutschen Bahn AG berufen wurde, 2009 wechselte sie als Senior Vice President in einem ähnlichen Aufgabenfeld zur BASF, dessen Vorstand sie seit 2011 angehört.

Gender Pay Gap

Die Verdienstunterschiede, die zwischen Männern und Frauen bestehen, werden als „Gender Pay Gap“ bezeichnet. Dieser kann auf doppelte Weise ermittelt werden. Betrachtet man ihn ohne Berücksichtigung struktureller Unterschiede in den Beschäftigungsverhältnissen von Männern und Frauen, dann ist der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen im letzten Jahrzehnt konstant um 22 Prozent geringer als bei den Männern. Der „unbereinigte“ Gender Pay Gap fällt allerdings im Westen deutlich höher aus als in den ostdeutschen Ländern. Dieser Befund lässt sich aus dem Umstand erklären, dass im Osten der Anteil von Frauen, die höher qualifizierte und besser entlohnte Tätigkeiten ausüben, größer ist als in den alten Bundesländern.

Die bestehende Benachteiligung von Frauen bei der Entlohnung lässt sich realitätsnäher abschätzen, wenn ein „bereinigter“ Gender Pay Gap als Bemessungsgrundlage verwendet wird. Dieser berücksichtigt, dass Männer und Frauen in

unterschiedlichen Branchen, Berufen und Leistungsgruppen beschäftigt sind. Setzt man voraus, dass Männer und Frauen die gleiche Tätigkeit ausüben, über eine vergleichbare Qualifikation verfügen, einer dementsprechenden Leistungsgruppe zugeordnet sind und ähnliche Arbeitsverträge haben, wird vom Statistischen Bundesamt ein bereinigter Verdienstunterschied von sieben Prozent ermittelt (Datenreport 2013, S. 132). Diese Angabe würde das Abstandsmaß dafür darstellen, in welchem Umfang das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ noch nicht verwirklicht ist. Doch wenn man die Benachteiligung erfassen will, muss auch berücksichtigt werden, dass der Aufstieg von Frauen in höhere Positionen und damit verbundene Leistungsgruppen nach wie vor durch eine „gläserne Decke“ behindert wird.

Geschlechterverhältnis in der Karikatur

Die Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf kann nicht nur unter dem Aspekt der Genderpolitik, mit statistischen Daten oder in sozialwissenschaftlicher Perspektive betrachtet, sondern auch mit dem pointierten Zugriff der Karikatur kommentiert werden. Wie sich ein neues Selbstbewusstsein von Frauen mit ironischen Attacken auf den Männlichkeitswahn verbinden lässt, hat Franziska Becker treffsicher ins Bild gesetzt.

In einer liberalen Arztfamilie aufgewachsen, hat sie zunächst eine Berufsausbildung als medizinisch-technische Assistentin absolviert, bevor sie Anfang der 1970er Jahre ein Kunststudium aufnahm, das sie 1976 abschloss. Seit 1973 in der feministischen Bewegung engagiert, hat sie seit Gründung der Frauenzeitschrift „Emma“ ihre zeitkritischen Kommentare zum Geschlechterverhältnis auch in zahlreichen Büchern publiziert, die eine große Popularität erreichten, weil sie treffsicher männliche Vormachtallüren attackiert haben.



42



43

43/Franziska Becker:
Aus: Kursbuch Frauen 1997

42/Franziska Becker:
Der große Sprung nach vorn o. J

44



44 / Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, 20XX. Foto: XX

45 / Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard im Fischhaus, Tübingen 2012. Foto: Bettina Flitner

Karrierewege

Sieht man von der 1906 im ober-schlesischen Kattowitz geborenen Deutsch-Amerikanerin Maria Goepfert-Mayer und der deutschsprachigen Dichterin Nelly Sachs, die 1966 als schwedische Staatsbürgerin den Nobelpreis für Literatur erhielt, ab, ist Christiane Nüsslein-Volhard die erste Frau in Deutschland, die 1995 mit einem Nobelpreis ausgezeichnet worden ist. Maria Goepfert-Mayer war aufgrund von Forschungsleistungen, die sie seit Ende der 1940er Jahre in den USA erbracht hatte, 1963 ein Nobelpreis für Physik verliehen worden, während die 1942 in der Familie eines Architekten geborene Volhard-Nüsslein ihre mikrobiologischen Forschungsarbeiten überwiegend in Tübingen realisiert hat.

Jutta Limbach war die erste Frau, die 1994 Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts wurde. Sie übte dieses Amt bis 2002 aus. 1934 in Berlin geboren, stammt sie aus einer sozialdemokratisch gepräg-

ten Familie. Ihre Großmutter Elfriede Ryneck zählte zu den 37 Frauen (8,8%) der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung, sie wurde 1920 in den Reichstag gewählt und gehörte seit 1924 bis zum Beginn der NS-Diktatur dem Preußischen Landtag an. Als Juristin erlangte Jutta Limbach, ab 1963 als Akademische Rätin im Fachbereich Rechtswissenschaft an der Freien Universität Berlin tätig, dort 1972 eine Professur für Zivilrecht. 1962 in die SPD eingetreten, begann ihre politische Karriere erst im Alter von 55 Jahren, als sie 1989 zur Senatorin für Justiz in Berlin berufen wurde. Nachdem sie aus dem Bundesverfassungsgericht mit 68 Jahren ausgeschieden war, engagierte sie sich sechs Jahre lang als Präsidentin des Goethe-Instituts und leitet seit 2003 auch die „Limbach-Kommission“, die sich mit der Rückgabe von NS-Raubkunst befasst.

Wie sie ihre eindrucksvolle Karriere in Wissenschaft, Politik und gesellschaftlichem Engagement meistern konnte, als die Frauen ihre beruflichen Aufgaben noch weitgehend ohne staatliche Unterstützung bewältigen mussten, zeigt ein Interview mit Herlinde Koelbl, in dem sie auf die Frage: „Sie waren früh in Positionen, als noch nicht so liberal gedacht wurde. Wie haben Sie Arbeit, Ehe und drei Kinder zusammengebracht?“ antwortet: „Wir hatten ein Kindermädchen und den Kindergarten. Ich bin im richtigen Elternhaus groß geworden, wo Frauen immer berufstätig waren, und ich habe den richtigen Mann geheiratet, der sich die Aufgaben mit mir geteilt hat. Er hat sogar mehr geleistet als ich, obwohl er auch voll berufstätig war. Als sich das dritte Kind ankündigte, hatte ich schon eine Krise, aber mein Doktorvater fand es selbstverständlich, dass Frauen Kinder kriegen und arbeiten. Wie häufig habe ich gehört: Wie machen Sie das bloß? Kaum war ich Berliner Senatorin, musste ich lesen, was für ein mütterlicher Typ ich sei. Meine Kinder könnten sich totlachen über dieses Etikett!“ (ZEITmagazin 7/2012, 9. Februar 2012)

Die Nobelpreisträgerin: Christiane Nüsslein-Volhard

Die beiden Lebensinhalte, die Christiane Nüsslein-Volhard in den vergangenen Jahren zu ihren liebsten geworden sind, haben nichts mit Naturforschung und erst recht nicht mit ihrem Nobelpreis zu tun: Ihre Kunst und die Frauenförderung. Auf dem Dorffest von Bebenhausen, dem malerischen Ort mit Schloss und Kloster bei Tübingen, hat sie vor ein paar Wochen vor heimischem Publikum Schubert-Lieder gesungen und war danach in Hochstimmung. Proben und probieren sind zwei Grundtugenden dieser leidenschaftlichen Wissenschaftlerin und geübten Flötistin, der 1995 als erster deutscher Frau der Nobelpreis für Medizin zuerkannt wurde.

Ethikrätin und Nachwuchsförderin

Probieren wollte sie es auch mit der Forschungspolitik in Deutschland: Als eines der ersten Ethikratsmitglieder in den sechs Jahren nach 2001, als der damalige Bundeskanzler Schröder neue biopolitische Weichen zu stellen gedachte, und dann seit 2004 (ohne die aufreibende Kompromiss-Suche in Gremien) mit der Gründung einer eigenen Stiftung zwischen „Wickeltisch und Labor“, wie „Die Zeit“ scherzhaft formulierte: Die Christiane-Nüsslein-Volhard-Stiftung vergibt an begabte junge Wissenschaftlerinnen Zuschüsse für Kinderbetreuung und Haushaltshilfen und will so verhindern, dass weibliche Talente mangels Unterstützung ihre Karriere früh beenden. Damit ist Christiane Nüsslein-Volhard zu einer einflussreichen Frauenförderin geworden in einer Branche, in der für junge Frauen die Luft an der Spitze immer noch so dünn ist wie auf einem Achttausender.
[...]

Weichenstellung in der Kindheit

Grundlagenforschung in der Biologie, das hat sie früh begriffen, braucht neben Kreativität vor allem unbefristete Hingabe. Die Bereitschaft dazu reicht bis in ihre Kindheit zurück. Gebürtig in Magdeburg, aber aufgewachsen und geprägt vor allem in der Heimat der Eltern in Frankfurt am Main, hat sie sich schon in der Schulzeit am Schiller-Gymnasium zur Biologie hingezogen gefühlt – zur organismischen Biologie. Damit sind Lebewesen als Ganzes gemeint, nicht die auf Gene, Enzyme und andere Moleküle reduzierten Organismen. [...] Mit spätestens zwölf Jahren sei in ihr der Berufswunsch Biologin gefestigt gewesen. Dennoch fand sie beim Studium in Frankfurt und Tübingen auf die molekulare Schiene. Diplom- und Doktorarbeit hatten biochemische Vorgänge in der Zelle, etwa das Ablesen der Gene, zum Gegenstand.

Drosophila und ihre Mutanten

Auf diesem Weg fand sie auch zu den beiden Organismen, die ihr wichtigster beruflicher Lebensinhalt werden sollten: die Taufliege *Drosophila* und der Zebrafisch. Zur Initialzündung kam es nachts im Laboratorium, als die Forscherin in einem alten Buch über Entwicklungsbiologie schmökerte. Darin wurde eine Mutante der Taufliege beschrieben, die anstelle von acht Körpersegmenten nur vier besitzt. Sie hoffte, im Fliegenei auf jene genetisch bedingten Vorgänge zu stoßen, die für die wunderbare Entwicklung einer befruchteten Zelle zum fertigen Insekt verantwortlich sind.

Von der Fliege zum Zebrafisch

Nicht nur diese Erwartung hat sich erfüllt, es stellte sich im Zuge ihrer Genstudien sogar heraus, dass der Fliegenembryo in vielerlei Hinsicht stellvertretend für die Embryonen anderer Tiere und auch des Menschen steht [...] Später wurde sie zur Aquarianerin; wechselte zum Zebrafisch, dem Wirbeltier, das viele Eigenschaften als ideales Studienobjekt auf sich vereinigt: klein, hohe Nachkommenzahl, schnelle Entwicklung und nahezu transparente Fischlarven, an denen Genveränderungen leicht verfolgt werden können. Mit jeder der Tausenden Fischmutanten, die Nüsslein-Volhard und ihre Kollegen bis heute generierten, wuchs die Befriedigung der Grundlagenforscherin, aber auch die sichere Ahnung, dass die Sache mit der Natur immer komplizierter zu werden scheint.

Joachim Müller-Jung: Christiane Nüsslein-Volhard, Die Mutter der Mutanten, in: faz.net 20. Oktober 2012; www.faz.net/aktuell/wissen/medizin/christiane-nuesslein-volhard-70-die-mutter-der-mutanten-11925785.html
kann gekürzt werden



Zwei Ingenieurinnen berichten, wie es ist, in einer Männerwelt zu arbeiten

Moniko Greif ist 60 Jahre alt, sie studierte an der TH Darmstadt Maschinenbau. An der Hochschule Rhein-Main baute Greif als Gründungsdekanin den Bereich Ingenieurwissenschaften auf. 2011 wurde sie von Branchenverbänden zu den 25 einflussreichsten Ingenieurinnen Deutschlands gewählt.

Judith Apold ist 31 Jahre alt. Sie arbeitet bei Opel in Rüsselsheim als Ingenieurin für neue Fertigungstechnologien. Sie beschäftigt sich mit der Frage, mit welchen Werkstoffen Autos immer leichter gebaut werden können. Apold studierte an den Universitäten Bochum und Hannover mit den Schwerpunkten Fertigungstechnik und Medizintechnik.

[...]

ZEIT: Wie kommt man als Frau auf die Idee, Maschinenbau zu studieren?

Apold: Ich dachte nach der Schule, ich mach einfach das, was ich besonders gut kann, und das waren Physik und Mathe.

Greif: Ich war in der Schule in allem gut außer in Sport und Musik, wäre aber zum Beispiel nie auf die Idee gekommen, eine Sprache zu studieren. Ich fand nach einem Praktikum am Maschinenbau faszinierend, dass ich an der Herstellung eines realen Produkts mitarbeite.

ZEIT: Wie reagierten Eltern und Freunde auf den Berufswunsch?

Greif: Ich war die Erste in unserer Familie, die Abitur gemacht hat. Mir kam der Bildungsaufbruch Ende der sechziger Jahre sehr entgegen, es gab damals diese Stimmung: Es ist alles möglich. Du kannst alles werden. [...]

Apold: Meine Eltern sind keine Naturwissenschaftler oder Techniker. Ich bin mit zwei Brüdern aufgewachsen. Bei uns spielten alle mit Puppen und alle mit Lego. Ich wollte immer wissen, wie die Dinge genau funktionieren. Die Sendung mit der Maus habe ich nie versäumt. Am besten fand ich die kleinen Filme, die zeigten, wie bestimmte Produkte hergestellt wurden.

ZEIT: Wie wurden Sie in der Schule unterstützt?

Apold: Ich habe in der Schule nie erlebt, dass ich als Mädchen Nachteile hatte. Ich hatte Physik als Leistungskurs. Da war ich nur mit zwei anderen Mädchen drin, das war zwar auffällig, aber die Lehrer haben das nie zum Thema gemacht. Außerdem gab es bei uns an der Schule richtigen Handwerksunterricht. Wir hatten eine Schlosserwerkstatt und absolvierten dort quasi die Inhalte des ersten Jahres einer Schlosserlehre. Da war es zum Maschinenbau nicht mehr so weit.

Greif: Das ist natürlich ein Traum, solche Möglichkeiten zu haben. Ich ging auf ein Mädchengymnasium, aber in eine mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse mit sehr guten Lehrern. Von den Jungs außerhalb der Schule musste ich mir trotzdem anhören: Was kann man denn auf einer Mädchenschule schon lernen? [...]

ZEIT: Wann haben Sie sich zum ersten Mal als Exotinnen gefühlt?

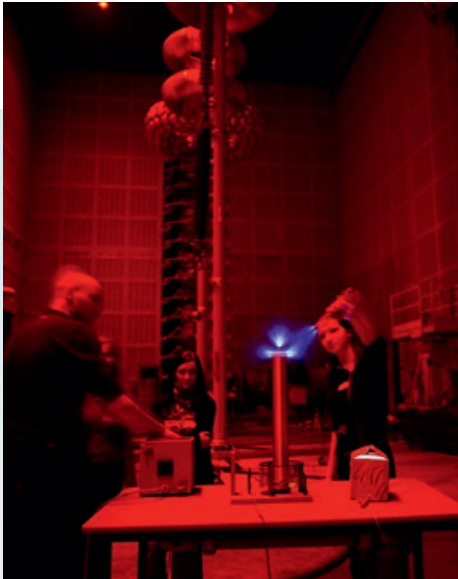
Apold: Als ich in Bochum mit dem Studium anfang, da waren wir unter 10 Prozent Frauen in meinem Semester. Der Lehrkörper bestand nur aus Männern, und die Professoren begrüßten uns mit: „Guten Morgen, meine Herren“. Manchmal schauten sie dann zu uns und fügten ein „... ach ja, und meine Damen“ hinzu.

Greif: Solche Sprüche musste ich mir auch anhören. An der TU Darmstadt waren wir unter tausend Studenten fünf Frauen. Ich weiß noch, wie froh ich war, als ich vor meiner ersten Vorlesung eine Frau vor dem Hörsaal stehen sah. [...]

ZEIT: Das Ingenieurstudium absolviert nur jeder zweite Student bis zum Ende. Die Abbrecherquoten sind seit Jahren in der Diskussion. Gleichzeitig ringt man darum, den Frauenanteil in diesen Fächern zu erhöhen. Was müsste sich Ihrer Meinung nach ändern?

Apold: Das Wichtigste wären für mich mehr Vorbilder, also Frauen als Professorinnen, aber auch in der Schule als Lehrerinnen in den naturwissenschaftlichen Fächern. [...]

46



46 / Im Hochspannungslabor der Technischen Universität Berlin, 2005. Foto: Futh/laif

47



47 / Moniko Greif(l.) und Jutta Apold (r.), 2013. Foto: Markus Hintzen

48



48 / Präsentation von Greifarmen und Robotertechnologie auf der Hannover-Messe, 2011. Foto: Franz Bischof/laif

ZEIT: Gewöhnt man sich als Frau in einem Männerberuf irgendwann unbewusst an, den Geschlechterunterschied zu unterdrücken, um bloß nicht aufzufallen?

Apold: Den Geschlechterunterschied kann ich natürlich nicht verleugnen. Ich habe eher die Utopie, dass es im Umgang miteinander keine Rolle spielen sollte, ob ich Mann oder Frau bin. Dass irgendwann keiner mehr fragt, sich niemand mehr wundert und solche Interviews, wie dieses, unnötig werden.

ZEIT: Ihnen wäre es lieber, die Mann-Frau-Debatte so klein wie möglich zu halten?

Apold: Ja, denn ich selbst fühle mich ja gar nicht als Exotin. Für mich ist das, was ich mache, nichts Besonderes. Ich mache das, was ich gut kann und was mir Spaß macht. Nur habe ich das Problem, dass ich ständig darauf angesprochen werde, eine Frau zu sein. Wenn wir geschäftliche Meetings haben, sagen die Männer ganz oft hinterher zu mir: Jetzt warst du mal wieder die einzige Frau! Mir fällt das gar nicht mehr auf. [...]

ZEIT: Gilt in den Ingenieurberufen noch viel mehr die Devise: Mit jedem Karriereschritt werden es weniger Frauen ...?

Greif: Im Ingenieurberuf war es früher einfach so, dass die Strukturen rein auf Männer zugeschnitten waren. Dass Frauen, wenn sie ein Kind bekamen, zwei, drei Jahre aus dem Beruf ausscheiden, war überhaupt nicht vorgesehen. Wenn ich mir meine Generation ansehe oder Ingenieurinnen, die 10, 20 Jahre älter sind – die waren alle draußen aus der Firma, sobald die Kinder kamen, und konnten nur als Selbstständige arbeiten.

Apold: Ich glaube, da sind wir heute schon einen ganzen Schritt weiter. Meine Chefin ist mit zwei Kindern voll berufstätig. Damit gehört sie zu jenen Vorbildern, nach denen ich gesucht habe. Sie zeigt mir, dass es funktionieren kann. Allerdings ist es überhaupt nicht selbstverständlich, dass man als Frau den nächsten Karriereschritt auch zugetraut bekommt.

„Meine Herren ...!“ Interview: Jeanette Otto Erst mal klarmachen, dass man nicht die Sekretärin ist.

Zwei Ingenieurinnen berichten, wie es ist, in einer Männerwelt zu arbeiten, in: Die Zeit, 11. April 2013, S. 71 – 72.

49/Die Theologin Margot Käßmann predigt am Friedensfest 2012 in der Ulrichsbasilika Augsburg, mit dem an den Religionsfrieden gedacht wird. Foto: Stefan Puchner dpa/lby

50/Ingrid Matthäus-Maier, Mitglied des Vorstands der Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2001. Foto: ddp images.



Die konsequente Bischöfin

Sieben Jahre nach der ersten deutschen evangelischen Bischöfin Maria Jepsen in Hamburg wurde Margot Käßmann 1999 Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers. 2009 übernahm sie zusätzlich den Ratsvorsitz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und avancierte rasch zur wohl populärsten Frau im religiösen Leben Deutschlands. Käßmanns spektakulärer freiwilliger Rücktritt von ihren Ämtern nach einem Alkoholdelikt am Steuer erregte Aufsehen und erwarb ihr neuen Respekt.

Margot Käßmann, 1958 geboren, war nach ihrem Theologiestudium zunächst als Pfarrerin tätig. Schon früh übernahm sie auch exponierte Funktionen, bereits seit 1983 als Mitglied im weltweiten „Ökumenischen Rat der Kirchen“ und ab 1995 auch als Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, bis sie zur Bischöfin gewählt wurde. Besonderes Aufsehen erregte die erfolgreiche Buchautorin mit ihrer Predigt am Neujahrstag 2000 in der Dresdner Frauenkirche, in der sie ihr friedenspolitisches Engagement pointiert bekannt hat: „Nichts ist gut in Afghanistan. All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, dass Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Das wissen die

Menschen in Dresden besonders gut! Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufgehen und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen. Manche finden das naiv. Ein Bundeswehroffizier schrieb mir, etwas zynisch, ich meinte wohl, ich könnte mit weiblichem Charme Taliban vom Frieden überzeugen. Ich bin nicht naiv. Aber Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan. Wir brauchen mehr Fantasie für den Frieden, für ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen.“ Ende April 2012 hat ihr der Rat der EKD die Funktion einer „Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017“ übertragen.

Drei Berufsleben

Die im Jahr des Kriegsendes geborene Juristin Ingrid Matthäus-Maier wurde bei den Jungdemokraten 1972 erste weibliche Vorsitzende eines politischen Jugendverbandes. Ihre politische Karriere begann 1976 als Bundestagsabgeordnete der sozialliberal orientierten FDP, nach dem Koalitionswechsel der Partei war sie von 1983 bis 1999 Mitglied der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages. In

diesem Jahr wird sie Bankmanagerin und übernimmt einen Vorstandsposten bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), von 2006 bis 2008 ist sie Vorstandssprecherin der KfW-Bankengruppe. Als frühes Mitglied der „Humanistischen Union“ engagiert sie sich in der Giordano-Bruno-Stiftung für einen aufgeklärten atheistischen Humanismus und gegen jede Form religiöser Diskriminierung. „Ziel der Stiftung ist es, eine tragfähige säkulare Alternative zu den bestehenden Religionen zu entwickeln und ihr gesellschaftlich zum Durchbruch zu verhelfen.“

Die Managerin und Netzwerkerin

Als die Mauer fiel, war sie 21 Jahre. Anke Domscheit-Berg, Tochter eines Arztes und einer Kunsthistorikerin aus Brandenburg,

hatte zwei Jahr zuvor nach ihrem Abitur ein Studium für angewandte Kunst und Textilgestaltung begonnen. Nach der „Wende“ hat sie sich im vereinten Deutschland neu erfunden. Sie absolvierte ein Studium in International Business Administration, das sie 1996 abschloss, arbeitete anschließend als Unternehmensberaterin und engagierte sich als Netzwerkerin für Frauen in Führungspositionen. In einem globalen IT-Unternehmen und einer renommierten internationalen Beratungsfirma machte sie Karriere, zeitweilig als alleinerziehende Mutter eines Sohnes. Seit 2012 war sie auch politisch aktiv und hat 2014 ihr Buch „Mauern einreißen“ veröffentlicht – ein entschiedenes Plädoyer für die Gleichstellung der Frauen in allen Lebensbereichen und auf allen Führungsebenen.

Ingrid Matthäus-Maier: Rückblick 2008

Ich habe drei Berufsleben: Das erste als Richterin, das war aber relativ kurz, denn schon 1976 bin ich als damals jüngste Frau in den Deutschen Bundestag, und mein zweites Leben begann. Seit neun Jahren bin ich nun im Vorstand der KfW. Frauen müssen sich selbstbewusst durchkämpfen. Und sie müssen bereit sein, in Bereiche und Positionen zu gehen, wo die Luft dünner wird, wo Konflikte ausgetragen werden und das grundsätzlich positive Streben nach Harmonie und Ausgleich auch schon mal durch harte Auseinandersetzung ersetzt werden muss.

Während meiner Zeit im Bundestag wurden unsere beiden Kinder geboren. Dies war neu, denn bis dahin galt: Entweder kriegt man keine Kinder als Abgeordnete, oder, wie das so schön hieß, „man ist aus dem Gröbsten raus“, also die Kinder sind schon erwachsen. Das erforderte große Selbstdisziplin. Mein Mann hat dann, nach der Geburt unseres zweiten Kindes, seine Berufstätigkeit als Mathematiker erst unterbrochen und dann ganz aufgegeben. Er wäre heute wahrscheinlich Professor für Mathematik. Dies für die Familie, für den Beruf der Frau und für unser politisches Ziel aufzugeben – das war schon ein sehr großes Opfer.

Obwohl ich eine sehr engagierte Mutter bin, passt Mütterlichkeit im Job nicht zu mir. Auch mit Sanftheit hat mich noch nie jemand in Verbindung gebracht, wohl aber mit Teamgeist – damals als Richterin, in der Politik sowieso und auch in der Bank mit fünf anderen Kollegen im Vorstand.

Spiegel Spezial 1 2008, S. 51



50

Im Porträt: Anke Domscheit-Berg 2011

Es ist keiner der Sprünge, von denen sie schon so viele in ihrem Leben gemacht hat. Eher ein Schritt, klein und konsequent. Anke Domscheit-Berg war ein Aushängeschild für die Frauenfreundlichkeit des Softwarekonzerns Microsoft. Nun verlässt die 43-Jährige das Unternehmen nach drei Jahren, um ihren eigenen Weg zu gehen. Als Beraterin in Sachen Frauenförderung macht sie sich selbständig. Um mehr Zeit zu haben, wie sie sagt, für das, was sie umtreibt – und wofür sie bislang Urlaub nahm. Vor gut zehn Jahren, als sie selbst feststellte, dass die gläserne Decke hart wie Beton ist, hat sie angefangen, nach Argumenten zu suchen.

Bei McKinsey, wo sie damals eigentlich Firmen zum Einsatz von Informationstechnologie beriet, hat sie eine der ersten Studien über den wirtschaftlichen Mehrwert von Frauen in Führungspositionen angestoßen. „Ich wollte, dass das von einer Institution kommt, auf die Manager hören – und nicht von irgendwelchen Lilabelatzhosten.“ Sie spricht auf Konferenzen, hat Hunderte von Managerinnen geschult, bei Bosch, der Commerzbank oder Fraport.

Frauen empfiehlt sie, auf den Konjunktiv zu verzichten. Chefs sagt sie, dass die Frage einer Mitarbeiterin „Kann ich das denn?“ nicht automatisch heißt, dass sie den neuen Job nicht schafft – nur weil all die männlichen Kollegen sonst stets auf ein Aufstiegsangebot „Na klar!“ entgegenen. Ausführlich spricht sie über wissenschaftliche Studien – und über die persönlichen Erlebnisse, die ihr Frauen anvertraut haben. Nebenbei zählt sie die Hustensafttropfen für ihren Sohn ab, der am Tag zuvor mit Fieber aus der Schule kam.

Bei Microsoft war Domscheit-Berg für den Kontakt zu öffentlichen Verwaltungen zuständig. Wie sich Behörden den Bürgern öffnen, ist die andere Frage, die sie umtreibt. Open Government, wie das im Netzjargon heißt. Auch dafür möchte sie mehr Zeit haben, wenn sie ihre Antwort auch schon gefunden hat: „Die Ämter haben gar keine andere Wahl. Es geht nur noch darum, ob und wie sie an dem Prozess gestalterisch beteiligt sind.“ Konflikte wie der um das Bahnprojekt Stuttgart 21 ließen sich vermeiden, wenn Planungen im Netz offengelegt und die Menschen sich dort einbringen könnten.

51



Inzwischen sorgt ihr Name aber noch aus einem anderen Grund für Aufmerksamkeit. Seit dem vergangenen Sommer ist sie mit Daniel Domscheit-Berg verheiratet – dem ehemaligen Sprecher der Enthüllungsplattform Wikileaks, der nach einem Streit mit Gründer Julian Assange nun die alternative Web-Plattform Openleaks aufbaut. Einen Konflikt mit ihrer Tätigkeit sieht sie nicht. Beiden gehe es um Transparenz. Sie plädiert dafür, dass der Staat sich öffnet, seine Bürger einbindet, für Vertrauen wirbt. Sie selbst setzt auf das Vertrauen bei den IT-Verantwortlichen in der öffentlichen Verwaltung, die sie viel länger kennen als ihren Mann.

Varinia Bernau: Mrs. Microsoft wagt den Absprung,
in: Süddeutsche Zeitung, 28. Februar 2011

51 / Anke Domscheit-Berg, Berlin, 2011.

52 / Magdalena Götz, Neuherberg,
30. April 2008. Foto: Bettina Flitner



Magdalena Götz

Dass sie vor langwierigen Anstrengungen nicht zurückschreckt, hat Magdalena Götz bereits bewiesen, als sie vor Jahren zu Fuß die Alpen überquert hat, von München nach Venedig, mit Wanderschuhen und Rucksack. Diese Hartnäckigkeit benötigt sie auch in ihrer wissenschaftlichen Arbeit, denn sie ist auf einem Gebiet tätig, in dem heute erst die Grundlagen erforscht werden: Sie und ihr Team beschäftigen sich mit der Frage, wie man Nervenzellen wieder ersetzen kann, wenn sie durch Verletzungen oder Krankheiten zerstört wurden. Damit ist Magdalena Götz eine Hoffnungsträgerin für Alzheimer- und Parkinsonpatienten, aber auch für Querschnittsgelähmte oder Schlaganfall-Geschädigte.

Als Direktorin des Instituts für Stammzellforschung am Helmholtz Zentrum München und Inhaberin des Lehrstuhls für Physiologische Genomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München hat ihre Stimme heute in der internationalen Forschergemeinschaft großes Gewicht. Dieses Ansehen musste sie sich erkämpfen, denn im Jahr 2000 entdeckte sie ein Phänomen, das ihre Fachkollegen bis dahin für unmöglich gehalten hatten: Man war immer davon ausgegangen, dass Gehirnschubstanz aus zwei Arten von Zellen besteht, den Nervenzellen oder Neuronen, die die Reizleitung besorgen, und den Gliazellen, denen man lediglich eine Stütz- und Ernährungsfunktion zuschrieb. Magdalena Götz konnte zeigen, dass Gliazellen während der Entwicklung des Gehirns Stammzellen sind, aus denen sich alle möglichen unterschiedlichen Zellarten entwickeln – auch die Nervenzellen des Gehirns.

Als sie ihre Erkenntnisse in jenem Jahr auf einer Tagung in den USA zum ersten Mal vortrug, war die Skepsis groß, es gab sogar regelrechte Anfeindungen. Erst ganz allmählich gelang es auch anderen Forschergruppen, die neuen Resultate zu erhärten, und inzwischen sind die Zweifel geschwunden. Magdalena Götz erhielt im Jahr 2007 den höchstdotierten Wissenschaftspreis in Deutschland, den Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preis.

www.helmholtz-muenchen.de/forschung/forschungsexzellenz/forscherportraits/prof-dr-magdalena-goetz/index.html

53



Frauen in den Medien

Die erste Frau, die sich in der Bundesrepublik eine einzigartige Position als Publizistin erwerben konnte, ist Marion Gräfin Dönhoff. Sie wurde 1909 als Tochter eines Gutsbesitzers, der Mitglied des Preußischen Herrenhauses und später auch Reichstagsabgeordneter war, geboren. Ihr Volkswirtschaftsstudium beginnt sie in Frankfurt ein Jahr vor der Machtübernahme Hitlers und wird dort wegen ihrer strikten Ablehnung der NS-Politik und ihres Interesses für Karl Marx als „rote Gräfin“ bekannt. Ihr Studium beendet sie 1935 in Basel mit einer Promotion und übernimmt später selbstständig die Verwaltung des Familiengutes. Während des Krieges hat sie Kontakt zu verschiedenen Personen aus der späteren Widerstandsgruppe um Claus Graf von Stauffenberg. Im Januar 1945 muss sie ihr Gut, auf ihrem Pferd einen

Treck anführend, verlassen und in den Westen fliehen. 1946 beginnt sie ihre journalistische Tätigkeit zunächst u. a. als freie Mitarbeiterin der „Zeit“.

1952 übernimmt Marion Gräfin Dönhoff die Leitung des Politik-Ressort der Hamburger Wochenzeitung, die sie kurzzeitig aus Protest gegen den damaligen konservativen Chefredakteur Richard Tüngel verlässt, um bei der Londoner Sonntagszeitung „The Observer“ zu arbeiten. Nach ihrer Rückkehr zur „Zeit“ erhält sie nach der Entlassung Tüngels neben ihrer alten Funktion die Position der stellvertretenden Chefredakteurin und hat maßgeblichen Anteil an der liberalen Neuausrichtung des Blattes unter dem Verleger und „Zeit“-Herausgeber Gerd Bucerius. Sie beeindruckt besonders durch die Unabhängigkeit ihres Urteils und erlangt mit ihren beiden ersten von insgesamt 20 Büchern „Namen, die keiner mehr kennt: Ostpreußen, Menschen und Geschichte“ (1962), und dem gemeinsamen Report von drei „Zeit“-Redakteuren „Reise in ein fernes Land – Wirtschaft und Politik in der DDR“ (1964) breite öffentliche Resonanz. 1968 wird Gräfin Dönhoff Chefredakteurin der „Zeit“, ab 1972 ist sie vier Jahrzehnte lang bis zu ihrem Tod eine der Herausgeberinnen der Hamburger Wochenzeitung, die sich immer wieder mutig und entschieden zu Wort meldet. Sie plädierte bereits in den 1960er Jahren engagiert für eine Politik der Verständigung mit Polen und eine neue Deutschland- und Ostpolitik und erhielt dafür 1971 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. International in Ost und West gleichermaßen hoch geschätzt und mit zahlreichen Preisen gewürdigt, stirbt sie 2002 im Alter von 92 Jahren.

Im Hörfunk zählt Carola Stern zu den ersten Frauen, die einen nachhaltigen öffentlichen Einfluss gewinnen konnten. Von 1970 bis 1985 war sie Redakteurin und Kommentatorin in der Hauptabteilung Politik beim WDR. Ihre Lebensgeschichte als Erika Assmus ist eng mit der Geschichte der deutschen Teilung verbunden, die sie mutig und engagiert begleitet hat. Auf der Ostsee-

54



53/ Marion Gräfin Dönhoff im Gespräch mit Indira Gandhi, Hamburg 1971. Indira Gandhi, Tochter Nehrus, war seit Januar 1966 indische Premierministerin. In ein solches Amt war weltweit zuvor nur Sirimavo Bandaranaike als Witwe ihres Mannes 1960 in Sri Lanka gelangt, nach ihr 1969 Golda Meir als Ministerpräsidentin Israels

54/ Carola Stern, 24. September 1998.

55/ Am 12. Mai 1971 gab es im deutschen Fernsehen eine Sensation: Die damals 30-jährige Journalistin Wibke Bruhns verlas als erste Frau eine Nachrichtensendung. Foto: dpa

56/ Dagmar Berghoff, 1995–1999 Chefsprecherin der ARD Nachrichtensendung. Foto: ARD/dpa

insel Usedom 1925 geboren, wird sie als Tochter einer überzeugten Nationalsozialistin Jungmädels-Gruppenführerin im BDM. Nach Kriegsende tritt die von der NS-Diktatur desillusionierte junge Frau, die in Verbindung mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA steht, früh in die FDJ ein und wird als Mitglied der SED schließlich Dozentin an der Parteihochschule. Im Juni 1951 flüchtet sie nach West-Berlin. Dort studiert sie Politik und publiziert seit Mitte des Jahrzehnts ihre ersten Studien zur SED, denen 1964 eine Biografie Walter Ulbrichts folgt. Aus Vorsicht gegenüber den Nachstellungen der DDR-Staatsicherheit nimmt sie den Namen Stern an, abgeleitet aus ihren frühen anonym erschienenen Artikeln zur Situation in der seinerzeit im Westen durchweg noch als SBZ bezeichneten DDR. Ein Jahrzehnt lang prägt sie das Sachbuchprogramm des Kölner Verlages Kiepenheuer & Witsch, bevor sie 1971 zum WDR wechselt und dort eine einflussreiche Karriere startet. Sie engagiert sich vielfältig politisch, zählt 1961 zu den Mitgründern der westdeutschen Sektion von amnesty international, unterstützt Willy Brandts Deutschland- und Ostpolitik und wird nach dem Scheitern des Prager Frühlings Mitherausgeberin der internationalen Zeitschrift L '76, die den unterdrückten osteuropäischen Intellektuellen ein publizistisches Forum und politische Unterstützung bieten wollte.

Am Beginn dieses Jahrtausends hat sie – nun 75 Jahre alt – ihre Autobiografie „Doppelleben“ vorgelegt und in den Anfangssätzen ihr Leben resümiert: „Wer bin ich? Eine, die fast so viele Namen wie Berufe hatte! Als Landarbeiterin auf dem Eichsfeld und Lehrerin im Märkischen lernten mich die Leute kennen, als Bibliothekarin eines Raketenforschungsinstituts im Südharz und Funktionärin in Potsdam und Kleinmachnow, als Studentin, Assistentin und Journalistin anschließend in West-Berlin. In Köln gehörte ich zu den Verlagslektoren, den Gründern einer Zeitschrift und verbrachte meine glücklichsten Berufsjahre im WDR.

Geschrieben habe ich immer, aber erst als Rentnerin beschloß ich, Schriftstellerin zu werden.“ Als freie Autorin hat sie seit 1986 eindrucksvolle Porträts unabhängiger Frauen wie Dorothea Schlegel, Rahel Varnhagen, Fritzi Massary verfasst, aber auch die politisch außergewöhnliche „amour fou“ der amerikanischen Tänzerin Isadora Duncan mit dem russischen Poeten Sergej Jessenin beschrieben sowie die schwierigen Beziehungen zwischen Helene Weigel mit Bertolt Brecht oder Marianne Hoppe mit Gustaf Gründgens eingekreist.

Frauen mussten lange warten, bis sie im Fernsehen einen exponierten Platz erobern konnten. Es dauerte 20 Jahre, bis Wibke Bruhns, damals 37 Jahre alt, 1972 als erste Nachrichtensprecherin in einem deutschen Fernsehprogramm (ZDF) auf dem Bildschirm erscheinen durfte, noch vier Jahre später folgte in der ARD Dagmar Berghoff als Sprecherin der Tagesschau.

Erst Ende der 1970er Jahre kamen Barbara Dieckmann als Moderatorin bei den Tagesthemen und Ingeborg Wurster im heute-journal zum Einsatz. Ab 1987 moderierte Sabine Christiansen ein Jahrzehnt lang die Tagesthemen. Von 1998 bis 2007 prägte sie am Sonntagabend die nach ihr benannte Talkrunde. Ihr folgten als Moderatorinnen Sandra Maischberger,



55



56





58



59

Anne Will und Maybrit Illner. Sie wurden Mitte der 1960er Jahre geboren und rückten erst seit dem Jahr 2000 in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit. Zu diesem Zeitpunkt startete Maischberger ihre Interviewsendung „Menschen des Tages“ zunächst bei dem Spartensender n-tv: Seit 2003 ist sie wöchentlich in der ARD mit „Menschen bei Maischberger“ präsent.

Anne Will übernahm 2001 die Moderation der Tagesthemen und initiierte 2007 ihre eigene politische Talkrunde. Im gleichen Jahr gab sie auch ihre Lebenspartnerschaft mit der renommierten Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel öffentlich bekannt. In einem „Das starke Geschlecht“ präsentierenden Spiegel Spezial bekannte sie 2008 ebenso treffend wie selbstbewusst: „Wenn eine Frau Erfolg hat, sagt sie, das sei allein Glück und glücklichen Umständen zu danken. Das machen Männer nicht. Die sagen: Es lag an meiner Kompetenz und meinem Talent. Ich achte inzwischen sehr darauf: Ich hab nicht nur Glück, ich kann auch was.“ (›Nr 1, S. 47)

Die in Ost-Berlin geborene Maybrit Illner hatte noch in der DDR ihr Journalistikstudium absolviert und 1988 als Sportjournalistin und Auslandsredakteurin beim DDR-Fernsehen begonnen. 1992 startete sie ihre Karriere beim ZDF und übernahm dort im Oktober 1999 die Diskussionsrunde „Berlin Mitte“, die seit 2007 unter ihrem eigenen Namen ausgestrahlt wird. Aufschlussreich ist, dass sich diese drei Karrieren nahezu zeitlich synchron entwickelt haben, so dass sich ein wechselseitiger Verstärkereffekt vermuten lässt.

In den Medien besteht auch weiter Nachholbedarf. Erst im neuen Jahrtausend wurde Dagmar Reim im Mai 2003 die erste Frau an der Spitze einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt, der von 2007 bis 2013 Monika Piel als Intendantin des Westdeutschen Rundfunks folgte. Im ZDF gab es bisher noch keine Frau an der Spitze des Senders, erst im Januar 2014 rückte eine Frau, Karin Brieden, als Verwaltungsdirektorin auf die zweite Führungsebene vor.



60

57 / Caren Miosga wenige Minuten vor Beginn der Tagesthemen im Sendestudio, Blick durch den Regieraum, Hamburg, 10. Mai 2013.
Copyright Julian Roeder/OSTKREUZ

58 / Die Moderatorin, Journalistin, Produzentin und Autorin Sandra Maischberger in ihrem Büro, 17. Januar 2014.
Foto: Regina Schmeken

59 / Anne Will (r.) und ihre Lebenspartnerin, die Medienwissenschaftlerin Miriam Meckel, bei einem Konzert in der Berliner Philharmonie, 2004. Foto: Fritz Reiss

60 / ZDF-Sendung „Berlin Mitte“: Quotenstreit – ist Dein Boss morgen 'ne Frau?, Berlin, 10. Februar 2011. auf dem Bild (v. l. n. r.) Maybrit Illner, Kristina Schröder, Michael Rogowski, Unternehmer und von 2001–2004 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, und Kathrin Henneberger, 2008–2009 Sprecherin der Grünen Jugend, Foto: ZDF/Svea Pietschmann

61

61 / Ulrich Deppendorf (Leiter ARD Hauptstadtstudio), Dagmar Reim (Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg) und Volker Herres (ARD Programmdirektor), 7. November 2013.

62 / Karen Duve im Berliner Galiani-Verlagshaus, 5. Oktober 2012.
Foto: Martin Lengemann/laif

Karen Duve brach nach ihrem Abitur eine Ausbildung zur Steuerinspektorin ab und arbeitete anschließend viele Jahre als Taxifahrerin und Korrektorin einer Zeitschrift, bis sie 1995 ihre Karriere als erfolgreiche freie Schriftstellerin begann. Seit 2010 ist sie auch durch ihr Engagement für eine strikt vegane Lebensweise bekannt geworden.



62



Der erste Blick auf solche eindrucksvollen Erfolgswege kann leicht zu der falschen Schlussfolgerung führen, die Gleichstellung von Frauen in den Medien sei bereits weit vorangeschritten. Der Mitherausgeber der FAZ, Frank Schirrmacher ging im Feuilleton dieser Zeitung im Sommer 2003 sogar noch einen Schritt weiter, als er alarmistisch eine „Männerdämmerung“ in der Medienlandschaft konstatierte. Er hat damit den ersten Akt für ein Drama geschrieben, das eine kontrastierende Fortsetzung gefunden hat und bis heute nicht abgeschlossen ist.

Die Schriftstellerin Karen Duve, mit dem Geburtsjahr 1961 nur zwei Jahre jünger als die um den Einflussverlust der Männer besorgte maskuline Cassandra des FAZ-Feuilletons, sieht in solchen Kommentaren eine Gefahr regressiver Entwicklungen, wenn Frauen auf ihre berechtigten Ansprüchen verzichten und sich nicht gegen dünkelfhafte Herabsetzung wehren.

Ende Februar 2012 gründete sich die Initiative „Pro Quote“. So stellte ihre Vorsitzende Annette Bruhns die aktuelle Situation dar: „Gerade einmal zwei Prozent der Chefredakteurinnen deutscher Zeitungen sind Frauen. 18 Prozent sind es im Fernsehen, 22 Prozent bei den Online-Medien. Nicht mal jeder fünfte Chefredakteur ist also eine Frau: Das ist kein Zeichen aufgeklärter Meinungsmache, sondern öde Einfalt.“ (ZEIT ONLINE, 7. September 2013) Rund 350 Journalistinnen – unter ihnen Wibke Bruhns, Sabine Christiansen, Sandra Maischberger, Sonia Mikich und Anne Will, aber auch männliche Unterstützer wie der WDR-Fernsehdirektor Jörg Schönenborn oder der Autor und Blogger Sascha Lobo – wendeten sich „in einer Guerilla-Aktion“ an die Chefredakteure und Verleger der Medien und forderten, in den nächsten fünf Jahren mindestens 30 Prozent aller Führungspositionen mit Frauen zu besetzen.

Frank Schirrmacher beklagt eine „Männerdämmerung“

Das politische Leben der Bundesrepublik Deutschland wird zwar noch immer vorwiegend von Männern kommentiert, aber von Frauen kommuniziert. In dem Maße, in dem politische Meinungsbildung diskursiv geworden ist, haben die Fernsehsender Frauen zu „Gastgebern“ des politischen Prozesses gemacht. Sabine Christiansen, Sandra Maischberger, Maybrit Illner, Anne Will und Marietta Slomka sind ohne Zweifel die einflussreichsten politischen Vermittlungsinstanzen des Fernsehens. Man muß nicht Feminist sein, um in dieser noch vor Jahren unglaublich erscheinenden Erfolgsgeschichte eine bewußte Entscheidung der Gesellschaft zu sehen. Sie ist offensichtlich im Begriff, die Macht neu zu verteilen, weil sich nicht nur die Diskurse, sondern auch die Anforderungen an die Vermittler verändern. Diese Operation ist sehr viel umfassender als bislang bekannt. Die entscheidenden Produktionsmittel zur Massen- und Bewußtseinsbildung in Deutschland liegen mittlerweile in der Hand von Frauen. [...]

Der größte Fernsehbetreiber Europas, der größte Magazinverlag, der größte Buchverlag der Welt, einer der fünf größten Musikkonzerne der Welt, kurzum: der Bertelsmann-Konzern untersteht längst dem Willen einer Frau, Liz Mohns[...] Der größte Zeitungsverlag Europas gehört Friede Springer, die mit äußerster Konsequenz und Entschiedenheit über Jahre hinweg ihre Macht konsolidiert hat. [...]

Eine solche Akkumulation weiblicher Macht ist noch nicht dagewesen in der Geschichte des Landes, das einst als „vaterlose Gesellschaft“ begann. [...]. Die Patriarchen verdämmern, und die Nachfrage nach ihnen sinkt. Frauen übernehmen die Vermittlung und sogar die Macht in einer zerfallenden Gesellschaft.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juli 2003, S. 33

Karen Duve attackiert „Vorherrschaft der Feminismus-Feinde“

Das einstige Wohlwollen hat sich in etwas Hartes und Hässliches verwandelt, seit einige der begehrtesten und prestigeträchtigen Posten im Kultur- und Medienbetrieb mit Frauen besetzt sind. Bertelsmann, Springer, Suhrkamp – in Frauenhand. [...]

Frauen erfolgreich in mächtigen Positionen, das ist kein Grund, die Korken knallen zu lassen, sondern ein Indiz für den Zerfall einer Gesellschaft, befand Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der FAZ, vor drei Jahren und widmet sich seitdem der Wiederentdeckung traditioneller Werte wie zum Beispiel großen Kindersegen, der es zufällig traditionell an sich hat, einer weiblichen Karriere im Wege zu stehen. Wenn Frank Schirrmacher, auf die ehemaligen Berufe von Liz Mohn, Friede Springer, Ulla Berkéwicz und Sabine Christiansen anspielend, konstatiert: „Eine Telefonistin, ein Kindermädchen, eine Schauspielerin und Schriftstellerin und eine Stewardess definieren das Land.“ [...]

So redet man über Leute, die man als weit unter sich stehend empfindet, die man auf ihre Plätze verweisen will oder für blöd hält.

Ich fürchte, intelligente Frauen werden gar nicht darum herumkommen, sich wieder zum Feminismus zu bekennen. Einige Optimistinnen haben wahrscheinlich geglaubt, der Kampf um Gleichberechtigung würde sich in dem Moment erledigen, in dem sie die Gelegenheit bekommen, ihre Fähigkeiten zu beweisen, und ihre Sache gut machen. Denn, nicht wahr, die Unterdrückung der Frau ist doch bloß ein Missverständnis gewesen. Fehlgeleiteter Beschützerinstinkt, Verhaftung in alten Traditionen und ein gut gemeintes, wenn auch irriges Verständnis von der körperlichen Schwäche und geistigen Unzulänglichkeit der Frauen hat eigentlich nette Männer dazu veranlasst, die anderen fünfzig Prozent der Menschheit kaltzustellen. Es war Unwissenheit, aber keine böse Absicht. Vergesst es! Wenn Frauen plötzlich Spitzenpositionen einnehmen, sind das Entwicklungen, die Männer gar nicht wollen. Selbst dann nicht, wenn sie sich jahrzehntelang dafür ausgesprochen haben. Denn, wie es Matthias Matussek in einem anderen Zusammenhang ausgedrückt hat: „Der Feminismus, dem großer Kredit eingeräumt wurde, hat überzogen und verspielt. Es reicht wirklich.“ Oha! Da hat sich anscheinend überhaupt nichts erledigt. Das geht jetzt erst richtig los.

ZEIT ONLINE, 23. August 2006 www.zeit.de/2006/35/Feminismus-Duve

64



63 / Katarina Witt bei ihrem Olympiasieg 1988 in Calgary.
Foto: Wolfgang Thieme

64 / Katarina Witt als Gast bei der Verleihung des Laureus Sport Award 2012

65 / Steffi Graf auf dem Höhepunkt ihrer Tenniskarriere bei den US Open, 5. September 1988.
Foto: dpa-Report

66 / Steffi Graf mit Andre Agassi und den beiden Kindern Jaden und Jazz

[GM muss hier Ort und Jahr sowie ggf. Namen des Fotografen ergänzen]

63



Sportkarrieren

Zwei Frauen sind zu besonderen Sportidolen geworden. Sie ähneln sich durch ihre einzigartigen Erfolge, doch ist es ebenso reizvoll, die Unterschiede zu betrachten, die ihre Lebenswege bestimmt haben. Katarina Witt war ein Kind der DDR und hat sich nach der deutschen Vereinigung scheinbar mühelos und erfolgreich in ein weltoffenes Deutschland integriert. Steffi Graf ist ein westdeutsches Paradigma für die Verbindung von sportlichem Erfolg, gesellschaftlichem Aufstieg und sozialem Verantwortungsbewusstsein. Sie lebt seit 2001 in den USA, einem Land, dem Katarina Witt ihren frühen Ruhm wesentlich mit verdankt. Beide sind Karrierefrauen, die sich als Persönlichkeiten auf unterschiedliche Weise neu erfunden haben, nachdem sie aus der Sportarena herausgetreten sind.

Katarina Witt: Eine Erfolgskarriere in zwei Gesellschaftssystemen

Eine eindrucksvolle Bilanz: Zwei Goldmedaillen bei Olympischen Spielen (1984 und 1988) und vier Titel als Weltmeiste-

rin im Eiskunstlaufen. Katarina Witt war eine der populärsten Sportlerinnen in der DDR und wurde in den USA als „schönstes Gesicht des Sozialismus“ gefeiert. Von der Führung der DDR bereits im Alter von 19 Jahren 1984 mit der Verleihung des „Vaterländischen Verdienstordens in Gold“ als politische Werbekikone instrumentalisiert, gestattete ihr der SED-Staat vier Jahre später, professionell in der amerikanischen Revue „Holiday on Ice“ mitzuwirken – allerdings nicht, ohne von ihren Deviseneinnahmen zu profitieren. Ihr 1989 entstandener Film „Carmen on Ice“ erhielt den „Emmy“, den wichtigsten Fernsehpreis der USA, sechs Jahre später war sie noch einmal als „Die Eisprinzessin“ im Kino präsent, wobei sie zusätzlich als Koproduzentin beteiligt war. Als „Playboy“-Aktmodell mobilisierte sie 1998 die Neugier zahlloser Amerikaner, wie es zuvor nur Marilyn Monroe mit einer ausverkauften Auflage gelungen war. Doch Katarina Witt war neben ihren Selbstinszenierungen auch als Unternehmerin, insbesondere für die Produktion von Eisrevue- und Fernsehshows in den USA und Europa, erfolgreich und stellte sich 2010 als Frontfrau für die schließlich gescheiterte Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele 2018 zur Verfügung. Sie frappt durch den scheinbar mühelosen Umgang mit einer doppelten deutschen Geschichte, in der sie ihre Ziele erreichen konnte, ohne sich korrumpieren zu lassen.

Steffi Graf:

Eine deutsche Weltbürgerin

Stefanie Maria („Steffi“) Graf wurde vier Jahre nach Katarina Witt 1969 als Tochter eines Versicherungskaufmanns und Gebrauchtwagenhändlers geboren. Schon mit drei Jahren begann ihr Weg als Tenniswunderkind. Sie war noch keine 14 Jahre alt, als sie Profispielerin wurde. 1986 konnte sie ihre ersten acht Turniersiege feiern, und im folgenden Jahr rückte sie an die Spitze der Tennisweltrangliste, die sie mehr als fünf Jahre behaupten konnte.

1988 gelang ihr ein einzigartiger Erfolg. Sie gewann in diesem Jahr nicht nur die vier wichtigsten Tennisturniere, den „Grand Slam“, sondern siegte darüber hinaus bei den Olympischen Spielen und erreichte damit auch den „Golden Slam“. Elf Jahre später endete ihre beispiellose Sportkarriere. Ihr skandalfreies Leben, ohne jede glamouröse Allüre, hat ihr Respekt und Sympathie eingetragen, wobei ihr soziales Engagement erst später in den Fokus rückte. Bereits 1998 hatte sie in Hamburg die Stiftung „Children for Tomorrow“ gegründet, die traumatisierte Kinder weltweit unterstützt und inzwischen in vielen Ländern verankert ist.

2001 hat Steffi Graf den amerikanischen Tennisprofi Andre Agassi geheiratet, mit dem sie seitdem in Las Vegas gemeinsam mit zwei Kindern lebt und durch ihr anhaltendes soziales Engagement beeindruckt. 2013 hat sie bei einem Besuch in Hamburg zu ihrer Stiftung bemerkt: „In meiner Stiftung bin ich vier-, fünfmal im Jahr und besuche regelmäßig unsere Projekte. Ich erinnere mich noch sehr gut an meinen ersten Besuch in Kapstadt. In einem Kinderheim sah ich ein Kind, ein kleines Mädchen, das von seinen Eltern auf die Mülldeponie geworfen wurde. Die Eltern waren so arm, dass sie dieses Mädchen nicht mehr durchbringen konnten, und sie warfen es auf die Mülldeponie zum Verbrennen. Das Mädchen hatte schwerste Brandwunden am Körper und lächelte mich an. Dieses Bild werde ich nie vergessen. Sehr oft zeigen die Kinder, die die schlimmsten Erlebnisse durchmachen mussten und für die Gewalt schon zur Normalität geworden ist, trotzdem noch ein Lächeln. Das ist ganz erstaunlich und auch ermutigend, denn es zeigt, dass ihre Seelen nicht verloren sind, sondern dass sie Hoffnung haben. Umso wichtiger ist es, dass wir uns ihrer annehmen und ihre Wunden heilen. [...] In Eritrea habe ich Mütter erlebt, die sich nicht um ihre Kinder kümmern können, da wickeln Fünfjährige Babys. Die Kinder sind dort oft vollkommen sich selbst überlassen. Das tut weh, gerade auch mir als Mutter. Im Kosovo habe ich Familien kennengelernt, in denen kein männliches Familienmitglied mehr da war – sie waren alle ermordet oder vermisst. Ich fühle mich dann nach meinen Reisen oft ohnmächtig angesichts dieses gewaltigen Berges an furchtbaren Bildern. Ich muss mir dann immer wieder sagen, wir können eben nur in dem kleinen Umfeld helfen, wo wir aktiv sind.“ Stefanie Graf hat sich zu einer deutschen Weltbürgerin entwickelt, die nicht nur ein Sportidol war, sondern durch ihre Lebensgeschichte überzeugt. (Hamburger Abendblatt, 17. Oktober 2013)



65



66

67



67 / Marianne Buggenhagen im Sportforum Berlin-Werlensee, Mai 1998. Foto: Eckhart Joite

68 / Caroline Link zeigt stolz den Oscar. Wegen einer Erkrankung ihrer kleinen Tochter konnte die verantwortungsbewusste 38-jährige Mutter den „Academy Award“ nicht selbst in Los Angeles entgegennehmen.

69 / Margarethe von Trotta und Rainer Werner Fassbinder in einer Szene des Volker Schlöndorff gedrehten Films „Baal“, 1970

70 / Margarethe von Trotta (l.) und Barbara Sukowa (r.), Berlin, 15. November 2012. Foto: Martin Lengemann / laif

Ermutung und Vorbild: Marianne Buggenhagen

Marianne Buggenhagen (geb. 1953) ist eine deutsche Leichtathletin, die eine einzigartige Karriere im Behindertensport aufweist. Sie nahm an fünf Paralympischen Sommerspielen (Paralympics) teil und gewann dabei neun Goldmedaillen im Kugelstoßen, Diskus- und Speerwerfen. Außerdem erkämpfte sie neun Weltmeistertitel. Seit ihrer Erkrankung im Alter von 23 Jahren sitzt sie im Rollstuhl. Nach einem Jahr entschloss sie sich, Sport zu treiben und begann Ende der achtziger Jahre mit dem Leistungssport. 1990 erreichte sie ihre ersten drei Weltmeistertitel, 1992 folgten in Barcelona vier Olympiasiege. 1994 wurde sie als „Sportlerin des Jahres“ in Deutschland geehrt und erhielt zahlreiche weitere nationale und internationale Auszeichnungen. Sie ist beruflich als Sozialarbeiterin in einer Berliner Klinik für Querschnittgelähmte tätig.

Zwei Regisseurinnen:

Caroline Link und Margarethe von Trotta

Als erste deutsche Regisseurin hat Caroline Link 2003 den international renommiertesten Filmpreis, den Oscar, für ihren Spielfilm „Nirgendwo in Afrika“ (2001) als Bester Fremdsprachiger Film gewonnen. Nach einem einjährigen Amerikaaufenthalt und einem Studium an der Hochschule für Film und Fernsehen in München (1986–1990) hatte sie zunächst als Drehbuchautorin gearbeitet, bis ihr 1996 mit dem Spielfilmdebüt „Jenseits der Stille“ ein preisgekrönter international beachteter Erfolg gelang, der ihr bereits eine erste Oscar-Nominierung eintrug.

Ihr einziger deutscher Vorgänger war Volker Schlöndorff, der 1980 für „Die Blechtrommel“ mit

der gleichen Auszeichnung geehrt worden war. Schlöndorff war zwei Jahrzehnte mit Margarethe von Trotta verheiratet und der wichtigsten deutschen Filmregisseurin auch künstlerisch eng verbunden. Nachdem sie Mitte der 1960er Jahre als Bühnenschauspielerin begonnen hatte und ebenso in Filmrollen erfolgreich war, entdeckte sie 1975 die Filmregie als neue Herausforderung. In diesem Jahr hatte die Böll-Verfilmung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ Premiere, die sie gemeinsam mit Schlöndorff als Co-Regisseurin drehte. Ihre eigenen Filme, die seit 1977 folgen, zeichnen sich durch eine eindringliche Gestaltung gesellschaftskritischer Themen aus, in denen fast ausschließlich Frauen den Mittelpunkt bilden. Das gilt auch für ihre bedeutendsten Filme, in denen jeweils Barbara Sukowa die Protagonistin ist. 1981 entsteht „Die bleierne Zeit“, ein Rückblick auf den Fundamentalkonflikt der 1970er Jahre, der im RAF-Terror kulminiert und die Gesellschaft scheinbar ohnmächtig zurücklässt. Dieser Film ist „Christiane“ gewidmet, ei-



68



69

ner Schwester Gudrun Ensslin. Auch wenn beide im Film andere Namen tragen, inszeniert Trotta die Konfrontation in einer Gesellschaft, in der sich die Generationen nicht mehr verständigen können und der Protest außer Kontrolle gerät: Marianne will mit Bomben den Wandel erzwingen und endet – weiter rebellierend – im Gefängnis. Auch Juliane, Redakteurin einer Frauenzeitschrift, will die Welt verändern, aber gewaltlos, auch wenn dies nur schrittweise gelingen kann.

Vier Jahre später steht „Rosa Luxemburg“ im Mittelpunkt eines eindringlichen Zeitbildes, in dem auf andere Weise das Scheitern eines revolutionären Aufbruchs beleuchtet wird. 2012 hat „Hannah Arendt“ Premiere. Der Film ist auf den Eichmann-Prozess in Jerusalem fokussiert, an dem die prominente jüdische Philosophin als Berichterstatterin für ein amerikanisches Magazin zeitweise teilnimmt und dabei ihre provozierende These von der „Banalität des Bösen“ entwickelt. Der Film fordert heraus, über die Wurzeln von Menschheitsverbrechen eigenständig neu nachzudenken und zeigt eindrucksvoll, wie kreativ, mutig und rigoros sich Margarethe von Trotta mit künstlerischen Mitteln in den politischen Diskurs involviert.



70

71



72



Bildung als Schlüsselkompetenz

Die größten Fortschritte in der Gleichstellungspolitik sind im Bildungswesen erreicht worden. Dazu haben nicht nur politische Antriebskräfte, sondern auch ökonomische Interessen beigetragen. Denn dieses „Humankapital“ ist die wichtigste Ressource für einen rohstoffarmen modernen Industriestaat, wodurch auch die besonderen Anstrengungen zu erklären sind, das Bildungspotenzial umfassend auszuschöpfen.

Georg Picht hatte Mitte der 1960er Jahre noch vor einer „deutschen Bildungskatastrophe“ gewarnt. Doch bereits 1975 konstatierte der Deutsche Bildungsrat, das Gymnasium habe sich „von einer Ständeschule für das Bürgertum zu einer Aufstiegsschule auch für bisher bildungsferne Schichten“ entwickelt. Gleichzeitig hat sich auch der Anteil der Studierenden mehr als verdoppelt: „Während unter den 19- bis 25-jährigen Bundesbürgern im Jahre 1965 6,6 Prozent studierten, waren es 1970 9,5 Prozent und 1975 14,1 Prozent.“ (Schildt/Siegfried 2009, S. 292)

Von dieser Entwicklung haben insbesondere die Mädchen und jungen Frauen profitiert. Waren im Jahr 1960 noch 60 Prozent der Jugendlichen an Gymnasien männlich und 40 Prozent weiblich, so hat sich dieses Verhältnis heute beinahe umgekehrt. (Gender-Datenreport, 2005, S.48) Im Gegensatz zu dieser Entwicklung erhöhte sich der Jungenanteil in den Hauptschulen im gleichen Zeitraum von

50 auf 56 Prozent (ebd., S. 29f.). Das Niveau der elterlichen Schulabschlüsse hat einen größeren Einfluss auf den Besuch der gymnasialen Oberstufe als das Geschlecht. Je höher der allgemeine Bildungsabschluss der Eltern ist, desto häufiger besuchen ihre Söhne und Töchter die gymnasiale Oberstufe (ebd., S. 39). Im Jahr 2003 verließen 30 Prozent der deutschen Schulabgängerinnen, aber nur 22 Prozent der männlichen Jugendlichen die Schule mit einem Abitur oder einer Fachhochschulreife. Zehn Prozent der deutschen und 23 Prozent der ausländischen jungen Männer konnten 2003 keinen Schulabschluss erreichen. In dieser prekären Situation befanden sich deutlich weniger junge Frauen; nur sechs Prozent der deutschen, jedoch 15 Prozent der ausländischen Schülerinnen gingen ohne Abschluss von der Schule ab (ebd., S. 96).

Bei den Studierenden hat sich das Verhältnis von Männern und Frauen inzwischen egalisiert. Im Studienjahr 2002/2003 stellten junge Frauen sogar erstmals mehr als die Hälfte aller Personen, die ein Studium begonnen haben. (ebd., S. 71) Im Wintersemester 2012/13 studierten in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2,5 Millionen Personen, der Frauenanteil betrug 48 Prozent. Einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil hatte 2011 vorrangig das Studium der Veterinärmedizin (81 %), gefolgt von Sprach- und Kulturwissenschaften (72 %). Auch in Humanmedizin (67 %) sowie Kunst/Kunstwissenschaft (62 %) waren die Frauen in der Mehrheit. In den Bereichen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften war das Verhältnis nahezu ausgeglichen (Frauen: 52 %). Im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften betrug der Frauenanteil lediglich rund ein Drittel, wobei sich starke Unterschiede ergaben. Während deutlich mehr Frauen als Männer Biologie studierten und im Studienfach Mathematik fast die Hälfte der Studierenden Frauen waren, bestehen noch immer große Rückstände in Physik und Chemie. In den Ingenieurwissenschaften erreichte

73



71 / Laura Figueroa gibt Nachhilfeunterricht im Medienhof Wedding, organisiert von der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (RAA), 2013. Foto: Cathrin Bach

72 / Gymnasiastinnen im brandenburgischen Wittstock: Vor allem junge Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen ziehen seit Ende der 90er Jahre zunehmend aus ihrer ostdeutschen Heimat in den Westen

73 / Geschichtsstunde mit der Lehrerin Regine Wünsche Berlin-Hellersdorf, 2000. Foto: Günter Bersch

74



74 / Studierende in der Universitäts- und Landesbibliothek Halle, 2010. Foto: Ilja C. Hendel/VISUM

75 / Teilnehmerinnen eines Physikpraktikums an der Ruhruniversität Bochum, 2008. Foto: Marta Hengesbach/Joker.

75



der Frauenanteil nur ein Fünftel der Studierenden (21 %), gegenüber 2001 ist er damit immerhin um sechs Prozentpunkte gestiegen (> Datenreport 2013, S. 81).

Im Hinblick auf qualifizierte Bildungsabschlüsse haben Frauen ihren traditionellen Rückstand inzwischen egalisiert, so dass sich gegenwärtig sogar eine Trendumkehr abzeichnet. Von allen weiblichen Erwerbspersonen besaßen 2001 erst ein Fünftel einen hoch qualifizierten Bildungsabschluss, zehn Jahre später hatte sich dieser Anteil auf mehr als ein Viertel erhöht (26 %) und der Quote der männlichen Erwerbstätigen fast angeglichen (29 %). Von den 30- bis

34-jährigen Frauen hatten 2011 bereits mehr als ein Drittel (35 %) einen „tertiären Abschluss“ (an einer Hochschule oder Fachschule bzw. mit einer Meisterprüfung) erreicht, damit übertrafen sie den Anteil der Männer sogar um vier Prozentpunkte. Auch bei den gering qualifizierten Arbeitskräften ohne eine abgeschlossene Ausbildung hat sich die Situation der Frauen erkennbar verbessert. Der Anteil erwerbstätiger Frauen mit der niedrigsten Bildungsstufe hat sich zwischen 2001 und 2011 von 19 auf 15 Prozent verringert und entspricht nun dem für die Männer ermittelten Wert (> Statistisches Bundesamt 2012, S. 18).

Bildung entscheidet

Bildung ist ein Schlüssel für Verwirklichungschancen. Eine unzureichende schulische und berufliche Ausbildung ist nicht nur eine Hürde beim Eintritt ins Erwerbssystem. Sie erschwert auch den Übergang in eine unterhaltssichernde Beschäftigung, den beruflichen Aufstieg sowie den Zugang zu erfolgreichem lebenslangen Lernen. [...]

In kaum einem gesellschaftlichen Bereich haben Frauen in den letzten 40 Jahren so aufgeholt können, wie in der Bildung. Mädchen und junge Frauen waren die Gewinner der Bildungsexpansion seit den 1970er Jahren. Heute erreichen sie im Durchschnitt höhere und bessere schulische Bildungsabschlüsse als junge Männer. Durch die Expansion von Dienstleistungsbranchen mit traditionell hohen Frauenanteilen haben sich auch die Chancen auf einen erfolgreichen Berufseinstieg verbessert. Allerdings sind viele dieser Dienstleistungsberufe immer noch als „Zuversichererinnen“-Berufe konzipiert, vor allem im Bereich personenbezogener und sozialer Dienste. Hinzu kommt, dass die Berufswahl immer noch wesentlich geschlechtsspezifisch erfolgt, was sich für Frauen bezogen auf spätere Verdienst- und Karrierechancen nachteilig auswirkt. Zudem reduziert Mutterschaft während der Ausbildung die Abschluss- und Berufseinstiegschancen.

Erster Gleichstellungsbericht 2011 (BT-Drucksache 17/6240), S. 235.



76



77

Wandel der Lebensformen: Partnerschaft und Familie

Die vorherrschende Art, in der Menschen in Deutschland zusammenleben, ist die Ehe geblieben, auch wenn sich diesbezüglich eine leicht rückläufige Entwicklung zeigt. 2011 wurden 18,3 Millionen Ehepaare registriert, ein Jahrzehnt zuvor waren es noch 19,4 Millionen. Außerdem bestanden 2,8 Millionen nicht-eheleiche Lebensgemeinschaften, von denen nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes maximal sechs Prozent in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebten, die sich im Verhältnis von sechs männlichen zu vier weiblichen Paaren verteilen.

17,6 Millionen Menschen sind alleinstehende Personen mit deutlich zunehmender Tendenz, 2,7 Millionen sind alleinerziehende Mütter oder Väter.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich das durchschnittliche Heiratsalter deutlich erhöht. Während Männer zu diesem Zeitpunkt mit knapp 25 Jahren ihre erste Ehe eingingen, waren Frauen durchschnittlich zweieinhalb Jahre jünger. Bereits 1999 erfolgte die Eheschließung bei beiden Geschlechtern sechs Jahre später und 2011 heirateten ledige Männern durchschnittlich erst mit mehr als 33 Jahren und Frauen hatten die Grenze von 30 Jahren um ein halbes Jahr überschritten (›Datenreport 2013, S. 49).

Am Beginn des zweiten Jahrzehnts (2011) waren die Eltern in sieben von zehn Familien Ehepaare, alleinerziehende Mütter und Väter hatten einen Anteil von 20 Prozent, ein Zehntel der Familien bildeten nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern. In etwas mehr als der Hälfte der Familien (53 %) lebte ein minderjähriges Einzelkind, über ein Drittel (36 %) der Familien hatten zwei Kinder. Kinderreiche Familien bilden in Deutschland inzwischen eine kleine Minderheit. Nur ein Zehntel der Familien hatte drei und mehr Kinder (›Datenreport 2013, S. 61).



78

76 / Familienportrait der Grossfamilie
Roggentin an der Ostsee bei Waabs.
Dezember 2010.
Foto: Gesche Jaeger/[laif](#)

77 / Familie in Frankfurt am Main 2006.
Foto: Barbara Fahle.

78 / Frühstück in einer Studierenden-WG
in der Leipziger Südvorstadt, 2011.
Foto: Peter Hirth/[laif](#)

Alleinerziehende

Es gibt immer mehr Alleinerziehende in Deutschland. Im Jahr 2011 lebten insgesamt 2,7 Millionen Personen als alleinerziehende Mütter und Väter, von denen 1,6 Millionen (59 %) minderjährige Kinder hatten. [...]

Das Alleinerziehen betrifft zum größten Teil Frauen: Im Jahr 2011 waren 1,4 Millionen Mütter und 157.000 Väter alleinerziehend. Damit war in neun von zehn Fällen (90 %) der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Seit 2001 ist der Anteil der alleinerziehenden Väter zudem leicht zurückgegangen, und zwar von 13 % im Jahr 2001 auf 10 % im Jahr 2011. [...]

Rund ein Drittel der alleinerziehenden Väter betreuten Kinder im Alter von 15 bis 17 Jahren. Alleinerziehende Mütter versorgten – relativ betrachtet – deutlich seltener Kinder dieses Alters (19 %). Sie waren häufiger für jüngere Kinder verantwortlich. So lebten bei 31 % der alleinerziehenden Mütter Kinder im Krippen- oder Vorschulalter von unter sechs Jahren. Nur 12 % der alleinerziehenden Väter betreuten Kinder dieser Altersgruppe.

Datenreport 2013, S. 46f.

Akzeptanz von Familienformen

Die deutsche Bevölkerung weist der Familie nicht nur einen hohen Stellenwert zu, sie äußert sich auch mit dem Familienleben als sehr zufrieden. Partnerschaften außerhalb der Ehe werden mittlerweile überwiegend als Normalität wahrgenommen. Mit der Pluralisierung von familialen Lebensformen geht auch auf der Einstellungsebene ein hohes Maß an Akzeptanz für Erziehungsleistungen Alleinerziehender und gleichgeschlechtlicher Paare einher. Eigene Kinder werden überwiegend mit positiven emotionalen Aspekten für das eigene Leben sowie möglichen Hilfeleistungen im Alter in Verbindung gebracht, allerdings werden auch die Einschränkungen in der persönlichen Freiheit und im materiellen und beruflichen Bereich wahrgenommen, die mit einer Elternschaft einhergehen.

Datenreport 2013, S. 67.

79



80





81

Die Entwicklung der Geburtenrate hat die demographischen Probleme in Deutschland zugespitzt. Seit 1947 hat die Zahl der Geburten in Deutschland regelmäßig zugenommen, bevor sie 1964 mit den Jahren des „Baby Booms“ einen Höchststand erreichte. Im folgenden Jahrzehnt verstärkte sich eine drastische rückläufige Entwicklung, die erst von 1976 bis 1990 wieder durch einen leichten Anstieg abgelöst wurde. Die Entwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten verlief auf niedrigem Niveau unterschiedlich in Ost und West. 2011 wurde die niedrigste Geburtenrate seit 1946 mit 1,36 Kindern je Frau erreicht. (›Datenreport 2013, S. 17f.) Während die Entwicklung in den 1960er Jahren durch die neuen Möglichkeiten einer zuverlässigen Geburtenkontrolle (1962 Einführung der „Anti-Baby-Pille“) erkennbar beeinflusst worden ist, werden in den folgenden Jahrzehnten die Einkommenssituation von Familien und die Angebote zur Ganztagsbetreuung von Kleinkindern zunehmend entscheidende Faktoren, die sich auf die Familienplanung nachhaltig auswirken.

Insgesamt haben sich seit 2000 die Armutsrisiken in Deutschland deutlich erhöht, wobei Ostdeutschland stärker betroffen ist als der Westen. Paarhaushalte ohne Kinder haben die niedrigsten Armutsquoten, die höchste Belastung trifft Familien mit mehr als drei Kindern und insbesondere Alleinerziehende. „In Einelternhaushalten leben in Deutschland derzeit insgesamt ein Drittel und in Ostdeutschland 44 % in Armut.“ (›Datenreport 2013, S. 177) Leistungen der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (umgangssprachlich als „Hartz IV“ bezeichnet) müssen vor allem alleinerziehende Frauen in Anspruch nehmen.

79 / Zwei deutsche Väter mit ihrem Kind aus einer Leihmutterchaft in den USA, 12. April 2014. Foto: Gordon Welters

80 / Patchworkfamilie in der Nähe von Flensburg, August 2010. Foto: Gesche Jäger/[laif](#)

81 / Nancy Thrano mit ihrer Tochter Lara bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages für das Modellprojekt „Jule – Junges Wohnen“ für junge allein-erziehende Mütter und Väter. Berlin, 30. Januar 2012. Foto: Cathrin Bach

82



Damit ist auch im besonderen Maß die „Kinderarmut“ verbunden, die durch die verfügbaren staatlichen Sozialleistungen nicht ausreichend kompensiert werden konnte.

Auch wenn die Entscheidung, Kinder zu bekommen, von vielen individuellen Faktoren abhängt, kann sie der Staat erleichtern, wenn dafür die familienpolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Auf einem „Krippengipfel“ hatten Bund, Länder und Kommunen dafür 2007 einen wichtigen Schritt unternommen, als sie beschlossen, bis 2013 für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Angebot zur Ganztagsbetreuung zu garantieren. Seit 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben.

Im März 2012 wurden in Deutschland insgesamt rund 28 Prozent der unter Dreijährigen in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine „Tagesmutter“ betreut. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein tatsächlicher Bedarf von 39 Prozent angenommen. Obwohl zwischenzeitlich die Anstrengungen forciert worden sind, die Bedarfslücke zu schließen, beste-

hen im Hinblick auf das vorhandene Versorgungsangebot erhebliche regionale Unterschiede. Diese sind besonders markant im Ost-West-Vergleich. Hier wirkt sich vor allem die umfassende Ausstattung mit Kindertageseinrichtungen aus, die in der DDR auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen seit Mitte der 1960er Jahre forciert worden war. 2012 lag die Betreuungsquote in den neuen Bundesländern mit 49 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Westen, wo lediglich 22 Prozent erreicht wurden. Am stärksten ist die Differenz bei der Ganztagsbetreuung der unter Dreijährigen. Die Ganztagsbetreuungsquote (täglich über sieben Stunden) lag im Osten (36 %) viermal so hoch wie im Westen (›Datenreport 2013, S. 56f.).

Im Jahr des „Krippengipfels“ wurde als neue familienpolitische Maßnahme das „Elterngeld“ eingeführt. Es bietet Müttern oder Vätern im ersten Jahr nach der Geburt die Möglichkeit, das Kind selbst daheim zu betreuen. Wenn das betreuende Elternteil vor der Geburt eines Kindes nicht erwerbstätig war, wird ein Elterngeld von monatlich 300 Euro gezahlt. Wird für die Wahrnehmung der Elternzeit eine Erwerbstätigkeit unterbrochen, kompensiert die staatliche Ausgleichszahlung rund zwei Drittel des im vorausgegangenen Jahr erzielten Nettoeinkommens. Das Elterngeld wird durch die Mütter in mehr als 95 Prozent in Anspruch genommen. Es kann auch zwischen Frauen und Männern monatsweise aufgeteilt werden. Die Beteiligungsquote von Männern, deren Betreuungszeit allerdings bisher zumeist auf zwei Monate beschränkt bleibt, die als „Partnermonate“ zusätzlich gewährt werden, hat sich bis 2011 von 21 auf 27 Prozent erhöht (›Datenreport 2013, S. 287).

83



Einwanderung: Herausforderung und Bereicherung

Als in Zeiten beginnenden Arbeitskräftemangels Ende der 1950er Jahre die ersten Gastarbeiter in die Bundesrepublik kamen, wurde allgemein angenommen, dass sie bald wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Seit Mitte der 1970er Jahre erfolgte in wachsendem Umfang ein Nachzug von Familien, doch sollte es noch bis Anfang der 1990er Jahre dauern, bis in allen politischen Lagern akzeptiert wurde, dass sich Deutschland zum „Einwanderungsland“ entwickelt hatte. Diese Jahrzehnte lang umstritten Entwicklung hatte eine doppelte Auswirkung. Sie kompensierte tendenziell den demographischen Schrumpfungsprozess, der sich in Deutschland durch die niedrige Geburtenrate der deutschen Bevölkerung abzeichnete. Gleichzeitig stellte sie eine große kulturelle Herausforderung dar.

In Deutschland leben gegenwärtig nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa vier Millionen Muslime (›Datenreport 2013, S. 208). Insbesondere die Zuwanderung aus der durch den Islam geprägten Türkei rückte das Spannungsfeld zwischen Integration und Assi-

milation in den Vordergrund einer Debatte, die sich um die konträren Begriffe einer deutschen Leitkultur und der Multikulturalität fokussierte. Dabei kollidierte der Autonomieanspruch von traditionalistischen Zuwanderermilieus, die ihre eigene soziokulturell und religiös begründete Lebensweise auch weiterhin praktizierten und verteidigten, mit dem allgemeinverbindlichen Geltungsanspruch deutscher Rechtsprinzipien. Gleichzeitig wurden dabei Mentalitätskonflikte sichtbar, die sich gleichermaßen bei Teilen der deutschen Bevölkerung wie in zunehmend organisierten Interessenvertretungen, insbesondere der türkischen Migration, manifestiert haben.

Erst im letzten Jahrzehnt etablierte sich in der Betrachtung der in Deutschland lebenden Bevölkerung eine neue Terminologie und eine differenzierte Sichtweise auf die Menschen aus insgesamt 190 Ländern, die inzwischen in unserem Staat leben. Die ursprünglich übliche Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern wurde durch den neuen Begriff der Migranten ergänzt, der auch die Herkunft von nach Deutschland eingewanderten Personen und ihrer hier ge-

84



82/Kinder im Waschraum einer Hamburger Kita, 2007.

Foto: Holde Schneider/**VISUM**

83/Kinderbetreuung durch eine Tagesmutter. Die junge Frau ist selbst Mutter und betreut die Kleinkinder aus der Nachbarschaft zusammen mit ihren eigenen. Troisdorf 2007. Foto: Petra Steuer/**Joker**

84/Arbeitspause spanischer GastarbeiterInnen vor der Werkshalle im Metallwerk Saar in Grävenwiesbach, 1962. Foto: Richard Kroll



85 / Gastarbeiterinnen aus der Türkei: Näherinnen, die erstmals 1961 nach Minden kamen.
Foto: Ullstein/Keystone

86 / Melda Akbas, Autorin des Buches „So wie ich will. Mein Leben zwischen Moschee und Minirock“, Berlin, 2010.
Foto: Oliver Wolff

borenen Kinder einbezieht, die inzwischen deutsche Staatsangehörige wurden. Erst seit 2005 ermöglichen Daten, die das Statistische Bundesamt im sogenannten Mikrozensus erhebt, eine differenzierte Sicht auf die Zusammensetzung der Bevölkerung, die ohne oder mit Migrationshintergrund derzeit in Deutschland lebt.

Ende 2011 umfasste die Bevölkerungszahl in Deutschland rund 80,2 Millionen Menschen, darunter besaßen etwa 6,2 Millionen (7,7 %) eine ausländische Staatsbürgerschaft (›Datenreport 2013, S. 11). Mehr als 16 Millionen Personen, die 2012 in Deutschland lebten, hatten einen Migrationshintergrund, zwei Drittel davon waren selbst seit 1949 (im ersten Jahrzehnt überwiegend noch als Aussiedler) nach Deutschland zugewandert (erste Generation) oder hatten hier geborene Kinder bekommen (zweite oder dritte Generation), ihr Anteil beträgt derzeit rund 5,4 Millionen.

Mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund, fast 8,8 Millionen sind Deutsche, anders formuliert: Jede neunte Person, die 2012 in Deutschland lebte, hatte die deutsche Staatsbürgerschaft und ebenso einen Migrationshintergrund. Die meisten Zuwanderer, ein knappes Drittel (31,6 %) kommen aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, es folgt die Türkei (18,5 %), während nur jeder sechste Zuzug aus dem asiatischen Raum erfolgt und der Anteil

aus Afrika bisher lediglich 3,5 Prozent ausmacht. Besonders auffällig ist die regionale Disparität: 2011 lebten mehr als 95 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund im Westen Deutschlands (einschließlich Berlins), im Osten betrug ihr Anteil lediglich 4,7 Prozent.

Betrachtet man die Nachteile und Defizite, die insbesondere für Migrantinnen derzeit noch bestehen, so gilt dies vor allem für ältere Frauen der Einwanderergeneration. In der ersten Generation sind die Frauen deutlich seltener erwerbstätig als ihre Männer und erzielen weit geringere Einkünfte. Noch mehr als zwei Drittel (69 %) der türkischen Frauen haben keinen beruflichen Abschluss (›Datenreport 2013, S. 200), ihr Erwerbseinkommen erreicht nur zwei Drittel von dem der Frauen ohne Migrationshintergrund, während der Rückstand bei den türkischen Männern nur etwa zwölf Prozent beträgt (›ebd., S. 202).

Die Angleichung des Bildungsniveaus der in Deutschland geborenen Migrantengeneration ist eine besonders wichtige Aufgabe für Schule und Ausbildung. Fast drei Zehntel der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind türkeistämmig, sie bilden mit Abstand die größte Herkunftsgruppe an Hauptschulen. Große Unterschiede bestehen zwischen Familien, die an traditionellen Vorstellungen festhalten oder für ihre Kinder einen selbstbestimmten Lebensstil akzeptieren. Dies gilt insbesondere für die Bildungskarrieren junger Mädchen. Ein eindrucksvolles Beispiel ist die junge deutschtürkische Autorin Melda Akbas. Sie wurde 1991 in Berlin geboren, erhielt mit neun Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft, machte zehn Jahre später Abitur. Im gleichen Jahr erschien ihr erstes Buch „So wie ich will. Mein Leben zwischen Moschee und Minirock“, mit dem sie schlagartig in das Licht der Öffentlichkeit rückte. Nur ein Fünftel der jungen muslimischen Frauen zwischen 16 und 25 Jahren tragen ein Kopftuch, insgesamt beträgt der Anteil der Musliminnen in Deutschland mit Kopftuch 28 Prozent (›Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009, S. 196).



Eine junge Deutschtürkin sucht ihren Weg

ZEITmagazin: Frau Akbaş, Sie haben bereits zwei Bücher geschrieben – in Ich-Perspektive. Das erste erzählt von Ihrem Leben „zwischen Moschee und Minirock“. Das zweite, das jetzt erscheint, ist ein Aufruf, die Schüler an der Reform des Schulsystems zu beteiligen. Woher nehmen Sie Ihr Selbstbewusstsein?

Melda Akbaş: Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass sich viele Leute fragen, wenn ich ins Fernsehen gehe: Was will die mir eigentlich sagen? Aber ich sehe mich als Multiplikator. Dass es in Deutschland viele deutschtürkische Mädchen wie mich gibt, das war mir beim Schreiben meines ersten Buchs *So wie ich* will allerdings gar nicht bewusst. Man spricht nämlich unter solchen Mädchen wenig darüber, wie es zu Hause ist.

ZEITmagazin: Woher kommt Ihr Bedürfnis, sich einzumischen?

Akbaş: Ich glaube daran, dass man etwas investieren muss, wenn man sein Leben so leben will, wie man es sich vorstellt. Man kann nicht nur in der Ecke sitzen und meckern. Meine Eltern haben mich zur Selbstständigkeit erzogen. Meine Mutter ist eine starke Frau, ihre Erzieherinnenausbildung schloss sie ab, während sie meinen Bruder großzog. Diese Stärke hat sie an uns weitergegeben.

ZEITmagazin: Wie hat Ihre Familie auf das erste Buch reagiert?

Akbaş: Meine Eltern haben das Buch erst bekommen, als es in Druck war und nichts mehr rückgängig gemacht werden konnte. Der Einzige, der es vorher lesen durfte, war mein Bruder. Meine Mama hat das Buch fünfmal durchgelesen und wie eine Deutschlehrerin Markierungen gemacht und kleine Zettelchen eingeklebt und hat mit mir tatsächlich drei, vier Monate lang jede einzelne Zeile durchgestritten, bis jedes Thema einmal diskutiert war.

ZEITmagazin: Was hat sie am meisten provoziert?

Akbaş: Die Themen Jungs und Liebe. Meine Mutter hat mit 18 geheiratet, wie es Tradition war, mit 19 war sie schon Mama. Bei ihr suchte noch der Vater den Mann aus. Heutzutage sieht das bei allen anders aus, auch bei den Mädchen, die Kopftuch tragen. [...]

ZEITmagazin: Waren Ihre Eltern auch stolz?

Akbaş: Natürlich. Sie wollten gerne stolz sein, weil ihre Tochter ein Buch geschrieben hatte, andererseits konnten sie damit in der Öffentlichkeit vor ihren Freunden wegen des Inhalts nicht richtig prahlen... Aber jetzt erzählt meine Mutter ihren Freundinnen stolz, dass ich Jura studiere. Das passt zum Bild der erfolgreichen Tochter. Bei allen Lesungen in Berlin war übrigens meine ganze Familie dabei. Sogar mein Opa, der nur ein paar Brocken Deutsch spricht!

ZEITmagazin: Wie ging es nach dieser aufreibenden Phase weiter?

Akbaş: Ich zog zum Studium nach Hamburg, und das hat mir wirklich gutgetan. Das war schon eine Art Rettung. Ich hatte in Berlin immer so viel um die Ohren, war Schülersprecherin, war bei der Türkischen Gemeinde in Deutschland aktiv, und dann wurde ich wegen des Buchs in Talkshows eingeladen. Wenn man so viele Geräusche um sich hat, ist es schwer, die eigene Stimme zu hören. [...]

ZEITmagazin: In welchem Alter haben Sie ein Bewusstsein dafür gewonnen, dass Sie als Deutschtürkin bestimmte Integrationsfragen aus eigener Erfahrung kennen?

Akbaş: Während der Schulzeit war das beim Kopftuchstreit der Fall, wo ich aus meiner Sicht berichten konnte. Aber auch ganz banal, wenn man an einem Esstisch sitzt und der Einzige ist, der sagt: Ich kann das Schweinefleisch nicht essen. Dann schreibt man sich einer Gruppierung zu.

ZEITmagazin: Hat Sie das auch eigenständig gemacht?

Akbaş: Ja, man lernt, dass man nicht mit der Masse gehen muss. Aber als Grundschulkind nervt einen das eher. Man ist immer der Blöde, der was zu mäkeln hat. Erst in der Oberstufe gab es Momente, wo ich merkte: Okay, ich kann etwas über meine Erfahrungen erzählen, und die Leute hören mir interessiert zu.

Das war meine Rettung. Ein Gespräch mit Ijoma Mangold, in: ZEITmagazin, Nr. 29, 11. Juli 2013, S. 46.

87



87 /Ärztin Dr. Jenny De la Torre gründete 2002 in Berlin ein Gesundheitszentrum für Obdachlose: „Mit der Stiftung möchte ich meiner sozialen Verantwortung als Ärztin gerecht werden.“ Berlin, 2013. Foto: Gabriele Göttle/taz

Die Armenärztin De la Torre

In der Pflugstraße in Berlin-Mitte, einer kleinen Parallelstraße der Chausseestraße, steht ein schön gegliedertes dreigeschossiges Backsteinhaus, mit Hof, alten Bäumen und Garten im hinteren Teil des Grundstücks. In diesem ehemaligen Schulgebäude von 1890 befindet sich heute das privat betriebene Gesundheitszentrum für Obdachlose von Jenny De la Torre. Es bietet Wohnungs- und Obdachlosen montags bis freitags von 8 bis 15 Uhr kostenlose medizinische und darüber hinaus umfangreiche interdisziplinäre Hilfe an.

Jenny De la Torre ist keine reiche Erbin und sie ist auch keine besoldete Armenärztin. Sie hat sich in das unwägbare Abenteuer gestürzt, ihr Projekt mit Hilfe von Spenden und engagierten Helferinnen und Helfern eigenständig zu realisieren. Seit 7 Jahren mit Erfolg. Inzwischen verfügt sie über eine mehr als 20 Jahre umfassende Erfahrung als Armenärztin, ihre Obdachlosenarbeit hat in Deutschland Maßstäbe gesetzt.

Gabriele Göttle: Armut in Deutschland, in: taz, 31. Dezember 2013

Nachteile der Herkunft

Die Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft gibt Aufschluss darüber, inwieweit Migranten und deren Kinder in ihrem alltäglichen Handeln Abweisung durch die Mehrheitsgesellschaft erfahren. Über die Erfahrung, aufgrund der Herkunft benachteiligt worden zu sein, berichten die Herkunftsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei geben im Jahr 2011 8 % der Personen mit Migrationshintergrund [...] an, häufig Situationen erlebt zu haben, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft abgewiesen beziehungsweise benachteiligt wurden. Dabei berichten die Personen türkischer Herkunft am häufigsten von Benachteiligung (13 %). Während dies nur auf 2 % der (Spät-)Aussiedler und 6 % der Personen aus Südwesteuropa zutrifft. Diese sind die Herkunftsgruppen, die sich am wenigsten große Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit machen, während dies auf 37 % der Personen türkischer Herkunft und darunter auf 40 % der jungen Menschen türkischer Herkunft zutrifft.

Datenreport 2013, S. 203.

Geschichte einer Einwanderung aus der Türkei

Die Geschichte der Familie Yurtoglu ist eine, die viele türkische Familien in Solingen erzählen könnten. Und doch ist sie etwas Besonderes. Denn die siebenjährige Ayliz ist die Enkeltochter eines der ersten Gastarbeiter in der Stadt. Hamdi Yurtoglu kam bereits im Herbst 1960 aus Istanbul – ein Jahr bevor die Bundesregierung mit der Türkei am 30. Oktober 1961 das Anwerbeabkommen schloss.

Und auch das ist besonders: Die Mutter von Mehmeds Frau Askim kam ebenfalls als Gastarbeiterin nach Solingen – aber allein. „Ich hatte mich in der Türkei scheiden lassen. Das war dort im Jahr 1969 etwas Ungewöhnliches und wurde für mich zum Problem“, sagt die heute 69-jährige Cihan. Sie beschloss, nach Deutschland zu gehen. „Ich wollte hier nur eine Nähmaschine kaufen und mir dann in der Türkei ein Geschäft als Näherin aufbauen. Daraus wurde nichts, ich habe hier als Schneiderin gearbeitet – und bin bis jetzt geblieben.“

Ihre Töchter, darunter auch Askim, musste Cihan bei deren Großeltern in der Türkei zurücklassen. „Meine Schwester und ich wuchsen damals wie normale türkische Mädchen auf. Es war schwierig, als ich dann als 15-Jährige zu meiner Mutter nach Deutschland kam“, sagt Askim, heute 46 Jahre alt und als Arzthelferin berufstätig. Sie sprach kein Wort Deutsch, konnte aber im Jahr 1980 bereits an der Hauptschule Krahenhöhe an Vorbereitungskursen teilnehmen.

„Und da haben wir uns dann kennengelernt“, wirft Mehmet ein. Er war damals 14, hatte in Istanbul gelebt und wurde von seinem älteren Bruder zu Vater Hamdi Yurtoglu geschickt. „Für mich war es ein reines Abenteuer. Ich stellte mir Deutschland als ein reiches Paradies vor – und zog zu meinem Vater in eine Dachgeschosswohnung ohne eigene Toilette“, sagt der 45-Jährige. „Ich habe gelacht und darüber meinen Freunden in Istanbul berichtet.“ Sein Vater aber empfand die Unterkunft als Luxus – die meisten Gastarbeiter lebten ja in Wohnheimen.

Als Hamdi Yurtoglu 1960 dem Ruf eines Textilunternehmens in Merscheid folgte, und dort begann zu arbeiten, stand für den ersten Gastarbeiter der Firma schon fest, dass er wieder in die Türkei zurückkehren wolle. „Und das tat er auch. Schon 1967, als noch immer viele Türken nach Deutschland kamen, ging mein Vater bereits zurück.“ Er habe in der Türkei Textilmaschinen gekauft und sich dort ein Geschäft aufbauen wollen. Doch er sei Opfer eines Betrügers geworden – „schon sieben Monate später kehrte er niedergeschlagen nach Deutschland zurück“, berichtet Mehmet. Die Idee, in der Türkei den Lebensmittelpunkt haben zu wollen, war damit begraben. Mehmet Yurtoglu lernte später einen „echten Solinger Beruf“, wie er den Job des Schleifers nennt. Er arbeitet immer noch beim gleichen Unternehmen, hat einen deutschen Pass, begreift sich als Deutscher.

Bei seiner älteren Tochter Begüm ist das anders. „Ich bin hier geboren und zur Schule gegangen. Aber ich habe einen türkischen Pass“, sagt die 21-Jährige. Und dennoch: Sie könne sich nicht nur einem Land, einer Kultur zugehörig fühlen. Und sie wolle das auch nicht. „Unser Leben ist türkisch. Das Essen, die Sprache und das Fernsehen sind türkisch. Deutsche sind wir trotzdem“, sagt Begüm. Sie macht derzeit eine Ausbildung zur Bürokauffrau. Was sie über die Integrationsdebatte denkt? „Ich habe deutsche und türkische Freunde, aber über die oft etwas merkwürdige Debatte reden wir nie.“

Ihr Großvater Hamdi Yurtoglu ist heute 89 Jahre alt. Tatsächlich ist er vor wenigen Jahren mit seiner Frau wieder in die Türkei nach Istanbul zurückgekehrt. „Aber jede Woche ruft er an und fragt nach alten Solinger Freunden und ob wieder einer seiner damaligen Kollegen gestorben sei. Dann liest er für jeden Toten den Koran, wie es der Brauch will“, sagt Mehmet. [...]

RP Online, 12. November 2011.



Im Hinblick auf die berufliche Stellung haben die Migrantinnen (bezogen auf alle Herkunftsländer) deutlich aufgeholt. Ihr Anteil unter den mittleren und höheren Angestellten sowie unter den Selbstständigen hat sich kontinuierlich erhöht (→ vgl. Datenreport 2013, S. 203). Rund ein Sechstel (17 %) der Frauen mit Migrationshintergrund konnte 2011 einen akademischen Abschluss aufweisen, das entspricht genau dem Anteil weiblicher Personen ohne Migrationshintergrund. Deutliche Rückstände gegenüber einheimischen Frauen bestehen hingegen, wenn man die Berufsausbildung von Migrantinnen (46 %) betrachtet, besonders bei solchen, die ohne Abschluss geblieben sind (38 %). Das betrifft vorrangig die ältere Generation, während in der zweiten Generation der Zuwanderer für die meisten Herkunftsgruppen eine fortschreitende Angleichung feststellbar ist (→ Datenreport 2013, S. 200).

Die deutschtürkische Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek ist als Kritikerin mit der Scharia begründeter Verhaltensmuster bekannt geworden und hat vor allem in ihren Büchern „Die fremde Braut“ (2005) und „Die verlorenen Söhne“ (2006) vor der Duldung einer mit rechtstaatlichen Normen unvereinbaren „Parallelgesellschaft“ gewarnt, die sie als falsche Form der Toleranz betrachtet. Nachdem ihre Eltern 1966 aus der Türkei nach Deutschland eingewandert waren, geriet sie, damals erst ein neun Jahre altes Mädchen, sehr bald mit den von traditionellen islamischen Vorstellungen geprägten rigiden Erziehungspraktiken der Familie in Konflikt und emanzipierte sich durch ihr Studium in Hamburg und ihre wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Migrationssoziologie. Ihr kritisches Engagement hat aber auch gezeigt, dass es nicht immer gelingt, die berechnete und notwendige Kritik an den Lebensstilen und Verhaltensmustern einer integrationsfeindlichen „Gegengesellschaft“, die Verfassungsgrundsätze und Rechtsnormen missachtet, von einer falschen Pauschalwahrnehmung islamischer Lebensformen zu unterscheiden.

Die Migration hat die deutsche Gesellschaft bereichert, selbst wenn sie mit ungelösten Problemen und kulturellen Konflikten verbunden geblieben ist.

Auch wenn in Deutschland keine ausgeprägte „Ausländerfeindlichkeit“ zu erkennen ist, zeigen Umfragen, dass es noch Vorbehalte gibt, die vor allem auf die den meisten Deutschen fremde Religion des Islam bezogen sind. „Der kulturellen Vielfalt, die mit der Anwesenheit der Migranten in Deutschland

verbunden ist, begegnet die einheimische Bevölkerung mehrheitlich mit Skepsis. Dies belegen auch die 44 % der Westdeutschen und 56 % der Ostdeutschen, die der Meinung sind, dass die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland zu Konflikten führt.“ (→ Datenreport 2013, S. 208). Diese Einstellungen werden überwiegend durch die prioritäre Wahrnehmung fremd erscheinender traditionaler Lebensstile begründet. Es sind aber vor

88



89



88 / Studierende in einer Vorlesung „Mathematik für Chemiker“ an der Humboldt-Universität, Berlin 2012. Foto: Jens Kalaene

89 / Sudanesische Sprachschülerin wird mit Klassenkameradinnen unterrichtet. Sächsisches Pilotprojekt für schnellere Anerkennung der Berufsabschlüsse von Zuwanderern. Freital 2012. Foto: Arno Burgi



90



91

allem rechtswidrige Praktiken wie „Zwangsheiraten“ oder die immer noch auch in Deutschland trotz striktem Verbot vorgenommenen Genitalverstümmelungen von Mädchen. Dazu tragen aber auch schockierende Einzelfälle bei, wie der „Ehrenmord“ in einer Familie an der eigenen Tochter, der sich 2005 in Berlin ereignete.

Bestehende Vorbehalte können nur abgebaut werden, wenn das Verfassungsgebot einer umfassenden Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft generell Akzeptanz findet. Von großer Bedeutung ist außerdem, dass sich das wechselseitige Interesse und Verständnis durch zunehmende Kontakte verstärkt. Denn Umfragen zeigen, dass Kontakte zur ausländischen Bevölkerung die Einstellungen positiv verändern. Diese haben sich in Westdeutschland von 1980 bis 2012 auf 87 Prozent mehr als verdoppelt und auch in Ostdeutschland von 1996 bis 2012 im ähnlichen Umfang auf 56 Prozent signifikant erhöht (>Datenreport 2013, S. 211).

Abbau von Segregation ist die wichtigste Voraussetzung, um Deutschland zu einer Gesellschaft werden zu lassen, die auf der Achtung der Verfassungsgrundsätze basiert, den kulturellen Reichtum einer Vielvölkergemeinschaft erkennt und gleichzeitig die Vorzüge der „Transkulturalität“ wahrnimmt. So konstatiert



92

90 / Necla Kelek in ihrer Wohnung. Berlin, 23. März 2010. Foto: Gregor Hohenberg/[laif](#)

91 / Frühstück im Multikulti-Altenheim des DRK in Duisburg Homberg, 13. Februar 2007. Foto: Dominik Asbach/[laif](#)

92 / In dem Theaterprojekt der Münchner Kammer-spiele mit Jugendlichen einer Mittelschule „New here“ wurden Masken von Personen hergestellt, die in der Nachbarschaft leben. München, Mai 2012. Foto: Robert Haas

der deutsche Philosoph Norbert Welsch: „Zeitgenössische Kulturen sind extern denkbar stark miteinander verbunden und verflochten. [...] Für jedes Land sind die kulturellen Gehalte anderer Länder tendenziell zu Binnengehalten geworden. Das gilt auf der Ebene der Bevölkerung, der Waren und der Information [...] Schließlich wirkt sich die zeitgenössische kulturelle Durchdringung – die Transkulturalisierung – auch auf Grundfragen des individuellen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses aus. Identische Problem- und Bewusstseinslagen treten heute in den angeblich so verschiedenen Kulturen auf – man denke etwa an Menschenrechts-Diskussionen, an die feministische Bewegung oder das ökologische Bewusstsein. Sie stellen mächtige Wirkfaktoren quer durch die verschiedenen Kulturen dar.“
(> Wolfgang Welsch, in: Darowska (Hrsg.) 2009, S. 43 und S. 45)

Neue Rollenbilder

Die Realanalyse, die im Hinblick auf die Gleichstellung der Frauen wesentliche Erfolge der Genderpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten gezeigt hat, war von einem Mentalitätswandel begleitet, der sich in sozialwissenschaftlichen Analysen eindrucksvoll bestätigt. Blickt man auf die Rollenbilder, die den Frauen in den letzten drei Jahrzehnten zugeschrieben worden sind, zeichnet sich ein grundlegender Wandel ab. ALLBUS-Umfragen erfassen diese Veränderungen für Westdeutschland seit 1982, während die Entwicklung im Osten erst seit 1991 registriert werden kann.

Grundsätzlich lässt sich ein „traditionelles“ und ein „egalitäres“ Verständnis der Frauenrolle unterscheiden. Dabei wird ein Rollenverständnis als „traditionell“ eingeordnet, „wenn eine Frau primär zu Hause bleiben und ihr die Erziehung der Kinder und der Haushalt zufallen soll, der Mann für die Erwerbsarbeit zuständig ist und die berufliche Karriere der Frau demnach nur einen geringen Stellenwert hat.“ Bei einem „egalitären“ Rollenverständnis „wird eine Rollenangleichung befürwortet“ (> Datenreport 2013, S. 386).

Es überrascht nicht, dass sich diesbezüglich von 1982 bis 2012 eine fundamentale Veränderung der Einschätzung ergeben hat. Dabei unterscheiden sich die Einstellungen von Männern und Frauen nur geringfügig, während sich eklatante Unterschiede zwischen den Generationen erkennen lassen. In Westdeutschland entschied sich 1982 erst ein knappes Drittel (32 %) für eine egalitäre Rollenzuschreibung, ein Jahrzehnt später war die Zustimmung auf mehr als die Hälfte (56 %) angewachsen und wurde 2012 von mehr als drei Viertel (76 %) der Befragten befürwortet. Während dieser Trend bis 1991 bei Frauen und Männern gleichförmig verlief, war die männliche Zustimmungsquote seit Mitte der 1990er Jahre geringfügig niedriger, der Abstand betrug 2012 sechs Prozentpunkte.

Deutliche Unterschiede zeigen sich allerdings, wenn man die Altersgruppen betrachtet. Personen, die 2012 zwischen 18 und 45 Jahre alt waren, stimmten mit Anteilen von fast neun Zehn-





93/Potsdam, 21. Juni 2011: Die Carl-von-Ossietzky-Strasse ist die kinderreichste Strasse Deutschland.
Foto: Gordon Welters/[laif](#)

94



94/ Training im „Box Club Seitenwechsel“
für Mädchen und Frauen, 2005.
Foto: Cathrin Bach

tel einem egalitären Rollenverständnis zu. Dagegen befürwortete von der Generation über 65 Jahre, die also vor 1947 geboren worden war, nur weniger als die Hälfte eine egalitäre Frauenrolle. Im Osten Deutschlands ist die Präferenz für egalitäre Einstellungen noch immer etwa zehn Prozentpunkte (86 %) höher als im Westen, doch hat sich die Differenz, die 1991 noch 20 Prozentpunkte betrug, inzwischen halbiert und erscheint im Altersbereich zwischen 18 und 45 Jahren fast verschwunden.

Der größte Unterschied, der zwischen Ost- und Westdeutschen heute noch erkennbar ist, betrifft die Einschätzung der Konsequenzen weiblicher Erwerbstätigkeit für die Kinder. So findet 2012 noch fast die Hälfte der Westdeutschen (49 %), dass ein Kleinkind darunter leidet, wenn die Mutter berufstätig ist, während nur ein Viertel der Ostdeutschen (26 %) diese Einschätzung teilt (>Datenreport S. 389). Offensichtlich wirken diesbezüglich noch am stärksten generationenübergreifende Prägungen und Erfahrungen nach, die durch die hohe Frauenbeschäftigung in der DDR entstanden sind.

2013 hat eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Frauenzeitschrift „Bild der Frau“ vielfältige Aspekte zum aktuellen Rollenverständnis von Männern und Frauen erschlossen (>Bild der Frau (Hrsg.) 2013). Die Verwirklichung der Gleichberechtigung wird danach von Männern und Frauen weiterhin unterschiedlich beurteilt: „Insgesamt wird die Auflösung der traditionellen, starren Geschlechterrollen von einer deutlichen Mehrheit der Männer begrüßt und vor allem als Befreiung empfunden, die die persönlichen Handlungs- und Entfaltungsoptionen vermehrt. 61 Prozent der Männer äußern sich in diesem Sinne. Aber immerhin rund jeder vierte Mann

beknnt, der alten Aufgabenteilung der Geschlechter und der klaren Orientierung, die diese Aufteilung dem Einzelnen gegeben hat, nachzutrauern (26 Prozent). Im Vergleich zum Urteil der Frauen liegt dieser Anteil unter Männern damit fast doppelt so hoch. [...] So wie Männer – wenn auch nur eine Minderheit – häufiger als Frauen den traditionellen Geschlechterrollen nachzutrauern, halten sie gleichzeitig die Gleichberechtigung von Frauen in Deutschland in deutlich höheren Anteilen für weitgehend erreicht: 44 Prozent der Männer äußern sich in dieser Weise, weitere 6 Prozent sehen sogar bereits einen Zustand erreicht, bei dem Männer manchmal gegenüber Frauen benachteiligt werden. Nur 28 Prozent der Männer halten Frauen in Deutschland für noch nicht gleichberechtigt. Ganz anders die Sichtweise der Frauen: Nur 30 Prozent halten Frauen heute schon für weitgehend gleichberechtigt, 45 Prozent sehen die Gleichberechtigung dagegen noch nicht erreicht“(>ebd., S. 27 u. S. 31).

In der Paarbeziehung sehen sich Frauen und Männer weniger als Konkurrenten, sondern betonen verstärkt den Aspekt des komplementären Verhaltens. So können sich 2013 nur noch

Anke Domscheit-Berg: Qual der Wahl – Karriere oder Partner?

Junge Frauen und Männer wollen heute fast überall das Gleiche. Sie wollen eine gute Arbeit, einen vernünftigen Lohn dafür und eine glückliche Familie. Aber wenn es darum geht, was ihnen bei ihrem Partner respektive der Partnerin am wichtigsten ist, machen sich Unterschiede bemerkbar, die vermutlich Ergebnis sozialer Prägungen und Stereotype sind und vorhandene Rollenbilder perpetuieren. Der Mann will immer noch ganz gern Ernährer sein, über 50 Prozent der jungen Männer finden es sehr wichtig, dass sie mehr verdienen als ihre Partnerin – obwohl nur für 11 Prozent der jungen Frauen das Einkommen ihres Partners wichtig ist. Vielleicht hat sich doch noch nicht bei allen jungen Männern herumgesprochen, dass sich die Ansprüche, aber auch die Erwartungen von jungen Frauen verändert haben in den letzten Jahrzehnten.

Die Shell-Jugendstudie beschreibt dieses Problem noch etwas genauer, es trägt seitdem auch die Bezeichnung 40/80-Katastrophe. Die Zahlen stehen für den Anteil männlicher und weiblicher Jugendlicher, die sich eine wirklich gleichberechtigte Partnerschaft wünschen, in der Frauen und Männer als Mütter und Väter Arbeit und Familienleben in gleicher Weise miteinander vereinbaren. So stellen sich 80 Prozent der Mädchen ihre spätere Partnerschaft vor, aber nur 40 Prozent der Jungen.

Anke Domscheit-Berg 2014, S. 148f.

48 Prozent der Frauen vorstellen, dass ihr Partner zu ihren Gunsten bei seiner Karriere zurücksteckt. Vor 20 Jahren waren es sechs Prozentpunkte mehr. Bereits 2008 hatte eine Allensbach-Umfrage allerdings auch ergeben, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Paarhaushalten weiterhin überwiegend den traditionellen Verhaltensweisen entsprach. „Mehr als drei Viertel der in einer Partnerschaft lebenden Mütter mit Kindern unter 16 Jahren erledigen persönlich ‚alles‘ (4 %) oder ‚das meiste‘ (72 %) der Kinderbetreuung und der Hausarbeit. Diese Einschätzung wird von den Vätern weitestgehend geteilt. Sieben von zehn Vätern geben an, von der anfallenden Sorge- und Hausarbeit den ‚kleineren Teil‘ (61 %) oder ‚kaum etwas, gar nichts‘ (7 %) zu machen (›vgl. Gleichstellungsbericht 2011, S. 174). Diesbezüglich scheinen Frauen zumindest keine grundlegende Veränderung einzufordern.

Auch fünf Jahre später findet in der neuen Allensbach-Umfrage nur knapp ein Viertel der Frauen einen Rollentausch erstrebenswert, bei dem der Mann den Haushalt führt.

Die Allensbach-Studie hat auch soziale Aspekte des Familienlebens beleuchtet: Fast zwei Drittel der Eltern mit Kindern, die jünger als 16 Jahre sind (65 %), finden, dass sie zu wenig Zeit für sich oder ihre Familie haben. Die Mütter glauben, dass vor allem sie selbst zu kurz kommen, die Väter vermuten, dass unter ihrem Zeitmangel in erster Linie die Partnerin und die Kinder leiden. Dass auch Männer nach der Geburt eines Kindes die Elternzeit wahrnehmen, findet heute eine deutlich größere Zustimmung als vor 20 Jahren. Das können sich gegenwärtig bereits 44 Prozent (1993: 33 %) der Männer und 56 Prozent der Frauen (1993: 37 %) vorstellen (›vgl. Tagesspiegel, 25.11.2013).

Junge Lebenswege

Ein seltenes Beispiel für ein politisches Engagement, das schon in früher Jugend begann, bildet Anna Lührmann. Schon als Mädchen von Greenpeace fasziniert, wurde sie mit 14 Jahren Mitglied der Grünen Jugend und avancierte bereits im folgenden Jahr zur hessischen Landes-sprecherin. Im Alter von 19 Jahren wurde sie kurz nach dem Abitur als jüngste Abgeordnete in den Deutschen Bundestag gewählt, dem sie von 2002 bis 2009 angehörte. Parallel studierte sie zunächst an der Berliner Humboldt-Universität, nach kurzer Zeit an der Fernuniversität Hagen Sozialwissenschaften. Als Mutter einer Tochter begleitete sie nach Ihrem Ausscheiden aus dem Parlament ihren Ehemann, der zum Botschafter im Sudan berufen worden war, in dieses Land, wo sie

an der größten Frauen-Universität Afrikas ein Master-Studium in „Gender and Peace studies“ abschloss, bis sie 2011 mit einem Promotionsvorhaben nach Deutschland zurückkehrte.

Im Januar 2014 wurde Verena Bentele zur neuen Behindertenbeauftragten der Bundesregierung bestellt. Obwohl sie noch eine junge Frau ist, hat sie bereits eine eindrucksvolle Lebensgeschichte vorzuweisen. Als blindes Kind 1982 auf einem Bio-Bauernhof am Bodensee geboren, haben sie ihre Eltern bereits früh gefördert und zu einem aktiven Leben ermutigt. Seit 1992 hat sie Leistungssport als Skilangläuferin und Biathletin betrieben und bei vier Paralympics zwischen 1998 und 2010 insgesamt 12 Goldmedaillen gewonnen. Nachdem sie 2009 einen schweren Sportunfall überwinden musste,



95

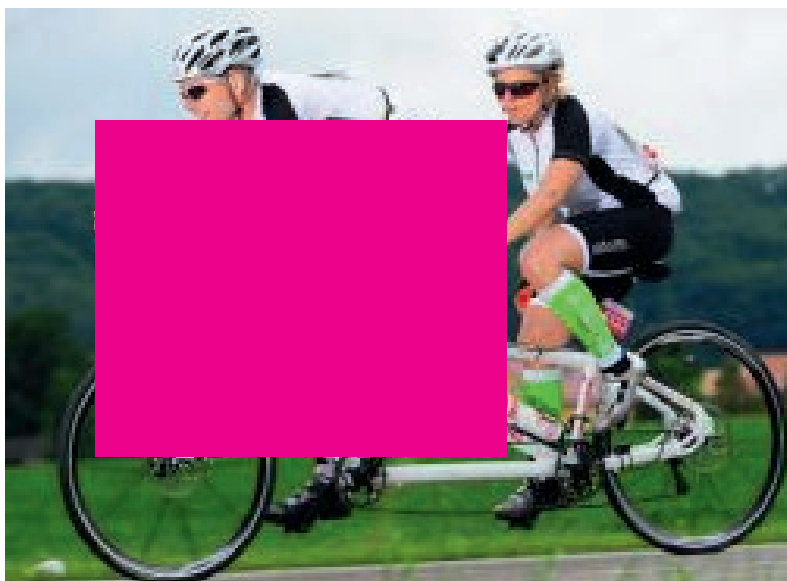
Ein Rückblick als jüngste Bundestagsabgeordnete 2008

Ich hatte schon Zweifel, ob ich das schaffe. Ob ich nicht vielleicht doch zu jung bin. Und ob mir das überhaupt Spaß macht, hier in dieser riesigen Politikmühle. Aber die Zweifel sind eigentlich alle weg, mittlerweile. Mit am wichtigsten dafür war konstruktives und positives Denken, also dass ich, wenn irgendein Problem kam, nicht gesagt habe: Alle haben sich gegen mich verschworen! Sondern: Wie kann man das jetzt lösen? Die größte Rolle bei meiner Karriere spielt die Fähigkeit zum strategischen Planen.

Nicht seinen Lebenslauf, aber seinen Alltag muss man auf jeden Fall stark planen, wenn man nicht im Hamsterrad landen will. Im Bundestag hatte ich am Anfang das Gefühl, dass mich viele skeptisch anguckten, aber dann habe ich mich im Haushaltsausschuss und im Europa-Ausschuss auf bestimmte Themen konzentriert und mir den Ruf erarbeitet, das seriös für die Grünen zu vertreten. Wenn man ernst genommen werden will, müssen die Leute wissen, dass man zu seinem Wort steht, und man muss sich zum Experten machen in bestimmten Themen.

Es gibt auch Leute hier, die dadurch überleben, dass sie alle Tuscheleien, allen Gossip und alle Zeitungs-meldungen kennen und das immer weitergeben. Das ist nicht mein Stil. Dieses Getratsche „Ja, haste schon gehört, derundder macht jetzt denundden Job, und dieunddie hat sich dasunddas Peinliche geleistet“, das machen vor allen Dingen die Männer. Weil man sich dann nämlich wichtig vorkommen kann.

Spiegel Spezial, Nr. 1/2008, S. 51



96

war sie im folgenden Jahr bei den Paralympics in fünf Wettbewerben siegreich und wurde 2011 als Weltbehinderten-sportlerin geehrt.

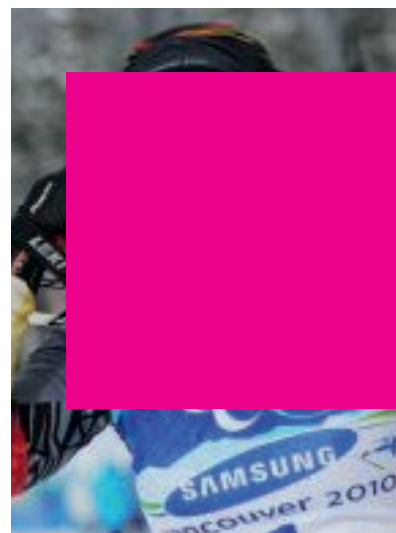
Parallel zu ihren einzigartigen Erfolgen im Spitzensport hat Verena Bentele ihren Bildungsweg beschritten. Nach ihrem Abitur hat sie mit 19 Jahren 2001 ein literaturwissenschaftliches Magisterstudium in München begonnen, das sie 2011 mit Bestnote abgeschlossen hat. Ab 2006 hat sie sich im Systemischen Coaching betätigt. Nachdem sie 2011 ihre Sportkarriere beendet hat, ist sie fünf Jahre später freiberuflich als Personaltrainerin aktiv geworden. Sie hat gleichzeitig auch weiterhin neue Herausforderungen in Grenzbereichen persönlicher Selbstbehauptung gesucht: 2013 bestieg sie den Kilimandscharo, den höchsten Berg Afrikas. Außerdem bestritt sie 2013 und 2014 den 540 Kilometer langen Radmarathon Trondheim-Oslo, der ohne Unterbrechung als „große Kraftprobe“ ausgetragen wird.

Ihr 2014 publiziertes Buch „Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“ signalisiert zusammen mit dem Untertitel „Die eigenen Grenzen verschieben und Sicherheit gewinnen“ ihr eigenes Lebensmotto, das sie auch in ihrer Tätigkeit als Personalcoach konsequent vermittelt hat. Zweimal als Mitglied der Bundesversammlung 2010 und 2012 nominiert, hat sie

sich seitdem auch politisch engagiert. Nach ihrer Berufung zur Behindertenbeauftragten wurde sie zwei Monate später im März 2014 für die SPD in den Münchner Stadtrat gewählt.

Als Behindertenbeauftragte der Bundesregierung tritt sie für ein umfassendes Verständnis von Inklusion ein. „Inklusion geht uns alle an, sie betrifft Menschen mit und ohne Behinderung. Sie betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens und muss selbstverständlich für alle Themen mitgedacht werden. Inklusion ist wesentlich mehr, als nur eine Rampe für Rollstuhlfahrer vor die Tür zu stellen [...] Es gibt Hunderte Bereiche, in denen Inklusion und Teilhabe vorangetrieben werden müssen. Es gibt aber auch schon viele Beispiele, die einen guten Weg anzeigen. Das kann einfach nur das Café nebenan sein oder der Sportverein, der selbstverständlich Sport für Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam anbietet. (> www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/PM19_LivegangInklusionslandkarte.html)

Höchst ambivalent sind der Einfluss und die Wirkungen, die Frauen aus der Unterhaltungsbranche auf die Ausprägung von Geschlechterrollen haben. Hier treten ebenso traditionalistische Orien-



97

95/ Die 19-jährige Anna Lührmann im Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer, Berlin, 17. Oktober 2002. Foto: Peer Grimm

96/ Verena Bentele und Alex Heim auf Tandem

97/ Paralympics, Vancouver 2010

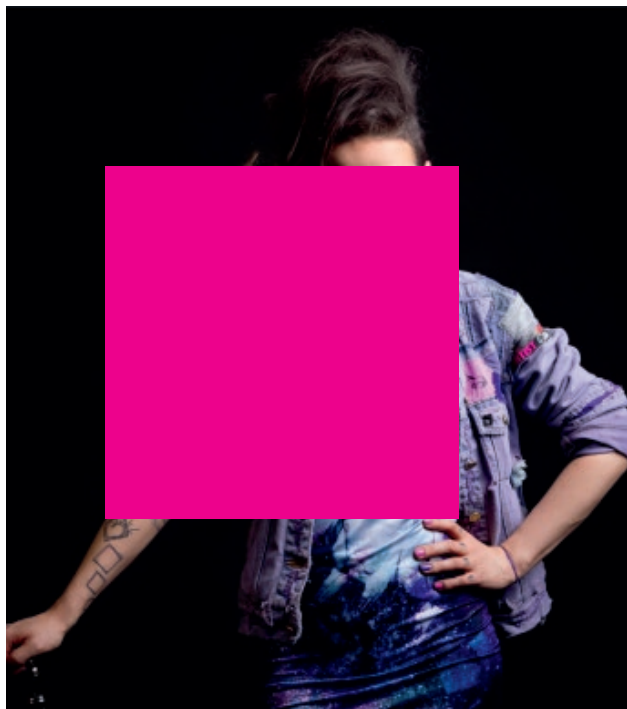
98

**98 / Helene Fischer, Hamburg 2014.**

Helene Fischer deutscher Schlagerstar. Die als Tochter eines russisch-deutschen Ehepaares in Sibirien geborene, im Alter von sechs Jahren 1988 mit ihrer Familie nach Rheinland-Pfalz übersiedelte Schlagersängerin und Entertainerin hat ihren Durchbruch 2007 erreicht. Vier Jahre später hat sie mit ihrem fünften Studioalbum die Spitze der deutschen Charts erobert und bis Ende 2014 „Atemlos“ mehr als sieben Millionen Tonträger verkauft.

99 / Sokkee, deutsche Rapperin.

Engagiert sich gegen Homophobie und Sexismus im deutschen Hip Hop sowie gegen Rassismus und Gewalt in Deutschland. Im 3. Lebensjahr flüchtete Nora Hantzsch mit ihren Eltern aus Mecklenburg nach West-Berlin, studierte Linguistik und Gender Studies und begann 2003 ihre Karriere als Queer-Rapperin. Von ihren männlichen Kollegen wie Bushido, denen sie ein Frauenbild wie „Burschi mit Schmiss“ vorwirft, grenzt sie sich dezidiert ab.



tierungsmuster in Erscheinung, die sich etwa in den auf die ältere Generation zielenden Volksmusiksendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens als erstaunlich resistent erweisen, wie auch Attitüden autonomer Lebensentwürfe, die im Unterhaltungsmilieu alle Konventionen in Frage stellen und ihre Vorbilder in der internationalen Popkultur etwa bei Madonna oder Lady Gaga finden. Der schöne Schein des Starkults, verkörpert in Models wie Claudia Schiffer oder Heidi Klum, vermischt sich mit einem exhibitionistisch aufgeladenen Unterhaltungsbedürfnis und zielt damit vor allem auf das Lebensgefühl von Jugendlichen, wobei oft nur noch die Verheißungen der Konsumgesellschaft in den Fokus rücken.

Symptomatisch dafür war das Aufkommen von Casting-Shows im deutschen Fernsehen seit Mitte der 1990er Jahre, die massenhaft gerade jugendliche Zuschauerinnen anzogen. Diese bedienten eine Sehnsucht nach der Welt der „Reichen und Schönen“, nach öffentlicher Anerkennung und einem interessanten und luxuriösen Leben. Gleichzeitig stellten diese Wettbewerbe für die meisten ihrer Teilnehmerinnen eine Überforderung (und oft auch eine Demütigung)

dar, weil die ihnen zugrunde liegenden Klischees einer von der internationalen Modeindustrie diktierten äußeren außergewöhnlichen Attraktivität und gleichzeitigen Belastbarkeit größtenteils unerreichbar sind. Hier wurde ein Leitbild inszeniert, das sich in vielerlei Hinsicht negativ ausgewirkt hat. Eine solche fremdbestimmte Selbstvermarktung junger Frauen bedeutet eine fast vollständige Preisgabe emanzipatorischer Ziele.

Sie steht im deutlichen Kontrast zu einer „Trash“-Ästhetik oder zur individuellen Autonomie einer anarchistisch frechen „Girlie“-Bewegung.

Die Selbstverwirklichung als provokante Selbstinszenierung mit hohem „Spaßfaktor“, die Ablehnung des Langweiligen, Biederen stehen dabei im Vordergrund. „Girlie-Power“, also ein freches und scheinbar unbekümmert unangepasstes Anmelden der eigenen Ansprüche durch jugendliche Frauen, das Spiel mit „Un-Correctness“, eine Abgrenzung vom Biedersinn, der Bravheit und kleinbürgerlichen Harmlosigkeit der eigenen Elterngeneration kann als eine neue, zwar vorübergründig politikabstinente, aber nicht wirkungslose Form einer neuen Protestkultur betrachtet werden.



100 / Auf dem Fusion Festival, 2012. Das viertägige Musikfestival auf einem ehemaligen Militärflugplatz in Mecklenburg-Vorpommern wird durch Theater und Performance-Kunst bereichert. Foto: Malte Jäger/laif

102

101



101 / Sarah Kuttner, 2011.

Foto: Marcus Höhn/laif

102 / Sarah Kuttner, 2005.

Foto: Marcus Höhn/laif

Als ein Vor- und Leitbild, das ein affirmatives Unterhaltungsbedürfnis in der Medienbranche unterlaufen hat, kann die frühere Viva- und MTV-Moderatorin Sarah Kuttner gelten. Im Jahr der deutschen Einheit war sie erst zehn Jahre alt, Abitur machte die Tochter eines beliebten DDR-Fernsehmoderators an einem Gymnasium, das einst als DDR-Oberschule nach August Bebel und nun nach John Lennon benannt war, ging anschließend nach London, wo sie als Praktikantin im „Spiegel“-Büro tätig war, und begann nach ihrer Rückkehr eine Reportertätigkeit beim Jugendradio Fritz des RBB.

Weit bekannt wurde sie 2001 als Moderatorin der Musiksender Viva und MTV und arbeitet seit 2004 auch für die ARD und das ZDF, wo sie mit ungewöhnlichen Sendeformaten auf sich aufmerksam gemacht hat. Sie ist nicht nur eine unkonventionelle Moderatorin, sondern schrieb auch Kolumnen für die Süddeutsche Zei-

tung, die sie in zwei Textsammlungen mit den für sie charakteristischen Titeln Das oblatendünne Eis des halben Zweidrittelwissens und Die anstrengende Daueranwesenheit der Gegenwart (2006/07) publizierte. Sarah Kuttner ist auch als Buchautorin hervorgetreten. 2009 hat sie ihren ersten Roman „Mängel exemplar“ veröffentlicht, der eine Auflage von 600 000 Exemplaren erreichte. Zwei Jahre später folgte „Wachstumsschmerz“, ein Roman, „von der Sehnsucht und der Angst, ein eigenes, richtiges, erwachsenes Leben zu haben“, wie die Ankündigung des renommierten S. Fischer Verlages lautete. Sarah Kuttner, die sich im Fernsehen ursprünglich vor allem bei der jungen Generation einen Namen erwarb, hat einen eigenständigen Weg beschritten, in dem sich Originalität und Fantasie mit einer kritischen Distanz zu den seichten Unterhaltungsangeboten des Mediums verbinden.

Erwachsenwerden

Frau Kuttner, in Ihrem Buch „Wachstumsschmerz“ schreiben Sie aus der Perspektive der Protagonistin Luise, die sich Anfang 30 mit vielen Fragen des Erwachsenwerdens konfrontiert sieht. Wie haben Sie sich auf das Thema vorbereitet?

Kuttner: Ich habe für die Thematik ein bisschen recherchiert, darüber, was das Problem am 30-Sein ist, warum sich das so anfühlt, als wenn sich im Leben gerade ganz viel ändert.

Wie recherchiert man so etwas?

Kuttner: Ich habe mich mit Freunden unterhalten, die tatsächlich gerade alle ihre Jobs kündigen, die sie seit zehn Jahren haben, um etwas Anderes zu machen, um jetzt doch noch Fotograf zu werden oder um nochmal zu studieren. Das tauchte erstaunlich häufig auf, jeder meiner Freunde hat das, jeder hat gerade irgendwo gekündigt und baut sich etwas Anderes auf. Das fand ich faszinierend und ich habe versucht, herauszufinden, was deren Problematik ist.

Sie selbst haben mit dem Problem aber nicht zu kämpfen?

Kuttner: Nein, ich empfinde das nicht so doll, ich möchte eigentlich ganz gerne bei meinem Job bleiben. Wobei es immer wieder Momente gab – das war auch der ausschlaggebende Punkt für das Buch – dass ich in meiner Küche saß und angepisst war vom Fernsehen. Fernsehen ist zwar mein Beruf, aber schon auch hässlich. Fernsehen fetzt schon nicht so richtig, Fernsehen wird immer hässlicher, anstrengender und immer döfer, wo ich mich auch schon oft gefragt habe: Warum ist ausgerechnet das mein Job, warum arbeite ich in einer Branche, die gerade so doof wird und mir so wenig Spielraum lässt, für Sachen, die ich gut finde?

Luise grübelt fortwährend über solche Dinge, hadert mit ihrem Beruf, ihrer Beziehung, ihrer Modelkarriere.

Sind Sie persönlich auch so eine Grüblerin?

Kuttner: Nein. „Wachstumsschmerz“ ist ja auch kein autobiographisches Buch. Ich kann viele Gefühle ganz gut beschreiben, weil ich die auch schon hatte, ich kann sie mir aber auch einfach ausdenken oder sie von anderen Leuten klauen. [...]

Bei Luises Orientierungslosigkeit stößt man im Buch auch auf den Begriff der „Quarterlife Crisis“.

Ist das ein ernstzunehmendes Phänomen oder nur ein übertriebenes Wehwehchen?

Kuttner: Ich finde das nicht übertrieben. Nur passt „Quarterlife“ nicht so richtig, weil sich das auf die Zeit direkt nach dem Abi bezieht, was ich überhaupt nicht problematisch finde. Ich würde gerne die „Thirdlife Crisis“ erfinden, das ist es für mich viel eher. Ich glaube schon, dass man erstmal zehn Jahre Erwachsen-Sein spielt und dann merkt, dass es jetzt wirklich losgehen muss. Ich habe viele Leute in meinem Umfeld gesehen, die sich darüber Gedanken machen, manche Leute bekommen deswegen auch Depressionen. Es ist ein Umbruch und ich glaube, dass es heutzutage schwierig ist, immer alles entscheiden zu dürfen. Es fetzt, aber es nimmt einem auch Sicherheit. Das ist ja die grundsätzliche Frage: Will man die Sicherheit, die unsere Eltern hatten, dafür weniger Auswahl, oder will man ganz viel Auswahl und dafür weniger Sicherheit?

Kann es auch sein, dass einem die Industrie und die Medien zu viel weismachen wollen, welches das ‚richtige‘ Leben ist, so dass man selbst verlernt von innen heraus und selbstbestimmt zu leben?

Kuttner: Das kann schon sein. Aber ich will nicht mit der Flinte auf die Medien zeigen, denn unterm Strich sind wir alle groß genug um selber entscheiden zu können, egal was uns die Medien vorleben. Es wird einem natürlich schon suggeriert, dass man alles werden kann. Da ist aber auch etwas Wahres dran, ich glaube, dass du mit einem Grundlevel von Talent und Ehrgeiz wirklich... Also, hätte ich es richtig doll gewollt, hätte ich zum Beispiel auch Politikerin werden können. Vielleicht nicht Bundeskanzlerin, aber ich hätte zumindest in diese Richtung gehen können. Ich finde diesen Gedanken, dass man fast alles werden kann, auch ganz schön. Es erfordert heute nur ein bisschen mehr Stärke, um mit der großen Auswahl an Möglichkeiten fertig zu werden. Das kann einen auch überfordern.

Geht es in Ihrem Buch um Lösungen?

Kuttner: [...] Es geht bei mir nie so richtig um Lösungen. Erstens habe ich keine, die für alle Leute gelten und zweitens finde ich es auch gefährlich, anderen Leuten Lösungen vorzuschlagen, jeder soll es so machen wie er will. Ich wollte nur kurz einen Einblick in das Leben einer bestimmten Person bieten, die aber immer noch allgemeingültig genug ist, als dass sich relativ viele Leute angesprochen fühlen.

Irgendwann gibt es nur noch Kochsendungen! Sarah Kuttner über ihr Buch „Wachstumsschmerz“,

Quoten, hässliches Fernsehen und eine Kunst-Aktion mit Schuhcreme, 20. Dezember 2011 www.planetinterview.de

103

103/Girls Day: Im Ausbildungszentrum einer Raffinerie in Wesseling bei Köln. Auszubildende erklären Schülerinnen die Ausbildungsmöglichkeiten, 15. Januar 2013. Foto: Heiko Specht/laif

104/Erfahrungsaustausch im Computerkurs, 13. November 2010. Foto: Cathrin Bach

105/Das starke Geschlecht. Was Frauen erfolgreich macht. Titel von SPIEGEL SPEZIAL 1/2008.

106/Das Geheimnis starker Frauen. Warum viele Töchter der DDR 20 Jahre nach dem Mauerfall so erfolgreich sind. Titel stern, Nr. 46/2009.



104

Generationen im Wandel

Der Prozess einer fortschreitenden Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch drei wichtige Faktoren bestimmt worden: (1) durch politische Rahmenbedingungen; (2) durch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interessen; (3) durch zunehmende Beteiligungsansprüche von Frauen.

Nach dem Kriegsende hatten Frauen in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ eine weitreichende Verantwortung übernehmen müssen, die einen frühen Emanzipationsschub ausgelöst hat. Nach Rückkehr ihrer Männer haben sich viele bereitwillig wieder in die Privatsphäre zurückgezogen, wobei sich nach der dop-

pelten Staatsgründung schon kurzfristig unterschiedliche Entwicklungen abzeichneten. In der DDR blieben zwar konventionelle Orientierungen im Geschlechterverhältnis weitgehend wirksam, doch wurde die Integration der Frauen in das Berufsleben in dem Maße forciert, wie sich durch die Massenabwanderung („Republikflucht“) in den Westen der Arbeitskräftemangel verstärkte. Insbesondere seit Anfang der 1960er Jahre wurden zahlreiche Frauenförderprojekte mit dem Ziel initiiert, die Bildungsqualifikation von Frauen zu erhöhen und ihr Arbeitskräftepotenzial weitestgehend auszuschöpfen. Gleichzeitig wurde in der Bundesrepublik der im Zeichen wirtschaftlicher Prosperität zunehmende Mangel an Arbeitskräften vorrangig durch „Gastarbeiter“ kompensiert. Diese gegenläufige Entwicklung war insbesondere der Persistenz traditioneller Rollenbilder in Westdeutschland geschuldet, die sich erst seit Mitte der 1960er Jahre im Zuge der sexuellen Liberalisierung und infolge des Generationenkonflikts aufzulösen begannen.

Ende der 1960er Jahre entwickelten vor allem jüngere Frauen im Westen Deutschlands ein neues, vom Feminismus geprägtes Selbstbewusstsein, das die Diskrepanz zwischen der „Gründergeneration“ der ausgehenden 1940er und 1950er Jahre und

Generationenbrüche

Der Generationskonflikt, bei dem im Westen alle sofort an 1968 dachten, ging mir nicht aus dem Kopf. Die Sache lag bei uns jedoch etwas anders: Eine Rebellion gab es für uns nicht. Im Gegenteil: Wir waren nahezu die Einzigen, die nichts gegen unsere Eltern taten, so zumindest kam es uns manchmal vor. Sie lagen ja schon am Boden, inmitten der Depression einer ganzen Generation, und wir, die wir mit viel Glück und dank unserer späten Geburt um ein DDR-Schicksal herumgekommen waren, wollten die am Boden Liegenden nicht noch mit Füßen treten. Die Geschichte der Wende hatte die Illusionen und Selbstbilder unserer Eltern zerstört und weggefeht. Ihnen war nichts mehr zu entreißen, das sie noch in Besitz gehabt hätten.

Wie sollten wir glaubhaft versichern können, wir hätten uns damals nicht von der Stasi anwerben lassen, wir wären nicht in die SED eingetreten, sondern hätten Flugblätter verteilt, Untergrundzeitschriften publiziert und einen Ausreiseantrag gestellt? Unsere DDR war zu Ende, bevor wir solche Fragen beantworten mussten.

Jana Hensel: Zonenkinder, Reinbek 2002, S. 75 f.

dieser zweiten Generation deutlich sichtbar machte: im Anspruch auf Bildung, Beruf und eine weibliche Emanzipation, die sich am Leitbild autonomer Entscheidungsfindung orientierte. Während die Frauen im Westen ihre erweiterten Handlungsspielräume weitgehend selbst erkämpfen mussten, häufig gegen die männerdominierte Gesellschaft, erweckte die DDR den Anschein, die Gleichberechtigung der Frauen als politisches Programm verwirklicht zu haben, obwohl der SED-Staat nahezu ausschließlich von Männern beherrscht blieb.

So erklärt sich, dass der Feminismus ein westdeutsches Charakteristikum geblieben ist, während in der DDR die Beharrungskraft konventioneller Verhaltensmuster im Privatleben außerhalb der Bildungs- und Berufssphäre auch von Frauen nur selten kritisch hinterfragt wurde.

Eine grundlegende Zäsur für die Neubewertung von Geschlechterverhältnissen bildete die deutsche Vereinigung 1990. Während sich die ostdeutschen Frauen der mittleren und älteren Generation im Zuge des ökonomischen Transformationsprozesses vor allem neuen Risiken konfrontiert sahen, erlebte die junge „Dritte Generation Ost“ die Wende insbesondere als Erweiterung von Lebenschancen

und Gestaltungsmöglichkeiten, wobei sich junge Frauen als besonders initiativfreudig zeigten.

Dass es im Osten Deutschlands „starke Frauen“ gibt, hat nicht nur ein Hamburger Magazin registriert. Es wird vor allem durch die 2008 entstandene Initiative „Frauen machen Neue Länder – Erfolgreich in Ostdeutschland“ manifestiert, die ihre Aktivitäten 2012 in einer Zwischenbilanz publiziert hat. Als Befund einer 2010 entstandenen Studie hat sich ein deutlicher „Emanzipationsvorsprung der ostdeutschen Frauen“ in der jungen Generation ergeben: „Signifikant ist, dass in Ostdeutschland nicht nur mehr Frauen in Führungspositionen arbeiten



105



106

107



107 / Die Teilnehmer des Gründungsworkshop „Be bold, be brave – how to found and grow a company“ während der DLD women (Digital – Life – Design) Konferenz im Haus der Kunst in München, 2014. Foto: Robert Schlesinger

108 / [Adriana Lettrari](#)

109 / Mit Talar und Barrett: Junge Mutter (Medizinerin) nach bestandenem Examen auf einer Absolventenfeier der Universität Bonn, 2009. Foto: Ulrich Baumgarten

(30 Prozent Ost gegenüber 24 Prozent West im Jahr 2008), sondern dass sie auch wesentlich häufiger Familie und Kinder haben als Frauen in den alten Bundesländern. 70 Prozent der ostdeutschen Managerinnen, aber nur 36 Prozent der westdeutschen sind Mütter. Im Osten sind 11 Prozent der zwischen 1964 und 1968 geborenen Frauen kinderlos, im Westen ist der Anteil doppelt so groß.“ (Isabel Hempel, in: Hacker [Hrsg.] 2012, S. 171) Die 1979 in Mecklenburg geborene Kommunikationswissenschaftlerin Adriana Lettrani, die bis 2011 als Parlamentsmitarbeiterin tätig war und sich als Systemberaterin und Jungunternehmerin etabliert hat, beschreibt die Potenziale der ostdeutschen dritten Generation mit den Attributen selbstbewusst, integrativ, wandelerprobt, pragmatisch, engagiert und kooperativ: „Als Dritte Generation Ostdeutschland verfügen viele von uns über die Erfahrung eines persönlichen sozialen Aufstiegs durch Bildung. Viele wissen, was es heißt, wenn es in der eigenen Familie ein Auf und Ab von Erwerbstätigkeit und Einkommen gibt. Wir besitzen ein hohes Maß an Sensibilität für soziale Ungleichheit und können uns in andere gut hineinversetzen.“ (Adriana Lettrani, in: Hacker [Hrsg.] 2012, S. 206)

Blieben sich die älteren ost- und westdeutschen Frauen eher fremd, so kam sich die dritte Generation zunehmend näher, so dass heute kaum mehr Unterschiede in den Mentalitätsmustern bestehen. Doch die Erwerbstätigkeit von Frauen als selbstverständliche Lebensorientierung, ihr Anspruch auf eine ausreichende Kinderbetreuung, die der Staat oder Betrieb zu gewährleisten hat – das war eine Art Gewohnheitsrecht, das ostdeutschen Frauen in das gesamtdeutsche Bewusstsein mit fortschreitender Wirkung eingebracht haben. Diesbezüglich hat die deutsche Vereinigung auf den Prozess der politisch induzierten Gleichstellung zumindest seit Mitte der 1990er Jahre einen zusätzlichen Impuls erhalten.

Die junge Generation zeigt heute viele Gesichter. Die Fotografin Loredana Nemes öffnet mit ihren Arbeiten einen freien Assoziationsraum, der die Vielfalt der Gesichter in der jungen Generation auf eindringliche Weise ahnen lässt. Sie wurde 1972 in Rumänien geboren, floh 13-jährig mit ihrer Familie vor dem Ceausescu-Regime nach Aachen, studierte dort deutsche Literatur und Mathematik und wechselte 2001 nach Berlin und zur Fotografie. Ihre Arbeiten, vorwiegend Porträts, werden meist nach spontaner Ansprache auf der Straße realisiert und folgen einem eigenen Konzept: Einzelaufnahmen werden zu Diptychen oder Triptychen zusammengefügt. Auf diese Weise entstehen an den Übergängen zwischen den Fotografien Doppelungen oder Brüche, die dadurch hervorgerufenen Spannungsmomente lassen Raum für unterschiedliche Deutungen.



108



109

Alphamädchen

Alphamädchen sind wir alle. Nicht nur die Autorinnen dieses Buches, sondern alle jungen Frauen, die mitdenken und Ziele haben; die sich für die Welt interessieren und frei und selbstbestimmt leben möchten, jede nach ihrer Art – das sind wir Alphamädchen.

[...] schon längst haben viele junge Menschen – Mädchen und Jungen, Frauen und Männer – das Gefühl, dass etwas schief läuft. Sie beobachten, wie ihre engagierten, hoch qualifizierten Freundinnen zu Vollzeitmüttern werden, sobald Kinder kommen. Sie registrieren, dass gleichzeitig alte, längst überkommen geglaubte Rollenmuster wieder salonfähig werden. Sie kritisieren die Schönheitsideale der Medien und den alltäglichen Sexismus. Sie werden wütend, wenn über ihre Köpfe hinweg bestimmt wird [...]

Wir können und wollen nicht mehr so tun, als wäre alles in bester Ordnung und jede für sich müsste sich nur genug anstrengen. Es ist Zeit, dass wir jungen Menschen endlich selbst die Diskussion führen, wie Frauen und Männer im 21. Jahrhundert miteinander leben wollen. Und dann müssen wir auch handeln – sonst wird sich nämlich nie etwas ändern. Wir haben lange genug den anderen zugehört – jetzt sind wir dran. [...]

Wir wollen uns in keiner Lebenssituation mehr einreden lassen: „Das gehört sich nicht für eine Frau“ oder „Mädchen können das nicht“. All das sollte eigentlich selbstverständlich sein, und doch ist es das nicht. Wenn die Gleichberechtigung der Geschlechter in unserem Land schon Realität wäre, müssten wir nicht darüber reden. Realität aber ist, dass wir weiter um Emanzipation kämpfen müssen, in fast allen Bereichen des Lebens. Je weiter diese Erkenntnis wächst, desto absurder klingen die oft strapazierten Worte „Ich bin keine Feministin, aber...“ Schluss mit dem Quatsch! Wir sind Feministinnen. Alle. Weil wir doch alle genau das wollen, was auch der Feminismus will: gleiche Verhältnisse für Frau und Mann. Also sollten wir auch etwas dafür tun. [...]

Der Feminismus wurde nicht in den siebziger Jahren erfunden und auch nicht von Alice Schwarzer oder anderen gepachtet. Und doch wird er fälschlicherweise immer wieder mit Thesen aus dieser Zeit gleichgesetzt: dass Männer zum Beispiel grundsätzlich gewaltbereit seien, dass Kinder uns von der Partizipation an unserer Gesellschaft abhielten, dass Frauen grundsätzlich die besseren Geschöpfe seien – reichlich fragwürdige Paradigmen, mit denen heute nicht einmal mehr die meisten der sogenannten Alt-Feministinnen etwas anfangen können.

Die Frauenbewegung hat uns ermöglicht, ein leichteres, angenehmeres Leben zu führen als die Generationen vor uns. Aber weil der Feminismus selbst nichts Leichtes an sich zu haben scheint, interessiert er viele Frauen nicht länger. [...] Auf die Idee, dass der Feminismus einfach nur mal auf den neuesten Stand gebracht werden muss, ist bis vor kurzem offenbar niemand gekommen.

Wir haben doch freie Hand: Wir können uns den Feminismus zurechtzimmern, wie wir es für die heutigen Umstände als angemessen und sinnvoll erachten. Der alte Feminismus hat keine Lösung für das Dilemma „Beruf oder Familie“? Dann muss der neue Feminismus eine finden! Der alte Feminismus will die Frauen stärken, indem er die Männer erst einmal ausschließt? Dann muss ein neuer Feminismus den Männern erklären, warum es auch für sie super ist, wenn wir uns weiterentwickeln.

Haaf/Klingner/Streidl 2009, S. 7–17.



110



111

Während das in Ludwigsburg entstandene Diptychon behutsam und ohne jedes Pathos die Zuneigung zweier junger Leute gestaltet, wobei sich die traditionellen Geschlechterrollen vollständig verwischen, setzt das 2014 realisierte Triptychon aus der Serie „Neue Porträts“ einen anderen Akzent. Während der Karnevalstage werden drei junge Frauen in einem improvisierten Straßenstudio mit einem Stuhl vor einem schwarzen Hintergrundstoff aus dem lauten Treiben des Karnevals in eine „Hülle der Stille“ getaucht und scheinen im vermeintlichen Schutze ihrer mehr oder weniger auffälligen Verkleidung eine Demaskierung

besonderer Art zuzulassen“, wie die Fotografin selbst ihre Intention beschreibt.

Die „dritte Generation“ macht ihre eigenen Erfahrungen und artikuliert neue Ansprüche. Sie bewegt sich zwischen einem selbstbezüglichen Materialismus, Karriere-denken und der Suche nach neuen Lebensformen, auch im Geschlechterverhältnis. Ein neuer Feminismus selbstbewusster „Alphamädchen“ hat den Feminismus der 1970er Jahre abgelöst. Er will die Gleichstellung der Frauen nicht gegen die Männer verwirklichen, sondern auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen gestalten. Dieses Experiment Zukunft hat bereits begonnen.

110/ Max und Corrine,
2012 in Ludwigsburg.
Aus der Serie „Blütezeit“.
Foto: Loredana Nemes

111 / Ronja, Sophie und Susana,
2014 in Aachen. Aus der
Serie „Neue Portraits“.
Foto: Loredana Nemes

Literaturverzeichnis

Abelshauser, Werner: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004 (Lizenzausgabe Bonn 2004)

Akbas, Melda: *So wie ich will. Mein Leben zwischen Moschee und Minirock*, München 2012

Aly, Götz: *Hitlers Volksstaat: Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt / M. 2005

Aly, Götz (Hrsg.): *Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus*, Frankfurt / M. 2006 (Lizenzausgabe Bonn 2006)

Amos, Robert: *Mythos Romy Schneider. Ich verleihe mich zum Träumen*, München 2000

Anders, Ann (Hrsg.): *Autonome Frauen – Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968*, Frankfurt/M. 1988

Anger, Hans: *Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten*, Tübingen 1960

Apelt, Erna/Brigitte Aulenbacher/Angelika Wetterer (Hrsg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen* (Forum Frauen- und Geschlechterforschung Band 37), Münster 2013

Balbach, Sonja: *Wir sind auch die kämpfende Front – Frauen in der rechten Szene*, Hamburg 1994

Bänsch, Dieter (Hrsg.): *Die fünfziger Jahre*, Tübingen 1985

Barsch, Barbara/Gabriele Muschter (Hrsg.): *Deutsche Lebensläufe. Gespräche zwischen Ost und West*, Berlin 2000

Beauvoir, Simone de: *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*, Reinbek 1951

Becker, Baerbel (Hrsg.): *Unbekannte Wesen: Frauen in den sechziger Jahren*. BilderLeseBuch, Berlin 1987

Becker, Peter/Alfred Luetke (Hrsg.): *Akten, Eingaben und Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997

Becker, Ruth/Beate Kortendiek: *Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (3. erw. und durchges. Aufl.), Wiesbaden 2010

Beier, Nils (Hrsg.): *Manfred Beier Alltag in der DDR. So haben wir gelebt*. Fotografien 1949–1971 aus dem größten Privatarchiv der DDR, Köln 2012

Benz, Ute (Hrsg.): *Frauen im Nationalsozialismus. Dokumente und Zeugnisse*, München 1993

Benz, Wolfgang: *Geschichte des Dritten Reiches*, München 2000

Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Band 3: Gesellschaft, Frankfurt/M. 1989

Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1996

Bergmann, Franziska/Jennifer Moos/Claudia Münning: *queere (t)ex(t)perimente*, Freiburg i. Br. 2008

Bergmann, Klaus/Gerhard Schneider (Hrsg.): *1945. Ein Lesebuch*, Hannover 1985

Bersch, Günter/Ilona Rühmann: *Startbahn Ost. Zehn Lebensbilder*, Berlin 2000

Beuys, Barbara: *Familienleben in Deutschland*, Neuaufgabe München 2005

Beuys, Barbara: *Die neuen Frauen – Revolution im Kaiserreich. 1900–1914*, München 2014

Bild der Frau (Hrsg.): *DER MANN 2013 – Arbeits- und Lebenswelten Wunsch und Wirklichkeit*, Studie vom Institut für Demoskopie Allensbach, September 2013
www.axelspringer.de/downloads/21/16383966/BdF_Studie_Ma__776_nner1-86_finale_Version.pdf

Bock, Gisela: *Geschichte, Frauengeschichte, Geschlechtergeschichte*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 14, 1988, S. 364–391

Bock, Gisela: *Frauen in der europäischen Geschichte: vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, München 2005

Boelcke, Willi A.: *Der Schwarz-Markt 1945–1948. Vom Überleben nach dem Kriege*, Braunschweig 1986

Bouvier, Beatrix: *Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker*, Bonn 2002

Bove, Jens (Hrsg.): *Christian Borchert. Fotografien von 1960 bis 1996* (sammlung deutsche fotothek), Dresden 2011

Brasch, Thomas: *Vor den Vätern sterben die Söhne*, Berlin 1977

Brenner, Desirée: *Die selbstbewusste Frau in der Moderne – ein inhaltsanalytischer Vergleich der Frauenbilder in Frauenzeitschriften*, München 2011

Brentzel, Marianne: *Die Machtfrau. Hilde Benjamin 1902–1989*, Berlin 1997

Bronnen, Barbara/Franz Henney: *Liebe, Ehe, Sexualität in der DDR*, Interviews und Dokumente, München 1975

Broszat, Martin/Hermann Weber (Hrsg.): *SBZ-Handbuch*, München 1998

Brunswig, Hans: *Feuersturm über Hamburg*, Stuttgart 1978

Buchholz, Wolfhard: *Die nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Freizeitgestaltung und Arbeiterschaft im Dritten Reich*, Diss. München 1976

Budde, Gunilla-Friederike (Hrsg.): *Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945*, Göttingen 1997

Budde, Gunilla-Friederike: *Frauen der Intelligenz: Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975*, Göttingen 2011

Bührmann, Andrea/Angelika Diezinger/Sigrid Metz-Göckel (Hrsg.): *Einführung in die Frauen- und Geschlechterforschung. Arbeit, Sozialisation, Geschlecht*, Opladen 2000

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): *Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz* (Forschungsbericht 6), Köln 2009

www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb06-muslimisches-leben.pdf?__blob=publicationFile

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland*, Bonn 2013

Bundesministerium für Forschung und Bildung (Hrsg.): *Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*. 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn 1998

Cornelißen, Waltraud (unter Mitarbeit von Renate Engbers): *Klischee oder Leitbild? Geschlechtsspezifische Rezeption von Frauen- und Männerbildern im Fernsehen*, Opladen 1994

Dackweiler, Regina-Maria (Hrsg.): *Willkommen im Club? Frauen und Männer in Eliten*, Münster 2007

Dähner, Susanne/Uta Bauer: *Das volle Leben! Frauenkarrieren in Ostdeutschland*. Studie im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, 2010

Dagan, Bathseba: *Gesegnet sei die Fantasie – verflucht sei sie! Erinnerungen an „Dort“*, Berlin 2005

Daniel, Ute: *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1989

Darowska, Lucyna/Thomas Lüttenberg/Claudia Machold (Hrsg.): *Hochschule als transkultureller Raum? Kultur, Bildung und Differenz in der Universität*, 2010

www.transcript-verlag.de/ts1375/ts1375.php

Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistisches Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Bonn 2006

Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in Zusammenarbeit mit dem Sozio-oekonomischen Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Bonn 2013

Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern: Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten (1945–1961), hrsg. von Prof. Dr. Volker Berghahn und Prof. Dr. Uta Poiger

http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/editor.cfm?section_id=14&language=german

Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern: Zwei deutsche Staaten (1961–1989), hrsg. von Prof. Dr. Konrad Jarausch und Prof. Dr. Helga A. Welsh

http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/section.cfm?section_id=15&language=german

Deutscher, Isaac: *Reportagen aus Nachkriegsdeutschland*, Hamburg 1980

Deutschkron, Inge: *Ich trug den Gelben Stern*, Köln 1978

Deutschland–Jahrbuch 1949, hrsg. von Dr. Klaus Mehnert und Dr. Heinrich Schulte, Essen 1949

Deutschland Deutschland 40 Jahre. *Eine Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Bild und Text*, Gütersloh 1989

Die Frau in der DDR. Statistische Kennziffernsammlung, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1989

Dingemann, Rüdiger/Renate Lüdde: *60 Jahre Deutschland Mode und Design. Was und wie es Euch gefällt*, München 2009

Dohm, Hedwig: *Ausgewählte Texte. Ein Lesebuch zum Jubiläum des 175. Geburtstages mit Essays und Feuilletons, Novellen und Dialogen, Aphorismen und Briefen*, hrsg. von Nikola Müller/Isabel Rohner, Berlin 2006

Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR (Hrsg.): *Alltag: DDR. Geschichten – Fotos – Objekte*, Berlin 2012

Domentat, Tamara: *„Hallo Fräulein“. Deutsche Frauen und amerikanische Soldaten*, Berlin 1998

Domröse, Ulrich (Hrsg.): *Positionen künstlerischer Photographie in Deutschland*, Ausst.-Kat. Berliner Festspiele und Berlinische Galerie, Köln 1997

Domscheit-Berg, Anke: *Mauern einreißen. Weil ich glaube, dass wir die Welt verändern können*, München 2014

Drewitz, Ingeborg (Hrsg.): *Städte 1945. Berichte und Bekenntnisse*, Düsseldorf und Köln 1970

Ebbinghaus, Angelika: *Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1996

Echternkamp, Jörg: *Die Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1969*. Seminarbuch Geschichte, Paderborn 2013

Eckart, Gabriele: *So sehe ich die Sache*. Protokolle aus der DDR, Köln 1984

Ehlers, Hella u. a. (Hrsg.): *Geschlechterdifferenz und kein Ende*, Berlin 2009

Ehmsen, Stefanie: *Der Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen: Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik im Vergleich*, Münster 2008

Elefanten Press (Hrsg.): *Trümmer Träume Truman. Die Welt 1945–1949*, Berlin 1985

Elefanten Press (Hrsg.): *Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre*. BilderLeseBuch, Berlin 1988

Ernst, Andrea/Vera Herbst: *Kursbuch Frauen*, Köln 1997

Erpel, Simone (Hrsg.): *Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück*. Begleitband zur Ausstellung, Berlin 2007

Erster Gleichstellungsbericht Neue Wege – Gleiche Chancen. *Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf*, Bundestagsdrucksache 17/6240 (16.06.2011)

Farin, Klaus: *Jugendkulturen in Deutschland* (ZeitBilder 12), Bonn 2011

Feldmann-Neubert, Christine: *Frauenleitbild im Wandel 1948–1988. Von der Familienorientierung zur Doppelrolle*, Weinheim 1991

Feth, Andrea: *Hilde Benjamin. Eine Biographie*, Berlin 1997

Feyl, Renate: *Der lautlose Aufbruch. Frauen in der Wissenschaft*, Berlin 1981

Flitner, Bettina: *Reportage aus dem Niemandsland*, Berlin 1991

Franck, Dieter: *Jahre unseres Lebens 1945–1949*, München und Zürich 1980

Frank, Anne: *Tagebuch*. Fassung von Otto H. Frank und Mirjam Pressler. Frankfurt/M. 2001

Frank, Anne: *Gesamtausgabe*, hrsg. vom Anne Frank Fonds Basel 2013 (Lizenzausgabe Bonn 2013)

Frank, Niklas:

Meine deutsche Mutter, München 2006

FrauenMediaTurm: *Chronik der neuen Frauenbewegung 1968 bis 1979*

www.frauenmediaturm.de/themen-portraits/chronik-der-neuen-frauenbewegung/1975/

Frauenreport '90, im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer, hrsg. von Gunnar Winkler, Berlin 1990

Freier, Anna-Elisabeth/Annette Kuhn (Hrsg.): *„Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen“ – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte* (Frauen in der Geschichte V), Düsseldorf 1984

Frevert, Ute: *Frauen-Geschichte: Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1986

Frevert, Ute: *„Mann und Weib, und Weib und Mann“*. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995

Frevert, Ute (Hrsg.): *Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988

Fröhlich, Elke (Hrsg.): *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, Teil II, Band 1, München 1996

Frommann, Bruno: *Reisen im Dienste politischer Zielsetzungen. Arbeiterreisen und „Kraft durch Freude“-Fahrten*, Stuttgart 1992

Geiling-Maul, Barbara u. a. (Hrsg.): *Frauenalltag. Weibliche Lebenskultur in beiden Teilen Deutschlands*, Köln 1992

Gast, Gabriele: *Die politische Rolle der Frau in der DDR*, Düsseldorf 1973

Gehrke, Bernd: *Die 68er Proteste in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14–15/2008, S. 40–46

Geiger, Ruth-Esther/Sigrid Weigel: *Sind das noch Damen? Vom gelehrten Frauenzimmer-Journal zum feministischen Journalismus*, München 1981

Geißler, Rainer: *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz der Vereinigung*, (4. Aufl.) Wiesbaden 2006

Gellately, Robert: *Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk*, Bonn 2003

Gender-Datenreport. *Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Herausgeberin: Waltraud Cornelißen, erstellt durch das Deutsche Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt München, November 2005

www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument%2cproperty%3dpdf%2cbereich%3dgenderreport%2csprache%3dde%2crrwb%3dtrue.pdf

Gerhard, Ute: *Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt*, Frankfurt/M. 1999

Gerhard, Ute: *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*, München 2009

Gerhard, Ute/Ulla Wischermann: *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Reinbek 1990

Gilhaus, Ulrike/Julia Paulus/Anne Kugler-Mühlhofer (Hrsg.): *Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten. Frauen im Aufbruch zu Amt und Würden*, Essen 2009

Glaser, Hermann: 1945. Ein Lesebuch, Frankfurt/M. 1995

Görtemaker, Heike B.: *Eva Braun. Leben mit Hitler*, München 2010

Görtemaker, Manfred: *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2003

Graudenz, Karlheinz/Erica Pappritz: *Das Buch der Etikette*, Marbach 1956

Greven, Heinrich (Hrsg.): *Die Frau im Beruf*, in Zusammenarbeit mit Lydia Präger und Elisabeth Schwarzhaupt im Auftrag der evangelischen Akademie, Hamburg 1954

Grissemann, Ernst/HansVeigl (Hrsg.): *Testbild, Twen und Nierentisch. Unser Lebensgefühl in den 50er Jahren*, Wien/Köln/Weimar 2002

Gruner, Petra (Hrsg.): *Angepaßt oder mündig?* Briefe an Christa Wolf im Herbst 1989, Berlin 1990

Gruner, Wolf: *Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischehen“* 1943, Frankfurt/M. 2005

Haaf, Meredith/Susanne Klingner/Barbara Streidl: *Wir Alphamädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht*, Hamburg 2009

Haag, Lina: *Eine Hand voll Staub, Widerstand einer Frau 1933–1945*, Nürnberg 1977

Hacker, Michael u.a. (Hrsg.): *Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen*, Berlin 2012

Harbecke, Ulrich: *Abenteuer Bundesrepublik. Die ersten 40 Jahre unseres Staates*, (5. Aufl.) Bergisch Gladbach 1988

Hartewig, Karin: *Wir sind im Bilde. Eine Geschichte der Deutschen in Fotos vom Kriegsende bis zur Entspannungspolitik*, Leipzig 2010

Harvey, Elizabeth: *Der Osten braucht Dich! Frauen und nationalsozialistische Germanisierungspolitik*, Hamburg 2010

Hausen, Karin (Hrsg.): *Frauen suchen ihre Geschichte*. (Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert), München 1983

Häusser, Alexander/Gordian Maugg: *Hungerwinter. Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47*, Berlin 2011

Heinsohn, Kirsten u.a. (Hrsg.): *Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland*, Frankfurt/M. 1997

Helwerth, Ulrike/Gislinde Schwarz: *Von Muttis und Emanzen – Feministinnen in Ost- und Westdeutschland*, Frankfurt/M. 1995

Helwig, Gisela: *Zwischen Familie und Beruf. Die Stellung der Frau in beiden deutschen Staaten*, Köln 1974

Helwig, Gisela: *Frau und Familie. Bundesrepublik Deutschland – DDR*, (2. völlig überarb. Aufl.) Köln 1987

Helwig, Gisela: *Frauen im SED-Staat*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. III/2, S. 1223–1274

Helwig, Gisela/Hildegard-Maria Nickel (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945–1992*, Bonn 1993

Hennies, Rainer/Daniel Meuren (Hrsg.): *Frauenfußball. Der lange Weg zur Anerkennung*, Göttingen 2009

Herkommer, Christina: *Frauen im Nationalsozialismus – Opfer oder Täterinnen? Eine Kontroverse der Frauenforschung im Spiegel feministischer Theoriebildung und der allgemeinen historischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit*, München 2005

Herlitzius, Anette (Hrsg.): *Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist*, (3. erw. Aufl.) Berlin 2011

Hervé, Florence (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, (7., verb. u. überarb. Aufl.) Köln 2001

Hilberg, Raul: *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt/M. 1992

Hirsch, Helga: *Endlich wieder leben. Die Fünfzigerjahre im Rückblick von Frauen*, München 2012 (Lizenzausgabe Bonn 2012)

Hoecker, Beate: *Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie*, Opladen 1987

Hoecker, Beate: *Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik*. Ein einführendes Studienbuch, Opladen 1995

Hoffmann, Dierk/Michael Schwartz (Hrsg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 8: 1949–1961: Deutsche Demokratische Republik. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2004

Hoffmann, Eduard/Jürgen Nendza: *Verlacht, verboten und gefeiert. Zur Geschichte des Frauenfußballs in Deutschland*, Weilerswist 2005

Holland-Cuntz, Barbara: *Die alte neue Frauenfrage*, Frankfurt/M. 2003

Holtz-Bacha, Christine (Hrsg.): *Stereotype? Frauen und Männer in der Werbung*, (2. akt. u. erw. Aufl.) Wiesbaden 2011

Honnef, Klaus/Walter Müller (Hrsg.): *Hermann Claasen Nie wieder Krieg! Bilder aus dem zerstörten Köln*, Köln 1994

Honnef, Klaus/Frank Darchinger (Hrsg.): *Josef Heinrich Darchinger Wirtschaftswunder. Deutschland nach dem Krieg*, (Neuaufgabe) Köln 2013

Höpker, Thomas/Robert Lebeck (Hrsg.): *STERN-Bilder 1948–1988. 40 Jahre Zeitgeschehen – 40 Jahre Fotojournalismus*, Hamburg 1988

Horvath, Dora: *Bitte recht weiblich! Frauenleitbilder in der deutschen Zeitschrift „Brigitte“ 1949–1982*, Zürich 2000

Hradil, Stefan (Hrsg.): *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*, Bonn 2012

Hütter, Hans Walter (Hrsg.): *Ungleiche Schwestern? Frauen in Ost- und Westdeutschland*. Magazin zur Ausstellung, Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997

Institut für Demoskopie Allensbach: *Fraueninteressen und Frauenpolitik. Eine Repräsentativbefragung zu den Interessen von Frauen und ihre Erwartungen an die Politik*, Allensbach 2000

www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/6131_Fraueninteresse.pdf

Institut für Demoskopie Allensbach: *Monitor Familienleben. Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik und zur Familie*, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Allensbach April 2013

www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7893_Monitor_Familienleben_2013.pdf

Jaenecke, Heinrich: *Die deutsche Teilung. Von der Potsdamer Konferenz bis zum Grundvertrag*, Frankfurt/M. 1979

Janssen, Wiebke: *Halbstarke in der DDR. Verfolgung und Kriminalisierung einer Jugendkultur*, Berlin 2010

Janssen-Jurreit, Marielouise: *Sexismus/Über die Abtreibung der Frauenfrage*, München/Wien 1976

Jantzen, Eva/Merith Niehuss (Hrsg.): *Das Klassenbuch: Geschichte einer Frauengeneration*, Reinbek 2002

Jochheim, Gernot: *Frauenprotest in der Rosenstraße Berlin 1943*. Berichte Dokumente Hintergründe, Berlin 2002

Joester, Agnes/Insa Schöningh (Hrsg.): *So nah beieinander und doch so fern. Frauenleben in Ost und West*, Pfaffenweiler 1992

Judt, Matthias (Hrsg.): *DDR-Geschichte in Dokumenten*. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagzeugnisse, Berlin 1998 (Lizenzausgabe Bonn 1998)

Jungwirth, Nikolaus/Gerhard Kromschöder: *Die Pubertät der Republik. Die 50er Jahre der Deutschen*, Frankfurt/M. 1978

Junker, Almut (Hrsg.): *Frankfurt Macht Mode 1933–1945*, Frankfurt (Historisches Museum) 1999

Junker, Reinhold: *Die Lage der Mütter in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Forschungsbericht, Köln 1968

Jurczyk, Karin: *Frauenarbeit und Frauenrolle. Zum Zusammenhang von Familienpolitik und Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland von 1918–1975*, Frankfurt/M./New York 1978

Jürgens, Birgit: *Zur Geschichte des BDM (Bund Deutscher Mädel) von 1923 bis 1939*, Frankfurt/M. u.a. 1996

Kaelble, Hartmut/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994

Kahlweit, Cathrin (Hrsg.): *Jahrhundertfrauen. Ikonen – Idole – Mythen*, (2.Aufl.) München 2001

Kaminsky, Anna: *Kaufrausch. Die Geschichte der ostdeutschen Versandhäuser*, Berlin 1998

Kaminsky, Anna: 1998; *Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR*, München 2001

Kappeler, Susanne: *Vom Opfer zur Freiheitskämpferin*, in: Studienschwerpunkt „Frauenforschung“ am Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin (Hrsg.): *Mittäterschaft und Entdeckungslust*, Berlin 1989, S. 200–216

Karl, Michaela: *Die Geschichte der Frauenbewegung*, Stuttgart 2011

Karsch, Margret: *Feminismus für Eilige*, Berlin 2004

Kater, Michael H.: *Hitler-Jugend*, Darmstadt 2005

Kätzel, Ute: *Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration*, Berlin 2002

Kayser, Gisela/Cordula Lebeck (Hrsg.): *Robert Lebeck. Fotoreporter, Ausst.-Kat. Martin-Gropius-Bau*, Göttingen 2008

Keller-Kühne, Angela: *Frauen im demokratischen Aufbau. Zur Gründungsgeschichte der CDU in Hessen*, in: Konrad-Adenauer-Stiftung: *Historisch-Politische Mitteilungen*, H. 4/1997, S. 19–34

Kinz, Gabriele: *Der Bund Deutscher Mädel. Ein Beitrag zur außerschulischen Mädchen-erziehung im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. u. a. 1990

Kirsch, Sarah: *Die Pantherfrau. Fünf unfrisierte Erzählungen aus dem Kassetten-Recorder*, Berlin 1973

Klaus, Martin: *Mädchen im Dritten Reich. Der Bund Deutscher Mädel*, (3. aktualisierte Aufl.) Köln 1998

Klinksiek, Dorothee: *Die Frau im NS-Staat*, Stuttgart 1982

Klein, Marie-Luise/Gertrud Pfister: *Goldmädels, Rennmiezeln und Turnkücken. Die Darstellung der Frau in der Sportberichterstattung der BILD-Zeitung*, Berlin 1985

Klein, Marie-Luise: *Frauensport in der Tagespresse. Eine Untersuchung zur sprachlichen und bildlichen Präsentation von Frauen in der Sportberichterstattung*, Bochum 1986

Kleßmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 – 1955*, (5. Aufl.) Bonn 1991

Kleßmann, Christoph: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955 – 1970*, (2. Aufl.) Bonn 1988

Kleßmann, Christoph/Georg Wagner: *Das gesplante Land. Leben in Deutschland 1945 bis 1990. Texte und Dokumente* München 1993

Klönne, Arno: *Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen*, Düsseldorf u. a. 1982

Klüger, Ruth: *Weiter leben. Eine Jugend*, Göttingen 1992

Koch, Petra/Hans-Günther Knöbel: *Familienpolitik in der DDR im Spannungsfeld zwischen Familie und Berufstätigkeit von Frauen*, Pfaffenweiler 1988

Koelbl, Herlinde: *Das deutsche Wohnzimmer*, München/Luzern 1980

Koelbl, Herlinde: *Starke Frauen*, München 1996

Koelbl, Herlinde: *Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. Eine Langzeitstudie*, (Sonderausgabe) München 2002

Koetzle, Hans-Michael (Hrsg.): *Die Zeitschrift twen – Revision einer Legende*, Bad Heilbrunn 1995

Kompisch, Kathrin: *Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus*, Köln 2008

Koonz, Claudia: *Mütter im Vaterland*, Reinbek 1994

Köpp, Ulrike: „Dior der DDR“. *Die einzigartige Geschichte des Heinz Bormann*, in: UTOPIE kreativ, H. 123 (Januar 2001), S. 42–51

Kosmala, Beate/Claudia Schoppmann (Hrsg.): *Überleben im Untergrund*, Berlin 2002

Kotermann, Joachim/Lothar Mikos: *Frühjahrsputz und Südseezauber. Die Darstellung der Frau in der Fernsehwerbung und das Bewußtsein der Zuschauerinnen*, Baden-Baden 1981

Kowalczyk, Ilko-Sascha/Tom Sello (Hrsg.): *Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos*, Berlin 2006

Krabbe, Wolfgang R.: *Kritische Anhänger – Unbequeme Störer. Studien zur Politisierung deutscher Jugendlicher im 20. Jahrhundert*, Berlin 2010

Kramer, Nicole: *Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung*, Göttingen 2011

Kraushaar, Wolfgang: 1968. *Das Jahr, das alles verändert hat*, München 1998

Krausnick, Michail: *Wo sind sie hingekommen*, Gerlingen 1995

Kretzer, Anette: *NS-Täterschaft und Geschlecht. Der erste britische Ravensbrück-Prozess 1946/47 in Hamburg*, Berlin 2009

Kroth, Eva: *Ansichten von Frauen*, Frankfurt/M. 1977

Kuhn, Annette (Hrsg.): *Frauenleben im NS-Alltag*, Pfaffenweiler 1994

Kuhn, Annette/Doris Schubert (Hrsg.): *Frauen in der Nachkriegszeit und im Wirtschaftswunder 1945–1960* (Frauenalltag und Frauenbewegung, Bd. IV), Frankfurt/M. 1980

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Fotografie. Macht eines Mediums 1870–1970*, Köln 1997

Kupfermann, Thomas: *Das große DDR-Mode-Buch*, Berlin 2010

Kuttner, Sarah: *Wachstumsschmerz*, Frankfurt/M. 2011

Lachenmann, Gudrun: *Weltfrauenkonferenz und Forum der Nichtregierungsorganisationen in Peking. Internationale Frauenbewegungen als Vorreiterinnen einer Globalen Zivilgesellschaft? Working Paper No 251*, Bielefeld 1996

[https://www.uni-bielefeld.de/\(de\)/tdrc/ag_soanth/publications/working_papers/Wp251.pdf](https://www.uni-bielefeld.de/(de)/tdrc/ag_soanth/publications/working_papers/Wp251.pdf)

Langer-El Sayed, Ingrid: *Frau und Illustrierte im Kapitalismus. Die Inhaltsstruktur von illustrierten Frauenzeitschriften und ihr Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit*, Köln 1971

Langer-El Sayed, Ingrid: *Familienpolitik. Tendenzen, Chancen, Notwendigkeiten. Ein Beitrag zur Entdämonisierung*, Frankfurt/M. 1987

Laqueur, Renata: *Bergen-Belsen. Tagebuch 1944–45*. Hannover 1983

Lasker-Wallfisch, Anita: *Ihr sollt die Wahrheit erben. Breslau Auschwitz Bergen-Belsen*, Bonn 1996

Lauterer, Heide-Marie: *Parlamentarierinnen in Deutschland. 1918/19–1949*, Königstein 2002

Lebeck, Robert: *Romy Schneider. Letzte Bilder eines Mythos*, Schaffhausen 1986

Lenz, Ilse: *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung*, (2. Aufl.) Wiesbaden 2010

Lerner, Gerda: *Die Entstehung des feministischen Bewusstseins. Vom Mittelalter bis zur Ersten Frauenbewegung*, München 1998

Leugers, Antonia (Hrsg.): *Berlin: Rosenstraße 2–4. Protest in der NS-Diktatur. Neue Forschungen zum Frauenprotest in der Rosenstraße 1943*, Annweiler 2005

Lindner, Bernd: *Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90*, Bonn 2001

Lisner, Anneliese/Rita Süßmuth/Karin Walter (Hrsg.): *Frauenlexikon. Traditionen, Fakten, Perspektiven*, Freiburg i. Br. 1988

Livi, Massimiliano: *Gertrud Scholtz-Klink. Die Reichsfrauenführerin. Politische Handlungsräume und Identitätsprobleme der Frauen im Nationalsozialismus am Beispiel der „Führerin aller deutschen Frauen“* Münster 2005

Lorenz, Hilke: *Heimat aus dem Koffer – Vom Leben nach Flucht und Vertreibung*. Berlin 2011

Lott, Sylvia: *Die Frauenzeitschriften von Hans Huffzky und John Jahr. Zur Geschichte der deutschen Frauenzeitschriften zwischen 1933 und 1970*, Berlin 1985

Lott-Almstadt, Sylvia: *Brigitte 1886–1986. Chronik einer Frauenzeitschrift*, Hamburg 1986

Lower, Wendy: *Hitlers Helferinnen: Deutsche Frauen im Holocaust*, München 2014

Lück, Detlev: *Der zögernde Abschied vom Patriarchat. Der Wandel von Geschlechterrollen im internationalen Vergleich*, Berlin 2009

Lüdtke, Anke: *Frauen und Frauenbilder der 50er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, GRIN Verlag (München) 2003

Lünenborg, Margreth/Katharina Fritsche/Annika Bach (Hrsg.): *Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption*, Bielefeld 2011

Maul, Bärbel: *Akademikerinnen in der Nachkriegszeit. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, Frankfurt/M./New York 2002

Mayer, Karl U./Jutta Allmendinger/Johannes Huining (Hrsg.): *Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Beruf und Familie*, Frankfurt/M./New York 1991

Mailänder Koslov, Elissa: *Gewalt im Dienstalltag: Die SS-Aufseherinnen des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek 1942–1944*, Hamburg 2009

Mayntz, Renate: *Die moderne Familie*, Stuttgart 1955

Meier-Braun, Karl-Heinz/Reinhold Weber (Hrsg.): *Migration und Integration in Deutschland. Begriffe – Fakten – Kontroversen*, Stuttgart 2013

Meiners, Antonia (Hrsg.): *Kluge Mädchen: Oder wie wir wurden, was wir nicht werden sollten*, Hamburg 2011

Melis, Dorothea: *Sibylle. Modelfotografien 1962–1994*, Leipzig 2010

Menschen im Aufbruch
(Copyright der themendienst), Köln 1995

Merkel, Ina: *...und Du, Frau an der Werkbank. Frauenbilder, Männerbilder. Die DDR in den fünfziger Jahren. Mit einem Exkurs von Simone Tippach*, Berlin 1990

Merkel, Ina: *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Köln 1999

Merkel, Ina: *Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR*, in: Kaelble/Kocka/Zwahr: 1994, S. 359–382

Meyer, Birgit: *Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute*, Frankfurt/M./New York 1997

Miller, Roger G.: *To Save a City: The Berlin Airlift 1948–1949*, Texas A&M University Press 2008

Miller-Kipp, Gisela (Hrsg.): *„Auch Du gehörst dem Führer.“ Die Geschichte des Bundes Deutscher Mädel (BDM) in Quellen und Dokumenten*, Weinheim u.a. 2001

Miller-Kipp, Gisela: *„Der Führer braucht mich“. Der Bund Deutscher Mädel (BDM). Lebenserinnerungen und Erinnerungsdiskurs*, Weinheim u.a. 2007

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Reader Frauenbilder*, Düsseldorf 2004

Mitscherlich, Margarete: *Die friedfertige Frau. Eine psychoanalytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter*, Frankfurt/M. 1989

Modderegger, Johannes Christoph: *Modelfotografie in Deutschland 1929 bis 1955*, Norderstedt 2000

Moeller, Robert G.: *Geschützte Mütter, Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik*, München 1977

Mogge-Grotjahn, Hildegard: *Gender, Sex und Gender-Studies. Eine Einführung*, Freiburg i. Br. 2004

Mühlenberg, Jutta: *Das SS-Helferinnenkorps. Ausbildung, Einsatz und Entnazifizierung der weiblichen Angehörigen der Waffen-SS 1942–1949*, Hamburg 2012

Müller, Walter/Angelika Willms/Johann Handl: *Strukturwandel der Frauenarbeit 1880 bis 1980*, Frankfurt/M./New York 1983

Müller, Ursula/Hiltraud Schmidt-Waldherr (Hrsg.): *FrauenSozialkunde. Wandel und Differenzierungen der Lebenslage von Frauen*, Bielefeld 1989

Münch, Ingo von (Hrsg.): *Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems*, Paderborn 1982

Muschter, Gabriele (Hrsg.): *DDR Frauen fotografieren. Lexikon und Anthologie*, Berlin 1989

Nave-Herz, Rosemarie: *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland*, (4. Aufl.) Opladen 1994

Neubert, Ehrhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn (2. Aufl.) 2000

Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (Hrsg.): *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Köln/Weimar/Wien 1996

Niedermayer, Oskar: *Parteimitglieder seit 1990. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*, Nr. 20, Berlin 2013

Niemann, Norbert/Eberhard Rathgeb (Hrsg.): *Inventur. Deutsches Lesebuch 1945–2003*, Bonn 2003

Niethammer, Lutz u. a.: *Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven*, Frankfurt/M. 1990

Obertreis, Gesine: *Familienpolitik der DDR 1945–1980*, Opladen 1986

Oehme, Ursula (Hrsg.): *Alltag in Ruinen. Leipzig 1945–1949. Dokumente, Briefe, Tagebuchaufzeichnungen und Fotografien aus einer bewegten Zeit*, Leipzig 1995

Opitz, Claudia (Hrsg.): *Weiblichkeit oder Feminismus*, Weingarten 1984

Overmans, Rüdiger: *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, (3. Aufl.) München 2004

Peter, Richard: *Dresden – Eine Kamera klagt an*, Leipzig 1980

Peter sen., Richard: *Erinnerungen und Bilder eines Dresdener Fotografen*, Leipzig 1987

Pfannes, Petra: *„Powerfrau“, „Quotenfrau“, „Ausnahmefrau“? Die Darstellung von Politikerinnen in der deutschen Tagespresse*, Marburg 2004

Pfarr, Heide M./Klaus Bertelsmann: *Diskriminierung im Erwerbsleben*, Baden-Baden 1989

Pfeil, Elisabeth: *Die Berufstätigkeit von Müttern*, Tübingen 1961

Georg Picht: *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Freiburg i. Br. 1964

Plato, Alexander von/Almut Leh: *Ein unglaublicher Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1949*, Bonn 1997 und (Neuaufgabe) Bonn 2011

Pohl, Dieter: *Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1939–1945*, Darmstadt 2003

Pommer, Elizabeth/Christiane Hackl/Brigitte Scherer (Hrsg.): *Models und Machos? Frauen- und Männerbilder in den Medien*, Konstanz 1996

Prinz, Friedrich (Hrsg.):

Trümmerzeit in München, München 1984

Pusch, Luise F. (Hrsg.): *Feminismus.*

Inspektion der Herrenkultur – Ein Handbuch, Frankfurt/M. 1983

Radonic, Ljiljana: *Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus*, Frankfurt/M. 2004

Ranke, Winfried u.a. (Hrsg.):

Kultur, Pajoks und Care-Pakete.

Eine Berliner Chronik 1945–1949, Berlin 1990

Rauhut, Michael:

Rock in der DDR, Bonn 2002

Reese, Dagmar: *Straff, aber nicht stramm – herb, aber nicht derb. Zur Vergesellschaftung von Mädchen durch den Bund Deutscher Mädel im sozialkulturellen Vergleich zweier Milieus*, Weinheim u.a. 1989

Reese, Dagmar (Hrsg.): *Die BDM-Generation. Weibliche Jugendliche in Deutschland und Österreich im Nationalsozialismus*, Berlin 2007

Reichel, Peter: *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*, Frankfurt/M. 1993

Reinecke, Christiane: *Fragen an die sozialistische Lebensweise. Empirische Sozialforschung und soziales Wissen in der SED-„Fürsorgediktatur“*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 311–334

Reitsch, Hanna:

Höhen und Tiefen 1945–1977.

München 1977

Rohnstock, Katrin (Hrsg.): *Stiefschwestern.*

Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken, Frankfurt/M. 1994

Richter-Appelt, Hertha/Andreas Hill:

Geschlecht zwischen Spiel und Zwang, Gießen 2004

Röser, Jutta: *Frauenzeitschriften und weiblicher Lebenszusammenhang. Themen, Konzepte und Leitbilder im sozialen Wandel*, Opladen 1992

Rosin, Hanna: *Das Ende der Männer und der Aufstieg der Frauen*, Berlin 2013

Rothland, Martin: *Selektive Erinnerung.*

Meinungsumfragen zum Nationalsozialismus der frühen Nachkriegszeit, in: *Die politische Meinung*, Nr. 462, Mai 2008, S. 55–61

Ruhl, Andreas: *Stalin-Kult und Rotes*

Woodstock. Die Weltjugendfestspiele 1951

und 1973 in Ostberlin, Marburg 2009

Ruhl, Klaus-Jörg: *Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945–1963)*, München 1994

Ruhl, Klaus-Jörg (Hrsg.):

Frauen in der Nachkriegszeit 1945–1963, München 1988

Runge, Erika: *Frauen – Versuche zur*

Emanzipation, Frankfurt/M. 1970

Schaser, Angelika: *Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933*, Darmstadt 2006

Scheel, Daniela: *Zwischen Werbung und Wirkung. DDR-Zeitschriftenprofile 1950–1980 am Beispiel von Geschlechtsrollenproblematik und Frauenleitbild*, Köln 1985

Schelsky, Helmut: *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Stuttgart 1967

Schenk, Ralf (Red.): *Ds zweite Leben der Filmstadt Babelsberg. DEFA-Spielfilme 1946–1992*, hrsg. vom Filmmuseum Potsdam, Berlin 1994

Schenk, Herrad: *Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland*, München 1980

Schildt, Axel: *Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Göttingen 2011

Schildt, Axel/Detlef Siegfried:

Deutsche Kulturgeschichte.

Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, München 2009 (Lizenzausgabe Bonn 2009)

Schlager, Hilke (Hrsg.): *Mein Kopf gehört mir. Zwanzig Jahre Frauenbewegung*, München 1988

Schlenker, Claudia: *Frauen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern.*

Phil. Diss. Universität Konstanz 1998

http://kops.ub.uni-konstanz.de/bitstream/handle/urn:nbn:de:bsz:352-opus-1869/186_1.pdf?sequence=1

Schmerl, Christiane: *Frauenfeindliche Werbung. Sexismus als heimlicher Lehrplan*, Berlin 1980

Schmerl, Christiane: *Das Frauen- und Mädchenbild in den Medien*, Opladen 1984

Schmidt, Manfred G.:

Sozialpolitik der DDR, Wiesbaden 2004.

Schmidt-Niemeyer, Andrea: *Frauen zwischen Petticoat und Werkbank. Geschlechterverhältnisse in der deutschen Nachkriegsgesellschaft: Eine Analyse anhand exemplarischer Paardarstellungen* (Schwerpunkt 1945–1960), Heidelberg 2001

Schnabl, Siegfried:

Mann und Frau intim, Berlin 1970

Schnädelbach, Anna: *Kriegerwitwen. Lebensbewältigung zwischen Arbeit und Familie in Westdeutschland nach 1945*, Frankfurt/M./New York 2009

Schröter, Ursula/Renate Ullrich:

Patriarchat im Sozialismus?

Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Berlin 2005

Schulz, Kristina: *Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976*, Frankfurt/M. 2002

Schwarzer, Alice: *Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung*, Frankfurt/M. 1975

Schwarzer, Alice: *So fing es an! Die neue Frauenbewegung*, München 1983

Schwarzer, Alice (Hrsg.): *Man wird nicht als Frau geboren. 50 Jahre nach dem „Anderen Geschlecht“ ziehen Schriftstellerinnen und Politikerinnen Bilanz: Wo stehen Frauen heute?* Köln 2000

Seeler, Angela: *Ehe, Familie und andere Lebensformen in den Nachkriegsjahren im Spiegel der Frauenzeitschriften*, in: Freier/Kuhn 1984, S. 90–121

Seifert, Claudia: *Wenn du lächelst, bist du schöner. Kindheit in den 50er und 60er Jahren*, München 2004

Sichtermann, Barbara:

Kurze Geschichte der Frauenemanzipation, Berlin 2009

Siegfried, Detlef: *TIME ID ON MY SIDE.*

Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006

Sigmund, Anna Maria: *Die Frauen der Nazis* (komplett überarb. Neuauflage) München 2013

Sillge, Ursula: *Un-Sichtbare Frauen.*

Lesben und ihre Emanzipation in der DDR, Berlin 1991

Smolka, Karl:

Gutes Benehmen von A–Z, Berlin 1957

Soden, Kristine von (Hrsg.):

Der große Unterschied: Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre. BilderLesebuch, Berlin 1988

Soden, Kristine von (Hrsg.):

Irmtraud Morgners hexische Weltfahrt: eine Zeitmontage, Berlin 1991

Söffker, Regina: *Pramo, Konsum, Exquisit.*

Mode in der DDR, Gudensberg-Gleichen 2010

Spittmann, Ilse/Gisela Helwig (Hrsg.):

DDR-Lesebuch. Stalinisierung 1949–1955, Köln 1991

Spode, Hasso (Hrsg.):

Goldstrand und Teutonengrill. Kultur- und Sozialgeschichte des Tourismus in Deutschland. 1945–1989 (Institut für Tourismus, Berlin. Berichte und Materialien 15), Berlin 1996

Statistisches Bundesamt (Hrsg.):

Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa, Wiesbaden 2012

Statistisches Bundesamt (Hrsg.):

Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden (Januar) 2014

Statistisches Taschenbuch der DDR 1970,

hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970

Statistisches Taschenbuch der DDR 1975,

hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1975

Statistisches Taschenbuch der DDR 1980,

hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1980

Steinbach, Peter/Johannes Tuchel(Hrsg.):

Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004

Steinbacher, Sybille (Hrsg.):

Volksgenossinnen: Frauen in der NS-Volksgemeinschaft, Göttingen 2007

Steinbacher, Sybille:

Wie der Sex nach Deutschland kam, München 2011

Steiner, André: *Von Plan zu Plan.*

Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004 (Lizenzausgabe Bonn 2007)

Stolten, Inge (Hrsg.): *Der Hunger nach*

Erfahrung. Frauen nach '45, Bonn 1981

Stoltzfus, Nathan: *Widerstand des Herzens.*

Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße 1943, München 1999

Stölzl, Christoph (Hrsg.): *Abschied und*

Anfang. Ostdeutsche Porträts 1989–1990 von Stefan Moses, Stuttgart-Ostfildern 1991

Strecker, Gabriele: *Überleben ist nicht genug.*

Frauen 1945–1950, Freiburg i. Br. 1981

Szepansky, Gerda:

„Blitzmädel“ „Heldenmutter“ „Kriegerwitwe“. *Frauenleben im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt/M.1986

Szepansky, Gerda: *Die stille Emanzipation.*

Frauen in der DDR, Frankfurt/M. 1995

Taake, Claudia: *Angeklagt: SS-Frauen vor Gericht*, Universität Oldenburg 1999

(Volltext: <http://oops.uni-oldenburg.de/711/>)

Taylor Allen, Ann: *Feminismus und Mütterlichkeit in Deutschland 1800–1914*, Weinheim 2000

Thalmann, Rita:

Frausein im Dritten Reich, München 1984

Thomas, Rüdiger: *Marxismus und Sowjet-*

kommunismus. Kontinuität und Wandlung, Teil 2 Sowjetkommunismus, Stuttgart 1978

Thomas, Rüdiger: *Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation*, (8. Aufl.) München 1980

Thomas, Rüdiger:

Lebensmuster – Wege zu Christa Wolf, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11 / 2009, S. 15–23

Thon, Christine: *Frauenbewegung im Wandel der Generationen. Eine Studie über Geschlechterkonstruktionen in biographischen Erzählungen*, Bielefeld 2008

Thürmer-Rohr, Christina:

Vagabundinnen – Feministische Essays, Berlin 1987

Timmermann, Heiner (Hrsg.):

Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR, Saarbrücken 1988

Tonscheid, Sabine: *Frauenzeitschriften am*

Ende? Ostdeutsche Frauenpresse vor und nach der Wende 1989, Münster 1996

Tooze, Adam: *Ökonomie der Zerstörung.*

Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2006 (Lizenzausgabe Bonn 2007)

Trappe, Heike: *Emanzipation oder Zwang?*

Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995

Ueberschär, Gerd R./Rolf-Dieter Müller:

1945. Das Ende des Krieges, Darmstadt 2005

Ulze, Harald: *Frauenzeitschrift und Frauenrolle*,

(2. Aufl.) Berlin 1979

Vinken, Barbara: *Die deutsche Mutter:*

der lange Schatten eines Mythos, (erw. u. akt. Ausg.) Frankfurt/M. 2007

Vogel, Ulrike: *Meilensteine der Frauen- und Geschlechterforschung. Originaltexte mit Erläuterungen zur Entwicklung in der Bundesrepublik*, Wiesbaden 2007

Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.):

Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München 1995

Vorländer, Herwart: *Die NSV. Darstellung und*

Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988

Wander, Maxie: *Guten Morgen, du Schöne.*

Protokolle nach Tonband, Darmstadt und Neuwied 1979

Wehler, Hans-Ulrich:

Deutsche Gesellschaftsgeschichte.

Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003

Wehler, Hans-Ulrich:

Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990, München 2008 und (gekürzte Lizenzausgabe Bonn 2009)

Wehner, Herbert (Hrsg.):

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!, Bonn 1980

Weiderer, Monika: *Das Frauen- und Männerbild im Deutschen Fernsehen*, (2. Aufl.) Regensburg 1995

Weise, Nora: *Das Frauenbild in ausgewählten deutschen Frauenzeitschriften der Nachkriegszeit (1945–1955)*. Dipl.-arb. Europa-Universität Viadrina. Fakultät Kulturwissenschaften, Frankfurt/Oder 1998

www.diplomarbeiten24.de/vorschau/125799.html

Weiß, Hermann (Hrsg.):

Biografisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M.1998

Wengst, Udo(Hrsg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*. Bd. 2/2: 1945–1949: Die Zeit der Besatzungszonen. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten. Dokumente, Baden-Baden 2001

Wenzl-Bachmayer, Monika (Hrsg.):

Feminine Fifties – Die Wirtschaftswunderfrauen, Wien 2010

Westenrieder, Norbert: *„Deutsche Frauen und Mädchen!“ Vom Alltagsleben 1933–1945*, Düsseldorf 1988

Weyrather, Irmgard: *Muttertag und Mutterkreuz. Der Kult um die „deutsche Mutter“ im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1993

Wiedemann, Jasmin: *Mitgefangen, mitverkauft. Zur Situation ostdeutscher Frauenzeitschriften nach der Wende*, Münster/New York 1995

Willms-Herget, Angelika: *Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt*, Frankfurt/M./New York 1985

Winkler, Gunnar (Hrsg.):
Lexikon der Sozialpolitik, Berlin 1987

Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen*. Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000

Winsen, Christa van: *Schluß mit der Männerwirtschaft. Frauen in Beruf und Ausbildung*, München 1990

Wolf, Christa: *Voraussetzungen einer Erzählung: Kassandra – Frankfurter Poetik-Vorlesungen*, Darmstadt und Neuwied 1983

Wolfrum, Edgar: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Bonn 2007

Wolle, Stefan: *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, (durchges. Aufl.) Bonn 1999

Wolle, Stefan: *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971*, Berlin 2011 (Lizenzausgabe Bonn 2011)

Wolle, Stefan: *Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949–1961)*, Berlin (Lizenzausgabe Bonn 2013)

Zellmer, Elisabeth: *Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München*, München 2011

Zetkin, Clara: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1957

Zolling, Peter: *Deutsche Geschichte von 1871 bis zur Gegenwart*, Bonn 2005

Zurmühl, Sabine:
Das Leben, dieser Augenblick, Berlin 2001

Zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR 1945–1981.
Eine Chronik, Leipzig 1986

Wichtigste Archive

Im FrauenMediaTurm sind Schwerpunkte der Sammlung „die Neue bzw. die Historische Frauenbewegung und ihre Folgen, sowie Pionierinnen aus allen Bereichen und Zeiten.“

www.frauenmediaturm.de/home/

Die Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung unterhält ein Bildarchiv und eine Spezialbibliothek zur Geschichte von Frauen und Frauenbewegungen in der Zeit von 1800 bis in die 1960er Jahre

www.addf-kassel.de/stiftung-archiv-der-deutschen-frauenbewegung/

Das Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien Humboldt Universität zu Berlin unterhält eine umfangreiche Spezialbibliothek

www.genderbibliothek.de/Record/4869genderbib

Alle Websites wurden zuletzt aufgerufen am 15. März 2015.